

**Die  
Grundsätze der politischen  
Ökonomie  
oder  
der Staatswirtschaft und der  
Besteuerung.**

Von  
David Ricardo, Esq.

Nebst erläuternden und kritischen Anmerkungen

Von J. B. Say

Aus dem Englischen,  
und, in Beziehung auf die Anmerkungen, aus dem  
Französischen

übersetzt

von

Christ. Aug. Schmidt.

---

Weimar

Im Verlage des Gr. H. S. priv. Landes-Industrie-  
Comptoirs.

1821

## **Redaktionelle Anmerkungen**

Die Seitenzahlen in eckigen Klammern beziehen sich auf den folgenden Text des Originals.

Hinzufügungen und aktualisierte Literaturverweise des Herausgebers der hier vorliegenden Ausgabe sind in eckige Klammern gesetzt.

Hervorhebungen im Original (gesperrt, kursiv, fett) werden in Kursivschrift wiedergegeben.

Die Regeln der aktuellen deutschen Rechtschreibung werden in der Regel beachtet, zeittypische sprachliche Besonderheiten – auch die falsche Verwendung von Superlativen – hingegen in den Transkriptionen beibehalten. Andere offensichtliche Fehler sind korrigiert.

Vorlage der Transkription: Universität Düsseldorf.

**Transkription und Satz:** Thomas Königshofen

## **Impressum**

Dr. Ursula Ippers  
An der Obererft 17  
41464 Neuss

## Inhalt

Vorrede .....	5
Erstes Kapitel. ....	7
Vom Wert.....	7
Zweites Kapitel. ....	26
Von der Bodenrente. ....	26
Drittes Kapitel. ....	39
Von der Bergwerksrente.....	39
Viertes Kapitel.....	43
Vom natürlichen und vom laufenden (Markt-) Preis.....	43
Fünftes Kapitel.....	46
Vom Arbeitslohn. ....	46
Fünftes Kapitel.....	55
Vom Gewinn .....	55
Sechstes Kapitel. ....	66
Vom ausländischen Handel. ....	66
Siebentes Kapitel.....	79
Von den Auflagen. ....	79
Achstes Kapitel. ....	82
Von der Besteuerung der Acker-Erzeugnisse. ....	82
Achstes Kapitel. ....	92
Von der Besteuerung der Bodenrente. ....	92
Neuntes Kapitel. ....	94
Vom Zehnten.....	94
Zehntes Kapitel. ....	97
Von der Grundsteuer. ....	97
Elftes Kapitel. ....	103
Von der Besteuerung des Geldes. ....	103
Zwölftes Kapitel.....	108
Von der Besteuerung der Häuser.....	108
Dreizehntes Kapitel.....	111
Von der Besteuerung des Gewinns.....	111
Vierzehntes Kapitel. ....	117
Von der Besteuerung des Arbeitslohns.....	117
Fünfzehntes Kapitel. ....	135

Besteuerung anderer Gegenstände als die des Ackerbaus.....	135
Sechszehntes Kapitel.....	145
Armen-Steuern.....	145
Siebenzehntes Kapitel.....	149
Von den plötzlichen Veränderungen in den Kanälen des Handels.....	149
Achtzehntes Kapitel.....	154
Von den Unterschieds-Eigentümlichkeiten des Werts und des Reichtums.....	154
Neunzehntes Kapitel.....	164
Von den Wirkungen der Akkumulation (Kapitalanhäufung) auf Gewinn und Interessen.....	164
Zwanzigstes Kapitel.....	171
Von Ausfuhrprämien und Einfuhrverboten.....	171
Einundzwanzigstes Kapitel.....	182
Von den Prämien auf die Produktion.....	182
Zweiundzwanzigstes Kapitel.....	185
Adam Smiths Ansichten in Betreff der Bodenrente.....	185
Dreiundzwanzigstes Kapitel.....	191
Über den Kolonialhandel.....	191
Vierundzwanzigstes Kapitel.....	197
Über Brutto- und Netto-Einkommen.....	197
Fünfundzwanzigstes Kapitel.....	201
Über Geld- und Banken.....	201
Sechszwanzigstes Kapitel.....	211
Über das Verhältnis des Werts von Gold, Getreide und Arbeit „in reichen und in armen Ländern.....	211
Siebenundzwanzigstes Kapitel.....	215
Auflagen, welche vom Produzenten bezahlt werden.....	215
Achtundzwanzigstes Kapitel.....	217
Über den Einfluss der Nachfrage und des Vorrats auf die Preise.....	217
Neunundzwanzigstes Kapitel.....	221
Herr Malthus Meinung über die Bodenrente.....	221

# Vorrede

Der Ertrag der Erde, Alles, was durch die vereinte Anwendung von Arbeit, Maschinenwesen und Kapital aus ihrer Oberfläche erhalten wird, – verteilt sich unter drei Classen der Staatsbürger, nämlich den Grundeigentümer, den Kapitalisten, der das zur Bodenkultur erforderliche Kapital besitzt, und den Arbeiter, durch dessen Tätigkeit der Boden bebaut wird.

Aber in verschiedenen Zuständen der Staatsgesellschaft sind die Anteile des ganzen Ertrags der Erde, welche jeder dieser drei Classen, unter dem Namen Bodenrente, Gewinn und Arbeitslohn, zufallen, wesentlich verschieden, indem sie nämlich von der jedesmaligen Fruchtbarkeit des Bodens, von der Anhäufung des Kapitals und der Bevölkerung, von der Geschicklichkeit, von dem Talent und den zum Ackerbau angewendeten Instrumenten abhängen.

Die Gesetze, nach welchen diese Verteilung stattfindet, zu bestimmen, ist die Hauptaufgabe der Nationalökonomie und obgleich die Wissen- [IV] schaft durch die Schriften eines Lugo, Stuart, Smith, Say, Sismondi und Anderer um Vieles weitergebracht worden ist, so bekommt man doch durch diese Schriften keine genügende Aufklärung über den natürlichen Gang der Bodenrente, des Gewinns und des Arbeitslohns.

Im Jahr 1815 machte Hr. *Malthus* in seinem „Inquiry into the Nature and Progress of Rent“, und fast zu gleicher Zeit, ein Mitglied des Collegiums der Universität Oxford, in einer Schrift, „Essay on the Application of Capital to Land“, der Welt die richtige Lehre von der Bodenrente bekannt. Ohne eine Kenntnis derselben, kann man unmöglich die Wirkungen einsehen, welche das Zunehmen des Reichtums auf Gewinn und Arbeitslohn hat, noch genügend den Einfluss darstellen, den die Besteuerung auf die verschiedenen Classen der Staatsbürger äußert, hauptsächlich, wenn die besteuerten Gegenstände Produkte sind, die unmittelbar aus der Oberfläche der Erde erhalten werden. *Adam Smith* und andere ausgezeichnete Schriftsteller, deren ich Erwähnung gethan, haben die Grundsätze der Bodenrente nicht richtig vorgetragen, und, wie mir es scheint, manche wichtige Wahrheiten übersehen, die nur dann entdeckt werden können, wenn man in das Wesen der Bodenrente gehörig eingedrungen ist.

Um diese Lücke auszufüllen, sind Fähigkeiten und Kenntnisse höherer Art, als sie der Schreiber dieser Blätter besitzt, erforderlich. Aber nachdem er über diesen Gegenstand reiflich nachgedacht, nachdem er die Werke der obengedachten ausgezeichneten Schriftsteller benutzt und die schätzbaren Erfah- [V] rungen zu Rate gezogen hat, welche die letzten Jahre, so reich an Taterscheinungen, der jetzigen Generation dargeboten haben, schmeichelt er sich, dass man es ihm nicht als Anmaßung auslegen werde, wenn er seine Meinung über die Gesetze, nach welchen sich Gewinn und Arbeitslohn richtet, und über die Wirkung der Taxen ausspricht. Wenn die Grundsätze, welche er für richtig hält, auch von Andern so erfunden werden sollten, so wird es dann die Sache geschickterer Schriftsteller sein, alle die daraus hervorgehenden wichtigen Folgerungen zu ziehen.

Indem er angenommene Meinungen bestritt, fand er es für notwendig, in solche Stellen der Schriften *Adam Smiths* besonders einzugehen, welche von der Seinigen abweichende Ansichten enthielten; er hat aber die Zuversicht, dass man ihn deswegen nicht im Verdacht haben werde, als teile er nicht mit allen denen, welche die wissenschaftliche Wichtigkeit der Staatswirtschaft einsehen, die ganze Bewunderung, welche das tiefgedachte Werk dieses berühmten Autors so verdient in Anspruch genommen hat.

Das Nämliche gilt von den vortrefflichen Schriften des Hrn. Say, der nicht nur der Erste, oder einer der Ersten, unter den Schriftstellern des Kontinents war, der die Grundsätze Smiths richtig würdigte und anwendete, und der mehr als alle Schriftsteller des Kontinents zusammengenommen, getan hat, um die Grundsätze dieses weisen und wohltätigen Systems den Nationen *Europas* anzuempfehlen. Ihm ist es gelungen, der Wissenschaft eine logischere und lehrreichere Gestalt [VI] zu geben, auch hat er sie durch einige Untersuchungen bereichert, die eben so originell, als richtig und tiefgedacht sind<sup>1</sup>. Die Achtung, die der Schreiber dieser Zeilen für die Schriften des Hrn. Say empfindet, hat ihn indessen nicht abgehalten, mit der Freimütigkeit, welche, seines Erachtens, das Interesse der Wissenschaft erfordert, diejenigen Stellen des „*Traité d' Economie Politique*“ einer Prüfung zu unterwerfen, welche von seinen eigenen Ansichten abwichen.

---

<sup>1</sup> Das XV. Chap. Liv. I. seiner Schrift: „*Des Débouchés*,“ enthält vorzüglich einige sehr wichtige Grundsätze, die dieser ausgezeichnete Schriftsteller, wie ich glaube, zuerst aufgestellt und entwickelt hat. (Anmerkung des Verfassers.)

[1]

## Erstes Kapitel.

### Vom Wert.

*Adam Smith* hat die Bemerkung gemacht, dass das Wort „Wert“ zwei verschiedene Bedeutungen habe, indem es bald die (unmittelbare) Nützlichkeit bald die Eigenschaft einer Sache bezeichne, sich mittelst Tausch derselben den Besitz anderer Dinge leicht verschaffen zu können. Den ersteren kann man *Gebrauchswert*, den anderen *Tauschwert* nennen. „Die Dinge“, fährt *Adam Smith* fort, „welche den größten Gebrauchswert haben, pflegen oft geringen oder gar keinen Tauschwert zu besitzen, und so umgekehrt.“ Wasser und Luft, deren Gebrauchswert so groß ist, die selbst zum Leben unentbehrlich sind, können doch in der Regel nicht zum Eintausch anderer Dinge gebraucht werden; Gold dagegen, im Vergleich mit Wasser und Luft von so geringem Gebrauchswert, kann gegen eine große Menge anderer Güter umgetauscht werden<sup>2</sup>. Die Nützlichkeit kann also nicht als [2]

---

<sup>2</sup> Der Unterschied, den hier *Ricardo* nach *Adam Smith* zwischen Gebrauchs- und Tauschwert macht, ist in der politischen Ökonomie von der größten Wichtigkeit. Vielleicht hätte noch bemerkt werden sollen, dass letzterer, der *Tauschwert*, derjenige ist, mit welchem sich *Adam Smith* ausschließlich in seinem Werke beschäftigt hat, und dass, gerade dadurch die politische Ökonomie (diejenige Wissenschaft unter allen vielleicht, die den unmittelbarsten Einfluss auf das Schicksal der Menschen hat) einen großen Schritt vorwärts getan hat. Der *Wert*, diese abstrakte Eigenschaft, durch welchen die Sachen zu *Reichtümern* oder zu Teilen von Reichtümern werden, war eine unbestimmte und willkürliche Eigenschaft, welche Jeder nach Belieben erhöhte oder erniedrigte, je nachdem er seine Sache schätzte; aber von dem Augenblick an, wo man die Bemerkung machte, dass dieser Wert anerkannt und zugestanden sein müsste, um wirklicher Reichtum zu werden, erhielt die Wissenschaft eine feste Basis, nämlich den *laufenden Wert*, oder *Tauschwert der Dinge*, den man ihren *laufenden Preis* nennt, sobald ihre Schätzung in der Landesmünze geschehen ist. Wenn man philosophische Betrachtungen über diesen Wert anstellt und über das, was ihn hervorgebracht hat, und was ihn herabsetzt, so hat man sich nicht bloß mit leeren Abstraktionen beschäftigt, eben so wenig als zwei Erben, nachdem sie das Inventarium der Erbschaft gemacht haben, in Abstraktionen sich teilen.

Ich kann mich hier der Bemerkung nicht enthalten, dass die Notwendigkeit, den Wert der Dinge nach dem Wert zu bestimmen, den man für diese nämlichen Dinge beim Tausch erhalten kann, die meisten Schriftsteller vom wahren Gegenstand ihrer ökonomischen Untersuchungen abgewandt hat. Man hat den Tausch als das Fundament des Staatsreichtums betrachtet, ob er gleich in der Tat nichts dazu beiträgt. Zwei Werte, die man gegeneinander austauscht, ein Maß Getreide und eine Schere, haben sich schon vor dem Tausch gebildet; der Reichtum, den sie enthalten, besteht gleichfalls schon vor dem Tausch, und obgleich der Tausch eine große Rolle in der Staats-Ökonomie spielt, ob er gleich nicht entbehrt werden kann, um die Produkte bis zu den Verbrauchern derselben gelangen zu lassen, so besteht doch keinesweges im Tausche selbst die Hervorbringung oder Verbrauchung der Reichtümer. Es gibt viele hervorgebrachte Reichtümer, die ohne wirklichen Tausch verteilt worden sind. Wenn z. B. ein großer Landbebauer in *Kentucky* unter seine Familie und seine Arbeiter, das Getreide seiner Ländereien und das Fleisch seiner Herden austeilte; wenn er in seinem Hause und für seinen Gebrauch die eingeerntete Schaf- oder Baumwolle spinnen und weben lässt und selbst seine Pfirsiche destilliert, um daraus ein geistiges Getränk zu erhalten; so erzeugen und verzehren er und die Seinigen Reichtümer, die durchaus keinen Tausch erfahren haben.

Der Tauschwert einer Sache, selbst wenn sie nicht vertauscht werden soll, ihr Kaufpreis, d. h. der Wert, den sie haben würde, sobald man sie verkaufen wollte, reicht also hin, selbst ohne dass ein Verkauf stattfindet, den Reichtum zu bestimmen und auszumachen. Daher kennt ein Kaufmann seinen Reichtum schon durch das Inventarium, das er von seinem Vermögen macht, ganz ohne die Absicht es zu verkaufen.

J. B. S.

Maßstab des Tauschwertes angenommen werden, obgleich sie wesentlich notwendig ist. Wenn ein Gegenstand uns keinen Nutzen gewährte, oder mit anderen Worten, wenn wir ihn nicht zu unseren Genüssen anwenden, oder Vorteil daraus ziehen könnten; so würde er keinen Tauschwert haben, wie groß auch übrigens [3]

seine Seltenheit, oder die Arbeit sein möchte, die erforderlich ist, um ihn hervorzubringen.

Diejenigen Dinge, welche Nutzen gewähren, erhalten ihren Tauschwert aus zwei Quellen; aus ihrer Seltenheit und aus der Quantität Arbeit, die erforderlich ist, um sie zu erhalten.

[4] Es gibt Dinge, deren Wert einzig von ihrer Seltenheit abhängt. Ihre Quantität kann nicht durch Arbeit vergrößert werden, folglich kann ihr Wert nicht durch ihre wachsende Menge verringert werden. Der gleichen sind vortreffliche Statuen und Gemälde, seltene Bücher und Münzen, Weine von vorzüglicher Güte, die nur in besonderen Landstrichen und in geringer Quantität erzeugt werden; alle dergleichen Gegenstände gehören in diese Kategorie. Ihr Wert, gänzlich unabhängig von der Quantität der Arbeit, die zu ihrer Hervorbringung nötig war, richtet sich einzig nach dem Geschmack und der Liebhaberei Derer, die nach ihrem Besitz streben.

Diese Klasse von Dingen macht inzwischen nur einen kleinen Teil derjenigen aus, welche täglich umgesetzt werden. Bei Weitem der größte Teil der Güter, die man zu besitzen wünscht, werden durch Arbeit hervorgebracht; nicht in einem Lande allein, sondern in mehreren kann man sie vervielfältigen, und zwar auf eine unendliche Weise, sobald man nur die zu ihrer Hervorbringung nötige Arbeit anwenden will.

Wenn wir daher von Waren sprechen, von ihrem Tauschwert und den Grundsätzen, die ihren relativen Preis bestimmen, meinen wir stets solche Waren, die in Menge durch menschliche Industrie hervorgebracht und durch Konkurrenz ohne Hindernis vervielfältigt werden können.

In der Kindheit des geselligen Zustandes hängt der Tauschwert der Dinge, oder die Regel, welche be- [5] stimmt, wie viel von der einen Sache für eine andere im Tausch gegeben werden soll, einzig von der verhältnismäßigen Quantität Arbeit ab, die auf die Hervorbringung einer jeden verwandt wurde.

„Der wirkliche Preis einer jeden Sache, sagt *Adam Smith*, das, was sie dem kostet, der ihrer bedarf, ist die Vergütung der Mühe und des zu ihrer Hervorbringung nötigen Aufwandes. Was jede Sache wirklich für den wert ist, der sie erworben hat, und sie verbrauchen oder gegen eine andere Sache umtauschen will, richtet sich nach der Mühe und dem Aufwand, die er sich durch sie ersparen und auf Andere zurückfallen lassen kann. Die Arbeit bestimmte den ersten Preis und war die erste Münze, mit welcher Alles bezahlt wurde<sup>3</sup>.“

[6] Und an einer anderen Stelle sagt er; „in diesem ersten und rohen Zustande des Gesellschaftsvereins, welcher der Anhäufung von Kapital und dem Erwerb von Landbesitz

---

<sup>3</sup>) *Smith*, und nach ihm fast alle Englischen Schriftsteller verwechseln die Wörter: *Arbeit und Industrie*: Aus der Analyse der produktiven Arbeiten, die einen Teil meines *Traité d'Economie politique* ausmacht, ist ersichtlich, dass der produktiven Arbeiten: dreierlei sind, nämlich die des Gelehrten, welcher die Gesetze der Natur studiert, die des Industrie-Unternehmers, der sie zur Befriedigung der Bedürfnisse der Menschen anwendet, und die des Handarbeiters, der die Arbeit tut, welche ihm die beiden ersteren übergeben. Das Wort Arbeit drückt nur unzulänglich alle diese Operationen aus, von denen einige Resultate der höchsten menschlichen Intelligenz sind. Alle diese Operationen vereint erhalten schicklich den Namen *Industrie*, während Arbeit nur die genannt werden, die weniger mit Vernunftschlüssen zu tun haben. Die Analyse der verschiedenen Operationen ist der Industrie umso notwendiger, als sie bei der Bestimmung der durch sie erzeugten Werte, auf eine sehr verschiedene Weise in Anschlag kommen.

vorhergeht, scheint das Verhältnis der, zur Hervorbringung oder Erlangung einer jeden Sache nötigen, Arbeit der einzige Umstand zu sein, aus dem man eine Regel für den Austausch des Einen gegen das Andere herleiten kann. Wenn z. B. bei einem Volke, das von der Jagd lebt, es gewöhnlich doppelt so viel Arbeit erfordert, einen Bieber zu erlegen, als einen Hirsch zu töten; so wird man in diesem Fall zwei Hirsche für einen Bieber erhalten, oder ein Bieber ist zwei Hirsche wert. Es ist ganz natürlich, dass das, was die Frucht zweier Tage, oder zweier Stunden Arbeit ist, doppelt so viel koste, als das, was in der Regel nur einen Tag, oder eine Stunde Arbeit erfordert<sup>4</sup>."

Dass hierin die wirkliche Grundlage des Tauschwertes aller Dinge besteht, ausgenommen diejenigen, welche durch menschliche Industrie nicht willkürlich vervielfältigt werden können, ist in der politischen Ökonomie ein Satz von der größten Wichtigkeit; denn aus keiner einzigen Quelle entspringen so viele Irrtümer und Verschiedenheit der Meinung in dieser Wissenschaft, als aus dem schwankenden und unbestimmten Sinn, den man mit dem Worte „Wert“ verbindet.

Wenn nun die auf eine Sache verwendete Quantität von Arbeit den Tauschwert derselben bestimmt, so [7] muss jede Vermehrung der Quantität der Arbeit notwendig den Wert der Sache erhöhen, auf welche sie verwendet wurde, und ebenso jede Verminderung der Arbeit den Wert derselben verringern<sup>5</sup>.

[8] *Adam Smith*, der die wahre Quelle des Tauschwertes so scharf bezeichnet hat, und der, um konsequent zu sein, an dem Satze hätte halten müssen, dass alle Sachen mehr oder weniger Wert haben, je nachdem ihre Hervorbringung oder Erlangung mehr oder weniger Arbeit kostete, hat sich selbst noch einen anderen Maßstab des Wertes aufgestellt und spricht von Dingen, die größeren oder geringeren Wert haben, je nachdem sie gegen mehr oder weniger dieses Maßstabes ausgetauscht werden können. Bald nimmt er das Getreide, bald die Arbeit zu diesem Maßstab an, aber nicht die Quantität von Arbeit, die auf die Produktion der Sache verwendet worden ist, sondern die Quantität von Arbeit, um welche diese Sache gekauft werden kann: als ob dies zwei gleichbedeutende Ausdrücke wären und als ob Jemand, weil seine Arbeit doppelt so viel Erfolg, als die Anderer hat, und er deshalb

---

<sup>4</sup> Buch I. Kap. 5.

<sup>5</sup> Herr *Ricardo* fehlt hier nach meiner Meinung darin, dass er nur eins der Elemente des Wertes der Dinge, nämlich die Arbeit, oder um richtiger zu sprechen, alle die Opfer und den Aufwand, welche zur Produktion derselben erforderlich sind, in Betrachtung zieht. Er setzt das erste Element, die wahre Grundlage des Wertes, d. i. die Nützlichkeit, ganz bei Seite. Aber gerade die Nützlichkeit einer Sache erzeugt die Nachfrage nach derselben. Andererseits bewirkt der zur Produktion erforderliche Aufwand, mit anderen Worten, die der Kosten der Produktion, nicht allein die Seltenheit Sache, sondern hat auch Einfluss auf ihre Quantität. Ihr Wert steigt, je mehr Nachfrage nach ihr ist und je weniger sie zu haben ist. Dieß ist ein Fundamental-Prinzip der politischen Ökonomie und es hat sich stets durch die Erfahrung bestätigt, auch habe ich mich schon anderswo weitläufig darüber ausgelassen (siehe meinen *Traité d'Economie politique* liv. II. ch. I.) Es sind also nicht die Produktionskosten allein, welche Hr. *Ricardo*, nach *Smith*, den *natürlichen Preis* einer Sache nennt, der ihren Tauschwert, ihren laufenden Preis, bestimmt, wenn man diesen Wert in Münze ausdrücken will. „Sobald die Produktionskosten sich vermehren, müsste, damit der Tauschwert sich auch vermehrte, das Verhältnis zwischen Nachfrage und Darbieten das Nämliche bleiben, die Nachfrage müsste sich sogar vermehren; es ist aber ausgemacht, dass sie sich verringert. Der Tauschwert kann daher nicht nach den Produktionskosten steigen. Weil Hr. *Ricardo* diesen nie wandelbaren Umstand und folglich dieses Fundamental-Prinzip aus dem Auge verloren hat, so ist er, wie ich glaube, zu einigen Irrtümern verleitet worden, die ich mir, aus Rücksicht für die Wissenschaft; die Freiheit nehmen will, aufzudecken, ohne jedoch die Rücksichten bei Seite zu setzen, welche der Autor sowohl durch seine persönlichen Eigenschaften, als hinsichtlich seiner Talente verdient.

doppelt so viel von gewissen Dingen produziert, er auch im Tausche nun doppelt so viel dafür bekommen müsse.

Wenn dieses wahr wäre, wenn die Bezahlung des Arbeiters stets im Verhältnis zu dem stände, was er produziert hat; alsdann wäre die auf eine Sache verwendete Quantität Arbeit und die Quantität Arbeit, für welche man die Sache kauft, sich gleich, und eins oder das andere, ganz ohne Unterschied, könnten als Maßstab der Variationen jedes anderen Wertes gelten. Aber so sind diese beiden Quantitäten sich nicht gleich; die erste ist zwar sehr oft ein unveränderlicher Maßstab, der genau die Veränderungen der Preise anderer Sachen an- [9] gibt; die zweite dagegen ist ebenso vielen Veränderungen unterworfen, als die Waren, mit denen man sie gegeneinanderhält. Nachdem *Adam Smith* mit vielem Scharfsinn dargetan hat, wie wenig ein wandelbares Medium, wie Gold und Silber, zulänglich sei, um den veränderlichen Preis der anderen Dinge zu bestimmen, hat er selbst einen ebenso wandelbaren Maßstab gewählt, indem er das Getreide oder die Arbeit<sup>6</sup>, als solchen annahm.

Gold und Silber sind ohne Zweifel dem Schwanken des Werts durch die Entdeckung neuer und reicherer Minen unterworfen, aber diese Entdeckungen sind selten und ihre Wirkungen, obgleich einflussreich, beschränken sich auf Perioden von einer verhältnismäßig kurzen Dauer. Ihr Wert kann also Veränderungen erleiden [10] durch Verbesserungen in der Bearbeitung der Minen und der Maschinen, die dazu angewendet werden, indem durch diese Verbesserungen mit der nämlichen Arbeit mehr Metall erlangt wird. Sie erleiden auch ferner Veränderungen des Wertes durch die Verminderung der Ausbeute der Minen, welche bereits Jahrhunderte hindurch der Welt diese Metalle geliefert haben. Aber von welcher dieser Ursachen des Schwankens und der Veränderung des Preises ist wohl das Getreide ausgenommen? Leidet sein Wert nicht eines Teils Veränderungen durch Verbesserungen des Ackerbaues und der Ackerbau-Instrumente, durch Vervollkommnung der Maschinen sowohl, als durch Entdeckung neuer fruchtbarer Landstriche, die in andern Ländern in Kultur genommen werden und die unfehlbar im Preis des Getreides auf jedem Markt Veränderungen bewirken müssen, wo dessen Einfuhr frei ist? Ist nicht andern Teils das Getreide dem Steigen unterworfen, teils durch Einfuhrverbote, teils durch Zunahme der Bevölkerung und des Reichtums, teils durch die weit größere Schwierigkeit, eine immer größere Ausbeute davon in Gegenden geringen Ertrags zu erhalten, deren Kultur in Verhältnis zu anderen weit mehr Arbeit erheischt?<sup>7</sup>

---

<sup>6</sup> Es ist allerdings wahr, dass der Wert der Dinge (und wäre es auch der Wert der Arbeit), da er eine Eigenschaft ist, die ihrem Wesen nach von einer Zeit zur andern und von einem Ort zum andern wandelbar und veränderlich ist, nicht als Maßstab für den Wert einer andern Sache dienen kann, außer für eine bestimmte Zeit und einen bestimmten Ort. Deshalb existieren an manchem Ort alle Tage ein anderer laufender Preis der Waren und ebenso ein neuer Wechsel-Cours (der weiter nichts ist als der laufende Preis der verschiedenen Geldsorten.) Ein unveränderlicher Maßstab der Werte ist eine reine Chimäre, weil man die Werte nicht anders, als durch Werte messen kann, d. h. immer nur durch eine, ihrem Wesen nach veränderliche Quantität. Hieraus geht nicht hervor, dass der Wert überhaupt chimärisch sei; er ist es so wenig, als die Wärme der Körper, die auf gleiche Weise der Stätigkeit ermangelt.

J. B. S.

<sup>7</sup> Hr. *Ricardo* erwähnt nicht des bekannten Grundes, warum der Wert des Getreides weniger schwankend sein soll als der irgendeiner andern Ware. Die Population jedes Landes verringert und vergrößert sich nämlich stets nach dem Verhältnis der Subsistenzmittel; es bleibt also das Verhältnis zwischen der Quantität des erbauten Getreides (so groß man sie auch annehme) und der Quantität des bedürftigen immer dasselbe, folglich muss auch der Tauschwert desselben der nämliche bleiben. Das Getreide ist ein Produkt, welches durch sein Vorhandensein seine Verzehrter schafft und durch seinen Mangel sie wieder vernichtet. Das kann man aber nicht vom Golde sagen.

J. B. S.

[11] Ist aber nicht der Wert der Arbeit auf gleiche Weise veränderlich und wird er nicht gleich allen anderen Dingen durch das Verhältnis zwischen Darbieten und Nachfrage, die ohne Unterlass nach der Lage, in welcher ein Land sich gerade befindet, sich ändern, auch gleichfalls modifiziert? Hängt er nicht gleichfalls von dem veränderlichen Preis der Lebensmittel und der notwendigsten Bedürfnisse ab, auf die der Arbeiter seinen Lohn verwendet?

In einem und dem nämlichen Lande bedarf es viel leicht, um eine bestimmte Quantität Nahrungsmittel oder notwendige Lebensbedürfnisse zu produzieren, zu einer Zeit doppelt so viel Arbeit, als zu einer andern und spätern, und es kann sich doch ereignen, dass im letzteren Fall der Lohn des Arbeiters nur unbedeutend verringert wird. – Wenn in der ersten Periode der Arbeiter eine gewisse Quantität Nahrungsmittel und Lebensbedürfnisse, als Lohn erhielt, so würde er wahrscheinlich nicht mehr bestehen können, sobald man selbige ihm verringert hätte. Nahrungsmittel und Lebensbedürfnisse würden in diesem Fall um 100 pCt. steigen, wenn man ihren Wert nach der zu ihrer Produktion nötigen Quantität Arbeit bestimmen wollte, während ihr Wert kaum vermehrt worden wäre, wenn man ihn nach der Quanti- [12] tät Arbeit gemessen haben würde, um welche sie eingetauscht werden können.

Die nämliche Bemerkung kann man von zwei oder mehreren Ländern machen. In *Amerika* und *Polen* gibt die Arbeit eines Jahres weit mehr Getreide zur Ausbeute als in *England*. Angenommen nun, dass alle anderen Lebensbedürfnisse in diesen drei Ländern um gleichen Preis zu haben wären: würde es nicht ein großer Fehler sein, daraus den Schluss zu machen, dass die dem Arbeiter als Lohn gegebene Quantität Getreide in jedem dieser Länder im Verhältnis mit der Leichtigkeit der Produktion stehe?

Wenn das Fußwerk und die Bekleidung des Arbeiters durch neue und verbesserte Verfahrungsart mit dem vierten Teil der Arbeit hergestellt werden könnte, die ihre Fabrikation jetzt erfordert, so würden sie wahrscheinlich um 75 pCt. fallen; weit entfernt aber, dass nun der Arbeiter statt eines Kleides und ein Paar.-Schuhe sich das Vierfache kaufen kann, wird im Gegenteil wegen Konkurrenz und der, aus der wachsenden Population notwendig hervorgehenden Nachfrage nach Arbeit, sein Lohn bald nach dem neuen Werte der Bedürfnisse, die er dafür kauft, bestimmt werden. Würden sich solche Verbesserungen auf alle Gegenstände der Konsumption des Arbeiters verbreiten, so dürfte doch in wenig Jahren die Vermehrung seines Auskommens kaum noch merklich sein, obgleich der Tauschwert dieser Dinge im Verhältnis zu ändern, deren Bereitung keine solche [13] Verbesserungen erhalten hat, bedeutend gesunken war und man sie für eine weit geringere Quantität Arbeit erhielt.

Es ist also nicht richtig mit *Adam Smith* zu sagen: „dass, weil man für die nämliche Arbeit manchmal eine größere und manchmal eine kleinere Quantität Waren kaufen kann, es der Wert der Waren sei, welcher sich verändere und nicht der der Arbeit. Und folglich, „dass, da einzig der Wert der Arbeit unveränderlich sei, er allein der genaue und Fundamental-Maßstab sei, mittelst dessen zu jeder Zeit und jedem Ort der Wert aller Bedürfnisse oder Waren gemessen werden kann.“ Richtig ist dagegen, was *Adam Smith* früher sagte: „dass das Verhältnis zwischen den, zur Erlangung dieses oder jenes Gegenstandes erforderlichen, Quantitäten von Arbeit der einzige Umstand zu sein scheine, der eine Regel für den Austausch des einen gegen den andern bilde,“ oder mit andern Worten, dass die verhältnismäßige Quantität Bedürfnisse, welche die Arbeit verschaffen kann, ihren gegenwärtigen oder künftigen relativen Wert bestimmt, nicht aber die verhältnismäßigen

---

Quantitäten von Bedürfnissen, die der Arbeiter als Tausch oder Lohn seiner Arbeit erhält. Wenn es irgendeine Sache gäbe, die jetzt und zu allen Zeiten die nämliche Quantität Arbeit zu ihrer Hervorbringung erforderte, so würde diese Sache einen unveränderlichen Wert haben und zugleich den großen Nutzen gewähren, einen ständigen Maßstab für die Wertver[14]änderungen anderer Dinge abzugeben<sup>8</sup>. Solch eine Sache aber kennen wir nicht und haben folglich keinen unveränderlichen Maßstab des Werts. Dessen ungeachtet ist es, um zu einer richtigen Theorie zu gelangen, sehr nützlich, die wesentlichen Eigenschaften eines unveränderlichen Maßstabes näher zu bezeichnen, damit man die Ursachen der Veränderung des relativen Wertes der Dinge kennen lernt und den Grad ihrer möglichen Wirkung auf diese Veränderung berechnen kann.

Wenn ich die Arbeit als den Grund alles Wertes betrachte und ihre relative Quantität als den Maßstab des relativen Wertes der Dinge, so darf man nicht glauben, dass mir die Verschiedenheit der Arten von Arbeit, so wie die Schwierigkeit entgangen wäre, die Arbeit einer Stunde oder eines Tages, welche auf irgendeinen gewissen Industriezweig verwendet wird, mit der Arbeit von der nämlichen Dauer, welche auf einen andern verwendet wird, zu vergleichen. Der Wert der verschiedenen Arten von Arbeit ist indessen bald festgesetzt und zwar mit hinlänglicher Bestimmtheit für jeden praktischen Zweck: er hängt sehr von der verhältnismäßigen Geschicklichkeit und Tätigkeit des Ar- [15]beiters ab. Ist die Scale dieser Verhältnisse einmal festgesetzt, dann ist sie nur geringen Veränderungen unterworfen. Wenn die Tagsarbeit eines Juwelirers mehr wert ist, als die eines gemeinen Arbeiters, so hat man dies schon lange eingesehen und diesem Verhältnis seine gebührende Stelle in der Stufenleiter des Werts angewiesen<sup>9</sup>.

Wenn man den Wert ein und der nämlichen Sache zu verschiedenen Perioden vergleicht, so braucht man [16] nicht die verhältnismäßige Geschicklichkeit und Tätigkeit des Arbeiters zu berücksichtigen, denn sie äußern auf beide Perioden gleichen Einfluss. Arbeiten der nämlichen Art, zu verschiedenen Zeiten vollbracht, sind sich gleich; fügt man einen Zehntel, ein Fünftel oder ein Viertel hinzu, oder nimmt es hinweg, so wird sich eine, im Verhältnis zu ihrer Ursache, stehende Wirkung in dem relativen Werte der Sache zeigen.

Wenn ein Stück Tuch jetzt den Wert von zwei Stücken Leinwand hat, und wenn in zehn Jahren der gebräuchliche Wert desselben vier Stücken Leinwand wäre; so könnten wir daraus den sichern Schluss machen, dass mehr Arbeit zur Verfertigung des Tuches gehöre,

---

<sup>8</sup> Ein solcher Maßstab. würde nicht in höherem Grade unveränderlich sein, als der Wert der Arbeit selbst, die, wie bemerkt, allen Veränderungen unterworfen ist, die aus dem Verhältnis zwischen der Quantität der angebotenen und der gesuchten Arbeit hervorgehen, ein Verhältnis, welches nach Zeit, Ort und dem Preise der Bedürfnisse sich modifiziert.

J. B. S.

<sup>9</sup> „Obgleich die Arbeit der wahre Maßstab für den Tauschwert jeder Sache ist, so pflegt doch der Wert der Dinge gewöhnlich nicht nach ihr abgemessen zu werden. Es ist oft sehr schwierig, das Verhältnis, welches zwischen zwei verschiedenen Quantitäten von Arbeit stattfindet, zu bestimmen. Die Zeit, welche auf zwei verschiedene Arten von Arbeit verwendet wurde, ist nicht immer hinlänglich, um dieses Verhältnis festzusetzen. Die verschiedenen Grade von Anstrengung, und Geschicklichkeit, die der Arbeiter angewendet hat, müssen gleichfalls in Berücksichtigung kommen. Die schwere Arbeit einer Stunde kann weit angreifender sein, als die zweistündige, welche auf ein leichtes Geschäft verwendet wird; eben so kann die einstündige Ausübung eines Metiers, welches 10 Jahre, um es zu erlernen gekostet hat, weit schwerer sein, als die monatlange Beschäftigung mit einer gewöhnlichen und leichten Hantierung. Aber es ist nicht leicht, einen genauen Maßstab für die Anstrengung und die Geschicklichkeit zu finden. Wenn man die verschiedenen Produkte der verschiedenen Arten von Arbeit gegen einander austauscht, pflegt man beide zwar gewöhnlich bis zu einem gewissen Grad in Anschlag zu bringen, aber bei Weitem nicht nach einem genauen Maßstab, sondern nach dem Fordern und Bieten auf dem Markte nach dieser Art von approximativer Gleichheit, die, obgleich nicht genau, doch auslangend ist für die Geschäfte des gemeinen Lebens.“ *Wealth of Nations* I. Buch, 10 Cap.

oder weniger zur Verfertigung der Leinwand, oder auch, dass beide Ursachen zu gleicher Zeit gewirkt haben.

Da die Untersuchungen, auf welche ich die Aufmerksamkeit der Leser zu lenken wünsche, die Wirkung der Veränderungen im relativen und nicht im absoluten Werte der Dinge zum Gegenstand haben, so kommt es hier wenig darauf an, in das Wertverhältnis der verschiedenen Arten von Arbeit einzugehen. Wir können annehmen, dass das Verhältnis zwischen den verschiedenen Graden des Werts von einer Generation zur anderen ungefähr das Nämliche bleibe, oder wenigstens, dass die Veränderungen, welche es von einem Jahr zum andern erleidet, wenig bemerkbar sind; wie groß auch übrigens die anfängliche Ungleichheit, der [17] Grad von Fähigkeit und Geschicklichkeit, oder der zur Erlangung manueller Geschicklichkeit in den verschiedenen Zweigen der Industrie erforderliche Zeitraum sein möge. Diese geringen Veränderungen können also keine bedeutende Wirkung auf den relativen Wert der Dinge haben.

„Das Verhältnis zwischen dem verschiedenen Quantum des Lohnes und des Gewinnes aus der verschiedenen Anwendung von Arbeit oder Kapital scheint, wie ich schon bemerkt habe, nicht sehr durch Reichtum oder Armut, durch den zunehmenden, stillestehenden oder abnehmenden Zustand der Gesellschaft verändert worden zu sein. Solche Staatsrevolutionen müssen aber auf das allgemeine Quantum des Lohnes und des Gewinnes Einfluss haben, aber zuletzt modifizieren sie beide (Arbeit und Kapital) in allen ihren verschiedenen Anwendungen. Das Verhältnis zwischen ihnen muss folglich das nämliche bleiben und kann durch solche Revolutionen, zum wenigsten für eine beträchtliche Zeit, keine Veränderung erleiden<sup>10</sup>.“

Man wird aus dem, Seite 5, aus *Wealth of Nations* gegebenen, Auszüge sehen, dass, obgleich *Adam Smith* den Satz anerkennt, das Verhältnis zwischen den, zur Erlangung gewisser Dinge erforderlichen, Quantitäten von Arbeit sei der einzige Umstand, aus dem eine Regel für die gegenseitige Austausch- [18] schung hergeleitet werden könne, er doch die Anwendung desselben auf den „ersten und rohen Zustand der Gesellschaft beschränkt, welcher der Anhäufung von Kapital und Landeigentum vorhergeht;“ als wenn Interessen und Bodenrente einen Einfluss auf den relativen Wert der Dinge haben könnten, der unabhängig von der reinen Quantität Arbeit war, die zu ihrer Produktion erfordert wurde.

Und überdies hat *Adam Smith* nirgends die Wirkungen der Anhäufung von Kapital und Landeigentum auf den relativen Wert der Dinge auseinandergesetzt. Es ist daher höchst wichtig zu bestimmen, inwieweit die öffentlichen Wirkungen, welche die, zur Produktion der Bedürfnisse verhältnismäßig erforderliche Quantität Arbeit auf ihren Tauschwert hat, durch Kapitalanhäufung und Pachtzahlungen modifiziert werden.

Zuerst, was die Anhäufung von Kapitalen betrifft, so bedarf selbst im ersten Zustand der Gesellschaft, wie ihn *Adam Smith* im Auge hat, der von der Jagd lebende Wilde eines Kapitals, was er sich vielleicht selbst geschaffen hat, und was ihn in den Stand setzt, das Wild zu erlegen. Besäße er keine Angriffswaffen, wie könnte er einen Biber oder einen Hirsch töten? Der Wert dieser Tiere würde sich also nicht allein aus der, zu ihrer Erlegung verwendeten Zeit und Arbeit ergeben, sondern auch noch aus der Zeit- und Arbeit, die der Jäger bedurfte, um sein Kapital zu erlangen, nämlich die Waffe, mittelst welcher er die Erlegung in's Werk setzte.

[19] Gesetzt, die zur Erlegung des Biebers erforderliche Masse bedürfte zu ihrer Verfertigung weit mehr Arbeit, als diejenige, welche zur Erlegung eines Hirsches ausreicht,

---

<sup>10</sup> *Wealth of Nations* I. Buch, Cap. 10.

etwa in Berücksichtigung der größeren Schwierigkeit, sich dem ersteren dieser Tiere zu nahen und des daraus folgenden Bedürfnisses einer sicherer treffenden Waffe. In diesem Fall würde ein Bieher mehr als zwei Hirsche kosten und bloß aus dem Grunde, weil im Ganzen mehr Arbeit zur Erlegung des ersteren erforderlich wäre.

Alle, zur Erlegung eines Biebers oder Hirsches erforderliche, Waffen könnten auch bloß einer einzigen Klasse von Menschen angehören, und die Arbeit der Jagd einer andern; dessen ungeachtet würde ihr verhältnismäßiger Preis immer nach der Arbeit sich richten, die zur Erlegung der Tiere und zur Bildung des Kapitals erforderlich ist. Möchte Überfluss oder Mangel an Kapital, im Verhältnis zur Arbeit, sein; möchte ebenso Überfluss oder Mangel an Lebensmitteln und den notwendigsten Bedürfnissen sein! diejenigen Personen, welche einen gleichen Kapitalwert auf eins oder das andere verwendet hätten, könnten die Hälfte, ein Viertel, oder ein Achtel ihres Gewinnes wegnehmen und der Rest bliebe dann als Lohn für die übrig, welche die Arbeit getan haben. Aber diese Teilung des Ertrags kann den wahren Wert der Dinge nicht verändern; denn, angenommen, der Gewinn vom Kapital stiege zu 50, 20 oder 10 prC. oder der Arbeitslohn wäre stark oder gering, so würde doch in beiden obigen Fällen die Wirkung gleich sein.

[20] Denkt man sich die Beschäftigungen der Gesellschaft ausgebreiteter, so dass die Einen Kähne und Fischergeräte verfertigen und die andern Samen und die groben Instrumente, deren man zum Ackerbau bedarf, besorgen: so würde auch hier der Satz sich bewahrheiten, dass der Tauschwert der produzierten Dinge sich nach der, auf ihre Produktion verwendeten Arbeit richte, und nicht allein nach der auf ihre unmittelbare Produktion verwendeten, sondern auch nach der, welche die Fabrikation der, zu ihrer Produzierung erforderlichen Instrumente und Maschinen notwendig machte.

Nehmen wir einen Zustand der Gesellschaft an, in welchem noch größere Vervollkommnungen eingetreten sind und in welchem Künste und Handel blühen, so werden wir finden, dass die Dinge hinsichtlich ihres Wertes immer nach dem nämlichen Grundsatz ihre Veränderungen erleiden. Untersucht man z. B. den Tauschwert der Strümpfe, so wird sich ergeben, dass er von der Summe Arbeit abhängig ist, die sowohl zu ihrer Fabrikation, als auch sie auf den Markt zu bringen, erforderlich war. Zuerst gehört hierher die Arbeit, welche die Kultur des Landes nötig machte, auf welchem man die rohe Baumwolle baute; sodann sie in das Land zu transportieren, wo die Strümpfe fabriziert wurden; hierzu muss ein Teil der Arbeit mitgerechnet werden, welche die Erbauung des Transportschiffes kostete, das durch die Fracht der Güter bezahlt wird. Endlich kommt die Arbeit des Spinners und Webers, so auch ein Teil der Arbeit des Baumeisters, Schlossers und [21] Zimmermanns, welche die Gebäude und Maschinen erbaut haben, und endlich die Industrie des Detail-Händlers und mehrerer anderer Personen, die wir hier nicht im Einzelnen anzuführen nötig haben. Die Totalsumme aller dieser mannichfachen Arten von Arbeit bestimmt einerseits die Quantität der verschiedenen Dinge, für welche diese Strümpfe getauscht werden, und eine gleiche Untersuchung und Schätzung aller der, zur Produktion dieser Gegenstände angewendeten, Arbeit andererseits die Quantität, welche für die Strümpfe gegeben werden kann<sup>11</sup>.

---

<sup>11</sup> Hr. *Ricardo* scheint Obigem nach den Gewinn oder die Interessen von Kapitalen nicht als einen, den Preis der Dinge bestimmenden, Teil zu betrachten. Wenn der Käufer den Wert der Strümpfe bezahlt und die Arbeit des Baumwollenpflanzers, die Arbeit des Kaufmanns, der sie nach *Europa* kommen lässt, selbst die Arbeit des Schiffserbauers und dessen, der die Maschinen des Spinners und Webers hergestellt hat, wenn alle diese Arbeiten, sage ich, zum Preis der Strümpfe beitragen sollen; so ist doch noch nicht die Benutzung der verschiedenen Kapitale in Berücksichtigung gezogen, welche während der Ausübung aller dieser Arbeiten stattfand. Wenn ich übrigens von Benutzung der Kapitale spreche, so meine ich nicht bloß ihre Deterioration, den Aufwand, der erforderlich ist, um z. B. Ackerinstrumente, Schiffe, Maschinen, mit einem Wort den ganzen

[22] Um uns zu überzeugen, dass dies der wahre Grund alles Tauschwertes sei, wollen wir annehmen, dass eine Arbeit verminderte Verbesserung, in einer der verschiedenen Procedures gemacht worden sei, welche mit der rohen Baumwolle vorgenommen werden müssen, ehe die baumwollenen Strümpfe zu Markte gebracht und gegen andere Dinge ausgetauscht werden können, und wollen die Wirkungen beobachten, die daraus folgen müssen. Bedürfte man wenigerer Arme, um den Bau der Baumwolle zu betreiben, wenigerer Matrosen für das Frachtschiff, oder wenigerer Zimmerleute zum Bau eines Frachtschiffs, wenigerer Personen zum Bau der Gebäude und Maschinen, oder würde nach Erbauung derselben ihre Wirkung verdoppelt erfunden: so müssten die Strümpfe [23] notwendig im Preise fallen und folglich könnte man sie nur für eine kleinere Quantität anderer Dinge vertauschen. Sie würden fallen, weil eine geringere Quantität Arbeit zu ihrer Produktion erforderlich ist, und von solchen Dingen, in deren Produktion noch nicht eine solche Ersparnis von Arbeit gemacht wird, würde man nun im Tausch eine kleinere Quantität erhalten. –

Jede Arbeits-Ersparung ermangelt nie, den relativen Wert einer Sache zu erniedrigen, mag diese Ersparung stattfinden bei der, zur Fabrikation der Sache selbst erforderlichen Arbeit, oder bei derjenigen, die zur Bildung des Kapitals nötig ist, durch dessen Hülfe sie produziert wird. Wären weniger Bleicher, Spinner und Weber zur unmittelbaren Fabrikation der Strümpfe erforderlich, oder weniger Matrosen, Zimmerleute, Baumeister und Schmidte zur mittelbaren; in ein und dem andern Falle müsste ihr Preis sinken. Im erstern würde die ganze Arbeits-Ersparnis ganz auf die Strümpfe fallen, weil diese Art von Arbeit sich ganz allein auf sie bezieht; im andern würde nur ein Teil auf die Strümpfe fallen, indem der andere auf alle die andern Dinge mitgerechnet werden muss, zu deren Produktion die Gebäude, Maschinen und Transportmittel noch weiter gebraucht werden.

In jeder Gesellschaft ist notwendig das zur Produktion angewendete Kapital von beschränkter Dauer. Die Nahrung und Kleidung des Arbeiters, die Arbeitsgebäude, die nötigen Instrumente sind vergänglicher [24] Natur. Es ist indessen ein großer Unterschied in der Länge der Dauer der verschiedenen Kapitale. Eine Dampfmaschine dauert länger als ein Schiff, dieses länger als die Kleider des Arbeiters und diese wiederum länger, als die Nahrungsmittel, die er verzehrt.

Je nachdem nun ein Kapital sich schnell konsumiert und oft wieder hergestellt werden muss, oder langsam, hat man ihm den Namen *festes* oder *zirkulierendes* Kapital gegeben. Von

---

Wert der Kapitale zu erhalten. Ich nehme an, dass gar keine Deterioration im Kapitalwert stattgefunden habe und dass die Fonds, welche bei diesem Handel und diesen Manufakturen gedient haben, noch nach der Produktion in dem nämlichen Zustande, wie Anfangs sein sollen, indem man die angewendeten Werte immer in gutem Stande zu erhalten gesucht hat. So viel man auch Kosten hierauf gewendet hat, so sind doch noch immer nicht die Interessen des Kapitals bezahlt und ganz natürlich müssen die Strümpfe die Interessen aller zu ihrer Produktion angewendeten Kapitale bezahlen; folglich machen die Kapital-Interessen einen Teil des Wertes der, mit ihrer Hülfe produzierten Dinge aus. Das Nämliche kann man von dem Einkommen der Landbesitzer sagen (rent of land.)

Herr *Ricardo* begreift also, in dem, was er nach *Smith*, den natürlichen Preis der Dinge nennt, weder Kapital- noch Landinteressen (den kultivierten Boden als Kapital betrachtet), mag das Eine oder das Andere auch mit zu ihrer Produktion gedient haben, mag es ebenso unentbehrlich, als selbst industrielle Fähigkeiten gewesen sein. Begreiflicherweise geben aber die Besitzer von Kapital oder Land die Benutzung des einen oder des andern nicht umsonst zu, weil der Eine Interessen, der Andere Pacht davonziehen will. Diese Interessen und dieser Pacht machen also notwendigerweise einen Teil des Preises der Produkte aus, weil die Kosten der Produktion nur durch den Kaufpreis der Produkte bezahlt werden können.

J. B. S.

einem Brauer z. B., der Gebäude und Maschinen von großem Wert und Dauer besitzt, sagt man, er benutze zu seinem Geschäft ein großes *festes* Kapital; dagegen von einem Schuhmacher, dessen Kapital hauptsächlich zur Bezahlung des Arbeitslohnes seiner Gesellen angewendet wird, die es wieder auf Nahrung und Kleidung verwenden, also auf Dinge von weit vergänglicherer Natur als Gebäude und Maschinen, sagt man, dass der größte Teil seines Vermögens in *zirkulierendem* Kapital bestehe.

Zwei ganz verschiedene Gewerbe können zu ihrer Betreibung einen ganz gleichen Kapital-Betrag erfordern, der nur hinsichtlich des Teiles, welcher fest und welcher zirkulierend, verschieden ist.

Zwei Fabrikanten können selbst einen gleichen Betrag an festem und zirkulierendem Kapital angelegt haben, aber die Dauer ihrer festen Kapitale kann sehr ungleich sein, wenn z. B. der Eine Dampfmaschinen von 10,000 Pf. Sterl. an Wert und der Andere Schiffe von dem nämlichen Werte hat. –

[25] Außer dem Einfluss, den das Mehr oder Weniger der, zur Produktion der Dinge erforderlichen, Arbeit auf ihren relativen Wert hat, erleidet letzterer auch noch Veränderungen durch das Steigen des Arbeitslohnes und die daraus notwendig folgende Abnahme des Gewinns, wenn die angelegten Kapitale von ungleichem Wert oder Dauer sind.

Angenommen, die Bogen und Pfeile des Jägers wären in dem ersten rohen Zustand der Gesellschaft von gleichem Wert und von gleicher Dauer, als der Nachen und die Gerätschaften des Fischers, und erstere, so wie letztere das Produkt der nämlichen Quantität von Arbeit. Unter diesen Umständen würde der Wert des erlegten Wildes – das Produkt der Tages-Arbeit des Jägers – genau dem Werte der gefangenen Fische, als dem Produkt der Tages-Arbeit des Fischers, gleich sein. Das Wert-Verhältnis der Fische und des Wildes wird ganz durch die Quantität Arbeit bestimmt, die zu beiden erforderlich war, wie groß auch übrigens im Allgemeinen der Erfolg der einen und der andern Arbeit und wie hoch oder niedrig der Arbeitslohn oder Gewinn gewesen sein mag. Wenn z. B. der Nachen und die Instrumente des Fischers 100 Pfd. Sterl. kosten, die Dauer derselben auf 10 Jahr berechnet ist, und er 10 Menschen beschäftigt, deren jährliche Arbeit 100 Pf. Sterl. kostet und täglich 20 Lachse liefert: wenn dagegen die Waffen, des Jägers ebenfalls 100 Pfd. Sterl. kosten, ihre Dauer auf 10 Jahre berechnet ist, er gleichfalls 10 Menschen beschäftigt, deren jährliche Ar- [26] beit 100 Pfd. Sterl. kostet und ihm täglich 10 Stück Wild verschafft; so wird der natürliche Preis eines Stücks Wildes zwei Lachse sein, mag übrigens der Teil vom ganzen Ertrag, welcher den Arbeitern überlassen wird, groß oder klein sein. Wie viel verhältnismäßig an Arbeitslohn bezahlt wird, ist, sobald die Frage vom Gewinn ist, von der größten Wichtigkeit; denn es ist klar, dass dieser groß oder gering sein muss, je nachdem der Arbeitslohn hoch oder niedrig war. Aber dies kann keinen Einfluss auf den relativen Wert der Fische oder des Wildes haben, wenn auch der Arbeitslohn beider Beschäftigungen ganz gleich wäre. Wollte der Jäger für sein Wild vom Fischer mehr Fische verlangen, aus dem Grunde, er habe einen größeren Teil seiner Jagdausbeute, oder den Wert davon, für Arbeitslohn ausgeben müssen; so würde letzterer nicht ermangeln zu antworten, dass er sich gerade in dem nämlichen Falle befinde. So lange folglich eine Tagsarbeit fortfährt, dem einen die nämliche Quantität Fische und dem andern die nämliche Quantität Wildbret zu liefern, so wird die natürliche Tare für den gegenseitigen Tausch immer sein: ein Stück Wildbret für 2 Lachse, trotz aller Veränderungen des Arbeitslohnes und Gewinnes und ungeachtet alles Einflusses der Anhäufung von Kapital.

Wenn mit der nämlichen Quantität Arbeit eine geringere Quantität von Fischen, dagegen eine größere von Wildbret erhalten würde, so müsste der Wert der Fische im Verhältnis zu

dem des Wildbrets steigen. [27] Wenn im Gegenteil mit der nämlichen Quantität Arbeit eine geringere Quantität Wildbret oder eine größere Quantität Fische erlangt würde, so müsste das Wildbret im Verhältnis zu den Fischen steigen.

Wenn irgendeine Sache existierte, die in ihrem Wert unveränderlich wäre, und die man sich zu allen Zeiten und unter allen Umständen durch die nämliche Quantität Arbeit verschaffen könnte, so wäre man im Stande, indem man sich ihrer als Wertmesser der Fische und des Wildbrets bediente, genau zu bestimmen, wie viel zu dieser Ungleichheit die Ursache beigetragen hat, die den Wert der Fische, und wie viel jene, die den Wert des Wildbrets veränderte.

Angenommen, das Geld wäre diese Sache. Wenn ein Lachs 1 Pfd. Sterl. kostete, und 1 Stück Wildbret 2 Pfd. Sterl., so wäre ein Stück Wildbret zwei Lachse wert. Aber ein Stück Wildbret kann auf den Wert von drei Lachsen kommen, wenn entweder mehr Arbeit, um es zu erlegen, oder weniger Arbeit, um den Lachs zu fangen, erforderlich wurde, oder auch wenn beide Ursachen zugleich wirkten. Hätten wir nun diesen unveränderlichen Maßstab, so könnten wir genau angeben, wie viel jede von beiden gewirkt habe. Würde der Lachs fortgesetzt um 1 Pfd. Sterl. verkauft, während das Stück Wildbret 3 Pfd. Sterl. kostete, so könnte man daraus schließen, dass mehr Arbeit zur Erlangung eines Stückes Wildbret erfordert werde. Blicke das Wildbret auf dem Preise von 2 Pf. Sterl., während der Lachs auf 13 Sch. 4 P. herunter sank, so wäre es sicher, dass die Arbeit zur Erlangung der Lachse sich vermindert habe; und wenn der Preis des Wildbrets auf 2 Pfd., 10 Sch. stiege, während der Lachs auf 16 Sch., 8 P. sänke, so könnten wir daraus die Überzeugung gewinnen, dass beide Ursachen in Verbindung die Veränderung des relativen Werts dieser beiden Dinge bewirkt haben.

Keine Veränderung im Preise des Arbeitslohnes kann eine Veränderung im relativen Wert dieser Dinge bewirken; denn wenn 10 pCt. Gewinn angenommen werden, so müssen 100 Pfd. zirkulierendes Kapital, um es zu 10 pr.C. zu nutzen, eine Einnahme von 110 Pfd. Sterl. gewähren. Um den gleich großen Anteil des festen Kapitals (das in 10 Jahren ganz konsumiert ist) ebenfalls zu 10 pCt. zu nutzen (und wiederum zu ersetzen), muss jährlich, im Dezimalbruch ausgedrückt, 16,27 Pfd. Sterlinge eingenommen werden; denn der jetzige Preis einer Annuität von 16,27 Pfd. Sterling für 10 Jahre und zu 10 pCt. gerechnet, ist 100 Pfd.; folglich würde der ganze Verkauf des Wildes dem Jäger jährlich 126,27 Pfd. Sterl. einbringen. Will der Fischer, dessen Kapital an Quantität, Dauer und Einteilung in festes und zirkulierendes Kapital, dem des Jägers gleich ist, den nämlichen Gewinn haben, so muss er seine Fische für den nämlichen Wert verkaufen. Wenn der Arbeitslohn um 10 pr. C steigt und folglich 10 pCt. mehr zirkulierendes Kapital zu beiden Geschäften erfordert werden, so hat es auch auf beide gleiche Wirkungen. In jedem sind nun 110 Pfd. statt 100 [29] Pfd. nötig, um die nämliche Quantität von Dingen zu produzieren; diese würden dann auch um die nämliche Summe, 126,27 Pfd. Sterling, verkauft werden; ihr Tauschwert würde also noch gleich sein und der Gewinn wäre in beiden Geschäften auf gleiche Weise verringert.

Der Preis der Dinge hätte nicht in die Höhe gehen können, wenn das Geld, welches hier der Wertmesser ist, nach unserer Voraussetzung, von unveränderlichem Wert wäre und stets die nämliche Quantität Arbeit zu seiner Produktion erforderte.

Wenn die Mine, woraus man das Gold erhält, sich in dem nämlichen Lande befindet, so müsste man vielleicht, wegen gestiegenen Arbeitslohns, ein Kapital von 110 Pfd. Sterling anwenden, um die nämliche Quantität Metall zu erhalten, wie vorher mit 100 Pf.; aus dem nämlichen Grunde, weshalb der Jäger und Fischer sich veranlasst sahen, 10 Pfd. zu ihrem Kapital hinzuzufügen, muss es der Bergmann auch tun. Keine dieser Beschäftigungen wird

mehr Arbeit erfordern, aber man wird sie teurer bezahlen und die nämlichen Gründe, aus denen der Jäger und Fischer den Preis des Wildbrets und der Fische erhöht haben, werden den Besitzer der Mine bestimmen, den Preis seines Goldes höher zu setzen. Da diese Gründe auf alle drei auf gleiche Weise wirken, und die relative Lage dieser drei Personen die nämliche ist, vor und nach dem Steigen des Arbeitslohnes; so hat der relative Wert des Wildbrets, der [30] Fische und des Goldes keine Veränderung erlitten. Der Arbeitslohn könnte um 20 pCt. steigen und der Gewinn folglich in kleinerem oder größerem Verhältnis sich verringern, ohne dass dies den relativen Wert dieser Dinge im mindesten veränderte.

Angenommen, man könnte mit der nämlichen Arbeit und dem nämlichen Kapital mehr Fische erhalten, aber nicht mehr Gold oder Wildbret; so würde der relative Wert des Fisches zum Gold und Wildbret sinken. Wenn statt zwanzig Lachsen, fünf und zwanzig der Erfolg einer Tagesarbeit wären, so würde der Preis eines Lachses 16 Sch. statt eines Pfundes sein, und  $2\frac{1}{2}$  Lachs, statt 2 Lachse, würden für ein Stück Wildbret vertauscht werden, aber der Preis des Wildbrets würde fortwährend 2 Pfd. Sterling sein, wie vorher. Auf gleiche Weise würde nun auch, wenn man mit dem nämlichen Kapital und der nämlichen Arbeit nicht mehr so viel Fische erlangte, der verhältnismäßige Wert derselben in die Höhe gehen, und ihr Tauschwert würde steigen oder fallen, je nachdem mehr oder weniger Arbeit, um eine bestimmte Quantität von ihnen zu erhalten, erforderlich wäre. Dieses Steigen und Fallen muss sich stets nach dem Verhältnis richten, in welchem die erforderliche Arbeit sich vermehrt oder verringert.

Hätten wir einen unveränderlichen Maßstab, nach dem wir die Veränderungen im Preise der Dinge bestimmen könnten, so würden wir finden, dass selbst das Summum, bis zu welchem sie fortwährend steigen können- [31] ten, im richtigen Verhältnis zu der vermehrten Arbeit stände, welche zu ihrer Produktion erforderlich war; sobald nicht mehr Arbeit zu ihrer Produktion sich nötig macht, können sie durchaus nicht steigen. Das Steigen des Arbeitslohnes würde ihren Wert im Verhältnis zum Geld oder zu andern Dingen nicht erhöhen, zu deren Produktion nicht vermehrte Arbeit gehört und im gleichen Verhältnis festes und zirkulierendes Kapital angelegt ist, und ersteres von gleicher Dauer. Wenn die Produktion eines dieser Dinge mehr oder weniger Arbeit erforderte, so haben wir schon gezeigt, dass dies sogleich eine Veränderung in seinem relativen Wert bewirkte: aber diese Veränderung ist Folge der veränderten Quantität erforderlicher Arbeit und nicht des Steigens des Arbeitslohnes.

Wenn die festen und zirkulierenden Kapitale in verschiedenen Verhältnissen stehen, oder wenn das feste Kapital von verschiedener Dauer ist, dann wird der relative Wert der Produkte eine Veränderung durch das Steigen des Arbeitslohnes erleiden.

Zuerst kann das feste und das zirkulierende Kapital in ungleichem Verhältnis zueinanderstehen, z. B. statt 100 Pfd. Sterl. festes Kapital und eine gleiche Summe zirkulierendes Kapital kann der Jäger 150 Pfd. Sterl. festes und 50 Pfd. Sterl. zirkulierendes anlegen; der Fischer dagegen 50 Pfd. festes und 150 Pfd. Sterl. zirkulierendes.

[32] Will nun der Jäger 10 pr. C Gewinn nehmen, so muss er sein Wildbret für 79 Pfd. 8 Sch. verkaufen: denn die Benutzung seines zirkulierenden Kapitals von 50 Pfd. zu 10 pCt. erfordert eine Einnahme von

55 Pfund

und die Benutzung (nebst Ersetzung) seines festen Kapitals zu 10 pCt., da jetzt eine Annuität auf 10 Jahre von 24,4 Pfd. zu 10 pCt. berechnet, 150 Pfd. kostet

24,4 Pfund

Zusammen 79,4 Pfund.

Um 10 pCt. Gewinn zu haben, muss der Fischer seine Fische für 173 Pfd., 2 Sch., 7 P. verkaufen.

Sein zirkulierendes Kapital von 150 Pfd. zu 10 pCt. zu benutzen, muss er dafür zurückerhalten

165 Pfund

Sein festes Kapital zu 10 pCt. zu benutzen etc., ein Drittel von der Annuität des Jägers

8,13 Pfund

Zusammen 173,13 Pfund

Wenn jetzt der Arbeitslohn steigt, obgleich weder zu dem einen noch dem andern Geschäft mehr Arbeit erforderlich war, so erleidet doch der relative Wert der Produkte eine Veränderung: Angenommen, der Arbeitslohn stiege um 6 pCt., so bedürfte der Jäger nur 3 Pfd. Kapital-Zuschuss, um noch die nämliche Menge Arbeiter anzustellen und die nämliche Menge Wildbret zu erhalten. Der Fischer bedürfte 3-mal mehr oder 9 Pfd. Aber der Kapitalgewinn wird nun bis zu 4 pCt. [33] sinken, und der Jäger wird genötigt sein, sein Wildbret für 73 Pfd. 12 Sch. 2 P. zu verkaufen. Pfund.

Sein zirkulierendes Kapital von 53 Pfd. zu 4 pCt. zu benutzen

55,12 Pfund

Für jährliche Konsumtion und Benutzung seines festen Kapitals zu 4 pCt., da der Preis einer Annuität von 18,49 Pfd. auf 10 Jahre, zu 4 pCt. berechnet, 150 Pfd. ist

18,49 Pfund

Zusammen 73,61 Pfund

Der Fischer müsste seine Fische für 171 Sch. 5 P. verkaufen, nämlich:

Sein zirkulierendes Kapital von 159 Pfd zu 4 pCt. zu benutzen

165,360 Pfund

Sein festes Kapital, da der Preis einer Annuität von 6,163 Pfd. auf 10 Jahre zu 4 pCt. berechnet, 50 Pfd. ist

6,163 Pfund

Zusammen 171,523

Das Wildbret verhielt sich anfangs zu den Fischen, wie 100 zu 218; jetzt aber wie 100 zu 233. Man sieht hieraus also, dass mit jedem Steigen des Arbeitslohnes, je nachdem das zu einem Geschäft angelegte Kapital mehr aus zirkulierendem Kapital besteht, die Produkte der Arbeit einen größern relativen Wert erhalten, als diejenigen, auf deren Produktion mehr festes Kapital verwendet worden ist.

Was den Besitzer der Maschine von hundertjähriger Dauer anbelangt, der keinen Arbeitslohn bezahlt, [34] so muss der Preis seiner Fabrikate, wenn der Gewinn bis auf 5 pCt. gefallen ist, auf 1,007 Pfd. 13 Sch. 8 P. herabsinken, nämlich 1.000 Pfd., als 5 prozentiger Gewinn seines Kapitals und 7 Pfd. 13 Sch. 8 P., als 5 prozentige Annuität auf 100 Jahre, um das Kapital von 20000 Pfd. zu ersetzen. Fällt der Gewinn auf 4 pCt., so muss er seine Produkte für 816 Pfd. 3 Sch. 2 P verkaufen; bleiben nur 3 pCt., so muss er sie für 632 Pfd. 16 Sch. 7 P. verkaufen. Ein Steigen des Arbeitslohnes unter 7 pCt., was noch keine Wirkung auf den Preis solcher Dinge hat, die ganz durch Arbeit produziert werden, hat also ein Sinken um 68 pCt. bei solchen Dingen zur Folge, die ganz durch Maschinen produziert werden.

Wenn der Eigentümer der Maschine seine Produkte für mehr als für 632 Pfd. 16 Sch. 7 P. verkauft, so gewinnt er mehr als 3 pCt., welches die gewöhnlichen Interessen des Kapitals sind. Aber da Jedermann dergleichen Maschinen für 20,000 Pfd. kaufen kann, so wird ihre Anzahl sich dergestalt vermehren, dass er genötigt sein wird, den Preis seiner Fabrikate niedriger zu stellen und sich bloß mit den allgemein gebräuchlichen Kapital-Interessen zu begnügen. Je weniger Dauer die Maschine hat, desto weniger erleiden die Produkte, durch das Sinken des Gewinns und das Steigen des Arbeitslohnes, im Preise Veränderung. Wenn z. B. die Maschine nur 10 Jahre dauert, den Gewinn zu 10 pCt. angenommen, so müssen die Produkte verkauft werden für 3,254 Pfd.

[35]

den Gewinn zu 5 pCt. angenommen, für	2,590 Pfd.
den Gewinn zu 4 pCt. angenommen, für	2,465 Pfd.
den Gewinn zu 3 pCt. angenommen, für	2,344 Pfd.

Dies sind die notwendig erforderlichen Summen, um seinen Gewinn mit dem Anderer gleich zu stellen, und um sein Kapital nach Verlauf der 10 Jahre wieder ersetzt zu haben, oder mit andern Worten: so groß ist eine Leibrente auf 10 Jahre, die man für 20,000 Pfd., nach den angegebenen Prozenten-Bestimmungen, kaufen kann. Hätte die Maschine nur eine Dauer von 3 Jahren, so würde der Preis der Fabrikate,

zu 10 pCt. Gewinn gerechnet	8,042 Pfd
zu 5 pCt. Gewinn gerechnet	7,344 Pfd
zu 4 pCt. Gewinn gerechnet	7.206 Pfd
zu 3 pCt. Gewinn gerechnet	7,070 Pfd

sein. Dauerte sie nur 1 Jahr, so würde der Preis der

Fabrikate zu 10 pCt. Gewinn gerechnet	22,000 Pfd.
Fabrikate zu 5 pCt. Gewinn gerechnet	21,000 Pfd.
Fabrikate zu 4 pCt. Gewinn gerechnet	20,800 Pfd.
Fabrikate zu 3 pCt. Gewinn gerechnet	20,600 Pfd.

Ferner angenommen, das feste Kapital sei sich auf beiden Seiten gleich, aber von ungleicher Dauer. In dem Verhältnis, in welchem das feste Kapital weniger dauerhaft ist, nähert es sich der Natur des zirkulierenden Kapitals. Es wird sich weit schneller konsumieren und sein Wert muss reproduziert werden, um dem Manufakturisten das Kapital zu erhalten. Wir haben schon gesehen, dass beim Steigen des Arbeitslohns, der Preis der Produkte einer Manufaktur, in welcher mehr zirku- [36] lierendes Kapital angelegt ist, höher ist, als bei denen, die aus einer Manufaktur hervorgehen, in welcher in gleichem Verhältnis mehr festes Kapital angelegt ist. Je weniger nun das feste Kapital Dauer hat, desto mehr nähert es sich der Natur des zirkulierenden Kapitals und aus der gleichen Ursache entspringt nun die gleiche Wirkung.

Gesetzt, man erbaue eine Maschine, die hundertjähriger Dauer fähig ist und 20.000 Pfd. kostet. Ferner, dass diese Maschine, ohne irgendeine andere Arbeit, jährlich eine gewisse

Quantität Dinge produzieren könne, die man mit 10 pCt. Gewinn vertauscht; so würde der ganze Wert dieser Produkte jährlich 2,000 Pfd., 2 Sch., 11 P. sein: denn der jährliche Gewinn von 20,000 Pfd. zu 10 pCt. würde sein 2,000 Pfd.

Eine Annuität von 2 Sch., 11 P. auf 100 Jahre zu 10 pCt., würde zu Ende dieses Zeitraums ein Kapital von 20,000 Pfd. ersetzen; also.

2 Sch. 11 P.

folglich müssen die Produkte verkauft werden für

2,000 Pf. 2 Sch. 11 P.

Wenn ein Kapital von gleicher Größe, nämlich von 20,000 Pfd., zur Bezahlung der produktiven Arbeit angewendet und alle Jahre konsumiert und wieder ersetzt würde, wenn es z. B. zur Bezahlung von Arbeitslohn diene, so müsste der Manufakturist oder Fabrikant, um den nämlichen Gewinn von 10 pr.C. zu erlangen, seine Fabrikate für 22,000 Pfd. verkaufen. Angenommen nun, [37] der Arbeitslohn stiege dermaßen, dass er, statt 20,000 Pfd., zur Bezahlung des Arbeitslohnes, 20,952 Pfd. haben müsste, so würden ihm dadurch 5 pCt. Gewinn weggenommen; denn seine Fabrikate kann er nicht teurer, als vorher verkaufen, nämlich für 22,000 Pfd.

ihre Produktion kostet aber 20,952 Pfd.

Es würde ihm also für ein Kapital von 20,952 Pfd. nur 1,048 Pfd.

Gewinn bleiben. Wenn der Arbeitslohn in der Maße stiege, dass man 21,153 Pfd. anlegen müsste, so würde der Gewinn auf 4 pCt. sinken, und bis auf 3 pCt., wenn das Steigen des Arbeitslohnes ein Kapital von 21,359 Pfd. notwendig machte. Und folglich, wenn der Gewinn von 10 pr.C. bis zu 4 pCt. herabsinkt, müssen auch die Dinge, zu deren Produktion ein gleiches Kapital angelegt ist, wenn die Maschine

100 Jahre Dauer hat, um 68 pCt.	} sinken
10 Jahre Dauer hat, um 28 pCt. sinken.	
3 Jahre Dauer hat, um 13 pCt.	
1 Jahr Dauer hat, etwas mehr, als 6 pCt.	

Diese Resultate sind für die Wissenschaft der politischen Ökonomie sehr wichtig und doch stimmen sie so wenig zu einigen ihrer Lehrsätze, z. B dass jedes Steigen des Arbeitslohnes notwendig auf den Preis der Produkte oder Fabrikate Einfluss habe, dass ich es nicht für überflüssig halte, diesen Gegenstand näher zu beleuchten.

Ein Hutfabrikant beschäftigt 100 Arbeiter, deren jeder jährlich ihm 50 Pfd. kostet und die ihm für 8,000 Pfd. [38] Waren verfertigen. Es wird ihm eine Maschine angeboten, die gerade 1jährige Dauer hat, so viel Arbeit, als 100 Arbeiter liefert und 5,000 Pfd. kostet, gerade die Summe, die er seinen Arbeitern Arbeitslohn zahlt. Dem Fabrikanten kann es nun ganz gleich sein, ob er die Maschine kauft, oder fortfährt, sich der Menschenhände zu bedienen. Wenn aber der Arbeitslohn um 10 pr.C. steigt und er daher sein Kapital um 500 Pfd. vermehren muss, um noch die nämliche Arbeit zu erhalten, während seine Waren noch immer 8,000 Pfd. einbringen; dann wird er nicht länger anstehen, die Maschine zu kaufen und so lange fortfahren, sich jährlich eine neue zu kaufen, als der Arbeitslohn noch über 5,000 Pfd. steht.

Aber wird er wohl jetzt die Maschine noch um den nämlichen Preis kaufen können? wird nicht ihr Wert gestiegen sein, in Folge des gestiegenen Arbeitslohnes? Sie würde teurer

geworden sein, wenn kein Kapital zu ihrer Erbauung verwendet worden, noch ihrem Erbauer Gewinn auszuzahlen wäre. Wenn z. B. zur Erbauung der Maschine 100 Arbeiter ein ganzes Jahr lang erforderlich gewesen wären, und jeder 50 Pfd. Arbeitslohn erhalten hätte, so wäre ihr Preis 5,000 Pfd., würde aber bis zu 5,500 Pfd. steigen, sobald 55 Pfd. jedem als Arbeitslohn gezahlt werden müssten; aber dies kann nicht eintreten; es müssen weniger als 100 Arbeiter an ihrer Erbauung gearbeitet haben, sonst kann sie nicht für 5,000 Pfd. verkauft werden, denn außer den 5,000 Pfd. muss auch der Kapitalgewinn der als Arbeitslohn, ausgegebenen, Summe in Anschlag kommen.

[39] Angenommen also, dass nur 85 Arbeiter gegen einen jährlichen Arbeitslohn von 4,250 Pfd. angestellt worden und dass die 750 Pfd., um welche die Maschine teurer verkauft ist, als ihr auf sie verwendeter Arbeitslohn beträgt, den Kapital-Gewinn des Erbauers ausmachen. Wäre der Arbeitslohn um 10 pr.C. gestiegen, so hätte er zu seinem Kapital einen Zuschuss von 425 Pf. machen müssen, und hätte nun 4,675 Pfd., statt 4,250 Pfd. verwendet; von diesem Kapital hätte er nur 325 Pfd. Gewinn, wenn er fortfahren wollte, die Maschine um 5,000 Pf. zu verkaufen. Dies passiert allen Manufakturisten und Kapitalisten; das Steigen des Arbeitslohnes trifft sie insgesamt. Wenn der Erbauer der Maschine den Preis derselben in Folge des gestiegenen Arbeitslohnes höher setzen wollte, so würde alsbald eine so außerordentliche Menge Kapital auf die Erbauung solcher Maschinen verwendet werden, bis ihr Preis nur noch die gewöhnlichen Kapital-Zinsen einbrächte. Der Hutfabrikant, der seine Maschine arbeiten lässt und das Produkt derselben für 8,000 Pfd. verkauft, befindet sich eben noch so, wie vorher; er wendet täglich das nämliche Kapital an, und sein Gewinn ist sich gleich. Die Konkurrenz wird ihm aber dies nicht lange gestatten; denn da die Kapitale sich immer dahin ziehen, wo sie am vorteilhaftesten angewendet werden können; so wird er sich bald genötigt sehen, den Preis seiner Hüte mit dem anderer Fabrikanten gleich zu stellen. Dies ist der Nutzen, der dem Publicum aus dem Gebrauch der Maschinen erwächst; sie sind stets das Produkt einer weit geringeren Arbeit als die, welche sie ersetzen, selbst wenn [40] sie einen gleichen Wert an Geld erfordern. Eine Folge der Anwendung der Maschinen ist, dass das Steigen des Preises der Lebensmittel, welches auch das Steigen des Arbeitslohnes nach sich zieht, eine geringere Zahl Menschen trifft; es trifft nur, wie aus dem vorigen Beispiel ersichtlich, 85 Menschen, statt 100, und die Ersparnis, welche die Folge davon ist, zeigt sich augenscheinlich in dem niedrigeren Preise der Fabrikate. Weder die Maschinen, noch die Dinge, steigen im Preise, aber Alles, was durch Maschinen verfertigt wird, sinkt, und zwar im Verhältnis zur Dauer derselben.

Es scheint also, dass die *relativen Preise* der Dinge, im Verhältnis zur Größe und Dauer des, zu ihrer Produktion angelegten festen Kapitals, sich *umgekehrt* zum Arbeitslohn verhalten; sie werden fallen, sobald der Arbeitslohn steigt. Eben so wenig scheint der absolute Wert irgendeiner Sache bloß des gestiegenen Arbeitslohnes wegen sich zu erhöhen; dies ist immer bloß Folge der vermehrten, zu ihrer Produktion erforderlichen Arbeit. Aber alle Dinge, auf deren Produktion festes Kapital verwendet wird, pflegen beim Steigen des Arbeitslohnes nicht nur nicht zu steigen, sondern im Gegenteil jedes Mal zu fallen; und zwar oft um 68 pCt., während der Arbeitslohn um 7 pCt. steigt, wenn bloß festes Kapital angelegt und seine Dauer auf 100 Jahre berechnet ist.

Die Behauptung, welche ich so eben aufgestellt habe, dass sich ein Steigen des Arbeitslohnes gar wohl [41] mit dem Fallen der Preise vertrage, hat, ich weiß es wohl, ihre Neuheit gegen sich und keine weitere Stütze, als ihre Haltbarkeit, obgleich ausgezeichnete und verdienstvolle Schriftsteller gegen sie aufgetreten sind. Man muss sich aber daran erinnern, dass ich in diesem ganzen Beweise von der Voraussetzung ausgegangen bin, dass das Geld einen unveränderlichen Wert habe, oder mit anderen Worten, dass es stets das Produkt der nämlichen Quantität reiner Arbeit sei. Das Geld ist aber von veränderlichem Wert und das

Steigen des Arbeitslohnes sowohl, als der Produkte der Arbeit, ist oft eine Folge vom gesunkenen Geldwert. Jedes durch diese Ursache bewirkte Steigen des Arbeitslohnes erzeugt immer Steigen der Arbeitsprodukte. Aber gerade hierdurch ergibt sich, dass der Preis der Arbeit und der Arbeitsprodukte, in ihrem Verhältnis zueinander nicht verändert wird, indem alle Veränderung sich bloß aufs Geld beschränkt.

Das Geld ist eine Ware, die man aus fremden Ländern zieht, es ist das allgemeine Medium des Tausches unter allen zivilisierten Nationen, und in allen Ländern in Verhältnissen verteilt, die durch jede Vervollkommnung des Handels und der Maschinen, so wie durch die vermehrte Schwierigkeit in der Erlangung der Lebensmittel und Lebensbedürfnisse bei der immer zunehmenden Population, verändert werden; deshalb ist es selbst einer unablässigen Veränderung unterworfen. Wenn man daher die Regeln festsetzt, nach welchen sich der Tauschwert und Preis der Dinge bestimmt, muss man [42] sorgfältig zwischen den Veränderungen unterscheiden, welche die Produkte selbst betreffen und zwischen denen, welche durch eine Veränderung des Mediums entstehen, nach welchem der Wert der Dinge abgemessen, oder in welchem ihr Preis ausgedrückt wird.

Ein Steigen des Arbeitslohnes, welches von einer Veränderung im Wert des Geldes herrührt, hat eine allgemeine Wirkung auf alle Preise und aus diesem Grunde keine reelle Wirkung auf den Gewinn. Im Gegenteil pflegt ein Steigen des Arbeitslohnes, welches daher rührt, dass der Arbeiter freigebiger bezahlt wird, oder dass die Schwierigkeit, Lebensbedürfnisse zu erhalten (für welche der Arbeiter seinen Lohn zu verwenden pflegt), größer geworden ist, kein Steigen der Preise, wohl aber eine große Verminderung des Gewinns zu bewirken. In dem einen Fall ist die Quantität der jährlichen Arbeit eines Landes, die für die Subsistenz der Arbeiter erforderlich war, nicht größer geworden, in dem andern Fall ist sie größer geworden.

Nur wenn man die sämtlichen Produkte der Arbeit und des Bodens eines Landes auf die drei Klassen der Landbesitzer, Kapitalisten und Arbeiter verteilt hat, kann man Landpacht, Kapital-Gewinn und Arbeitslohn gehörig beurteilen, nicht aber, wenn man den Wert dieser Produkte nach einem, unbestritten veränderlichen, Maßstab bestimmt hat.

Nicht die absolute Quantität der Produkte, die jede Klasse geliefert hat, setzt uns in den Stand, genau den [43] Kapital-Zins, den Landpacht und den Arbeitslohn zu bestimmen, sondern die Quantität der zu diesen Produkten erforderlichen Arbeit. Durch Verbesserungen, der Maschinen und des Ackerbaues wird die Summe der Produkte verdoppelt; wenn aber Arbeitslohn, Landpacht und Kapital-Zins sich auch verdoppelten, so würde das Verhältnis dieser drei zu einander das nämliche bleiben, ohne dass man sagen könnte, eins habe sich gegen das andere verändert. Wenn aber der Arbeitslohn, statt sich zu verdoppeln, nur um die Hälfte, der Landpacht ebenfalls nur um 1 gestiegen wäre und der Rest dem Kapital-Zins zu gut käme; so glaube ich, könnte man mit Recht sagen: Landpacht und Arbeitslohn sei gefallen, Kapital-Zins dagegen gestiegen. Denn besäßen wir einen unveränderlichen Maßstab des Wertes dieser Produkte, so würden wir finden, dass die Klasse der Arbeiter und der Landbesitzer einen geringern Anteil, dagegen die Kapitalisten einen größern, als vorher bekommen. Wir würden z. B. finden, dass, obgleich die absolute Quantität der Dinge verdoppelt ist, sie doch genau noch immer das Produkt der nämlichen Arbeit, wie früher ist. Wenn von jedem Hundert produzierten Hüten, Kleidern, oder Maß Korn die

Arbeiter 25

die Landbesitzer 25

und die Kapitalisten 50 haben, und wenn

100

die Quantität dieser Produkte verdoppelt wird von jedem Hundert [44]

die Arbeiter nur 22

die Landeigentümer 22

und die Kapitalisten 56 haben, dann muss

100

man sagen, dass Arbeitslohn und Landpacht gefallen, dagegen Kapital-Gewinn gestiegen ist, obgleich wegen des Überflusses der Dinge, die dem Arbeiter und Landbesitzer bezahlte Quantität sich in dem Verhältnis von 25 zu 44 vermehrt hat.

Man muss also den Arbeitslohn nach seinem wahren Werte, d. h. nach der Quantität Arbeit und Kapital, die zur Produktion von Dingen verwendet wurden, schätzen und nicht nach dem Nominalwert in Kleidern, Hüten, Geld oder Getreide. In dem angenommenen Fall würden die Dinge unter die Hälfte ihres vorigen Wertes gefallen sein, und wenn der Wert des Geldes sich nicht verändert hätte, würden sie gleichfalls unter die Hälfte ihres vorigen Wertes gefallen sein. Misst man sie nun mit diesem Maßstabe, dessen Wert, wie wir annehmen wollen, sich nicht ändere, so wird man finden, dass der Lohn des Arbeiters gefallen ist; dies ist keine Täuschung, obgleich der Arbeiter mit seinem jetzigen Lohn sich eine größere Quantität Lebensbedürfnisse verschaffen kann als mit dem vorigen.

Die Veränderung im Werte des Geldes, so groß sie auch sei, bewirkt keinen Unterschied in der Quantität des Kapital Gewinn. Denn angenommen, die [45] Produkte des Fabrikanten stiegen von 1,000 Pfd. auf 2.000 Pfd. oder um 100 pr. C, wenn sein Kapital (auf welches die Veränderungen im Werte des Geldes ebenso sehr, als die Veränderungen im Werte der Produkte zurückwirken) wenn seine Maschinen-Gebäude und Betriebs-Kapital höher, als 100 pCt. im Werte steigen; so würde doch sein Kapital-Gewinn sich verringert und er eine verhältnismäßig kleinere Quantität von Produkten der Landesarbeit zu seiner Verfügung haben.

Wenn der Fabrikant mit einem Kapital von einem bestimmten Wert die Quantität seiner Produkte verdoppelt, so wird der Wert derselben um die Hälfte fallen, und dann tritt wieder das nämliche Verhältnis derselben zum Produktions-Kapital ein, wie zuvor.

Wenn zur nämlichen Zeit, wo er mittelst seines Kapitals die Quantität der Produkte verdoppelt, der Wert des Geldes zufällig zur Hälfte herabsänke; so würden die Produkte, gegen Geld umgesetzt, um das Doppelte von dem verkauft werden, was sie vorher galten; aber das zu ihrer Produktion verwendete Kapital hätte ebenfalls, in Gelde, einen doppelten Wert erhalten, und folglich befände sich auch in diesem Fall der Wert der Produkte in gleichem Verhältnis zu dem Kapitalwert, wie zuvor. Obgleich die Produkte sich verdoppelt hätten, so würde der Landpacht, der Arbeitslohn und der Kapitalgewinn nur in soferne Veränderung erleiden, als die Verhältnisse sich ändern, nach welchen diese verdoppelten Produkte unter die drei Klassen geteilt werden können, die daran ein Recht haben.

[46] Es scheint also, dass die Anhäufung von Kapital, indem dadurch verschiedene Verhältnisse des, in verschiedenen Geschäften angelegten, festen und zirkulierenden Kapitals, ingleichen verschiedene Grade der Dauer des festen Kapitals, verursacht werden, beträchtlich die Regel modifiziert, welche wir für den ersten rohen Zustand der Gesellschaft, als von allgemeiner Anwendung, aufgestellt haben.

Obgleich die Produkte steigen und fallen, je nachdem mehr oder weniger Arbeit zu ihrer Produktion erforderlich war, so erleiden sie doch auch Veränderungen ihres relativen

Wertes durch das Steigen und Fallen des Kapital-Gewinn, da der Kapital Gewinn von Produkten, die für 2,000 Pfd. und von solchen, die für 10,000 Pfd. verkauft sind, sich gleich sein kann; die Veränderung also, die der Kapital-Gewinn erfährt, muss, wenn man ganz von der Vermehrung oder Verminderung der, zur Produktion der Dinge erforderlichen, Arbeit abstrahiert, auf ihren Preis in verschiedenen Verhältnissen Einfluss haben.

Es scheint auch, dass der Wert der Produkte, in Folge eines wirklichen Steigens des Arbeitslohnes, in die Höhe gehen könne; aber diese Ursache kann nie hier Steigen bewirken. Wohl aber kann ein Sinken des Arbeitslohnes ein Steigen der Produkte herbeiführen, weil dadurch Muth und Lust zur Produktion verloren gehen, die nur durch einen hohen Arbeitslohn erzeugt und erhalten werden.

[47]

## Zweites Kapitel.

### Von der Bodenrente.

Es bleibt nun noch zu betrachten übrig, ob die Erwerbung von Grundeigentum und die daraus entspringende Bodenrente irgendeine Veränderung im relativen Wert der Dinge, abgesehen von der zu ihrer Produktion erforderlichen Quantität, Arbeit, hervorzubringen vermag. Zum richtigen Verständnis dieser Materie wird es erforderlich sein, die Natur der Bodenrente, so wie die Grundsätze näher kennen zu lernen, nach denen ihr Steigen und Fallen sich bestimmt.

*Bodenrente* wird der Teil von den Produkten des Bodens genannt, welcher dem Bodeneigentümer für die Benutzung der ursprünglichen und unzerstörbaren Kräfte des Bodens bezahlt wird. Dies wird aber öfters verwechselt mit Kapital-Interessen oder Kapital-Gewinn, und in der gewöhnlichen Sprache des Lebens wird unter diesem Ausdruck *Alles* das verstanden, was der Pächter dem Boden-Eigentümer jährlich bezahlt.

[48] Wenn von zwei neben einander liegenden Landgütern von gleichem Flächeninhalt und gleicher Fruchtbarkeit, das eine alle notwendigen und nützlichen Ökonomie-Gebäude besitzt, noch überdies in gutem Zustande und gut gedüngt sich befindet, zweckmäßig mit Zäunen und Gräben versehen ist, während das andere keinen dieser Vorzüge hat; so wird natürlich für den Gebrauch des einen mehr Pacht bezahlt, als für das andere; aber in beiden Fällen wird das, was dem Boden-Eigentümer bezahlt wird, *Bodenrente* genannt. Es leuchtet indessen ein, dass nur ein Teil von der Summe, welche jährlich für das bessere Landgut gezahlt wird, für die Benutzung der ursprünglichen und unzerstörbaren Kräfte des Bodens Ersatz ist; der andere Teil wird für die Benutzung des Kapitals gegeben, das zur Verbesserung des Bodens und zur Errichtung der Ökonomie-Gebäude angewendet worden ist. *Adam Smith* nimmt manchmal das Wort „*Bodenrente*“ (rent) in dem strengen Sinn, welchen ich ihm stets beigelegt wünsche, aber weit öfterer in der gewöhnlichen und gemeinen Bedeutung. Er erzählt uns, dass die Nachfrage nach Bauholz und der daraus hervorgehende hohe Preis desselben in den südlichen Ländern *Europa's*, Ursache gewesen sei, dass man in Norwegen Wälder verpachtet habe, die vorher keine Bodenrente abgeworfen hätten. Ist es aber nicht einleuchtend, dass diejenigen, welche, wie er es nennt, Bodenrente zahlten, keine andere Absicht hatten, als die kostbaren Bäume zu erhalten, mit denen der Boden bedeckt war, um durch den Verkauf derselben ihr Geld mit Gewinn wieder zurück zu bekom- [49] men. Wenn hingegen, nachdem die Holzstämme abgeschlagen, dem Eigentümer des Bodens irgendeine Summe für die Benutzung des Bodens, sei es, um ihn wieder mit Holz oder auch anderen Produkten zu bepflanzen, bezahlt würde; so könnte man dies Bodenrente nennen, da es die Bezahlung für die Benutzung der produktiven Kräfte des Bodens wäre. Aber in dem von *Adam Smith* angeführten Fall würde das Geld für die l bezahlt, die Holzstämme fällen und verkaufen zu können, nicht aber für die Freiheit, Bäume anpflanzen zu dürfen<sup>12</sup>.

---

<sup>12</sup> \*Wenn die Wälder des Norwegischen Boden-Eigentümers in regelmäßige Schläge eingeteilt wären, d. h., wenn er die Einrichtung getroffen hätte, dass sein Boden ihm stets das nämliche Einkommen an Bäumen lieferte; so würden diese Bäume, wenn er sie verkaufte, oder an seiner Stelle sein Pächter, einen reinen Gewinn aus den produktiven Kräften seines Bodens ihm gewähren. Ersetzte der jährliche Nachwuchs nicht die Quantität, welche er jährlich verkaufte, so würde jährlich ein Teil des Kapitals verkauft, mit dem sein Boden bedeckt ist. *Smith* scheint nach meiner Meinung Recht zu haben, wenn er das auf Verbesserungen und auf Ökonomie-Gebäude

Auf gleiche Weise spricht er auch von „Bodenrente der Kohlenminen und Steinbrüche, wovon das eben [50] Erwähnte gleichfalls gilt, dass nämlich das Geld, welches in diesem Falle dem Eigentümer der Mine und des Steinbruchs bezahlt wird, bloß als Äquivalent der Kohlen und Steine gegeben wird, die er heraus zu graben erlaubt, ohne dass es sich im mindesten auf die ursprünglichen unzerstörbaren Kräfte des Bodens beziehe. In einer Untersuchung, Bodenrente und Kapital betreffend, ist diese Distinktion von großer Wichtigkeit; denn es wird sich ergeben, dass die Ursachen, welche das Steigen der Bodenrente bewirken, ganz verschieden sind von denen, welche auf das Steigen des Kapital-Gewinn ihren Einfluss äußern, und dass beide selten eine und die nämliche Richtung nehmen. In allen Ländern, wo, die Zivilisation Fortschritte gemacht hat, bleibt das Quantum, welches jährlich dem Boden Eigentümer gezahlt wird, mag es reine Bodenrente oder auch noch Kapital-Gewinn mit sein (Pachtgeld), durch die Wirkung entgegengesetzter Ursachen, manchmal eine Zeitlang unveränderlich; manchmal vermehrt, manchmal verringert es sich auch, je nachdem die eine oder die andere Ursache das Übergewicht erhält. Wenn ich im Verfolge dieses Werks von *Bodenrente* spreche, so wünsche ich, dass man darunter *das Geld* versteht, *welches der Grund-Eigentümer für die Benutzung der ursprünglichen und unzerstörbaren Kräfte seines Bodens erhält.*

Bei der ersten Ansiedelung eines reichen und fruchtbaren Landstrichs, wo man also für den Unterhalt der bestehenden Population nur eine kleine Strecke urbar zu machen und zu bewirtschaften braucht, oder wo das Kapital, welches die Kolonisten besitzen, vor der Hand keine größere Ausdehnung der Bodenkultur erlaubt, gibt es gar keine Bodenrente; denn Niemand würde wohl Lust haben, für die Benutzung des Bodens einem Andern etwas zu bezahlen, wenn es Überfluss an herrenlosem Boden gibt, der folglich der willkürlichen Benutzung eines Jeden frei steht.

Nach den allgemeinen Grundsätzen von Vorrat und Nachfrage kann keine Bodenrente für dergleichen Land bezahlt werden, und zwar aus demselben Grunde, weshalb man für den Gebrauch von Luft oder Wasser, oder auch aller der andern unzähligen Geschenke der Natur etwas bezahlt. Mit Hülfe einer gegebenen Quantität Materialien, des Drucks der Atmosphäre und der Elastizität des Dampfes kann man Maschinen in Bewegung setzen, welche die menschliche Arbeit bedeutend abkürzen; aber für den Gebrauch dieser Naturkräfte wird nichts bezahlt, weil sie unerschöpflich und zu Jedermanns freiem Gebrauche sind. Auf gleiche Weise macht der Brauer, der Destillateur, der Färber fortwährend von Luft und Wasser in seinem Geschäfte Gebrauch; [52] aber da beide unerschöpflich sind, so haben sie keinen Preis<sup>13</sup>. Hätte der Boden überall die nämlichen

---

verwendete Kapital als einen integrierenden Teil des Landgutes betrachtet und folglich die Interessen, die der Eigentümer von diesem Kapital zieht, als einen integrierenden Teil der Bodenrente. Ich weiß, dass es Veränderungen, ja völlige Zerstörung erfahren kann, während die produktive Kraft des Bodens unzerstörbar ist; was aber den Gewinn und was den Pacht betrifft, so ist das Kapital mit dem Landgute so gut wie eins. Die gemachten Verbesserungen können nicht davon weggenommen und auf ein Anderes versetzt werden; sie vermehren seine produktive Kraft, und ihre Wirkungen sind im Ganzen den Wirkungen der produktiven und unzerstörbaren Kraft des Landgutes selbst, gleich.

J. B. S.

<sup>13</sup>) Die Erde ist, wie wir bereits gesehen haben, nicht das einzige Agens (Ursache) in der Natur, welches eine produktive Kraft hat, aber es ist gewissermaßen das einzige, welches der Mensch in seinen Besitz bringen können, und dessen wohlthätige Wirkungen er dem gemäß sich aneignet. Das Wasser der Flüsse und des Meeres hat dadurch, dass es unsere Maschinen in Bewegung setzt, unsere Fahrzeuge trägt, und die Fische ernährt, auch eine produktive Kraft; der Wind, welcher unsere Mühlen umtreibt, selbst die Sonnenhitze wirkt für uns; aber Niemand hat noch sagen können: „Wind und Sonne gehören mir, und der Dienst, den sie leisten, muss mir bezahlt werden.“

Eigenschaften, wäre er nämlich seiner Quantität nach überflüssig vorhanden und in der Qualität sich überall gleich, so könnte man für die Benutzung desselben nichts verlangen, es müsste denn die ganz besonders günstige Lage einige ungewöhnliche Vorteile gewähren. Bloss darin hat also die Bodenrente ihren Grund, dass der Boden, hinsichtlich seiner produktiven Kraft verschieden ist, und man bei steigender Population auch den Boden von geringerer Qualität oder weniger vorteilhafter Lage in Kultur nimmt. Sobald, in Folge wachsender Population, Boden vom zweiten Grade der Fruchtbarkeit in Kultur genommen wird, so fängt der Boden, welcher vom ersten Grade der Fruchtbarkeit ist, [53] an, Bodenrenten abzuwerfen, und der Preis, welcher für seine Benutzung bezahlt wird, hängt von der Verschiedenheit, hinsichtlich der Qualität, dieses zweierlei Bodens ab.

Sobald Boden dritter Qualität in Kultur genommen wird, trägt sogleich der vom zweiten Range Bodenrente und dieses bestimmt sich wieder nach der Verschiedenheit der produktiven Kräfte des einen und des andern. Der Boden erster Qualität steigt zugleich im Preise, denn er muss immer eine größere Bodenrente tragen, als der zweiter Qualität, gerade wegen des Unterschiedes beider im Ertrag, bei übrigens gleicher Arbeit und Kapital. So wie die Population in dem Grade zugenommen hat, dass Boden geringerer Qualität in Kultur genommen werden muss, um nur den Lebens-Unterhalt zu gewinnen, so steigt die Bodenrente alles fruchtbaren Landes.

Angenommen, dass Boden Nr. 1, 2 und 3, wenn gleiche Quantität Arbeit und Kapital darauf verwendet wird, einen Ertrag von 100, 90 und 80 Maß Getreide gibt. In einem kaum angesiedelten Lande, wo im Verhältnis zur Population ein Überfluss an fruchtbarem Boden ist, und wo deshalb bloß Boden Nr. 1. in Kultur genommen wird, bleibt der ganze reine Ertrag dem Bebauer und zwar als Gewinn des angelegten Kapitals<sup>14</sup>.

[54] Sobald die Population so angewachsen ist, dass Nr. 2. in Kultur genommen werden muss, welches nur 90 Maß Getreide, nach Abzug des Arbeitslohnes, einbringt, so beginnt die Bodenrente der Ländereien Nr. 1.; denn 10 Maß Getreide trägt Nr. 1. mehr, und um so viel ist der reine Kapital-Gewinn größer. Mag nun der Eigentümer oder irgendeine andere Person den Boden Nr. 1. kultivieren, diese 10 Maß machen die Bodenrente aus; denn derjenige, welcher Nr. 2. bebauen wollte, würde dies nämliche Resultat mit seinem Kapital erhalten, möchte er nun Nr. 1. kultivieren und 10 Maß Pacht zahlen, oder fortfahren Nr. 2. zu bebauen, ohne etwas zu bezahlen. Ebenso ist klar, dass, sobald Nr. 3. in Kultur genommen wird, die Rente von Nr. 2. ebenfalls 10 Maß, oder der Wert davon, sein muss, indem die Rente von Nr. 1. auf 20 Maß steigt; denn der Bebauer von Nr. 3. würde den nämlichen Gewinn haben, ob er 20 Maß von Nr. 1., 10 Maß von Nr. 2 bezahlt, oder ob er ganz frei von Bodenrenten-Zahlung Nr. 3 baut, Es ist oft und gewöhnlich der Fall, dass, ehe Nr. 2, 3, 4 oder 5, oder noch geringere Ländereien in Kultur genommen werden, man sein Kapital mit mehr Er- [55] folg auf solchem Boden anlegen kann der schon bereits kultiviert ist. Es kann sich ereignen, dass man, bei Verdoppelung seines anfänglich auf Nr. 1. verwendeten Kapitals, zwar nicht doppelten, oder 100 prozentigen Erfolg erhält, doch kann vielleicht der Ertrag um 85 pCt. sich verbessern; was immer weit mehr ist, als man erhalten haben würde, wenn dieses Zuschuss Kapital auf die Kultur von Nr. 3. verwendet worden wäre.

---

Economie politique par J. B. Say liv. II. chap. 9. Anmerkung Ricardos.

<sup>14</sup> Es scheint mir nicht bewiesen, dass der ganze Ertrag, den der Bebauer in diesem Falle erhält, der Gewinn oder die Interessen seines Kapitals sind. Der Boden wird nicht eher in Kultur genommen, bevor nicht das Eigentum desselben dem Bebauer gesichert ist; alsdann aber besitzt er in seinen Augen etwas Kostlicheres, als jeder andere Boden gleicher Qualität, der aber noch nicht sein Eigentum geworden ist. J. B. S.

In diesen Fall wird, das Kapital vorzugsweise auf alte Ländereien verwendet werden und auf gleiche Weise Bodenrenten schaffen; denn Bodenrente ist stets die, durch Anwendung zweier gleichen Quantitäten Arbeit und Kapital in den Produkten erhaltene, Differenz. Wenn ein Pächter mit, einem Kapital von 1.000 Pfd., 100 Maß Getreide von seinem Boden erhält und mit Anwendung eines zweiten Kapitals von 1.000 Pfd., noch 85 Maß mehr; so hat der Boden-Eigentümer das Recht, nach Ablauf der Pachtzeit von ihm für die Zukunft 15 Maß, oder den Wert davon, mehr Pacht zu verlangen; denn es können nicht zweierlei Wertbestimmungen statthaben. Wenn der Pächter darein willigt, 15 Maß mehr abzugeben, so geschieht es aus dem Grunde, weil er seine 1,000 Pfd. nicht vorteilhafter anlegen kann. In diesem Verhältnis wird gewöhnlich die Bodenrente bestimmt, und wenn der erste Pächter sich weigert, so viel zu geben, so findet sich leicht ein anderer, der gern den Überschuss seines Kapital-Gewinn dem Eigentümer des Landes überlässt, durch welches ihm dieser Gewinn wurde.

[35] In diesem Fall, so wie in dem vorhergehenden, bezahlt das zuletzt angelegte Kapital keine Rente. Für die Vermehrung der produktiven Kräfte durch die ersten 1,000 Pfd. werden 15 Maß Getreide, als Bodenrente bezahlt, aber für die Anlegung der zweiten 1,000 Pfd. wird Nichts entrichtet. Wenn dritte 1,000 Pfd. auf den nämlichen Boden mit einem Ertrag von 75 Maß verwendet wurden, so müssten eine Bodenrente für die zweiten 1,000 Pfd. gezahlt werden, welche der Differenz des Ertrages dieser beiden Kapitale, oder 10 Maß Getreide gleich wäre; zugleich würde die Bodenrente des ersten Kapitals von 15 auf 25 Maß steigen, weil die letzten 1.000 Pfd. nichts bezahlten.

Wenn fruchtbarer Boden in größerem Überfluss vorhanden sein sollte, als zur Produktion der Lebensmittel für die wachsende Population erforderlich wäre, oder wenn man das auf die Kultur alter Ländereien, verwendete Kapital, mit dem nämlichen Gewinn auf die Produktion anderer Dinge verwenden könnte, so wäre ein Steigen der Bodenrente unmöglich, da sie notwendig immer nur dann entsteht, wenn eine größere Quantität Arbeit einen verhältnismäßig geringen Erfolg hat.

Die fruchtbarsten und am vorteilhaftesten gelegenen Ländereien dürften sicher zuerst in Kultur genommen werden, und der Tauschwert ihrer Produkte würde sich auf gleiche Weise, wie der aller andern Produkte, nach der Quantität der verschiedenen Arbeit richten, [57] welche teils zu ihrer Produktion, teils sie auf den Markt zu bringen, erforderlich war. Sobald Länderei geringerer Qualität in Kultur genommen wird, muss der Tauschwert der Boden-Produkte steigen, weil ihre Produktion mehr Arbeit nötig macht.

Der Tauschwert aller Dinge, mögen sie Produkte von Manufakturen, von Minen oder vom Boden sein, bestimmt sich niemals nach der geringeren Quantität Arbeit, die unter günstigen Umständen zu ihrer Produktion hinreicht, z. B. bei ganz besonderer Geschicklichkeit der Arbeiter; sondern nach der größeren, zu ihrer Produktion erforderlichen Quantität Arbeit, welche von Menschen verrichtet wird, die nicht solche außerordentliche Fähigkeiten besitzen und die selbst die ungünstigsten Umstände oft zu bekämpfen haben, nämlich solche die es höchst erschweren, die gewünschte Quantität Produkte zu erhalten.

So wird z. B. in einer Wohltätigkeits-Anstalt, wo die Armen mit dem Fonds der Stiftung arbeiten, der Preis der produzierten Dinge im Allgemeinen nicht nach den besonderen Geschicklichkeiten dieser Arbeiter bestimmt, sondern nach den gewöhnlichen und natürlichen Schwierigkeiten, welche jeder andere Arbeiter in diesem Fall auch zu überwinden gehabt hätte. Der Fabrikant, welcher keine dieser Geschicklichkeiten besitzt, würde die Konkurrenz nicht halten können, wenn diese geschickten Arbeiter allein im Stande wären, alle Bedürfnisse der Gesellschaft auf den Markt zu liefern; setzt er sein [58]

Geschäft fort, so würde es nur unter der Bedingung geschehen, dass er die gewöhnlichen und gebräuchlichen Zinsen von seinem Kapital nehmen könnte; das kann aber nur dann geschehen, wenn er seine Produkte um einen Preis verkauft, der im Verhältnis zu der Quantität Arbeit steht, welche zur Produktion derselben erforderlich war<sup>15</sup>.

[59] Es ist unleugbar, dass der beste Boden, fortwährend mit der nämlichen Arbeit, die nämliche Quantität Produkte geben würde, wie zuvor, aber der Wert des- [60] selben müsste, in Folge des verhältnismäßig geringeren Ertrags, den ein schlechterer Boden mit

---

<sup>15</sup> Hat nicht Hr. Say in Folgendem vergessen, dass es die Produktionskosten sind, welche zuletzt den Preis festsetzen? „Die Produkte der Bodenkultur haben diese besondere Eigentümlichkeit, dass ihr Preis nicht steigt, sobald sie seltener werden, weil immer zugleich die Population abnimmt, wenn die Lebensmittel zu mangeln anfangen, und weil folglich die Nachfrage in eben dem Grade abnimmt, als das Darbieten seltener wird. Hat man nicht auch bereits die Bemerkung gemacht, dass das Getreide da weit teurer ist, wo es unbebautes Land im Überfluss gibt, als da, wo die Bodenkultur völlig Platz gegriffen hat? England, so wie Frankreich, waren im Mittelalter weit weniger kultiviert, als jetzt; sie brachten weit weniger Getreide hervor und dessen ungeachtet war es, soviel man aus der Vergleichung mit andern Werten urteilen kann, damals nicht teurer. War der Boden-Ertrag geringer, so war es die Population auch; und die geringe Nachfrage stand im richtigen Verhältnis zum geringen Vorrat. (Liv. III. chap. 8.) Hr. Say ist der Meinung, dass der Preis der Arbeit den Preis der Dinge bestimme, und indem er ganz richtig bemerkt, dass Wohltätigkeits-Anstalten jeder Art die Population auf eine höhere Stufe erheben helfen, als sie, sich selbst überlassen, erreicht haben würde, und dass sie folglich zum Sinken des Arbeitslohnes beitragen, fährt er fort: „Ich bin nicht ungeneigt zu vermuten, dass der wohlfeile Preis der Waren, die aus England kommen, zum Teil von der Menge der, in diesem Lande existierenden Wohltätigkeits-Anstalten herrühre.“ (Liv. III. chap. 6) Diese Meinung ist ganz konsequent, da er annimmt, dass der Arbeitslohn den Preis der Dinge bestimme

(Anm. Ricardos.)

Ich bin nicht der Meinung, dass die Kosten der Produktion definitiv den Preis der Dinge bestimmen; denn wenn die Produktion einer Sache zu viel kostet, so findet letztere keine Käufer. Der Preis bestimmt sich im direkten Verhältnis zur Nachfrage und im umgekehrten zum Vorrat. Wenn der laufende Preis die Produzenten (Unter. Produzenten verstehe ich immer außer denen, welche die Arbeit leisten, diejenigen, welche den Boden- und Kapitalfonds hergeben, die nicht minder unentbehrlich sind, als die Arbeit.) nicht hinlänglich bezahlt, so nimmt die Quantität der Produkte, d. i. der Vorrat, ab, der Preis steigt alsdann, und zu gleicher Zeit hört bei einer Menge Konsumenten die Nachfrage nach dergleichen Dingen auf. Steigt der Preis so hoch, dass selbst die vermögendsten Liebhaber auf die Sache Verzicht leisten müssen, so hört sowohl die Produktion, als der Verkauf dieser Sorte von Produkten auf.

Was den Einfluss anbelangt, welchen die, den Armen gereichten Unterstützungen auf den Arbeitslohn und folglich auf den Preis der Produkte haben; so weiß man, dass in England die Kirchspiele denjenigen Arbeitern, die nicht so viel verdienen, als zur Ernährung ihrer Familien ausreichend ist, Unterstützung angedeihen lassen. Ohne eine solche Unterstützung könnten diese Familien nicht subsistieren und sich nicht mehr fortpflanzen. Die Klasse der Arbeiter würde in Zahl abnehmen und der Arbeitslohn nun im Preise steigen. Man kann annehmen, dass alsdann die Produkte teurer werden und in geringerem Grade die Konkurrenz des Auslandes aushalten würden. Überdies bin ich mit Ricardo der Meinung, dass der Wert des Arbeitslohnes in den meisten Fällen, wenn auch nicht ganz, doch wenigstens für einen Teil, auf den Wert der Produkte Einfluss habe. Jede Vermehrung der Produktionskosten vermindert den Gewinn des Unternehmers, sodann, wenn das größtenteils wegfällt, was zur Produktion anreizte, die Quantität der Produkte, die auf den Markt gebracht werden, und bewirkt folglich ein Steigen des Preises; aber von einer andern Seite vermindert sich auch die Nachfrage in dem nämlichen Verhältnis, in welchem der Preis steigt. Daraus ergibt sich, warum die Produzenten niemals das Ganze, um welches sich die Produktionskosten vermehren, auf die Konsumenten fallen lassen können. Um die Konsumtions-Quantität nicht zu vermindern, ziehen sie in diesem Falle vor, es lieber an der Qualität der Produkte fehlen zu lassen, als den Preis zu erhöhen. Daher kommt es, dass die Waren immer schlechter werden, je mehr sie im Preise steigen. Wenn man die Seidenwaren noch von der Schwere fabrizieren wollte, wie sie vor 50 Jahren waren, so würde die Konsumtion derselben fast gänzlich aufhören.

J. B. S.

mehr Arbeit und Kapital abwirft, in die Höhe gehen. Ob nun gleich die Vorteile fruchtbaren Bodens über weniger fruchtbaren unverloren bleiben, aber nur aus der Hand des Kultivators und des Konsumenten in die des Eigentümers übergehen; so muss doch, da man mehr Arbeit auf die Kultur geringeren Bodens, die das vermehrte Bedürfnis von Lebensmitteln notwendig gemacht hat, verwenden muss, der relative Wert dieser Produkte über seinem alten Standpunkt bleiben, und man sie gegen mehr Hüte, Tuch, Schuhe und dergl. Dinge austauschen können, deren Produktion keine Vermehrung der Arbeit erfordert hat. Die Ursache also, die das Steigen des relativen Wertes der Produkte des Ackerbaues bewirkt, liegt in [61] der vermehrten Arbeit, welche die Produktion des Getreides auf Boden Nr. 2, 3 etc. erfordert, und nicht in der, dem Eigentümer gezahlten Bodenrente. Der Wert des Getreides bestimmt sich nach der zu seiner Produktion erforderlichen Quantität Arbeit und nach der Qualität des Landes, ferner nach dem Kapital, welches keine Bodenrente zahlt. Das Getreide wird nicht teurer, weil Bodenrente bezahlt werden muß; sondern die Bodenrente wird bezahlt, weil das Getreide theuer ist, und man hat die sehr richtige Bemerkung gemacht, dass das Getreide selbst dann nicht im Preise fallen würde, wenn der Eigentümer ganz auf seine Bodenrente Verzicht leisten sollte. Dies dürfte keine andere Wirkung haben, als dass einige Pächter vielleicht in den Stand gesetzt würden, als große Herren zu leben, keinesweges aber die Quantität Arbeit vermindern, welche zur Kultur des weniger fruchtbaren Bodens angewendet werden muss<sup>16</sup>.

---

<sup>16</sup>) Daraus, dass das Getreide im Preise nicht herabgehen werde, selbst wenn alle Pächter die zu zahlende Bodenrente von den Boden-Eigentümern erlassen bekämen, folgt nicht, dass der Preis des Getreides keinen Gewinn gewähre, hinsichtlich des Eigentums-Rechtes. Wer sieht nicht ein, dass in diesem Falle die Pächter an der Stelle der Eigentümer den Gewinn einstecken würden? Der Schoos der Erde ist eine wundervolle chemische Werkstatt, wo sich eine Menge Materialien und Elemente verbinden und entwickeln und unter der Gestalt von Getreide und Früchten, zu unserer Nahrung, von Linnen, woraus wir uns Kleider weben, von Bäumen, deren wir uns zum Bau unserer Häuser und Schiffe bedienen, hervorwachsen. Die Natur hat dem Menschen mit dieser ungeheuren Werkstätte, die in eine Menge, zur verschiedenartigsten Produktion geeignete, Abschnitte eingeteilt ist, ein Geschenk gemacht; aber gewisse Menschen haben sich vor Andern derselben bemächtigt, und man sagt: *dieser Abschnitt gehört mir, und jener auch; was sich darauf befindet, ist mein ausschließliches Eigentum*. Und wie wunderbar! Dieses usurpierte Privilegium, weit entfernt dem Gemeinwesen zu schaden, hat ihm sogar Nutzen gebracht. Wenn der Eigentümer eines Stückes Landes nicht, sicher wäre, auch die Früchte zu genießen, wer würde dann den zur Kultur erforderlichen Vorschuss von Arbeit und Geld machen wollen? Selbst diejenigen, die kein Eigentum besitzen, jetzt aber mit dem Erfolg ihrer Arbeit sich kleiden und ernähren können, würden dann in eine Lage versetzt werden, ähnlich der, in welcher sich die Bewohner von *Neu-Seeland* oder von *Nootka-Sound* befinden, sich nämlich unablässig Fische und Wildbret streitig zu machen, nackt im steten Kriege miteinander zu sein, und sich endlich selbst aufzuzehren, aus Mangel einer anständigeren Nahrung.

So hat eine Bodenbesitzung dem Menschen eine 10- und 100fache Quantität nützlicher Produkte verschaffen können. Hat sich der Wert dieser Produkte einmal gebildet, so entsteht das Einkommen 1., des Boden-Eigentümers, 2., des Kapitalisten, der die Vorschüsse gemacht hat, (dies kann der Eigentümer selbst, oder auch der Pächter sein), 3., derjenigen, durch deren Handarbeiten der Boden fruchtbar gemacht worden ist. Wer hat nun diesen ganzen Wert bezahlt, aus welchem sich das Einkommen aller dieser Personen gebildet hat? – Der Käufer und der Verzehrer der Produkte des Bodens. – Und ich sage, dass das Produkt des Bodens alles dieses bezahlt habe; denn, wenn es unzulänglich gewesen wäre, so würde ein Teil dieser Produktions-Hilfsmittel, indem er für seine Mitwirkung keine Entgeltung bekommen hätte, der Produktion entzogen worden sein; ja der Eigentümer selbst würde seinen Boden nicht mehr verpachten wollen, weil diese Verpachtung ihm nichts einbringt. Von diesem eintretenden Moment an würde es keine Gewähr und Gewissheit, seine Früchte einzuernten, mehr geben; der Boden würde unbebaut liegen bleiben, und da der Vorrat von Bodenfrüchten abnehmen würde, so müssten letztere wieder bis zu dem Preise steigen, dass der Eigentümer wieder bezahlt werden könnte. (Es versteht sich von selbst, dass diese Wirkung nur stattfinden könnte, wenn alle Dinge, gleich sind und in einem gegebenen Zustand der Gesellschaft.)

Ich räume ein, dass der Gewinn des Grund-Eigentümers mehr, als Kapital- und Industrie-Gewinn von den Zufälligkeiten und Schwierigkeiten des Örtlichen abhängig ist; denn nur eine gewisse Summe Geld, und Handarbeiten sind bei Weitem nicht so unbeweglich, als die Erde; sie können nach und nach von einem Gegenstand zum andern übergehen, während der Boden, da er weder dahin transportiert werden kann, wo seine Produkte den größten Wert haben, noch andere Produkte geben kann, als wozu ihn die Natur geeignet hat, nur

[62] Nichts pflegt gewöhnlicher zu sein, als dass man von den Vorzügen sprechen hört, welche der Boden vor jeder andern nützlichen Produktions-Quelle habe und [63] dies zwar wegen des Überschusses, den man unter dem Namen Bodenrente zieht.

[64] Wenn aber der Boden im Überfluss vorhanden, sehr fruchtbar und produktiv ist, dann trägt er keine Bodenrente, und nur wenn er schlechter wird und die nämliche Arbeit weniger Produkte liefert, trennt man einen kleinen Teil vom anfänglichen Ertrag der fruchtbarsten Ländereien unter dem Namen der Bodenrente. Es ist in der Tat sonderbar, dass diese Eigenschaft des Bodens, die man im Vergleich mit jedem andern Agens (Produktionsquelle) der Natur, die alle den Arbeiter begünstigen, für eine Unvollkommenheit halten möchte, gerade als das betrachtet worden ist, wodurch er einen ganz besonderen Vorzug bekommt.

[65] Wenn Luft, Wasser, die Elastizität des Dampfs und der Druck der Atmosphäre veränderliche Eigenschaften hätten, wenn man selbige in Besitz nehmen könnte und jede dieser Eigenschaften nur in mäßiger Quantität vorhanden wäre, so würde jede dieser Produktionsquellen so gut, wie der Boden eine Rente einbringen, je nachdem man noch und nach diese Eigenschaften zu benutzen suchte.. Je mehr man geringere Eigenschaften in Benutzung zöge, desto mehr müsste der Wert der Dinge, zu deren Produktion man sich ihrer bediente, in die Höhe gehen, weil gleiche Quantitäten Arbeit bei diesen ein geringeres Resultat gäben. Der Mensch würde mehr mit seinem Körper arbeiten, die Natur weniger tun und der Boden würde nicht mehr durch seine beschränkten Kräfte einen Vorzug erhalten.

Wenn der Überschuss der Produkte, der die Bodenrente bildet, ein Vorteil ist, so wäre zu wünschen, dass die neu erbauten Maschinen alle Jahre weniger produzierten, als die alten, denn dadurch würden nicht allein alle durch diese Maschinen produzierten Waren, sondern auch die Produkte aller andern Maschinen des Landes, einen größeren Tauschwert erhalten;

---

soviel Gewinn gibt, als der Wert seiner Produkte, nach abgezogenem Gewinn des Kultivators, der nicht Eigentümer ist, übrig lassen.

Hierin liegt der Grund, warum manche Äcker ihrem Eigentümer nicht mehr als 20 Sous eintragen, während andere um 100, 200 Fr. und noch höher verpachtet werden.

Das Verhältnis zwischen Nachfrage und Darbierten bestimmt den Preis der Bodenprodukte, wie den jedes anderen Produkts. Aus diesen Preisen ziehen die Industrie und die Kapitale, deren Mitwirkung erforderlich war, einen Gewinn, der wieder im Verhältnis steht zu dem Risiko, den Talenten und dem gebräuchlichen Quantum des Gewinns in jeder andern Sorte von Produktion. Der Überschuss bildet das Einkommen des Bodenbesitzers, die jährliche Rente seiner nützlichen Usurpation. Hierin bin ich mit *Ricardo* einverstanden; aber wenn er behauptet, dass, wenn es keine Eigentümer gäbe, der Preis des Getreides der nämliche bleiben würde, so kann ich dieses nicht glauben.

Wenn, wegen Magerkeit des Bodens, oder Schwere der Auflagen, der zur Kultur erforderliche Arbeit- und Kapital-Aufwand, mehr kostet, als die Produkte, welche dadurch erzielt werden, wert sind, so hört für den Eigentümer des Bodens Gewinn und Einkommen ganz auf, aber auch für Kapitale und Industrie bleibt dann kein Gewinn mehr übrig; sie werden konsumiert oder wenden sich davon ab; der Boden bleibt un bebaut liegen, die Population nimmt ab, die Zivilisation verschwindet und die Barbarei kehrt wieder zurück. Diese Bemerkung hat *Bolney* in *Syrien* gemacht, man kann sie, obgleich in schwächerem Grade, in gewissen Teilen *Italiens* und *Spaniens* machen, die sonst besser kultiviert und weit volkreicher, als jetzt, waren.

Ich habe es für einfacher gehalten, den wahren Bestand der Dinge nach meiner Ansicht zu entwickeln, als die Ansicht und Meinung des Hrn. *Ricardo* Paragraph für Paragraph für Paragraph zu bekämpfen.

J. B. S.

alle diejenigen würden dann eine Rente gezahlt erhalten, welche die produktivsten Maschinen besäßen<sup>17</sup>.

---

<sup>17</sup> „Bei der Kultur des Bodens," sagt Adam *Smith*, „arbeitet die Natur in Verbindung mit dem Menschen, und obgleich die Arbeit der Natur keinen Aufwand nötig macht, so hat der Erfolg ihrer Wirksamkeit eben so viel Wert, als der der teuersten Arbeiter." Die Arbeit der Natur wird bezahlt, nicht weil sie viel, sondern weil sie wenig tut. In dem Verhältnis, in welchem sie mit ihren Geschenken sich karg gegen uns zeigt, in demselben steigt der Preis ihrer Arbeit; wo sie freigebig und reichlich arbeitet, da arbeitet sie stets unentgeltlich. „Die Tiere, welche zum Ackerbau gebraucht werden, tragen, gleich den Arbeitern in den Manufakturen, nicht allein zur Reproduktion eines Wertes bei, der dem, was sie konsumieren und dem Kapital, das in ihnen steckt, so wie dem erforderlichen Kapital-Gewinn ihrer Eigentümer, gleichkommt; sondern sie produzieren noch einen weit größeren Wert. Außer dem Kapital des Pächters und seinem ganzen Gewinn, reproduzieren sie auch noch in der Regel die Bodenrente des Eigentümers. Man kann diese Bodenrente als das Produkt der Naturkräfte ansehen, deren Benutzung der Boden-Eigentümer dem Pächter überlässt. Sie ist größer oder geringer, je nachdem man die Wirkungsfähigkeit dieser Kräfte mehr oder weniger ausgebreitet annimmt, oder mit anderen Worten, je nachdem die natürliche oder durch Kunst bewirkte Fruchtbarkeit des Bodens größer oder geringer angenommen wird. Wenn man Alles, was die Arbeit des Menschen ist, davon abgezogen oder kompensiert hat, so bleibt die Arbeit der Natur noch übrig. Selten ist dies weniger als der vierte Teil und oft mehr als der Drittel des ganzen Ertrags. Nie kann eine gleiche, in Manufakturen angewendete, Quantität produktiver Arbeit eine so große Reproduktion bewirken. *In diesen tut die Natur nichts, der Mensch alles.* Die Reproduktion muss stets im Verhältnis zu der Wirksamkeit der Kräfte stehen, die sie erzeugen. Deshalb setzt ein, auf Bodenkultur verwendetes, Kapital nicht allein eine weit größere Quantität produktiver Arbeit in Tätigkeit, als jedes andere, auf Manufakturen verwendete, Kapital gleichen Wertes; sondern gibt auch, im Verhältnis zur Quantität produktiver Arbeit, die es in Tätigkeit setzt, dem jährlichen Boden Ertrag, der Arbeit des ganzen Landes, dem Reichtum und dem reinen Einkommen seiner Bewohner einen weit größeren Wert. Von allen Arten, wie ein, Kapital angelegt werden kann, ist dies ohne Zweifel die vorteilhafteste für die Gesellschaft. II. B. Cap. V. In den Manufakturen thut also die Natur nichts für den Menschen? Ist das nichts, wenn die Kraft des Windes und des Wassers unsere Maschinen in Bewegung setzt und unsere Schifffahrt unterstützt? Der Druck der Atmosphäre und die Elastizität des Dampfes, wodurch wir die Staunen erregendsten Maschinen in Bewegung setzen, sind sie nicht auch Geschenke der Natur? Nicht zu gedenken der Wirkungen der Hitze beim Erweichen und Schmelzen der Metalle, noch der Zersetzung der Luft beim Färbe- und Gärungsprozess, gibt es keine einzige Manufaktur, wo die Natur nicht dem Menschen hilfreich beistünde und zwar auf die reichlichste und unentgeltlichste Weise. (Das ist wahr; aber da die ausschließliche Besitznahme dieser Gaben der Natur, bei Manufakturen und Künsten nicht unerlässliche Bedingung zur Produzierung einer Sache ist, so würde es vergebliche Mühe sein, wenn sich Jemand die Schwere der Atmosphäre oder die Sonnenwärme wollte bezahlen lassen. So wie der Vorrat der Kunstprodukte nicht dadurch verringert wird, so wird auch ihr Preis nie bis zu einem Punkte steigen, wo dieser imaginäre Eigentümer anfangen könnte, Gewinn zu ziehen.

J. B. S.

Über diese hier mitgeteilte Stelle aus Adam *Smith*, macht Hr. *Buchanan* folgende Bemerkung: „Ich habe im 4ten Teile meiner observations on productive and unproductive labour zu zeigen gesucht, dass der Ackerbau den National-Reichtum nicht mehr, als jede andere Art der Industrie, vermehre. Dr. *Smith*, der den Teil des Boden-Ertrags, welcher die Bodenrente bildet, für so vorteilhaft für die Gesellschaft hält, hat nicht bedacht, dass die Bodenrente nur die Wirkung der Teuerung ist, und dass der Boden Eigentümer dasjenige, was er auf diese Weise einnimmt, nur auf Kosten des Konsumenten gewinnt. Die Gesellschaft gewinnt nichts, wenn der Acker Bodenrente trägt; nur eine einzige Klasse gewinnt, auf Unkosten der anderen. Sich einbilden, der Ackerbau gebe einen reinen Ertrag, weil die Natur sich beim Kultur-Geschäft mit der Industrie der Menschen vereinige, und dass daraus die Bodenrente ihren Ursprung nehme, ist eitel Träumerei. Nicht durch das Produkt, sondern durch den Preis, um welchen das Produkt verkauft wird, entsteht die Bodenrente; und diesen Preis erhält man, nicht weil die Natur bei der Produktion mit hilfreich gewesen ist, sondern weil er unmittelbar aus dem Verhältnis der Konsumption zum Vorrat hervorgeht."

(Anmerkung Ricardos.)

Man kann, mit diesen beiden achtbaren, Schriftstellern, Hrn. *Buchanan* (Landsmann von Adam *Smith*), der so ruhmwürdig die Ehre der gefeierten *Edinburgher* Schule aufrechterhält, und Hrn. David *Ricardo*, der mit soviel Scharfsinn die Gesetze des Sinkens des Papier-Geldes entwickelt hat, man kann nicht leugnen, sage ich, dass der Grund-Eigentümer persönlich nichts zu dem, aus der jährlichen Produktion in einem Lande entspringenden, Nutzen beiträgt. Wenn demnach die Verhältnisse in einem Lande bewirken, dass nach den Produkten des Ackerbaues eine ebenso starke Nachfrage ist, als ihr Verkaufswert die andern Auslagen übersteigt, so, dass sich für den Grund-Eigentümer eine Bodenrente bildet, so muss man einräumen, dass dieser Überschuss ein Teil des,

[66] Das Steigen der Bodenrente ist immer die Folge von Zunahme des National-Reichtums und der Schwie- [67] rigkeit, Lebensmittel für die wachsende Population zu schaffen. Es ist ein Zeichen, aber nie eine Ursache des [68] Reichtums, denn der Reichtum wächst manchmal sehr schnell, während die Bodenrente auf ihrem Standpunkt sich hält, oder sogar sinkt. –

[69] Die Bodenrenten steigen um so schneller, als die produktiven Kräfte des in Kultur genommenen Bodens abnehmen. Der Reichtum nimmt am schnellsten: in den Ländern zu, wo das in Kultur genommene Land am fruchtbarsten, die Einfuhr am wenigsten gehemmt ist, oder wo man durch Verbesserungen im Ackerbau den Ertrag des Bodens vervielfältigen kann, ohne dass [70] es einer verhältnismäßigen Vermehrung der Arbeit bedarf, und wo folglich die Bodenrenten nur langsam im Ertrage stiegen.

Wäre hoher Getreidepreis Wirkung und nicht Ursache der Bodenrenten, so würde ihr Steigen oder Fallen einen verhältnismäßigen Einfluss auf den Preis äußern. So bestimmt aber das Getreide, dessen Produktion die größte Quantität Arbeit erfordert hat, den Preis des Getreides und die Bodenrenten können nicht im Mindesten an dieser Preis-Bestimmung Anteil haben. *Adam Smith* hat also Unrecht, wenn er annimmt, dass die erste Regel, welche den Tauschwert der Dinge bestimmt hat, nämlich die verhältnismäßige, zu ihrer Produktion erforderliche Quantität Arbeit, durch Erwerbung von Grund-Eigentum und Bodenrenten-Zahlung eine Abänderung erleiden könne. Boden Erzeugnisse bedarf man zur Zusammensetzung und Vollendung fast aller Produkte; der Wert ersterer, so wie der des Getreides, hängt von dem Ertrage des Kapitals ab, welches zuletzt auf Bodenkultur gewendet wurde, und deshalb noch keine Bodenrente zahlt; die Bodenrente ist also kein Umstand, der auf den Preis der Dinge einen Einfluss hat.<sup>18</sup>

---

aus der Tasche der Konsumenten genommenen, Reichtums ist, der in die Tasche der Grund-Eigentümer, ohne irgendeine Gegenleistung von ihrer Seite übergeht. Fast Gleiches kann man vom Kapitalisten sagen, der sein Kapital Zinsen tragen lässt. Wenn nun aber unmöglich ist (wie man in meinem *Traité d'Economie politique* ausgeführt findet, s. liv. I.), dass Produktion nicht allein ohne Boden und ohne Kapitale, sondern auch ohne, dass die Produktionsmittel Eigentum sind, stattfindet, kann man alsdann nicht sagen, dass die Eigentümer derselben eine produktive Funktion hätten, weil ohne sie die Produktion nicht stattfinden würde? In der Tat eine bequeme Funktion, die aber doch, bei dem jetzigen Zustand der Gesellschaft, durch eine Anhäufung, die Folge von Produktion und Ersparnis, d. h. einer frühern Entsagung – bedingt ist. „Was die Kapitale anbelangt, so sind sie unstreitig das reine Resultat der Produktion ihrer Urheber; Grund-Eigentum hingegen, wenn auch der erste Besitz-Ergreifer es unentgeltlich benutzen konnte, ist jetzt schwerlich anders zu bekommen als für eine dem Werte desselben gleiche Quantität ersparten Wertes. Ich rede hier nicht von Eigentum, was man durch Erbfolge oder Geschenke unter Lebenden erhalten hat, wo in nichts die Natur und die Wirkungen des Eigentums in Bezug auf den Konsumenten sich ändern.

Wenn also Grund- und Kapital-Eigentum das reine Resultat der Produktion ihrer Besitzer, oder derer sind, von welchen sie auf erstere übergangen, so kann ich diese Besitztümer als arbeitende, produktive Maschinen betrachten, die ihren Urhebern einen Zins einbringen. Dieser Zins würde einen Teil der Produktionskosten – das was *Smith* den natürlichen Preis der Produkte nennt – ausmachen. Er würde auch auf den Marktpreis mit Einfluss haben. Denn, sobald der Käufer nicht so viel zahlte, dass die Maschine einen Zins einbrächte, so würde diese Maschine, deren Wille durch den Willen ihrer Besitzer repräsentiert wird, aufhören ihren Beistand zu leisten und die Produktion würde nicht mehr stattfinden.

J. B. S.

<sup>18</sup> Man verstehe mich recht! Wenn der Verfasser behauptet, dass die Bodenrente (das Einkommen des Eigentümers) nicht einen Teil dessen ausmacht, was *Smith* den natürlichen Preis der Dinge nennt, nämlich des Betrags der, zu ihrer Produktion erforderlichen Kosten, so kann er Recht haben (unter der in der vorhergehenden Anmerkung enthaltenen Einschränkung.)

Wenn er aber behaupten will, dass die Rente des Eigentümers keinen Teil des *laufenden Preises* der Dinge ausmache, des Preises, der aus dem Verhältnis zwischen Nachfrage und Darbieten hervorgeht, so scheint er mir im Irrtum zu sein. Die produktive Kraft des Bodens scheint mir von dem nämlichen Augenblick an, wo sie zum Eigentum geworden ist, mit der produktiven Kraft der Arbeit, die das Eigentum des Arbeiters ist, in gleicher

[71] Bis hierher haben wir die Wirkungen der natürlichen Zunahme des Reichtums und der Bevölkerung [72] auf die Bodenrente in einem Lande betrachtet, dessen Boden verschiedene Stufen produktiver Kraft hatte, und haben gesehen, dass mit jeder Vermehrung des Kultur-Kapitals, das Additional-Quantum einen geringeren Ertrag abwirft und die Bodenrente steigt. Aus den nämlichen Gründen folgt auch, dass, sobald Umstände in dem Zustande der Gesellschaft es unnötig machen, den nämlichen Kapital-Betrag noch auf die Kultur des Bodens zu verwenden, das zuletzt angelegte Kapital dadurch weit produktiver werden und die Rente sinken muss. Jede bedeutende Verminderung des National-Reichtums, wodurch materiell die, zur Bezahlung des Arbeitslohnes nötigen Kapitale vermindert würden, müsste natürlich die nämliche Wirkung haben. Die Population steht im Verhältnis zu dem, zur Bezahlung des Arbeitslohnes bestimmten Kapital, folglich muss sie in dem Grade zu- oder abnehmen, in welchem dasselbe zu- oder abnimmt. Jede Reduktion dieses Kapitals hat notwendig immer eine geringere Nachfrage nach Getreide, ein Fallen des Preises und eine Abnahme der Kultur zur Folge. Die Anhäufung der Kapitale bewirkt ein Steigen der Bodenrente in umgekehrtem Verhältnis zu dem, aus der Verringerung der Kapitale entstehenden Sinken derselben. Die Kultur des Bodens, welcher den geringsten Ertrag abwirft, wird nach und nach aufgegeben werden, der Tauschwert der Produkte fallen und nur noch Boden erster Qualität bebaut werden, der alsdann auch aufhört Bodenrente zu tragen.

Das nämliche Ergebnis könnte inzwischen stattfinden, wenn die Zunahme des Reichtums und der [73] Population eines Landes von so großen Verbesserungen des Ackerbaues begleitet wäre, dass man nicht mehr nötig hätte, Boden geringerer Qualität in Anbau zu nehmen, oder noch den nämlichen Kapital-Betrag auf die Kultur des fruchtbaren Bodens zu verwenden.

Wenn für das Bedürfnis einer gegebenen Population eine Million Maß Getreide, die man auf Boden erster, zweiter und dritter Qualität erbaute, erforderlich wäre, und wenn man nun eine Verbesserung entdeckte, wodurch der Boden Nr. 1. und 2. in den Stand gesetzt würde, die benötigte Quantität zu geben, ohne dass man zu Nr. 3. noch seine Zuflucht zu nehmen brauchte; so ist klar, dass die unmittelbare Folge davon ein Fallen der Bodenrente sein muss; denn nun wird, statt Nr. 3., Nr. 2. kultiviert, ohne eine Bodenrente zu bezahlen, und die Bodenrente von Nr. 1. ist gleich der Differenz der Produkte von Nr. 1. und Nr. 2. da sie vorher gleich war der Differenz der Produkte von Nr. 1. und Nr. 3. — Da die Population

---

Kategorie zu stehen. Die Fähigkeiten des Menschen, seine Muskelkraft und selbst die Kraft seiner Intelligenz, sind sie nicht eine unentgeltliche Gabe der Natur, gleich; den Kräften des Bodens?

Wenn Hr. *Ricardo* behauptete, dass die Nachfrage nach den Boden-Erzeugnissen immer in gleichem Verhältnis zu den produktiven Kräften des Bodens stehe, nämlich zu der Quantität von Produkten, welche jeder Boden, der gute, wie der schlechte, liefern kann; so würde ich antworten, dass mir davon der Grund nicht einleuchte. Die Verhältnisse eines Landes können von der Art sein; dass der notwendig beschränkte Boden= Ertrag stets einen Monopol-Preis hat, der den Eigentümern, auch des schlechtesten Bodens, doch eine Bodenrente sichert. Kapitale können sich nicht nach dieser Produktion hinziehen und sie über die Grenzen hinaus, die der Flächeninhalt des Landes und die Fruchtbarkeit des Bodens setzen, vervielfachen; und angenommen selbst, der Handel mit dem Auslande sei ein Ergänzungs-Mittel inländischer Produktion; so müsste doch in jedem Falle dem auswärtigen Eigentümer eine Bodenrente gezahlt werden (der eben so wenig, wie der inländische die Benutzung seines Bodens umsonst zu erlauben, geneigt sein möchte) ohne noch der Unkosten und des Risikos beim auswärtigen Handel zu gedenken. Endlich lehrt uns die Erfahrung, dass in bevölkerten und produktiven Ländern der schlechteste Boden, von dem Augenblick an, wo er kultiviert wird, immer einigen Pacht kostet und folglich eine Bodenrente abwirft. J. B. S.

dieselbe bleibt und nicht steigt, so kann keine Nachfrage nach einer größeren Quantität Getreide entstehen. Das Kapital und die Arbeit, welche früher auf Nr. 3. verwendet wurde, werden nun auf die Produktion anderer, der Gesellschaft nützlicher Dinge verwendet und können zum Steigen der Bodenrente nichts beitragen, bis der Fall eintritt, dass die rohen Produkte, aus denen letztere bereitet werden, nur mit einer minder vorteilhaften Anlegung des Kapitals auf Bodenkultur erlangt werden [74] können; in diesem Fall muss Nr. 3. wieder in Kultur genommen werden. –

Es ist außer allem Zweifel, dass das Sinken des relativen Preises der Bodenprodukte in Folge eingetretener Verbesserungen im Ackerbau, oder vielmehr, weil weniger Arbeit zu ihrer Produktion jetzt erforderlich ist, ganz natürlich zu immer stärkeren Kapital-Anhäufungen führen muss, denn der Kapital-Gewinn muss bedeutend zugenommen haben. Diese Kapital-Anhäufung muss eine vermehrte Nachfrage nach Arbeitern, Steigen des Arbeitslohnes und Vermehrung der Population mit sich bringen; die Nachfrage nach den Bodenerzeugnissen, so wie die Bodenkultur wird zunehmen. Aber erst, nachdem die Population gewachsen ist, wird die Bodenrente bis auf ihren alten Standpunkt in die Höhe gehen, und zwar, wenn der Boden dritter Qualität wiederum in Kultur genommen wird. Lange Zeit wird freilich hingehen, ehe sich die Bodenrente von ihrem niedrigen Standpunkt wieder erhebt.

Der Verbesserungen im Ackerbau sind zweierlei: solche, welche die produktiven Kräfte des Bodens vermehren, und solche, welche uns in den Stand setzen, die Produkte des Bodens mit weniger Arbeit zu bekommen. Beide führen zu einem Sinken des Preises der Bodenprodukte, beide wirken nachteilig auf die Bodenrente, aber nicht auf gleiche Weise. Bewirkten sie nicht ein Sinken im Preise der Acker-Erzeugnisse, so wären sie keine Verbesserungen; denn die wesentliche Eigen- [75] schaft einer Verbesserung besteht in Verminderung der Quantität Arbeit, die zur Produktion einer Sache erforderlich ist und eine solche Verminderung kann, ohne dass der relative Wert des Produktes sinkt, nicht stattfinden.

Verbesserungen, welche die produktiven Kräfte des Bodens vermehren, sind z. B. zweckmäßige Wechselwirtschaft der Früchte, eine bessere Benutzung des Düngers etc. Solcherlei Verbesserungen bewirken, dass man die nämliche Quantität Produkte von einer kleineren Bodenfläche erntet. Wenn ich z. B. durch Anpflanzen von Rüben zugleich meine Schafe ernähren kann und auch eine Getreideernte erhalte, so ist mir nun das Land, welches zuvor meine Schafe ernährte, unnötig, und ich erhalte die nämliche Quantität Boden-Erzeugnisse auf einer weit geringeren Bodenfläche. Wenn ich ein Düngemittel entdecke, wodurch das nämliche Land um 20 prC. ertragreicher wird, so kann ich wenigstens einen Teil meines Kapitals dem weniger ertragreichen Boden meines Pachtlandes entziehen. Es ist aber zum Sinken der Renten, wie ich schon früher bemerkt habe, nicht durchaus nötig, dass Boden der Kultur entzogen werde; dies wird schon hinlänglich dadurch erreicht, wenn nach und nach immer mehr Kapitale auf den nämlichen Boden mit verschiedenem Erfolg verwendet werden, indem die Summe, welche den geringsten Gewinn gibt, eingezogen wird. Wenn, durch die Einführung der Rüben-Kultur, oder durch Anwendung eines besseren Düngers, man die nämliche Quantität Produkte mit [76] einem geringeren Kapital, und ohne die Differenz der produktiven Kräfte der nach und nach angelegten Kapitale zu verändern, erzielen kann; so muss die Bodenrente sinken; denn das Kapital, welches am produktivsten angelegt ist, wird den Maßstab für die anderen abgeben. Wenn z. B. die nach und nach angelegten Kapitale 100, 90, 80 und 70 ertragen, so winde die, während der Anwendung dieser 4 Kapitale zu bezahlende, Bodenrente 60 betragen oder die ganze Differenz von

## Von der Bodenrente

---

70 und 100	= 30	während der ganze Ertrag 340 sein	100
70 und 90	= 20	würde, nämlich:	90
70 und 80	= <u>10</u>		<u>80</u>
	60		70

Solange ich diese Kapitale angelegt habe, wird die Bodenrente immer dieselbe bleiben, wenn auch der Ertrag eines jeden sich um das Gleiche vermehren sollte. Wenn von 100, 90, 80, 70 der Ertrag auf 125, 115, 105, 95 steigt, so bleibt darum doch die Bodenrente nur 60, oder die Differenz von

95 und 125	= 30	während der ganze Ertrag 440 sein	120
95 und 115	= 20	würde, nämlich:	115
95 und 105	= <u>10</u>		<u>95</u>
	60		440

Wenn sich aber eine solche Vermehrung der Produkte, ohne dass zugleich die Nachfrage zunimmt, ereignet, so ist kein Grund vorhanden, warum man noch ferner so viel Kapital auf den Boden verwenden sollte; das letzte wird eingezogen werden und da nun das [77] letzte, statt 95, 105 erträgt, so muss die Rente bis auf 30 sinken; denn die Differenz von

105 und 125	= 20	während der Ertrag immer für	125
105 und 115	= <u>10</u>	die Bedürfnisse der Population	115
	30	ausreichend sein wird; denn er ist	<u>105</u>
		=	345

und die Nachfrage nur = 340 Maß.

Aber es gibt Verbesserungen, welche den relativen Wert der Produkte verringern, ohne zu gleicher Zeit das Sinken der *Bodenrente in Getreide* zu bewirken, ob sie gleich bei der *Bodenrente in Geld* diese Wirkung haben. Dergleichen Verbesserungen tragen nichts zur Vermehrung der produktiven Kräfte des Bodens bei sondern setzen uns nur in den Stand, die Produkte desselben mit weniger Arbeit zu erhalten; sie beziehen sich mehr auf den Bestand des hierzu angelegten Kapitals als auf die Kultur des Bodens selbst. Verbesserungen der Ackerbau-Instrumente, wie z. B. Pflug- und Dreschmaschinen, Ersparnis in der Zahl der Ackerpferde und bessere Kenntnis der Vieh-Arzneikunst gehören alle in diese Kategorie. Weniger Kapital, was hier gleichbedeutend ist mit „weniger Arbeit wird nun auf den Boden verwendet; aber um noch das nämliche Quantum von Produkten zu erhalten, muss man noch eben so viel Bodenfläche bebauen. Um zu erfahren, ob Verbesserungen dieser Art Einfluss auf die Getreide-Bodenrente haben, muss man untersuchen, ob die Differenz in den Produkten, die man durch Anlegung [78] verschiedener Kapitale erhalten hat, *vermehrt worden, stetig geblieben, oder vermindert worden* ist. Wenn man vier Kapitale von 50, 60, 70 und 80 anlegt, jedes das nämliche Resultat gibt und irgendeine, auf den Bestand des Kapitals Bezug habende, Verbesserung eintritt, so ist man vielleicht nun im Stande, von jedem 5 wegzunehmen, so dass 45, 55, 65 und 75 übrigbleiben; in diesem Fall wird die Getreide-Bodenrente keine Veränderung erleiden. Wären aber die Verbesserungen von der

Art, dass man das größte Kapital, welches mit dem verhältnismäßig geringsten Erfolg angelegt wurde, ganz ersparen könnte, so würde dies unmittelbar ein Sinken der Getreide-Bodenrente zur Folge haben, weil die Differenz des am einträglichsten und des weniger einträglich angelegten Kapitals verringert würde; und diese Differenz ist es, welche die Bodenrente ausmacht.

Ohne hier die Beispiele noch zu vervielfältigen, hoffe ich hinlänglich dargetan zu haben; dass Alles, was die Ungleichheit der, durch die auf dem nämlichen, oder frischem Boden nach und nach angelegten Kapitale erhaltenen, Produkte vermindert, zum Fallen der Rente, hingegen Alles, was diese Ungleichheit vermehrt, zum Steigen derselben beiträgt.

Wenn wir von der Bodenrente des Grund-Eigentümers sprachen, so haben wir letztere nur in ihrem Verhältnis zum Total-Ertrag betrachtet, ohne im mindesten auf den Tauschwert der Produkte Rücksicht ge- [79] nommen zu haben; aber da die nämliche Ursache, die Schwierigkeit der Produktion, den Tauschwert der Boden-Erzeugnisse vermehrt und zugleich das Verhältnis der, dem Grund-Eigentümer als Bodenrente gezahlten, Produkte vergrößert; so ist es einleuchtend, dass dieser durch die Schwierigkeit der Produktion doppelt gewinnt. Erstlich erhält er eine größere Quantität, und zweitens haben die Produkte, in denen er bezahlt wird, einen größeren Wert<sup>19</sup>.

---

<sup>19</sup> Um dies noch ganz klarzumachen, und um die Verhältnisse zu zeigen, in welchen die Getreide- und Geld-Bodenrente voneinander abweichen, wollen wir annehmen, dass die Arbeit von 10 Menschen auf einem Boden von einer gegebenen Qualität 180 Maß Getreide à 4 Pfd. Stlg. = 720 Pfd. einbringe, und dass die Arbeit von noch 10 Menschen, auf dem nämlichen oder andern Boden, nur 170 Maß noch einbringe: so würde das Getreide von 4 Pfd. auf 4 Pfd., 4 Sch. 8 P. steigen; denn  $170 : 180 = 4 \text{ Pfd.} : 4 \text{ Pfd., } 4 \text{ Sch., } 8 \text{ P.}$ , oder, mit anderen Worten, da die Produktion von 170 Maß in dem einen Fall die Arbeit von 10 Menschen nötig macht, während in dem andern Fall 9,44 ausreichen, so wird das Steigen sein, wie  $9,44 : 10$ , oder wie  $4 \text{ Pfd.} : 4 \text{ Pfd., } 4 \text{ Sch., } 8 \text{ P.}$  Stelle man noch 10 Arbeiter an, und der Ertrag wäre

160, so würde der Preis steigen auf 4 Pfd., 10 Sch., – P.

150, so würde der Preis steigen auf 4 Pfd., 16 Sch., – P.

140, so würde der Preis steigen auf 5 Pfd., 2 Sch., 10 P.

Wenn keine Bodenrente für den Boden bezahlt wurde, der 180 Maß Ertrag hat, so lange das Maß 4 Pf. galt; so müssen, sobald auf anderem Boden nur 170 Maß geerntet werden, die dann, à 4 Pfd, 4 Sch., 8 P., 42 Pfd., 7 Sch., 6 P. kosten, 10 Maß Bodenrente bezahlt werden, und

20	Maß, wenn der Ertrag ist	160		4 Pf. 10 Sch. – P.	einbringen würden	90 Pf. – Sch. – P.
30		150	die zu	4 Pf. 16 Sch. – P.		144 Pf. – Sch. – P.
40		140		5 Pf. 2 Sch. 10 P.		205 Pf. 13 Sch. 4 P.

Die Getreide- Bodenrente würde also wachsen im Verhältnis zu	100	und die Geld- Bodenrente im Verhältnis zu	100
	200		212
	300		340
	400		485

(Anmerkung Ricardos.)

[80]

## Drittes Kapitel.

### Von der Bergwerksrente.

Die Metalle werden, gleich andern Dingen, durch Arbeit erhalten; die Natur erzeugt sie zwar, aber der Arbeit des Menschen bedarf es, um sie aus dem Schoße der Erde hervorzuheben und zu unserm Gebrauche zuzubereiten.

Die Bergwerke bezahlen im Allgemeinen, so gut wie der Boden, ihrem Eigentümer eine Rente; eine wie die andere ist Folge, nicht Ursache des hohen Wertes der Produkte.

Wäre ein Überfluss von gleich reichen Erzgängen da, deren Bau sich Jeder zueignen könnte, so würden sie keine Rente tragen; der Wert ihrer Produkte würde einzig von der Quantität Arbeit abhängen, die erforderlich ist, um das Metall zu Tage zu fördern und zu Markte zu bringen.

[82] Aber die Erzgänge sind hinsichtlich ihrer Reichhaltigkeit verschieden und die nämliche Quantität Arbeit gibt bei jedem verschiedene Resultate. Die Metallausbeute des am wenigsten ergiebigen Bergwerks muss doch wenigstens einen Tauschwert besitzen, der nicht allein hinreicht, die Kleider, Lebensmittel und unentbehrlichen Bedürfnisse derer zu bezahlen, welche daran arbeiten, oder das Metall zu Markte bringen, sondern auch dem die gebräuchlichen Zinsen zu zahlen, der das zur Unternehmung erforderlichen Kapital vorgeschossen hat. Der Ertrag des ärmsten Bergwerkes, das dem Eigentümer keine Rente einbringt, dient zur Bestimmung der Renten aller übrigen einträglicheren Bergwerke. Man nimmt an, dass dieses Bergwerk bloß die gebräuchlichen Zinsen des Kapital-Vorschusses abwerfe; Alles, was die andern Bergwerke mehr eintragen, muss notwendig dem Eigentümer als Rente bezahlt werden. Da dieser Grundsatz gerade der nämliche ist, den wir bereits in Betreff des Bodens auseinander gesetzt haben, so brauchen wir nicht länger dabei zu verweilen.

Es mag hinreichend sein zu bemerken, dass die nämliche allgemeine Regel, welche den Wert der Acker-Erzeugnisse und Manufaktur-Waren bestimmt, auf gleiche Weise auch von den Metallen gilt. Ihr Wert hängt weder von der Größe des Gewinnes, des Arbeitslohnes oder der bezahlten Bergwerksrente ab; sondern von der Summe Arbeit, die erforderlich war, um das Metall zu Tage zu fördern und es zu Markte zu bringen.

[83] Der Wert des Metalls ist gleich jeder andern Sache der Veränderung unterworfen. Es können Verbesserungen der Instrumente und Maschinen, die hier gebraucht werden, eintreten, welche die Arbeit beträchtlich abkürzen; es können neue und reichere Minen entdeckt werden, die mit der nämlichen Arbeit mehr Metall zur Ausbeute geben, oder auch, die Schwierigkeiten des Transports können sich verringern. In allen diesen Fällen wird das Metall im Werte sinken und deshalb gegen eine geringere Quantität anderer Produkte ausgetauscht werden. Auf der andern Seite können die Schwierigkeiten des Bergbaues zunehmen, entweder, weil man die Erzgänge immer tiefer verfolgen muss, oder weil unterirdische Wasser oder irgendein anderer eintretender Umstand überwunden werden muss: dann wird der Wert des Metalls im Verhältnis zu andern Produkten bedeutend steigen.

Es ist deshalb mit Grund bemerkt worden, dass die Gold- und Silbermünzen, so genau sie auch übrigens nach dem bestehenden Prägefuß eines Landes geschlagen sein mögen, immer

Veränderungen ihres Wertes ausgesetzt sind, und nicht bloß den zufälligen und vorübergehenden, sondern auch, so wie alle anderen Dinge, den im bedingten Falle immer eintretenden (permanenten) und natürlichen.

Durch die Entdeckung von Amerika und seiner vielen und reichen Erzgänge wurde eine große Veränderung im natürlichen Preise der kostbaren Metalle be- [84] wirkt, und es gibt Viele, die der Meinung sind, dass diese Wirkungen noch nicht ihre Grenze erreicht haben. Es ist indessen wahrscheinlich, dass der Einfluss der Entdeckung Amerikas auf den Preis der Metalle längst aufgehört hat, und wenn seit einigen Jahren die kostbaren Metalle ein Sinken in ihrem Werte erfahren haben, so hat man dasselbe vielmehr den Verbesserungen und Fortschritten zuzuschreiben, die seit der Zeit in dem Bergbau Platz gegriffen haben<sup>20</sup>.

---

<sup>20</sup> Wenn von der Quantität industrieller Arbeit, die man zur Erlangung der kostbaren Metalle bedarf, allein der Wert derselben abhinge, so würde er, anstatt abzunehmen, wie es seit zwei hundert Jahren der Fall gewesen, vielmehr zugenommen haben; denn die Bergbaukosten haben sich in dem Verhältnisse vermehrt, als die Minen immer tiefer verfolgt werden mussten. Aber mit dem Steigen des Aufwandes vermehrte sich auch der Vorrat, und überstieg sogar die Nachfrage. Seitdem kam der Spanische Hof in die Notwendigkeit, seine Rechte, die einen Teil der Bergwerksrente ausmachen, zum Teil schwinden lassen zu müssen; die Bergwerks-Eigentümer mussten ebenso vom andern Teil, der ihre Boden- oder Bergwerksrente ausmacht, ablassen.

Man muss deshalb immer auf den einzigen Maßstab des Preises zurückkommen: auf *das Verhältnis zwischen Vorrat und Nachfrage*; darauf muss man also sein Augenmerk richten, was das quantitative Verhältnis zwischen Vorrat und Nachfrage ändert, weil dieses allein auf den Preis Einfluss hat. Kapital-Gewinn und Bodenrente sind dem nämlichen Gesetze unterworfen.

Wenn der Überfluss von gewissen Produkten nicht ein Sinken im Werte derselben bewirkte, wenn bloß die Verminderung der zu ihrer Produktion erforderlichen Quantität Arbeit dies im Stande sein soll; so würde das Geld noch eben so viel Wert haben, als vor der Entdeckung von *Amerika*, und die Quantität Getreide, die man jetzt mit 4 Unzen Silber kauft, würde nur eine einzige kosten, wie im 15ten Jahrhundert, oder höchstens etwas weniges mehr; denn es ist nicht wahrscheinlich, dass der Bergbau seit der Zeit solche Fortschritte gemacht habe, dass man mit der nämlichen Quantität Arbeit jetzt 4 Unzen zu Tage fördern sollte, die sonst nur eine Unze gab.

Hier passt ganz her, was ich schon bei Gelegenheit der Bodenrente gesagt habe. Der Bergwerks-Eigentümer, wie jeder andere Grund-Eigentümer, übt eine Art von Monopol aus, was ihn in den Stand setzt, den Wert seiner Produkte immer so hoch zu halten, dass er Arbeitslohn und die Zinsen des Betriebs-Kapitals reichlich damit bestreiten kann. Dieser Monopolpreis sinkt durch die Konkurrenz, kann aber meines Erachtens nie so tief sinken, dass er gar keinen Gewinn übrigließe. Denn wenn der Bergwerks-Eigentümer keine Rente mehr aus seinen Minen ziehen könnte, so würde er sie weder verpachten noch fortfahren selbst zu bearbeiten. Dadurch würde der Vorrat dieser Produkte vermindert und somit ein Steigen bis zu dem Punkte bewirkt werden, wo der Grund-Eigentümer wieder Renten beziehen könnte.

Auf der anderen Seite muss ich indessen zugeben, – was die Meinung des Hrn. Ricardos wieder unterstützt – dass die großen, auf die Bearbeitung der Bergwerke angelegten Kapitale ein Beweggrund sind, ihre Bearbeitung fortzusetzen, selbst wenn nur noch die Kapital-Interessen, und sogar diese nicht vollkommen gewonnen werden; denn meistens kann man die so angelegten Kapitale nicht wegziehen, um sie auf andere Weise zu benutzen, ohne den größeren Teil ihres Wertes einzubüßen; man lässt sie deshalb fortwirken, ungeachtet sie weniger als in jeder andern Unternehmung einbringen, um nur das Wenige, was sie noch abwerfen, nicht ganz zu verlieren.

Die kostbaren Metalle, aus denen man teils Geld schlägt, teils mancherlei andere Gegenstände des Luxus verfertigt, müssen immer mehr gesucht werden, je mehr sich die Zivilisation verbreitet und die Nationen an Population und Reichtum zunehmen, weil dann immer mehr Tausch durch das Medium des Geldes eintritt und auch der Gebrauch goldener und silberner Geräte ausgebreiteter wird. Wenn, wie es vorauszusehen ist, die Zivilisation in ganz *Amerika* Platz gegriffen haben wird, dieser ungeheure Kontinent, einst aus lauter unabhängigen Staaten bestehend, mit Manufakturisten, Ökonomen und Kaufleuten bevölkert und dadurch reich werden wird; wenn *Europa* zu gleicher Zeit, wie wir es hoffen wollen, bei immer fortschreitender Aufklärung endlich von den Fesseln frei wird, die seine Industrie noch an vielen Punkten zu ersticken drohen; so wird der Reichtum in einem Grade zunehmen, der Alles übertrifft, was in den letzten 3 Jahrhunderten, so groß es auch sei, in dieser Hinsicht geschehen ist. Wenn nun aus diesen Gründen eine größere Nachfrage nach den kostbaren Metallen entsteht, so kann es sich ereignen, dass die Rente der Bergwerks-Besitzer, die bis jetzt immer mehr abgenommen hat, von Neuem ins Steigen kommt. Auf der andern Seite kann auch der Fall eintreten, dass teils durch Entdeckung neuer Erzgänge, teils durch Verbesserungen im Bergwerksbau die in Zirkulation befindliche

[85] Welche aber auch die Ursachen gewesen sein mögen, die hierbei gewirkt haben, so ist doch die Wirkung [86] so langsam und allmählich gewesen, dass man daraus, dass man Gold und Silber als allgemeines Medium [87] und Wertmesser aller andern Dinge angenommen hat, sehr geringe Unbequemlichkeit empfunden hat. Obgleich [88] sie unleugbar ein veränderlicher Maßstab des Wertes sind, so sind sie doch vielleicht unter allen andern Dingen am wenigsten der Veränderung unterworfen. Diesem und den andern Vorzügen, welche die edlen Metalle besitzen, wie z. B. Härte, Hämmerbarkeit, Teilbarkeit etc. ist es zuzuschreiben, dass man ihrer in allen zivilisierten Ländern vorzugsweise als Münze sich bedient. Nachdem wir nun gesehen haben, dass Gold, und Silber ein unvollkommener Wertmesser ist, wegen der mehreren oder weniger Arbeit, die unter verschiedenen Umständen zu ihrer Erlangung erfordert wird, wollen wir alle diese Unvollkommenheiten uns einmal hinwegdenken und annehmen, dass man mit gleicher Quantität Arbeit zu allen Zeiten eine gleiche Quantität Metall aus einem Bergwerk erhalten könne, welches keine Rente zahlt. Das Gold würde dann einen unveränderlichen Maßstab des Wertes abgeben. Seine Quantität würde zwar mit der Nachfrage nach demselben wachsen, aber sein Wert unveränderlich bleiben und es daher einen ganz vorzüglich sich eignenden Maßstab für den veränderlichen Wert aller Dinge abgeben. Ich habe schon in einem früheren Kapitel das Gold als unveränderlich angenommen und werde auch in dem folgenden Kapitel von dieser Voraussetzung ausgehen. Wenn ich also von veränderlichem Wert spreche, so ist dies immer nur vom Wert anderer Tauschgegenstände (Waren) zu

---

Quantität edler Metalle so rasch zunimmt, dass selbst die stets wachsende Nachfrage dagegen noch immer zurück bleibt. Dann müssen die Bergwerksrenten wieder sinken.

Diesen Fall wird man nicht für unwahrscheinlich halten, wenn man bedenkt, dass, nach Angabe des Hr. *von Humboldt*, seit Anfang des 16. Jahrhunderts, bis zu Ende des 18., die jährliche Quantität edler Metalle, die aus *Amerika* nach *Europa* geflossen ist, sich nach und nach von 3 Millionen Piaster bis auf 35,300,000 Piaster vermehrt hat, dergestalt, dass jetzt jedes Jahr eine zehnfach größere Quantität Gold und Silber zu Tage fördert, als in den Jahren, die auf die Entdeckung von *Amerika* folgten. Der nämliche Reisende ist der Meinung, dass die Erzlager in der Kette der Anden, die bis jetzt noch unberührt geblieben sind, von solcher Bedeutenheit sind, dass man kaum erst angefangen habe, aus dieser unerschöpflichen Quelle des Reichtums, den die neue Welt in sich schließt, zu schöpfen.

Von dem Wachstum der Zivilisation und des Reichtums eines Teils und von dem zunehmenden Ertrag der Bergwerke anderen Teils, wird dereinst – unsere Nachkommen werden die Wahrheit dieses Satzes bestätigt, finden – der Wert der edlen Metalle und die Grundrente der Eigentümer abhängen.

Welcher auch dieser Wert sei, dies kann den Nationen einerlei sein. Die Metalle dienen entweder zu Münzen oder zu Gerätschaften. Verfertigt man letztere daraus, so werden sie teuer sein, wenn das Metall, aus dem sie gemacht werden, selten ist, wohlfeil dagegen, wenn es die Menge und überall vorhanden ist. Im letzteren Fall werden solche Geräte weit häufiger daraus verfertigt werden und für Jedermann leichter zu haben sein; dagegen ist aber auch ihre Seltenheit kein Unglück, denn sie sind nicht *von erster*, ja nicht einmal *von zweiter* Notwendigkeit: Schlägt man Münzen daraus, so hat der größere oder geringere Wert des dazu benutzten Metalles weiter keine andere Folge, als dass die Münzen größer oder kleiner werden; übrigens wird in allen Ländern der Wert einer Sache in Münze bestimmt, ohne dass man auf den Wert ihrer Materie, noch auf die Menge, welche die Regierung schlagen lässt, sondern einzig und allein auf den Wert der einzutauschenden Gegenstände Rücksicht nimmt. Wird eine größere Menge Geld geprägt, als man zu den Geschäften bedarf, so verliert diese Menge an reellem Wert und man kauft jetzt eben nicht mehr Waren dafür ein, als vorher für eine geringere Menge. Dies hat ganz herrlich Hr. *David Ricardo* in seinem Werke über das Sinken des Papiergeldes dargetan.

J. B. S.

verstehen, niemals aber vom Geld, als dem Medium, durch welches ihr Wert gemessen wird. —

[89]

## Viertes Kapitel.

### Vom natürlichen und vom laufenden (Markt-) Preis.

Wir haben die Arbeit als die Grundlage des Wertes der Dinge und die verhältnismäßige zur Produktion derselben erforderliche Quantität Arbeit, als die Regel kennen lernen, nach welcher sich die verschiedenen Quantitäten der Dinge bestimmen, welche gegeneinander ausgetauscht werden sollen; dabei haben wir aber nicht geleugnet, dass im laufenden Preis der Dinge einige zufällige und vorübergehende Abweichungen von diesem ersten und natürlichen Preise wahrgenommen werden.

Im gewöhnlichen Lauf der Dinge gibt es keine Sache, die lange Zeit hindurch in gleicher Reichhaltigkeit, und den Bedürfnissen und Wünschen der Menschen genügend, herbeigeschafft werden könnte, und folglich keine, die nicht zufälligen und temporären Veränderungen des Preises unterworfen wäre.

Nur in Folge solcher Veränderungen werden Kapitale genau im Verhältnis zum notwendigen Bedarf, [90] und nicht darüber, auf die Produktion verschiedener Dinge, nach welchen Nachfrage ist, angelegt. Nach dem Steigen oder Fallen des Preises richtet sich auch das Steigen oder Fallen, über oder unter den gewöhnlichen Standpunkt, des Gewinns, und deshalb werden Kapitale in einem einzelnen Geschäft angelegt oder daraus zurückgenommen, je nachdem es die eine oder die andere dieser beiden Veränderungen: erfährt.

Da es jedem frei steht, sein Kapital nach Willkür anzulegen, so ist es ganz natürlich, dass er es auf die vorteilhafteste Weise anzulegen sucht: Er wird sich nicht mit 10 pCt. Gewinn begnügen, wenn er auf eine andere Weise 15 pCt. erhalten kann. Das rastlose Streben, welches jedem Kapitalisten eigen ist, ein weniger lukratives Geschäft gegen ein gewinnreicheres aufzugeben, führt notwendig ein gleiches Verhältnis im Gewinn Aller herbei, oder setzt wenigstens die Verhältnisse des Gewinns in so weit fest, dass die interessierten Parteien jeden Vorteil, den der eine vor dem andern hat, oder zu haben scheint, taxieren und gegenseitig ausgleichen können. Es ist vielleicht sehr schwierig, genau anzugeben, wie diese Veränderung bewirkt wird, und das rührt wahrscheinlich daher, dass ein Manufakturist nie ganz die Bestimmung seines Kapitals verändert und sich nur darauf beschränkt, einen Teil davon einzuziehen. In allen reichen Ländern gibt es eine Anzahl Menschen, welche die Klasse der Kapitalisten ausmachen; sie treiben kein produktives Geschäft, sondern leben von den Interessen ihres Geldes, welches [91] zu Wechselgeschäften, oder zum Verleihen an die industriöse Klasse des Staats benutzt wird. Die Banquiers legen auch einen großen Teil ihrer Kapitalien auf die nämliche Weise an. Die so angelegten Summen bilden ein sehr bedeutendes zirkulierendes Kapital, das in größeren oder kleineren Quantitäten zu allen Arten der Industrie benutzt wird. Es ist vielleicht kein Manufakturist, der, so reich er auch sei, seine Unternehmungen bloß auf den Wirkungskreis seiner eigenen pekuniären Kräfte beschränkt. Es gibt stets einen Teil von diesem, zum Geschäftsbetrieb gebrauchten Kapital, der vermehrt oder vermindert wird, je nachdem die Nachfrage nach den Dingen ist, auf deren Produktion er verwendet wird. Ist große Nachfrage nach Seidenwaren, während die nach Tuch abnimmt, so verwendet der Tuchfabrikant nicht sein Kapital auf Seidenwaren; er zieht vielmehr einige seiner Arbeiter

ein und borgt kein Geld mehr für sein Geschäft von den Banquiers und Kapitalisten; dagegen befindet sich der Seidenfabrikant gerade im entgegengesetzten Verhältnis; er ist genötigt mehr Arbeiter anzustellen und dadurch wächst folglich sein Geldbedürfnis; er borgt daher mehr, und das Kapital geht so von einem Geschäft zum anderen über, ohne dass ein Manufakturist genötigt ist, sein gewöhnliches Geschäft ganz einzustellen. Wenn wir die Märkte großer Städte betrachten, und sehen, wie regelmäßig sie mit allen Sorten inländischer und ausländischer Produkte in erforderlicher Quantität versehen werden, so verschieden auch übrigens die Nachfrage (entweder wegen veränderter Liebhaberei oder ge- [92] wandelter Population) sein mag, und ohne dass häusig ein Überfluss durch zu reichliche Zufuhr oder übertriebene Teuerung durch, im Verhältnis zur Nachfrage, zu schwache Zufuhr, entsteht: so müssen wir gestehen, dass das Prinzip, nach welchem sich das Kapital, nach den jederzeit erforderlichen Verhältnissen, in alle Zweige der Industrie verteilt, mächtiger wirkend ist, als man im Allgemeinen annimmt.

Der Kapitalist, welcher seine Kapitale auf eine vorteilhafte Weise anzulegen sucht, muss ganz natürlich alle die Vorteile, welche ein Geschäft vor einem andern hat, in Berücksichtigung ziehen. Deshalb könnte es kommen, dass ein gewinnreiches Geschäft einem andern nachstehen müsste, was ihm mehr Sicherheit, Reinlichkeit und Bequemlichkeit oder sonst einen reellen oder eingebildeten Vorteil gewährte.

Wenn, in Berücksichtigung dieser Umstände, der Kapitalgewinn von der Art wäre, dass er in einem Geschäft 20, in einem anderen 25 und in einem dritten 30 pCt. betrüge, so würde höchst wahrscheinlich auch fortdauernd die *nämliche* relative Differenz sich zeigen; denn sobald in einem Geschäft durch irgendeine Ursache der Gewinn um 10 pCt. stiege, so würde dieses Steigen nur vorübergehend sein und der Gewinn schnell auf seinen vorigen Standpunkt herabsinken, oder der Gewinn der beiden andern Geschäfte müsste in gleichem Verhältnis steigen.

[93] Angenommen, alle Produkte hielten ihren natürlichen Preis und es wäre demnach auch der Kapitalgewinn in jedem Geschäfte sich gleich, oder differierte nur um so viel, als von den interessierten Parteien ein reeller oder eingebildeter Vorteil, den irgendein Geschäft hat oder nicht hat, angeschlagen würde; ferner angenommen, eine Veränderung in der Mode vermehre die Nachfrage nach seidenen Stoffen und vermindere die nach wollenen: so würde ihr natürlicher Preis immer der nämliche bleiben, denn die zu ihrer Produktion erforderliche Quantität Arbeit hat sich nicht verändert; aber der Marktpreis der Seidenwaren würde steigen und jener der wollenen sinken, und folglich der Gewinn der Seidenfabrikanten sich über dem gewöhnlichen Standpunkt des Gewinns befinden, während derjenige der Wollenfabrikanten unter denselben gesunken ist. Aber nicht allein der Gewinn in diesen beiden Geschäften, sondern auch der Arbeitslohn wird Veränderung erfahren. Inzwischen wird die außerordentliche Nachfrage nach Seidenwaren, mittelst der Kapitale und der Industrie, die der Wollenmanufaktur entzogen und auf die der Seide werden verwendet werden, bald befriedigt sein, und alsdann werden Seiden- und Wollenwaren sich von Neuem ihrem *natürlichen* Preise nähern und beide Arten der Manufaktur nur den gewöhnlichen Gewinn abwerfen.

In dem Streben also, welches jeder Kapitalist hat, sein Kapital von einem weniger gewinnreichen Geschäft wegzuziehen und es auf ein einträglicheres zu verwen- [94] den, liegt der Grund, dass der Marktpreis der Produkte nicht lange bedeutend *über* oder *unter* ihrem natürlichen Preis bleiben kann. Und die Konkurrenz hat die Wirkung auf den Tauschwert der Produkte, dass, nach Abzug des Lohnes für die, zu ihrer Produktion erforderliche, Quantität Arbeit und der übrigen unvermeidlichen Ausgaben, um dem angelegten Kapital den Grad seiner ursprünglichen Wirksamkeit zu verschaffen, der

Überschuss des Wertes der Produkte jeder Art, immer im Verhältnis zum Werte des angelegten Kapitals steht.

Im 7ten Kapitel von *Wealth of Nations* ist alles, was Bezug auf diesen Punkt hat, mit großem Scharfsinn abgehandelt. Nachdem wir nun hinreichend die vorübergehenden Wirkungen haben kennen gelernt, die in verschiedenen Arten der Kapital-Anlegung den Preis der Produkte, des Arbeitslohnes und des Kapital Gewinnes aus zufälligen Ursachen verändern können, ohne irgendeinen Einfluss auf den allgemeinen Preis der Produkte, des Arbeitslohnes oder des Kapital-Gewinnes zu haben, indem diese Wirkungen in allen Zuständen der Gesellschaft sich auf gleiche Weise äußern: so können wir diese Materie nun ganz verlassen und zu den Gesetzen übergehen, welche den natürlichen Preis, den natürlichen Arbeitslohn und den natürlichen Gewinn bestimmen, da diese Gegenstände als Wirkungen erscheinen, die von jenen zufälligen Ursachen ganz unabhängig sind. Wenn ich also vom Tauschwert der Dinge spreche oder von der Fähigkeit, die [95] sie besitzen, für sie andere Dinge zu kaufen, so verstehe ich immer darunter ihren natürlichen Preis, indem ich annehme, dass er nicht durch irgendeine vorübergehende oder zufällige Ursache verringert ist<sup>21</sup>.

---

<sup>21</sup> Die Unterscheidung zwischen *natürlichem Preis* und *Marktpreis* (oder laufendem Preis), die Hr. *Ricardo* nach *Smith* beibehält, erscheint durchaus schimärisch. In der politischen Ökonomie gibt es nur einen Marktpreis. Denn was bemerken wir bei jeder Art von Produktion? a) *Die produktiven Dienste des Bodens*, deren Marktpreis sich, gleich dem Werte jeder andern Sache, nach dem zusammengesetzten Verhältnis des Vorrats dieser Dienste und der Nachfrage nach denselben an jedem Ort, richtet; b) die Dienste, welche die produktiven Kapitale leisten, deren Marktpreis, der Zins, den man dafür zahlen muss, von den nämlichen Umständen abhängt, und c) die Arbeiten jeder Art, deren Marktpreis von den nämlichen Ursachen bestimmt wird.

Wovon hängt nun die Nachfrage nach diesen verschiedenen wirkenden Kräften ab? – Von der Nachfrage nach den Produkten, die sie erzeugen. Und wovon hängt die Nachfrage nach diesen Produkten ab? – Von dem gefühlten Bedürfnis und von der Gebrauchs-Nützlichkeit derselben,

Da man aber ein Produkt nur mittelst eines andern kauft \*), und da das Produkt, mittelst dessen ich kaufe, nicht existieren würde, ohne ähnliche produktive Kräfte, die das Produkt, welches ich gekauft habe, erzeugten, so tauschen die Menschen im Gesellschaftsvereine, genau genommen, [96] bloß die produktiven Dienste, welche der einen Art von Produktion eigentümlich sind, gegen die produktiven Dienste, welche einer andern Art der Produktion eigentümlich sind, je nachdem es ihr Bedürfnis erheischt, um: Es entsteht nun für jede Art, in gewisser Quantität, Vorrat und Nachfrage, woraus der Marktpreis hervorgeht, oder der laufende Preis aller dieser verschiedenen Dienste. Hier gibt es keinen natürlichen Preis, der seinen festen Standpunkt hätte, weil in Allem, was sich auf den Wert bezieht, es überhaupt nichts Festes und Stätiges gibt.

Der Satz aber, für welchen eine Sache nicht verkauft wird, ist nicht ihr Preis, und der Satz, um welchen sie verkauft wird, ist stets ihr Marktpreis.

Alles Übrige ist hypothetisch und von wenig praktischem Gebrauch.

J. B. S.

\*) Das Geld oder die Münze ist ein bloßes Medium, welches nicht in den Händen der Vertragenden bleibt. Das Geld, womit ich ein Produkt bezahle, muss ich erst durch den Verkauf eines andern Produkts erlangen. So verkaufe ich mein Getreide, um Tuch einzukaufen; es ist also eben so viel, als hätte ich Getreide gegen Tuch vertauscht. Das Geld, welches zu diesem Tausch gedient hat, ist weiter gegangen.

[97]

## Fünftes Kapitel

### Vom Arbeitslohn.

Die Arbeit, so wie alle anderen Dinge, die gekauft oder verkauft werden und deren Quantität vermehrt oder vermindert werden kann, hat einen *natürlichen* und einen *Marktpreis*. Der natürliche Preis der Arbeit ist der, welcher die Arbeiter in den Stand setzt, zu subsistieren und ihr Geschlecht fortzupflanzen.

Dass der Arbeiter sich und seine Familie ernähren kann, hängt nicht von der Quantität Geld ab, die er als Arbeitslohn empfängt, sondern von der Quantität Lebensmittel, Bedürfnisse und anderer Dinge, an die er sich gewöhnt hat und die er für seinen Arbeitslohn einkaufen kann. Der natürliche Preis der Arbeit hängt also vom Preise der Lebensmittel, Bedürfnisse usw. ab, die zur Unterhaltung des Arbeiters und seiner Familie erforderlich sind. Ein Steigen oder Fallen im Preise dieser Gegenstände erhöht oder verringert den natürlichen Preis der Arbeit.

[98] Je weiter die Gesellschaft vorwärts schreitet, desto mehr dürfte der natürliche Preis der Arbeit steigen, weil die Lebensmittel, die hauptsächlich den natürlichen Preis mit bestimmen, auch teurer werden, wegen der größeren Schwierigkeit, sie zu produzieren. Die Verbesserungen im Ackerbau, das Entstehen neuer Märkte, von welchen man Lebensmittel beziehen kann, können indessen das Steigen des Preises der Lebensmittel verhindern, ja selbst bewirken, dass ihr natürlicher Preis sinkt. Die nämlichen Ursachen werden eine ähnliche Wirkung auf den natürlichen Preis der Arbeit haben.

Der natürliche Preis aller Dinge, die rohen Produkte und die Arbeit ausgenommen, pflegen in Folge des Wachstums des Nationalreichtums und der Population zu sinken; denn ob gleich eines Teils ihr reeller Wert durch das Steigen des Preises der rohen Produkte, aus denen sie fabriziert werden, sich vermehrt; so ist dies durch die Vervollkommnung der Maschinen, durch eine bessere Teilung und Verteilung der Arbeit und durch die stets wachsende Geschicklichkeit der Produzenten in Wissenschaft und Kunst, mehr als hinreichend ausgeglichen.

Der Marktpreis der Arbeit ist das, was, nach dem Verhältnis des Darbietens zur Nachfrage nach derselben, wirklich für sie gezahlt wird; denn die Arbeit ist teuer, wenn keine Hände zu finden sind, und wohlfeil, wenn ein Überfluss derselben vorhanden ist. Wie groß auch die Abweichung des Marktpreises vom natürlichen Preis der Arbeit sein mag, er pflegt auch hier, wie bei allen anderen Dingen, sich immer wieder letzteren zu nähern.

Wenn der Marktpreis der Arbeit über den natürlichen Preis derselben sich zu erheben beginnt, dann nur kann die Lage des Arbeiters blühen und glücklich werden; er kann in größerer Quantität alle Annehmlichkeiten und Bedürfnisse des Lebens sich verschaffen und folglich eine robuste und zahlreiche Familie erziehen und unterhalten. Wenn aber nun die Zahl der Arbeiter durch wachsende Population — als Folge des hohen Arbeitslohnes — vermehrt worden ist, so sinkt der Arbeitslohn wieder auf seinen natürlichen Preis, und manchmal ist die Wirkung dieser Reaktion von der Art, dass er noch tiefer sinkt.

Wenn der Marktpreis der Arbeit unter dem natürlichen Preis steht, so ist die Lage der Arbeiter sehr bedauernswert, indem ihre Armut sie dann derjenigen Dinge beraubt, die ihnen durch Gewohnheit unentbehrlich geworden sind. Nur dann, wenn durch

Entbehrungen die Zahl der Arbeiter vermindert worden, oder die Nachfrage nach Arbeitern wächst, steigt der Marktpreis der Arbeit wieder bis zu seinem natürlichen Preis, und der Arbeiter kann sich nun wieder die mäßigen Genüsse verschaffen, die der natürliche Preis der Arbeit erlaubt.

Ungeachtet der Arbeitslohn auf seinen natürlichen Preis wieder herabzusinken pflegt, so kann doch der [100] Marktpreis desselben, in einem Staate, welcher der Zivilisation entgegenschreitet, eine gewisse Zeit hindurch sich stets über demselben halten; denn wenn eben der Impuls, der durch eine Kapital-Vermehrung entsteht, die Nachfrage nach Arbeitern vermehrt hat, so kann wiederum eine neue Kapital-Vermehrung die nämliche Wirkung hervorbringen. Geschieht diese Kapital-Vermehrung in bestimmter fortlaufender Folge, so wird das Bedürfnis der Arbeiter dazu dienen, fortdauernd die Population zu befördern.

Das Kapital ist der Teil des National-Reichtums, der zur Produktion angewendet wird; es besteht aus Nahrungsmitteln, Kleidung, Instrumenten und Geräten, Maschinen, rohen Produkten usw., die nötig sind, um der Arbeit Erfolg zu geben.

Das Kapital kann sich zu gleicher Zeit hinsichtlich seiner Quantität und seines Wertes vermehren. Ein Volk kann einen Überschuss von Lebensmitteln und Kleidung haben, zu einer Zeit, wo gerade mehr Arbeit als vorher, um diesen Überschuss zu erlangen, erfordert wird. In diesem Fall hat das Kapital nicht allein an Quantität, sondern auch an Wert zugenommen.

Das Kapital kann an Quantität zunehmen, ohne seinen Wert zu vermehren; es kann selbst zunehmen, während sein Wert im Sinken begriffen ist. Ein Volk kann einen Überschuss von Lebensmitteln und Kleidung besitzen, aber dieser Überschuss rührt vom Gebrauch der Maschinen her, ohne dass eine Vermehrung, ja während sogar eine absolute Verminderung der, zu ihrer Produktion erforderlichen, verhältnismäßigen Quantität stattfindet. Die Quantität des Kapitals kann also vermehrt werden, ohne dass letzteres an Wert gewinnt, sowohl hinsichtlich seines Ganzen als seiner einzelnen Teile.

Im ersten Fall muss der natürliche Preis des Arbeitslohnes, der stets von dem Preise der Lebensmittel, Kleidung und anderer Gegenstände abhängig ist, steigen; im zweiten bleibt er auf seinem Standpunkt oder er muss fallen; aber in einem, wie in dem andern muss der Marktpreis des Arbeitslohnes steigen, denn die Nachfrage nach Arbeitern wird in dem nämlichen Grade steigen, in welchem das Kapital vermehrt wird; je mehr Arbeit vorrätig ist, desto mehr Arbeiter wird man nötig haben.

In beiden Fällen wird der Marktpreis der Arbeit selbst über ihren natürlichen Preis steigen und in beiden sich auch wieder demselben nähern; im ersten Fall werden beide Preise sich früher wieder gleichkommen. Die Lage des Arbeiters wird ein wenig, aber nicht viel besser sein, denn die Teuerung der Lebensmittel und anderer unentbehrlicher Bedürfnisse wird einen großen Teil seines, wenn auch etwas vermehrten Arbeitslohnes wegnehmen. Folglich wird Mangel an Arbeitern oder eine geringe Vermehrung der Population die Wirkung haben, dass der Marktpreis bis zu diesem erhöhten natürlichen Preis der Arbeit herabsinkt.

[102] Im zweiten Fall wird sich die Lage des Arbeiters bedeutend verbessern; er wird einen weit höheren Arbeitslohn bekommen, während er seine und seiner Familie Bedürfnisse für den nämlichen, ja vielleicht für einen weit geringeren Preis kaufen kann; es würde einer großen Zunahme der Population bedürfen, wenn der Marktpreis der Arbeit von Neuem bis zu seinem geringen natürlichen Preise sinken sollte.

Jede Verbesserung also in der Gesellschaft und jede Vermehrung ihres Kapitals hat ein Steigen des Marktpreises der Arbeit zur Folge. Dass derselbe auf dieser Höhe bleibt, hängt

davon ab, dass auch der natürliche Preis der Arbeit mit steigt; und dieses hängt wieder von dem Steigen der natürlichen Preise der Lebensmittel ab, die der Arbeiter für seinen Arbeitslohn kauft.

Man darf aber nicht glauben, dass der natürliche Preis des Arbeitslohnes, selbst wenn man ihn nach Lebensmitteln und anderen Bedürfnissen schätzt, ganz fest und stätig ist. Er verändert sich in einem und demselben Lande zu verschiedenen Zeiten und weicht in verschiedenen Ländern sehr voneinander ab. Dies kommt wesentlich auf die Sitten und Gewohnheiten eines Volkes an. Ein Englischer Arbeiter würde seinen Arbeitslohn unter dem natürlichen Preise glauben und nicht für hinlänglich zum Unterhalt seiner Familie halten, wenn er dadurch nicht in den Stand gesetzt würde, andere Nahrungsmittel, als Kartoffeln zu kaufen, und eine andere Wohnung als eine schmutzige Hütte zu haben, [103] und doch genügt dies den Bewohnern von Ländern, wo das Leben noch wohlfeil ist und wo die Bedürfnisse ebenso mäßig, als leicht zu befriedigen sind. Viele Dinge, die jetzt zum Lebensbedürfnis eines Englischen Bauers gehören, hätte man in den früheren Perioden unserer Geschichte für Gegenstände des Luxus gehalten.

Da die Fortschritte, welche die Gesellschaft macht, stets ein Fallen der Manufaktur-Produkte bewirken, dagegen ein Steigen der rohen Produkte, so entsteht durch die Länge der Zeit ein solches Missverhältnis in ihrem relativen Wert, dass ein Arbeiter in reichen Ländern im Stande ist, wenn er nur eine kleine Quantität seiner Lebensmittel aufwenden will, reichlich alle seine übrigen Bedürfnisse zu befriedigen.

Abgesehen von den Veränderungen, welche der Wert des Geldes erleidet (die notwendig auf den Arbeitslohn Einfluss haben, die wir aber ganz unberücksichtigt lassen, da wir einmal den Wert des Geldes als unveränderlich angenommen haben) so kann der Arbeitslohn nur aus folgenden zwei Ursachen fallen oder steigen:

- 1) durch Vorrat und Mangel an Arbeitern;
- 2) durch den Preis der Lebensmittel, zu deren Ankauf der Arbeiter seinen Arbeitslohn verwendet.

In den verschiedenen Epochen der Gesellschaft geht die Anhäufung von Kapital oder der Mittel, die Arbeit zu bezahlen, mehr oder weniger schnell von statten, und hängt immer von den mehr oder weniger produktiven Kräften der Arbeit ab. Die Arbeit ist in der Regel da am produktivsten, wo es einen Überfluss an fruchtbarem Boden gibt. In solchen Epochen wächst die Kapital-Anhäufung oft so rasch, dass man nicht satt Hände zur Arbeit bekommen kann.

Man hat berechnet, dass unter günstigen Umständen die Population sich in 25 Jahren verdoppeln kann; aber in weit kürzerer Zeit kann, unter den nämlichen günstigen Umständen, das Kapital eines Landes verdoppelt werden. In diesem Fall wird der Arbeitslohn die ganze Zeit hindurch steigen, weil man immer mehr Arbeiter wird brauchen können, als man zu bekommen im Stande ist.

In neuen Ansiedelungen, wo man die Künste und Kenntnisse anderer, im Luxus vorwärts geschrittener Länder einführt, ist es wahrscheinlich, dass die Kapitale weit schneller anwachsen, als die Population, und wenn aus bevölkerteren Ländern dem Mangel an Arbeitern nicht abgeholfen würde, so müsste durch diesen Umstand der Preis der Arbeit beträchtlich steigen. In dem Maße, in welchem diese Ansiedlungen volkreicher werden und man anfängt, Boden geringerer Qualität in Anbau zu nehmen, vermehren sich die Kapitale nicht mehr so schnell; denn dasjenige, was, nachdem die Bedürfnisse der Population befriedigt sind, übrig bleibt, muss notwendig im Verhältnis zur Leichtigkeit der Produktion stehen, nämlich zu der kleinen Anzahl von Personen, deren Arbeit dazu verwendet worden.

Ob es gleich nun [105] wahrscheinlich sein mag, dass unter den günstigsten Umständen die produktive Kraft größer ist, als die Population bedarf, so dürfte das doch nicht lange dauern; denn da der Flächengehalt des Bodens beschränkt und seine Qualität verschieden ist, so wird sich bei jeder neuen Kapital-Anlegung der Ertrag der Produktion vermindern, während die Population immer gleichmäßig fortwächst.

In Ländern, die einen Überfluss an fruchtbarem Boden haben, deren Einwohner aber wegen ihrer Unwissenheit, Trägheit und Barbarei allen Schrecknissen des Mangels und der Hungersnot ausgesetzt sind, und von denen behauptet wird, dass die Population zu groß sei für die möglicher Weise zu erlangenden Subsistenzmittel, muss man auf eine ganz andere Weise Hülfe schaffen, als in Ländern, die schon lange Zeit zivilisiert sind, in welchen die Verringerung des Vorrats der rohen Produkte alle die Übel einer übertriebenen Population herbeiführen würde. Im ersten Fall rührt der Mangel von der Untätigkeit des Volkes her. Um es glücklicher zu machen, darf man es nur zur Arbeit aufmuntern, und indem es dadurch industriöser wird, hat es nichts von der Zunahme der Bevölkerung zu fürchten, denn die produktiven Kräfte werden nicht erschöpft werden. Im anderen Fall vermehrt sich die Population schneller, als das zu ihrer Ernährung erforderliche Kapital. Je mehr die Industrie hier steigt, es sei denn, dass die Population in sehr geringem Grade zunehme, desto größer wird das Übel, da die Produktion auf keinen Fall ausreichend sein kann.

[106] In einigen Staaten *Europas* und in mehreren von Asien, ebenso in mehreren Inseln der Südsee ist das Volk wegen der schlechten Verwaltung oder, wegen seiner Trägheit in einer unglücklichen Lage; es zieht Untätigkeit und Ruhe, deren Folge Mangel und Noth ist, einer mäßigen Arbeits-Anstrengung vor, die ihm in Überfluss Lebensmittel und die übrigen Lebensbedürfnisse sichern würde. Würde sich in diesen Staaten auch die Population vermindern, so würde das Volk darum doch nicht besser daran sein, denn die Produktion würde auch in dem nämlichen Verhältnisse, wo nicht in einem noch größern, abnehmen. Das Mittel zur Abhülfe der unglücklichen Lage, in der sich Polen und Ireland befinden, die ganz ähnlich ist mit der, der Südsee-Inseln, würde darin bestehen, diese Völker zur Arbeit anzureizen, neue Bedürfnisse bei ihnen entstehen zu machen und einen neuen Geschmack bei ihnen einzuführen.

Diese Länder müssen ein weit beträchtlicheres Kapital angehäuft haben, bevor der verminderte Ertrag der Produktion die notwendige Wirkung äußert, dass die Kapitale langsamer zunehmen, als die Population. Die Leichtigkeit, mit welcher der Ireländer seine Bedürfnisse befriedigen kann, erlaubt diesem Volke, den größten Teil seiner Zeit in Untätigkeit hinzubringen. Würde die Bevölkerung Irelands abnehmen, so würde das Übel noch ärger werden, weil der Arbeitslohn dann steigen müsste und der Arbeiter folglich mit noch [107] weniger Arbeit sich Alles verschaffen könnte, was er bedarf, um seine mäßigen Wünsche zu befriedigen.

Man gebe aber dem Ireländischen Bauer den Geschmack für Wohlhabenheit und die Lebensgenüsse, die beim Englischen Bauer aus Gewohnheit zum Bedürfnis geworden sind, und er wird gern einen größern Teil seiner Zeit der Arbeit widmen, um zu dem gewünschten Grad von Wohlhabenheit und Lebensgenuss zu gelangen. Das Band würde dann nicht allein alle die Lebensmittel, welche gegenwärtig erzeugt werden, gewähren, sondern noch einen großen Wertüberschuss an andern Dingen, auf deren Produktion der neue Arbeits-Zuschuss gewendet würde. Gerade in den Ländern, wo die arbeitenden Klassen die wenigsten Bedürfnisse haben und sich mit den wohlfeilsten Lebensmitteln begnügen, ist das Volk dem größten Wechsel und Elend ausgesetzt. Nichts gewährt ihm Schutz gegen die hereinbrechende Noth; es befindet sich schon auf einem so niedrigen Standpunkte, dass es nicht tiefer sinken kann, wenn es in noch größerer Entbehrung und Erniedrigung Hülfe suchen wollte. Wenn sein Haupt-Nahrungsartikel zu mangeln beginnt,

so bleiben ihm wenige andere übrig, zu denen es seine Zuflucht nehmen könnte, und Teuerung hat für dasselbe die nämlichen nachteiligen Folgen, wie Hungersnot.

Im natürlichen fortschreitenden Zustand der Gesellschaft bemerkt man am Arbeitslohn eine Neigung herabzusinken, insoweit er nämlich durch das Verhältnis

108 des Überflusses und des Mangels an Arbeitern schon reguliert ist; denn die Zahl der Arbeiter wächst fortwährend in einer etwas schnelleren Progression, als der Vorrat von Arbeit und die daraus entspringende Nachfrage nach Arbeitern. Wenn z. B. der Arbeitslohn darnach bestimmt wäre, dass das Kapital sich jährlich um 2 pCt. vermehrte, so müsste er fallen, sobald das Kapital sich nur um  $1\frac{1}{2}$  pCt. vermehrte. Noch mehr müsste er sinken, wenn die Kapital-Vermehrung nur 1 pCt. oder gar  $\frac{1}{2}$  pCt. betrüge. Dieses Sinken würde so lange Statt finden, bis das Kapital um nichts mehr zunähme. Der Arbeitslohn würde dann auch einen stehenden Preis bekommen und nur hinreichend sein, die gegenwärtige Population zu erhalten. Wenn der Arbeitslohn bloß nach dem Verhältnis des Überflusses und des Mangels an Arbeitern bestimmt wäre, so würde er unter obigen Umständen sinken; aber man darf nicht vergessen, dass der Preis des Arbeitslohnes auch von dem Preise derjenigen Dinge abhängt, die der Arbeiter dafür kaufen muss.

In dem Maße, wie die Population zunimmt, steigen die Lebensbedürfnisse im Preis, weil mehr Arbeit zu ihrer Produktion erfordert wird. Wenn der in Geld gezahlte Arbeitslohn fällt, während alle anderen Bedürfnisse, die der Arbeiter dafür einzukaufen hat, im Preise steigen, so trifft ihn dies doppelt, und er wird nicht lange existieren können. Deshalb wird auch der in Geld gezahlte Arbeitslohn vielmehr steigen als fallen, aber doch nicht hinlänglich, um den Arbeiter in [109] den Stand zu setzen, so viele nötige und nützliche Dinge dafür bekommen zu können, als es, vorher der Fall war, ehe diese Dinge stiegen. Wenn sein jährlicher Arbeitslohn 24 Pfd. St. betrüge, oder 6 Maß Getreide à 4 Pfd. St., so würde er wahrscheinlich nur den Wert von 5 Maß Getreide bekommen, sobald das Maß 5 Pfd. kosten würde. Diese 5 Maß kosten 25 Pfd.; er bekommt also dem Wert nach mehr Arbeitslohn, ob er gleich dadurch nicht in den Stand gesetzt wird, die nämliche Quantität von Getreide und andern Dingen zu kaufen, die er vorher mit seiner Familie zu verzehren gewohnt war.

Ungeachtet nun der Arbeiter in der Tat schlechter bezahlt wird, so muss doch auf der andern Seite diese Vermehrung seines Arbeitslohnes notwendig den Gewinn des Manufaktur-Eigeners schmälern; denn dieser kann seine Ware nicht teurer verkaufen, obgleich die Kosten der Produktion sich vermehrt haben. Darauf werden wir wieder zurückkommen, wenn wir die Grundsätze untersuchen, nach welchen sich der Gewinn bestimmt.

Es scheint also, dass die nämliche Ursache, welche ein Steigen der Bodenrente bewirkt, nämlich die stets wachsende Schwierigkeit, eine immer größere Quantität Lebensmittel mit der nämlichen Quantität Arbeit zu erlangen, auch den Arbeitslohn in die Höhe treibt. Hätte demnach das Geld einen unveränderlichen Wert, so müsste Bodenrente und Arbeitslohn fortwährend im Verhältnis zum Reichtum und zur Bevölkerung steigen.

[110] Aber zwischen dem Steigen der Bodenrente und dem Steigen des Arbeitslohnes ist ein wesentlicher Unterschied. Das Steigen des Geldwertes der Bodenrente ist stets auch begleitet von einer weit beträchtlicheren Quantität Produkte; denn der Grund-Eigentümer empfängt nicht allein mehr Geld von seinem Pächter, sondern er empfängt auch statt dessen mehr Getreide, und jedes Maß desselben kann er gegen eine größere Quantität solcher andern Dinge vertauschen, die nicht im Werte gestiegen sind. Die Lage des Arbeiters ist weniger vorteilhaft; er empfängt zwar mehr Geld, als Arbeitslohn, aber er kann weniger Getreide dafür einkaufen. Nicht bloß in dieser Hinsicht ist er übler daran, sondern auch in jeder

ändern, denn seine ganze Lage wird dadurch immer schlimmer, dass er den Marktpreis des Arbeitslohnes nicht über dem natürlichen Preise erhalten kann. Wenn der Preis des Getreides um 10 pCt. steigt, so wird der Arbeitslohn immer geringer als um 10 pr.C. steigen, aber die Bodenrente wird um mehr als 10 pCt. in die Höhe gehen. Im Allgemeinen wird die Lage des Arbeiters schlechter, und die des Grund-Eigentümers immer besser werden. Das Maß Getreide soll 4 Pfd. St. kosten und wir wollen annehmen, der jährliche Lohn eines Arbeiters betrage 24 Pfd. St. oder den Wert von 6 Maß Getreide, die eine Hälfte seines Arbeitslohnes verwendete er, um Getreide zu kaufen, und die andere für andere Gegenstände: so würde er bekommen

[111]

24 Pf. 14S. - P	wenn das Getreide kostete	4 Pf. 4S. 3 P	Oder den Wert von	5,8	Maß Getreide
25 Pf. 10S. - P		4 Pf. 10S. - P		5,66	
26 Pf. 8S. -P		4 Pf. 16S. - P		5,50	
26 Pf. 8S. 6 P		5 Pf. 2S. 10 P		5,33	

Mit diesem Arbeitslohn könnte er ebenso gut, aber nicht besser, als vorher leben; denn wenn das Maß Getreide 4 Pfd. Sterl. kostet, so braucht er für 3 Maß  
12 Pfd. St.  
für andere Gegenstände 12 Pfd. St.

tut 24 Pfd. St.

kostet das Maß Getreide 4 Pfd., 4 S., 8 P., so gibt er für seinen Bedarf aus 12 Pfd. 14 S.  
für seine anderen Bedürfnisse, deren Preis sich nicht geändert hat 12  
Pfd. - S.

tut 24 Pfd. 14 S.

Drei Maß Getreide à 4 Pf., 10 S. kosten 13 Pfd., 10 S.  
Seine anderen Bedürfnisse 12 Pfd., - S.

tut 25 Pfd. 10 S.

Drei Maß à 4 Pfd., 16 S. kosten 14 Pfd., 8 S.  
Seine anderen Bedürfnisse 12 Pfd., - S.

tut 26 Pfd., 8 S.

Drei Maß á 5 Pfd., 2 S., 10 P. kosten 15 Pfd., 8 S., 6 P.  
Seine andern Bedürfnisse 12 Pfd., - S., - P.

tut 27 Pfd., 8 S., 6 P.

Im nämlichen Verhältnisse, in welchem das Getreide teurer wird, erhält der Arbeiter eine geringere [112] Quantität Getreide, als Arbeitslohn, aber sein Arbeitslohn in Geld steigt immer, während er, wie schon bemerkt, sich gerade nicht mehr Genüsse, als vorher verschaffen kann. Denn andere Artikel werden im Preise steigen, je nachdem zu ihrer Produktion rohe Produkte erforderlich sind, und er wird sie teurer bezahlen müssen. Tee, Zucker, Seife, Licht und Hausmiete kommen ihm vielleicht nicht teurer zu stehen; aber Speck, Käse, Butter, Leinwand, Schuhwerk und Kleidung dürften ihm desto mehr kosten, und folglich ist, ungeachtet seines vermehrten Arbeitslohnes, seine Lage verhältnismäßig schlimmer geworden. Man könnte mir einwenden, dass ich stets die Wirkungen des

Arbeitslohnes auf die Preise, von der Voraussetzung ausgehend betrachte, dass Gold und die Metalle, aus denen Geld geprägt wird, das Produkt eines Landes sind, in welchem auch Veränderung im Arbeitslohne stattfindet, und dass die Folgerungen, die ich daraus ziehe, nicht auf die gegenwärtige Lage der Dinge passen, weil das Gold ein Metall ist, was wir aus der Fremde beziehen. Aber der Umstand, dass das Gold ein Produkt der Fremde ist, entkräftet die Wahrheit meines Argumentes nicht; denn man kann dartun, dass die Wirkungen, mag es zu Hause gefunden oder aus dem Ausland eingebracht werden, zuletzt und unmittelbar die nämlichen sind.

Das Steigen des Arbeitslohnes folgt in der Regel immer daraus, dass der Reichtum und die Kapitale sich vermehrt haben und dass deshalb Nachfrage [113] nach Arbeit entsteht, womit notwendig eine immer steigende Produktion verbunden ist. Um dieses Additional-Quantum von Produkten in Zirkulation zu setzen selbst um den alten Preis, ist nun auch mehr Geld erforderlich, mehr von dem aus der Fremde gezogenen Metall, aus welchem das Geld geschlagen wird, was man durchaus nicht anders, als durch Einfuhr erhalten kann. Sobald die Nachfrage nach irgendeinem Artikel größer wird, so steigt der relative Wert desselben im Verhältnis zu andern Dingen, gegen welche man ihn kauft. Stiege z. B. die Nachfrage nach Hüten, so würde ihr Preis in die Höhe gehen und man würde mehr Gold dagegen geben. Bedürfte man mehr Gold, so würde das Gold steigen und die Hüte würden im Preise fallen, da nun eine größere Quantität Hüte erforderlich sein würde, um die nämliche Quantität Gold zu bekommen. In dem angenommenen Fall also zu sagen, dass die Produkte gestiegen sind, weil der Arbeitslohn in die Höhe gegangen ist; wäre ein offener Widerspruch; denn ich habe erst gesagt, dass der relative Wert des Goldes in Folge der vermehrten Nachfrage steige, und sodann; dass sein relativer Wert falle, weil die Preise der Dinge in die Höhe gehen – zwei Wirkungen, die durchaus unverträglich mit einander sind. Wenn man sagt, die Dinge sind im Preise gestiegen, so ist das eben so viel, als wenn man sagt: der relative Wert des Geldes ist gefallen; denn gerade die Dinge sind es ja, die dazu dienen, den relativen Preis des Goldes zu schätzen. Stiege der Preis aller Dinge, so würde aus dem Ausland kein Gold kommen, [114] um diese teuren Dinge zu kaufen, im Gegenteil das Gold des Inlandes würde in's Ausland wandern, um vorteilhafter damit die verhältnismäßig wohlfeilern Dinge des Auslandes zu kaufen. Es scheint also nicht, dass das Steigen des Arbeitslohnes ein Steigen im Preise der Dinge bewirken könne, mögen die Metalle, aus denen das Geld geschlagen wird, ein Produkt des Auslandes oder des Inlandes sein. Alle Dinge können nicht zugleich steigen, ohne dass nicht zugleich die Quantität des Geldes vermehrt ist.

Diese Vermehrung würde man, wie ich schon gezeigt, eben so wenig vom Inlande, als vom Auslande erhalten können. Um eine größere Menge Gold vom Auslande kaufen zu können, müssen die Dinge des Inlandes wohlfeil, nicht teuer sein. Einfuhr des Goldes und ein Steigen des Preises aller National-Produkte, mittelst welcher man das Gold erhält oder kauft, sind absolut unverträgliche Wirkungen. Der ausgebreitete Gebrauch des Papiergeldes verändert nichts in dieser Sache, denn das Papiergeld richtet sich, oder soll sich richten, nach dem Wert des Goldes und steht folglich unter dem Einfluss der nämlichen Ursachen, welche auf den Wert dieses Metalles wirksam sich äußern.

Dies sind also die Gesetze, nach welchen der Arbeitslohn sich bestimmt und von welchen das Wohlbefinden des größten Teiles in jedem Staate abhängt. Gleich jedem andern Kontrakt sollte der Arbeitslohn der freien, ungehinderten Konkurrenz des Marktes überlassen [115] bleiben und durchaus nicht durch irgendeine Einmischung der Behörden in legislativer Hinsicht kontrolliert und gehemmt werden.

Die gerade und offene Tendenz der Englischen Armengesetze ist in völliger Opposition mit diesen einleuchtenden Grundsätzen. Statt dass diese Gesetze die wohlwollende Absicht des

Gesetzgebers, dadurch die Lage der Armen zu verbessern, beurkunden sollten, haben sie keinen andern Erfolg, als dass sie auf Arme und Reiche gleich nachteilig wirken. Statt den Armen reich zu machen, sind sie vielmehr darauf berechnet, den Reichen arm zu machen. So lange die jetzigen Armengesetze in Kraft sind, müssen der natürlichen Ordnung der Dinge zufolge, die für die Unterstützung der Armen bestimmten Fonds fortschreitend wachsen, bis sie den ganzen reinen Ertrag des Landes wegnehmen, oder wenigstens Alles, was die Regierung uns übrig lässt, nachdem ihren unaufhörlichen Anforderungen für die öffentlichen Ausgaben eine Genüge geleistet ist<sup>22</sup>.

[116] Die unheilbringende Tendenz dieser Gesetze ist kein Geheimnis mehr, seitdem sie durch die geschickte Feder des Hrn. *Malthus* enthüllt worden ist, und alle Freunde der Armen müssen sehnlichst die Aufhebung dieser Gesetze wünschen. Leider bestehen sie schon seit so langer Zeit und die Armen haben sich gewissermaßen so an dieselben gewöhnt, dass es große Vorsicht und Behutsamkeit erfordern wird, um sie, ohne Gefahr für unser politisches System, auszurotten. Selbst Männer, welche für die Aufhebung derselben entschieden sind, pflichten doch der Meinung bei dass dies nur langsam und allmählich bewirkt werden müsse, wenn man nicht diejenigen, zu deren Gunsten sie, freilich mit mangelndem Erfolge, gegeben sind, in noch größeres Elend stürzen wolle.

Es ist eine Wahrheit, die keinem Zweifel unterliegt, dass der Wohlstand und das Wohlbefinden der Armen durchaus nicht für die Dauer gesichert werden kann, wenn sie nicht selbst zugleich mit der Gesetzgebung dahin streben, dem Anwachsen ihrer Zahl durch Beschränkung der häufigen Heiraten zu junger und unvorsichtiger Individuen Hindernisse in den Weg zu legen. Das in diesem Teil der Gesetzgebung bisher befolgte System hat gerade die entgegengesetzte Wirkung gehabt. Es hat jedes Hindernis vielmehr aus dem Wege geräumt und die unvorsichtige Jugend zum Heiraten verleitet, indem es ihr einen Teil der Unterstützungen angedeihen ließ, auf die bloß Vorsicht und Industrie Ansprüche hätten haben sollen.

[117] Die Natur des Übels weist auf das Heilmittel hin. Indem man nach und nach den Wirkungskreis der Armengesetze verengt, die Armen den Wert der Unabhängigkeit empfinden lehrt, ihnen zeigt, dass sie nicht mehr auf die Unterstützung einer systematischen oder zufälligen Wohltätigkeit rechnen dürfen, und dass sie keine andere Hilfsquelle als ihre Arbeit besitzen, indem man ihnen klar macht, dass Klugheit notwendig und Vorsicht nützlich ist, wird man stufenweise einen stetigern und heilsamern Zustand der Dinge herbeiführen<sup>23</sup>. -

Eine Modifikation der Armengesetze, die nicht die gänzliche Abschaffung derselben zum Endzweck hat, verdient gar keine Aufmerksamkeit; und derjenige würde sich als den besten

---

<sup>22</sup> Wenn Hr. *Buchanan* in folgender Stelle nur einen vorübergehenden Zustand des Elendes vor Augen gehabt hat, so bin ich ganz seiner Meinung. — „Das Schlimme der Lage des Arbeiters ist die Armut, die von Teuerung der Lebensmittel oder Mangel an Arbeit herrührt; in allen Staaten hat man unzählige Gesetze zur Unterstützung der Armen gegeben, aber es gibt im Gesellschaftszustand Übel, welche keine Gesetzgebung heilen kann; es ist daher gut zu wissen, wie weit ihre Grenzen sich erstrecken dürfen, damit man nicht das Gute, welches in unsern Kräften zu erreichen steht, ganz verliert, indem man nach dem zielt, was unerreichbar ist.“ *Buchanan* S. 61.

<sup>23</sup> Diese Ansichten eines aufgeklärten Menschenfreundes machen es einleuchtend, wie wenig Fürsten für ihre wohlwollenden Absichten das entsprechende Mittel gewählt haben, wenn sie z. B. frohe Ereignisse durch die eheliche Zusammengehung mehrerer Armen feiern. Weit zweckgemäßer würden sie handeln, wenn sie statt dessen die Vervielfachung der Subsistenzmittel erleichterten, nämlich indem sie die Hindernisse der Industrie wegräumten, keine Anleihen erhöhen, damit die Kapitale nicht der Betriebsamkeit entzogen würden, die Auflagen verringerten, welche die Produkte verteuern und dem Armen das Auskommen erschweren etc.

Freund der Armen betätigen, der die Mittel anzeigte, wie man auf die sicherste und zugleich am wenigsten gewaltsame Art dahin gelangte. Nicht dadurch, dass man auf irgendeine andere Art die, zur Unterstützung der Armen bestimmten, Fonds zu erhöhen [118] sucht, kann dem Übel abgeholfen werden. Es würde nicht nur keine Abhülfe, sondern sogar eine Verschlimmerung des Übels sein, das man gehoben zu sehen wünscht, wenn die Beiträge erhöht, oder, nach dem Vorschlage Einiger, als eine allgemeine Landessteuer erhoben würden. Die gegenwärtige Erhebungs- und Besteuerungsweise in diesem Betreff hat eher noch dazu gedient, die verderblichen Wirkungen zu mildern. Jedes Kirchspiel bringt einen besondern Beitrag zur Unterstützung seiner Armen zusammen. So ist man mehr interessiert dabei, den Betrag dieser Kontribution zu vermindern, und dieses lässt sich auch leichter ausführen als bei einer Armensteuer für's ganze Königreich.

Dies allein ist die Ursache, dass die Armengesetze noch nicht den reinen Ertrag des ganzen Landes in Anspruch nehmen; nur die Art, wie sie in Anwendung gebracht werden, hat verhindert, dass sie noch nicht über die Maße unterdrückend geworden sind. Wenn das Gesetz einem jeden Dürftigen Unterhaltsmittel und zwar in einem solchen Maße sichern wollte, dass er leidlich auskommen könnte, so wird man dieser Theorie nach einsehen, dass alle anderen Abgaben zusammen, im Vergleich mit dieser einzigen, leicht sind. Die Gesetze der Schwere besitzen keine größere Gewissheit, als die Wirkung, welche solche Gesetze haben würden, Reichtum und Macht in Armut und Schwäche zu verwandeln und den Menschen von aller Anstrengung, welche die Arbeit erfordert, ausgenommen, was die unmittelbare Vermehrung seiner Subsistenzmittel betrifft, [119] hinwegzurufen. Es würde kein Unterschied hinsichtlich der geistigen Fähigkeiten mehr sein; der Geist würde nur mit der Sorge für die Befriedigung der Bedürfnisse des Körpers beschäftigt sein, bis dass zuletzt alle Stände die Beute allgemeinen Mangels würden. Glücklicherweise hatten diese Gesetze ihre Anwendung in einer Periode, wo der Wohlstand täglich wuchs, wo die Fonds zur Bezahlung der Arbeit fortwährend vermehrt wurden und wo folglich eine Zunahme der Population notwendig wurde. Machen wir aber einst langsamere Fortschritte, befinden wir uns gar in einem Zustand des Stillestehens, von welchem wir hoffentlich noch weit entfernt sind: dann erst wird die verderbliche Wirkung dieser Gesetze klar am Tage liegen und Beunruhigung verursachen und ihre Abschaffung wird dann weit mehr Hindernisse und neue Schwierigkeiten finden.

[120]

## Fünftes Kapitel.

### Vom Gewinn<sup>24</sup>

Da ich schon gezeigt habe, dass in verschiedenen Geschäften angelegte Kapitale, hinsichtlich des Gewinnses, den sie abwerfen, immer in gleichem Verhältnis zu einander bleiben und immer im nämlichen Grade und durch die nämlichen Ursachen Veränderungen zu erleiden pflegen; so bleibt jetzt weiter nichts zu untersuchen übrig, als die Ursachen dieser gleichförmigen Veränderungen des Gewinnses und der ebenso gleichförmigen [121] gen Modifikationen der, damit im Zusammenhang stehenden Kapital Interessen.

Wir haben gesehen, dass der Preis des Getreides<sup>25</sup> sich nach der Quantität Arbeit richtet, die nebst dem Kapitalanteil, welcher keine Rente zahlt, zu seiner Produktion erforderlich ist. Wir haben auch gesehen, dass alle Manufakturartikel, je nachdem zu ihrer Produktion mehr oder weniger Arbeit erforderlich war, im Preise steigen oder fallen. Weder der Pächter, welcher Boden von solcher Qualität kultiviert, den wir als Maßstab für die Bodenrente haben kennen lernen, noch der Manufakturist, welcher Waren fabriziert, wenden irgendeinen Teil ihre Produkte als Rente auf. Der ganze Wert ihrer Erzeugnisse zerfällt bloß in zwei Teile, deren einer den Kapitalgewinn ausmacht, der andere für Arbeitslohn aufgewendet wird.

Angenommen, Getreide und Manufakturartikel würden immer um den nämlichen Preis verkauft, so müsste stets der Gewinn größer oder kleiner sein, je nachdem der Arbeitslohn steigen oder fallen würde. Steigt aber der Preis des Getreides, weil seine Pro- [122] duction mehr Arbeit erheischt, so wird diese Ursache, an und für sich nichts, zum Steigen des Preises der Manufakturartikel beitragen, deren Fabrikation kein Additionalquantum von Arbeit bedurfte. Wenn demnach der Arbeitslohn nicht steigt, wird auch der Gewinn noch der nämliche bleiben; da aber ganz bestimmt das Steigen des Getreides ein Steigen des Arbeitslohnes zur Folge haben wird, so muss aus diesem Grund der Gewinn sich verringern.

Wenn ein Manufakturist seine Waren stets für die nämliche Summe, z. B. für 1,000 Pfd. Strlg. verkaufte, so würde sein Gewinn von dem Preis der, zu ihrer Produktion erforderlichen, Arbeit abhängen; er würde geringer sein, wenn der Arbeitslohn 800 Pfd. erforderte, als wenn er nur 600 Pfd. kostete. In dem Maße also, in welchem der Arbeitslohn stiege, würde der Gewinn abnehmen. Wenn aber auch der Preis der Bodenerzeugnisse

---

<sup>24</sup> Die Englischen staatswirtschaftlichen Schriftsteller verstehen unter diesem Ausdruck (profit) im Allgemeinen allen und jeden Vorteil, der einem Industrie-Unternehmer aus seinem Geschäft erwächst, ohne dabei zu unterscheiden, ob derselbe bloß aus dem angelegten Kapital, oder auch aus den Spekulationen und der industriellen Tätigkeit des Unternehmers hervorgeht. In meinem Traité etc. habe ich genauer unterscheiden zu müssen geglaubt.

J. B. S.

<sup>25</sup> Der Leser beliebe sich zu erinnern, dass ich, um alles Missverständnis und Irrtum zu vermeiden, das Geld oder die Münze stets als dem Wert nach unveränderlich annehme, und folglich jede Veränderung des Preises einzig und allein als die Wirkung einer Veränderung im Wert der Waren selbst.

(Note des Verf.)

steigt, fragt sich's, ob nicht in diesem Fall der Gewinn des Pächters sich, ungeachtet er höheren Arbeitslohn bezahlt, wenigstens gleich bleibt? Sicherlich nicht: denn er muss nicht nur, gleich dem Manufakturisten, jedem Arbeiter, den er anstellt, höhern Arbeitslohn zahlen, sondern er ist auch noch überdies genötigt, Bodenrente zu bezahlen, oder eine größere Zahl Arbeiter anzustellen, um die nämliche Quantität Produkte zu erhalten, und das Steigen der Bodenerzeugnisse wird nur Einfluss auf die Bodenrente oder auf eine größere Zahl anzustellender Arbeiter haben, ihn aber nicht für das Steigen des Arbeitslohnes entschädigen.

[123] Wenn beide, Manufakturist und Pächter, 10 Arbeiter nötig haben und der jährliche Arbeitslohn vom Mann von 24 Pfd. auf 25 Pfd. steigt, so macht dies jährlich statt 240 Pfd. Strlg. 250 Pfd.; so viel muss der Manufakturist mehr bezahlen, um die nämliche Quantität Waren zu erhalten; aber der Pächter eines noch unkultivierten Bodens wird wahrscheinlich noch einen Arbeiter mehr anstellen und folglich noch 25 Pfd. mehr zahlen müssen. Der Pächter eines schon kultivierten Bodens, wird gerade diese 25 Pfd. als Bodenrente zahlen müssen; denn ohne diese Vermehrung der Arbeit hätte das Getreide nicht steigen können. Einer wie der Andere muss daher 275 Pfd. zahlen; der erste bloß für Arbeitslohn, und der zweite für Arbeitslohn und Bodenrente zugleich. Jeder von beiden muss 25 Pfd. mehr als der Manufakturist aufwenden. Für diese letzten 25 Pfd. erhalten sie durch den erhöhten Preis der Bodenerzeugnisse Ersatz, und folglich ist ihr Gewinn immer mit dem des Manufakturisten in gleichem Verhältnis. Da dieser Gegenstand sehr wichtig ist, so will ich versuchen, ihn noch deutlicher zu machen.

Ich habe schon gezeigt, dass, in den ersten Perioden des Gesellschaftszustandes, der Teil von den Bodenerzeugnissen, welchen der Grundeigentümer und der Arbeiter bekommt, nur klein ist, und größer wird, je nachdem der Reichtum und die Schwierigkeit, sich Lebensmittel zu verschaffen, wächst. Auf gleiche Weise habe ich gezeigt, dass ungeachtet durch den hohen Preis der Lebensmittel, der Teil, welchen der Arbeiter be- [124] kommt, an Wert steigt, er in der That doch kleiner wird, während der Teil, welchen der Grundeigentümer erhält, zugleich dem Werte und der Quantität, nach größer wird.

Das, was von den Erzeugnissen des Bodens übrigbleibt, nachdem der Eigentümer und die Arbeiter bezahlt sind, gehört notwendig dem Pächter und macht den Gewinn seines Kapitals aus. Man könnte sagen: obgleich im Verhältnis zu den Fortschritten der Gesellschaft der Teil des Pächters an dem Bodenertrag immer mehr abnimmt, so muss er doch, da zugleich auch die Bodenerzeugnisse im Preise steigen, gleich dem Bodeneigentümer und dem Arbeiter, einen größeren Wert erhalten.

So kann man z. B. anführen, dass, wenn das Getreide von 4 zu 10 Pfd. steigt, 180 Maß auf dem besten Land geerntet, für 1,800 statt für 720 Pfd. verkauft werden, und dass folglich, gleichwie der Eigentümer und Arbeiter einen größeren Wert an Rente und Arbeitslohn erhalten, auch der Gewinn des Pächters zunehmen müsse. Dies ist indessen unmöglich, wie ich gleich dartun will.

Erstlich wird der Preis des Getreides nur im Verhältnis zu der vermehrten Schwierigkeit, es auf Boden geringerer Qualität zu bauen, in die Höhe gehen.

Ich habe schon darauf aufmerksam gemacht, dass, wenn die Arbeit von 10 Menschen auf Boden von einer [125]

bestimmten Qualität, 180 Maß Getreide einbringt, oder, à Maß 4 Pfd., 720 Pfd. und wenn die Arbeit von noch 110 Menschen nur 170 Maß mehr erzielen könnte, das Getreide von 4 Pfd. per Maß auf 4 Pfd., 4 Sch., 8 P steigen müsste: denn

170 : 180 — 4 Pfd.: 4 Pfd. 4 Sch. 8 P.

oder mit anderen Worten: in dem einen Fall bedürfte es der Arbeit von 10 Menschen, um 170 Maß Getreide zu erzeugen, und in dem anderen nur der Arbeit von 9,44 Menschen; das Getreide müsste also wie 9,44 zu 10 oder wie 4 Pfd. zu 4 Pfd. 4 Sch. 8 P. steigen. Auf gleiche Weise lässt sich dartun, dass, wenn die Arbeit von abermals 10 Menschen nur 160 Maß gewährte der Getreidepreis auf 4 Pfd. 10 Sch., und wenn sie nur 150 Maß lieferte, auf 4 Pfd. 16 Sch. etc. steigen müsste. –

Wenn aber der Boden, welcher keine Rente bezahlt, 180 Maß Getreide à 4 Pfd. einbringt, so tut dies	720 Pfd.
Werden 170 Maß Getreide auf Land erzeugt, das keine Rente zahlt und kostet das Maß 4 Pfd. 4 Sch. 8 P., so tut dies	720 Pfd.
Ebenso 160 Maß à 4 Pfd. 10 Sch. tun	720 Pfd.
Und 150 Maß à 4 Pfd. 16 Sch. tun ebenfalls	720 Pfd.

Daraus geht klar hervor, dass, wenn der Pächter bei diesen stets gleichen Wert-Resultaten, zu einer Zeit Arbeitslohn bezahlen muss, der sich nach dem Preis [126] des Maßes Getreide zu 4 Pfd. richtet, und zu einer andern Zeit wieder einen höheren Arbeitslohn, sein Gewinn sich in dem Verhältnis verringert, in welchem der Preis des Getreides steigt.

Für diesen Fall scheint es mir demnach auf das unwidersprechlichste dargetan, dass ein Steigen des Getreidepreises, von welchem ein Steigen des Arbeitslohnes in Geld abhängt, den Geldwert des Gewinnes des Pächters verringert.

Hiervon macht auch der Pächter von altem und gutem Boden keine Ausnahme. Er muss ebenfalls erhöhten Arbeitslohn bezahlen, und es bleibt für seine Erzeugnisse, so hoch auch ihr Preis steigt, nicht mehr als 720 Pfd. übrig, die sich unter ihn und seine stets gleiche Zahl von Arbeitern verteilen; je mehr nun letztere gewinnen, desto weniger wird ihm übrig bleiben.

Wenn der Preis des Maßes Getreide 4 Pfd. ist, so bleiben ihm die ganzen 180 Maß und er verkauft sie für 720 Pfd. Steigt das Maß auf 4 Pfd., 4 Sch., 8 P., so muss er von den 180 Maßen 10 Maß als Bodenrente zahlen, folglich bleiben ihm 170 Maß, die er für 720 Pfd. verkauft. Steigt, das Maß auf 4 Pfd., 10 Sch., so zahlt er 20 Maß oder deren Wert als Bodenrente, und es bleiben ihm 160 Maß, die er auch für 720 Pfd. verkauft.

So hoch also auch der Preis des Getreides steigen mag; so wird immer die Notwendigkeit, in der er sich befindet, mehr Arbeit, oder mehr Kapital anzuwenden, [127] um ein bestimmtes Mehr in der Produktion zu erzielen, und die größere Bodenrente, die er zahlen muss, dieses Steigen völlig ausgleichen. Mag deshalb der Pächter das Maß Getreide zu 4 Pfd., zu 4 Pfd., 10 Sch., oder auch zu 5 Pfd., 2 Sch., 10 P. verkaufen, er wird immer, in dem was ihm übrig bleibt, nachdem er die Bodenrente bezahlt hat, den nämlichen Wert haben. Und mögen ihm von seinen Erzeugnissen 180, 170, 100 oder 150 Maß übrig bleiben; er erhält immer die nämliche Summe, 720 Pfd. dafür, da der Preis im umgekehrten Verhältnis zur Quantität steigt.

Die Bodenrente fällt also, wie ersichtlich, immer auf die Konsumenten, nie auf den Pächter; denn wenn der Ertrag seiner Pachtung immer 180 Maß ist und der Preis des Getreides steigt, so behält er weniger für sich und muss im Verhältnis des Steigens mehr an den Grundeigentümer abgeben, immer aber nur so viel, dass ihm für das Übriggebliebene der Wert von 720 Pfd. verbleibt.

Man sieht auch, dass in allen Fällen diese nämliche Summe, 720 Pfd., zwischen Arbeitslohn und Gewinn sich verteilt. Erhebt sich der Wert der Boden-Erzeugnisse über diesen Wert, so vergrößert dies, so hoch er sich auch beläuft, die Bodenrente. Steigt er nicht darüber, so existiert keine Bodenrente; der Arbeitslohn oder der Gewinn mag steigen oder fallen, es bleibt immer für beide bloß die Summe von 720 Pfd. Auf der einen Seite kann der Gewinn nie einen so bedeutenden [128] Teil von den 720 Pfd. hinwegnehmen, dass nicht für die Arbeiter soviel übrig bliebe, als zur Bestreitung der notwendigsten Bedürfnisse erforderlich ist; und auf der andern Seite kann der Arbeitslohn nicht bis auf einen Punkt steigen, dass von dieser Summe nichts für den Gewinn übrig bleiben sollte.

In jedem Fall also wird sowohl der Gewinn des Pächters, wie des Manufakturisten durch das Steigen der Boden Erzeugnisse, wenn dieses zugleich mit einem Steigen des Arbeitslohnes verbunden ist, verringert<sup>26</sup>. Wenn der Pächter das Getreide, welches ihm, nachdem er die Bodenrente bezahlt hat, übrig bleibt, nicht um einen höheren Preis bezahlt bekommt, wenn der Manufakturist seine Waren nicht teurer verkauft, und wenn beide doch genötigt sind, einen höheren Arbeitslohn zu zahlen, kann es da nur noch irgendeinem Zweifel unterliegen, dass das Steigen des Arbeitslohnes ohne Ausnahme eine Verminderung des Gewinnes zur Folge habe?

Ogleich der Pächter nichts zu der, seinem Verpächter zu zahlenden, Bodenrente beiträgt (die immer [129] nach dem Preis der Erzeugnisse sich bestimmt und stets auf die Konsumenten zurückfällt), so hat er doch fortwährend ein großes Interesse dabei, dass die Bodenrente niedrig, oder, dass vielmehr der natürliche Preis der Erzeugnisse stets niedrig bleibe. Schon als Konsument der Boden-Erzeugnisse und solcher Artikel, zu deren Produktion die Boden-Erzeugnisse verwendet werden, hat er mit allen andern Konsumenten ein gemeinschaftliches Interesse bei einem mäßigen oder niedrigen Preis. Ein größeres und besonderes Interesse hat er aber, weil ein hoher Getreidepreis auch auf den Arbeitslohn Einfluss hat. Bei jedem Steigen des Getreidepreises muss er von seinen unveränderlichen 720 Pfd. einen Teil mehr für Arbeitslohn der Menschen verwenden, die er, nach unserer Annahme, fortwährend beschäftigt. Wir haben in dem Kapitel vom Arbeitslohn gesehen, dass letzterer ohne Ausnahme steigt, sobald der Preis der Boden-Erzeugnisse in die Höhe geht. Aus der S. 111 angestellten Rechnung wird ersichtlich sein, dass wenn das Maß Getreide 4 Pf. kostet, der Arbeitslohn jährlich 24 Pfd. beträgt.

Wenn das Getreide kostet	4 Pf. 4 S. 8 P.	beträgt der Arbeitslohn	24 Pf. 14 S. - P.
	4 Pf. 10 S. - P.		25 Pf. 10 S. - P.
	4 Pf. 16 S. - P.		26 Pf. 8 S. - P.
	5 Pf. 2 S. 10 P.		27 Pf. 8 S. 6 P.

Und von der unveränderlichen Summe von 720 Pfd., welche sich zwischen Arbeiter und Pächter verteilt.

[130]

<sup>26</sup> Ich abstrahiere hier gänzlich von den zufälligen Veränderungen, welche z. B. Folge guter oder schlechter Jahreszeit, vermehrter oder verminderter Nachfrage wegen einer plötzlichen Veränderung im Bestand der Population sein können. Ich spreche hier bloß vom natürlichen und beständigen und nicht vom zufälligen und veränderlichem Preis des Getreides, (Anm. d. Verfassers.)

Vom Gewinn

Den Preis des Getreides zu	4 Pfd. - S. - P.	Wird der Arbeiter erhalten	240 Pfd. - S.	Und der Pachter	480 Pfd. - S. - P.
	4 Pfd. 4 S. 8 P.		247 Pfd. - S.		473 Pfd. - S. - P.
	4 Pfd. 10 S. - P.		255 Pfd. - S.		465 Pfd. - S. - P.
	4 Pfd. 16 S. - P.		264 Pfd. - S.		456 Pfd. - S. - P.
	5 Pfd. 2 S. 10 P.		274 Pfd. 5 S.		445 Pfd. 15 S. - P.

27

[131] Angenommen, das eigentliche Kapital des Pächters betrüge 3,000 Pfd., so würden

Bei einem Gewinn von	480 Pfd.	16 pCt.	Gewonnen werden.
	473 Pfd.	15,7 pCt.	
	465 Pfd.	15,5 pCt.	
	456 Pfd.	15,2 pCt.	
	445 Pfd.	14,8 pCt.	

Aber der Betrag des Gewinnnes muss noch mehr abnehmen, denn das Kapital des Pächters besteht hauptsächlich aus Ackererzeugnissen, wie z. B Getreide und Heu, aus Pferden und Kühen, die alle im Preise steigen, so wie die Boden Erzeugnisse in die Höhe gehen. Sein

<sup>27</sup> Die 180 Maß Getreide verteilen sich in folgenden Verhältnissen unter den Eigentümer, Pachter und die Arbeiter, in Folge der angenommenen Veränderungen im Wert des Getreides.

Preis des Maßes Getreide			Bodenrente in Getreide			Gewinn in Getreide			Arbeitslohn in Getreide			Summa		
Pf.	S.	P.	Maß	Maß	Maß	Maß	Maß	Maß	Maß	Maß	Maß	Maß	Maß	
4	-	-	-	120	60	180								
4	4	8	10	111,7	58,3									
4	10	-	20	103,4	56,6									
4	16	-	30	95,0	55,6									
5	2	10	40	86,7	55,3									
Und unter den nämlichen Umständen würden Bodenrente, Arbeitslohn und Gewinn in Gelde betragen:														
Preis d. Maß Getreide			Bodenrente			Gewinn			Arbeitslohn			Summa		
Pf.	S.	P.	Pf.	S.	P.	Pf.	S.	P.	Pf.	S.	P.	Pf.	S.	P.
4	-	-	-	-	-	480	-	-	240	-	-	720	-	-
4	4	8	42	7	6	473	-	-	247	-	-	762	7	6
4	10	-	90	-	-	465	-	-	255	-	-	810	-	-
4	16	-	144	-	-	456	-	-	264	-	-	864	-	-
5	2	10	205	13	4	445	15	-	274	5	-	925	13	4

reiner Gewinn wird von 480 Pfd. auf 445 Pfd., 15 Sch. fallen. Wenn er nun aber dieser ebenangeführten Ursachen wegen sein Kapital von 3.000 Pfd. um 200 Pfd. vermehrt, so wird sein Gewinn, bei einem Getreidepreis von 5 Pfd., 2 Sch., 10 P., immer unter 14 pCt. sein.

Wenn ein Manufakturist gleichfalls in seinem Geschäfte 3,000 Pfd. angelegt hätte, so würde er durch das Steigen des Arbeitslohnes genötigt werden, sein Kapital zu vermehren, um nur im Stande zu sein, sein Geschäft fortzusetzen.

Wurden seine Waren früher um 720 Pfd. verkauft, so werden sie auch noch jetzt den nämlichen Preis behalten, obgleich der Arbeitslohn, der früher 240 Pfd. betrug, jetzt, bei einem Getreidepreis von 5 Pfd., [132] 2 Sch., 10 P., auf 274 Pfd., 5 Sch. gestiegen ist. Früher hatte er von seinen 3,000 Pfd. Kapital einen Gewinn von 480 Pfd., jetzt nur 445 Pfd., 15 Sch. von einem vermehrten Kapital; deshalb kommt sein Gewinn dem veränderten Gewinn-Betrag des Pächters ziemlich gleich.

Es gibt wenige Dinge, die nicht in Folge des Steigens der Boden-Erzeugnisse, mehr oder weniger ihren Preis verändern, weil immer zur Produktion der meisten eine gewisse Quantität Boden-Erzeugnisse erforderlich ist. Seidene, leinene und wollene Zeuge steigen alle, sobald das Getreide teurer wird. Aber sie steigen nur wegen der größeren Quantität Arbeit, welche auf das rohe Material gewendet werden musste, aus welchem sie gefertigt sind, und nicht deswegen, weil der Manufakturist den Arbeitern, die er zu ihrer Verfertigung anstellte, mehr Arbeitslohn zu bezahlen hat.

Die Waren steigen stets, weil mehr Arbeit auf sie verwendet werden musste und nicht, weil diese Arbeit einen höheren Wert bekommen hat. Kunstprodukte aus Juwelen, Eisen, Silber und Kupfer steigen nicht, da zu ihrer Produktion kein rohes Produkt der Oberfläche der Erde hinzukommt.

Bei dem von mir aufgestellten Grundsatz, dass der Arbeitslohn in Geld, in Folge der Teuerung der rohen Boden-Erzeugnisse, steigen müsse, könnte man die [133] Einwendung machen, „dass dieses nicht notwendige die Folge sei; denn der Arbeiter könne sich vielleicht in seinen Genüssen einschränken.“ Es ist wahr, dass der Arbeitslohn anfangs sehr hochsteigen, und sodann um etwas wieder sinken kann. Dies würde die Verminderung des Gewinnes verhindern; aber es lässt sich nicht einsehen, wie der Geldpreis des Arbeitslohnes sinkt, oder seinen Standpunkt behalten kann, während der Preis der ersten Lebensbedürfnisse fortwährend im Steigen begriffen ist. Deshalb kann man als ausgemacht annehmen, dass im gewöhnlichen Lauf der Dinge kein fortwährendes Steigen im Preise der ersten Lebensbedürfnisse eintrete, welches nicht ein Steigen des Arbeitslohnes zur Folge habe, wenn dies nicht schon vorher der Fall war.

Eine gleiche, oder fast die nämliche Wirkung würde hinsichtlich des Gewinnes eintreten, wenn die Preise der anderen Lebensbedürfnisse – ausgenommen diejenigen, welche zur Nahrung dienen, – für welche der Arbeiter seinen Arbeitslohn verwendet, in die Höhe gehen. Die Notwendigkeit, in welcher sich der Arbeiter befindet, sie teurer zu bezahlen, wird ihn zwingen, einen höheren Arbeitslohn zu verlangen; was aber zum Steigen des Arbeitslohnes beiträgt, vermindert zugleich den Gewinn. Angenommen aber, der Preis von Seidenzeug, Sammet, Möbeln, oder jedes anderen Artikels, dessen der Arbeiter nicht bedarf, finge in Folge der mehreren, zur Fabrikation dieser Artikel erforderlichen Arbeit, an zu steigen; würde dies keinen Ein- [134] fluss auf den Gewinn haben? – Sicherlich nicht; denn nichts kann den Gewinn modifizieren, außer ein Steigen des Arbeitslohnes; und da Seidenzeug und Sammet vom Arbeiter nicht konsumiert werden, so kann der Umstand, dass diese Artikel teurer werden, nichts zum Steigen des Arbeitslohnes beitragen.

Ich spreche hier vom Gewinn nur im Allgemeinen, Ich habe schon bemerkt, dass der Marktpreis einer Sache oft höher stehen kann, als ihr natürlicher Preis; denn es lässt sich z. B. denken, dass sie in geringerer Quantität produziert wird, als Nachfrage darnach auf einmal entsteht. Diese Wirkung ist indessen vorübergehend. Der große Gewinn von einem Kapital-, welches zur Produktion solcher Dinge angelegt ist, zieht ganz natürlich mehrere Kapitale zu gleichem Geschäft herbei. Sobald dieselben in erforderlicher Quantität darauf verwendet sind und die Nachfrage vollkommen befriedigt wird, dann sinkt der Preis des Produkts, und der Gewinn, den dieses Geschäft noch abwirft; steht al pari mit dem Gewinn, den alle anderen Arten der Geschäfte gewähren. Ein Sinken im allgemeinen Betrag des Gewinns ist durchaus nicht unverträglich mit dem partiellen Steigen des Gewinns, den ein besonderer Industriezweig einbringt; und eben aus der Ungleichheit der Gewinne erklärt es sich, dass die Kapitale von einem Geschäft zum anderen übergehen. So kann es sich ereignen dass, während der Gewinn im Allgemeinen sinkt und nach und nach einen niederen Standpunkt erreicht, weil der Arbeitslohn ebenso, wie die Schwierigkeit, der wach- [135] senden Population ihre Subsistenz zu sichern, immer mehr steigt, dass, sage ich, der Gewinn des Pächters eine kurze Zeit lang sich über den alten Standpunkt erhebt. Es kann auch der Fall eintreten, dass ein besonderer Zweig des ausländischen und Colonial-Handels eine Zeit lang außerordentliche Aufmunterung erhält; aber die Möglichkeit eines solchen Umstandes kann nicht im Mindesten die Theorie entkräften, dass der Gewinn vom hohen oder niedrigen Arbeitslohn, der Arbeitslohn vom Preise der notwendigsten Bedürfnisse, und der Preis dieser wieder vorzüglich vom Preise der Lebensmittel abhängig ist, während die Quantität aller anderen Dinge fast ins Grenzenlose vermehrt werden kann.

Man muss sich erinnern, dass der Marktpreis sich stets ändert und ganz vorzüglich im Verhältnis der Nachfrage zum Vorrat. So kann z. B. Tuch, welches man, um den gewöhnlichen Kapitalgewinn zu haben, die Elle zu 40 Sch. geben kann, durch eine Veränderung der Mode, oder in Folge irgendeiner anderen Ursache, welche plötzlich und unerwartet die Nachfrage steigert, oder den Vorrat verringert, auf 60 oder 80 Sch. steigen. Die Tuchfabrikanten werden demnach eine Zeit lang einen außerordentlichen Gewinn haben; aber die Kapitale werden nun diesem Fabrikations-Zweig so lange zufließen, bis dass die Nachfrage mit dem Vorrat wieder im vorigen Gleichgewicht steht, wo alsdann der Preis des Tuches wieder auf 40 Sch., seinen natürlichen und bedingten [136] Preis, herabsinkt. Auf gleiche Weise wird das Getreide, sobald die Nachfrage zunimmt, jedes Mal in die Höhe gehen, und dem Pächter mehr als gewöhnlichen Gewinn bringen. Ist kein Mangel an fruchtbaren Ländereien, so wird das Getreide auf seinen vorigen Standpunkt wieder herabsinken, sobald als die benötigte Quantität Kapital auf ihre Bebauung wird verwendet sein, und der Gewinn ist nun wieder der nämliche, wie vorher. Ist aber Mangel an fruchtbaren Ländereien, und muss man, um das vermehrte Bedürfnis von Getreide zu befriedigen, mehr Kapital und Arbeit als vorher anwenden, so wird der Preis des Getreides nicht wieder auf seinen alten Standpunkt herabsinken. Sein natürlicher Preis wird steigen, und der Pächter, statt fortwährend größeren Gewinn zu haben, mit einem geringeren Betrag desselben, – was immer die unvermeidliche Folge von dem, durch die teurer gewordenen Lebensbedürfnisse gestiegenen, Arbeitslohn ist, – sich begnügen müssen.

Der Gewinn hat eine natürliche Neigung zu sinken; denn beim Vorwärtsschreiten der Gesellschaft und des Reichtums steigt das Bedürfnis von Lebensmitteln und erfordert immer mehr und mehr Arbeit. Diese Neigung, oder umso zu sagen, diese Gravitation des Gewinnses wird glücklicherweise oft und in gewissen Zwischenräumen gehemmt und zwar teils durch Verbesserungen derjenigen Maschinen, welche zur Produktion der Lebensbedürfnisse beitragen, teils in Folge von Entdeckungen in der Ackerbewirtschaftungs-Wis- [137] senschaft, durch welche wir in den Stand gesetzt werden einen Teil der vorher erforderlichen Arbeit zu ersparen und somit den Preis der ersten

Lebensbedürfnisse des Arbeiters zu verringern. – Das Steigen des Preises der ersten Lebensbedürfnisse und des Arbeitslohnes hat indessen auch seine Grenzen. Denn sobald der Arbeitslohn (um mich auf den schon früher angenommenen Fall zu beziehen) bis auf 720 Pfd., die ganze Einnahme des Pächters, gestiegen ist, dann wird letzterer keine neuen Kapitale mehr anlegen, weil keines derselben ihm Gewinn abwerfen würde; dann würde es auch keiner Vermehrung der Arbeit bedürfen, und die Population wird ihr Maximum erreicht haben. Selbst lange Zeit noch vorher wird schon der geringe Betrag des Gewinns von der Anhäufung von Betriebs Kapitalen abhalten und fast der ganze Ertrag des Bodens wird, nachdem die Arbeiter bezahlt sind, den Boden-Eigentümern und den Einnehmern von Zehenden und anderen Auflagen zufließen.

Wenn ich die frühere, obgleich ganz unvollkommene, Annahme wieder zur Basis meiner Rechnung nehme, so wird hervorgehen, dass, wenn das Maß Getreide 20 Pfd. kostet, der ganze Netto-Ertrag des Landes bloß dem Boden-Eigentümer in die Tasche fließt; denn die nämliche Quantität Arbeit, die vorher nötig war, um 180 Maß zu erbaue, ist jetzt schon erforderlich, um 36 Maß zu erhalten, indem  $20 \text{ Pfd.} : 4 \text{ Pfd.} = 180 : 36$ . Der Pächter also, welcher anfänglich 180 Maß erbaute, wird selbige, à 20 Pfd., verkaufen [138] für 3.600 Pfd.

Der Wert von 144 Maß	die Differenz zwischen 180 und 36 wird er dem Grund-Eigentümer als Bodenrente zahlen.	Tut 2,880 Pf.
----------------------	---	---------------

für sich behält er 36 Maß tut	720	Pfd.
den Wert von 36 Maß muss er aber den 10 Arbeiten zahlen; tut	720	Pfd.

folglich bleibt nichts für ihn als Gewinn übrig.

Bei diesem Preis von 20 Pfd. das Maß, werden die Arbeiter fortfahren, jeder 3 Maß Getreide jährlich zu konsumieren; dies tut	60	Pfd.
Und für andere Lebensbedürfnisse aufwenden	12	Pfd.
jeder Arbeiter also	72	Pfd.
10 Arbeiter werden also jährlich kosten	720	Pfd.

Durch alle diese Berechnungen habe ich bloß den Grundsatz erläutern wollen; ich brauchte deshalb kaum zu bemerken, dass ich obige Basis ganz zufällig, bloß des Exempels wegen, gewählt habe. So verschieden auch die Resultate bei dieser oder jener Voraussetzung sein dürften, so würden sie doch immer hinsichtlich des Prinzips die nämlichen sein, so genau ich auch die Differenz in der Zahl der Arbeiter, die zur Erlangung der sukzessiv steigenden Quantitäten Getreides für die steigende Population und die Konsumtion der Familien der Arbeiter etc. erforderlich sind, in Ansatz gebracht hätte. Mein Zweck war, die Hauptfrage zu vereinfachen. Deshalb habe ich keine Rücksicht auf das Steigen anderer Bedürfnisse [159] des Arbeiters, als seiner Nahrungsmittel, genommen. Ein Steigen jener würde die Folge des gestiegenen Preises der rohen Erzeugnisse sein, aus denen sie verfertigt sind; indem sie den Arbeitslohn noch mehr steigerten, würden sie zugleich zur noch größeren Verringerung des Gewinns beitragen. –

Ich habe schon gesagt, dass lange vorher, ehe dieser Stand der Preise permanent wird, jeder Beweggrund zur Akkumulation der Betriebs Kapitale hinwegfallen würde; denn Niemand legt neue Kapitale an, wenn nicht in der Absicht, sie produktiv zu machen; und dies kann nur der Fall sein, wenn ihre Anlegung Gewinn verschafft. Ohne Beweggrund kann keine Anlegung neuer Betriebs-Kapitale stattfinden; und folglich kann ein solcher Stand der Preise nie existieren. Der Pächter und der Manufakturist kann eben so wenig ohne Gewinn, als der

Arbeiter ohne Arbeitslohn leben. Ihr Beweggrund zur Anlegung neuer Betriebs-Kapitale wird mit jeder Verringerung des Gewinnes immer mehr entkräftet, und wird endlich ganz seine Wirksamkeit verlieren, sobald der Gewinn so unbedeutend geworden, dass er ihnen keine hinlängliche Entschädigung ihrer Mühe und des Risikos darbietet, was sie notwendig haben müssen, sobald sie ihr Kapital auf eine produktive Weise anlegen.

Ich muss noch bemerken, dass der Betrag des Gewinnes weit schneller abnehmen wird, als ich in meiner Berechnung angenommen habe; denn bei einem [140] Preis der Produkte, wie in den angenommenen Fällen, wird der Wert des Kapitals des Pächters sich bedeutend vermehren, weil es größtenteils aus Gegenständen besteht, welche im Werte gestiegen sind. Ehe das Getreide von 4 Pfd. bis auf 12 Pfd. gestiegen sein wird, muss aller Wahrscheinlichkeit nach der Pächter den Tauschwert seines Kapitals verdoppelt haben, so dass es 6000, statt 3.000 Pfd. wert ist. Wenn er anfänglich von seinem Kapital 180 Pfd. oder 6 pCt. Gewinn hatte, so wird nun sein Gewinn nicht höher als 3 pCt. sein; denn 6,000 Pfd. zu 3 pCt. geben 180 Pfd. Nur so viel also könnte ein neuer Pächter, welcher ein Kapital von 6,000 Pfd. besitzt, mit der Bebauung des Bodens gewinnen.

Mehrere andere Industriezweige würden aus der nämlichen Quelle kleineren oder größeren Vorteil schöpfen. Der Brauer, der Destillateur, der Tuch- und Leinwand-Fabrikant würden für die Verringerung ihres Gewinn in der Wertvermehrung ihrer, aus rohen und verarbeiteten Materialien bestehenden Kapitale, eine teilweise Entschädigung erhalten; aber der Manufakturist von kurzen Waren, der Juwelier und viele Andere, so wie auch diejenigen, deren Kapital in barem Geld besteht, werden die ganze Verminderung im Betrage ihres Gewinn, ohne irgendeine Entschädigung, zu erleiden haben.

Man sollte glauben, dass, wie groß auch die Verminderung des Gewinnes, durch Anlegung neuer Be- [141] triebs-Kapitale auf Bodenkultur und durch das Steigen des Arbeitslohns, sein mag, die Totalsumme des Gewinns doch immer noch zunehmen müsse. Denn angenommen, durch die öfters wiederholte Anlegung eines Betriebs-Kapitals von 100,000 Pfd. sänke der Betrag des Gewinns nach und nach von 20, auf 19, 18 und endlich auf 17 pCt. und so immer tiefer herab, so hat es den Anschein, dass der Gesamtbetrag des Gewinns, den die aufeinander folgenden Kapital-Eigentümer haben, immer noch progressiv, und zwar weit beträchtlicher sei, wenn das Kapital bis zu 200,000 Pfd. angewachsen ist, als wenn es bloß 100,000 Pfd. beträgt, und noch beträchtlicher, wenn es bis zu 300,000 Pfd. und so immer höher gestiegen ist, obgleich mit jeder neuen Vermehrung des Kapitals der Gewinn immer mehr abnimmt. Diese Progression findet aber nur eine gewisse Zeit lang statt; zwar 19 pCt. von 200,000 Pfd. betragen mehr, als 20 pr.C. von 100,000 Pfd.; und 18 pCt. von 300,000 Pfd. machen mehr aus als 19 pCt. von 200,000 Pfd. Aber wenn schon die Kapitale bis zu einem hohen Betrag angehäuft sind, so wird durch jedes fernere Kapital die Totalsumme des Gewinns verringert. Die angehäuften Kapitale sollen z. B. 1,000,000 Pfd. betragen und der Gewinn 7 pCt., so wird die Totalsumme des Gewinns 70,000 Pfd. sein; man fügt nun zu dieser Million noch ein Kapital von 100,000 Pfd. hinzu und der Gewinn soll auf 6 prC. sinken. In diesem Fall werden die Kapitalisten nicht mehr als 66,000 Pfd., nämlich 4,000 Pfd. [142] weniger, erhalten, obgleich das Kapital von 1,000,000. auf 1,100,000 Pfd. vermehrt worden ist.

Es kann indessen keine Anlegung eines neuen Betriebs Kapitals, solange dasselbe noch einigen Gewinn bringt, stattfinden, ohne dass nicht zugleich die Produkte, so wie der Wert derselben vermehrt würden. Durch Anlegung eines Zuschuss Kapitals von 100,000 Pfd. wird kein Teil des alten Kapitals weniger produktiv werden. Die Produktion des Bodens und der National Industrie müssen zunehmen, und ihr Wert wird nicht allein hinsichtlich der vermehrten Quantität der Produkte, sondern auch hinsichtlich des neuen Wertes steigen, den die sämtlichen Boden-Erzeugnisse durch die vergrößerte Schwierigkeit

erhalten, neue von den zuletzt in Kultur genommenen Ländereien zu erhalten; dieser neue Wert fließt nun wieder der Bodenrente zu Wird aber die Anhäufung der Betriebs-Kapitale zu groß, so wird, ungeachtet der Wert zunimmt, derselbe doch so verteilt werden, dass ein geringerer Teil davon als vorher dem Gewinn des Pächters zu Gute kommt, weil ein größerer auf Bodenrente und Arbeitslohn fällt. Durch die sukzessiven Vermehrungen des Kapitals um je 100,000 Pfd. wird also, während der Betrag des Gewinns von 20 auf 19, 18 und 17 pCt. fällt, die jährliche Produktion der Quantität nach, zunehmen und immer mehr betragen, als der ganze Additional-Wert, den man durch das Zuschusscapital zu erzielen beabsichtigt hat. Von 20,000 Pfd. wird er auf mehr als 39,000 Pfd. Stei- [143] gen und sodann auf mehr als 57,000 Pfd.; und wenn das angelegte Betriebs-Kapital eine Million beträgt, (wie wir) früher angenommen), man noch 100.000 Pfd. hinzufügt, und nun der ganze Betrag des Gewinns geringer, als vorher ist; so wird das National-Einkommen um mehr als 6,000 Pfd. vermehrt sein; aber dieses wird wieder dem Boden Eigentümer zu Gute kommen. Er wird mehr als den Additional-Ertrag bekommen und vermöge seiner Stellung kann er selbst noch den früheren Gewinn des Kapitalisten angreifen. Dies will ich gleich näher zeigen.

Angenommen, das Maß Getreide koste 4 Pfd. und folglich bekomme der Pächter, wie wir schon früher berechnet haben, von jedem ihm, nachdem er die Bodenrente bezahlt hat, übriggebliebenen 720 Pfd., 480 Pfd. und 240 Pfd. die Arbeiter. Wenn das Maß Getreide auf 6 Pfd. steigt, ist er genötigt, seinen Arbeitern 300 Pfd. zu zahlen, und behält bloß 420 Pfd. als Gewinn. Wenn nun das angelegte Kapital so stark wäre, dass es hunderttausend Mal 720 Pfd. oder 72,000.000 Pfd. einbrächte, so wird bei einem Getreidepreis von 4 Pfd. das Maß, der ganze Gewinn 48,000,000 Pfd. betragen; und wenn durch ein noch größeres Kapital hundert und fünftausend Mal 720 Pfd., oder 75,600.000 Pfd., bei einem Getreidepreis zu 6 Pfd. das Maß erhalten würden, so würde doch der Gewinn von 48,000,000 Pfd. auf 44,100,000 Pfd. oder 105,000 Mal 420 Pfd. herabsinken, und der Arbeitslohn von 24,000,000 Pfd. auf 31 500 000. Pfd. stei - [144] gen. Der Arbeitslohn würde steigen, weil, im Verhältnis zum Kapital, mehr Arbeiter angestellt werden müssten. Jeder Arbeiter würde nun mehr Geld als Arbeitslohn bekommen; aber die Lage des Arbeiters würde, wie wir bereits gesehen haben, schlimmer werden, weil er sich für dieses Geld dessen ungeachtet nur eine geringere Quantität Landesprodukte zu verschaffen im Stande ist. Wer hier wieder allein gewinnt, ist der Boden-Eigentümer; er bekommt erstens höhere Bodenrente, weil die Boden-Erzeugnisse einen höheren Wert haben, und sodann bekommt er auch eine, der Quantität der Produkte nach, größere Bodenrente. Obgleich ein größerer Wert erzeugt worden ist, so ist doch auch ein größerer Teil von dem, was nach Bezahlung der Bodenrente übriggeblieben, durch die Produzenten konsumiert worden, und dieser Teil allein bestimmt den Gewinn. Solange die Erde noch reichlich trägt, kann der Arbeitslohn eine Zeit lang steigen, und die Arbeiter können mehr konsumieren -als im gewöhnlichen Verhältnis; aber die Anregung, welche dies der Population gibt, wird bald für die Arbeiter die Folge haben, dass sie sich wieder auf ihre vorige Konsumption beschränken. So oft neuer Boden geringerer Qualität in Kultur genommen wird, oder wenn auf schon alte Ländereien mehr Kapital und Arbeit mit geringerem Erfolg verwendet wird, so ist die daraus hervorgehende Wirkung permanent. Ein größerer Teil vom Ertrag, der nach Bezahlung der Bodenrente übrigbleibt, um zwischen dem Eigentümer des Kapitals und [145] den Arbeitern geteilt zu werden, fällt dann auf letztere. Beide Teile haben wahrscheinlich eine geringere absolute Quantität; aber da im Verhältnis zum Ganzen, dem Pächter übrig gebliebenen, Ertrag mehr Arbeiter angestellt sind, so nimmt der Arbeitslohn einen größeren Teil vom ganzen Ertrag hinweg, und folglich bleibt weniger für den Gewinn. Dies muss schon ein permanentes Verhältnis herbeiführen, da die Gesetze der Natur der produktiven Kraft des Bodens Grenzen gesetzt haben.

So wären wir denn zu der nämlichen Schlussfolgerung gekommen, die wir schon einmal zu begründen versuchten: dass nämlich in allen Ländern und zu allen Zeiten der Gewinn von

der Quantität Arbeit abhängig ist, die erfordert wird, um den Arbeitern die ersten Lebensbedürfnisse zu verschaffen, die einen Boden bearbeiten, der nebst dem dabei angelegten Kapital keine Rente bezahlte.

Die Wirkungen der Akkumulation werden also bei verschiedenem Boden verschieden, und von der Fruchtbarkeit desselben abhängig sein. Wie ausgebreitet auch ein Land sein mag: ist der Boden desselben von geringer Fruchtbarkeit und die Einfuhr von Lebensmitteln verboten, so wird die geringste Akkumulation eine große Verringerung im Betrage des Gewinnes und ein schnelles Steigen der Bodenrente bewirken. Dagegen in einem kleineren, aber fruchtbaren Lande, wo zumal die Einfuhr von Lebensmitteln frei ist, kann eine bedeutende [146] Anhäufung des Betriebskapitals stattfinden, ohne eine große Verringerung im Betrage des Gewinnes oder ein beträchtliches Steigen der Bodenrente zu bewirken. In dem Kapitel vom Arbeitslohn habe ich darzutun gesucht, dass der Geldpreis der Dinge durchaus nicht durch ein Steigen des Arbeitslohnes gesteigert wird, mag man nun annehmen, dass das Gold, als Maßstab des Geldes, im Lande gewonnen, oder aus dem Auslande eingeführt werde. Verhielte es sich aber anders, so dass ein Steigen des Preises der Dinge stete Folge vom Steigen des Arbeitslohnes wäre, so würde die Behauptung stets richtig sein, dass das Steigen des Arbeitslohnes stets diejenigen betrifft, welche Arbeiter anstellen, und sie eines Theiles ihres wirklichen Gewinnes beraube. Wenn z. B. der Hutmacher, der Strumpffabrikant und der Schuhmacher jeder ihren Arbeitern 10 Pfd. mehr Arbeitslohn für die Verfertigung einer gewissen Quantität Hüte, Strümpfe und Schuhe zahlen müssen und der Preis dieser Fabrikate so weit steigt, dass die Manufakturisten diese 10 Pfd. wieder ersetzt erhalten; so befinden sie sich bei diesem Steigen nicht besser als vorher. Verkauft nun der Strumpffabrikant seine Strümpfe für 110 Pfd., statt wie früher für 100 Pfd., so wird er gerade den nämlichen Gewinn wie vorher haben. Da er aber für diese Summe einen Zehntel weniger an Hüten, Schuhen oder jedes anderen Artikels einkaufen und mit der vorigen Summe, bei dem erhöhten Arbeitslohn, weniger Arbeiter anstellen und, bei dem gestiegenen Preise, weniger rohe Materialien einkaufen kann, so ist er nicht [147] besser daran, als wenn wirklich sein Geld=Gewinn dem Betrage nach verringert und dagegen jedes Ding bei seinem vorigen Preise geblieben wäre. Ich habe deshalb darzutun gesucht: 1) dass das Steigen des Arbeitslohnes den Preis der Dinge nicht steigert, dagegen aber stets den Gewinn verringert; 2) dass wenn der Preis der Dinge in die Höhe gehen könne, die Wirkung auf den Gewinn immer die nämliche sein, und dass eigentlich bloß der Wert des Mediums, nach welchem Preis und Gewinn bestimmt wird, herabsinken würde.

[148]

## Sechstes Kapitel.

### Vom ausländischen Handel.

Der ausländische Handel, so bedeutend er auch ist, wird doch nicht unmittelbar den Nationalreichtum eines Landes vermehren, ob er gleich außerordentlich dazu beitragen mag, die Menge nützlicher Dinge und folglich die der Genüsse zu vermehren. Da der Wert aller ausländischen Waren nach der Quantität der Produkte unseres Bodens und unserer Arbeit, die wir dafür im Austausch geben, gemessen wird, so empfangen wir dadurch keinen doppelten Wert, wenn bei der Eröffnung neuer Märkte wir die doppelte Quantität ausländischer Waren für eine gewisse Quantität der unsrigen eintauschen. Wenn ein Kaufmann Englische Waren für den Betrag von 1,000 Pfd. kauft, für welche er eine Quantität ausländischer Waren tauscht, die er auf Englischem Markt für 1,200 Pfd. verkaufen kann; so wird er bei dieser Anlegung seines Kapitals 20 pCt. Gewinn haben. Aber weder sein Gewinn, [149] noch der Wert der eingeführten Waren wird durch die größere oder geringere Quantität, welche er an ausländischen Waren erhalten hat, vergrößert oder verringert werden. Zum Beispiel, er habe 25 oder 50 Pipen Wein eingeführt; so werden seine Interessen auf keine Weise verringert werden, wenn er zu zwei verschiedenen Zeiten erst die 25 und dann die 50 Pipen um den gleichen Preis von 1,200 Pfd. verkauft. In dem einen, wie in dem anderen Fall wird sein Gewinn 200 Pfd. oder 20 pCt. seines Kapitals betragen; in beiden Fällen wäre also immer der gleiche Wert in *England* eingeführt. Verkauft er seine 50 Pipen teurer, als für 1,200 Pfd., so übersteigt sein Gewinn den gewöhnlichen Gewinnbetrag, und ein so vorteilhafter Handelszweig würde bald so lange Kapitale herbeiziehen, bis das Sinken des Weinpreises Alles wieder ins alte Gleichgewicht gebracht hätte.

Man hat inzwischen behauptet, dass der große Gewinn, den zu Zeiten einzelne Kaufleute im ausländischen Handel machen, den in einem Lande allgemein üblichen Gewinnbetrag steigere, und dass die Wegziehung der Kapitale von anderen Unternehmungen, um sie auf den gewinnreichern ausländischen Handel zu verwenden, ein Steigen der Preise und somit eine Vermehrung des Gewinnbetrags bewirke. Dies haben sehr geschätzte Schriftsteller<sup>28</sup> behauptet. Wenn, sagen sie, [150] das zum Getreidebau, zur Fabrikation des Tuches, der Hüte, der Schuhe rc. bestimmte Kapital vermindert wird, während die Nachfrage nach diesen Gegenständen die nämliche bleibt, so muss der Preis derselben so in die Höhe gehen, dass der Pächter, Hutmacher, Tuchfabrikant und Schuhmacher weit mehr Gewinn haben, in gleichem Verhältnis, wie der Kaufmann, welcher ausländischen Handel treibt.

Diejenigen, welche so ihren Satz unterstützen, stimmen mit mir darin überein, dass der Gewinnbetrag in den mannichfachen Arten der Kapitalsanlegung immer sich das Gleichgewicht zu halten strebe, gemeinschaftlich zu steigen und zu fallen pflege. Wir weichen nur darin voneinander ab: jene behaupten, dass ein allgemeines Steigen des Gewinnbetrages Gleichheit im Gewinn herbeiführe; und ich bin der Meinung, dass der Gewinnbetrag eines begünstigten Geschäftszweiges schnell wieder auf den allgemeinen Standpunkt herabsinken müsse. Denn erstlich gebe ich nicht zu, dass *notwendig* weniger Kapital auf den Getreidebau, auf die Tuch-, Hut und Schuhfabrikation verwendet werde, es hätte sich denn die Nachfrage nach diesen Artikeln vermindert. Wäre Letzteres der Fall, so

---

<sup>28</sup> Siehe Adam *Smith*, Buch 1. Cap. 9.

würden sie nicht im Preise steigen. Um ausländische Waren zu kaufen, muss man entweder die *gleiche* Quantität, eine *geringere*, oder eine *stärkere* von inländischen Produkten dafür geben. Gibt man *gleiche* Quantität dafür, so wird die Nachfrage nach Tuch, Schuhen, Getreide und Hüten noch ebenso, wie vorher sein und [151] die nämliche Quantität Kapital wird auf die Produktion dieser Artikel verwendet. Wenn man, in Folge des wohlfeileren Preises der ausländischen Waren, zu ihrem Ankauf eine *kleinere* Quantität des jährlichen Ertrags des Bodens und der Arbeit verwendet, so bleibt desto mehr zum Ankauf anderer Gegenstände übrig. Wenn die Nachfrage nach Hüten, Schuhen, Getreide etc. zunimmt, wie sich das ereignen kann, und die Konsumenten ausländischer Waren einen größeren Teil ihres Einkommens disponibel haben, so wird nun das Kapital, welches vorher zum Ankauf ausländischer Artikel, solange selbige einen größeren Wert hatten, bestimmt war, gleichfalls disponibel, so dass mit der steigenden Nachfrage nach Getreide, Schuhen etc. zu gleicher Zeit auch die Mittel, das gestiegene Bedürfnis zu befriedigen, zunehmen; folglich kann kein permanentes Steigen der Preise und des Gewinnbetrags stattfinden. Wird ein *größerer* Teil der inländischen Produkte des Bodens und der Arbeit zum Ankauf ausländischer Waren verwendet, so bleibt um so viel weniger für den Ankauf anderer Gegenstände übrig und folglich wird die Nachfrage nach Hüten, Schuhen etc. abnehmen; aber zu gleicher Zeit, wo Kapitale der Fabrikation von Hüten, Schuhen etc. entzogen werden, wird ein desto größerer Teil auf solche Manufakturen verwendet werden, welche die Artikel liefern, für welche die ausländischen Waren gekauft werden. Die Nachfrage also, sowohl nach Produkten des *Auslandes* als des *Inlandes*, richtet sich, was den Wert anbelangt, in allen Fällen nach dem Einkommen und [152] dem Nationalkapital. Wächst die eine, so nimmt die andere ab. Nimmt z. B. in *England* die Weineinfuhr um das Doppelte zu, dergestalt, dass man noch immer die *nämliche* Quantität inländischer Waren dafür gibt; so kann die Englische Nation entweder doppelt soviel Wein, als vorher konsumieren, oder die nämliche Quantität, wie früher und mehr Nationalprodukte. Wenn mein jährliches Einkommen 1,000 Pfd. beträgt, mit denen ich jährlich eine Pipe Wein für 100 Pfd. und an inländischen Produkten für 900 Pfd. zu kaufen pflege: so kann ich, wenn die Pipe Wein auf 50 Pf. herabfällt, mit den mir übrig, gebliebenen 50 Pf. noch eine Pipe Wein, oder mehr inländische Produkte kaufen. Kaufe ich mehr Wein und handeln alle Weintrinker mit mir überein, so wird dieser Zweig des ausländischen Handels durchaus keine Veränderung erleiden; es wird die nämliche Quantität inländischer Produkte für Wein ausgeführt werden und man wird davon an Quantität, nicht aber an Wert das Doppelte erhalten. Begnüge ich mich dagegen, so wie auch alle anderen Weintrinker, mit der vorigen Quantität, so wird die inländische Ausfuhr abnehmen und es wird uns freistehen, die Produkte, welche im vorigen Fall würden ausgeführt worden sein, zu konsumieren, oder beliebige andere. Das zu ihrer Produktion erforderliche Kapital würde sich aus dem bilden, was man dem ausländischen Handel, nun entziehen müsste.

Das Kapital wächst auf zweierlei Art, nämlich durch *Vermehrung des Einkommens*, oder [153] durch *Verminderung der Konsumtion*. Wenn mein Gewinn von 1,000 Pfd. auf 1,200 Pfd. steigt, während meine Ausgaben die nämlichen bleiben, so erspare ich 200 Pfd. jährlich mehr als vorher. Erspare ich 200 Pfd. an meinen Ausgaben jährlich, so erhalte ich das nämliche Resultat und bringe 200 Pfd. meinem Kapital zu. Der Kaufmann, welcher Wein einführt, nachdem der Gewinn von 20 pCt. auf 40 pCt. gestiegen ist, muss die inländischen Waren, welche er vorher für 1,000 Pfd. kaufte, jetzt für 857 Pfd., 2 Sch., 10 P. kaufen; den eingeführten Wein dagegen verkauft er für 1,200 Pfd. und müsste er für die inländischen Produkte 1,000 Pfd. zahlen, so müsste er den Wein für 1,400 Pfd. verkaufen. Auf diese Weise würde ihm sein Kapital 40 statt 20 pCt. einbringen. Wenn er aber, so wie alle Konsumenten, in Folge der Wohlfeilheit aller Artikel, auf die sie ihr Einkommen verwenden, von jedem 1,000 Pfd. jährlich 200 Pfd. ersparen könnte, so würde dadurch der reelle Reichtum des

Landes vermehrt werden. In dem einen Fall ist das Ersparen Folge des vermehrten Einkommens; im andern Folge der verringerten Ausgabe.

Wenn die Einführung der Maschinen in dem Wert aller der Dinge, für welche ich mein Einkommen verwende, ein Sinken um 20 pCt. bewirkte; so würde ich eben so viel ersparen, als wenn mein Einkommen um 20 pCt. gestiegen wäre. In dem einen Fall aber ist der Betrag des Gewinns stätig, in dem anderen ist er um 20 pCt. gestiegen.

[154] Wenn durch Einfuhr wohlfeiler ausländischer Waren ich an meinen jährlichen Ausgaben 20 pCt. ersparen kann; so ist die Wirkung gerade die nämliche, als wenn durch Einführung von Maschinen die Produktionskosten gesunken sind; aber der Betrag des Gewinnses wird nicht steigen.

Der Betrag des Gewinnses nimmt also nicht in Folge des großen Warenabsatzes zu, obgleich dadurch die Menge der Waren vermehrt und es uns möglich wird, unser Kapital zu vergrößern, womit wir die Arbeit bezahlen, so wie die Materialien, auf welche die Arbeit verwendet wird. Die Lage der Menschen wird wesentlich verbessert, wenn ihre Genüsse durch eine bessere Verteilung der Arbeit, oder durch ein Steigen des Gewinnbetrags vermehrt werden können; jene bessere Verteilung der Arbeit findet stets statt, sobald jedes Land die Dinge produziert, welche sich am besten für sein Klima, seine Lage und seine andern natürlichen und künstlichen Vorteile schicken, und dieselben dann für Produkte anderer Länder vertauscht.

Im ganzen Laufe dieses Werks habe ich immer darzutun gesucht, dass der Gewinnbetrag nur steigen kann, sobald der Arbeitslohn sinkt, und dass ein solches Sinken nur so lange permanent sein kann, als die Bedürfnisse, für welche der Arbeiter seinen Lohn verwendet, im Preise fallen. Wenn durch Vergrößerung des ausländischen Handels oder durch Verbesserung der Maschinen es dahin gebracht wird, dass der [155] Arbeiter seine Nahrungsmittel und Bedürfnisse um einen niedrigeren Preis kaufen kann, dann wird der Gewinnbetrag steigen. Wenn wir, statt selbst Getreide zu bauen und Kleider und Bedürfnisse für die Konsumtion des Arbeiters zu fabrizieren, einen neuen Markt entdeckten, wo wir diese Dinge um einen billigeren Preis kaufen könnten, so würde ebenfalls der Gewinnbetrag steigen und der Arbeitslohn sinken. Dienen aber diese Dinge, welche man durch Erweiterung des ausländischen Handels oder durch Verbesserung der Maschinen wohlfeiler erhält, nur zur Konsumtion der Reichen; so wird der Gewinnbetrag keine Veränderung erleiden. Der Arbeitslohn wird auf seinem Standpunkte bleiben, wenn auch Wein, Sammet, Seide und andere Luxusartikel um 50 pCt. fallen sollten: der Gewinnbetrag wird folglich fortwährend der nämliche bleiben.

So vorteilhaft und nützlich auch der ausländische Handel für ein Land ist, indem er die Zahl und Mannigfaltigkeit der Gegenstände vermehrt, auf welche man sein Einkommen verwenden kann, einen Reichtum wohlfeiler Waren herbeiführt und dadurch Ersparnis und Kapitalanhäufung fördert: so pflegt er doch niemals den Kapitalgewinn zu erhöhen, es sei dann, dass die eingeführten Artikel Gegenstände der Konsumtion des Arbeiters sind.

Was ich vom ausländischen Handel soeben gesagt habe, leidet gleiche Anwendung auf den inländischen Handel. Der Kapitalgewinn steigt weder durch bessere [156] Verteilung der Arbeit, noch durch Erfindung von Maschinen, Anlegung von Straßen und Kanälen, noch durch irgendein anderes Arbeitsabkürzungs-Mittel, hinsichtlich der Fabrikation oder des Transports der Waren. Alle diese Ursachen haben bloß Einfluss auf den Preis und kommen stets dem Konsumenten zu Gut, der sich nun in den Stand gesetzt sieht, mit der nämlichen Arbeit, oder mit dem nämlichen Werte des Ertrags seiner Arbeit, sich eine größere Quantität solcher Gegenstände zu verschaffen, deren Produktion durch obige Vervollkommnungen erleichtert worden ist; sie haben aber keine Wirkung auf den Gewinnbetrag. Auf der

anderen Seite steigert jede Verminderung des Arbeitslohnes den Kapitalgewinn, hat dagegen keine Wirkung auf den Preis der Dinge. Ersterer Umstand kommt allen Klassen zu Gut; denn alle sind Konsumenten. Letzterer gewährt bloß den Produzenten Vorteil, die nun mehr gewinnen, denn Alles bleibt bei seinem vorigen Preise. Im ersteren Fall gewinnen sie noch eben so viel, wie vorher; aber alle Gegenstände der Konsumtion haben einen geringeren Tauschwert erhalten.

Die Regel indessen, welche den Tauschwert der Dinge in dem einen Lande bestimmt, gilt nicht für den Tauschwert derjenigen Dinge, welche zwischen zwei oder mehreren Ländern ausgetauscht werden.

Bei einem System gänzlicher Handelsfreiheit, benutzt jedes Land sein Kapital und seine Industrie, wie es ihm am nützlichsten dünkt. Die Rücksichten des in- [157] dividuellen Interesses vertragen sich aufs Beste mit dem allgemeinen Wohl der ganzen Gesellschaft. Durch Aufmunterung der Industrie, Belohnung des Talentes und bestmögliche Benutzung der wohlthätigen Kräfte der Natur gelangt man zu einer zweckmäßigeren Verteilung und Ersparnis der Arbeit. Die Zunahme der Gesamtmasse von Produkten verbreitet inzwischen allgemeinen Wohlstand; der Austausch derselben verbindet alle Nationen der zivilisierten Welt miteinander durch die gegenseitigen Bande des Interesses und des Umgangs, und bildet eine *große* Gesellschaft. In Folge dieses Prinzips keltert man Wein in *Frankreich* und *Portugal*, baut man Getreide in *Polen* und den vereinigten Staaten, fabriziert man Luxusartikel und andere Waren in *England*.

In ein und demselben Lande behält der Gewinnbetrag überhaupt, immer den nämlichen Standpunkt und weicht höchstens für den Fall davon ab, wenn die Kapitale in einem Geschäft mehr oder weniger sicher und angenehm angelegt werden können. Dies ist indessen nicht der Fall in zwei verschiedenen Ländern. Wenn der Gewinnbetrag von Kapitalen, die in Yorkshire angelegt sind, denjenigen von Kapitalen, die in London benutzt werden, übersteigen sollte; so würden die Kapitale schnell von London nach Yorkshire wandern, und ein Gleichgewicht im Gewinnbetrag würde die Folge davon sein. Wenn aber der Produktionsbetrag des Englischen Bodens abnehmen, und, in Folge der Anhäufung der Kapitale und der Bevölkerung, der Ar- [158] beitslohn steigen und der Gewinnbetrag sich vermindern sollte; so würde daraus doch nicht hervorgehen, dass Kapital und Population notwendigerweise *England* verlassen und sich nach Holland, Spanien oder Russland begeben müssten, wo der Gewinnbetrag vielleicht höher sein könnte.

Hätte Portugal keine Handelsverbindungen mit andern Ländern, so würde es genötigt sein, einen großen Teil des Kapitals und der Industrie, die es jetzt auf Erzeugung des Weins verwendet, für welchen es Tuch und Luxusartikel, so viel es bedarf, aus andern Ländern einhandelt, auf die Manufaktur letzterer Artikel zu verwenden und sie dann doch höchst wahrscheinlich, der Qualität und Quantität nach, geringer erhalten, als es sie jetzt aus der Fremde bezieht.

Die Quantität Wein, welche Portugal im Austausch für Englisches Tuch gibt, bestimmt sich nicht nach den beiderseitigen Quantitäten Arbeit, die auf die Produktion dieser Artikel verwendet worden ist, was aber der Fall sein würde, wenn *beide* in *England*. oder in Portugal produziert worden wären.

*Englands* Lage könnte vielleicht so beschaffen sein, dass es zur Fabrikation von Tuch der jährlichen Arbeit von 100 Menschen, zur Erzeugung des Weins hingegen der jährlichen Arbeit von 120 Menschen bedürfte. In diesem Fall würde es seinen Vorteil dabei finden, Wein einzuführen und Tuch dafür auszuführen.

[159] Die Erzeugung des Weins in Portugal erforderte vielleicht nur die jährliche Arbeit von 80 Menschen, und die Produktion des Tuches die jährliche Arbeit von 90 Menschen: so würde Portugal dabei gewinnen, Wein auszuführen und Tuch dafür einzutauschen. Dieser Tausch würde selbst dann noch stattfinden, wenn der in Portugal eingeführte Artikel im Lande selbst mit wenigern Kosten als in *England* produziert werden könnte. Obgleich Portugal zur Tuchfabrikation nur der Arbeit von 90 Menschen bedarf, so wird es dasselbe doch lieber aus einem Lande einführen, wo die Arbeit von 100 Menschen dazu erforderlich ist, und zwar weil es mehr Gewinn dabei hat, sein Kapital auf die Erzeugung des Weins zu verwenden, für welchen es aus *England* eine größere Quantität Tuch erhält, als es selbst fabrizieren würde, wenn es einen Teil des dem Weinbau gewidmeten Kapitals auf die Fabrikation von Tuch verwenden wollte.

*England* würde in obigem Fall das Produkt der Arbeit von 100 Menschen für das Produkt der Arbeit von 80 Menschen geben. Ein solcher Tausch kann aber nie zwischen Individuen ein und desselben Landes Platz greifen. Die Arbeit von 100 Engländern kann durchaus nicht für die Arbeit von 80 Engländern gegeben werden; das Produkt der Arbeit von 100 Engländern mag aber wohl für das Produkt der Arbeit von 80 Portugiesen, 60 Russen oder 120 Ostindiern gegeben werden können. Die Ursache dieses Unterschiedes, der zwischen dem einen Lande und mehreren andern obwaltet, [160] lässt sich leicht auffinden und erklären, wenn man eines Teils die Schwierigkeiten beachtet, welche sich der Versetzung, eines Kapitals, zu einer vorteilhaftern Benutzung, aus einem Lande in ein anderes entgegenstellen, und auf der anderen Seite die Leichtigkeit, mit welcher es, zu dem nämlichen Endzweck, von einer Provinz des nämlichen Landes zur andern übergeht.<sup>29</sup>

---

<sup>29</sup> Ein Land, welches sich durch seine Maschinen und die Geschicklichkeit seiner Arbeiter auszeichnet und welches deshalb mit größerer Ersparnis von Handarbeit zu produzieren im Stande ist, als seine Nachbarn, kann, das leuchtet ein, für die Produkte seiner Industrie einen Teil des, zu seiner Konsumption erforderlichen Getreides vom Auslande beziehen, selbst dann, wenn sein Boden fruchtbarer sein und mit wenigerer Arbeit Getreide erzeugen sollte, als es in dem Lande der Fall ist, aus welchem es seinen Bedarf bezieht. Von zwei Arbeitern z. B., die beide Hüte und Schuhe zu machen verstehen, kann der eine in beiden Beschäftigungen geschickter als der andere sein, in der Verfertigung von Hüten aber den andern vielleicht nur um ein Fünftel, also um 20 pr. C. übertreffen, dagegen in der Verfertigung von Schuhen um ein Drittel, also um 33 pr. C. Würde es daher nicht für beide am vorteilhaften sein, wenn der Geschicktere sich ausschließlich dem Schuhmachen und ebenso der Andere dem Hutmachen sich widmete?

(Note des Verf.)

Diese Erläuterungen, sowohl im Text als in obiger Note, haben den Zweck, das Törichte des Ausschließungssystems auf das Deutlichste darzutun, nach welchem die Einfuhr ausländischer Produkte gehindert wird, um die inländischen zu begünstigen. Alles, was eine Nation konsumieren kann, wird auch von ihr und unter ihr erzeugt; sie kann keinen Wert konsumieren, den sie nicht erst produziert hat (Ausgenommen die Werte, welche sie aus dem Auslande erhält, ohne etwas entgegen zu geben, z. B. wenn Jemand Revenuen aus dem Auslande bezieht.); denn womit kann sie die Produkte Chinas kaufen, wenn nicht mit den Produkten, die sie selbst erzeugt hat, oder, was auf Eins hinaus kommt, mit dem Erlös eines selbst erzeugten Produktes? Auf gleiche Weise, wie die Engländer ihren Wein in Tüchern produzieren, kann man sagen, dass die Franzosen durch Verfertigung von Seidenzeug ihren Zucker fabrizieren. Und wenn ihnen mittelst des Handels der Westindische Zucker wohlfeiler zukömmt, als derjenige, den sie auf ihrem eigenen Boden ziehen würden, so ist es für sie, für den Staat, wie für die Individuen, vorteilhaft, den Zucker aus dem Auslande zu beziehen. Diese, schon in *Smiths Wealth of Nations* und in meinem *Traité d'Economie politique* entwickelten Grundsätze können nicht sattsam [?] unter verschiedenen Formen von neuem vorgebracht werden.

Douanen taugen deshalb niemals etwas zur Begünstigung der National-Industrie. Sie lassen sich auf gleiche Weise verteidigen, wie alle die Einrichtungen, wodurch die Völker bevormundet werden; so lange letztere noch fort dauern, werden auch stets auf der Einfuhr große Abgaben lasten.

J. B. S.

[161] Für die Kapitalisten *Englands* und die Konsumenten beider Länder müsste es also ohne allen Zweifel vorteilhaft sein, dass, unter solchen Umständen, *Wein und Tuch in Portugal produziert würde*, und in dieser Hinsicht das Kapital und die Arbeit *Englands*, welche auf Tuchmanufaktur verwendet wurde, nach Portugal versetzt werden könnte. In diesem Fall würde der Tauschwert beider Dinge nach dem nämlichen Grundsatz sich richten, als wenn das eine in Yorkshire und das andere in London produziert wäre; in jedem anderen Fall, wenn die Kapitale ungehindert [162] nach den Ländern sich ziehen, wo sie vorteilhafter benutzt werden können, kann kein Unterschied im Gewinnbetrag stattfinden, und der eigentliche Wert der Produkte, der sich nach der darauf verwendeten Arbeit bestimmt, kann weiter keine Veränderung erleiden, als höchstens eine solche, die Folge des Arbeitszuschusses ist, der erfordert wird, um die Produkte auf die verschiedenen Märkte zu bringen, wo sie verkauft werden.

Die Erfahrung lehrt, dass vielerlei dem Auswandern der Kapitale im Wege steht, z. B. die eingebildete oder wirkliche Unsicherheit des Kapitals, das der Eigentümer nicht unter seiner unmittelbaren Kontrolle haben kann; dann die natürliche Abneigung, die Jeder empfindet, wenn er sein Vaterland, seine Freunde verlassen und sich unter eine fremde Regierung begeben soll, wo er genötigt ist, seine alten Gewohnheiten gegen neue Sitten und Gesetze zu vertauschen. Diese Gefühle, die ich nicht geschwächt je erblicken möchte, bestimmen den größten Teil der Kapitalisten, mit einem geringeren Gewinnbetrag in der Heimat sich lieber zu begnügen, als in fremden Ländern ihre Kapitale vorteilhafter anzulegen zu suchen.

Da Gold und Silber als allgemeines Zirkulationsmittel angenommen ist, so sind sie durch die Handelskonkurrenz in solchen Verhältnissen unter die verschiedenen Länder der Erde verteilt worden, dass sie sich selbst zum natürlichen Umsatz eigenen (d. h. man kann sie als Ware betrachten), der nämlich stattfinden [163] würde, wenn es nicht dergleichen Metalle gäbe und der Handel zwischen den Ländern sich bloß auf den Austausch ihrer gegenseitigen Produkte beschränkte.

Deshalb kann Tuch nicht nach Portugal eingeführt werden, wenn es nicht daselbst für mehr Gold verkauft wird, als es in dem Lande gekostet hat, aus welchem es eingeführt wird; eben so wenig kann Wein nach *England* eingeführt werden, wenn er nicht daselbst teurer bezahlt wird, als er in Portugal gekostet hat. Wäre der Handel ein reiner Tauschhandel, so würde er nur so lange dauern, als einesteils *England* sich bei der Tuchfabrikation so gut stände, dass es mit einer gewissen Quantität Arbeit, auf Tuchfabrikation gewendet, mehr Wein bekommt, als wenn es dieselbe auf den Weinbau verwendet, und andernteils, die Industrie der Portugiesen entgegengesetzte Resultate liefert.

Angenommen, in *England* würde die Entdeckung gemacht, den Wein auf eine Weise zu bauen, dass man sich besser dabeistände, ihn selbst zu bauen, statt einzuführen; so würde in diesem Fall ein Teil des Englischen Kapitals dem ausländischen Handel entzogen und dafür dem inländischen zugewendet werden; man würde aufhören, Tuch für die Ausfuhr zu fabrizieren, und dagegen Wein für die inländische Konsumption bauen. Der Geldpreis dieser Artikel würde sich nun auf folgende Weise bestimmen: Der Wein würde in *England* sinken und das Tuch sich beim alten Preise erhalten, während in Portugal bei beiden Artikeln keine Preisver- [164] änderung Platz greift. Man würde noch eine Zeit lang Englisches Tuch nach Portugal ausführen, wo sein Preis immer höher, als in *England* sein würde; aber die Portugiesen würden nun nicht mehr mit Wein, sondern mit Geld bezahlen, und zwar so lange, bis der Überfluss des Geldes in *England* und die Seltenheit desselben im Auslande einen solchen Einfluss auf den relativen Wert des Tuches in beiden Ländern gehabt haben würde, dass die Ausfuhr desselben aus *England* nicht mehr vorteilhaft wäre. Wenn die neuentdeckte Weise den Wein zu bauen, großen Vorteil brächte, so dürfte es dem Interesse beider Länder angemessen sein, wenn *England* allen Wein und Portugal alles Tuch

für das Konsumtionsbedürfnis beider Länder verfertigte. Dies könnte aber nur dann möglich werden, wenn in Folge einer neuen Verteilung der edlen Metalle, der Preis des Tuches in *England* stiege, während er in Portugal herabsänke. Der relative Preis des Weines würde in *England* sinken, wegen der Vorteile, welche die neue Weise des Weinbaues darböte, d. h. sein natürlicher Preis würde sinken; der relative Preis des Tuches würde dagegen steigen, in Folge des sich immer mehr anhäufendes Geldes.

Der Preis des Weins in *England* soll z. B. vor dieser neuen Entdeckung zu 50 Pfd. die Pipe gewesen sein, der Preis einer bestimmten Quantität Tuch 45 Pfd., während in Portugal die Pipe Wein 45 Pfd. und die nämliche Quantität Tuch 50 Pfd. kostet: so würde Portugal in diesem Fall den Wein mit 5 pCt. [165] Gewinn, und *England* sein Tuch mit gleichem Gewinn, ausführen.

Angenommen ferner, der Wein sänke im Preise herab zu 45 Pfd., nach Einführung der neuen Weise des Weinbaues, und das Tuch behielte fortwährend seinen alten Preis, so wird der Kaufmann, da aller Handel bloß Gewinn zum Zweck hat, so lange aus dem einen Land in das andere einführen, als er in *England* Tuch zu 45 Pfd. kaufen und es mit dem gewöhnlichen Gewinn nach Portugal verkaufen kann. Dazu braucht er bloß Tuch in *England* zu kaufen und es mit einem Wechsel auf Portugal, den er mit Portugiesischem Gelde kauft, zu bezahlen. Es interessiert ihn nun wenig, was aus seinem Gelde wird; er hat seine Schuld durch die Einhändigung des Wechsels getilgt. Sein Handel richtet sich freilich nach den Bedingungen, unter welchen er sich diesen Wechsel verschaffen kann; aber diese sind ihm zur Zeit wohl bekannt, und er bekümmert sich sehr wenig um die Ursachen, welche auf den Marktpreis der Wechsel, oder auf den Wechselkurs, Einfluss haben können.

Sind die Preise auf beiden Märkten für die Ausfuhr des Weins aus Portugal nach *England* günstig, so wird derjenige, welcher Wein ausführt, einen Wechsel verkaufen, der entweder von dem gekauft wird, welcher Englisches Tuch einführt, oder von dem, der ihm seinen Wechsel verkauft hat. Auf diese Weise empfangen die Kaufleute beider Länder, welche Waren aus- [166] führen, die Bezahlung dafür, ohne dass es nötig sei Geld aus einem Lande ins andere zu schicken. Das Geld, welches in Portugal der Kaufmann gibt, welcher Englisches Tuch einführt, empfängt der Portugiesische Kaufmann, welcher Wein ausführt, obgleich unter beiden keine direkte Beziehung stattfindet. Ebenso ist der Englische Kaufmann, welcher das Tuch ausführt, wenn er einen solchen Wechsel kauft, berechtigt, dafür den Betrag von dem Kaufmann zu empfangen, welcher den Wein einführt.

Befände sich aber der Weinpreis auf einem Standpunkt, demzufolge die Ausfuhr nach *England* unterbliebe, so wüsste derjenige, welcher das Tuch nach Portugal einführt, sich doch einen Wechsel verschaffen; er würde ihn aber teurer bezahlen müssen, weil demjenigen, von welchem er denselben kauft, es nicht unbekannt sein kann, dass keine Gegenwechsel auf dem Markte sind, mittelst welcher sich die Geschäfte beider Länder endlich ausgleichen lassen. Er kann auch vielleicht wissen, dass er das Gold- oder Silbergeld, welches er für seinen Wechsel bekommt, seinem Korrespondenten in *England* senden muss; um ihn dadurch in den Stand zu setzen, die Summe zu bezahlen, die er eine andere Person von ihm zu verlangen berechtigt hat; deshalb wird er zu dem Preise des Wechsels alle noch vorkommende Unkosten, außer seinem gewöhnlichen und billigen Gewinn, hinzurechnen.

Wenn das Agio auf einen Wechsel nach *England* dem Gewinn vom eingeführten Tuch gleich ist, so wird [167] die Tucheinfuhr von selbst unterbleiben. Ist aber das Agio auf einen Wechsel nur 2 pCt., und muss man, um einen Englischen Wechsel von 100 Pfd. zu kaufen, in Portugal 102 Pfd. dafür zahlen, während das Tuch, welches erst 45 Pfd. kostete, jetzt 50 Pfd. gilt; so wird die Tucheinfuhr Fortgang haben; man wird Englische Wechsel kaufen und bar

Geld so lange ausführen, bis die Verminderung desselben in Portugal und seine Anhäufung in *England* einen solchen Stand der Preise herbeigeführt haben wird, dass eine Fortsetzung dieser Geschäfte nicht länger vorteilhaft sein dürfte.

Aber die Verminderung des Geldes in einem Lande und die Anhäufung desselben in einem andern hat nicht bloß. Einfluss auf den Preis einer einzelnen Ware, sondern auch auf den Preis aller, und deshalb wird sowohl der Preis des Weins als des Tuches in *England* steigen, in Portugal aber fallen. Der Preis des Tuches, der in *England* 45 Pfd. und in Portugal 50 Pfd. war, wird wahrscheinlich in letzterm auf 49 oder 48 Pfd. fallen und auf 46 oder 47 Pfd. in ersterem steigen und deshalb, nach Abzug des Agio für den Wechsel, nicht hinlänglichen Gewinn mehr gewähren, um noch zur Einfuhr Englischen Tuches irgendetwas zu reizen.

Jedes Land besitzt nur so viel geprägtes Geld, als die Operationen eines vorteilhaften Tauschhandels erheischen. *England* führte Tuch gegen Wein aus; denn dadurch wurde seine Industrie produktiver; es erhielt so mehr Tuch und mehr Wein, als wenn es beide für [168] seine Konsumtion produziert hätte. Portugal führte Tuch ein und dagegen Wein aus, weil die Portugiesische Industrie, auf Weinbau verwendet, für beide Länder am vorteilhaftesten war. Fände die Fabrikation des Tuches in *England*, oder der Weinbau in Portugal mehr Schwierigkeit, oder würde es leichter, in *England* Wein zu bauen, und in Portugal Tuch zu fabrizieren; so würde dieser Handel sogleich aufhören.

Die Umstände in Portugal sollen aber z. B. unverändert bleiben, *England* es dagegen seinem Interesse gemäß finden, seine Industrie auf den Weinbau zu wenden; so würde sogleich der Tauschhandel zwischen diesen beiden Ländern, eine Veränderung erleiden. Nicht allein die Weinausfuhr von Portugal hört auf, sondern auch eine neue Verteilung der edelen Metalle tritt ein und dadurch ist auch die Einfuhr Englischen Tuches gehindert.

Beide Länder dürften es vielleicht für vorteilhafter finden, ihren eigenen Wein und ihr eigenes Tuch zu produzieren, aber das sonderbare Resultat würde sich nun ergeben, dass in *England*, obgleich der Wein wohlfeiler würde, das Tuch im Preise stiege und von den Konsumenten teurer bezahlt werden müsste, während in Portugal beides, Tuch und Wein, den Konsumenten weit wohlfeiler zu stehen käme. Dies ist indessen nur ein scheinbarer Vorteil für Portugal, denn die Quantität des Weins und Tuches, die in diesem Lande produziert wird, würde abnehmen, [169] die Produktion dieser Artikel in *England* hingegen zunehmen. Der Wert des Geldes würde sich in beiden Ländern merklich verändern, in *England* nämlich durch Steigen und in Portugal durch Fallen. Das Totaleinkommen Portugals, in Geld angeschlagen, würde abgenommen und dasjenige *Englands*, nach dem nämlichen Maßstab gerechnet, zugenommen haben.

Daraus geht denn hervor, dass die Verbesserung der Manufakturen eines Landas dazu beiträgt, eine andere Verteilung der edlen Metalle unter den verschiedenen Völkern der Erde zu bewirken. Zuerst bewirkt sie Vermehrung, der Industrie Erzeugnisse, und sodann ein allgemeines Steigen aller Preise in dem Lande, wo diese Verbesserung Platz gegriffen hat.

Um die Frage zu vereinfachen; habe ich bloß angenommen, dass sich der gegenseitige Handelsverkehr zweier Länder bloß auf zwei Dinge, Wein und Tuch, beschränke; aber es ist nur zu gut bekannt, wie viele und mannichfaltige Artikel auf die Liste der Ein- und Ausfuhr gehören. Indem das Geld sich aus dem einen Lande wegzieht und in dem andern anhäuft, führt es eine Veränderung im Preise aller Dinge herbei; dadurch wird die Ausfuhr vieler andern Dinge, ausgenommen des Geldes, begünstigt und die Wirkung weniger empfindlich gemacht, die das Geld hinsichtlich seines Wertes sonst in beiden Ländern erfahren haben würde.

[170] Außer der Vervollkommnung in Künsten und Maschinen gibt es noch verschiedene andere Ursachen, welche beständig auf den natürlichen Gang des Handels ihren Einfluss äußern, indem sie dem Gleichgewicht und dem relativen Wert des Geldes entgegen wirken. Ein- und Ausfuhrprämien, neue Auflagen auf die Erzeugnisse hemmen den natürlichen Tauschhandel bald auf direkte, bald auf indirekte Weise, und machen, um die Warenpreise mit dem natürlichen Gang des Handels in Übereinstimmung zu bringen, die Ein und Ausfuhr des Geldes zur Notwendigkeit. Diese Wirkung ist nicht allein in dem Lande bemerkbar, wo diese hemmenden Ursachen obwalten, sondern, in größerem oder geringerem Grade, überall, wohin sich der Handelsverkehr erstreckt.

Daraus erklärt sich einigermaßen die Verschiedenheit des Geldwertes in jedem Lande und wie es komme, dass in Ländern, wo Manufakturen blühen, die inländischen Produkte, welche zumal einen großen Umfang (was auf den Transport Einfluss hat), haben unabhängig von andern Ursachen, höher im Preise stehen. Von zwei Ländern gleicher Population, gleicher Quantität und Qualität, hinsichtlich des in Kultur genommenen Landes, und gleicher Kenntnis im Ackerbau, wird dasjenige die höchsten Getreidepreise haben, welches bessere Maschinen anwendet und größere Kunstfertigkeit in der Fabrikation seiner, für die Ausfuhr bestimmten, Erzeugnisse entwickelt. Der Gewinnbetrag wird wahrscheinlich in beiden Ländern nur unbedeutend verschieden sein, da der Arbeits- [171] lohn in beiden ungefähr sich gleich sein dürfte; aber der Arbeitslohn und ebenso die Bodenerzeugnisse, werden in dem Lande höher im Gelde angeschlagen werden, das, wegen seiner besseren Maschinen und der größeren Kunstfertigkeit seiner Arbeiter, mehr Geld für seine Ausfuhrartikel einführt.

Wenn jedes der beiden Länder in einem besonderen Zweige der Industrie sich vorzugsweise auszeichnete; so würde der Zufluss der edlen Metalle nach beiden gleich sein; was unfehlbar sogleich aufhören müsste, sobald das eine ein entschiedenes Übergewicht in der Industrie über das Andere erlangt hätte. –

Zu Anfange dieses Werks habe ich angenommen, dass das Geld stets einen unveränderlichen Wert behalte und daraus Folgerungen gezogen; jetzt aber will ich darzutun suchen, dass das Geld, außer den *gewöhnlichen* Wertveränderungen, und denen, welche die ganze Handelswelt treffen, auch noch *besonderen* in jedem einzelnen Lande unterworfen ist. Der Wert des Geldes in zwei verschiedenen Ländern ist sich niemals gleich, indem er stets von Besteuerung, Industrie, Vorzügen des Klimas, Naturerzeugnissen und manchen anderen Ursachen abhängig ist, die in dem einen Lande mehr oder weniger, als in dem anderen vorwalten.

Obgleich nun das Geld beständigen Veränderungen im Werte unterworfen ist, wovon ein Unterschied im [172] Preise derjenigen Erzeugnisse, welche fast allen Ländern gemein sind, die Folge ist; so hat doch, weder der Überfluss, noch die Seltenheit des Geldes, irgendeinen Einfluss auf den Gewinnbetrag. Das National-Kapital wird nicht vermehrt durch Vermehrung des zirkulierenden Mediums. Wenn die Bodenrente, welche der Pächter dem Grundeigentümer und der Arbeitslohn, den er den Arbeitern zahlt, in dem einen Land um 20 pCt. höher sind, als in einem anderen, und wenn zu gleicher Zeit der Nominalwert vom Kapital des Pächters um 20 pCt. höher ist; so wird er bestimmt den nämlichen Gewinnbetrag haben, ob er gleich seine Bodenerzeugnisse um 20 pCt. teurer verkauft. –

Der Gewinnbetrag, um es nochmals zu wiederholen, ist vom Arbeitslohne abhängig, und nicht vom Nominal-, sondern vom Realwert desselben. Nicht die Anzahl der Pfd. Sterling, welche der Arbeiter jährlich bezahlt erhält, sondern die Anzahl von Tagesarbeiten, welche erforderlich waren, um diese Summe Pfd. Sterling zu erwerben, kommen hier in Betrachtung. Der Arbeitslohn kann daher in zwei verschiedenen Ländern sich gleich sein, in

gleichem Verhältnis zur Bodenrente und zum Gesamtertrag des Bodens stehen, ungeachtet der Arbeiter in dem einen Lande wöchentlich 10, in dem andern dagegen 12 Schillinge erhält.

Im ersten Zustande der Gesellschaft, wo Industrie und Manufakturen noch geringe Fortschritte machen, und die Erzeugnisse aller Länder fast die nämlichen [173] sind, indem sie aus Gegenständen großen Umfangs und großer Gebrauchs-Nützlichkeit bestehen, hängt der Wert des Geldes hauptsächlich von der Entfernung der Bergwerke ab, aus denen die edlen Metalle gezogen werden. So wie aber die Künste Fortschritte machen und Verbesserungen in der Gesellschaft Platz greifen, so wie verschiedene Nationen in verschiedenen Industriezweigen sich auszeichnen; so ist es immer die Überlegenheit in der Industrie, welche hauptsächlich diesen Wert bestimmt, wenn auch die Nähe oder Entfernung der Bergwerke fortdauernd mit einwirkt.

Angenommen, alle Nationen erzeugten Getreide, Vieh und grobes Tuch, und für die Ausfuhr dieser Artikel könnten sie Gold erhalten aus den Ländern, die dergleichen besitzen, oder von den Völkern, welche letztere beherrschen: so würde natürlich das Gold, wegen der höheren Kosten, welche bei der Versendung eines Artikels, der einen so großen Raum einnimmt, wie Getreide, aus der größeren Entfernung jener Länder erwachsen, und wegen der größeren Kosten, die aus gleicher Ursache die Rückfracht des Goldes verursacht, einen größeren Tauschwert in Polen, als in *England* haben.

Dieser Unterschied im Wert des Goldes, oder was auf Eins hinauskommt, dieser Unterschied im Preis des Getreides in beiden Ländern würde selbst dann Statt finden, wenn es auch, wegen größerer Fruchtbarkeit des Bodens, oder größerer Geschicklichkeit [174] der Arbeiter, oder besserer Ackerbauinstrumente, in *England* leichter wäre, Getreide zu bauen, als in Polen.

Hätte aber Polen zuerst seine Manufakturen vervollkommnet, wäre es ihm gelungen, einen allgemein begehrten Artikel zu fabrizieren, der mit großem Wert kleinen Körperumfang vereinigte, oder wäre es im ausschließlichen Besitz irgendeines Naturerzeugnisses von allgemeiner Nützlichkeit; so würde es im Austausch dafür eine weit größere Quantität Gold erhalten, welche auf den Preis seines Getreides, Viehes und groben Tuches Einfluss haben würde.

Der Nachteil des Abstandes der Preise würde durch den Vorteil, ein Ausfuhrprodukt von so großem Werte zu besitzen, mehr als ausgeglichen sein, und das Gold in Polen fortwährend einen geringeren Wert, als in *England* haben. Behauptete dagegen *England*, im Betreff der Geschicklichkeit und der Maschinen, den Vorzug, so würde noch ein Grund mehr hinzukommen, weswegen das Gold in *England* weniger Wert, als in Polen hätte und weshalb Getreide, Vieh und Tuch in *England* teurer wären.

Dies sind, nach meiner Ansicht, die zwei einzigen Ursachen, welche den verhältnismäßigen Wert des Geldes in den verschiedenen Ländern der Erde bestimmen. Denn obgleich Auflagen das Gleichgewicht hinsichtlich des Geldes stören; so haben sie doch nur diese Wirkung, indem sie das Land, dem sie aufgelegt werden, [175] eines Teils der Vorteile berauben, die Folge seiner Geschicklichkeit, seiner Industrie und seines Klimas sind.

Sorgfältig habe ich stets unterschieden zwischen niedrigem Preis des Geldes und dem hohen Preis des Getreides, oder irgendeines anderen Artikels, der mit dem Geld verglichen werden möchte. Durchgehend hat man diese zwei verschiedenen Ausdrücke als gleichbedeutend betrachtet; aber es ist in die Augen springend, dass wenn das Maß Korn von 5 auf 10 Schillinge steigt, dies von einem Sinken des Geldwertes, oder von einem Steigen des Getreideswertes herrühren muss. Und wir haben schon gesehen, dass das Getreide einen

höheren Wert, im Verhältnis zu anderen Dingen erlangt, sobald, um die gestiegene Population zu ernähren, die Notwendigkeit eintritt, allmählich Boden von einer geringeren Qualität in Kultur zu nehmen. Erhält sich auch der Wert des Geldes immer auf gleichem Standpunkt, so wird man nun im Austausch für Getreide eine größere Quantität geben müssen; das heißt: das Getreide ist im Preise gestiegen. Ein gleiches Steigen des Kornpreises wird durch Verbesserung solcher Maschinen bewirkt werden, wodurch die Manufakturen in den Stand gesetzt werden, leichter und vorteilhafter zu produzieren; denn dieses wird einen Zufluss des Geldes zur Folge haben, welches, indem es eben deshalb im Werte sinkt, für eine kleinere Quantität Getreide ausgetauscht wird. Aber die aus dem Steigen des Getreidepreises, als Folge des steigenden Getreidewertes, oder des sinkenden Geldwertes [176] hervorgehenden Wirkungen, sind ganz verschieden. In beiden Fällen wird der Geldpreis des Arbeitslohnes steigen; rührt dies aber vom Sinken des Geldwertes her, so wird nicht allein der Arbeitslohn und das Getreide, sondern auch alle anderen Dinge steigen. Wenn der Manufakturist höheren Arbeitslohn bezahlen muss, so verkauft er. auch seine Manufaktur-Artikel teurer und der Gewinnbetrag erleidet keine Veränderung. Ist aber das Steigen des Kornpreises die Wirkung erschwerter Produktion, so verringert sich der Gewinnbetrag; denn der Manufakturist ist nun genötigt, höheren Arbeitslohn zu zahlen, ohne durch einen steigenden Preis seiner Manufaktur-Artikel dafür Ersatz zu erhalten.

Jede Verbesserung, welche die Bearbeitung der Bergwerke erleichtert, so dass die edlen Metalle mit weniger Arbeit zu Tage gefördert werden, hat ein allgemeines Sinken des Geldwertes zur Folge. Überall wird man nun für eine bestimmte Quantität Geld eine geringere Quantität Ware bekommen als vorher. Zeichnet sich aber ein einzelnes Land hinsichtlich seiner Manufakturen vorteilhaft aus, so dass nach demselben das Geld strömt; so wird zwar auch der Wert des Geldes sinken, aber der Preis des Getreides und der Arbeit wird verhältnismäßig in diesem Lande höher als in einem anderen sein.

Diese höheren Preise haben indessen keinen Einfluss auf den Wechselkurs. Der Preis des Kornes und der [172] Arbeit mag in dem einen Lande um 10, 20 oder 30 pCt. höher stehen als in einem anderen, so kann man doch fortwährend Wechsel al pari negoziieren. Unter den angenommenen Umständen ist ein solcher Unterschied der Preise ganz der natürlichen Ordnung der Dinge gemäß, und der Wechselkurs kann nur al pari bleiben, nachdem eine hinlängliche Quantität Geld in dasjenige Land, welches den Vorzug hinsichtlich der Manufakturen erlangt hatte, eingeführt ist, so dass der Preis seines Getreides und seiner Arbeit steigen musste. Würde man im Auslande die Geldausfuhr verhindern, und könnte man es dahin bringen, dass einem Prohibitiv-Gesetz in dieser Hinsicht pünktlich nachgekommen würde; so würde dadurch dem Steigen der Getreide- und Arbeitspreise in dem Manufaktur-Lande vorgebeugt werden (denn das Steigen kann nur Folge des Zuflusses von edlen Metallen sein, angenommen, dass kein Papiergeld existiert); aber dadurch würde doch nicht verhindert werden, dass der Wechselkurs fürs Ausland sehr nachteilig stände. Wäre z. B. *England* das Manufaktur treibende Land, und wäre es möglich, die Geldeinfuhr aus dem Auslande zu hindern, so würde sein Wechselkurs mit *Frankreich*, *Holland* und *Spanien* um 5, 10, oder 20 pCt. zum Nachteil dieser Länder stehen. Wenn die Zirkulation des Geldes durch gewaltsame Mittel gehemmt wird und dasselbe sein richtiges Gleichgewicht nicht finden kann, dann gibt es keine Grenzen für die möglichen Veränderungen im Wechselkurs. Die Wirkungen sind ähnlich denen, welche der [178] gezwungene Cours eines Papiergeldes zur Folge hat, das nicht nach der Willkür des Inhabers gegen klingende Münze umgesetzt werden kann. Dergleichen Papiergeld hat notwendig nur in dem Lande Cours, wo es ausgegeben worden ist, und kann sich nicht in andere Länder verbreiten. Das Gleichgewicht der Zirkulation ist aufgehoben und unvermeidlich muss der Wechselkurs für ein Land, in dem sich eine große Quantität dieses Zirkulations-Mittels vorfindet, höchst nachteilig werden. Derselbe Fall wird bei der Metall-Zirkulation eintreten, wenn es durch

gewaltsame Mittel, durch unumschiffbare Gesetze gelingt, das Geld im Lande zurück zu halten, während der Handelszug ihm eine Richtung nach anderen Ländern hin gibt.

Wenn jedes Land gerade die Quantität Geld besitzt, die es bedarf, so wird der Wechselkurs al pari stehen, wenn auch das Geld in der Tat in allen Ländern nicht gleichen Wert hat und hinsichtlich dieses, z. B. durch manche andere Umstände ein Unterschied von 5, 10 oder selbst 20 pCt. stattfindet. Mit 100 Pfd. Sterling oder einer, dieser Summe entsprechenden, Quantität Silber, kauft man einen Wechsel von 100 Pfd., der eine gleiche Quantität Silber in Spanien, *Frankreich* oder Holland verschafft<sup>30</sup>.

[179] Wenn von dem Wechselkurs und dem verhältnismäßigen Werte des Geldes in verschiedenen Ländern die Rede ist, kommt das Verhältnis, welches sich aus dem Werte der Waren und des Geldes in jedem Lande ergibt, gar nicht Anschlag. Niemals kann der Wechselkurs durch eine Vergleichung des Geldwertes mit dem Werte des Getreides, des Tuchs oder jeden anderen Erzeugnisses bestimmt werden, sondern bloß durch eine Vergleichung des Geldwertes in dem einen Lande, mit dem Geldwert in einem anderen Lande.

Den Wechselkurs zweier Länder kann man auch bestimmen, indem man den Geldwert derselben mit [180] einem, beiden gemeinschaftlichen und unveränderlichen Maßstab vergleicht. Wenn man z. B. mit einem Wechsel auf *England* von 100 Pfd. die nämliche Quantität Waren in *Frankreich* oder Spanien kauft, als mit einem Wechsel von gleicher Summe auf Hamburg; so steht der Wechselkurs zwischen *England* und Hamburg al pari. Kauft man aber mit einem Wechsel auf *England* von 130 Pfd. nicht mehr als mit einem Wechsel auf Hamburg von 100 Pfd.; so steht der Wechselkurs 30 pCt. wider *England*.

Kauft man in *England* für 100 Pfd. einen Wechsel auf Holland von 101 Pfd., auf *Frankreich* von 102 Pfd., auf Spanien von 105 Pfd.: so sagt man in diesem Fall, dass der Wechselkurs 1 pCt. wider Holland, 2 pCt. wider *Frankreich* und 5 pCt. wider Spanien stehe. Dies würde zugleich anzeigen, dass in diesen Ländern verhältnismäßig ein Überschuss von Geld stattfinde; der Wechselkurs würde aber schnell wieder al pari stehen, sobald in jenen Ländern dieser Überfluss abgeleitet, oder in *England* die Quantität des Geldes vermehrt wurde.

Diejenigen, welche behauptet haben, dass das Geld in *England*, während der letzten zehn Jahre im Preise gesunken sei, wenn der Wechselkurs um 20 oder 30 pCt. wider dasselbe stand, haben niemals, wie man ihnen Schuld gegeben hat, den Satz aufgestellt, dass das Geld, verglichen mit den verschiedenen Waren, in dem einen Lande nicht mehr wert sein

---

<sup>30</sup> Bevor nämlich die Assekurations- und diejenigen Kosten abgezogen sind, die der Transport der edlen Metalle von einem Lande zum andern verursacht. Ich kann einwilligen, für einen Wechselbrief zu Paris 98 Unzen Silber zu empfangen, der 100 Unzen in London zahlbar, gilt; denn ließe ich die 100 Unzen Silber, die man mir in London schuldet, in natura kommen; so dürften sie vielleicht, hinsichtlich der Kosten, die dies verursachen würde, auf 98 Unzen reduziert werden. Findet keine Beschränkung statt, so sind diese Kosten für Gold und Silber von geringem Belang, und sollte auch Beschränkung stattfinden, wie leicht wird sie nicht umgangen!

Bei Waren, die einen großen Körperumfang haben, kann, selbst bei gänzlicher Handelsfreiheit, in einem und dem anderen Lande ein großer Unterschied, hinsichtlich ihres Geldwertes stattfinden, weil die Transportkosten für solche Waren verhältnismäßig weit beträchtlicher sind, als für edle Metalle.

Die verschiedenen Grade der Schwierigkeit, die beim Transport der Waren aus einem Lande ins andere eintreten, mögen sie aus der Natur der Waren oder der Gesetze entspringen, sind die einzige Ursachen, welche einen großen Unterschied im Geldpreis dieser Waren in den beiden Ländern bewirken.

J.B.S.

könne, als in [181] dem anderen; aber sie haben behauptet, dass das Geld nicht in *England* zurückbehalten werden könne, wenn 130 Pfd. Sterl. in Hamburg oder in Holland nur 100 Pfd. kosten.

Wenn ich 130 Pfd. Sterling in guten Sorten nach Hamburg sende, selbst mit 5 Pfd. Sterl. Unkosten, so besitze ich dort 125 Pfd.; was könnte mich also bewegen, für einen Wechsel 130 Pfd. zu zahlen, der mir in Hamburg nur 100 Pfd. gewährt? – meine Pfd. Sterling müssten denn nicht in guten Sorten, sie müssten geringer an Wert und innerem Gehalt, als die Hamburger sein, sie müssten mir, wenn ich sie mit einem Kosten-Aufwand von 5 Pfd. Sterling nach Hamburg sendete, dort auch nicht mehr als 100 Pfd. einbringen. Es ist nicht zu leugnen, dass 130 Pfd. in klingender Münze mir in Hamburg 125 Pfd. gewähren, in Papier aber nur 100 Pfd.; und doch will man behaupten, dass 130 Pfd. Sterl. in Papier von gleichem Wert mit 130 Pfd. in Silber oder in Gold sind!

Andere haben mit mehr Grund angenommen, dass 130 Pfd. in Papier nicht gleichen Wert mit 130 Pfd. in klingenden Sorten haben; aber sie sagen, dass es die klingenden Sorten seien, die eine Wertveränderung erlitten hätten, und nicht das Papiergeld; sie wollen unter dem Wort *depreciation* (Wertverringerung) ein wirkliches Sinken des Werts, nicht aber einen verhältnismäßigen Unterschied zwischen dem Werte des Geldes und dem Wertmesser, verstanden wissen, nach welchem der Wert gesetzlich bestimmt ist.

[182] Hundert Pfd. Sterl.-Englisches Geld hatte sonst gleichen Wert mit 100 Pfd. Hamburger Geld; und mit einem Wechsel von 100 Pfd. auf *England* oder Hamburg konnte man in jedem anderen Lande die nämliche Quantität Waren kaufen. Diese nämliche Quantität Waren konnte ich zuletzt nur für 130 Pfd. Englisches Geld kaufen, in Hamburg dagegen für 100 Pfd. Hamburger Geld. Wäre das Englische Geld noch von gleichem Wert, wie vorher gewesen, so müsste das Hamburger Geld gestiegen sein. Aber wo ist der Beweis davon? Wie lässt es sich ausmitteln, ob das Englische Geld gefallen, oder das Hamburger gestiegen sei? Es fehlt hier ein gemeinschaftlicher Maßstab als Auskunftsmittel und deshalb kann in dieser Sache kein Beweis geführt, und das eine oder das andere weder positiv bestätigt oder widersprochen werden. Die Völker müssen schon früh zu der Einsicht gelangt sein, dass es keinen unveränderlichen Maßstab in der Natur gebe, dessen man sich als untrügliches Auskunftsmittel bedienen könne, und deshalb wählten sie ein Medium, welches in vieler Hinsicht unveränderlicher, als alle anderen Dinge ihnen erschien.

Nach diesem Wertmesser müssen wir uns nun richten, solange das Gesetz nicht aufgehoben und ein anderes Ding entdeckt ist, welches einen besseren Maßstab, als der bestehende, gewährt. So lange das Gold ausschließlich als Wertmesser in *England* gilt, wird der Wert des Geldes gesunken sein, wenn ein Pfd. Strlg. nicht gleichen Wert mit 5 dwts und [183] 3 grs. reinen Goldes hat, mag übrigens der Wert des Goldes im Allgemeinen zu- oder abnehmen<sup>31</sup>.

---

<sup>31</sup> Der einzig richtige Wertmesser ist die Arbeit, nicht aber, wie Herr *Ricardo* annimmt, das Gold, dessen Wert mannichfachen Veränderungen unterworfen ist. Der (relative) Wert einer Sache bestimmt sich nach *der Quantität Arbeit, die ich für dieselbe kaufen kann*, während die, auf die Produktion einer Sache verwendete Quantität Arbeit, weit entfernt, den Maßstab ihrer Gebrauchs-Nützlichkeit oder ihres Tauschwertes abzugeben (ihren absoluten Wert bestimmt, d. h.) bloß anzeigt, was sie dem Manufakturisten oder Fabrikanten gekostet hat. Da also das Gold, so wie das Papiergeld durch vermehrte oder verminderte Nachfrage seinem relativen Werte nach steigen oder fallen kann, so lässt sich das Eine oder das Andere bloß dadurch ausmitteln, dass man untersucht, ob man *mehr oder weniger*, als die gewöhnliche Quantität Arbeit, oder (was gleich viel ist) das Produkt derselben, die notwendigsten Lebensbedürfnisse, dafür kaufen kann.

Anm. d. Übers.

[184]

## Siebentes Kapitel.

### Von den Auflagen.

Auflagen sind derjenige Teil von den Erzeugnissen des Bodens und der Industrie eines Landes, der zur Verfügung der Regierung anheimgestellt wird, und der immer zuletzt vom Kapital, oder vom Einkommen eines Landes bezahlt wird.

Ich habe bereits gezeigt, dass das National-Kapital in festes und zirkulierendes geteilt wird, je nachdem es seiner Natur nach mehr oder weniger dauerhaft ist. Es ist aber schwer zwischen beiden genau die Grenze zu bezeichnen; denn hinsichtlich der Dauerhaftigkeit eines Kapitals gibt es unendliche Abstufungen. Die Lebensmittel werden in einem Lande wenigstens einmal des Jahres verzehrt und wieder erzeugt. Die Kleidungsstücke des Arbeiters werden wenigstens alle zwei Jahre konsumiert und wieder hergestellt, während sein Haus und seine Wirtschaftsgeräte zehn oder zwanzig Jahre dauern können.

[185] Übersteigt die jährliche Produktion eines Landes die jährliche Konsumtion desselben, so sagt man, dass das National- Kapital vermehrt worden sei , und wenn die jährliche Konsumtion nicht wenigstens durch die Produktion ersetzt wird, dass Letzteres verringert werde. *Die Vermehrung des National-Kapitals wird also durch vermehrte Produktion oder durch verminderte Konsumtion bewirkt.*

Wenn das Bedürfnis der Regierung steigt und neue Auflagen notwendig macht, dabei eine Vermehrung der Produktion oder eine Verminderung der Konsumtion, von Seiten der Nation eintritt; so wird die Auflage nur das National-Einkommen treffen, das National-Kapital sonach unangegriffen bleiben. Findet aber keine Vermehrung der Produktion oder Verminderung der Konsumtion von Seiten der Nation statt; so greifen die Auslagen notwendig das National-Kapital an.

In dem Verhältnis, wie das Kapital eines Landes verringert wird, muss auch die Produktion desselben notwendig abnehmen. Wenn folglich die Regierung und die Nation die nämliche Konsumtion fortsetzen, während die jährliche Produktion abnimmt, so wird der Reichtum des Einzelnen, wie des Staates, mit wachsender. Schnelligkeit verzehrt werden und Armut und Untergang werden die unvermeidlichen Folgen sein.

[186] Ungeachtet die Ausgaben, welche die Englische Regierung in den letzten zwanzig Jahren hat machen müssen, unermesslich gewesen sind, so scheint es doch keinem Zweifel zu unterliegen, dass sie durch die vermehrte Produktion, von Seiten der Nation mehr als ersetzt worden sind. Das National-Kapital ist nicht allein unangegriffen geblieben, sondern sogar beträchtlich vermehrt worden, und das jährliche Einkommen der Nation, selbst nach Abzug der zu zahlenden Abgaben, ist vielleicht jetzt höher, als es in irgendeiner früheren Periode unserer Geschichte jemals gewesen ist.

Zum Beweis obiger Behauptung darf ich nur auf die Vermehrung der Bevölkerung, die Verbreitung des Ackerbaues, die Vermehrung der Schifffahrt und der Manufakturen, die Anlegung von Häfen, die Eröffnung zahlreicher Kanäle, so wie auf viele andere kostbare Unternehmungen hinweisen; Alles dieses liefert den Beweis, dass beide, Kapital und jährliche Produktion, zugenommen haben.

Es gibt keine Art der Auflage, welche nicht der Kapital-Anhäufung entgegen wäre, weil es keine gibt, die nicht der Produktion Fesseln anlegt, und die nämlichen Wirkungen mit sich

führte, wie unfruchtbarer Boden, übles Klima, verringerte Geschicklichkeit und Betriebsamkeit, schlechte Verteilung der Arbeit, oder Verlust einiger nützlichen Maschinen. Obgleich einige Arten von Auflagen diese Wirkungen in einem höheren Grade als andere hervorbringen, so muss man doch be- [187] kennen, dass das große Übel der Auflagen weniger in der Wahl der zu steuernden Gegenstände, als vielmehr in dem Gesamtbetrag ihrer kollektiven Wirkungen zu suchen sei.

Auflagen greifen darum nicht notwendig das Kapital an, weil sie aufs Kapital gelegt sind, eben so wenig das Einkommen, weil sie auf dem Einkommen ruhen. Wenn ich von 1,000 Pfd. jährlichen Einkommens 100 Pfd. Auflagen zahlen muss, so würde dies eine Besteuerung meines Einkommens sein, sobald ich mich begnüge, die übrigbleibenden 900 Pfd. bloß zu verzehren, dagegen aber mein Kapital angreifen, wenn ich fortführe, 1,000 Pfd. auszugeben.

Das Kapital, von welchem ich meine 1,000 Pfd. Einkommen ziehe, mag 10,000 Pfd. betragen; eine 1 prozentige Besteuerung dieses Kapitals würde 100 Pfd. ausmachen; aber mein Kapital würde nicht angegriffen werden, wenn ich nach Bezahlung der 100 Pfd. mich begnüge, mit den übrigbleibenden 900 Pfd. auszukommen.

Das Bestreben, welches Jedem eigen ist, seinem Range zu genügen, und seinen Wohlstand auf dem Punkte zu erhalten, den er einmal erreicht hat, macht, dass die meisten Auflagen, seien sie auf Kapital oder Einkommen gelegt, vom Einkommen bezahlt werden. So wie daher die Auflagen sich vermehren, oder die Ausgaben der Regierung zunehmen; so wird die jähr- [188] liche Konsumtion des Volkes, abnehmen, es sei denn, dass Letzteres im Stande gewesen, sein Kapital und Einkommen verhältnismäßig zu vermehren. Das Interesse jeder Regierung erheischt es aber, diese natürliche Richtung des Volkes noch zu begünstigen und niemals solche Steuern aufzulegen die unvermeidlich das Kapital treffen müssen; denn dadurch werden die Fonds, welche die Industrie beleben, angegriffen und somit der Produktion des ganzen Landes Eintrag getan.<sup>32</sup>

In *England* hat man diese Klugheitsregel unbeachtet gelassen, indem man die Erbschaften besteuerte, z. B. mit der Auflage auf die Legate und allen den Abgaben, die das vom Tod aufs Leben übergehende Eigentum treffen. Wenn z. B. ein Legat von 1.000 Pfd. einer Abgabe von 100 Pfd. unterliegt, so betrachtet der Legatarius sein Legat als nur 900 Pfd. enthaltend und hat keinen außerordentlichen Beweggrund, die 100 Pfd. Abgabe von seiner Ausgabe zu ersparen, und so wird das National-Kapital vermindert. Hätte er aber wirklich 1)000 Pfd. empfangen und dagegen die 100 Pfd. Abgaben auf sein Einkommen, seinen Wein, seine Pferde, seine Dienerschaft gelegt, bezahlen müssen; so würde er wahr- [189] scheinlich seine Ausgaben verhältnismäßig vermindert, doch wenigstens nicht um so viel vermehrt haben, und das National-Kapital würde nicht vermindert worden sein. „Auflagen auf das, aus der toten Hand in die lebende übergehende Eigentum“, sagt *Adam Smith*, „fallen endlich und so gut als unmittelbar auf die Personen, auf welche das Eigentum übergegangen ist.“ Auflagen auf den Verkauf von Ländereien fallen ganz auf den Verkäufer. Und da letzterer fast immer aus Notwendigkeit veräußert, so muss er es um jeden Preis, den er nur bekommen kann. Der Käufer hingegen ist fast niemals in der Notwendigkeit zu kaufen, und bietet folglich nur so viel, als ihm gut dünkt. Er berechnet, wie hoch das Land ihm, an Abgabe und Kaufschilling zu stehen kommt. Je mehr er an Abgaben zu bezahlen hat, desto weniger ist er

---

<sup>32</sup> Wenn die Regierung, wie es in *England* der Fall ist, jährlich eine bedeutende Summe konsumiert, die sie durch Anleihen erhebt; so verzehrt sie offenbar einen Teil des National-Kapitals, oder wenigstens der jährlichen Ersparnisse, die sonst das produktive National-Kapital vergrößert haben würden.

geneigt; als Kaufschilling zu geben. Dergleichen Auflagen fallen also fast immer auf eine Person, die von der Notwendigkeit bedrängt ist und müssen um deswillen hart und drückend sein. Stempelabgaben, so wie Abgaben auf Einregistrierung der Obligationen und Schulddokumente fallen ganz auf den Entlehner und werden im Grunde allein von ihm bezahlt. Auflagen gleicher Art auf die Prozessakten fallen ganz auf die streitenden Parteien und verringern beiden den Kapitalwert des Streitgegenstandes. Je mehr mir die Erlangung eines Eigentums Kosten verursacht, desto geringer ist der Netto-Wert desselben, wenn ich es endlich erlangt habe. Alle [190] Auflagen, welche auf den Umsatz jeder Art des Eigentums gelegt sind, pflegen, indem sie den Kapitalwert des Eigentums vermindern, auch zugleich die zur Belegung der Industrie bestimmten Fonds zu verringern. Alle dergleichen Auflagen tragen mehr oder weniger zur Verschwendung des National-Kapitales bei, indem sie bloß auf dessen Unkosten das Einkommen des Souveräns vermehren, der selten davon Leute erhält, deren Arbeit produktiv ist, während es in den Händen des Volks stets produktiv verwendet wird.

Dies ist aber nicht das Einzige, was an den Auflagen auf den Umsatz des Eigentums auszusetzen ist. Sie verhindern auch, dass das National-Kapital auf die, für die Gesellschaft vorteilhafteste Weise verteilt werde. Will man den allgemeinen Nutzen berücksichtigen, so kann man den Umsatz und Austausch aller Arten des Eigentums nicht genugsam erleichtern; denn gerade dadurch wird es möglich, dass jede Art des Kapitals den Weg in die Hand derjenigen finde, die, zur Vermehrung der National Produktion, den vorteilhaftesten Gebrauch davon machen. „Warum, fragt Herr Say, will der Mann sein Land verkaufen? – Weil er eine andere Unternehmung beabsichtigt, bei welcher er sein Kapital produktiver anlegt. Warum kauft der Andere dieses Land? – Um ein Kapital anzulegen, das ihm zu wenig einbrachte, was unbenutzt da lag, oder was er einträglicher zu machen gedenkt. Dieser Umsatz vermehrt das allgemeine Einkommen, indem es das Einkommen dieser beiden Individuen ver- [191] mehrt. Sind aber die Auflagen so unmäßig, dass sie die Veräußerung und den Umsatz verhindern, dann sind sie auch für die Vermehrung des allgemeinen Einkommens ein Hindernis.“ Diese Auflagen gewähren aber große Bequemlichkeit, hinsichtlich der Perception, und darin wännen Viele ihre schädlichen Wirkungen größtenteils ausgeglichen zu erblicken.

[192]

## Achtes Kapitel.

### Von der Besteuerung der Acker-Erzeugnisse.

Nachdem ich schon in einem früheren Kapitel, hoffentlich genügend, den Grundsatz entwickelt und aufgestellt habe, dass der Preis des Getreides sich nach den Produktionskosten desselben bestimmt, auf Boden und mit Kapital, welches keine Rente trägt; so folgere ich nun daraus, dass Alles, was die Produktionskosten vermehrt, auch den Preis erhöht, und umgekehrt, dass alles, was dieselben verringert, auch den Preis erniedrigt. Der Umstand, dürftigeres Land in Kultur nehmen zu müssen, oder geringeren Ertrag von einem, auf bereits in Kultur befindliches Land angelegtem, Zuschuss-Kapital zu erhalten, muss notwendig zum Steigen des Tauschwertes der Boden-Erzeugnisse beitragen. Die Entdeckung von Maschinen, die dem Ökonomen es möglich machen, sein Getreide mit geringeren Produktionskosten zu bauen, muss natürlich eine Verringerung des relativen Werts des Getreides herbeiführen. Jede Auflage, die der Ökonom entrichten muss, habe sie [193] den Namen Grundsteuer, Zehnten, oder Ertragssteuer, erhöht die Produktionskosten und steigert deshalb den Preis der Bodenerzeugnisse<sup>33</sup>.

[194] Wenn der Preis der Bodenerzeugnisse nicht so hoch steigt, um den Bodenbebauer für die Auflage zu entschädigen; so wird er natürlich ein Geschäft aufgeben, das ihm weniger Gewinn bringt, als jedes andere. Daraus folgt Verminderung des Vorrats, so lange bis unablässige Nachfrage ein solches Steigen im Preise der Bodenerzeugnisse bewirkt hat, dass Bodenkultur wieder denselben Gewinn gewährt wie jeder andere Industriezweig.

Eine Erhöhung des Preises allein kann ihn in den Stand setzen, die Auflage zu zahlen und doch fortwährend den gewöhnlichen und allgemeinen Gewinnbetrag aus seinem angelegten Kapitale zu ziehen. Er kann die Auflage nicht vom Pachtgelde abziehen und so dem Grundeigentümer sie bezahlen lassen; er kann sie auch nicht von seinem Gewinn abziehen,

---

<sup>33</sup> \*) Hr. *Ricardo* gibt hier einigen seiner Annahmen eine Allgemeinheit, in die man unmöglich einstimmen kann. Z. B. sagt er, dass der Gewinn, den der Boden dem Eigentümer abwirft, Pachtgeld oder Bodenrente genannt, sich nach dem in Kultur genommenen Land letzter Qualität richte; dass dergleichen Land *keine* Rente bezahle, weil der Ertrag desselben den Bebauer bloß für Vorschuss und Kulturkosten entschädigt. Hieraus zieht er die Folgerung, dass die geringste Auflage auf das Land oder seinen unmittelbaren Ertrag, den Preis seines Produkts steigern und zugleich die Folge haben müsse, dass die Kultur solcher Ländereien, die ihrem Eigentümer keine Rente tragen, aufgegeben werde. Aber es verhält sich nicht streng so. Aller kultivierte Boden trägt immer eine Rente, wie schwach sie auch sei. Ein Eigentümer würde seinen Boden, wenn er ihm nichts einbrächte, wenn nicht aus Laune, gar nicht bebauen lassen. So gibt es auf den Alpen und dem Juragebirge viele schlechte Weiden, auf die kein Kapital verwendet wird, und die doch alle ihren Eigentümern eine Rente bringen. Sollte es nun auch einige in Kultur genommene Ländereien geben, die ihrem Eigentümer für sein Eigentumsrecht durchaus nichts abwerfen, so dürfte doch ihre Anzahl so gering sein, dass sie in einem großen Lande wahrscheinlich keinen Einfluss auf die Quantität und den Preis der Gesamt-Erzeugnisse haben würden. Eine neue Auflage auf den Bodenertrag, müsste, wenn sie ein Steigen des Getreidepreises bewirken sollte, so beträchtlich sein, dass bereits in Kultur genommene Ländereien wieder wüst liegen gelassen würden. Wenn eine solche Auflage nicht merklich zur Vermehrung der Neubrüche beiträgt, so lässt sich auch nicht einsehen, warum der Preis des Getreides steigen sollte, indem der Vorrat immer sich gleichbleibt. Die Regierung oder die Geistlichkeit darf nur ihren Zehnten in Natura erheben, und der Preis des Getreides wird noch der nämliche bleiben, weil die nämliche Quantität dieses Produkts noch auf den Markt kommen, und, statt durch die Erzeuger, nun durch die Einnehmer in Zirkulation gesetzt werden wird. Jede Auflage dieser Art, die nur nicht übertrieben ist, kann nur den Gewinn des Eigentümers und des Erzeugers mindern, ohne die Bodenprodukte teurer zu machen.

denn warum sollte er sonst ein Geschäft fortsetzen, was so geringen Gewinn bringt, während alle anderen Industriezweige weit mehr einbringen? Es unterliegt also keinem Zweifel; er muss die Macht haben, den Preis der Bodenerzeugnisse um so viel, als die Auflage beträgt, zu erhöhen.

Auflagen auf die Bodenerzeugnisse bezahlt also weder der Grundeigentümer noch der Pächter; sondern, in Folge ihres erhöhten Preises, der Konsument.

[195] *Bodenrente* ist, wie man sich erinnern wird, die Differenz der Produkte, die man durch gleiche Quantitäten der Arbeit und des Kapitals, auf Land von gleicher oder verschiedener Qualität angelegt, erhalten hat. Auch muss man sich erinnern, dass die Bodenrente in Geld und die Bodenrente in Getreide nicht in gleichem Verhältnis Veränderungen erleiden.

Eine Auflage auf die Bodenerzeugnisse, z. B. eine Grundsteuer oder Zehnten, wird die Bodenrente in Getreide verändern, während die Bodenrente in Geld in dem Zustande wie vorher bleibt.

Wenn, wie wir schon angenommen haben, das in Kultur genommene Land von dreierlei Qualität ist und mit einem gleichen Kapitalaufwand

180 Maas Getreide von No. 1.

170 Maas Getreide von No. 2.

160 Maas Getreide von No. 3.

erhalten werden; so ist die Rente von No. 1 = 20 Maas, nämlich die Differenz zwischen No. 1 und No. 3; die Rente von No. 2 = 10 Maas, als Differenz zwischen No. 3 und No. 2, da No. 3 gar keine Rente zahlt.

Stände nun der Getreidepreis zu 4 Pf. das Maas, so würde die Bodenrente von No. 1 in Gelde betragen 80 Pf. und die von No. 2 dagegen 40 Pf.

Angenommen, es würde auf das Maas Getreide eine Auflage von 8 Sch. gelegt, so würde der Preis [196] zu 4 Pf. 8 Sch. steigen; und erhielten die Grundeigentümer noch die nämliche Rente in Getreide, wie zuvor, so würde die von No. 1 betragen 88 Pf. und 44 Pf. die von No. 2. Aber beide würden nur gleiche Getreiderente empfangen; die Auflage würde schwerer auf No. 1, als auf No. 2 fallen, und so auch schwerer auf No. 2, als auf No. 3, weil die Auflage von einer größeren Quantität Getreide bezahlt werden muss. Die Schwierigkeit der Produktion auf No. 3 bestimmt den Preis, und das Getreide steigt zu 4 Pf. 8 Sch., damit von dem auf No. 3 angelegten Kapital der nämliche Gewinn gezogen werden könne, wie es im Durchschnitt bei allen anderen Kapitalen der Fall ist.

Der Ertrag der drei verschiedenen Arten Land verhält sich zu der Auflage, wie folgt:	
No. 1 erträgt	180 Maas; zu 4 Pf. 8 Sch. das Maas, tut 792 Pf.
Abgezogen vom Wert von	16,3 Maas, oder 8 Sch. Pr. Maas von 180 Maas, tut 72 Pf.
Bleibt reiner Getreideertrag	136,7 = reiner Geldertrag 720 Pf.
Nr. 2 erträgt	170 Maas, d. Maas zu 4 Pf. 8 Sch. tut 748 Pf.
Abgezogen den Werth von	15,4 M. oder 8 Sch. Pr. M. von 170 M. tut 68 Pf.

Bleibt reiner Getreideertrag	154,6 M. = reiner Geldertrag 680 Pf.
------------------------------	--------------------------------------

[197]

No. 3 erträgt	160 Maas, à 4 Pf. 8 Sch. tut 704 Pf.
Abgezogen den Wert von	14,5 M. od. 8 Sch. Pr. M. von 160 M. tut 64 Pf.
Bleibt reiner Getreideertrag	145,5 M. = reiner Geldertrag 640 Pf.

Die Bodenrente in Geld von Nr. 1 würde fortwährend demnach 80 Pf. oder die Differenz von 640 und 720 Pf. sein; die von No. 2 würde 40 Pf. oder die Differenz von 640 und 680 Pf. sein, also gerade eben so, wie vorher. Aber die Bodenrente in Getreide würde von 20 Maas bei No. 1 auf 18,2 Maas, und bei No. 2 von 10 auf 9,1 Maas sinken.

Eine Auflage aufs Getreide würde also auf die Konsumption desselben fallen und seinen Preis, in Beziehung auf alle andere Dinge, im Verhältnis der Höhe der Auflage steigern. In dem Verhältnis, wie nun die Bodenerzeugnisse zur Verfertigung vieler andern Dinge mit gebraucht werden, müssten auch diese im Werte steigen, bis die Wirkungen der Auflage durch andere Ursachen aufgehoben werden. Solche Dinge sind also indirekt besteuert und ihr Wert steigt im Verhältnis zur Auflage.

Eine Auflage auf die Bodenerzeugnisse und die Lebensbedürfnisse des Arbeiters würde auch noch eine andere Wirkung haben, — sie würde den *Arbeitslohn* erhöhen. In Folge der Ursachen, welche die Population [198] bestimmen, und die Vermehrung des menschlichen Geschlechts bewirken, erhält sich keine Art des Arbeitslohnes lange über dem Standpunkte, den Natur und Lebensbedürfnis des Arbeiters durchaus notwendig machen. Diese Klasse der Staatsbürger ist nie im Stande, einen bedeutenden Abgabenanteil zu tragen. Müssen sie also fürs Maas Getreide 8 Schill. mehr bezahlen, und so verhältnismäßig auch für noch andere Bedürfnisse; so sind sie nicht vermögend, von dem nämlichen Arbeitslohn, wie vorher zu leben und ihr Geschlecht fortzupflanzen. Der Arbeitslohn muss unvermeidlich notwendig steigen, und im Verhältnis, wie er steigt, der Gewinn abnehmen. Wenn die Regierung auf alles im Lande konsumiert werdende Getreide eine Auflage von 8 Schill. pr. Maas legte, so würde ein Teil direkt durch die Getreide-Konsumenten, ein anderer indirekt durch diejenigen bezahlt werden, welche Arbeiter anstellen, und dies würde auf den Gewinn den nämlichen Einfluss haben, als wenn der Arbeitslohn wegen vermehrter Nachfrage nach Arbeitern, ohne diese Nachfrage ganz befriedigen zu können, oder wegen erhöhter Schwierigkeit, die für die Arbeiter nötigen Lebensmittel und Bedürfnisse erhalten zu können, gestiegen wäre.

Insoweit die Auflage die Konsumenten trifft, ist sie gleich, in wie weit den Gewinn, ungleich. Denn sie trifft weder den Grundeigentümer, noch den Kapitalisten; der eine empfängt noch die nämliche Geldrente und der andere die nämlichen Kapitalinteressen als zu- [199] vor. Eine Besteuerung des Bodenertrags wird demnach folgende Erscheinungen bewirken:

- a) sie wird den Preis der Bodenerzeugnisse gerade um den Betrag der Auflage erhöhen, und deshalb auf jeden Konsumenten, im Verhältnis zu seiner Konsumtion, fallen;
- b) sie wird den Arbeitslohn steigern und den Gewinn verringern.

Man kann also gegen diese Auflage einwenden:

1. dass sie eine ungleiche Auflage sei, denn dadurch, dass sie den Arbeitslohn steigert und den Gewinn verringert, trifft sie bloß das Einkommen des Pächters, Kaufmanns und Manufakturisten, ohne den Grundeigentümer, den Kapitalisten und solche Personen zur Mitleidenheit zu ziehen, die kein festes Einkommen besitzen;
2. dass zwischen dem Steigen des Getreidepreises und dem Steigen des Arbeitslohnes immer eine geraume Zeit erst vergehe, während welcher der Arbeiter der größten Noth ausgesetzt ist;
3. dass Steigen des Arbeitslohnes und Abnahme des Gewinns von der Akkumulation der Kapitale in einem Geschäft abhalte und die nämliche Wirkung hervorbringe, wie natürliche Dürftigkeit des Bodens; [200]
4. dass mit dem Steigen des Preises der Bodenerzeugnisse das Steigen des Preises aller anderen Dinge verbunden sei, bei deren Produktion Bodenerzeugnisse mit konkurrieren, und dass man die Konkurrenz der ausländischen Industrie-Erzeugnisse auf dem allgemeinen Markt nicht aushalten könne.

Rücksichtlich des Einwandes ad 1 kann man entgegnen: es sei Sache der Regierung, die Gleichheit dadurch herzustellen, dass Bodenrente und Kapitaleinkünfte direkt besteuert werden. Dann würde man eine Einkommensteuer erhalten, ohne zu dem gehässigen Mittel seine Zuflucht nehmen zu müssen, die inneren Privatverhältnisse der Individuen zu durchstöbern und deshalb Beamte mit einer Macht zu bekleiden, die den Gewohnheiten und den Gesinnungen eines freien Landes widerstreitet.

Was den Einwand No. 2 betrifft, antworte ich, dass der Preis des Arbeitslohnes, unter verschiedenen Umständen, sich bald schneller bald langsamer nach dem Preise der Bodenerzeugnisse richtet; dass in einigen Fällen durch ein Steigen des Getreidepreises nicht die geringste Veränderung des Arbeitslohnes bewirkt wird, in anderen dagegen das Steigen des Arbeitslohnes dem Steigen des Getreidepreises voran geht; in manchen Fällen ist die Wirkung langsam, in manchen sehr schleunig.

Diejenigen, welche behaupten, dass der Arbeitslohn sich nach dem Preise der Lebensbedürfnisse bestimme, mit [201] steter Rücksicht und im Verhältnis zu den besonderen Fortschritten der Nation, scheinen von der nicht durchgängig Grund habenden Annahme auszugehen, dass ein Steigen oder Fallen des Preises der Lebensbedürfnisse stets schleunig von einem Steigen oder Fallen des Arbeitslohnes begleitet sei. Der hohe Preis der Lebensmittel kann sehr verschiedene Ursachen und folglich auch sehr verschiedene Folgen haben. Er kann herrühren:

- a) aus Mangel an Vorrat;
- b) aus allmählich immer zunehmender Nachfrage, die endlich die Produktionskosten vermehren kann;
- c) von einem Sinken des Geldwertes;
- d) von Auflagen, womit die Lebensbedürfnisse belastet werden.

Diese vier Ursachen sind von denen, welche die Wirkungen eines steigenden Preises der Lebensbedürfnisse auf den Arbeitslohn zu ergründen gesucht haben, nicht hinlänglich unterschieden und getrennt worden. Wir wollen sie deshalb einzeln genauer durchgehen.

Eine schlechte Ernte bewirkt ein Steigen des Preises der Lebensmittel, und dieser hohe Preis zwingt die Konsumenten, sich nach dem bestehenden Vorrat zu richten. Wären alle diejenigen, welche Getreide kaufen müssen, reich, so könnte der Preis desselben unendlich steigen, aber das Resultat würde immer das nämliche sein. Der Preis würde zuletzt so hoch stehen, dass der weniger Reiche sich genötigt sähe, seine gewöhnliche [202] Konsumtion um einen Teil einzuschränken, da es kein anderes Mittel gibt, die Nachfrage mit dem Vorrat ins Gleichgewicht zu bringen, als die Konsumtion zu vermindern. Unter solchen

Umständen kann keine Polizeimaßregel zweckverfehlender sein, als wenn der Geldpreis des Arbeitslohnes gewaltsam nach dem Preis der Lebensmittel festgesetzt wird, wie es häufig, in Folge falscher Anwendung der Armengesetze, der Fall zu sein pflegt. Eine solche Maßregel verschafft dem Arbeiter durchaus keine Erleichterung, denn sie bewirkt nur ein höheres Steigen des Getreidepreises, und zuletzt ist er genötigt, seine Konsumtion, im Verhältnis zu dem verringerten Vorrat einzuschränken. Im natürlichen Verlauf der Dinge hat ein, in Folge schlechter Ernte entstandener, Mangel, wenn kein schädliches und unweises Einschreiten der Polizei stattfindet, durchaus nicht ein Steigen des Arbeitslohnes zur Folge. Das Steigen des Arbeitslohnes ist bloß nominal für die Empfänger; es vermehrt die Konkurrenz der Getreideverkäufer und sein Endresultat ist Steigerung des Gewinns der Bodenbebauer und der Getreideverkäufer. Der Arbeitslohn bestimmt sich in der Tat nach dem Verhältnis zwischen Vorrat und Nachfrage der Lebensbedürfnisse, und zwischen Vorrat und Nachfrage der Arbeit; Geld ist bloß das Medium oder der Maßstab, in welchem der Wert des Arbeitslohnes ausgedrückt wird. Im angenommenen Fall ist freilich das Elend des Arbeiters unvermeidlich, und keine Regierung kann hier auf andere Weise helfen, als durch Herbeischaffung der mangelnden Lebensmittel.

[203] Wenn hoher Getreidepreis die Folge vermehrter Nachfrage ist, so geht stets auch ein Steigen des Arbeitslohnes voran; denn die Nachfrage kann nicht zunehmen, ohne dass die Mittel zugenommen haben, womit ein Volk seine Begehrenisse bezahlt. Anhäufung der Kapitale (zur Erreichung eines Zweckes) steigern natürlich das Bedürfnis nach Arbeitern und folglich den Preis des Arbeitslohnes. Der Arbeiter verwendet seinen vermehrten Arbeitslohn nicht allein auf Nahrungsmittel, sondern er verschafft sich damit auch noch andere Genüsse. Seine verbesserte Lage setzt ihn nun in den Stand, sich zu verheiraten, und er tut es; jetzt aber bedarf er Lebensmittel, um seine Familie zu ernähren, und dadurch ist er natürlich genötigt, den Genüssen zu entsagen, auf die er eine Zeitlang einen Teil seines Arbeitslohnes verwendet hatte. Das Getreide steigt also, weil die Nachfrage darnach zunimmt und weil die Zahl derer im Staate sich vermehrt hat, deren Mittel, um es zu bezahlen, sich verbessert haben; und die Gewinnte der Pächter werden so lange über den gewöhnlichen Standpunkt des Gewinns steigen, bis die erforderliche Quantität Kapital auf die Vermehrung der Getreideproduktion gewendet sein wird. Ob nun, nachdem diese Bedingung erfüllt ist, das Getreide auf seinen vorigen Preis herabfallen, oder stets höher steigen wird, dies hängt von der Qualität des Landes ab, auf welchem die zuwachsende Quantität Getreide gebaut worden. War es Land von der nämlichen Fruchtbarkeit wie das zuletzt in Kultur genommene, und hat es auch nicht mehr Arbeit erfordert, so wird der Preis auf [204] den vorigen Stand herabsinken; war es schlechteres Land, so wird er immer höher steigen. Im ersten Fall rührte der hohe Arbeitslohn von gestiegener Nachfrage nach Arbeit her; insofern dadurch das Heiraten befördert und zur Ernährung der Kinder die Mittel gegeben wurden, wurde dadurch zugleich auch die Zahl der Arbeiter vermehrt. Sobald hinlänglicher Vorrat an Arbeitern da ist, so wird der Arbeitslohn auf seinen alten Preis sinken, wenn das Getreide auf seinen alten Preis herabgeht; der Arbeitslohn wird dagegen immer höher steigen, wenn die Zunahme des Getreidevorrats auf Land von geringerer Qualität erzeugt wurde. Hoher Getreidepreis ist keineswegs unverträglich mit reichlichem Vorrat. Der Preis steht fortwährend hoch, nicht wegen des geringen Vorrats, sondern wegen der gestiegenen Produktionskosten. Hat die Population irgendeinen Vorschub und Anregung erhalten, so pflegt die daraus entspringende Wirkung stets das Bedürfnis der Umstände zu übertreffen; die Population kann steigen, und steigt im Allgemeinen wirklich, und zwar bis zu einem solchen Grade, dass, ungeachtet der steigenden Nachfrage nach Arbeitern, sie doch, hinsichtlich der zum Unterhalt der Arbeiter erforderlichen Fonds, stärker ist, als sie vor Vermehrung des Kapitals war. In diesem Fall wird eine Reaktion eintreten; der Arbeitslohn wird unter seinen natürlichen Standpunkt

sinken und so lange sich daselbst halten, bis das gewöhnliche Verhältnis zwischen Vorrat und Nachfrage wieder hergestellt ist. In diesem Fall geht dem Steigen des Getreidepreises das Steigen des Arbeitslohnes voran, und folglich hat es keine nachteilige Wirkung für den Arbeiter.

Das Sinken des Geldwertes in Folge des Zuströmens edler Metalle aus den Bergwerken, oder des Missbrauchs der Bankprivilegien ist eine andere Ursache des Steigens der Lebensmittel im Preise, hat aber keinen Einfluss auf die zu produzierende Quantität. Eben so wenig wird dadurch die Zahl der Arbeiter, noch die Nachfrage nach denselben verändert; denn es findet hier weder Vermehrung noch Verminderung des Kapitals statt. Die Quantität der Bedürfnisse, die auf die Arbeiter kommt, steht im Verhältnis zur Nachfrage und zum Vorrat der Bedürfnisse, verglichen mit der Nachfrage und Vorrat der Arbeit, indem das Geld nur das Medium ist, durch welches die Quantität ausgedrückt wird; erleidet Vorrat und Nachfrage keine Veränderung, so bleibt der Arbeitslohn der nämliche. Der Arbeiter wird einen größeren Arbeitslohn an Geld erhalten, aber er wird sich dafür nur die nämliche Quantität Lebensmittel, wie vorher, verschaffen können.

Diejenigen, welche diesen Grundsatz bestreiten, sollen uns erklären, wie es komme, dass eine Vermehrung des Geldes nicht die nämliche Wirkung auf das Steigen des Arbeitslohnes äußere, obgleich die Quantität der Arbeit sich nicht vermehrt hat, als, was sie zugeben, auf den Preis der Schuhe, Hüte und des Getreides, wenn gleichfalls die Quantität dieser Dinge nicht gewachsen ist? Der relative Marktpreis der Hüte und [206] Schuhe bestimmt sich nach Nachfrage und Vorrat von Hüten, im Verhältnis zur Nachfrage und zum Vorrat von Schuhen, und Geld ist nur das Medium, in welchem ihr Wert ausgedrückt wird. Verdoppelt sich der Preis der Schuhe, so wird auch der Preis der Hüte aufs Doppelte steigen, und sie werden den nämlichen verhältnismäßigen Wert behalten. Ebenso, wenn das Getreide und alle Bedürfnisse des Arbeiters ihren Preis verdoppeln, wird auch der Arbeitslohn aufs Doppelte steigen, und so lange nichts die gewöhnliche Nachfrage und Vorrat von Bedürfnissen und von Arbeit unterbricht, ist kein Grund da, warum sie nicht ihren relativen Wert behalten sollten.

Weder ein Sinken des Geldwertes, noch eine Auflage auf die Ackererzeugnisse, obgleich eines wie das andere den Preis steigert, hat einen *notwendigen* Einfluss auf die Quantität der Bodenerzeugnisse, noch auf die Zahl der Individuen, welche die Mittel, jene zu kaufen, und den Willen, sie zu konsumieren, haben. Es lässt sich sehr leicht begreifen, warum, wenn das Kapital eines Landes unregelmäßig sich vermehrt, der Arbeitslohn steigt, während der Getreidepreis unverändert bleibt, oder nur in geringem Verhältnis steigt, und warum, wenn das Kapital eines Landes abnimmt, der Arbeitslohn fällt, während der Getreidepreis fest stehen bleibt, oder sehr gering fällt und hierzu einer ziemlich langen Zeit bedarf. Der Grund liegt darin, dass die Arbeit nicht nach Belieben vermehrt oder vermindert werden kann. Sind auf dem Markt zu wenig Hüte, [207] um die Nachfrage zu befriedigen, so wird der Preis derselben steigen, aber nur für eine kurze Zeit; denn in einem Jahr kann man, indem man mehr Kapital auf die Fabrikation verwendet, den Vorrat derselben beträchtlich vermehren, und deshalb kann der Marktpreis nicht lange über ihrem natürlichen Preise bleiben. Mit den Menschen ist es anders. Man kann nicht ihre Zahl in ein oder zwei Jahren vermehren, wenn etwa eine Vermehrung des Kapitals stattgefunden hat, eben so wenig sie schnell vermindern, wenn das Kapital abzunehmen anfängt. Da folglich die Zahl der Hände nur *langsam* zu- oder abnimmt, während der Fonds für den Unterhalt der Arbeiter *schnell* wächst und *schnell* sich wieder verringert, so muss notwendig ein beträchtlicher Zeitraum vergehen, ehe der Preis der Arbeit wieder genau im Verhältnis mit dem Preis des Getreides und der Lebensbedürfnisse zu stehen kommt. Aber in dem Fall, wo das Geld an Wert sinkt oder eine Auflage auf das Getreide gelegt wird, entsteht nicht notwendig ein Überfluss an

Arbeitern, noch ein Mangel an Nachfrage nach denselben, und deshalb ist kein Grund da, warum der Arbeiter eine wirkliche Verringerung des Arbeitslohnes erfahren sollte.

Eine Auflage aufs Getreide vermindert nicht notwendig die Quantität desselben, sondern steigert nur den Geldpreis desselben; sie vermindert nicht notwendig die Nachfrage im Verhältnis zum Vorrat der Arbeiter. Warum sollte sie also das Quantum vermindern, was dem Arbeiter gezahlt wird? Wir wollen es als richtig [208] annehmen, dass eine solche Auflage den Lohn des Arbeiters verringere, mit anderen Worten, dass sie seinen Geldarbeitslohn nicht in gleichem Verhältnis steigere, wie den Preis des Getreides, das der Arbeiter konsumiert. Würde in diesem Fall der Vorrat des Getreides nicht größer werden, als die Nachfrage? müsste es dann nicht im Preise fallen? und würde nun nicht der Arbeiter sein gewöhnliches Quantum wieder erhalten? In einem solchen Fall würden sicher die Kapitale dem Ackerbau entzogen werden. Denn wenn der Preis der Bodenerzeugnisse nicht um den ganzen Betrag der Auflage stiege, so würde der Gewinn vom Ackerbau unter den gewöhnlichen Standpunkt des Gewinns sinken, und die Kapitale würden eine vorteilhaftere Anlage suchen<sup>34</sup>.

[209] Was also die Auflage auf die Bodenerzeugnisse anbelangt (was hier der fragliche Gegenstand ist), so scheint es mir, dass zwischen dem Steigen des Preises der Bodenerzeugnisse und dem des Arbeitslohnes kein Zeitraum Statt finden kann, in welchem sich der Arbeiter in Noth befindet, und dass folglich kein anderes Ungemach dieser Klasse droht, als was sie von jeder anderen Art von Auflage auszustehen hat, namentlich, dass die Auflage die zur Unterhaltung der Arbeit bestimmten Kapitale ganz aufzehrt, was das gänzliche Aufhören der Nachfrage nach Arbeitern herbeiführen, oder doch wenigstens diese Nachfrage sehr verringern könnte.

Den dritten Einwurf gegen die Auflagen auf die Bodenerzeugnisse betreffend, namentlich: „dass Steigen des Arbeitslohnes und Abnahme des Gewinns von der Akkumulation der Kapitale abhalte und die nämliche Wirkung hervorbringe, wie natürliche Dürftigkeit des Bodens;“ so habe ich schon an einer anderen Stelle dieses Werks darzutun versucht, dass Ersparnisse ebenso gut an dem Aufwand, als an der Produktion gemacht werden können, sowohl in Folge einer Verringerung des Wertes der Lebensmittel, als eines Steigens [210] des Gewinnbetrags. Indem mein Gewinn von 1,000 Pfd. Sterl. auf 1,200 Pfd. Sterl. steigt, während die Preise fortwährend die nämlichen bleiben, habe ich das Mittel, mein Kapital durch Ersparnis zu vermehren; aber ich würde es noch beträchtlicher vermehren, wenn der Preis der Lebensmittel, während mein Gewinn der nämliche wie vorher bliebe, so weit

---

<sup>34</sup> Vielleicht hat Herr *Ricardo* nicht hinlänglich die Schwierigkeit in Anschlag gebracht, die in vielen Fällen mit einer anderen Anlegung der Kapitale verbunden ist. Eine sehr große Anzahl von Industrie-Unternehmern (und darunter verstehe ich diejenigen, die entweder auf Bodenkultur, auf Manufakturen, auf Handel eigene oder fremde Kapitale anlegen) sind genötigt, ihre Kapitale da zu lassen, wo sie selbst bleiben. Die Agrikultur eines Kantons mag für diejenigen, welche sie treiben, geringeren Gewinn abwerfen als jedes andere Gewerbe, sie bleiben dessen ungeachtet Bodenbebauer, weil sie daran gewohnt sind, weil sie in diesem Fache Kenntnisse und Talente besitzen. Das Nämliche kann man vom Manufakturisten behaupten. Bleibt nun ein solcher Manufakturist oder Bodenbebauer, so belässt er auch in seinem Industriezweig die Kapitale, die mit ihm gleichsam stätig sind, nämlich seine eigenen und die entlehnten. Von letzteren bezahlt er fortwährend die Interessen, aber sie gewähren ihm über die Interessen hinaus keinen Gewinn; der Gewinn kann sogar so gering sein, dass er die Interessen nicht ganz deckt, ohne dass dieser Umstand lange Jahre hindurch eine *Entreprise* gänzlich aufhebt, die bei gleichem Kapital und gleicher Geschicklichkeit des Unternehmers, weniger als viele andere *Entreprises* einbringt.

sänke, dass ich mit 800 Pfd. ausreichte, um das damit zu bezahlen, was mir vorher 1,000 Pfd. kostete.

Auflagen, unter welcher Gestalt sie auch auftreten, lassen nur die Wahl unter mehreren Übeln. Treffen sie nicht den Gewinn, so treffen sie den Aufwand, und vorausgesetzt, dass ihr Druck gleich verteilt ist und dass sie nicht die Reproduktion hemmen, ist es einerlei, ob sie den Gewinn oder den Aufwand treffen. Auflagen auf die Produktion oder auf den Kapitalgewinn, mögen sie *unmittelbar* auf den Gewinn, oder, durch Besteuerung des Bodens und seiner Produkte *indirekt* daraufgelegt sein, haben vor jeder andern Auflage den Vorzug, dass keine Klasse der Gesellschaft sich ihnen entziehen kann, und dass jede nach ihrer Leistungsfähigkeit dazu beiträgt.

Den Auflagen auf den Aufwand kann sich ein Geizhals entziehen; er hat vielleicht ein jährliches Einkommen von 10,000 Pf. und verzehrt bloß 300 Pf.; aber den Auflagen auf den Gewinn, sie mögen direkt oder indirekt sein, kann er sich nicht entziehen. Er muss dazu beitragen, indem er einen Teil seiner Produkte oder den Wert derselben abgibt. Auch kann er, wenn der Preis der zur Produktion wesentlich er- [211] forderlichen Bedürfnisse steigt, nicht fortfahren, sein Kapital in gleicher Maße zu vergrößern. Er kann noch ein Einkommen von gleichem Werte besitzen, aber er wird nicht mehr die gleiche Zahl Arbeiter anlegen, noch die nämliche Quantität Materialien haben, an denen diese Arbeiter ihre Beschäftigung finden.

Wenn ein Land von allen anderen Ländern getrennt ist, so dass es keinen Handel mit seinen Nachbarn hat, so ist es nicht im Stande, einen Teil seiner Auflagen auf andere zu wälzen. Ein Teil seiner Boden- und Industrie-Erzeugnisse wird für den Staatsdienst aufgehen, und wenn die Auflagen nicht auf eine ungleiche Weise auf der Klasse lasten, die aufhäuft und erspart, so wird es wenig ausmachen, ob sie auf den Gewinn, auf die Bodenerzeugnisse oder auf die Manufakturzeugnisse gelegt sind. – Wenn mein jährliches Einkommen 1000 Pf. beträgt, und ich muss 100 Pf. Abgaben zahlen, so verschlägt es mir wenig, ob ich diese Summe von meinem Einkommen bezahle, von dem mir nun 900 Pf. übrigbleiben, oder ob ich 100 Pf. mehr für Bodenerzeugnisse und Manufakturwaren zahlen muss, die Gegenstände meiner Konsumtion sind. Wenn 100 Pfund das Quantum meines Beitrags zu den öffentlichen Ausgaben ist, so besteht die Güte der Besteuerung darin, dass sie so eingerichtet sei, dass ich nicht mehr und nicht weniger als 100 Pf. zu bezahlen habe. Dies kann aber nicht sicherer bewerkstelligt werden als durch Besteuerung des Arbeitslohnes, des Gewinns und der Bodenerzeugnisse.

[212] Der vierte und letzte Einwurf, der noch zu berücksichtigen übrigbleibt, ist: „dass mit dem Steigen des Preises der Bodenerzeugnisse das Steigen des Preises aller anderen Dinge verbunden sei, bei deren Produktion Bodenerzeugnisse mit konkurrieren, und dass man die Konkurrenz der ausländischen Industrierzeugnisse auf dem allgemeinen Markt nicht aushalten könne.“

Erstlich kann das Getreide und alle inländischen Erzeugnisse nicht auf eine sehr merkbare Weise im Preise steigen, ohne ein Zuströmen edler Metalle; denn die gleiche Quantität Geld kann nicht die gleiche Quantität Waren im Umsatz bringen, wenn sie teuer und wenn sie wohlfeil sind; und die edlen Metalle kann man nie mit teuren Waren kaufen. Hat man mehr Gold nötig, so erhält man es nur, indem man mehr und nicht weniger Waren dafür in Austausch gibt. Auch kann man den Mangel an Geld nicht durch Papier ersetzen, denn nicht das Papier bestimmt den Wert des Goldes als Ware, sondern das Gold bestimmt den Wert des Papiers. Wenn man also den Wert des Goldes nicht zum Sinken bringen kann, so kann man kein Papier in Zirkulation setzen, ohne dass es verliert.

Dass aber der Wert des Goldes nicht zum Sinken gebracht werden kann, leuchtet ganz klar ein, wenn man in Betrachtung zieht, dass der Wert des Goldes als Ware nach der Quantität Waren sich bestimmt, die man dem Auslande in Austausch dagegen geben muss. Ist das Gold wohlfeil, so sind die Waren [213] teuer; ist dagegen das Gold teuer, so sind die Waren wohlfeil und fallen im Preise. Da sich nun kein Grund auffinden lässt, der die Ausländer veranlassen könnte, uns ihr Gold wohlfeiler als sonst zu verkaufen, so ist auch keine Wahrscheinlichkeit da, dass ein Zufluss des Goldes aus dem Auslande stattfinden werde. Ohne einen solchen Zufluss kann sich die Quantität des Goldes weder vermehren noch im Werte sinken, noch kann auch im allgemeinen Preis der Waren ein Steigen eintreten<sup>35</sup>.

[214] Die wahrscheinliche Wirkung einer Auflage auf die Bodenerzeugnisse würde sein: den Preis aller Gegenstände in die Höhe zu treiben, bei deren Fabrikation die Bodenerzeugnisse mit konkurrieren, aber nicht in einem zur Auflage verhältnismäßigen Grade, während andere Waren, zu denen keine Bodenerzeugnisse mit verwendet sind, wie z. B. solche, die aus Metall und Erde fabriziert worden sind, im Preise sinken würden, so dass die nämliche Quantität Geld, wie vorher, noch immer für die Bedürfnisse der Zirkulation ausreichend sein würde.

Eine Auflage, welche die Wirkung hätte, den Preis aller inländischen Erzeugnisse zu steigern, würde die Ausfuhr nur eine kurze Zeit hindurch schwächen. Wenn die inländischen Erzeugnisse gestiegen sind, so können sie freilich nicht sogleich mit Gewinn ausgeführt werden, weil sie im Inlande mit einer Auflage beschwert sein würden, von der sie im Auslande frei wären. Eine solche Auflage würde die nämliche Wirkung haben, wie ein Sinken des Geld-Wertes, das nicht allen Ländern gemein, sondern auf ein einziges beschränkt wäre. Wäre *England* z. B. dieses Land, so wäre es nicht im Stande zu verkaufen, aber es würde immer einkaufen können, weil die Gegenstände der Einfuhr nicht im Preise gestiegen sein würden. Unter diesen [215] Umständen könnte man die ausländischen Waren nur mit Geld kaufen; aber ein solcher Handel würde nicht lange bestehen können. Man kann nicht das Geld eines Landes erschöpfen; denn nachdem eine große Quantität davon ausgeführt ist, so steigt das, was zurückgeblieben ist, an Wert, und es entsteht nun ein solches Sinken im Preise der Waren, dass sie von Neuem mit Gewinn ausgeführt werden können. Sobald das Geld im Preise gestiegen ist, so wird man aufhören, Waren des Auslandes damit zu kaufen; man wird vielmehr die nämlichen Waren ausführen, die vorher durch das Steigen der Bodenerzeugnisse, aus welchen sie gemacht, gestiegen waren, und die durch die Ausfuhr des Geldes von Neuem gesunken sind.

---

<sup>35</sup> Der Grund, warum die, auf die unmittelbaren Erzeugnisse des Ackerbaus gelegten, Abgaben die Gegenstände der Ausfuhr nicht verteuern, scheint nicht der vom Verfasser hier angegebene zu sein. Er behauptet: damit die Waren teurer und sie mit mehr Geld bezahlt würden, müsste mehr Geld eingeführt werden. Dies kann nicht angenommen werden. Aber sie können teurer werden, ohne dass das Geld von seinem allgemeinen Wert verliert. Wenn die Ernte schlecht gewesen ist, und der Preis des Getreides sich verdoppelt, bezahlt man die doppelte Summe Geld, obgleich noch die nämliche Quantität Geld im Lande geblieben ist; ebenso bezahlt man es mit der doppelten Quantität Zucker, Leinwand, Seife und jeder anderen Ware. Nämlich wenn das Maß Getreide 6 Pfd. Sterl. gilt, so ist der Tuchfabrikant z. B. genötigt, 4 Ellen Tuch à 30 Sch. zu verkaufen, um so viel Geld zu bekommen, dass er ein Maß Getreide kaufen kann, während er nur 2 Ellen für ein Maß Getreide zu geben brauchte, wenn letzteres 3 Pf. Sterl. kostete. Man kann nicht sagen, die Quantität Tuch müsse sich verdoppelt haben, weil man jetzt die doppelte Quantität Tuch für ein Maß Getreide gibt. Auf gleiche Weise ist es nicht notwendig, dass die Quantität des Geldes zugenommen haben müsse, ehe eine Ware teuer werden könne:

Es gibt eine ganz besondere Teuerung, die ganz unabhängig vom relativen Wert der Dinge ist; diese Teuerung ist abhängig von den Produktionskosten. Siehe *Traité d'Economie politique*. Lib. II. Chap. 4

J. B. S.

Aber man könnte hier entgegnen, dass wenn das Geld im Werte steigt, es eben sowohl im Verhältnis zu den ausländischen, als zu den inländischen Waren steigt, und dass deshalb nun jeder Beweggrund, ausländische Waren einzuführen, wegfällt. Angenommen, z. B. die eingeführten Waren kosten im Auslande 100 Pfd. und bringen nun 120 Pfd. ein; so wird die Einfuhr derselben sogleich aufhören, sobald sie, in Folge des gestiegenen Geldwertes, nicht mehr als 100 Pfd. einbringen. Dies kann indessen nie der Fall sein. Der Grund, der uns veranlasst, eine Ware einzuführen, liegt in der Entdeckung, dass sie im Auslande wohlfeiler, als bei uns verkauft wird, d. h. in der Vergleichung ihres natürlichen Preises im Auslande mit ihrem natürlichen Preise bei uns. Wenn ein Land Hüte aus [216] und Tuch einführt, so geschieht dies bloß aus dem Grunde, weil es mehr Tuch erhalten kann, indem es Hüte fabriziert und sie gegen Tuch austauscht, als wenn es das Tuch selbst fabrizieren würde. Wenn das Steigen der Bodenerzeugnisse die Fabrikationskosten der Hüte erhöhte, so würde dieser Umstand auch die Fabrikationskosten des Tuches erhöhen; und wenn beide Artikel im Inlande fabriziert würden, so würden sie beide steigen. Da aber der eine dieser Artikel eine eingeführte Ware ist, so würde er weder teurer noch wohlfeiler werden, wenn auch das Geld im Werte steigt; und dadurch, dass das Tuch nicht im Preise sinkt, würde es sein natürliches Verhältnis zu der ausgeführten Ware wieder erhalten. Das Steigen der Bodenerzeugnisse macht, dass ein Hut von 30 auf 33 Schilling, oder um 10 Prozent steigt. Fabrizierten wir Tuch, so würde die nämliche Ursache bewirken, dass die Elle von 20 zu 22 Schill. stiege. Dieses Steigen, hebt aber nicht das Verhältnis zwischen Tuch und Hüten auf; denn ein Hut würde noch gelten, was er vorher gegolten, nämlich  $1\frac{1}{2}$  Ellen Tuch. Führen wir aber das Tuch ein, so wird der Preis desselben fortwährend 20 Schill. für die Elle sein, obgleich das Geld erst im Werte gesunken und dann gestiegen ist, während die Hüte, die von 30 auf 33 Schill. gestiegen sind, wieder auf 30 Schill. herabgehen werden, wo dann das Verhältnis zwischen dem Preis des Tuches und der Hüte wieder hergestellt sein wird.

Um den Gegenstand dieser Untersuchung zu vereinfachen, habe ich bisher angenommen, dass ein Steigen [217] des Wertes der Bodenerzeugnisse in gleichem Verhältnis auf alle inländischen Waren einwirke; dergestalt, dass wenn die eine Ware um 10 Prozent steigt, alle anderen auch um 10 Prozent steigen. Aber da der Wert der Waren sich nach den sehr verschiedenen auf sie verwendeten Quantitäten der Arbeit und der Bodenerzeugnisse richtet, und da auf einige Waren, z. B. auf alle diejenigen, welche aus Metallen verfertigt sind, das Steigen der Bodenerzeugnisse keine Wirkung äußert; so ist es einleuchtend, dass eine Auflage auf die Bodenerzeugnisse höchst verschiedenartige Wirkungen auf den Wert der Waren hervorbringen müsste. Je nachdem nun diese Wirkungen sich äußerten, würden sie die Ausfuhr gewisser Waren begünstigen oder hemmen und unzweifelbar die nämlichen Schwierigkeiten erzeugen, die eine Auflage auf die Ware mit sich bringt, indem sie das natürliche Verhältnis zwischen dem Wert einer jeden aufheben würden. Statt dass der natürliche Preis eines Hutes gleich sein würde  $1\frac{1}{2}$  Elle Tuch, könnte er vielleicht nur  $1\frac{1}{4}$  oder  $1\frac{3}{4}$  Ellen betragen, was vielleicht dem auswärtigen Handel eine ganz andere Richtung geben könnte. Alle diese Schwierigkeiten würden aber den Wert der Aus- und Einfuhrartikel nicht verrücken; sie würden nur die bestmögliche Verteilung des Kapitals der ganzen Erde verhindern, die nie geregelter ist, als wenn jede Ware um ihren natürlichen Preis verkauft werden kann.

Obgleich also das Steigen des Preises der meisten inländischen Waren der Ausfuhr eine gewisse Zeit lang [218] im Allgemeinen Eintrag tun, und selbst die Ausfuhr einer kleinen Anzahl von Waren gänzlich verhindern kann, so wird es doch nicht materiell den auswärtigen Handel hindern, und uns, was die Konkurrenz auf den ausländischen Märkten anbelangt, in eine nachteilige Lage versetzen.

[219]

## Achtes Kapitel.

### Von der Besteuerung der Bodenrente.

Ein Auflage auf die Bodenrente würde bloß die Bodenrente allein treffen; sie würde ganz auf die Grundeigentümer fallen, ohne auf irgendeine Klasse der Konsumenten zurückgeworfen werden zu können. Der Grundeigentümer würde seine Rente nicht erhöhen können, weil er die Differenz zwischen dem Ertrag der geringsten Länderei und dem jeder besseren Qualität nicht zu ändern im Stande ist. Drei Sorten der Länderei sind in Kultur genommen, Nro. 1, 2 und 3, und bringen, bei gleicher auf sie verwendeter Quantität Arbeit, 180, 170 und 160 Maß Getreide Ertrag; aber Nro. 3 zahlt keine Rente, und ist folglich auch nicht besteuert. Die Bodenrente von Nro. 2 kann demnach nicht mehr als 10 Maß, und die von Nro. 1 nicht mehr als 20 Maß Getreide betragen. Eine solche Besteuerung würde den Preis der Bodenerzeugnisse nicht steigern können, weil derjenige, welcher Nro. 3 in Kultur hat, und weder Bodenrente noch Auflage bezahlt, auf keine Weise im Stande sein würde, den Preis seiner [220] Produkte zu steigern. Eine Besteuerung der Bodenrente würde kein Hindernis sein, neue Ländereien in Kultur zu nehmen, indem diese Ländereien weder Bodenrente noch Auflagen bezahlten. Wenn Länderei Nro. 4 in Kultur genommen würde und 150 Maß Getreide ertrüge, so bezahlte man keine Auflage darauf, aber es entstände eine Bodenrente von 10 Maß Getreide für Nro. 3, und nun würde auch Auflage darauf bezahlt.

Eine Auflage auf die Bodenrente, wie die Bodenrente jetzt besteht, würde von der Bodenkultur abhalten; denn die Auflage würde den Gewinn des Grundeigentümers treffen. Der Ausdruck Bodenrente, wird, wie ich schon an einer anderen Stelle bemerkt habe, von dem ganzen Wertbetrag gebraucht, den der Pächter dem Grundeigentümer bezahlt; aber genau genommen, macht nur ein Teil davon die Bodenrente aus. Die Gebäude und andere Herrichtungen, so wie der ganze Aufwand, den der Grundbesitzer gemacht hat, machen, genau genommen, einen Teil des Gutskapitales aus, das der Pächter hätte aufwenden müssen, wenn es der Grundbesitzer nicht bereits für ihn getan hätte. Bodenrente ist bloß die Summe, welche dem Grundeigentümer für den Gebrauch seines Landes, und ganz allein für den Gebrauch des Landes, gezahlt wird. Was noch darüber unter dem Namen der Bodenrente gezahlt wird, ist für den Gebrauch der Gebäude u. s. w., und ist eigentlich der Gewinn des von dem Grundeigentümer aufgewendeten Kapitals. Wird nun bei der Besteuerung der Bodenrente kein Unterschied gemacht zwi- [221] schen der Summe, die für den Gebrauch des Landes und zwischen der, die für den Gebrauch der Gebäude dem Grundeigentümer bezahlt wird, so würde durch diese Auflage auch ein Teil des Kapitalgewinns des Grundeigentümers mit getroffen werden, was notwendig von der Bodenkultur so lange abhalten würde, bis der Preis der Bodenerzeugnisse stiege. Von dem Lande, für dessen Benutzung keine Bodenrente bezahlt wird, müsste dem Grundeigentümer doch wenigstens unter diesem Namen für die Benutzung seiner Gebäude eine Summe gezahlt werden. Diese Gebäude würden nicht gebaut und das Land nicht in Kulturzustand gebracht worden sein, wenn nicht der Preis der Bodenerzeugnisse, für den sie verkauft werden, ausreichend wäre, nicht allein allen Aufwand, sondern auch noch die darauf gelegte Steuer zu decken. Dieser Teil der Auflage trifft weder den Eigentümer noch den Pächter, sondern einzig und allein die Konsumenten der Bodenerzeugnisse.

Es ist sehr wahrscheinlich, dass die Grundeigentümer, sobald man die Bodenrente besteuerte, sehr bald das Mittel finden würden, zwischen dem, was ihnen für die Benutzung

ihrer Länderei und dem, was ihnen für die Benutzung ihrer Gebäude und für die, mittelst ihres Kapitals gemachten, Verbesserungen gezahlt wird, zu unterscheiden. Man würde diesen zweiten Teil der Zahlung Mietgeld von Haus und Gebäuden nennen, oder es würde auch bei neu in Kultur zu nehmenden Ländereien der Pächter und nicht der Eigentümer die [222] Gebäude errichten und die Verbesserungen auf seine eigene Kosten zu machen haben. Es könnte dabei recht gut das Kapital des Grundbesitzers sein, was zu diesem Zwecke angewendet würde, indem es der Grundbesitzer dem Pächter in Gestalt eines Darlehns gäbe, oder sich von ihm für die Zeit der Pachtdauer eine Annuität kaufte.

Mag man nun diesen Unterschied machen oder nicht, so ist doch in der Natur der Zahlungen, welche der Grundeigentümer für die Benutzung dieser verschiedenen Gegenstände vom Pächter erhält, ein wesentlicher Unterschied; und es ist ganz sicher, dass eine Auflage auf die wirkliche Bodenrente ganz auf den Grundeigentümer fällt; eine Auflage auf das hingegen, was der Grundeigentümer für die Benutzung seines auf die Länderei verwendeten Kapitals erhält, trifft bloß die Konsumenten der Bodenerzeugnisse. Besteuerte man die Bodenrente und fände keine Trennung in den Summen statt, die der Pächter gegenwärtig dem Grundeigentümer unter dem Namen der Bodenrente zahlt, so würde diese Auflage, soweit sie das trifft, was dem Grundeigentümer für die Benutzung seiner Gebäude und andern Vorrichtungen gezahlt wird, gar nicht lange auf letzteren, sondern auf die Konsumenten fallen. Das Kapital, welches auf Gebäude usw. verwendet worden ist, muss den gewöhnlichen Kapitalgewinn ertragen. Aber bei Ländereien, die zuletzt in Kultur genommen sind, würde es diesen Kapitalgewinn (Interessen) nicht abwerfen, [223] wenn der Aufwand auf Gebäude usw. nicht vom Pächter getragen würde; in diesem Fall müsste auch der Pächter auf den gebräuchlichen Gewinn von seinem aufgewendeten Kapital Verzicht leisten, bis er im Stande wäre, sich seinen Aufwand vom Konsumenten wieder erstatten zu lassen.

[224]

## Neuntes Kapitel.

### Vom Zehnten.

Der Zehnte ist eine Besteuerung des Brutto-Ertrags des Bodens, und fällt, wie alle Besteuerung der Bodenerzeugnisse, bloß auf die Konsumenten. Er unterscheidet sich von einer Auflage auf die Bodenrente dadurch, dass er auch diejenige Länderei trifft, die bei letzterer frei ausgeht; er steigert deshalb den Preis der Bodenerzeugnisse, der durch eine Auflage auf die Bodenrente nicht verändert wird. Länderei, sowohl geringster als bester Qualität, zahlt Zehnten, und genau in einerlei Verhältnis zur Quantität des erhaltenen Ertrags. Der Zehnte trifft also Alle gleich.

Wenn Länderei geringster Qualität, oder, solche, die keine Bodenrente zahlt und den Preis des Getreides bestimmt, hinlänglichen Ertrag gibt, um dem Pächter den gewöhnlichen Kapitalgewinn zu sichern, wenn das Maß Getreide 4 Pf. Sterl. kostet, so muss das Getreide nun auf 4 Pf. 8 Schill. steigen, wenn der Pächter, nach Bezahlung des Zehnten, noch den nämlichen Ge- [225] winn behalten will; denn von jedem Maß Getreide müssen jetzt 8 Schill. für Zehnten abgegeben werden (in *England* bekanntlich an die Geistlichkeit).

Der einzige Unterschied zwischen Zehnten und Besteuerung der Bodenerzeugnisse liegt darin, dass ersterer eine veränderliche Geldauflage, letztere eine feste Geldauflage ist. In einem stätigen Zustande der Gesellschaft, wo die Leichtigkeit der Getreideproduktion weder zu- noch abnimmt, werden beide Besteuerungsarten ganz gleiche Wirkungen haben; denn bei einem solchen Stand der Dinge wird das Getreide einen unveränderlichen Preis haben, und die Auflage wird demnach ebenso unveränderlich sein. Ist die Agrikultur in einem Zustande des Sinkens, oder in einem Zustande, in welchem große Verbesserungen mit ihr vorgegangen sind, wo folglich die Bodenerzeugnisse im Verhältnis zu andern Gegenständen im Werte fallen, so wird der Zehnten eine leichtere Auflage sein, als eine unveränderliche Geldauflage; denn wenn der Preis des Getreides von 4 Pfd. auf 3 Pfd. Sterl. sänke, so müsste die Auflage von 8 auf 6 Schill. fallen. Bei einem progressiven Zustand der Gesellschaft, ohne dass jedoch bedeutende Vervollkommnung des Ackerbaus eingetreten ist, würde der Preis des Getreides in die Höhe gehen und dann der Zehnten eine drückendere Auflage werden als eine unveränderliche Auflage in Geld. Stiege das Getreide von 4 auf 5 Pfd. Sterl., so würde der Zehnten von der nämlichen Länderei von 8 auf 10 Schill. kommen.

[226] Weder der Zehnten noch eine Geldauflage trifft die Geldbodenrente der Grundeigentümer; beide dagegen treffen höchst fühlbar die Naturalbodenrente. Wir haben bereits gesehen, in welcher Art die Naturalbodenrente von der Geldauflage getroffen wird, und es liegt auf der Hand, dass der Zehnten ein gleiches Resultat hervorbringen muss. Wenn Ländereien No. 1. 2 und 3 in gleicher Folge. 180, 170 und 160 Maas Getreide ertragen; so würde die Bodenrente No. 1 betragen 20 Maas, die von No. 2 sodann 10 Maas; aber dieses Verhältnis würde nicht bleiben, wenn der Zehnten davon erhoben ist. Denn nachdem der Zehnten allerseits abgezogen ist, würde übrig bleiben 162 M. 153 M. und 144 Maas Ertrag, und nun würde die Naturalbodenrente von No. 1 auf 18 und die von No. 2 auf 9 Maas herabgesunken sein. Aber der Preis des Getreides würde von 4 Pf. auf 4 Pf. 8 Sch. 103 P. gestiegen sein; denn 9 Maas verhalten sich zu 4 Pfd. Sterl. wie sich verhalten 10 Maas zu 4 Pfd. Sterl. 8 Sch. 103 P. und folglich würde die Geldbodenrente unverändert bleiben, denn von No. 1 würde sie noch 80 und von No. 2 noch 40 Pfd. Sterl. betragen.

Der Haupteinwurf gegen den Zehnten ist der, dass derselbe keine stätige und unveränderliche Abgabe ist, dass sein Wert in dem Verhältnis zunimmt, wie die Schwierigkeit der Getreideproduktion wächst. Steigt in Folge dieser Schwierigkeiten der Preis des Getreides auf 4 Pf., so beträgt diese Auflage 8 Sch.; steigt er auf 5 Pf. wird die Auflage 10 Sch. betragen, und 12 Sch. sobald der Getreidepreis auf 6 Pfd. kommt. Diese Auflage steigt [227] aber nicht allein an Wert, sondern auch an Betrag, z. B. als No. 1 in Kultur genommen wurde, traf der Zehnten nur 180 Maas; als No. 2 in Kultur kam, wurde er von 180 + 170 oder 350 Maas erhoben, und als endlich No. 3 auch an die Reihe kam, von 180 + 170 + 160 = 510 Maas. Diese Auflage wird nicht allein von 100,000 auf 200,000 Maas steigen, sobald der Getreideertrag von 1 auf 2 Millionen Maas steigt; sondern es wird auch, hinsichtlich der mehreren Arbeit, die erforderlich ist, um die zweite Million zu erzeugen, der relative Wert der Bodenerzeugnisse so in die Höhe gegangen sein, dass die 200,000 Maas, obgleich sie der Quantität nach nur das Doppelte von 100,000 Maas sind, doch am Wert das Dreifache sein werden, nach dem zu rechnen, was die 100,000 Maas vorher kosteten. –

Würde für die Geistlichkeit ein gleicher Wert auf eine andere Weise erhoben, der ebenso zunähme wie der Zehnten im Verhältnis zur Schwierigkeit der Kultur, so würde eine gleiche Wirkung hervorgehen. Die Geistlichkeit würde fortwährend einen immer zunehmenden Teil des reinen Bodenertrags und der Landesindustrie erhalten. Im Zustande fortschreitender Verbesserung der Gesellschaft ist der Nettobodenertrag verglichen mit dem Bruttobodenertrag immer im abnehmenden Verhältnis. Aber vom Netto-Einkommen eines Landes werden zuletzt alle Auflagen bezahlt, mag der Zustand der Gesellschaft ein vorschreitender oder ein stätiger sein. Eine Auflage, die mit dem Brutto-Einkommen zunimmt und doch auf [228] das Netto-Einkommen fällt, muss notwendig höchst drückend und wahrhaft unerträglich sein. Der Zehnten ist der zehnte Teil des Brutto-Ertrags, nicht aber des Netto-Ertrags vom Boden; so wie also die Gesellschaft an Reichtum zunimmt, muss der Zehnten, obgleich er noch immer den nämlichen Teil vom Brutto-Ertrag erhält, immehr [!] und mehr vom Netto-Ertrag wegnehmen.

Für die Grundeigentümer kann man den Zehnten als schädlich betrachten, da er die Wirkung einer Einfuhrprämie hat, indem er das inländische Getreide besteuert, während das vom Ausland eingeführte keine Auflage zahlt. Und wenn man in der Absicht, die Grundeigentümer vor den Wirkungen einer verminderten Nachfrage nach Länderei (was unstreitig die Folge einer solchen Prämie sein würde) sicher zu stellen, das ausländische Getreide bei der Einfuhr mit einem gleichen Zehnten belegte, der in die Staatskasse flösse; so würde diese Maßregel ebenso billig als gerecht sein, da sie um so viel die anderen Auflagen vermindern würde, welche das Bedürfnis der Regierung notwendig macht. Hätte eine solche Auflage aber zum Zweck, bloß das Einkommen der Geistlichkeit zu vermehren, so könnte allerdings die allgemeine Masse der Produkte dadurch im Ganzen vermehrt werden, der Teil dagegen verringert, der den produzierenden Klassen zukommt.

Wäre der Handel mit Tuch völlig frei gelassen, so wären unsere Manufakturisten im Stande, dasselbe wohlfeiler zu geben, als es eingeführt werden könnte. Legte man eine Auflage auf die inländische Tuchfabrikation [229] und ließe die Einfuhr frei, so könnte dies die unangenehme Folge haben, dass die Kapitale der Tuchmanufaktur entzogen und auf andere Zweige der Manufaktur verwendet würden, da man das Tuch dann wohlfeiler aus dem Auslande bezöge, als es im Inlande fabriziert werden könnte. Würde das eingeführte Tuch auf gleiche Weise besteuert, so würde es wieder im Inlande fabriziert werden. Der Konsument kaufte zuerst sein Tuch im Inlande, weil er es wohlfeiler hatte als aus der Fremde; alsdann bezog er es aus der Fremde, weil das unbesteuerte ausländische Tuch wohlfeiler zu stehen kam als das besteuerte inländische. Zuletzt würde er wieder

inländisches kaufen, weil dieses, wenn beide, inländisches wie ausländisches, besteuert werden, das wohlfeilere sein würde. In diesem letzten Fall würde er den höchsten Preis fürs Tuch bezahlen, aber das, was er nun mehr bezahlt, gewinnt der Staat. Im zweiten angenommenen Fall, bezahlt er mehr als im ersten, aber das, was er mehr bezahlt, gewinnt der Staat nicht. Der erhöhte Preis ist Folge zugenommener Produktions-Schwierigkeit, die er tragen muss, weil durch die Schwere der Auflage uns alle Mittel, wohlfeiler zu produzieren, genommen sind.

[230]

## Zehntes Kapitel.

### Von der Grundsteuer.

Die Grundsteuer, die im Verhältnis zur Bodenrente erhoben wird, und mit dieser gleiche Veränderungen erleidet, ist in der Tat nur eine Besteuerung der Bodenrente. Und als eine solche kann sie die Länderei nicht treffen, die keine Bodenrente zahlt, eben so wenig wie den Ertrag eines Kapitals, welches bloß in der Absicht auf die Länderei verwendet ist, um den gewöhnlichen Gewinn daraus zu ziehen, und das keine Bodenrente zahlt. Deshalb kann diese Auflage auf keine Weise auf den Preis der Bodenerzeugnisse drücken, sondern fällt ganz auf die Grundeigentümer. Eine solche Auflage würde in nichts sich von einer Auflage auf die Bodenrente unterscheiden. Wenn aber die Grundsteuer alle in Kultur befindliche Länderei trifft, so wird solche, so mäßig sie auch sein mag, eine Besteuerung der Produktion sein, und folglich den Preis der Bodenerzeugnisse steigern. Wenn No. 3 das Land ist, [231] welches zuletzt in Kultur genommen wurde, so kann es, obgleich es keine Bodenrente zahlt, nachdem diese Auflage eingeführt ist, nicht ferner mehr kultiviert werden und den gewöhnlichen Gewinnbetrag abwerfen, wenn nicht der Preis der Bodenerzeugnisse gerade um den Betrag der Auflage sich erhöht. Entweder wird man die auf diesem Punkt angelegten Kapitale so lange anderweit anlegen, bis der Preis des Getreides, in Folge entstandener Nachfrage, um so viel gestiegen ist, um wieder den gewöhnlichen Gewinn zu ertragen, oder man wird die auf diese Ländereien angelegten Kapitale ganz wegziehen, um sie vorteilhafter zu verwenden. Diese Auflage kann nicht auf den Grundeigentümer geworfen werden, denn wäre dies der Fall, so erhielte er keine Bodenrente.

Eine solche Auflage kann im Verhältnis zur Qualität der Länderei und zum quantitativen Ertrag derselben stehen; in diesem Fall unterscheidet sie sich in nichts vom Zehnten. Oder sie kann eine feste Auflage sein, die auf jedem Acker in Kultur befindlicher Länderei ruht, ohne Rücksicht auf die Qualität.

Eine Grundsteuer, wie im letzteren Fall, würde eine sehr ungleiche Auflage und ganz im Widerspruch mit einer der vier Maximen sein, die *Adam Smith* über die Besteuerung im Allgemeinen aufgestellt hat, und die bei jeder Art der Besteuerung beachtet werden müssen. Diese vier Maximen sind aber folgende:

[232]

A. „Die Untertanen eines jeden Staats müssen A. zu dem Bedürfnis der Regierung beitragen, jeder im Verhältnis zu seiner Leistungsfähigkeit.

B. „Die *Quote*, die jeder verbunden ist, zu zahlen, muss *bestimmt* und nicht *willkürlich* sein.“

C. „Jede Auflage muss zu der Zeit und auf die Weise erhoben werden, die man als die bequemste für den Contribuenten annehmen kann.“

D. „Jede Auflage muss so berechnet sein, dass sie über das, was sie dem Staatsschatz einbringt, so wenig als möglich aus den Taschen des Volks nimmt, und dass sie sobald als möglich wieder in die Hände des Publikums zurückfließt.“

Eine Grundsteuer, die, ohne Unterschied und ohne Rücksicht der verschiedenen Qualität, auf alle in Kultur befindliche Länderei gleichdurch gelegt ist, wird den Preis des Getreides im Verhältnis zur Auflage steigern, die von Länderei geringster Qualität bezahlt werden

muss. Ländereien verschiedener Qualität. werden, wenn auch die darauf angelegten Kapitale sich gleich sind, doch verschiedene Quantitäten des Ertrags liefern. Wird auf Länderei, welche mittelst eines gewissen Kapitals 1000 Maas Getreide erträgt, eine Auflage von 100 Pfd. gelegt, so wird das Maas Getreide um zwei Sch. steigen, um den Pächter für seine Auflage zu entschädigen. Aber legt man das nämliche Kapital auf [233] Länderei besserer Qualität an, so kann man 2000 Maas Ertrag erhalten, die, wenn das Maas um 2 Sch. gestiegen ist, 200 Pfd. ergeben; beträgt die Auflage auf die bessere wie auf die schlechtere Länderei gleichviel, nämlich 100 Pfd., so hat der Konsument des Getreides nicht allein zu den Bedürfnissen des Staates auf diese Weise beizutragen, sondern er muss auch noch dem Bebauer der besseren Länderei jährlich 100 Pfd. die ganze Zeit seines Pachtens hindurch bezahlen und später noch, um die Bodenrente des Grundeigentümers um eine gleiche Summe zu steigern.

Eine dergleichen Auflage ist demnach der vierten *Maxime Adam Smiths* entgegen; denn sie würde aus der Tasche des Volks und ohne dass es dahin wieder zurückkehrte, ein größeres Wert-Quantum ziehen, als in die Staatskasse flösse. Die Besteuerung wer vor der Revolution in *Frankreich* von dieser Art. Bloß die Ländereien der Nichtadligen (roturiers) waren besteuert; die Bodenerzeugnisse stiegen im Verhältnis zur Auflage, und folglich gewannen diejenigen, deren Länderei nicht besteuert war, durch die Vermehrung ihrer Bodenrente.

Unmittelbare Besteuerung der Bodenerzeugnisse, so wie der Zehnten, haben diesen Nachteil nicht. Sie steigern zwar den Preis der Bodenerzeugnisse, aber sie nehmen von jeder Art der Länderei einen mit dem gegenwärtigen Ertrag im Verhältnis stehenden Beitrag, nicht aber einen solchen, der auf den Ertrag des am wenigsten ergiebigen Bodens berechnet ist.

[234] Die ganz besondere Ansicht, die *Adam Smith* von der Bodenrente hat, und der Umstand, dass er nicht berücksichtigt, dass beträchtliche Kapitale in jedem Lande auf Länderei verwendet sind, die keine Bodenrente zahlt, hat ihn zu dem Schluss verleitet, dass jede Besteuerung des Bodens, mag sie nun auf die Länderei selbst als Grundsteuer oder Zehnten gelegt sein, oder auf den Bodenertrag, oder mag sie von dem Gewinn des Pächters genommen werden, stets unveränderlich auf den Grundeigentümer falle, und er stets der eigentliche Contribuent sei, wenn auch die Auflage dem Namen nach von dem Pächter entrichtet werde.

„Auflagen auf die Bodenerzeugnisse, sagt er, sind eigentlich nur Auflagen auf die Bodenrente, und wenn sie auch anfänglich von dem Pächter bezahlt werden, so müssen sie doch schließlich vom Grundeigentümer getragen werden. Wenn ein gewisser Teil des Ertrags für Bezahlung der Auflage aufgeht, so berechnet der Pächter so genau als möglich, wie viel dies ein Jahr ins andere betragen wird, und macht einen verhältnismäßigen Abzug an der Bodenrente, die er dem Grundeigentümer verwilligt. Kein einziger Pächter unterlässt es, im Voraus zu berechnen, wie viel ein Jahr ins andere der der Geistlichkeit zu entrichtende Zehnten, der eine Bodenbesteuerung dieser Art ist, betragen möge.“

Es ist unbezweifelt wahr, dass der Pächter, ehe er über den Betrag der Bodenrente mit dem Grundeigentümer übereinkommt, seine wahrscheinlichen Ausga- [235] ben aller Art berechnet, und fände er sich nicht für den an die Geistlichkeit zu zahlenden Zehnten, oder für die von den Bodenerzeugnissen zu entrichtende Abgabe durch ein Steigen des relativen Wertes der Erzeugnisse seines Pachtgutes entschädigt, so würde er natürlich den Betrag dieser Kosten von der Bodenrente abziehen. Aber das ist gerade die streitige Frage: ob er obige Abzüge eventuell von der Bodenrente macht, oder ob er durch das Steigen des Preises der Bodenerzeugnisse entschädigt wird? Aus den schon entwickelten Gründen zweifle ich nicht im Mindesten, dass jene Lasten die Wirkung haben, den Preis der Bodenerzeugnisse in

die Höhe zu treiben, und dass folglich *Adam Smith* in diesem wichtigen Punkte eine falsche Ansicht hat.

Diese Ansicht des Dr. Smith ist wahrscheinlich Ursache, dass er gesagt hat: „der Zehnte und jede andere Landtaxe dieser Art sind, ob sie gleich den Anschein völliger Gleichheit haben, doch höchst ungleiche Auflagen, indem ein bestimmter Teil des Ertrags, ungeachtet der Verschiedenheit der Umstände, das Äquivalent eines sehr verschiedenen Teils der Bodenrente ist.“ Ich habe mich bemüht, darzutun, dass dergleichen Auflagen nicht auf eine ungleiche Art auf den verschiedenen Klassen der Pächter und Grundeigentümer lasten, da der eine wie der andere Teil durch das Steigen des Preises der Bodenerzeugnisse entschädigt werden und nur in dem Verhältnis zur Auflage contribuieren, als sie Konsumenten der Bodenerzeugnisse [236] sind<sup>36</sup>. Ja noch mehr; insofern der Arbeitslohn und durch denselben der Gewinnbetrag verändert wird, sind die Grundeigentümer, statt ihren vollen Anteil zu einer solchen Auflage beizutragen, gerade diejenige Klasse, die ganz besonders davon eine Ausnahme macht. Es ist der Kapitalgewinn, von welchem der Teil der Auflage genommen wird, die auf die Pächter zurückfällt, die, aus Unzulänglichkeit ihrer Fonds, die Auflagen nicht bezahlen können. Dieser Teil lastet ausschließlich auf allen denen, die ihr Einkommen aus einem angelegten Kapital ziehen, und folglich trifft sie auf keine Weise die Grundeigentümer.

Diese Art, den Zehnten und die Landtaxen, so wie die Besteuerung der Bodenerzeugnisse zu betrachten, involviert durchaus nicht, dass diese Art von Auflagen die Kultur der Länderei nicht entmutigten. Alles, was den Tauschwert der Dinge irgendeiner Art, nach de-[237] nen im Allgemeinen starke Nachfrage ist, erhöht, wirkt auf Entmutigung der Kultur und Produktion; aber das ist ein Übel, welches mit jeder Art der Auflagen unzertrennlich verbunden ist und deshalb nicht den benannten Auflagen allein eigentümlich, mit denen wir uns gegenwärtig beschäftigen.

Man kann diese Eigentümlichkeit in der Tat als ein unvermeidliches Übel aller vom Staat eingenommenen und verbrauchten Auflagen betrachten. Jede neue Auflage ist eine neue Last für die Produktion und steigert den natürlichen Preis der Erzeugnisse. Ein Teil der Arbeit des Landes, über den vorher der Contribuent disponieren konnte, wird durch die Auflage zur Disposition des Staates gestellt. Dieser Teil kann so anwachsen, dass nicht hinlänglich mehr von den Erzeugnissen übrigbleibt, um die Anstrengungen derjenigen anzureizen, die durch ihre Ersparnisse gewöhnlich das Nationalkapital vermehren. Glücklicherweise sind noch in keinem freien Lande die Auflagen zu einer Höhe gediehen, dass das Kapital von Jahr zu Jahr abgenommen hätte. Ein solches Übermaß der Auflagen würde nicht lange ertragen werden können, und wenn es ertragen würde, müsste die Abgabenlast fortwährend einen so großen Teil des jährlichen Landesertrags aufzehren, dass der schrecklichste Zustand von Elend, Hungersnot und Entvölkerung die notwendige Folge davon wäre.

---

<sup>36</sup> Herr *Ricardo* geht immer von dem Prinzip aus, was man ihm durchaus aber nicht einräumen kann, dass die Auflage auf die Bodenerzeugnisse und die Naturalauflage, wie z. B. der Zehnte, nicht auf den Grundeigentümer falle, sondern auf den Konsumenten. Er nimmt nämlich für die Bestimmung der Preise andere Basen an, als die *vorrätige Quantität* jeder Ware an jedem Ort und die Nachfrage darnach, obgleich es durchaus keine andere gibt. Von diesem Grundsatz aber ausgehend hat *Smith* ganz richtig behauptet, dass die Landtaxe, solange sie nicht die Qualität und die Quantität der für die Konsumption gelieferten Erzeugnisse verändert, deren Preis nicht in die Höhe treibt, und folglich nicht vom Konsumenten bezahlt wird.

„Eine Landtaxe,“ sagt *Adam Smith*, „die so wie die in Großbritannien auf jeden Distrikt nach einem gewis- [238] sen unveränderlichen Canon gelegt ist, muss, wenn sie auch zur Zeit ihrer ersten Entstehung gleich war, doch notwendig in der Folge ungleich werden, so wie in den verschiedenen Teilen eines Landes der Grad der Kultur steigt oder fällt. Die Schätzung, nach welcher unter Wilhelm IV. und Maria die Grafschaften und Kirchspiele zur Landtaxe beigezogen wurden, war schon im Anfang sehr ungleich. In dieser Hinsicht verstößt also diese Auflage gegen die erste der vier gedachten Maximen, verträgt sich dagegen vollkommen mit den drei anderen. Dies ist so sicher, als etwas. Da die Auflage zu derselben Zeit mit der Bodenrente bezahlt wird, so ist sie für den Contribuenten möglichst bequem. Obgleich der Grundeigentümer in allen Fällen der eigentliche Contribuent ist, so wird die Auflage gewöhnlich von dem Pächter einstweilen bezahlt, dem sie der Grundeigentümer bei Bezahlung der Bodenrente wieder guttun muss.“

Wenn der Pächter die Auflage nicht auf den Grundeigentümer, sondern auf den Konsumenten wirft, so kann dieselbe, wenn sie von Anbeginn nicht ungleich war, es nicht mehr werden. Denn da der Preis der Bodenerzeugnisse mit einem Mal im Verhältnis zur Auflage gestiegen ist, so wird er in der Folge aus dieser Ursache keine Veränderung erleiden. Die Auflage kann, wenn sie ungleich ist, gegen die vierte Maxime verstoßen, wie ich bereits gezeigt habe; aber sie verstößt nicht gegen die erste Maxime. Sie kann mehr aus der Tasche des Volks nehmen, als sie dem öffentlichen Staatsschatz ein- [239] bringt, aber sie trifft keine Klasse der Contribuenten ungleich. Herr Say scheint mir die Natur und Wirkungen der Englischen Landtaxe missverstanden zu haben, wenn er sagt: „Mehrere Schriftsteller schreiben dieser Unwandelbarkeit der Schätzung den hohen Wohlstand, zu dem der Englische Landbau gelangt ist, zu. Dass er viel dazu beigetragen hat, kann nicht bezweifelt werden. Aber, was würde man zu einer Regierung sagen, die, zu einem kleinen Kaufmann sich wendend, also spräche: ‚Du treibst mit deinem kleinen Kapital einen unbedeutenden Handel, und deine direkten Abgaben an den Staat sind folglich unbedeutend gering. Borge und lege neue Kapitale an, erweitere deinen Handel, so dass er dir unermesslichen Gewinn bringt; du sollst dessen ungeachtet nicht mehr Abgaben zahlen. Auch wenn deine Erben in deine Verlassenschaft eingetreten sind und sie noch mehr vermehrt haben werden, sollen sie eben nicht höher geschätzt werden, als du, und sollen keinen größeren Anteil an den öffentlichen Lasten tragen.‘ „

„Ohne Zweifel würde dies für die Manufakturen und den Handel eine große Ermunterung sein; aber würde sie gerecht sein? könnte man ihnen nicht um einen anderen Preis aufhelfen? Hat nicht selbst in *England* die Manufaktur- und Handelsindustrie seit der nämlichen Periode noch größere Fortschritte gemacht, ohne dieser ungerechten Begünstigung zu genießen?

„Ein Grundeigentümer soll sein jährliches Einkommen durch seinen Fleiß, seine Sparsamkeit und seine [240] Einsichten um 5000 Fr. vermehren. Nimmt ihm nun der Staat den fünften Teil seines vermehrten Einkommens ab, bleiben ihm nun nicht noch 4000 Fr. Vermehrung, um ihm zur Ermunterung zu dienen?“

Folgte man der Idee des Hrn. Say, und nähme der Staat den fünften Teil des vermehrten Einkommens des Pächters in Anspruch, so wäre dies ungerecht, indem eine solche Auflage den Gewinn des Pächters träfe, ohne den Gewinn aus anderen Industriezweigen zu treffen. Alle Länderei wäre dann auf gleiche Weise der Auflage unterworfen, diejenige so gut, welche geringen Ertrag, als diejenige, welche reichlichen Ertrag gibt; und bei der Länderei, welche keine Bodenrente zahlt, könnte dann nicht die Auflage zur Entschädigung vom Preise der Bodenrente abgezogen werden. Eine partielle Besteuerung des Gewinns trifft niemals den Industriezweig, auf den sie gelegt ist; denn der Geschäftsunternehmer wird entweder sein Geschäft aufgeben, oder für die Auflage Entschädigung finden müssen. Nun

können aber die, welche keine Bodenrente zahlen, nur in einem Steigen des Preises der Erzeugnisse Entschädigung finden; demnach würde die von Hrn. Say vorgeschlagene Auflage auf die Konsumenten fallen und weder den Grundeigentümer noch den Pächter treffen.

Würde die vorgeschlagene Auflage in dem Verhältnis erhöht, wie sich die Quantität oder der Wert des Brutto-Ertrags der Bodenerzeugnisse vermehrte, so würde sie sich in nichts vom Zehnten unterscheiden und gleich [241] ihm auf den Konsumenten zurückfallen. Mag nun eine solche Auflage auf den Brutto- oder den Netto-Ertrag des Bodens fallen, so trifft sie doch die Konsumenten und weder den Grundeigentümer noch den Pächter auf die Weise, wie jede andere Auflage auf die Bodenerzeugnisse.

Hätte man keine Auflage auf den Boden gelegt und die zum Staatsbedürfnis erforderlichen Summen auf irgendeine andere Weise erhoben, so würde die Agrikultur wenigstens bis zu der Stufe sich emporgeschwungen haben, auf der wir sie jetzt erblicken; denn es ist rein unmöglich, dass eine Besteuerung des Bodens der Bodenkultur zur Ermunterung gereiche. Eine mäßige Auflage der Art dürfte und wird wahrscheinlich der Produktion nicht hinderlich sein. Die Englische Regierung hat nie die Sprache geführt, die ihr Hr. Say in den Mund legt. Sie hat nie versprochen, die ackerbauende Klasse und ihre Nachkommen von aller künftigen Besteuerung zu befreien und die sich nötig machenden Bedürfnisse des Staats von den andern Klassen der Gesellschaft zu erheben. Die Regierung sagt bloß: „Mit dieser Besteuerungsart wollen wir den Boden nicht ferner belasten, aber wir behalten uns die völligste Freiheit vor, euch unter irgendeiner andern Gestalt zum Beitrag eurer vollen Quote für die Bedürfnisse des Staates beizuziehen.“

Indem Hr. Say von Naturalabgaben, oder solchen spricht, die in einem gewissen Teil des Ertrags [242] der Bodenerzeugnisse erhoben werden, was mit dem Zehnten ganz einerlei ist, sagt er: „Diese Art der Besteuerung *scheint* die gleichste von allen zu sein, und keine *ist* es doch weniger. Sie bringt durchaus nicht das vom Produzenten angewendete Kapital in Anschlag, steht bloß im Verhältnis zum Brutto-, aber nicht zum Netto-Ertrag. Zwei Bodenbebauer, wollen wir annehmen, bauten verschiedene Arten der Bodenerzeugnisse; der Eine erzeugte Getreide auf Länderei mittlerer Qualität; seine Kulturkosten beliefen sich in einem gewöhnlichen Jahre auf 8,000 Fr.; der Brutto-Ertrag seiner Länderei betrug 12,000 Fr.: so hat er 4,000 Fr. Netto-Ertrag.

Sein Nachbar soll Weide oder Holzung haben, die ihm jedes Jahr 12,000 Fr. einbringt; aber sein Aufwand beträgt nur 2,000 Fr.: so bleibt ihm in einem gewöhnlichen Jahr 10,000 Fr. Netto-Ertrag.

Ein Gesetz befiehlt, dass vom Bodenertrag aller Art der zwölfte Teil in Natura abgegeben werde. Kraft desselben muss der Erste für 1,000 Fr. an Wert Getreidegarben abgeben, und der Zweite auf gleiche Weise für 1,000 Fr. Wert an Heubündeln, Wild oder Holz. Was ergibt sich hieraus? Man hat dem Einen den Viertel seines Netto-Ertrags, der sich auf 4,000 Fr. belief, genommen und dem Andern den Zehntel seines Netto-Ertrags, der sich nämlich auf 10,000 Fr. belief.

Jeder hat nur, als Einkommen, den reinen Gewinn, der ihm übrigbleibt, nachdem sein Kapital so [243] wieder hergestellt ist, wie es vorher war. Oder kann man bei einem Kaufmann den Betrag aller Verkäufe, die er in einem Jahr gemacht hat, sein Einkommen nennen? Nein, gewiß nicht. Sein Einkommen besteht nur in dem Mehrbetrag seiner Einnahme, verglichen mit dem, was er erst hat aufwenden müssen; und bloß von diesem Mehrbetrag kann er Auflagen zahlen, wenn er sich nicht ruinieren soll.“

Der Irrtum, in welchen Hr. Say sich in diesem Satze verwickelt hat, liegt darin, dass er von der Annahme ausgegangen ist: weil der Wert der Produkte der einen dieser zwei Ländereien (nachdem das Kapital des Bebauers wieder ersetzt ist) weit größer ist, als der Wert der Produkte der anderen Länderei: so müsse das Netto-Einkommen dieser beiden Bebauer im nämlichen Verhältnis verschieden sein. Hr. Say hat aber den verschiedenen Betrag der Bodenrenten, die jeder dieser beiden Bebauer bezahlt, gänzlich unberücksichtigt gelassen. In ein und derselben Geschäftsart kann es nicht zweierlei Gewinnbetrag geben, und wenn folglich die Produkte in verschiedenem Verhältnis zum Kapital stehen, so tritt bloß hinsichtlich der Bodenrente eine Differenz ein, aber nicht hinsichtlich des Gewinns. Unter welchem Vorwand würde man es zulassen, dass jemand mit 2,000 Fr. Kapital einen reinen Gewinn von 10,00 Fr. zöge, während ein anderer mit einem Kapital von 8,000 Fr. nur 4,000 Fr. erlangen könnte?

Berücksichtigt Hr. Say die Bodenrente und betrachtet er zugleich die Wirkung, die eine solche Auflage auf [244] den Preis der verschiedenen Arten der Bodenerzeugnisse hat; so wird er zu der Überzeugung gelangen, dass diese Auflage nicht ungleich ist, und dass die Produzenten nur so viel dazu beitragen, als jede andere Klasse der Konsumenten<sup>37</sup>.

---

<sup>37</sup> Wenn ich in meinem *Traité d'Economie politique* gesagt habe, dass die Naturalauflage bei allem Anschein, die gleichste der Auflagen zu sein, doch die ungleichste wäre; so habe ich nach Adam *Smith*, dessen *Raisonnement* ich für richtig halte, bewiesen, dass alle Besteuerung des Bodens oder unmittelbar des Bodenertrags auf die Grundeigentümer zurückfällt. Nun ist aber, nach dem angeführten Beispiel, der Netto-Ertrag, der bei der einen Länderei 10,000 Fr. und bei der andern 4,000 Fr. ausmacht, nicht das, was den Gewinn des Pächters ausmacht, sondern gerade das, was den Gewinn des Grundeigentümers ausmacht, nämlich die Bodenrente; er ist nicht das, was der Pächter gewinnt, sondern im Gegenteil, was er zahlt. Ich hatte deshalb Grund zu sagen, dass eine Auflage, die dem einen ein Viertel der Bodenrente, dieses reinen Einkommens, wegnimmt und dem anderen bloß den Zehntel, sehr ungleich sei. Wenn die Naturalauflage auf den Gewinn des Grundeigentümers oder des Pächters siele, nicht in seiner Eigenschaft als Grundeigentümer, sondern als industriöser Kapitalist (was ich nicht glaube), so wäre sie noch immer ungleich; denn nach obigem Beispiel zahlte ein Pächter, der jährlich 2,000 Fr. Kulturaufwand machte, 1,000 Fr. Auflage, und der, welcher für 8,000 Fr. Kulturaufwand machte und also eine viermal größere Industrie anwendete, demnach auch wahrscheinlich viermal größeren Gewinn erhalten würde, eben nicht mehr als 1,000 Fr. Auflage.

[245]

## Elftes Kapitel.

### Von der Besteuerung des Geldes.

Auflagen, oder Schwierigkeit der Produktion werden immer am Ende ein Steigen des Preises der Dinge herbeiführen; aber die Dauer der Zeit, bis dass der Marktpreis der Dinge ihrem natürlichen Preis gleich wird, hängt von der Natur der Dinge und von der Leichtigkeit ab, mit welcher sie ihrer Quantität nach reduziert werden können. Wenn die Quantität der besteuerten Ware nicht verringert werden kann, wenn z. B. das Kapital des Pächters oder des Hutmakers nicht auf eine andere Unternehmung verwendet werden kann; so wird es gar keine Folgen haben, wenn der Gewinn derselben, in Folge einer Auflage, unter den gewöhnlichen Standpunkt des Gewinns sinken sollte. Wächst die Nachfrage nach ihren Produkten nicht, so können sie den Marktpreis des Getreides und der Hüte nicht bis zu dem gestiegenen Standpunkt des natürlichen Preises erheben. Die Drohung; ihre Unternehmungen aufzugeben und ihre Kapitale in vorteilhafteren Geschäft-[246] ten anzulegen, dürfte als eitle Drohung erscheinen, die nicht in Wirklichkeit gesetzt werden kann; folglich würde Verringerung der Produktion den Preis nicht steigern.

Alle Arten der Dinge können aber der Quantität nach reduziert werden und Kapitale können von wenig gewinnreichen Unternehmungen weggezogen und in vorteilhafteren angelegt werden, obgleich bald mehr, bald weniger schnell. Je nachdem der Vorrat einer Sache leichter aufgezehrt werden kann, um desto schneller wird der Preis derselben steigen, wenn ihre Produktion in Folge einer Auflage oder einer andern Ursache schwieriger geworden ist.

Da Getreide eine für jedermann unumgänglich notwendige Sache ist, so wird eine Auflage darauf fast gar keine Wirkung auf die Nachfrage haben, und folglich wird der Vorrat desselben nicht gar lange im Überfluss vorhanden sein, selbst wenn die Produzenten große Schwierigkeiten finden sollten, ihre Kapitale der Bodenkultur zu entziehen. Der Preis des Getreides wird also durch eine Auflage schnell steigen und der Pächter dadurch in den Stand gesetzt werden, die Auflage auf den Konsumenten zu wälzen.

Wären die Bergwerke, welche uns das Gold liefern, in unserm Lande, und wäre das Gold besteuert, so könnte sein relativer Wert zu andern Dingen nicht steigen, bevor seine Quantität abgenommen hätte. Dies [247] würde hauptsächlich dann eintreten, wenn man sich des Goldes ausschließlich bediente, um Geld daraus zu prägen. So viel ist ausgemacht, dass die am wenigsten ergiebigen Goldbergwerke, d. h. die, welche keine Bodenrente bezahlen, so lange nicht bearbeitet werden können, als sie nicht mehr den gewöhnlichen Gewinnbetrag ergeben, bis der relative Wert des Goldes gerade um den Betrag der Auflage wieder gestiegen ist. Die Quantität des Goldes, und sonach auch die Geldes, würde langsam abnehmen, im ersten Jahr in sehr geringem Maß, schon mehr im zweiten, und endlich würde sein Wert im Verhältnis zur Auslage steigen. Aber in dieser Zwischenzeit würden die Eigentümer oder die Kapitalisten die Auflage bezahlen; die Auflage würde auf ihnen und nicht auf denen, welche das Geld verbrauchen, lasten. Wenn die Regierung auf jegliche 1,000 Maß Getreide im Lande, und auf jegliche 1,000 Maß, die noch erzeugt werden, eine Abgabe von 100 Maß legte, so würde mit den übrig bleibenden 900 Maß die nämliche Quantität Waren gekauft werden können, als vorher mit 1,000 Maß. Träte das Nämliche beim Golde ein, und legte die Regierung auf jegliche 1,000 Pfd. Sterl. im Lande, oder die noch in der Folge eingeführt würden, eine Steuer von 100 Pfd., so würde man mit den 900

übrigbleibenden Pfd. Sterl. nur wenig mehr kaufen als mit 900 Pfd. Sterl. vor Auflegung der Taxe. Die Auflage würde die treffen, deren Vermögen in Geld besteht, und zwar so lange, bis die Quantität des Geldes im Verhältnis zu der, durch die Auflage verursachten, [248] Vermehrung der Produktionskosten abgenommen haben würde<sup>38</sup>.

Dies würde ganz besonders und weit mehr bei einem Metalle der Fall sein, das zu Geld verbraucht wird, als bei jeder anderen Ware; denn die Nachfrage nach Geld beschränkt sich nicht auf eine bestimmte Quantität desselben, wie die Nachfrage nach Tuch oder Lebensmitteln. Die Nachfrage nach Geld bestimmt sich einzig nach seinem Wert, und sein Wert hängt von seiner Quantität ab. Hätte das Gold den doppelten Wert, so würde die halbe Quantität die nämlichen Dienste in der Zirkulation tun; und hätte es den halben Wert, so würde die doppelte Quantität erforderlich sein. Wenn der Marktpreis des Getreides durch Auflagen oder Schwierigkeit der Produktion um einen Zehntel stiege, so ist es zweifelhaft, ob dies auf die [249] Getreidekonsumtion Einfluss hätte; denn da Jeder nur eine bestimmte Quantität Getreide nötig hat, so würde er fortfahren so viel zu konsumieren wie vorher, solange er die Mittel zum Ankauf seines Bedürfnisses hat. Aber was das Geld anbelangt, so steht die Nachfrage darnach genau im Verhältnis zu seinem Wert, Niemand kann doppelt so viel Getreide konsumieren, als er gewöhnlich zu seiner Nahrung bedarf; dagegen kann Jeder in den Fall kommen, zwei, drei usw. mal mehr Geld ausgeben zu müssen, ob er gleich nur die nämliche Quantität Waren kauft und verkauft.

Der Grund, den ich hier angeführt habe, findet nur in Ländern Anwendung, in welchen man sich der edlen Metalle zum Gelde bedient und wo das Papiergeld noch nicht eingeführt ist. Das Gold hat gleich jeder andern Ware einen Marktpreis, der sich zuletzt nach der verhältnismäßigen Leichtigkeit oder Schwierigkeit es zu produzieren richtet; und ob es gleich wegen seiner dauerhaften Natur und wegen der Schwierigkeit seine Quantität zu vermindern, nicht sonderlichen Veränderungen des Marktpreises unterworfen ist; so nimmt diese Schwierigkeit aus dem Grunde noch bedeutend zu, dass es auch als Geld benutzt wird. Wenn die Quantität Gold, bloß als Ware betrachtet, auf dem Markt nur 10,000 Unzen betrüge und die Konsumtion unserer Manufakturen jährlich 2,000 Unzen erforderte, so könnte es um  $\frac{1}{4}$  oder um 25 Prozent im Werte in einem Jahre steigen, wenn die jährliche Zufuhr auf einmal aufhörte. Betrüge aber in der Hin- [250] sicht, dass es als Geld dient, seine Quantität 100,000 Unzen, so würde es erst in 10 Jahren um 1 im Werte steigen können. Da das Papiergeld der Quantität nach sehr leicht vermindert werden kann, so würde der Wert desselben, obgleich das Gold die Norm ausmacht, ebenso schnell, wie der des Metalls, wenn es nicht als Geld gebraucht wird, steigen.

Wäre das Gold nur das Produkt eines einzigen Landes, und brauchte man es überall als Geld, so könnte man eine sehr bedeutende Auflage darauflegen, die kein Land treffen würde, ausgenommen im Verhältnis, in welchem es in diesem oder jenem Lande in Manufakturen und zu Gerätschaften verarbeitet wird. Von dem Teil, der als Geld gebraucht

---

<sup>38</sup> Der Verfasser stellt hier zwei supponierte Auflagen einander gegenüber; aber ich fürchte, dass er sich hinsichtlich der Wirkungen, die er ihnen zuschreibt, täuscht. Wenn die Regierung von 1,000 Maß Getreide 100 als Abgabe erhöhe und sie zu erheben fortführe, so würden die übrigbleibenden 900 doch nur den Wert von 900 Maß behalten; denn die 100 von der Regierung als Abgabe erhobenen würden immer zur Konsumtion zurückkehren, obgleich im Interesse des Regenten. Es würde also stets die Quantität der Erzeugnisse und die Zahl der Konsumenten gleichbleiben. Die Besteuerung des Goldes betreffend, bin ich im Gegenteil der Meinung, dass die Regierung, da sie das Monopol des Geldmünzens hat, 900 Unzen Gold in Zirkulation setzen, und sie eben so viel, als 1,000 in Barren gelten lassen kann.

wird, würde, obgleich eine starke Auflage daraufgelegt ist, doch Niemand eine solche bezahlen. Dies ist eine ganz besondere Eigentümlichkeit des Geldes. Alle andern Dinge, von denen es nur eine beschränkte Quantität gibt, die nicht durch die Konkurrenz gesteigert werden kann, hängen, hinsichtlich ihres Wertes, vom Geschmack, der Laune und den pekuniären Kräften der Käufer ab; aber Geld ist eine Ware, die kein Land nur irgend den Wunsch oder das Bedürfnis zu vermehren hat; denn es bringt eben nicht mehr Vorteil, ob man 20 Millionen oder 10 Millionen als Umlaufsmittel anwendet. Ein Land könnte den Alleinhandel mit Seide oder Wein haben, und doch wäre es möglich, dass der Preis der Seide und des Weins sänke, weil Laune, Mode oder Geschmack auf einmal dem Tuch und [251] dem Branntwein den Vorzug gäben und jene Artikel durch diese ersetzen. Das nämliche könnte bis zu einem gewissen Grad beim Gold eintreten, insofern es nämlich in den Manufakturen verarbeitet wird. Aber da das Geld das allgemeine Tauschmittel ist, so ist die Nachfrage darnach nie ein Gegenstand der Willkür, sondern stets der Notwendigkeit. Der Kaufmann muss Gold für seine Ware entgegennehmen, und deshalb können für die Quantität, die der ausländische Handel anzunehmen nötigt, sobald das Gold an Wert sinkt, keine Grenzen bestimmt werden. Steigt es dagegen an Wert, so gibt es keine Reduktion der Quantität des Goldes, der er nicht gezwungen ist, sich zu unterwerfen. Man kann zwar das Geld durch Papier ersetzen, aber dadurch wird die Quantität des Geldes nicht verringert. Nur durch das Steigen des Preises der Waren wird verhindert, dass sie aus einem Lande, wo man sie wohlfeil einkaufte, nach einem andern ausgeführt werden, wo man sie teurer verkauft. Und dieses Steigen kann nur durch Metallgeld-Einfuhr vom Auslande, oder durch Erschaffung oder Vermehrung des Papiergeldes im Inlande bewirkt werden.

Wir wollen annehmen, der König von Spanien sei der ausschließende Besitzer der Goldbergwerke, und dieses Metall das einzige, was als Geld gebraucht wird. Legte er eine beträchtliche Auflage aufs Gold, so würde dadurch der natürliche Wert desselben bedeutend erhöht werden; und da der Marktpreis des Goldes in *Europa* zuletzt sich doch nach seinem natürlichen Wert im süd- [232] lichen Amerika bestimmt, so würde *Europa* eine größere Quantität Waren für eine bestimmte Quantität Gold geben. Aber Amerika würde nicht mehr die nämliche Quantität Gold zu Tage bringen; denn sein Wert würde nur im Verhältnis zur Abnahme seiner Quantität steigen, die eine Folge der vermehrten Produktionskosten sein würde. Amerika würde also für alles ausgeführte Gold nicht mehr Waren als vorher erhalten. Man könnte deshalb die Frage aufwerfen, welchen Vorteil bei dieser Lage der Dinge Spanien und seine Kolonien noch zöge? Der Vorteil würde darin bestehen, dass, wenn weniger Gold zu Tage gefördert wird, auch weniger Kapital dabei anzulegen ist; man wird also den nämlichen Wert europäischer Waren mit Anlegung eines geringern Kapitals einführen, als vorher mit Anlegung eines größern Kapitals, und folglich werden alle die Produkte, die man durch Anlegung des den Bergwerken entzogenen Kapitals erhält, der Vorteil sein, der Spanien aus der Auflage erwächst, und welchen es weder so reichlich, noch so sicher durch den Besitz des Alleinhandels mit irgendeiner andern Ware erhalten haben würde. Aus dieser Auflage, insoweit sie das Geld angeht, würde für die europäischen Nationen kein Nachteil entstehen. Sie würden noch die nämliche Quantität Waren haben, und folglich die nämlichen Genussmittel wie vorher besitzen. Die Zirkulation dieser Waren würde bloß mit einer geringern Quantität Geld bewirkt werden.

Wenn in Folge dieser Auflage die Bergwerke nur noch einen Zehntel des Goldes ertrügen, den sie vorher [253] lieferten, so würde dieser Zehntel gleichen Wert mit den 10 Zehnteln haben, die man gegenwärtig noch gewinnt. Aber der König von Spanien ist nicht ausschließend im Besitz der Bergwerke der edlen Metalle. Und wäre er es auch, so würde der Vorteil, den er aus diesem Umstand, so wie daraus, dass er die edlen Metalle besteuern könnte, zöge, um vieles durch die abnehmende Nachfrage und Konsumtion in *Europa*

geschmälert werden, indem man allgemein den edlen Metallen in größerm oder geringerm Grade Papiergeld substituieren würde. Die Zusammenstimmung des Markt- und natürlichen Preises aller Waren hängt jederzeit von der Leichtigkeit ab, mit welcher ihr Vorrat vermehrt oder vermindert werden kann. Gold, Häuser, Arbeit und viele andere Dinge betreffend, kann diese Wirkung unter gewissen Umständen nicht schnell eintreten. Ganz anders verhält es sich aber mit Dingen, die alle konsumiert und reproduziert werden, wie z. B. Hüte, Schuhe, Tuch und Getreide. Ihr Vorrat kann, wenn es notwendig ist, vermindert werden, und es bedarf keines langen Zeitraums, ihn mit den vermehrten Produktionskosten in Verhältnis zu setzen.

Eine Auflage auf die Ackererzeugnisse, trifft, wie wir bereits gesehen haben, die Konsumenten, keineswegs aber die Bodenrente, sie müsste denn die für den Unterhalt der Arbeiter bestimmten Fonds verringert, dadurch den Arbeitslohn zum Sinken gebracht, und die Population, wie die Nachfrage nach Getreide reduziert haben. Aber eine Auflage auf den Ertrag der Gold- [254] bergwerke muss, indem sie den Preis dieses Metalls erhöht, notwendig die Nachfrage verringern und folglich notwendig die diesem Unternehmen gewidmeten Kapitale wegziehen. Obgleich nun Spanien von einer Auflage aufs Gold alle die Vorteile erhält, die wir bereits kennen gelernt haben; so würden die Eigentümer der Bergwerke, von denen die Kapitale weggezogen worden sind, ihre ganze Bodenrente verlieren. Dies würde ein Verlust für Einzelne sein, aber die Nation verlöre nichts dabei, indem die Bodenrente nicht ein Erzeugnis, sondern bloß eine Übertragung des Reichtums ist. Der König von Spanien und die Eigentümer der Bergwerke, die fortwährend bearbeitet werden, würden nun nicht allein den ganzen Ertrag des anderweit angelegten Kapitals, sondern auch alles das erhalten, was die andern Eigentümer verloren hätten.

Wir wollen annehmen, es würden Bergwerke erster, zweiter und dritter Qualität bearbeitet und brächten 100, 80 und 70 Pfund Gold Ertrag. Die Rente von Nro. 1 betrüge demnach 30 Pfd., und die von Nro. 2 nur 10 Pfd. Wir wollen ferner annehmen, dass die Taxe auf jedes bearbeitete Goldbergwerk jährlich 70 Pfd. Gold betrage und dass folglich nur Nro. 1 mit Vorteil bearbeitet werden könne; so liegt es auf der Hand, dass von diesem Augenblick an jede Bodenrente aufhören würde. Vor Einführung der Auflage zahlte Nro. 1 von 100 Pfd. Ertrag eine Bodenrente von 30 Pfd., und der Bearbeiter des Bergwerks behielt 70 Pfd., gerade so viel als der ganze Ertrag von [255] Nro. 3 ausmacht. Der Wert also, der dem Kapitalisten des Bergwerks Nro. 1 übrig bleibt, muss der nämliche, wie vorher sein, sonst würde er nicht den gewöhnlichen Kapitalgewinn haben. Nachdem er also von 100 Pfd. Ertrag 70 Pfd. Auflage bezahlt hat, muss folglich der Wert der übrigbleibenden 30 Pfd. gleich sein dem Werte der vorigen 70 Pfd.; der Wert der ganzen 100 Pfd. muss folglich so viel betragen als vorher der Wert von 233 Pfd. Der Wert kann noch höher, aber nicht niedriger stehen, sonst würde auch dieses Bergwerk nicht mehr bearbeitet werden. Da in dem angenommenen Fall das Gold ein Gegenstand des Monopols ist, so könnte es über seinen natürlichen Wert steigen, und dann würde es eine Rente zahlen, gerade so viel betragend um wie viel es Letzteren überstiegen hätte. Wäre der Wert des Goldes aber niedriger als wir angenommen haben, so würde zur Bearbeitung dieses Bergwerks kein Kapital mehr angelegt werden.

Indem also Spanien den Drittel der Arbeit und des Kapitals anwendete, würde es hinreichend Gold aus seinen Bergwerken erhalten, um dafür die nämliche, oder beinahe die nämliche Quantität Waren einzukaufen, wie vorher. Es würde gerade um den Ertrag der zwei Drittel der den Bergwerken entzogenen Kapitale reicher geworden sein. Wenn der Wert der 100 Pfd. Gold den 250 vorher erhaltenen Pfd. Gold gleich geworden sein wird; so wird der Anteil des Königs von Spanien, die 70 Pfd., gleich sein dem Werte, den 175 Pfd. Gold vorher hatten. Nur ein [255] kleiner Teil der königlichen Auflage würde die

Untertanen des Königs treffen, da der größere durch eine bessere Verteilung der Kapitale erhalten werden würde.

Die Rechnung würde für Spanien so stehen:

Früherer Ertrag:

250 Pfund Gold, im Werte gleich (wie wir annehmen wollen)	10,000 Ellen Tuch.
---	--------------------

Gegenwärtiger Ertrag:

Von den zwei Kapitalisten, welche die Bearbeitung der Bergwerke aufgegeben haben, der Wert von 140 Pfund Gold oder	5,600 Ellen Tuch.
--	-------------------

Von dem Kapitalisten, welcher das Bergwerk Nro. 1 bearbeitet, 30 Pfund Gold, die im Wert wie 1: 2½ gestiegen sind und deshalb im Werte jetzt gleich sind	3,000 Ellen Tuch.
--	-------------------

Abgabe an den König, 70 Pfund, an Wert jetzt	<u>7,000 Ellen Tuch.</u>
--	--------------------------

15,600 Ellen Tuch.

Zu den 7,000 Ellen, die der König erhält, würde das Spanische Volk nur 1,400 beitragen und 5,600 Ellen wären reiner, aus den, den Bergwerken entzogenen, Kapitalen hervorgehender Gewinn.

Wäre die Auflage, statt einer bestimmten Summe, die von jedem bearbeiteten Bergwerk erhoben wird, ein bestimmter Teil des Ertrags, so würde die Quantität [257] des Ertrags dadurch nicht vermindert werden. Wenn die Auflage die Hälfte, das Viertel, das Drittel des Ertrags der Bergwerke hinwegnähme, so würde es immer das Interesse der Bergwerksinhaber sein, so viel Erz ausgraben zu lassen, als vorher. Nähme aber die Quantität nicht ab und käme nur ein Teil aus den Händen des Eigentümers in die des Königs, so würde es im Werte nicht steigen; die Auflage würde auf die Einwohner der Kolonien fallen und kein Vorteil daraus hervorgehen. Eine Auflage der Art würde die Wirkung haben, die, nach *Adam Smith*, Besteuerung der Bodenerzeugnisse auf die Bodenrente haben soll, sie würde ganz auf die Bergwerksrente fallen. Triebe man es noch ein wenig weiter, so würde die Auflage nicht allein die ganze Rente aufzehren, sondern sie würde auch die Arbeiter der Bergwerke ihres gewöhnlichen Kapitalgewinns berauben, weshalb sie ihre Kapitale wegziehen würden. Erhöhte man die Auflage noch mehr, so würde sie selbst die Rente der reichsten Bergwerke verzehren und es würden noch mehr Kapitale diesem Geschäft entzogen werden. Die Quantität des Goldes würde fortwährend abnehmen, während der Wert desselben stiege, und die nämlichen Folgen würden eintreten, die wir schon angezeigt haben: nämlich ein Teil der Auflage würde von den Einwohnern der Spanischen Kolonien bezahlt werden und der andere Teil würde neue Produkte hervorbringen, indem er die Kraft des Instrumentes vermehrte, das als Tauschmittel gebraucht wird. Die Auflagen aufs Gold sind von zweierlei Art; die eine wird von der gegenwärtig in Zirkulation sich be- [258] findenden Quantität Gold, die andere von der Quantität erhoben, die jährlich aus den Bergwerken genommen wird. Beide wirken auf Verminderung der Quantität und auf Steigerung des Wertes des Golds; keine von beiden aber steigert seinen Wert, bevor seine Quantität verringert ist; und deshalb fallen diese Auflagen eine Zeitlang, bis der Vorrat abgenommen hat, auf die Kapitalisten, zuletzt aber treffen sie, durch Abnahme der Rente, den Eigentümer des Bergwerks und die Käufer derjenigen Quantität Gold, die, als Ware verbraucht, zu den Genüssen der menschlichen Gesellschaft dient und nicht ausschließlich zum Zirkulationsmittel bestimmt ist. –

[259]

## Zwölftes Kapitel.

### Von der Besteuerung der Häuser.

Außer dem Gold gibt es noch andere Gegenstände, deren Quantität nicht schnell reduziert werden kann. Jede Auflage auf diese Gegenstände fällt demnach auf den Eigentümer, wenn das Steigen des Preises die Nachfrage vermindert.

Auflagen auf Häuser gehören in diese Klasse; ob sie gleich auf den Mietsmann gelegt sind, fallen sie doch oft auf den Eigentümer durch das Sinken des Mietzinses, das sie bewirken, zurück. Die Früchte des Bodens werden von einem Jahr zum anderen konsumiert und wieder reproduziert, und so verhält es sich mit vielen anderen Dingen. Da sie sehr schnell mit der Nachfrage ins Gleichgewicht gebracht werden können, so können sie nicht lange über ihrem natürlichen Preise stehen. Da aber eine Besteuerung der Häuser als ein erhöhter, vom Mietsmann zu bezahlender Mietzins angesehen werden kann, so muss sie die Wirkung haben, [260] die Nachfrage nach Häusern, die eine solche jährliche Rente zu zahlen haben, zu vermindern, ohne den Vorrat an dergleichen Häusern zu verringern. Der Mietzins oder die Hausrente wird also sinken und ein Teil der Auflage indirekt vom Eigentümer getragen werden.

„Die Hausrente, sagt *Adam Smith*, zerfällt, wie man annehmen kann, in zwei Teile, deren einer ganz eigentlich der Mietzins fürs Gebäude und der andere gewöhnlich die Grundrente genannt wird. Der Mietzins fürs Gebäude ist der Zins oder der Gewinn vom Kapital, das zur Erbauung des Hauses aufgewendet worden ist. Um das Unternehmen eines Hauserbauers mit anderen Unternehmungen ins Gleichgewicht zu bringen, muss der Mietzins ihm erstlich die nämlichen Interessen abwerfen, die er von seinem Kapital gezogen haben würde, wenn er es auf gute Sicherheit ausgeliehen gehabt hätte, und zweitens ausreichend sein, um davon das Haus stets in Bau und Besserung zu erhalten, oder, was auf eins hinaus kommt, um in einer gewissen Reihe von Jahren das Kapital wieder zu ersetzen, was zur Erbauung des Hauses angewendet wurde. Sollte es sich ereignen, dass die Unternehmung des Hauserbauers eine Zeitlang einen größeren Gewinn als diesen, im Verhältnis zu den gewöhnlichen Kapitalzinsen, abwürfe; so würden bald so viele Kapitale andern Unternehmungen entzogen und dieser zugewendet werden, dass der Gewinn bald auf seinen vorigen Standpunkt herabsinken müsste. Trüge er aber im Gegenteil eine Zeitlang weniger ein, so würden die anderen Unternehmungen ihm bald so viel Kapital ent- [261] ziehen, dass der Gewinn bald wieder mit dem der andern gleichen Standpunkt erreichte.“

„Der Teil des Mietzinses von einem Hause, der den gewöhnlichen anständigen Gewinn übersteigt, ist natürlich zur Grundrente zu rechnen; und wären der Eigentümer des Bodens und der Eigentümer des Gebäudes zwei verschiedene Personen, so ist es in den meisten Fällen der erste, an welchen dieser Überschuss gezahlt wird. Bei Landhäusern, die in einer gewissen Entfernung von großen Städten liegen und wo Boden im Überfluss und nach Willkür zum Bauen ist, beträgt die Grundrente fast nichts, oder doch nicht mehr als was der Boden, auf dem das Haus steht, eingebracht haben würde, wenn er in Kultur gesetzt worden wäre. Bei Landhäusern in der Nähe einer großen Stadt ist diese Grundrente oft weit höher, und oft bezahlt man die Schönheit oder die Bequemlichkeit der Lage sehr teuer. In der Regel ist die Grundrente in der Hauptstadt am höchsten, und zwar in solchen Teilen derselben, wo die größte Nachfrage nach Häusern stattfindet, was auch die Ursachen einer solchen

Nachfrage sein mögen, sei es des Handels und der Geschäfte, sei es des Vergnügens und der Gesellschaft wegen, oder bloß Mode und Eitelkeit die Hauptursache.“

Eine Auflage auf die Hausrente kann auf den Mietmann, auf den Eigentümer des Bodens oder auf den Eigentümer des Gebäudes fallen. In den gewöhnlichen Fällen ist anzunehmen, dass der Mietmann am Ende und unmittelbar die Auflage bezahlt.

[262] Ist die Auflage mäßig und befindet sich das Land in einem stätigen oder vorwärtsschreitenden Zustande, so ist kein Grund da, warum der Mietmann sich mit einem geringeren Hause behelfen sollte. Aber wenn die Auflage hoch ist, oder andere Umstände die Nachfrage nach Häusern vermindert haben, so wird das Einkommen des Eigentümers darunter leiden, denn der Mietmann wird sich für die Auflage zum Teil durch Verminderung des Mietzinses entschädigen. Es ist indes schwer zu bestimmen, in welchem Verhältnis der Teil der Auflage, den der Mietmann durch Verringerung des Mietzinses erspart hat, auf die Hausrente und auf die Grundrente fällt. Es ist wahrscheinlich, dass im ersten Fall er auf beide gleich fallen würde. Da die Häuser aber eine vergängliche Sache sind, ob sie gleich nur langsam sich deteriorieren, und da man nicht eher andere wieder baut, bis dass der Gewinn des Häusererbauers mit dem Gewinn, den andere Geschäfte abwerfen, im Gleichgewicht steht, so wird der Mietzins, nach Verlauf einer gewissen Zeit, wieder auf seinen natürlichen Preis kommen. Da der Bauunternehmer nur so lange Mietzins zieht, als das Gebäude dauert, so kann er im schlimmsten Fall nicht länger einen Teil der Auflage tragen.

Diese Auflage würde also am Ende auf dem Mietsmann und auf dem Grundeigentümer lasten; aber „in welchem Verhältnis endlich die Auflage unter diese beiden verteilt wird, sagt *Adam Smith*, ist nicht leicht zu entscheiden. Diese Teilung würde wahrscheinlich unter verschiedenen Umständen sehr verschieden sein, und eine Auf- [263] lage dieser Art würde nach diesen verschiedenen Umständen sehr ungleich, sowohl den Mietsmann als den Grundeigentümer treffen.“<sup>39</sup>

*Adam Smith* betrachtet die Grundrenten als einen Gegenstand, der sich zur Besteuerung ganz besonders eigne.

„Beide, sowohl Grundrenten, als gewöhnliche Bodenrenten, sagt er, sind eine Art Einkommen, das der Eigentümer in vielen Fällen genießt, ohne Sorgfalt oder Mühe zu verwenden. Wird ihm ein Teil dieses Einkommens entzogen, um damit die Bedürfnisse des Staats zu bestreiten, so wird dadurch kein Zweig der Industrie entmutigt. Der jährliche Ertrag des Bodens und der Arbeit der Gesellschaft, der eigentliche Reichtum und das Einkommen der großen Volksmasse würden nach der Auflage noch das nämliche sein, wie zuvor. Grundrenten und gewöhnliche Bodenrente sind also vielleicht die Art des Einkommens, das am füglichsten eine eigentümliche Auflage tragen kann.“ Man muss zugeben, dass die Wirkungen dieser Auflagen so sind, wie sie *Adam Smith* beschrieben hat. Es würde aber doch sicher eine große Ungerechtigkeit sein, ausschließlich das Einkommen einer besonderen Klasse der Gesellschaft zu besteuern. Die Lasten des Staats müssen von Allen getragen werden und im Verhältnis zur Leistungsfähigkeit eines jeden stehen. Dies ist eine der vier von *Adam Smith* aufgestellten Maximen, die bei jeder Besteuerung als Regel beobachtet werden sollen. Oft beziehen solche die Rente, die [264] nach langen Arbeitsjahren ihren Gewinn auf Ankauf von Länderei verwendet haben. Es würde also eine Verletzung des Grundsatzes sein, nach welchem die Sicherheit des Eigentums immer heilig gehalten sein soll, wenn man das Einkommen aus Grund- und Bodenrenten mit einer so ungleichen Auflage belegte. Es ist zu bedauern, dass die Stempelabgabe, mit welcher die Veränderung

---

<sup>39</sup> Buch V. Cap. II

der Eigentümer der Ländereien beladen ist, ein Haupthindernis ist, dass sie nicht in solche Hände übergehen, wo sie wahrscheinlich den meisten Ertrag geben würden. Und wenn man vollends bedenkt, dass die Länderei, wenn sie als ein ganz besonders zur ausschließlichen Besteuerung passender Gegenstand angesehen wäre, nicht allein im Preise sinken würde, um für das Risiko der Besteuerung Schadenersatz zu gewähren, sondern auch, je nachdem dieses Risiko unbestimmt und ihr Wert folglich ungewiss wäre, ein Gegenstand der Spekulation würde, die mehr den Charakter der Agiotage als den eines regelmäßigen Verkehrs hätte: so würde höchst wahrscheinlich die Länderei in die Hände solcher Individuen fallen, die mehr die Eigenschaften der Agioteurs als kluger Landwirte haben, die ihr Land mit größtmöglichstem Vorteil nutzen.

[265]

## Dreizehntes Kapitel.

### Von der Besteuerung des Gewinns.

Auflagen auf solche Dinge, welche Gegenstände des Luxus sind, fallen auf diejenigen, welche von solchen Gegenständen Gebrauch machen. Die Auflage auf den Wein bezahlt der Konsument des Weins. Eine Auflage auf Luxuspferde oder auf Kutschen, wird von denen bezahlt, die solche Genüsse sich zulegen, und zwar im genauen Verhältnis zur Quantität dieser Genüsse. Auflagen aber auf Bedürfnisse des Lebens treffen nicht die Konsumenten derselben im Verhältnis zur Quantität, die sie konsumieren können, sondern oft noch weit stärker. Eine Auflage aufs Getreide trifft, wie wir bereits gesehen haben, nicht allein den Mannfakturisten im Verhältnis zu der Quantität Getreide, das er mit seiner Familie konsumiert, sondern sie greift auch in den Betrag des Kapitalgewinns ein und vermindert folglich sein Einkommen. Alles, was den Arbeitslohn steigert, vermindert den Kapitalgewinn; jede Auflage auf Ge- [266] genstände der Konsumtion des Arbeiters hat die Wirkung, den Betrag des Kapitalgewinns zu mindern.

Eine Auflage auf Hüte wird den Preis der Hüte steigern, eine Auflage auf Schuhe den Preis der Schuhe. Wäre dies nicht der Fall, so würde die Auflage am Ende von dem Manufakturisten bezahlt werden; sein Gewinn würde unter den gewöhnlichen Standpunkt des Gewinns sinken, und er würde sein Geschäft aufgeben. Eine partielle Besteuerung des Gewinns würde den Preis der Ware steigern, auf die sie fällt; eine Besteuerung z. B. des Gewinns des Hutmakers würde den Preis der Hüte steigern; denn wenn nur der Gewinn des Hutmakers besteuert wäre, mit Ausschluss jedes anderen Geschäfts, so müsste der Gewinn des Hutmakers, wenn er nicht den Preis der Hüte erhöhte, unter dem allgemeinen Gewinnbetrag sein und er würde sich genötigt sehen, sein Geschäft mit einem anderen zu vertauschen.

Auf gleiche Weise würde eine Auflage auf den Gewinn des Pächters den Preis des Getreides steigern, eine Auflage auf den Gewinn des Tuchmakers, den Preis des Tuches; und würde im Verhältnis zum Gewinn eine Auflage auf alle Geschäfte gelegt, so würde jede Ware im Preise steigen. Wäre aber das Bergwerk, welches uns das Metall liefert, woraus wir unser Geld schlagen, im Inlande, und der Gewinn der Bergwerksbebauer würde ebenso besteuert, so würde keine einzige Ware im Preise steigen; jeder würde ei- [267] nen gleichen Teil seines Einkommens geben und Alles würde in dem Zustande wie zuvor bleiben.

Besteuert man das Geld nicht und kann es seinen Wert beibehalten, während alle anderen Gegenstände besteuert sind und im Preise steigen; so wird der Hutmaker, der Tuchfabrikant und der Pächter, wenn jeder gleiches Kapitals angelegt hat, was gleichen Gewinnbetrag gibt, den nämlichen Betrag an Auflage zahlen. Beträgt diese Auflage 100 Pfd. Sterl., so wird der Wert der Hüte, des Tuchs und des Getreides um 100 Pfd. steigen. Gewinnt der Hutmaker 1,100 Pfd. statt 1000 mit seinen Hüten, so wird er 100 Pfd. Auflage an die Regierung zahlen, und es werden ihm immer 1000 Pfd. übrigbleiben, die er auf Gegenstände seiner Konsumtion verwenden kann. Da aber Tuch, Getreide und alle übrigen Gegenstände aus ein und derselben Ursache gestiegen sind, so wird er jetzt für seine 1000 Pfd. nicht mehr erhalten, als vorher für 910 Pfd. und er wird also durch die Verkürzung seines Einkommens zu den Bedürfnissen des Staats beitragen. Indem diese Auflage bezahlt wird, ist ein Teil des Bodenertrags und der Nationalindustrie zur Disposition der Regierung gestellt, statt dass jeder diesen Teil zu seinem eigenen Gebrauch

hätte benutzen können. Wenn jeder diese 1000 Pfd., statt sie auszugeben, zu seinem Kapital fügte, so würde man an dem Steigen des Arbeitslohnes der Boden- und Industrieerzeugnisse gewahr werden, dass diese Ersparnis von 1000 Pfd. eben nicht mehr tut als vorher eine Ersparnis von 910 Pfd.

[268] Besteuert man das Geld, oder wird der Wert desselben durch irgendeine andere Ursache verändert, während alle anderen Dinge auf dem nämlichen Preise bleiben wie vorher, so wird der Gewinn des Manufakturisten und Pächters, noch wie vorher, 1000 Pfd. betragen. Da jeder der Regierung 100 Pfd. zu zahlen hat, so bleiben jedem 900 Pfd. übrig und sie können nun über einen geringeren Teil der Produkte des Bodens oder der Nationalindustrie verfügen, mögen sie das Kapital in hervorbringender oder nichts hervorbringender Arbeit anlegen. So viel als sie verlieren, gewinnt gerade die Regierung. Im ersten Fall erhielt der Contribuent für 1000. Pfd. die gleiche Quantität Ware, wie vorher für 910. Pfd.; im zweiten Fall kann er nur so viel dafür kaufen, als früher für 900 Pfd. Dies rührt von der Differenz im Betrage der Auflage her, die im ersten Fall nur ein Elftel und im zweiten ein Zehntel seines Einkommens ist, während das Geld in beiden Fällen einen verschiedenen Wert hat.

Wird aber auch das Geld nicht besteuert und verändert sich auch der Wert desselben nicht, so werden doch alle Dinge im Preise steigen, obgleich nicht in gleichem Verhältnis; sie werden nicht im besteuerten Zustande den nämlichen relativen Wert gegenseitig zueinander behalten, wie vorher. In einem früheren Teile dieses Werks haben wir die Wirkungen der Teilung des Kapitals, in festes und umlaufendes, oder vielmehr in dauerndes und vergängliches, auf den Preis der [269] Dinge untersucht. Wir fanden, dass zwei Manufakturisten völlig gleiche Kapitale anlegen, und ganz gleichen Gewinnbetrag davon erhalten konnten, obgleich jeder die Erzeugnisse seiner Industrie für ganz verschiedene Geldsummen verkaufte, je nachdem ihre angelegten Kapitale mehr oder weniger schnell konsumiert und reproduziert wurden. Der Eine konnte seine Waren um 4,000 Pfd. verkaufen, und der Andere um 10,000 Pfd., während jeder von beiden ein Kapital von 10,000 Pfd. angelegt hatte und 20 Prozent Gewinn oder 2,000 Pfd. erhielt. Das Kapital des Einen bestand z. B. aus 2,000 Pfd. umlaufendem Kapital, das wieder reproduziert werden muss, und aus 8,000 Pfd. festem Kapital in Gebäuden und Maschinen; das Kapital des Andern dagegen aus 8,000 Pfd. umlaufendem und 2,000 Pfd. festem Kapital in Gebäuden und Maschinen.

Angenommen nun, dass jeder dieser Manufakturisten von seinem Einkommen 10 Prozent Auflage zahlen muss, oder 200 Pfd.; so muss der Eine, um von seinem Kapital den gewöhnlichen Gewinn zu erhalten, den alle anderen Geschäfte einbringen, seine Waren von 10,000 Pfd. auf 10,200 Pfd. erhöhen; und der Andere muss den Preis der seinigen von 4,000 Pfd. auf 4,200 Pfd. setzen. Vor der Besteuerung hatten die Waren des Einen  $2\frac{1}{2}$  Mal mehr Wert als die des Andern; nach Einführung der Auflage haben sie nur 2,42 Mal mehr Wert. Die eine Sorte ist also um 2 Prozent, die andere um 5 Prozent gestiegen. Demnach verändert eine Auflage aufs Einkommen, während [270] der Wert des Geldes fortwährend der nämliche bleibt, den relativen Preis und Wert der Dinge.

Dies würde ganz richtig sein, wenn die Auflage, statt auf den Gewinn gelegt zu sein, bloß auf die Waren selbst gelegt wäre. Vorausgesetzt, dass die Waren im Verhältnis zum Wert des zu ihrer Produktion angewendeten Kapitals besteuert sind, so werden sie auf gleiche Weise steigen, welches auch ihr Wert sein mag, und folglich behalten sie nicht mehr das nämliche Verhältnis wie vorher bei. Eine Ware, die von 10,000 Pfd. auf 11,000 Pfd. gestiegen wäre, stände nicht mehr in dem nämlichen Verhältnis zu einer anderen, die von 2 000 Pfd. auf 3,000 Pfd. gestiegen wäre. Wenn unter diesen Umständen das Geld, aus welcher Ursache es auch sei, im Werte stiege, so würde dieses Steigen auf den Preis der Waren nicht im

nämlichen Verhältnis einwirken. Die nämliche Ursache, die den Preis einer Ware von 10,200 Pfd. auf 10,000 Pfd. oder unter 2 Prozent sinken machte, könnte den Preis einer anderen von 4.200 Pfd. auf 4,000 Pfd. oder um 43 Prozent herunterbringen. Sänken sie in anderen Verhältnissen als in diesen herunter, so würde der Gewinn nicht mehr gleich sein. Denn damit letzteres Statt finde, muss der Preis der zweiten Ware 4,000 Pfd. betragen, wenn der der ersten 10,000 Pfd. beträgt, und beträgt der Preis der ersten 10,200, so muss der Preis der anderen 4,200 betragen.

Die Erwägung dieses Umstandes muss uns zum Verständnis eines sehr wichtigen Prinzips führen, auf [271] das man, wie ich glaube, noch nie geachtet hat. Es besteht in Folgendem: In einem Lande, wo keine Auflagen existieren, müssen die Veränderungen im Werte des Geldes, die aus dem Mangel oder dem Überfluss desselben entstehen, in gleichem Verhältnis auf den Preis aller Dinge wirken; denn, wenn eine Ware, die 1,000 Pfd. kostet auf 1,200 Pfd. steigt, oder auf 800 Pfd. fällt, so muss eine andere, die 10,000 Pfd. kostet auf 12,000 Pfd. steigen oder auf 8,000 Pfd. fallen. Aber in einem Lande, wo die Preise, in Folge der Auflagen, künstlich zum Steigen gebracht werden, wird der durch Zufuhr entstandene Überfluss des Geldes, oder die Ausfuhr und der daraus entstandene Mangel desselben (wenn vielleicht im Auslande große Nachfrage eingetreten ist) nicht in gleichem Verhältnis auf die Preise aller Waren einwirken. Manche werden um 5, 6 oder 12 Prozent steigen oder fallen, und manche um 3, 4 oder 7 Prozent. Wenn in einem Lande, wo keine Auflagen existieren, das Geld im Wert sänke, so würde sein Überfluss auf allen Märkten ähnliche Wirkungen auf alle Waren zur Folge haben. Stiege das Fleisch um 20 Prozent, so würde das Brod, das Bier, die Fußbekleidung und die Arbeit, so wie alle anderen Dinge gleichfalls um 20 Prozent steigen. Und so muss es sich verhalten, damit jedem Industriezweig der nämliche Gewinnbetrag gesichert bleibt. Dies trifft aber nicht mehr ein, sobald nur ein Gegenstand besteuert ist. Denn wenn sie, in diesem Fall, alle im Verhältnis zum Sinken des Geldwertes stiegen, so würden die Gewinne ungleich werden. In dem Fall, wo die [272] Gegenstände besteuert wären, würde sich der Gewinn über den allgemeinen Standpunkt erheben, und das Kapital würde von einem Unternehmen zum anderen übergehen, bis dass das Gleichgewicht in den Gewinnbeträgen wieder hergestellt wäre, was nicht eher eintreten könnte, als bis die Preise sich zu einander geändert hätten.

Erklärt dieser Grundsatz nicht mit einem Mal alle die verschiedenen Wirkungen, die man, während der Dauer des Gesetzes, welches die Englische Bank autorisierte, die Zahlungen in Geld einzustellen, in Folge des veränderten Geldwertes, auf den Preis aller Waren bemerkt hat? Denen, die da behaupten, das Geld sei durch den zu großen Überfluss des Papiergeldes im Werte gesunken, entgegnete man, dass, wenn dies der Fall wäre, alle Dinge in gleichem Verhältnis hätten steigen müssen. Aber es war leicht bemerkbar, dass mehrere weit größere Veränderungen im Preise erlitten hatten, als andere, und man folgerte daraus, dass das Steigen der Preise von einer anderen Ursache, die selbst den Wert der Dinge verändere, und nicht von irgendeiner Veränderung im Werte des Geldes herrühren müsse. Und doch scheint es, wie wir eben gesehen haben, dass in einem Lande, wo die Dinge besteuert sind, der Preis derselben nicht im nämlichen Verhältnis, in Folge des Steigens oder Sinkens des Geldwertes, sich verändert.

Wäre der Gewinn aller Gewerbe besteuert, mit Ausnahme desjenigen des Pächters, so würden alle [273] Waren, mit Ausnahme der Bodenerzeugnisse, im Geldwert steigen. Der Pächter würde das nämliche Einkommen an Getreide haben, wie vorher und es auch zu dem nämlichen Geldpreis verkaufen. Da er aber alle andern Konsumtionsartikel außer dem Getreide teuer bezahlen müsste, so würde darin für ihn eine Consumtionssteuer enthalten sein. Selbst eine Veränderung des Geldwertes würde um nichts die Last dieser Auflage erleichtern; denn eine dergleichen Veränderung des Geldwertes könnte alle besteuerten

Gegenstände auf ihren alten Preis wieder herabbringen, der eine unbesteuerte Artikel aber würde unter seinen vorigen Standpunkt sinken; und obgleich nun der Pächter seine Konsumtionsartikel um ihren alten Preis kaufen könnte, so würde er weniger Geld zu ihrem Ankauf zu verwenden haben.

Der Grundeigentümer würde gerade in derselben Lage sein; er würde die nämliche Bodenrente in Getreide haben und die nämliche Bodenrente in Geld wie vorher, wenn der Preis aller Dinge stiege, während das Geld den nämlichen Wert behielte. Und er würde die nämliche Bodenrente in Getreide, aber eine geringere in Geld haben, wenn alle Dinge auf dem nämlichen Preis blieben. In einem wie im andern Fall würde er, obgleich sein Einkommen nicht direkt besteuert wäre, auf eine indirekte Weise zur Bezahlung der Auflage mit beitragen.

Angenommen aber, der Gewinn des Pächters sei ebenfalls mit besteuert; so befindet er sich in diesem Fall [274] in gleicher Lage mit allen Gewerbetreibenden. Seine Ackererzeugnisse werden steigen und er wird das nämliche Geldeinkommen haben, nachdem er die Auflage bezahlt hat; aber er muss alle Gegenstände seiner Konsumtion, selbst die Ackererzeugnisse, teurer bezahlen.

Der Eigentümer wird sich indessen in einer ganz verschiedenen Lage befinden. Die Besteuerung des Gewinns seines Pächters wird für ihn vorteilhaft sein, da er für den erhöhten Preis, um welchen er die Manufakturwaren kaufen muss, im Fall sie im Preise steigen sollten, entschädigt wird; und er wird das nämliche Geldeinkommen haben, wenn in Folge des gestiegenen Geldwertes, die Dinge auf ihren vorigen Preis herabgehen. Eine Auflage auf den Gewinn des Pächters trifft nicht den Brutto-Ertrag seiner Länderei, sondern den Netto-Ertrag derselben, nachdem die Bodenrente, Arbeitslohn und andere Lasten bestritten sind. Da die Bebauer der verschiedenen Arten der Länderei Nro. 1, 2 und 3 genau die nämliche Quantität Kapital anlegen, so haben sie auch gleichen Gewinn, welches auch die Quantität des Brutto-Ertrags sei, die einer mehr als der andere erhalten haben mag; folglich sind sie Alle gleich besteuert.

Z. B. der Brutto-Ertrag von Länderei erster Qualität sei 180 Maß Getreide, der von Nro. 2 sei 170 Maß und der von Nr. 3 sei 160 Maß. Wenn jeder mit 10 Maß besteuert ist, so wird die Differenz zwischen dem Ertrag von Nro. 1, 2 und 3, nach bezahlter [275] Auflage, die nämliche wie vorher sein; denn wenn Nro. 1 auf 170, Nro. 2 auf 160 und Nro. 3 auf 150 Maß verringert ist, so wird die Differenz zwischen Nro. 3 und Nro. 1 noch immer wie zuvor 20 Maß, und eben so die zwischen Nro. 3 und Nro. 2 10 Maß sein. Wenn ungeachtet der Auflage der Preis des Getreides und aller andern Dinge der nämliche wie vorher bliebe, so würde die Geldrente so gut wie die Getreiderente keine Veränderung erleiden. Würde aber der Preis des Getreides sowie aller andern Dinge in Folge der Auflage steigen, so würde dies auch mit der Geldrente im nämlichen Verhältnis der Fall sein. Kostete das Maß Getreide 4 Pfd. Sterl., so würde die Bodenrente von Nro. 1 80 Pfd. Sterl. betragen, und die von Nro. 2 40 Pfd. Stiege aber das Getreide um 10 Prozent, d. h. würde das Maß 4 Pfd. 8 Schill. kosten, so würde die Bodenrente gleichfalls um 10 Prozent steigen; denn 20 Maß Getreide würden dann 88 Pfd. kosten und 10 Maß 44 Pfd. Eine dergleichen Auflage kann also in keinem Fall den Grundeigentümer treffen.

Eine Besteuerung des Kapitalgewinns wirkt nie auf die Natural-Bodenrente, und folglich verändert sich die Geldbodenrente mit dem Preis des Getreides; aber eine unmittelbare Besteuerung der Bodenerzeugnisse selbst, oder der Zehnte, wirkt immer auf die Natural-Bodenrente und lässt durchgehends die Geldbodenrente in demselben Zustand, wie vorher. An einer andern Stelle dieses Werks habe ich gesagt, dass wenn eine [276] Grundsteuer von gleichem Betrage in Geld auf alle Sorten der in Kultur genommenen Länderei gelegt würde,

ohne dabei auf ihre verschiedene Ertragsfähigkeit Rücksicht zu nehmen, so würde eine solche in ihren Wirkungen sehr ungleich sein; denn sie würde dem Eigentümer des fruchtbarsten Landes zum Gewinn gereichen. Eine dergleichen Auflage würde den Preis des Getreides im Verhältnis zu der Last steigern, die der Pächter des unfruchtbarsten Landes zu tragen hat. Da dieser vermehrte Preis auch für die größere Quantität der auf dem besten Lande geernteten Früchte erhalten würde, so hätten die Pächter solcher Länderei während der Dauer ihres Pachts einen Vorteil; wäre die Pachtzeit abgelaufen, so würde dieser Vorteil dem Grundeigentümer, durch Erhöhung der Bodenrente, zufließen.

Die Wirkung einer gleichen Besteuerung des Gewinns des Pächters ist ganz die nämliche; sie steigert die Geldbodenrente des Grundeigentümers, wenn das Geld den nämlichen Wert behält. Da aber der Gewinn von allen andern Gewerben, so gut wie der des Pächters, auch besteuert ist, und folglich der Preis aller Waren, gleich dem des Getreides, gestiegen ist, so verliert der Grundeigentümer durch den gestiegenen Geldpreis aller Waren und des Getreides, in welchem seine Rente ausgezahlt wird, eben so viel, als er durch das Steigen seiner Rente gewinnt. Sollte der Wert des Geldes steigen und alle andere Dinge, nach der Besteuerung des Kapitalgewinns, auf ihre vorigen Preise [277] herabsinken, so würde die Rente wieder das werden, was sie vorher war. Der Grundeigentümer würde die nämliche Geldrente erhalten und alle seine Konsumtionsartikel, die er dafür kaufte, zu ihrem vorigen Preis, dergestalt, dass er in allen Fällen fortwährend unbesteuert bliebe.

Eine Auflage auf den Kapitalgewinn würde auch den Kapitalisten in dem Fall treffen, wo alle Dinge im Verhältnis zur Auflage stiegen; sänken aber, in Folge des veränderten Geldwertes, alle Dinge auf ihren vorigen Preis, so würde der Kapitalist nichts zur Auflage zahlen; er würde alle Gegenstände seiner Konsumtion zum nämlichen Preis wieder kaufen, aber seine Kapitale würden ihm fortwährend die nämlichen Geldzinsen einbringen.

Räumt man den Satz ein, dass durch die Besteuerung des Gewinns eines einzigen Manufakturisten, derselbe genötigt ist, den Preis seiner Ware zu steigern, um auf gleichem Standpunkt mit allen übrigen Manufakturisten zu bleiben, und dass, wenn man den Gewinn von zwei Manufakturisten besteuert, der Preis der Produkte beider steigen muss: so begreife ich nicht, wie man es noch bestreiten kann, dass durch die Besteuerung des Gewinns aller Manufakturisten, der Preis aller Waren steigen müsse, vorausgesetzt, dass das Bergwerk, welches uns die edlen Metalle liefert, im Inlande ist.

Da aber das Geld, oder die edlen Metalle, aus denen das Geld geschlagen wird, aus der Fremde eingeführt werden, so würden die Preise aller Waren nicht [278] steigen können; denn eine solche Wirkung kann, ohne einen Zuwachs an Geld, – was man, wie S. 112 und 113 gezeigt worden ist, nicht für teure Waren kaufen kann, – nicht stattfinden. Könnte indessen ein solches Steigen statt finden, so könnte es doch nicht von Dauer sein, denn es würde einen mächtigen Einfluss auf den ausländischen Handel haben. Gegen eingeführte Waren könnte man diese teuer gewordenen Waren nicht ausführen, und folglich müssten wir eine Zeit lang fortwährend einkaufen, ob wir gleich aufgehört hätten zu verkaufen. Wir würden Geld oder Barren so lange ausführen müssen, bis der relative Preis der Dinge fast wieder so, wie vorher stände. Es scheint mir außer allem Zweifel, dass eine richtig auf den Gewinn verteilte Auflage am Ende die Waren des In- und Auslandes wieder zu demselben Geldpreis verschafft, den sie vor Einführung der Auflage hatten.

Da die Auflagen auf die Ackererzeugnisse, der Zehnte, die Auflagen auf den Arbeitslohn und auf die Bedürfnisse des Arbeiters, indem sie den Arbeitslohn steigern, den Gewinn verringern, so werden sie alle die nämlichen Wirkungen hervorbringen, obgleich in verschiedenem Maße.

Die Entdeckung der Maschinen, wodurch die inländischen Manufakturen wesentlich verbessert werden, hat stets die Wirkung, den relativen Preis des Geldes zu steigern, und folglich seine Einfuhr zu begünstigen. Jede Art der Auflage, jedes neue Hindernis für den Manufakturisten oder den Bodenbebauer, hat dagegen [279] ein Sinken des relativen Wertes des Geldes zur Folge und begünstigt deshalb seine Ausfuhr<sup>40</sup>.

---

<sup>40</sup> In diesem ganzen Kapitel und an mehreren andern Orten dieses Werks übersieht Hr. *Ricardo*, dass es, außer der rein relativen Wertveränderung, auch noch eine andere gibt. Nach seiner Ansicht wird das Geld teurer, wenn man bei einem Einkauf weniger Geld für die nämliche Ware gibt. Da man nun jetzt ungefähr eine Unze Silber für ein Buch, z. B. für ein neues Testament, bezahlt, während man im Jahr 1500 ungefähr 2 Unzen dafür bezahlen musste; so müsste, nach obiger Annahme, das Geld teurer, kostbarer geworden sein, weil man jetzt für die nämliche Sache weniger zahlt. Das ist indes keinesweges der Fall. Aus andern Rücksichtnahmen sind wir im Gegenteil überzeugt, dass das Geld jetzt zehnmal häufiger ist und ungefähr viermal wohlfeiler als im Jahr 1500. Erhält man aber jetzt noch einmal so viel Bücher für das nämliche Geld, so müssen die Bücher ungefähr wie 8: 1 im Preise gefallen sein.

Ich kann hier unmöglich mich auf die Entwicklungen einlassen, die erforderlich sind, um den Unterschied einleuchtend zu machen, der zwischen einem wirklichen und einem relativen Fallen der Preise stattfindet, und verweise deshalb auf meinen *Traité d'Economie politique*, 3te Ausgabe, Liv. II. Chap. 4. Das Ganze lässt sich auf Folgendes zurückführen: Ein wirkliches Sinken im Preise eines Produkts findet statt, wenn man mit den nämlichen Produktionsmitteln, mit den nämlichen Produktionskosten, der nämlichen Länderei, dem nämlichen Kapital, der nämlichen Arbeit eine größere Quantität des Ertrags erhält. Ein gedrucktes Buch kostet achtmal weniger Kapitalinteressen und Arbeit als ein geschriebenes; folglich ist es *wirklich* achtmal wohlfeiler.

Eine Unze Silber kostet jetzt in *Europa* viermal weniger Kapitalvorschuss und Arbeit, als im Jahr 1450; sie ist also in der Tat viermal wohlfeiler. Der relative Wert dieser beiden Dinge hat sich verändert; aber der Wert des einen ist nicht gestiegen. Mit dem nämlichen Vermögen, dem nämlichen Einkommen, d. h. mit der nämlichen Länderei, dem nämlichen Kapital, der nämlichen industriellen Arbeit wie im Jahr 1500, kann man jetzt 8mal mehr Bücher und 4mal mehr Silber bekommen.

J. B. S.

[280]

## Vierzehntes Kapitel.

### Von der Besteuerung des Arbeitslohns.

Auflagen auf den Arbeitslohn steigern denselben und verringern folglich den Betrag des Kapitalgewinns. Wir haben bereits gesehen, dass die Besteuerung der Lebensbedürfnisse den Preis derselben erhöht und ein Steigen des Arbeitslohnes zur Folge hat. Der einzige Unterschied zwischen einer Auflage auf die Lebensbedürfnisse und einer Auflage auf den Arbeitslohn liegt darin, dass erstere notwendig ein Steigen des Preises der Lebensbedürfnisse zur Folge hat, was bei letzterer nicht der Fall ist. Zu einer Auflage auf den Arbeitslohn trägt folglich weder der Kapitalist noch der Grundeigentümer noch irgendeine andere Klasse, außer dem Industrieunternehmer, der die Arbeiter anlegt, bei. Eine Auflage auf den Arbeitslohn ist weiter nichts als eine Besteuerung des Gewinns; eine Auflage auf die Lebensbedürfnisse fällt zum Teil auf den Gewinn, zum Teil auf die reichen Konsumenten. Die endlichen Wirkungen solcher Auflagen sind demnach gerade die nämlichen wie diejeni- [281] gen, welche aus direkter Besteuerung des Gewinns hervorgehen.

„Zwei verschiedene Umstände, sagt *Adam Smith*, bestimmen, wie ich im ersten Buche darzutun gesucht habe, stets und notwendig den Lohn der Arbeiter, nämlich die Nachfrage nach Arbeit und der gewöhnliche oder Mittelpreis der Lebensmittel. Die Nachfrage nach Arbeit bestimmt auf verschiedene Weise, je nachdem sie steigend, stätig oder abnehmend ist, die Lebensart des Arbeiters, und lässt ihn reichlich, mäßig oder kärglich leben. Der gewöhnliche oder Mittelpreis der Lebensmittel bestimmt die Quantität Geld, die dem Arbeiter gezahlt werden muss, um ihn ein Jahr ins andere in den Stand zu setzen, entweder reichlich, mäßig oder kärglich seinen Lebensunterhalt einzukaufen. So lange also die Nachfrage nach Arbeit und der Preis der Lebensmittel auf dem nämlichen Standpunkt bleibt, so kann eine direkte Besteuerung des Arbeitslohns keine andere Wirkung haben, als den Arbeitslohn noch um etwas höher als die Auflage zu steigern.“

Gegen diese Behauptung *Adam Smiths* macht Hr. Buchanan zwei Einwürfe. Zuerst leugnet er, dass der Geldarbeitslohn von dem Preis der Lebensmittel abhängt, und zweitens, dass eine Besteuerung des Arbeitslohns den Preis der Arbeit steigern würde. Der Beweis des Hrn. Buchanan, den ersten Punkt betreffend, ist folgender:

„Der Arbeitslohn besteht nicht, wie ich bereits dargetan, in Geld, sondern in dem, was man mit dem [282] Geld kauft, nämlich Lebensmittel und andere Lebensbedürfnisse; der Teil, welcher dem Arbeiter aus den allgemeinen Mitteln zugestanden wird, wird immer im Verhältnis zum Vorrat sein. Zu einer Zeit, wo die Lebensmittel wohlfeil und im Überfluss vorhanden sind, wird sein Anteil größer sein, sind sie hingegen teuer und ist Mangel daran, so wird er kleiner sein. Sein Arbeitslohn wird ihm immer seinen richtigen Teil geben und niemals darüber. *Adam Smith* und mehrere andere Schriftsteller haben allerdings behauptet, dass der Geldpreis der Arbeit durch den Geldpreis der Lebensmittel bestimmt werde, und dass, so oft die Lebensmittel steigen würden, auch jedes Mal im nämlichen Verhältnis der Arbeitslohn steigen würde. Aber es ist klar, dass der Preis der Arbeit keine notwendige Verbindung mit dem Preis der Lebensmittel hat, da er gänzlich von dem Vorrat der Arbeiter und der Nachfrage nach ihnen abhängt. Überdies muss in Erwägung gezogen werden, dass der hohe Preis der Lebensmittel eine sichere Anzeige ihres geringen Vorrates ist und im natürlichen Laufe der Dinge stattfindet, um die Konsumption aufzuhalten. Wird eine

geringere Quantität Lebensmittel unter die nämliche Anzahl von Konsumenten verteilt, so trägt es offenbar jedem einen kleineren Anteil, und der Arbeiter muss seinen Teil beim allgemeinen Mangel tragen. Damit nun diese Last gleich verteilt und der Arbeiter verhindert werde, nicht so viel Lebensmittel, wie vorher zu konsumieren, so steigt der Preis. Nun wird aber behauptet, der Arbeitslohn müsse zugleich steigen, um [283] den Arbeiter in den Stand zu setzen, sich noch die nämliche Quantität einer seltener gewordenen Sache zu verschaffen. Wäre dies wirklich so, so würde die Natur gegen ihre eigenen Absichten handeln, indem sie zuerst den Preis der Lebensmittel steigen ließe, um die Konsumption zu vermindern, und hierauf den Arbeitslohn steigen ließe, um dem Arbeiter die nämliche Quantität wie vorher zu verschaffen.“

In diesem Beweis des Hrn. Buchanan ist, wie es mir scheint, eine große Mischung von Wahrheit und Irrtum. Weil ein hoher Preis der Lebensmittel manchmal durch Mangel an Vorrat bewirkt wird, so nimmt ihn Hr. Buchanan als ein sicheres Zeichen geringen Vorrats an. Er schreibt ausschließlich einer einzigen Ursache zu, was durch mehrere bewirkt werden kann. Es ist nicht zu leugnen, dass, in dem Fall eines abnehmenden Vorrates, eine kleinere Quantität unter die nämliche Zahl von Konsumenten zu verteilen ist, und folglich ein kleinerer Teil auf jeden fällt. Um dieses Fehlende auf eine gleiche Weise zu verteilen und den Arbeiter abzuhalten, so viel an Lebensmitteln wie vorher zu verzehren, steigt der Preis. Man muss deshalb Hrn. Buchanan zugestehen, dass ein, wegen Mangel an Vorrat, im Preis der Lebensmittel verursachtes Steigen nicht notwendig das Steigen des Geldpreises der Arbeit zur Folge habe; denn da die Konsumption aufgehalten werden soll, so kann dies nicht anders bewerkstelligt werden, als wenn die Kräfte des Konsumenten, zu kaufen, vermindert werden. Aber, [284] weil der Preis der Lebensmittel durch den Mangel an Vorrat steigt, so sind wir noch nicht zu dem Schluss berechtigt, wie es Hr. Buchanan zu tun scheint, dass ein überflüssiger Vorrat mit einem hohen Preise unverträglich sei, und nicht ein hoher Preis hinsichtlich des Geldes allein, sondern hinsichtlich aller andern Dinge.

Der natürliche Preis der Dinge, nach welchem sich am Ende immer ihr Marktpreis bestimmt, hängt von der Leichtigkeit der Produktion ab; aber die produzierte Quantität steht nicht mit dieser Leichtigkeit im Verhältnis. Obgleich die Ländereien, die jetzt in Kultur genommen sind, von weit geringerer Qualität sind, als die Länderei, mit der man vor drei hundert Jahren den Anfang machte, und obgleich deshalb die Schwierigkeit der Produktion gestiegen ist, wer könnte demungeachtet zweifeln, dass die Quantität des gegenwärtigen Ertrags nicht bei weitem die jener frühern Zeit übersteige?; Ein hoher Preis ist nicht allein mit einem vermehrten Vorrat verträglich, sondern es ist auch selten der Fall, dass das Eine nicht vom Andern begleitet werde. Wenn also der Preis der Lebensmittel in Folge einer Besteuerung, oder der Schwierigkeit der Produktion, gestiegen ist, ohne dass die Quantität eine Verminderung erlitten hat; so wird der Geldpreis der Arbeit steigen: denn „der Arbeitslohn, besteht nicht, wie Hr. Buchanan ganz richtig bemerkt hat, in Geld, sondern in dem, was man für das Geld kauft, namentlich Lebensmittel und andere Lebensbedürfnisse; und der [285] Teil, der aus den allgemeinen Mitteln dem Arbeiter zugestanden wird, muss immer im Verhältnis zum jedesmaligen Vorrat stehen“<sup>41</sup>.

---

<sup>41</sup> Hr. Buchanan aus Edimburg, der letzte Herausgeber *Adam Smiths* und einer seiner würdigsten Ausleger, scheint mir hier gegen Hrn. Ricardo Recht zu haben. Er behauptet, *Seltenheit* und *teurer Preis* sind eins und dasselbe; ich bin mit ihm einverstanden. *Seltenheit* von Wertgegenständen wird und kann nicht im *absoluten*, sondern im *relativen* Sinn zur Nachfrage genommen werden. Obgleich nun *England* mehr Getreide im 19ten, als in einem der frühern Jahrhunderte, erzeugt; so sage ich dennoch, dass der Vorrat jetzt geringer ist, als jemals, und dass die Quantität des Getreides nicht in dem Maße, wie die Zahl der Konsumenten desselben, zugenommen hat. Denn nach allen statistischen Angaben, die ich bis zum ersten Jahr dieses Jahrhunderts habe nachsehen können, hat *England* in einem gewöhnlichen Jahre immer Getreide ausgeführt, seitdem hat es aber beständig welches eingeführt. Das ergibt sich auch schon aus der gegenwärtigen Gesetzgebung dieses Landes,

[286] Was den zweiten Punkt anbelangt, ob eine Besteuerung des Arbeitslohns den Preis der Arbeit steigern werde, sagt Hr. Buchanan: „Nachdem der Arbeiter die ihm zukommende Belohnung seiner Arbeit erhalten hat, wie kann er da noch den, der ihn angestellt hat, hinsichtlich dessen, was er an Auflagen bezahlen muss, in [287] Anspruch nehmen? Es gibt kein Gesetz und keinen aus dem geselligen Zustand herzuleitenden Grund, der ihn dazu berechtigen könnte. Hat der Arbeiter seinen Arbeitslohn erhalten, so ist letzterer in seinem Eigentum, und er muss nach seinen Kräften die Last aller der Auflagen tragen, denen er unterworfen werden kann; denn es ist einleuchtend, dass es kein Mittel gibt, diejenigen, die ihm schon den gerechten Preis seiner Arbeit bezahlt haben, zu zwingen, für ihn auch seine Auflagen zu bezahlen.“

Folgende herrliche Stelle, die Hr. Buchanan aus dem Werke des Hrn. *Malthus* über die Bevölkerung entlehnt hat, und der er großen Beifall erteilt, widerlegt, wie es mich bedünkt, vollkommen seinen Einwurf. „Der Preis der Arbeit, wenn er nicht verhindert wird, seinen natürlichen Standpunkt zu gewinnen, ist ein höchst wichtiges politisches Barometer, welches den Stand des Vorrats der Lebensmittel zur Nachfrage nach denselben, der zu konsumierenden Quantität zur Zahl der Konsumenten, anzeigt. Sein mittlerer Stand, wenn man von den zufälligen Umständen abstrahiert, zeigt noch klarer die Bedürfnisse der Gesellschaft, hinsichtlich der Bevölkerung. Wie groß auch in jeder Ehe die Anzahl der Kinder sei, die erforderlich ist, um die Bevölkerung auf dem gegenwärtigen Standpunkt zu erhalten, so wird der Preis der Arbeit gerade ausreichend sein, um dieser Anzahl Unterhalt zu gewähren, oder er wird entweder darüber oder darunter sein, ganz nach dem Zustand der wirklichen, zur Unterhaltung der Ar- [288] beiter bestimmten Fonds, je nachdem derselbe nämlich stätig ist, zu- oder abnimmt. Statt ihn aber aus diesem Gesichtspunkte zu

---

wo die Douanen gegen die Einfuhr ( Man erlaubt wohl die Einfuhr in die Niederlagen, aber es ist nicht erlaubt, dieses Getreide eher in Zirkulation zu setzen, bis der Preis des Quarters auf 80 Schillinge und darüber gestiegen ist.) des Getreides bewaffnet sind, und wo die Ausfuhr erlaubt ist, indem man versichern kann, dass kein Getreide aus einem Lande ausgeführt wird, wo fortwährender Mangel daran ist, und wo es folglich teurer als anderwärts ist.

Hr. *Buchanan* ist also berechtigt zu sagen, dass jeder Konsument, was das Getreide anbelangt, einen kleinern Teil zu konsumieren hat, den er indessen ebenso teuer bezahlt, als wenn er größer wäre.

Diese Gesetzgebung hat sich durch den Umstand notwendig gemacht, dass es in *England* in der Wirklichkeit zwei natürliche Preise fürs Getreide gibt. Der eine entsteht aus den Produktionskosten des im Inlande erbauten Getreides, der andere aus den Produktionskosten des durch die Handelsindustrie erzeugten Getreides, des Getreides also, was *England* durch seinen Handel erhält. Dieser letzte Preis ist gemeiniglich weit niedriger als der andere. Und wenn die Regierung nicht verfügt hätte, dass das durch den Handel erhaltene Getreide nicht eher in Zirkulation gesetzt werden darf, bis der Preis auf 80 Schillinge steht, so könnten die inländischen Pächter die Konkurrenz der Kaufleute nicht aushalten. Sie würden nicht ein Quarter um das verkaufen, was es ihnen zu stehen kommt; sie würden die Bodenkultur aufgeben, wenigstens zum Teil, und würden sehr schwer ihre Abgaben an den Staat, ihr Pachtgeld und die Armentaxe bezahlen können. Deshalb unterhält die Regierung fortwährend eine Art künstlichen Mangels und einen Monopolpreis, der in Folge des nämlichen Systems sich auf viele andere Waren erstreckt, das Leden schwierig macht und eine so große Anzahl Engländer ihr Geburtsland zu verlassen zwingt. Um in diesem fehlerhaften System konsequent zu bleiben, müsste man zugleich, indem man die Konsumtionsgegenstände vermindert, oder was auf Eins hinauskommt, indem man ihren Anwachs verhindert, zugleich auch verhindern, dass sich die Zahl der Konsumenten vermehre; aber darüber hat man sich in *England* noch nicht vereinigt. Ich schließe dies aus dem Widerspruch, den Hr. *Malthus* erfährt. Eins ist indessen die notwendige Folge vom Andern. Eine durch Ausschweifungen, denen man nicht Einhalt tun will, geschwächte Gesundheit des Staats kann man nur durch schlechte Palliativ-Mittel unterstützen.

J. B. S.

betrachten, sehen wir ihn als eine Sache an, die man nach Belieben steigen und fallen lassen kann, als eine Sache, die hauptsächlich von den königl. Friedensrichtern abhängig ist. Wenn ein Steigen des Preises der Lebensmittel schon anzeigt, dass die Nachfrage im Verhältnis zum Vorrat zu groß ist, so erhöht man den Preis der Arbeit, um den Arbeiter in die nämliche Lage zu versetzen, in der er vorher war, d. h. wir vermehren die Nachfrage und sind alsdann sehr erstaunt, wenn wir sehen, dass der Preis der Lebensmittel fortfährt zu steigen, Hier verfahren wir gerade so, als wenn wir, sobald das Quecksilber in den gewöhnlichen Wettergläsern Sturm anzeigt, es durch Anwendung eines gewaltsamen Drucks zum Steigen auf schön Wetter bringen und uns dann noch sehr wundern wollten, wenn es fortwährend regnete.“

„Der Preis der Arbeit wird klar die Bedürfnisse der Gesellschaft, hinsichtlich der Bevölkerung anzeigen;“ er wird gerade hinreichend sein, die Bedürfnisse der Bevölkerung zu befriedigen, die der Zustand der für Unterhaltung der Arbeit bestimmten Fonds gerade erfordert. Wenn der Arbeitslohn vorher hinreichend war, die Bedürfnisse der Bevölkerung zu befriedigen, so wird er nach eingeführter Auflage nicht mehr ausreichend sein; denn der Arbeiter hat nun nicht mehr so viel Fonds für seine Familie zu verwenden. Die Arbeit wird des- [289] halb steigen, weil fortwährend Nachfrage ist und gerade dadurch, dass der Preis steigt, wird der Vorrat nicht gehindert<sup>42</sup>.

Keine Erscheinung ist gewöhnlicher, als dass Hüte oder Malz, sobald sie besteuert sind, teurer werden; sie steigen, weil der erforderliche Vorrat nicht herbeigeschafft werden würde, wenn sie nicht stiegen; ebenso verhält es sich mit der Arbeit. Wird der Arbeitslohn besteuert, so steigt er im Preis; denn stiege er nicht, so könnte die nötige Bevölkerung sich unmöglich erhalten. Gibt Hr. Buchanan nicht gerade das zu, was ich behauptet habe, wenn er sagt: „Dass wenn der Arbeiter sich endlich bis dahin versetzt sähe, dass er nur noch die ersten Lebensbedürfnisse sich verschaffen könne, so könne sein Lohn keine Verkürzung mehr erleiden, da es ihm unter solchen Bedingungen unmöglich sein würde, seine Familie zu ernähren“ -

Ein Land soll sich in solcher Lage befinden, dass die geringsten Arbeiter nicht nur im Stande sind, ihre Familie zu unterhalten, sondern sie auch noch zu vermehren; so muss ihr Arbeitslohn darnach bestimmt sein. [290] Können sie sich noch vermehren, wenn eine Auflage ihnen einen Teil ihres Arbeitslohnes hinwegnimmt und sie auf die unerlässlichsten Lebensbedürfnisse beschränkt?

Es ist eine ausgemachte Sache, dass eine besteuerte Ware nicht im Verhältnis zur Auflage steigt, wenn die Nachfrage darnach abnimmt und wenn die Quantität derselben nicht reduziert werden kann. Wäre Metallgeld allgemein im Gebrauch, so würde der Wert desselben durch eine Auflage nicht lange Zeit im Verhältnis zum Betrag derselben erhöht werden, weil bei einem höheren Preis die Nachfrage abnehmen und die Quantität nicht vermindert werden würde. Die nämliche Ursache hat oft Einfluss auf den Arbeitslohn, indem die Zahl der Arbeiter nicht schnell, im Verhältnis zur Zunahme oder Abnahme der, der Unterhaltung der Arbeit gewidmeten, Fonds, vermehrt oder vermindert werden kann.

---

<sup>42</sup> Man kann unmöglich dem Verfasser zugestehen, dass die Nachfrage nach Arbeit die nämliche bleibe, wenn die Arbeit im Preise steigt. Wollte aber der Arbeiter, wenn er genötigt ist, eine neue Auflage zu bezahlen, sich diese von denen erstatten lassen, die ihn anstellen, so würde sicherlich die Nachfrage nach Arbeitern abnehmen. Kein Satz in der ganzen Staatswirtschaft ist gewisser und besser bewiesen, als dieser.

Aber in dem angenommenen Fall bedarf es keiner Abnahme der Nachfrage nach Arbeitern, und findet sie statt, so fällt sie doch nicht im Verhältnis zur Auflage ab<sup>43</sup>.

[291] Hr. Buchanan vergisst, dass die Summen, welche die Regierung durch die Auflage erhebt, von ihr zum Unterhalt von Arbeitern verwendet werden, die zwar [292] unproduktiv, aber doch Arbeiter sind. Würde der Preis der Arbeit, nachdem der Arbeitslohn

---

<sup>43</sup> Die Wirkung der Auflage ist notwendig sehr kompliziert, weil die verschiedenen Klassen, auf denen sie ruht, oder die sie in erster Hand bezahlen, in mannichfach abwechselnden Lagen sich befinden, die mehr oder weniger es möglich machen, die Last auf andere Klassen zu wälzen. Will man die Wirkung der Auflage nach zu absoluten Prinzipien entscheiden, ohne die mannichfachen Verhältnisse mit in Anschlag zu bringen, durch die jene Wirkung modifiziert wird; so muss man meines Dafürhaltens auf Resultate gelangen, die ganz verschieden von denen sind, welche uns die tägliche Erfahrung darbietet.

Man lege z. B. eine Auflage auf die Fabrikation der Hüte oder auf die Hutfabrikanten, sei dies nun eine Gewerbs- oder eine Stempelsteuer oder eine Auflage auf die rohe Materie, auf das Locale oder die Arbeiter des Hutmakers; das macht wenig Unterschied. Ich will annehmen, dass diese Auflage für jeden Hut 2 Fr. betrage und dass ein Hut 20 Fr. koste; was wird die Folge sein? Werden die Hüte nun 22 Fr. kosten? nein; denn für diesen Fall müsste die Nachfrage die nämliche bleiben, was nicht möglich ist. Werden die Hüte 20 Fr., wie vorher kosten? wahrscheinlich nicht; für diesen Fall müssten die Produzenten die ganze Auflage von ihrem Gewinn bezahlen. Da hierdurch dieser Gewerbszweig weniger vorteilhaft werden würde, so würde auch die Quantität der vorhandenen Produktionsmittel der Hüte abnehmen. Damit aber zwischen dem Vorrat und der Nachfrage nach denselben ein Gleichgewicht hergestellt werde, so müssten vielleicht die sämtlichen, zur Verfertigung eines Hutes erforderlichen, produktiven Dienste nicht mit 18, aber mit 19 Fr. bezahlt werden. Wird nun die Auflage von 2 Fr. bezahlt, so dürfte es sich vielleicht ergeben, dass der Konsument einen Hut, den er sonst mit 20 Fr. bezahlte, jetzt um 21 Fr. kauft, und dass die Produzenten einen Hut, für den sie vor der Auflage, wie wir angenommen haben, von 2 Fr. per Stück, 20 Fr. erhielten, jetzt um 19 Fr. verkaufen.

Die Auflage wird zum Teil auf die Produzenten, auf die Unternehmer und auf Arbeiter, aber in sehr verschiedenen Verhältnissen fallen, insofern ihr Gewinn verringert wird; sie wird auch zum Teil auf die Konsumenten fallen, weil der Preis gestiegen ist. Deshalb wird sowohl die Produktion als die Konsumption dieses Artikels abnehmen. Mit einigen Abweichungen, die von den verschiedenen Umständen abhängen, ist die Wirkung jeder Art von Auflage ungefähr der Art. Diese Wirkung nun, die aus der Natur der Dinge, wie dieses Raisonement genügend dargetan hat, hervorgeht, erschüttert, wie ich mit Verdruss bekennen muss, das Gebäude, welches Hr. *Ricardo* nicht allein in diesem Kapitel, sondern auch in einigen andern mit viel Geschicklichkeit auf zu absoluten Grundsätzen errichtet hat.

Hr. *Ricardo* wird vielleicht, zur Unterstützung seiner Lehre, sagen, dass die Quantität industrieller Arbeit im Verhältnis zum produktiven Kapital der Gesellschaft stehen müsse, folglich müssten nach Einführung der Auflage noch eben so viel Hüte produziert werden als vorher; wäre nun die Vorratsquantität noch die nämliche, so könnte der Preis nicht steigen, und dass, wenn 2 Fr. Auflage bezahlt werden müssten, es der Unternehmer allein sei, der den Verlust zu tragen habe.

Hierauf würde ich antworten, dass erstlich ein mit Auflagen belasteter Gewerbszweig, im Verhältnis zur Quantität der Erzeugnisse, mehr Kapitale erfordert; sodann dass zweitens einem weniger einträglich gewordenen Gewerbszweig offenbar ein Teil der Kapitale entzogen wird, ohne gerade immer auf andere Produktionen verwendet zu werden, die gleich nützlich für die Gesellschaft sind; oft werden die Kapitale einer unproduktiven Konsumtion gewidmet, ihrer eigenen Zerstörung. Sehen wir nicht jedes Jahr, wie die meisten Regierungen *Europas*, mittelst der öffentlichen Anleihen, einen bedeutenden Teil der Ersparnisse und Kapitale ihrer Untertanen vernichten? Auf der einen Seite hemmen sie die Produktion durch übertriebene Auflagen und auf der andern bieten sie den Produzenten hülfreich die Gelegenheit, in Folge einer öffentlichen Anleihe die Kapitale der Verzehrung zu übergeben, die gerade durch Schuld der Regierung in den Händen der Industrie nicht hinlänglichen Ertrag mehr gewähren. Ein Fehler zieht den andern groß! – und wenn nicht jetzt in *Europa*, in der ganzen Welt, eine Entwicklung von Kenntnissen und von industrieller Tätigkeit herrschte, die alle Beispiele übertrifft, die uns die Geschichte darbietet, eine Entwicklung und ein Aufstreben, weit mächtiger, als um bloß den, aus der schlechten Verwaltung herrührenden, Übeln das Gleichgewicht, zu halten, so würde es wahrlich nicht an der europäischen Politik liegen, wenn die Zivilisation der ganzen Welt, wer weiß wie weit, zurückschritte.

J. B. S.

besteuert ist, nicht steigen, so würde eine große Konkurrenz in der Nach- [293] frage nach Arbeit entstehen; denn die Kapitalisten, die nichts zur Auflage beizutragen hätten, würden noch die nämlichen Fonds haben, um Arbeiter damit anzustellen, während die Regierung in dem Betrag der erhobenen Auflage einen Zuwachs von Kapital für den nämlichen Zweck haben würde. Die Regierung und die Nation würden auf diese Weise in Konkurrenz kommen, und die Folge davon würde ein Steigen des Arbeitslohns sein. Die nämliche Zahl Arbeiter würden beschäftigt werden, aber sie würden vermehrten Arbeitslohn erhalten.<sup>44</sup>

[294] Würde die Auflage mit einem Mal aufs Volk gelegt, so würde das zur Beschäftigung der Arbeiter bestimmte Nationalkapital in dem nämlichen Grad abnehmen, als das, zu dem nämlichen Zweck bestimmte, der Regierung zunehmen müsste. Und deshalb würde kein Steigen des Arbeitslohns stattfinden; denn, obgleich die Nachfrage noch die nämliche wäre, so würde doch nicht mehr die nämliche Konkurrenz stattfinden. Wenn z. B. die Regierung den Betrag der erhobenen Auflage ausführte und ihn einem fremden Staate als Subsidien zahlte, folglich diese Fonds bestimmt wären fremde Arbeiter und nicht Englische damit zu erhalten, z. B. Soldaten, Matrosen u. s. w.; so würde ohne Zweifel die Nachfrage nach Arbeit abnehmen und der Arbeits- [295] lohn, obgleich besteuert, könnte nicht steigen. Das Nämliche würde sich ereignen, wenn die Auflage auf Gegenstände der Konsumtion, auf den Kapitalgewinn gelegt, oder wenn auf irgendeine andere Weise die zur Zahlung der Subsidien erforderliche Summe erhoben worden wäre, d. h. es würden im Inlande nun weniger Arme beschäftigt worden sein. In dem einen Fall ist der Arbeitslohn gehindert zu steigen, in dem andern muss er notwendig sinken.

Angenommen aber, der Betrag der Auflage auf den Arbeitslohn würde, nachdem er von den Arbeitern erhoben worden wäre, denen, die sie anstellen, unentgeltlich wieder zurückgegeben; so würde dadurch das zur Unterhaltung der Arbeit bestimmte Kapital vermehrt werden, aber weder die Waren noch die Zahl der Arbeiter. Es würde demnach eine Konkurrenz unter denen entstehen, welche Arbeiter anstellen, und die Auflage würde

---

<sup>44</sup> Herrscht nicht in Obigem eine Verwechslung der zur unproduktiven Konsumtion bestimmten Fonds, die bloß zur Befriedigung der menschlichen Bedürfnisse dienen, und zwischen denen, die zur Reproduktion bestimmt sind, und die man das Kapital nennt?

Wenn man den Arbeiter eine Auflage bezahlen lässt, die er sich weder von seinem Herrn noch vom Konsumenten des Produkts, zu dessen Erzeugung er beiträgt, wieder bezahlen lassen kann, und wenn der Betrag dieser Auflage einem Höfling gegeben wird; so ist es klar, dass der Konsumtionsfonds des Höflings gerade um so viel vermehrt wird, als man dem Konsumtionsfonds des Arbeiters entzogen hat. Die Genüsse des Erstern sind vervielfacht und manchmal auf Kosten der dringendsten Bedürfnisse des Andern. Aber strenggenommen, kann man behaupten, dass die Nachfrage nach produktiver Arbeit nicht vermindert worden ist; sie hat nur in objektiver Hinsicht eine Veränderung erlitten. Die Nachfrage nach Gegenständen des Luxus ist nun gerade um so viel gewachsen, als die des Arbeiters nach guter Nahrung, guten Kleidern und bequemen Hausgeräte abgenommen hat.

Wird die Auflage vom Kapital genommen, so darf man nicht glauben, dass nun noch so viele Arbeit damit gekauft werden kann, als wenn sie so nützlich, wie vorher angelegt geblieben wäre. Die Regierung macht allerdings mit dem erhaltenen Betrag der Auflage Käufe, die diejenigen ersetzen, welche mit diesem Teil des Kapitals gemacht worden sein würden, d. h. sie kauft vielleicht Kanonenpulver, statt Wolle, aus der man Tuch bereitet; aber das Kanonenpulver reproduziert sich nicht von selbst, während einmal fertiges Tuch verkauft und von dem erhaltenen Wert andere Waren gekauft werden, deren Verarbeitung wieder andern Produzenten Beschäftigung gibt; und dieser Kreislauf setzt sich fortwährend fort.

In diesem Fall kann man nicht behaupten, dass der Betrag der Auflage in den Händen der Regierung so viele industrielle Arbeit befördere, als in den Händen der Privaten.

J. B. S.

am Ende weder dem Arbeiter noch dem Unternehmer schaden. Letzterer müsste höheren Arbeitslohn zahlen und von dem, was der Arbeiter nun mehr erhält, zahlt er seine Auflage an die Regierung, die, in dem angenommenen Fall, selbige dem Unternehmer wieder erstattete.

Man darf indessen nicht außer Acht lassen, dass der Ertrag der Auflage oft auf eine ganz unnütze Weise verschwendet wird, und indem so das Kapital vermindert wird, wirkt die Auflage auch auf Verminderung des baren zur Unterhaltung der Arbeit bestimmten Kapitals [296] und hat also Abnahme der Nachfrage nach Arbeitern zur Folge. Auflagen führen also im Allgemeinen Abnahme in der Nachfrage nach Arbeitern herbei, indem sie das bare Kapital der Nation vermindern. Folglich ist die wahrscheinliche Wirkung einer Besteuerung des Arbeitslohns, obgleich sie nicht notwendig, noch dieser Art der Auflagen ausschließlich eigentümlich ist, dass, obgleich der Arbeitslohn steigt, dieses Steigen doch nicht ganz so viel beträgt, als die Auflage ausmacht.

*Adam Smith* ist, wie wir bereits gesehen haben, ganz der Meinung, dass Besteuerung des Arbeitslohns ein Steigen desselben gerade um den Betrag der Auflage bewirke, und dass diese Auflage, wenn nicht unmittelbar, am Ende vom Unternehmer getragen werde. Hierin sind wir ganz einig; aber wir weichen wesentlich in der Art voneinander ab, wie jeder von uns die ferneren Wirkungen einer solchen Auflage ansieht.

„Würde selbst eine direkte Auflage auf den Arbeitslohn, sagt *Adam Smith*, von der Hand des Arbeiters bezahlt, so kann man eigentlich doch noch nicht sagen, dass er die Auslage davon gemacht habe, wenigstens wenn die Nachfrage nach Arbeit und der Mittelpreis der Lebensmittel noch auf eben dem Standpunkt, nach Einführung der Auflage, wie vorher bleiben. In allen solchen Fällen wird derjenige, der den Arbeiter unmittelbar anstellt, nicht allein den Betrag der Auflage, [297] sondern noch etwas mehr auszulegen haben. Die endliche Bezahlung wird, nach der Verschiedenheit der Umstände, auf verschiedene Personen fallen. Das Steigen, welches solch eine Auflage im Arbeitslohn der Manufaktur-Arbeiter bewirkte, müsste *einstweilen* vom Manufaktur-Unternehmer getragen werden, der *berechtigt und genötigt wäre, es noch mit einem Gewinn auf den Preis seiner Waren zu schlagen*. Das Steigen, welches eine solche Auflage im Preise der Bodenarbeit hervorbrächte, müsste *einstweilen* vom Pächter getragen werden, der, um die nämliche Zahl Arbeiter, wie vorher zu unterhalten, genötigt sein würde, ein größeres Kapital anzulegen. Um dieses größere Kapital samt den gewöhnlichen Kapitalzinsen wieder herauszubekommen, muss er notwendig einen größern Teil, oder was auf Eins hinaus kömmt, den Wert eines größern Teils vom Bodenertrag zurückbehalten, folglich dem Grundeigentümer weniger Bodenrente zahlen. In diesem Fall wird am *Ende* der Grundeigentümer das Steigen des Arbeitslohns, *samt dem erhöhten Gewinn des Pächters*, der *einstweilen* vom Ganzen die Auslage machte, tragen müssen. Eine direkte Besteuerung des Arbeitslohns muss notwendig in allen Fällen für die Länge nicht nur eine größere Verringerung der Bodenrente, sondern auch ein beträchtlicheres Steigen im Preise der Manufakturwaren hervorbringen, als es eine Auflage von gleichem Betrag, die auf gleiche Weise zum Teil auf die Bodenrente, zum Teil auf die Gegenstände der Konsumtion gelegt ist, bewir- [298] ken kann“.<sup>45</sup> Hier ist also behauptet, dass das Steigen des Arbeitslohns, was im Anfang der Pächter in Auslage bringt, zuletzt auf den Grundeigentümer fällt, indem er weniger Bodenrente erhält, aber dass das Steigen des Arbeitslohns ein Steigen im Preise der Manufakturgegenstände zur Folge habe, und deshalb auf die Konsumenten dieser Artikel falle.

---

<sup>45</sup> Vol. III. pag. 337.

Wir wollen annehmen, die Gesellschaft bestehe aus Grundeigentümern, Manufakturisten, Pächtern und Arbeitern, ferner, die Arbeiter werden entschädigt für das, was sie als Auflage zahlen. Aber wer soll sie dafür entschädigen? wer soll es über sich nehmen, den Teil zu bezahlen, der nicht auf die Grundeigentümer fällt? Die Manufakturisten können keinen Teil davon zahlen; denn wenn der Preis ihrer Waren im Verhältnis zu dem höheren Arbeitslohn stiege, den sie zahlen müssen, so würden sie sich nach Einführung der Auflage in einer bessern Lage als vorher befinden. Wenn der Tuch-, Hut-, Schumacher usw. im Stande wären, den Preis ihrer Waren um 10 Prozent zu steigern – angenommen, dass 10 Prozent hinreichend wären, sie für den höheren Arbeitslohn zu entschädigen, den sie ihren Arbeitern zahlen müssen; – wenn, wie *Adam Smith* sagt: „sie zugleich berechtigt und genötigt wären, den höhern Arbeitslohn mit noch einigem Gewinn auf den Preis ihrer Waren zu schlagen,“ so könnte in diesem Fall jeder von [299] ihnen noch eben so viel andere Waren konsumieren als zuvor, und würde folglich nichts zur Auflage beitragen. Wenn der Tuchmacher seinen Hut- und Schuhbedarf teurer bezahlen muss, so verkauft er dagegen auch sein Tuch viel teurer; und wenn der Hutmacher mehr für Tuch und Schuhe bezahlen muss, so nimmt er auch mehr für seine Hüte ein. Sie würden alle Manufakturwaren mit demselben Vorteil als vorher kaufen, und so lange das Getreide den nämlichen Preis behielte, und sie eine Zuschusssumme an Geld auf seinen Ankauf zu verwenden hätten, würden sie bei einer solchen Auflage gewinnen, statt zu verlieren. Wenn also weder die Arbeiter noch die Manufakturisten zu einer solchen Auflage beitragen und die Pächter durch ein Sinken der Bodenrente entschädigt werden, so müssen die Grundeigentümer allein die ganze Last tragen und auch noch zu dem erhöhten Gewinn der Manufakturisten beitragen. Um dies zu bewirken, müssten sie alle Manufakturwaren des Landes konsumieren; denn der Preis der ganzen Masse ist bloß nur etwas mehr gestiegen, als die anfänglich auf die Arbeiter in den Manufakturen gelegte Taxe beträgt.

Nun lässt sich nicht bestreiten, dass der Tuch-, der Hutmacher und alle andere Manufakturisten auch Konsumenten anderer Waren sind; eben so wenig, dass alle Arten von Arbeitern Seife, Tuch, Schuhe, Lichter und verschiedene andere Dinge konsumieren. Es ist deshalb unmöglich, dass die ganze Last dieser Auflagen allein auf die Grundeigentümer falle.

[300] Wenn aber die Arbeiter keinen Teil an der Auflage zahlen und doch die Manufakturwaren steigen, so muss der Arbeitslohn steigen, nicht um sie bloß zu entschädigen für die Auflage, sondern auch für den gestiegenen Preis der Manufakturwaren, die zu den Lebensbedürfnissen gehören. Insofern dieses Steigen sich auf die Arbeiten des Ackerbaus mit erstreckt, bewirkt es ein neues Sinken der Bodenrente, dagegen, insofern es die Manufakturarbeit mit betrifft, ein neues Steigen des Preises der Manufakturwaren. Dieses Steigen der Waren wirkt zurück auf den Arbeitslohn, und diese Wirkung und Rückwirkung, zuerst des Arbeitslohns auf die Waren, und dann der Waren auf den Arbeitslohn, dehnt sich so weit aus, dass man keine Grenze bezeichnen kann. Die Argumente, auf welche diese Theorie sich stützt, führen zu solchen absurden Folgerungen, dass man auf den ersten Blick das ganze Prinzip als unhaltbar erkennt.

Alle die Veränderungen, welche der Kapitalgewinn und der Arbeitslohn durch ein Steigen der Bodenrente und der Lebensbedürfnisse, im natürlichen Gang der Gesellschaft und bei zunehmender Produktionsschwierigkeit, erleidet, werden auf gleiche Weise durch das Steigen des Arbeitslohns in Folge einer Auflage herbeigeführt, und folglich werden die Genüsse des Arbeiters sowohl als die der Arbeitsunternehmer nicht bloß durch die in Frage befangene Auflage, sondern auch durch jede andere verkürzt, mittelst welcher an Betrag eine gleiche Summe erhoben wird.

[301] Der Irrtum *Adam Smiths* entspringt zuerst daraus, dass er annimmt, dass alle vom Pächter bezahlte Auflagen notwendig auf den Grundeigentümer fallen müssen, indem selbigem die Bodenrente gekürzt wird. Über diesen Punkt habe ich mich schon hinlänglich ausgesprochen und ich schmeichle mir, dem Leser genügend dargetan zu haben, dass um deswillen, weil ein bedeutendes Kapital auf Länderei verwendet ist, die keine Rente zahlt, und weil das mittelst dieses Kapitals erhaltene Resultat den Preis der Bodenerzeugnisse bestimmt, kein Abzug an der Bodenrente, oder respektive Pacht, gemacht werden kann. Folglich wird der Pächter, für Besteuerung des Arbeitslohns, nicht entschädigt werden, oder wenn er es wird, kann es nur durch ein Steigen der Ackererzeugnisse geschehen.

Ist die Auflage zu drückend für den Pächter, so wird er den Preis seiner Produkte erhöhen können, um sich mit den andern Gewerbetreibenden auf gleichen Standpunkt zu stellen. Aber eine Besteuerung des Arbeitslohns, die ihn nicht mehr trifft als jeden Andern, könnte weder auf Andere zurückgeworfen noch durch den erhöhten Preis seiner Erzeugnisse ersetzt werden. Denn der nämliche Grund, der ihn bewegen könnte, den Preis des Getreides zu erhöhen, nämlich der Wunsch, sich für die Auflage bezahlt zu machen, würde auch den Tuchfabrikanten bestimmen, den Preis des Tuches zu erhöhen, so wie den Schuhmacher, den Hutmacher usw. den Preis der Schuhe, Hüte usw. höher anzusetzen.

[302] Wenn sie alle den Preis ihrer Waren erhöhen könnten, so, dass sie mit Gewinn die Auflage zurück erhalten; so ist es doch unmöglich, dass die Auflage jemals ihnen ersetzt werde, da jeder Konsument der Waren des Andern ist. Denn, wenn jedermann Ersatz finden könnte, wer bezahlte denn die Auflage?

Ich hoffe demnach, mit Erfolg dargetan zu haben, dass eine Auflage, welche ein Steigen des Arbeitslohns verursacht, durch eine Verminderung des Gewinns bezahlt wird, und dass aus diesem Grunde eine Auflage auf den Arbeitslohn in der Tat nur eine Besteuerung des Gewinns ist.

Dieser Fundamenta-Grundsatz der Verteilung des Ertrags der Arbeit und des Kapitals zwischen Arbeitslohn und Gewinn, den ich mich bemüht habe aufzustellen, erscheint mir so gewiss, dass ich, mit Ausnahme der unmittelbaren Wirkung, geneigt bin zu glauben, dass der Unterschied unbedeutend sei, ob man den Kapitalgewinn oder den Arbeitslohn besteuert. Durch Besteuerung des Kapitalgewinns wird wahrscheinlich das Verhältnis, nach welchem die für Unterhaltung der Arbeit bestimmten Kapitale wachsen, verändert, und der Arbeitslohn gerät zu dem Stand obiger Fonds in förmliches Missverhältnis, indem er zu hoch ist. Wird der Arbeitslohn besteuert, so wird der dem Arbeiter gezahlte Lohn zu obigen Fonds wieder im Missverhältnis stehen, da er zu niedrig ist. Das natürliche Gleichgewicht zwischen Gewinn und Arbeitslohn würde in dem [303] einen Fall durch ein Fallen und in dem andern durch ein Steigen des Geldarbeitslohns wieder hergestellt werden. Eine Besteuerung des Arbeitslohns fällt also nicht auf den Grundeigentümer, sondern trifft den Kapitalgewinn. „Weder berechtigt, noch nötigt sie den Manufakturisten, sie nebst einem kleinen Gewinn auf den Preis seiner Waren zu schlagen;“ denn er kann den Preis derselben nicht erhöhen, und muss deshalb ganz und ohne Ersatz den Betrag der Auflage bezahlen<sup>46</sup>.

---

<sup>46</sup> Hr. *Say* scheint im Allgemeinen dieser Meinung auch beizutreten. Vom Getreide sprechend, sagt er: „daher kommt es auch, dass sein Preis auf den aller andern Erzeugnisse Einfluss hat. Ein Gewerbsunternehmer, Pächter, Manufakturist oder Kaufmann, bedarf einer gewissen Anzahl Arbeiter, die notwendig eine gewisse Quantität Getreide konsumieren müssen. Steigt der Preis des Getreides, so ist er genötigt, in dem nämlichen Verhältnis den Preis seiner Erzeugnisse zu erhöhen.“ Liv. I. Chap. 17. (Anmerkung des Verfassers.)

Ist die Wirkung der Besteuerung des Arbeitslohns von der Art, wie ich eben auseinandergesetzt habe, so verdient sie auch nicht den Tadel, den ihr Dr. Smith erteilt. Er sagt über diese Auflagen: „Diese und noch einige Auflagen der Art sollen, indem sie den Arbeitslohn in die Höhe getrieben haben, den größten Teil der Holländischen Manufakturisten ruiniert haben. Ähnliche, obgleich nicht so drückende, Auflagen finden in Mailand, im Genuesischen, im Herzogtum Modena, in den Herzogtümern Parma, Piacenza und Guastella und im Kirchenstaate statt. Ein Französischer Schrift- [304] steller von einigem Ruf hat vorgeschlagen, die Finanzen seines Landes auf *die* Weise zu reformieren, dass man, an die Stelle der andern Auflagen, diese unter allen Auflagen am meisten ruinierende, setze. „„Es gibt nichts so Abgeschmacktes, sagt Cicero, was nicht einmal durch irgendeinen Philosophen in Vorschlag gebracht worden wäre.“ Und an einer andern Stelle sagt Adam Smith: „Besteuerung der Lebensbedürfnisse bewirkt, indem sie den Arbeitslohn erhöht, notwendig ein Steigen des Preises aller Manufakturwaren und verringert folglich den Verkauf und die Konsumtion.“

Diese Art der Auflagen würde selbst dann nicht einen solchen Tadel verdienen, wenn Dr. Smiths Grundsatz richtig wäre, dass dergleichen Auflagen dahin wirken, den Preis der Manufakturwaren zu erhöhen. Denn eine solche Wirkung könnte nur temporär sein und würde uns in unserm auswärtigen Handel keinen Schaden verursachen. Wenn irgendeine solche Ursache den Preis irgendeiner Manufakturware zum Steigen brächte, so würde sie zugleich die Ausfuhr derselben hemmen oder ganz unmöglich machen. Hätte diese nämliche Ursache aber eine allgemeine Wirkung auf alle Waren, so würde dieselbe doch nur nominal sein und weder auf den relativen Wert derselben Einfluss haben noch auf irgendeine Art den Reiz aufheben, den der Tauschhandel gewährt; und aller Handel, sowohl auswärtiger als einheimischer, ist eigentlich nichts anders als Tauschhandel<sup>47</sup>.

[305] Ich habe schon darzutun gesucht, dass wenn irgendeine Ursache den Preis aller Dinge durchgehends steigert, so ist die Wirkung fast der gleich, die ein Sinken des Geldwertes hervorbringt. Wenn das Geld im Werte sinkt, so steigen alle Waren im Preise, und wenn diese Wirkung sich auf ein einziges Land beschränkt, so hat es auf seinen ausländischen Handel den nämlichen Einfluss als ein hoher Preis aller Dinge, der durch eine durchgehende Besteuerung herbeigeführt worden ist. Untersucht man daher die Wirkungen des Sinkens des Geldwertes in einem einzigen Lande, so hat man zugleich die Wirkungen eines hohen Preises der Dinge, als auf ein einziges Land beschränkt, mit erforscht. Auch *Adam Smith* war von der Gleichheit dieser beiden Fälle überzeugt; deshalb behauptete er auch, dass das Sinken des Geldwertes, oder wie er sich ausdrückt, des Silbers in Spanien, in Folge des [306] Ausfuhrverbotes, den Manufakturisten und dem ausländischen Handel Spaniens sehr nachteilig ist. „Aber diese Herabsetzung des Silberwertes, welche, als Folge entweder der eigenen Lage oder der politischen Institutionen eines besondern Landes, nur in diesem Lande Platz greift, ist ein Gegenstand von großer Wichtigkeit, der weit entfernt, jemanden

---

<sup>47</sup> Selbst im Tauschhandel und ohne dass nur vom Gelde Gebrauch gemacht wird, kann eine Ware teuer oder wohlfeil sein. Sie ist teuer, wenn sie viele Produktionskosten, viele Kapitale und Industrie erforderte, oder, was auf Eins hinauskommt, wenn viel Kapital oder Industrie nur wenig Ware gegeben hat. Geht diese Ware ins Ausland, so kann man von ihr, für was es auch sei, nur wenig in Tausch geben, und folglich finden sich keine Gegenstände, wofür sie leicht ausgetauscht werden könnte. Das nennt man; die Konkurrenz nicht aushalten können mit den im Auslande erzeugten Waren, von denen größere Quantitäten im Tausch entgegen gegeben werden können und die deshalb den Vorzug erhalten.

Dies ist wieder ein Beweis mehr, dass etwas Anders zum Grunde liegt als die *relativen Veränderungen* der Preise, wie Hr. Ricardos ganze Doktrin darstellig zu machen sucht.

reicher zu machen, im Gegenteil darauf hinwirkt, jeden ärmer zu machen. Das Steigen des Geldpreises aller Dinge, das in diesem Fall einem solchen Lande eigentümlich ist, hat die nachteilige Folge, alle Art. der Industrie mehr oder weniger zu entmutigen und fremde Nationen in den Stand zu setzen, fast alle Sorten von Waren wohlfeiler zu liefern, als die Manufakturisten im Lande es vermögen, und dadurch letztere nicht nur von den fremden Märkten, sondern auch von den inländischen zu verdrängen.“ Vol. II. pag. 273.

Einen Nachteil, und ich glaube der Einzige, der aus dem niedrigen Silberwert, in sofern er Folge eines erzwungenen Überflusses ist, entsteht, hat der Dr. Smith sehr geschickt entwickelt. Wenn der Gold- und Silberhandel frei wäre, so würde „das Gold und Silber, welches ins Ausland ginge, nicht umsonst dahin gehen, sondern einen gleichen Wert an Waren dieser oder jener Art zurückbringen. Diese Waren würden auch nicht sämtlich Gegenstände des Luxus und der Verschwendung sein, um von jenen müßigen Leuten konsumiert zu werden, die nichts produzieren. Da eine solche außerordentliche Ausfuhr des Goldes und Silbers [307] den wirklichen Reichtum und das wirkliche Einkommen dieser müßigen Leute nicht vermehren würde, so könnte sie auch keine große Vermehrung ihrer Konsumtion bewirken. Wahrscheinlich würde der größte Teil dieser Waren, sicher wenigstens ein Teil derselben, in Materialien, Werkzeugen und Lebensmitteln bestehen, um damit arbeitsame Leute anzustellen und zu unterhalten, die den ganzen Wert ihrer Konsumtion noch mit Gewinn wieder reproduzieren. Ein Teil des toten Kapitals der Gesellschaft würde so in aktives Kapital verwandelt werden und man würde nun eine weit größere Industrie entfalten, als es vorher der Fall war.“

Gestattet man keinen freien Verkehr mit den edlen Metallen, und steigt der Preis der Dinge entweder durch Auflagen oder Zufluss edler Metalle, so hindert man, dass ein Teil des toten Kapitals der Gesellschaft in aktives verwandelt werde, und hindert, dass eine größere Quantität Industrie sich entwickle. Dies ist aber auch das ganze Übel, was hingegen in Ländern, wo die Ausfuhr des Silbers erlaubt oder geduldet ist, nicht empfunden wird.

Der Wechselkurs zwischen verschiedenen Ländern ist nur dann sich ganz gleich, wenn jedes die Quantität Geld hat, welche bei der gegenwärtigen Lage der Dinge erforderlich ist, um die Produkte in Zirkulation zu setzen. Wäre der Verkehr mit edlen Metallen ganz frei und könnte man das Geld ohne Abgaben ausführen, so könnte es nicht fehlen, dass der Cours an allen [308] Plätzen gleichstünde. Wäre der Verkehr mit edlen Metallen ganz frei und würden sie überall als Zirkulationsmittel gebraucht, ungeachtet der Kosten des Transports, so könnte der Cours in keinem Lande um mehr als den Betrag der Transportkosten, vom *Pari* abweichen. Diese Prinzipie sind, wie ich glaube, jetzt allgemein anerkannt. Wenn ein Land sich eines Papiergeldes bediente, was nicht gegen Metallgeld ausgetauscht werden könnte und wofür man folglich keine feste Wertbestimmung hätte, so könnte der Cours eines solchen Landes sich vom *Pari* entfernen, je nachdem das Geld sich über die Quantität vermehrt hätte, die ihm durch den Handel aller Nationen – bei freiem Handel mit edlen Metallen und wenn diese Metalle als Geld oder Wertmesser angewendet werden – entzogen wird.

Wenn durch die allgemeinen Operationen des Handels es sich ergäbe, dass *England* 10 Mill. Pfd. Sterl. von richtigem Gewicht und feinem Gold besäße, und man 10 Mill. Pfd. Sterl. Papiergeld substituierte, so würde der Cours keine Veränderung erleiden; missbrauchte man aber die Gelegenheit, Papiergeld in Zirkulation setzen zu können, und gäbe 11 Millionen aus, so würde der Wechselkurs 9 Prozent gegen *England* stehen. Würden 12 Millionen in Zirkulation gesetzt, so würde der Wechselkurs 16 Prozent, und bei 20 Millionen, 50 Prozent gegen *England* stehen.

Diese Wirkung kann indessen auch stattfinden, ohne dass Papiergeld ausgegeben wird. Jede Ursache, [309] die eine größere Quantität Pfd. Sterl. in Zirkulation erhält, als es bei völlig freiem Handel der Fall gewesen sein würde, – angenommen übrigens, dass edle Metalle von anerkannter Feinheit und Gewicht als Geld oder als Wertmesser des Geldes gebraucht werden, würde gerade die nämliche Wirkung hervorgebracht haben. Wir wollen den Fall unterstellen, dass die Geldstücken beschnitten wären, so dass ein Pfund Sterl. nicht mehr die durch das Gesetz bestimmte Quantität Gold oder Silber enthielte; so könnte eine größere Quantität dieser beschnittenen Pfd. Sterl. in Zirkulation gesetzt werden, als es der Fall gewesen sein würde, wenn sie nicht beschnitten wären. Wenn durch das Beschneiden ein Zehntel von jedem Pfd. Sterl. hinweggenommen wäre, so könnte man von diesem Gelde 11 Millionen in Zirkulation haben, statt 10 Mill.; nähme man von jedem Pfd. Sterl. zwei Zehntel hinweg, so könnten 12 Mill. in Zirkulation sein; und nähme man von jedem die Hälfte hinweg, so würden 20 Millionen nicht zu viel sein. Würde diese letztere Summe statt 10 Mill. gebraucht, so würde jeder Gegenstand in *England* doppelt so viel als vorher kosten und der Wechselkurs würde 50 Prozent gegen *England* stehen. Dies würde aber keine Störung im ausländischen Handel verursachen, noch die Manufaktur irgendeines Artikels entmutigen. Wenn z. B. das Tuch in *England* von 20 Pfd. auf 40 per Stück stiege, so könnte man es noch eben so frei, wie vorher ausführen; denn der Wechselkurs würde dem ausländischen Käufer eine Entschädigung von 50 Prozent gewähren, dergestalt, dass er mit 20 Pfd. sei- [310] nes Geldes einen Wechsel kaufen könnte, mittelst dessen er im Stande wäre, in *England* eine Schuld von 40 Pfund zu bezahlen. Ebenso, wenn der ausländische Kaufmann eine Ware ausführt, die bei ihm 20 Pfd. kostet und die in *England* 40 Pfd. gilt, so erhält er nur 20 Pfd.; denn für 40 Pfd. kann er in *England* nur einen Wechsel von 20 Pfd. aufs Ausland kaufen.

Die nämliche Wirkung würde stattfinden, aus welcher Ursache auch das Zirkulationsmittel in *England* auf 20 Mill. sich erhöhte, – wenn nur 10 Mill. dazu sich nötig machten. Wenn so ein absurdes Gesetz, als das Ausfuhrverbot des Geldes, durchgeführt werden könnte, und sich in Folge dieses Verbots 11 statt 10 Mill. in Zirkulation befänden; so würde der Cours 9 Prozent gegen *England* stehen. Bei 12 Mill. würde er 16 Prozent und bei 20 Mill. 50 Prozent gegen *England* stehen. Die Manufakturisten in *England* würden aber dadurch nicht abgeschreckt werden. Wären die inländischen Waren teuer, so würden es auch die ausländischen sein. Dem ausländischen Kaufmann würde es ziemlich einerlei sein, ob seine Preise hoch oder niedrig wären; denn verkaufte er seine eingeführten Waren teuer, so kompensierte sich das durch den Cours, und auf gleiche Weise würde er Ersatz finden, wenn er genötigt wäre, Englische Waren teuer einzukaufen. Der einzige Nachteil also, der für ein Land entstände, das durch Prohibitivgesetze eine größere Quantität Silber und Gold in Zirkulation erhält, als es ohne jene der Fall gewesen sein würde, läge in dem Verlust, der [311] daraus erwächst, dass es einen größern Teil seines Kapitals unproduktiv anlegt, statt ihn produktiv anzulegen. Denn als Geld kann dieses Kapital keinen Gewinn bringen, aber in Materialien, Maschinen und Lebensmittel umgesetzt, gibt es ein Einkommen und vermehrt den Reichtum und die Hülfquellen des Staats.

Ich hoffe sonach genügend dargetan zu haben, dass ein, in Folge der Besteuerung, verhältnismäßig niedriger Preis der edlen Metalle, oder mit andern Worten, ein durchgehends hoher Preis aller Dinge einem Lande durchaus nicht nachteilig ist, indem ein Teil der edlen Metalle ausgeführt werden würde, wodurch nicht nur ihr eigener Preis steigen, sondern auch der Preis aller andern Dinge sinken müsste. Und könnten die edlen Metalle nicht ausgeführt werden, könnten sie durch Prohibitivgesetze im Lande behalten werden, so würde die Wirkung, die dies auf den Wechselkurs hätte, ganz mit denen im Gleichgewicht stehen, die Folge der hohen Preise wären. Wird also durch Besteuerung der Lebensmittel und des Arbeitslohns nicht ein Steigen des Preises aller Dinge hervorgebracht, auf die nur Arbeit verwendet wird, so kann man diesen Besteuerungsarten nicht aus diesen

Gründen das Urteil sprechen. Und wäre selbst die Meinung, dass sie solche Wirkungen hervorbrächten, gut begründet; so würden sie doch keinesweges in diesem Bezug Nachteil bringen.

Es ist unbezweifelt, dass „Auflagen auf Gegenstände des Luxus kein Steigen des Preises anderer Ge- [312] genstände, außer den besteuerten, hervorzubringen pflegen.“ Aber es ist nicht wahr, „dass Auflagen auf Lebensbedürfnisse, dadurch, dass sie den Preis des Arbeitslohns steigern, auch notwendig den Preis aller Manufakturwaren zu steigern pflegen.“ Es ist dagegen wahr, „dass Auflagen auf Luxusgegenstände zuletzt von den Konsumenten des besteuerten Gegenstandes, ohne irgendeinen Ersatz dafür zu bekommen, bezahlt werden. Sie fallen ohne Rücksicht auf jede Art des Einkommens, auf Arbeitslohn, Kapitalgewinn und Bodenrente.“ Aber es ist nicht wahr, „dass Auflagen auf die Lebensbedürfnisse, *insoweit sie die arme und arbeitende Klasse treffen*, zuletzt teils von den Grundeigentümern, durch Verminderung ihrer Bodenrente, und teils von den reichen Konsumenten, seien es Grundeigentümer oder andere, durch den gestiegenen Preis der Manufakturwaren getragen werden. *Soweit diese Auflagen die arme und arbeitende Klasse treffen*, werden sie meistens durch den verminderten Kapitalgewinn bezahlt und nur ein kleiner Teil von den Arbeitern selbst, durch verminderte Nachfrage nach Arbeit, die immer die Folge jeder Art von Auflage zu sein pflegt.

Eine Folge von Dr. Smiths irriger Ansicht, über die Wirkung dieser Auflagen, ist es, dass er sich zu dem Schlusse hat verleiden lassen: „Wenn die obern und mittlern Klassen des Volks ihr eigenes Interesse gut verstünden, müssten sie sich stets gegen jede Besteuerung der Lebensbedürfnisse und gegen jede direkte [313] Auflage auf den Arbeitslohn setzen.“ Dieser Schluss folgt aus nachstehendem Raisonement: „Die endliche Bezahlung der einen wie der andern Auflage falle doch ganz auf diese beiden Klassen und zwar mit beträchtlichem Übermaß; sie fallen am stärksten auf die Grundeigentümer, die stets in doppelter Eigenschaft zahlten, als Grundeigentümer, durch Verminderung ihrer Bodenrente, und als reiche Konsumenten, durch Zunahme ihrer Ausgaben. Die Bemerkung des Sir Matthew Decker, dass gewisse Auflagen manchmal auf den Preis gewisser Waren einen 4 und 5fachen Einfluss haben, sei völlig richtig, was die Auflage auf die Lebensbedürfnisse anbelange. Z. B. im Preise des Leders müsse man nicht bloß die Auflage auf das Leder der Schuhe, die man selbst trägt, bezahlen, sondern auch noch einen Teil der Auflage auf das Leder der Schuhe, die der Schuhmacher und der Gerber tragen. Man müsse noch dazu die Auflage auf das Salz, auf die Seife und auf die Lichter bezahlen, welche diese Arbeitsleute verbrauchen, während sie für uns arbeiten, und die Auflage auf das Leder-, Salz-, Seifensieder und Lichtfabrikant, verbrauchen, während sie für jene arbeiten.“

Da indessen Dr. Smith nicht behauptet, dass dem Gerber, dem Salzsieder und dem Seifensieder irgendein Vorteil durch die Auflage auf das Leder, das Salz, die Seife und die Lichter erwächst, und da die Regierung nur den Betrag der aufgelegten Abgabe erhält, so lässt sich unmöglich begreifen, wie vom Volke noch mehr als dieser Betrag, auf welche Klasse desselben [314] auch die Auflage fallen mag, bezahlt werden kann. Die reichen Konsumenten könnten und würden auch in der Tat für den armen Konsumenten bezahlen, aber durchaus nichts über den Betrag der Auflage, und es liegt nicht in der Natur der Dinge, „dass die Auflage sich vier und fünf Mal wiederhole und aufhäufe.“

Ein Besteuerungssystem kann fehlerhaft sein, wenn es dem Volke mehr abnimmt, als in die Staatskassen fließt, indem z. B., in Folge seiner Wirkungen auf die Preise, ein Teil denen zugutekommen kann, die durch die besondere Art, wie die Taxe aufgelegt ist, begünstigt sind. Solche Auflagen sind schädlich und sollten durchaus keine Begünstigung finden; denn man kann als Grundsatz aufstellen, dass jede gerecht treffende Auflage der ersten Maxime des Dr. Smith entspricht, und dem Volke so wenig als möglich über das, was in die

Staatskasse fließt, entzieht. Hr. Say sagt: „Manche bringen Finanzpläne in Vorschlag und Mittel, wie die Kassen des Fürsten zu füllen sind, ohne die Untertanen zu belasten, aber sobald ein Finanzplan nicht auf eine industrielle Unternehmung hinausläuft, kann er dem Staat nur so viel einbringen als er den Privaten oder, unter einer andern Gestalt, dem Staate selbst nimmt. Nie kann man mit einem Ruthenschläge aus Nichts Etwas machen. Wie man auch eine Operation verstecke, welchen Umweg man die Werte und welche Umwandlung man sie nehmen lasse; man erhält nur einen Wert, indem man ihn selbst hervorbringt oder von Andern nimmt. Der beste Finanzplan ist der: *Wenig* [315] *auszugeben*, und die beste unter allen Auflagen ist die, *welche am niedrigsten ist*<sup>48</sup>.

Dr. Smith behauptet durchgehends, und ich glaube mit Recht, dass die arbeitenden Klassen nicht materiell zu den Lasten des Staats beitragen können. Eine Auflage auf die Lebensbedürfnisse oder auf den Arbeitslohn muss deshalb von den Armen hinweg auf die Reichen geworfen werden. Ist also die Meinung des Dr. Smith diese: „dass gewisse Auflagen im Preise gewisser Dinge sich manchmal 4 bis 5mal wiederholen und aufhäufen,“ hauptsächlich zu dem Zweck, die Auflage von dem Armen auf den Reichen zu wälzen, so verdienen sie deshalb keinen Tadel.

Angenommen, der richtige Abgabenanteil eines reichen Konsumenten betrage 100 Pfd., die er direkt bezahlt, indem sie auf das Einkommen, auf Wein oder andere Luxusgegenstände gelegt sind; so würde er Nichts verlieren, wenn er, bei Besteuerung der Lebensbedürfnisse für das, was er und seine Familie an Lebensbedürfnissen konsumieren, 25 Pfd. bezahlen, dagegen aber diese Auflage noch dreimal in dem höhern Preis der andern Gegenstände entrichten müsste, wodurch die Arbeiter und Industrieunternehmer für die Auflage Entschädigung erhalten, die sie einstweilen haben vorschießen müssen. Selbst in diesem Fall ist das Raisonement nicht schlüssig. Denn sobald nicht mehr bezahlt [316] wird, als die Regierung verlangt hat, was verschlägt es da den reichen Konsumenten, ob er die Auflage direkt bezahlt, indem er die Gegenstände des Luxus teurer kauft, oder ob er sie indirekt entrichtet, indem er die Lebensbedürfnisse und andere Gegenstände der Konsumtion teurer bezahlt? Sobald das Volk nicht mehr bezahlt, als was die Regierung wirklich erhält, so trägt der reiche Konsument bloß seinen richtigen Anteil bei; wird aber mehr bezahlt, so hätte *Adam Smith* müssen angeben, wer dieses mehr erhält.

Hr. Say scheint mir nicht seinem richtigen Grundsatz, den ich aus seinem vortrefflichen Werke angeführt habe, treu geblieben zu sein. Denn auf der folgenden Seite sagt er, indem er von Besteuerung spricht: „Wenn sie zu weit getrieben wird, hat sie die traurige Folge, dass sie den Contribuenten seines Reichtums beraubt, ohne dadurch die Regierung zu bereichern. Dieses wird man umso einleuchtender finden, wenn man berücksichtigt, dass das Einkommen eines jeden Contribuenten stets das Maß und die Grenze seiner Konsumtion, produktiv oder nicht, darbietet. Man kann ihm demnach nicht einen Teil seines Einkommens nehmen, ohne ihn zugleich in die Notwendigkeit zu setzen, verhältnismäßig seine Konsumtion einzuschränken. Hieraus entsteht Abnahme der Nachfrage nach Dingen, die er nicht mehr konsumiert und namentlich nach solchen, die besteuert sind. Diese Abnahme der Nachfrage hat Verminderung der Produktion zur Folge; es gibt demnach nun weniger steuerbare Objekte. Der Contri- [317] buent verliert also einen Teil seiner Genüsse und die Staatskasse einen Teil ihrer Einnahmen.“

Hr. Say führt als Beispiel die Auflage auf das Salz in *Frankreich* vor der Revolution an, welche Auflage die Salzproduktion um die Hälfte vermindert habe. Wenn indessen weniger Salz konsumiert wurde, so wurde auch weniger Kapital auf die Produktion desselben

---

<sup>48</sup> Traité d'Economie polit. 2e ed. Liv. III. Chap. 8.

verwendet<sup>49</sup>; und folglich, wenn auch der Produzent weniger Gewinn von der Produktion des Salzes erhält, so wird er wiederum mehr von der Produktion anderer Dinge erhalten. Wenn eine Auflage, wie schwer sie auch sei, das Einkommen trifft und nicht das Kapital, so vermindert sie nicht die Nachfrage, sondern verändert nur die Natur derselben. Sie setzt die Regierung in den Stand, so viel von dem Ertrag des Bodens und der Nationalarbeit zu konsumieren, als die Kontributionspflichtigen vorher konsumierten. Beträgt mein Einkommen jährlich 1,000 Pfd., und ich bin gehalten 100 Pfd. Auflagen jährlich zu bezahlen, so kann ich nur Nachfrage nach  $\frac{9}{10}$  der Quantität Waren halten, die ich vorher konsumierte, aber ich setze die Regierung in den Stand, Nachfrage nach dem letzten Zehntel zu tun. Ist die Auflage z. B. aufs Getreide gelegt, so ist nicht nötig, meinen Getreidebedarf zu verringern; denn ich [319] kann ja 100 Pfd. mehr jährlich für mein Getreide bezahlen und um so viel meine Ausgaben für Wein, Hausgeräte oder andere Luxusgegenstände einschränken<sup>50</sup>. Es wird folglich weniger Kapital im Handel mit Wein [320] oder Hausgeräte

---

<sup>49</sup> Wenn man bei mangelnder Konsumption keinen Gebrauch mehr von einem Salzteich macht, so sind die auf seine Einrichtung verwendeten Kosten ein verlornes Kapital, ein Kapital, das keiner andern Produktion weiter gewidmet werden kann. Selbst in den, sehr seltenen, Fällen, wo man seine Kapitale, ohne den größern Teil daran zu verlieren, aus Unternehmungen zurückziehen kann, deren Kosten den Ertrag zu übersteigen anfangen, verwendet man nicht notwendig immer die geretteten Teile auf neue Industrie. Oft leiht man sie der Regierung, kauft Stellen damit, oder legt sie im Auslande an. Die industriellen Arbeiten an und für sich selbst lassen sich ohne Schwierigkeit und Verlust nicht leicht umwandeln. Wer kann z. B. sagen, was aus den am Salzteich beschäftigten Arbeitern geworden ist, nachdem sie genötigt waren, ihre Beschäftigung aufzugeben? Selbst angenommen, dass sie anderweit benutzt worden wären, dass sie ein anderes Geschäft gelernt hätten, so müsste der Ertrag ihrer Arbeit notwendig abgenommen haben; ihre industriellen Arbeiten würden also auch weniger Gewinn abwerfen. Die Industrie-Unternehmer betreffend, wenn sie auch eine nicht mehr einträgliche Produktion, nicht ganz aufgegeben haben, so ist doch ihr Geschäft kleiner und ihr Gewinn geringer geworden. Es bleibt also nicht dabei, dass Kapitale und Industrie ihre Stelle verändern, sondern beide werden verringert und produzieren weniger. Ich habe also sagen können: Wenn die Auflagen zu weit getrieben werden, so hat dies Verlust an Genüssen und Einkommen zur Folge, wobei die Regierung durchaus nicht gewinnt.

Eine Auflage beraubt auch manchmal die Konsumenten gänzlich mancher Produkte, die durch nichts ersetzt werden, Ohne die Auflagen könnte man in *England* die gewöhnlichen Weine des mittagl. *Frankreichs* die Bouteille um einige Sous haben. Die Engländer sind dieses heilsamen Getränkes gänzlich beraubt. Als in Folge einer lächerlichen Sperre der Zucker in *Frankreich* 5 bis 6 Fr. das Pfund kostete, mussten alle weniger Bemittelten auf denselben gänzlich Verzicht leisten. Die Konsumption desselben nahm um die Hälfte ab und folglich auch die aus der Konsumption des Zuckers herrührenden Genüsse.

Es ist ohne Zweifel ein in sich wahrer Satz, dass im Allgemeinen die Industrie und die Produktion im Verhältnis zu den produktiven Kapitalen stehen. Alle Beobachtungen überzeugen uns, dass Auflagen die Produktion verringern, selbst ehe noch die Kapitale teilweise davon zurückgezogen werden.

J. B. S.

<sup>50</sup> Hr. *Say* sagt, dass „die Auflage zum Preise einer Sache gefügt, den Preis derselben steigere,“ und gleich darauf, „jedes Teurerwerden eines Produkts verringere notwendig die Zahl derer, die im Stande sind, sich dasselbe zu kaufen, oder wenigstens die Zahl derer, die es konsumieren.“ Dies ist keinesweges eine notwendige Folge. Besteuerte man das Brot, das Tuch, den Wein oder die Seife, so glaube ich nicht, dass die Konsumption eines dieser Artikel abnehmen würde.

Anmerkung des Verfassers.

In Mangeljahren und wenn das Getreide teurer wird, wird weit weniger konsumiert. Dies ist erwiesen. „In Jahren des Überflusses, sagt *Stevart*, *Econom. polit. Liv. I. Chap. 17*, lebt jedermann besser; man verwendet einen Teil der Erzeugnisse, um damit Haustiere zu mästen; und wenn die Dinge weniger teuer sind, so wird desto mehr davon vertan. Tritt Mangel ein, so lebt die dürftige Klasse schlecht; sie gibt ihren Kindern kleinere Portionen, und weit entfernt zurückzulegen, verzehrt sie, was sie erspart hatte. und endlich ist es nur zu wahr, dass ein Teil dieser Klasse krank wird und stirbt. Es ist eine sehr bekannte Tatsache, dass die Nachfrage abnimmt, im Verhältnis zum Steigen der Preise. Der Grund davon springt in die Augen. Die Kräfte der Konsumenten bilden, vom Ärmsten bis zum Reichsten, eine fortlaufend steigende Stufenfolge. Von dem Augenblick, wo ein Preis steigt, reichen die Kräfte einiger Konsumenten nicht mehr zu. Dies ist notwendige

angelegt werden, desto mehr aber auf die Fabrikation solcher Gegenstände, für welche die von der Regierung erhobenen Taxen verwendet werden.

Hr. Say sagt, dass Hr. Turgot, indem er die Abgaben auf die Einfuhr und den Verkauf der Fische (les droits d'entrée et de halle sur la marée) in Paris auf die Hälfte herabsetzte, dadurch den Total-Ertrag nicht vermindert hat, und dass folglich die Fisch-Konsumtion sich verdoppelt haben musste. Er folgert daraus, dass der Gewinn der Fischer und derer, die sich mit diesem Geschäft abgeben, sich gleichfalls verdoppelt habe, dass das Einkommen des Landes um den ganzen Betrag des vermehrten Gewinn gestiegen sein müsse, und dass, indem zur Anhäufung der Betriebskapitale ein Anreiz gegeben worden, der Nationalreichtum vermehrt worden sein müsse<sup>51</sup>. Ohne die Beweggründe zu untersuchen, die eine solche Ermäßigung der Auflage veranlasst haben, sei es mir erlaubt, daran zu zweifeln, dass sie neue Betriebs- [321] kapitale herbeigezogen habe. Wenn der Gewinn des Fischers und der andern diesem Gewerbe sich widmenden Personen in Folge einer aufs Doppelte gestiegenen Fischkonsumtion sich verdoppelt hätte, so hätte Kapital und Arbeit andern Geschäften entzogen werden müssen, um sie diesem besondern zu widmen. Aber die Kapitale und die Arbeit, welche bisher andern Geschäften gewidmet waren, gewährten einen Gewinn, dem man entsagen musste, indem man sie jenen entzog. Die Leichtigkeit, Betriebskapital in einem Geschäft anzuhäufen, ist bloß durch den Unterschied des Gewinns vermehrt worden, den das frühere Geschäft abwarf und den das abwarf, dem man die dem erstern entzogenen Kapitale zuwendete<sup>52</sup>. Mögen die Auflagen auf dem Einkommen oder dem Kapital ruhen, sie vermindern die besteuerten Gegenstände des Staats. Höre ich auf, 100 Pfd. Sterl. für Wein auszugeben, weil ich durch Bezahlung einer Auflage von diesem Betrag die Regierung in Stand gesetzt habe, statt meiner die 100 Pfd. Sterl. auszugeben; so fallen natürlich für 100 Pfd. Sterl. Waren an Wert von der Liste der besteuerten Gegenstände weg. Beträgt das Einkommen der Individuen eines Landes 100 Mill., so besitzen sie wenigstens für 10 Mill. besteuere Gegenstände. Wenn durch eine Auflage [322] eine Mill. davon zur Disposition der Regierung gestellt wird, so wird das Einkommen der Individuen nominal noch 10 Mill. sein, aber es werden ihnen nur noch für 9 Mill. besteuere Gegenstände bleiben. Es gibt keinen Fall, wo die Auflagen nicht die Genüsse derer vermindern, auf welche sie zuletzt fallen, und es gibt kein anderes-Mittel, diese Genüsse von Neuem zu vermehren, als die Erschaffung eines neuen Einkommens.

Eine Auflage kann nie so richtig verteilt werden, dass sie in gleichem Verhältnis auf den Wert aller Gegenstände einwirke und selbige immer in demselben relativen Wert erhalte. Oft gibt sie durch ihre indirekten Wirkungen ein den Absichten des Gesetzgebers ganz entgegengesetztes Resultat. Wir haben bereits gesehen, dass die Wirkung einer direkten

---

Folge, sonst würden die Konsumenten mehr vertun, als sie bezahlen können. Ereignet sich dies wirklich in einzelnen Fällen, so vertut ein solcher das Vermögen eines Andern und seine Konsumtion tritt an die Stelle der Konsumtion, die ein anderer gemacht haben würde.

J. B. S.

<sup>51</sup> Folgende Bemerkung des nämlichen Autors scheint mir gleichfalls falsch: „Besteuert man die Baumwolle zu hoch, so schadet man der Produktion aller der Fabrikate, denen sie zum Stoff dient. Wenn der Totalwert, den die Baumwolle durch die verschiedenen Manufakturen erhält, in einem Lande sich auf 100 Mill. jährlich beläuft, und wenn die Auflagen diese Industrietätigkeit bis zur Hälfte verringern, so entzieht die Auflage diesem Lande jedes Jahr 50 Mill., nicht gerechnet, das, was sie noch davon in den öffentlichen Schatz fließen lässt. (Liv. III. Chap. 8.) (Anmerkung des Verfassers.)

<sup>52</sup> Streng theoretisch genommen gibt Hr. Say hierin Hr. Ricardo Recht, meint aber, dass die Praxis eine Menge Abweichungen darbiete. (Anmerkung des Übersetzers.)

Auflage aufs Getreide und die Bodenerzeugnisse, in dem Fall, wo das Geld ein Erzeugnis des Landes ist, darin bestehe, den Preis aller Waren im Verhältnis, wie die Bodenerzeugnisse bei ihrer Fabrikation mit konkurrieren, zu steigern, und so das natürliche Verhältnis, welches vorher zwischen ihnen stattfand, aufzuheben. Eine andere dieser indirekten Wirkungen ist die, dass der Arbeitslohn gesteigert und der Gewinnbetrag verringert wird. In einem andern Teil dieses Werks haben wir auch gesehen, dass das Steigen des Arbeitslohnes und die Abnahme des Gewinns zur Folge hat, den Geldpreis der Waren zu verringern, deren Produktion hauptsächlich von Anlegung eines fixen Kapitals abhängig ist.

[323] Man hat es so gut eingesehen, dass eine mit Auflagen belastete Ware nicht mit Vorteil ausgeführt werden könne, dass man öfters bei der Ausfuhr derselben eine Rückzahlung der geleisteten Auflagen eintreten lässt und dagegen die Einfuhr derselben besteuert. Wenn diese Rückzahlung der Auflage und diese Besteuerung der Einfuhr richtig angebracht sind und nicht bloß bei den Waren allein, sondern auch bei Allem, auf was sie einen indirekten Einfluss haben können, stattfinden, dann entsteht keine Veränderung im Wert der edlen Metalle. Sobald eine mit Auflagen belastete Ware noch ebenso gut als vorher ausgeführt werden kann, und sobald die Einfuhr derselben nicht besonders erleichtert worden ist, werden die edlen Metalle in nicht größerem Maße auf der Liste der Ausfuhr-Artikel stehen.

Von allen Gegenständen eignen sich vielleicht keine besser, besteuert zu werden, als solche, die, entweder mit Hülfe der Kunst oder der Natur, besonders leicht produziert werden. Hinsichtlich des Auslandes müssen dergleichen Waren in die Klasse derjenigen gestellt werden, deren Preis sich nicht nach der Quantität Arbeit richtet, die sie gekostet haben, sondern nach der Laune, dem Geschmack und den Mitteln des Käufers. Besäße *England* reichere Zinnbergwerke, als andere Länder, oder würde ihm hinsichtlich seiner bessern Maschinen oder des Brennmaterials die Fabrikation der Baumwollen-Zeuge besonders erleichtert; so würde der Preis des Zinns und der Baumwolle in *England* immer sich nach der verhältnismäßigen, zu ihrer Produktion erforderlichen [324] Quantität Arbeit und Kapital richten, und die Konkurrenz unserer Kaufleute würde bewirken, dass sie der ausländische Konsument kaum etwas teurer bezahlte. Unser Vorteil bei der Produktion von dergleichen Gegenständen dürfte der sein, dass sie wahrscheinlich auf ausländischen Märkten teuer verkauft werden könnten, ohne dass dies einen wesentlichen Einfluss auf die Verringerung ihrer Konsumption hätte. Diesen höhern Preis können sie aber, solange die Konkurrenz im Inlande frei ist, auf keine andere Weise, als durch eine Ausfuhr-*Taxe*, erlangen. Diese *Taxe* würde hauptsächlich auf die ausländischen Konsumenten fallen und ein Teil der Ausgaben des Englischen Gouvernements würde auf diese Weise durch eine Besteuerung des Ackerbaus und der Industrie anderer Länder bestritten. Die Auflage auf den Tee, die gegenwärtig das Englische Volk bezahlt und die einen Teil der Ausgaben seines Gouvernements deckt, könnte, wenn sie in China auf die Ausfuhr dieser Pflanze gelegt wäre, zur Bestreitung der Ausgaben des Chinesischen Gouvernements dienen.

Die Besteuerung der Gegenstände des Luxus hat einigen Vorzug vor der Besteuerung der Lebensbedürfnisse. Sie wird gewöhnlich vom Einkommen bezahlt und vermindert deshalb nicht das produktive Kapital des Landes. Wäre der Wein in Folge einer Auflage bedeutend im Preise gestiegen, so würde man sich wahrscheinlich den Genuss desselben lieber versagen, als sein Kapital zum Ankauf desselben angreifen. Auflagen dieser Art sind so identisch mit dem Preis, dass der [325] *Contribuent* es kaum merkt, dass er eine Auflage zahlt. Aber sie haben auch ihre Mängel. Zuerst treffen sie nie das Kapital; es gibt aber außerordentliche Fälle, wo es vielleicht notwendig ist, dass selbst das Kapital zu den Bedürfnissen des Staats beitrage. Zweitens hat man keine Gewissheit hinsichtlich des Ertrags dieser Auflage; denn sie können selbst das Einkommen nicht immer treffen. Hat jemand den Vorsatz zu sparen, so kann er sich der Auflage auf den Wein entziehen, indem

er auf den Genuss des Weins Verzicht leistet. Das Einkommen des Staats darf nicht verkürzt werden, und doch ist es denkbar, dass die Auflage dem Staat nicht einen Schilling einbringe.

Einem Genuss, an den man sich gewöhnt hat, entsagt man ungern; man wird ihn nicht aufgeben, obgleich er stark mit Auflagen beschwert ist. Aber das hat seine Grenzen, und die tägliche Erfahrung lehrt, dass die Zunahme des Nominalbetrags der Steuer oft den Ertrag derselben vermindert. Mancher, der fortfahren würde die nämliche Quantität Wein zu trinken, wenn auch jede Bouteille um 3 Schillinge gestiegen wäre, wird sich den Genuss desselben lieber ganz versagen, als ihn mit 4 Schillingen zu bezahlen. Ein anderer wird ihn mit 4 Schill. noch bezahlen, durchaus aber nicht mit 5 Schill. Das Nämliche gilt von jeder andern Luxussteuer. Manche würden geneigt sein, für den Genuss, den ein Pferd gewährt, 5 Pfd. Sterl. Auflage zu bezahlen, nicht aber 10 oder 20 Pfd. Nicht, weil sie nicht mehr bezahlen können, geben sie den Ge- [326] nuss des Weins und der Pferde auf, sondern, weil sie nicht mehr bezahlen wollen. Jeder hat einen gewissen Maßstab, nach welchem er den Wert seiner Genüsse schätzt; dieser Maßstab ist aber ebenso veränderlich als der Charakter der Menschen. Ein Land, dessen finanzieller Zustand in Folge des traurigen Systems, eine große Nationalschuld aufzuhäufen, sehr gekünstelt geworden ist, unterliegt hauptsächlich den Mängeln, die von dieser Art Auflage unzertrennlich sind. Wenn der Minister den ganzen Kreis unserer Genüsse mit Auflagen beschwert hat, wenn er Pferde, Kutschen, Wein, Bedienten und alle andern Genüsse des Reichen besteuert hat; so muss er wohl den Schluss machen, dass das Land das maximum der Besteuerung erreicht habe; denn wollte er auch das Abgabenquantum noch vermehren, so kann er doch den Ertrag einer jeden dieser Auflagen nicht erhöhen. Er könnte sich inzwischen manchmal in diesem Schluss täuschen; denn es dürfte wohl der Fall möglich sein, wo ein solches Land noch einen großen Zuwachs von Lasten ertragen könnte, ohne dass fein Kapital angegangen würde.

{327}

## Fünfzehntes Kapitel.

### Besteuerung anderer Gegenstände als die des Ackerbaus.

Aus dem nämlichen Grund, aus welchem eine Auflage aufs Getreide den Preis desselben steigert, wird eine Auflage auf jeden andern Gegenstand den Preis desselben erhöhen. Wenn eine Ware nicht um den Betrag der Auflage steigt, so gewährt sie ihrem Produzenten nicht mehr den nämlichen Gewinn, wie vorher, und er wird sein Kapital in irgendeine andere Unternehmung stecken.

Die Besteuerung aller Gegenstände, mögen sie zu den Lebensbedürfnissen oder zu den Luxusartikeln gehören, erhöht, während der Wert des Geldes unverändert bleibt, ihren Preis um eine, wenigstens dem Betrag der Auflage gleiche, Summe<sup>53</sup>. Eine Auflage [328] auf Manufakturgegenstände, die zu den Lebensbedürfnissen des Arbeiters gehören, würde die nämliche Wirkung auf den Arbeitslohn haben, wie eine Auflage [329] aufs Getreide, das von andern Lebensbedürfnissen sich nur dadurch unterscheidet, dass es unter allen das erste und wichtigste ist; sie würde auch gerade die nämlichen Wirkungen auf den Kapitalgewinn und auf den ausländischen Handel haben. Aber eine Auflage auf Gegenstände des Luxus würde keine andere Wirkung haben, als ihren Preis zu erhöhen. Sie würde ganz auf die Konsumenten fallen und könnte weder den Arbeitslohn steigern noch den Gewinn vermindern.

---

<sup>53</sup> Hr. *Say* bemerkt, „dass ein Manufakturist den Konsumenten nicht den ganzen Betrag der auf seine Ware gelegten Auflage bezahlen lassen kann, weil das Steigen des Preises die Konsumtion der Ware vermindert.“ Wäre dies der Fall und nähme die Konsumtion ab, würde nicht bald auch der Vorrat abnehmen? Warum sollte der Manufakturist sein Geschäft fortsetzen, wenn der Gewinn, den es ihm abwirft, unter den Standpunkt des Gewinns, den andere Geschäfte abwerfen, gesunken ist? Hr. *Say* scheint auch an dieser Stelle den Satz vergessen zu haben, den er anderwärts aufstellt, „dass die Produktionskosten den niedrigsten Preis der Dinge bestimmen, den Preis, unter welchen sie nicht auf eine dauernde Weise fallen, denn dann steht die Produktion stille oder nimmt ab.“ Liv. II. Chap. 4. „Die Auflage fällt also in diesem Fall zum Teil auf den Konsumenten, der das Produkt teurer bezahlt, und zum Teil auf den Produzenten, der, nach Abzug der Auflage findet, dass er weniger eingenommen hat. Das fließt in die Staatskassen, was der Konsument mehr bezahlt und was der Produzent von einem Teile seines Gewinnes aufopfern muß. Es ist die Kraft des Pulvers, welches zugleich die Kugel vorwärtstreibt und die Kanone zurückwirft.“ Liv. III. Chap. 8. (Anmerkung des Verfassers.) Ich habe schon Gelegenheit gehabt, zu bemerken, dass Hr. *Ricardo* zu allgemein und ohne alle Einschränkung den Satz aufstellt, dass die Kapitale und die Industrie sich von einer Produktion wegziehen, die nicht mit andern Geschäften gleichen Gewinn abwirft. In fast allen Zweigen der Industrie sind Kapitale dergestalt angelegt, dass man sie wegziehen kann, ohne bedeutend ihren Wert zu verringern. Talente und industrielle Arbeit selbst können ihr Objekt nicht ohne großen Nachteil verändern. Man zieht es vor, eine Arbeit fortzusetzen, die weniger einträgt, weil man noch größern Verlust hätte, wenn man gänzlich abspränge; und diese Wirkung dauert manchmal ein halbes Jahrhundert hindurch, das heißt die ganze Zeit hindurch, als oft eine Administrationsform und ein Auflagensystem besteht.

Unmöglich kann man Umstände vernachlässigen, die so mächtigen Einfluss auf die Resultate haben; man läuft große Gefahr, sich zu täuschen, wenn man die Augen nur auf einige große Grundsätze gerichtet hat und die Modifikationen, die sie aus accessorischen Berücksichtigungen erhalten, in keinen Anschlag bringt. Die Umstände wirken in Kraft gleich unbestreitbarer Grundregeln, die wiederum gleich den allgemeinsten Prinzipien von der Natur der Dinge abhängig sind.

J. B. S.

Auflagen, die in der Absicht erhoben werden, um Kriegskosten damit zu bestreiten, oder die gewöhnlichen Ausgaben des Staats, und deren Ertrag hauptsächlich zum Unterhalt unproduktiver Arbeiter bestimmt ist, werden von der produktiven Industrie des Landes genommen, und Alles, was von dergleichen Ausgaben erspart werden kann, kommt dem Einkommen oder selbst dem Kapital der Contribuenten zugute. Erhebt man zum Bedürfnis eines einjährigen Krieges auf dem Wege einer Anleihe 20 Mill., so entzieht man diese Summe dem produktiven Kapital der Nation. Die Million, die jährlich durch Auflagen erhoben wird, um die Interessen dieser [330] Anleihe zu bezahlen, geht bloß aus den Händen derer, die sie zahlen, in die Hände derer, die sie empfangen, aus den Händen des Contribuenten in die des Staatsgläubigers. Die reine Ausgabe beträgt bloß 20 Mill., nicht aber die Interessen, die dafür gezahlt werden müssen<sup>54</sup>. Mögen die Interessen bezahlt, oder nicht bezahlt werden, das Land wird weder reicher noch ärmer dadurch werden. Die Regierung hätte mit einem mal diese 20 Mill. mittelst Auflagen heben können, und

331 dann hätte man nicht jährlich eine Million Interessen durch Auflagen zu erheben gebraucht. Dies hätte indessen die Natur der Operation nicht verändert. Man hätte ein Individuum nötigen können 2,000 Pfd. auf einmal zu geben, statt 100 Pfd. jährlich. Dasselbe könnte es vielleicht seinem Vorteile angemessener finden, diese 2,000 Pfd. zu borgen und jährlich dem Darleiher 100 Pfd. Interessen zu zahlen, als diese größere Summe aus seinen eigenen Mitteln zu nehmen. In einem dieser Fälle ist es ein Privatakt zwischen A und B; in dem andern ist die Regierung dem B für die Bezahlung der Interessen Bürge, die gleichfalls A zahlen muss. Wäre es ein Privatgeschäft geblieben, so wäre keine öffentliche Kenntnis davon genommen worden und dem Staate es fast gleichgültig gewesen, ob A dem B pünktlich seinen Kontrakt erfüllte, oder die jährlichen 100 Pfd. in seinem Besitz widerrechtlich zurück behielt. Der Staat hätte zwar ein allgemeines Interesse, dass der Kontrakt pünktlich erfüllt würde, aber hinsichtlich des Nationalreichtums fragt es sich bloß, bei welchem von beiden, bei A oder bei B, werden diese 100 Pfd. am produktivsten sein? Diese Frage hat aber der Staat weder das Recht noch die Mittel zu entscheiden. Es wäre möglich, dass wenn A sie zu seinem eigenen Gebrauch behielte, er sie unvorteilhaft durchbrächte, und wenn sie dagegen dem B gezahlt würden, dieser sie zu seinem Kapital schlüge und produktiv anlegte. Ebenso wäre der umgekehrte Fall möglich. Bloß aus dem Gesichtspunkt des Nationalreichtums betrachtet, könnte es mehr oder weniger zu wünschen sein, dass A [332] zahlte, oder nicht zahlte; aber die Erfordernisse der Gerechtigkeit und des Treu-Glaubens, die von weit größerem Gewicht sind, dürften nicht Rücksichten von weit geringerm Interesse nachstehen. Wenn man daher die Dazwischenkunft des Staats in Anspruch nähme, so würden die Gerichtsbehörden den A anhalten, seinen Vertrag zu

---

<sup>54</sup> Melon sagt: „dass die Schulden einer Nation Schulden sind, die die rechte Hand der linken schuldig ist, und durch welche der Körper nicht geschwächt wird. Es ist wahr, der allgemeine Reichtum wird durch Zahlung der Interessen auf die rückständige Schuld nicht verringert. Die Interessen sind ein Wert, der aus der Hand des Contribuenten in die des Staatsgläubigers übergeht. Ob nun der Staatsgläubiger oder der Contribuent ihn aufhäufe oder konsumiere, kann der Gesellschaft einerlei sein, das räume ich ein. Aber wo ist das Kapital der Schuld geblieben, was ist aus ihm geworden? — Das existiert nicht mehr. Die Konsumtion, die auf die Anleihe folgte, hat das Kapital verschlungen, das nun kein Einkommen mehr abwirft. Die Gesellschaft ist nicht des Betrags der Interessen, die von einer Hand in die andere gehen, sondern des Einkommens eines nun zerstörten Kapitals beraubt. Wäre dieses Kapital von demjenigen, welcher es dem Staate lieh, produktiv angelegt worden, so würde es ihm gleichfalls ein Einkommen ertragen haben, aber dieses Einkommen wäre aus einer wirklichen Produktion geflossen, nicht aber aus der Tasche des Staatsbürgers.“ *Say Liv. III. Chap. 9.*

Diese Stelle ist im wahren Geiste der Wissenschaft gefasst und ausgedrückt.

(Anmerkung des Verfassers.)

erfüllen. Eine von der Nation verbürgte Schuld ist in keiner Hinsicht von obigen Privatgeschäften verschieden. Die Gerechtigkeit und der Treu-Glaube erfordern es, dass die Interessen der Nationalschuld fortwährend bezahlt werden und dass diejenigen, die ihre Kapitale zum allgemeinen Vorteil vorgeschossen haben, nicht gezwungen werden, ihren gerechten Forderungen zu entsagen, unter dem Vorwand des Staatswohls<sup>55</sup>.

[333] Aber abgesehen hiervon, ist es keinesweges gewiss, dass durch das Opfer der politischen Gerechtigkeit der mindeste politische Nutzen entstehe; es folgt keinesweges, dass der von Zahlung der Interessen für die Nationalschuld befreite Teil sie produktiver anlegen werde, als derjenige, dem sie ohne allen Widerspruch gezahlt werden müssen. Durch Annullierung der Nationalschuld kann das Einkommen des Einen von 1,000 Pfd. auf 1,500 Pfd. steigen, aber das eines Andern kann von 1,500 Pfd. auf 1,000 Pfd. herabsinken. Das Einkommen dieser Beiden beträgt jetzt zusammen 2,500 Pfd. und würde eben nicht mehr nach dem Nationalbankerott betragen. Wäre es der Regierung darum zu tun, Auflagen zu erheben, so ist das besteuerebare Kapital und das besteuerebare Einkommen immer das nämliche, in dem einen Fall so gut, wie in dem andern.

Nicht die Bezahlung der Interessen der Nationalschuld drückt also ein Land, noch kann dasselbe in der Annullierung der Nationalschuld Erleichterung erhalten. Bloß durch Ersparnisse vom Einkommen und durch Einschränkung des Aufwandes kann das National-Kapital zunehmen. Durch Annullierung der Nationalschuld wird weder das Einkommen vermehrt noch der Aufwand vermindert. Die Verschwendung der Regierung und der Individuen, und die Anleihen sind es, die ein Land [334] arm machen. Jede Maßregel folglich, die zum Zweck hat, öffentliche und Privatsparsamkeit zu fördern, wird der Staatsnot abhelfen. Aber es ist Irrtum und Täuschung, zu glauben, dass man eine Nation vom Druck einer Last befreien könne, indem man dieselbe einer Klasse der Staatsbürger, die dieselbe gerechterweise tragen muss, hinwegnimmt und sie einer andern Klasse auflegt, die, nach allen Grundsätzen der Gerechtigkeit, nicht mehr als die ihr zukommende Quote zu tragen braucht.

Aus dem, was ich gesagt habe, darf man nicht den Schluss ziehen, dass ich das Anleihe-System für das beste Mittel hielte, um die außerordentlichen Bedürfnisse des Staats zu decken. Dies System bewirkt Abnahme unserer Industrie und verblendet uns über unsere wahre Lage.

Wenn die Kosten eines Kries 40 Mill. jährlich betragen und das, was der Einzelne jährlich zu diesem Aufwand beizutragen hat, 100 Pfd.; so wird er suchen, wenn man auf einmal diese Summe von ihm verlangt, sogleich dieselbe von seinem Einkommen zu sparen. Nach dem

---

<sup>55</sup> Möge es Gott verhüten, dass ich je den Wunsch hätte, irgendeine Regierung möge ihren Staatsgläubigern nicht Wort halten. Sollte aber ja ein dergleichen Unglück in dem Raum zwischen Palermo und Edinburgh eintreten, so wird man in dem betreffenden Edikt gleich voran eine schöne Einleitung lesen, worin gesagt sein wird: „Sintemal die Staatsgläubiger dargeliehen haben, nicht des allgemeinen Wohls wegen, sondern um gute Interessen aus ihrem Kapital zu ziehen; sintemal sie nicht Uns, sondern unsern Regierungsvorgängern ihr Geld geliehen haben, das diese angewendet haben, um Uns zu bekämpfen oder das System, dem Wir zugetan sind; sintemal sie sich nicht dabei durch Zutrauen haben leiten lassen, wohl aber durch das Streben, ein Eigentum zu erhalten, das von Auflagen nicht erreicht und getroffen werden und das man heute oder morgen auf der Börse verkaufen kann; sintemal die Nation nicht durch die Beistimmung von Gesetzgebern, die sich ihre Repräsentanten nannten, verbindlich gemacht werden kann, da jene in der Wirklichkeit nur den Willen der Minister repräsentierten, welche das angenehme Geschäft über sich hatten, die Kapitale aller dieser Anleihen durchzubringen usw. usw.“

Anleihsystem verlangt man von ihm nur die Interessen dieser 100 Pfd. oder 5 Pfd. jährlich; er glaubt nun, es sei hinlänglich, nur diese 5 Pfd. von seinem Einkommen zu sparen und täuscht sich selbst, wenn er glaubt, er sei noch ebenso reich, wie zuvor. Die Nation erspart nur, wenn sie auf diese Weise räsoniert und handelt, die Interessen von 40 Mill. oder 2 Mill. [335] Sie verliert aber nicht allein alle Interessen, oder den Gewinn, den 40 Mill. produktiv angelegtes Kapital ertragen hätte, sondern sie verliert auch noch 38 Mill., die Differenz zwischen ihrer Ersparnis und ihrem gewöhnlichen Staatsaufwand.

Wenn, wie ich weiter oben bemerkt habe, jedermann eine besondere Anleihe machen müsste, um nach Beendigung des Kriegs seinen vollen Anteil zu den Bedürfnissen des Staats zu bezahlen; so würde die Auflage aufhören und alle Dinge würden augenblicklich auf ihren natürlichen Standpunkt des Preises herabfallen. A könnte an B aus seinem Privatvermögen die Interessen zu bezahlen haben von dem Gelde, das dieser ihm während des Krieges, zur Bestreitung seines Anteils an dem Staatsaufwand, geliehen hätte; aber das ginge die Nation nichts an.

Ein Land, das eine große Schuldenlast aufgehäuft hat, ist in einer sehr künstlichen Lage; und obgleich der Betrag der Auflagen und der erhöhte Preis der Arbeit keinen andern Nachteil wahrscheinlich haben würde und könnte, in Bezug aufs Ausland, außer den einen unabwendbaren, diese Auflagen zu bezahlen; so ist es doch das Interesse eines jeden Contribuenten, von sich die Last abzuwälzen und die Bezahlung derselben auf Andere zu werfen. Der Wunsch, sich für seine Person und mit seinem Kapital in ein anderes Land zu begeben, wo er von ähnlichen Lasten frei ist, wird mit der Zeit unwiderstehlich und besiegt endlich den natürlichen [336] Widerwillen, den jedermann empfindet, wenn es gilt, den Geburtsort zu verlassen und die Gegenstände der ersten Liebe. Ein Land, welches sich in die Schwierigkeiten verwickelt hat die mit diesem künstlichen System verbunden sind, würde wohl tun, sich davon, selbst mit einem Teile seines Kapitals, so viel zur Bezahlung seiner Schuld erforderlich ist, zu befreien. Die Handlung, die bei einem Individuum weise ist, ist es auch bei einer ganzen Nation. Ein Mann, der 10,000 Pfd. Vermögen hat, die ihm 500 Pfd. Einkommen geben, von dem er jährlich 100 Pfd. abgeben muss, besitzt nur 8,000 Pfd. und wird gleich reich sein, ob er fortfährt, jährlich 100 Pfd. zu zahlen, oder ob er mit einem mal 2,000 Pfd. aufopfert. Aber wer, lässt sich fragen, würde der Käufer des Eigentums sein, das er verkaufen müsste, um sich die 2,000 Pfd. zu verschaffen? Die Antwort ist ganz einfach: der Staatsgläubiger, der diese 2,000 Pfd. erhalten muss, wird ein Bedürfnis haben, sein Geld anzulegen und geneigt sein, sie dem Grundeigentümer, oder dem Manufakturisten zu leihen, oder ihnen einen Teil ihres Eigentums, das sie zu verkaufen haben, abzukaufen. Die Kapitalisten selbst würden viel dazu beitragen, ein solches Resultat herbeizuführen.

Man hat diesen Plan oft in Vorschlag gebracht; wir sind aber, was ich fürchte, weder weise noch tugendhaft genug, um ihn anzunehmen. Man muss indessen festsetzen, dass während des Friedens unsere unablässigen Anstrengungen dahin gerichtet sein müssen, [337] den Teil der Schuld zu bezahlen, der während des Krieges aufgelaufen ist, und dass kein Wunsch nach Erleichterung der gegenwärtigen, wie ich hoffe bloß temporären, Last uns einen Augenblick von dem großen Ziel entferne. Kein sinking-fund kann auf eine wirksame Weise zur Verminderung der Staatsschuld beitragen, wenn er nicht von dem Überschuss des öffentlichen Einkommens über den öffentlichen Aufwand genommen ist. Es ist zu bedauern, dass der Englische sinking-fund es nur dem Namen nach ist; denn bei uns gibt es keinen Überschuss der Einnahme über die Ausgabe. Nur Ersparnisse könnten ihn zu dem machen, was er sein sollte, zu einem auf die Abzahlung der Nationalschuld in der Tat wirksamen Fonds. Wenn wir im Augenblick, wo ein neuer Krieg ausbrechen wird, nicht einen bedeutenden Teil unserer Schuld getilgt haben werden, so muss von zwei Dingen sich eins ereignen: entweder müssen alle Kosten dieses Kriegs durch von Jahr zu Jahr erhobene

Auflagen bestritten werden, oder wir werden am Ende dieses Krieges, und vielleicht noch früher, einem National-Bankerott unterliegen. Nicht, dass wir nicht im Stande wären, noch einen großen Schuldenzuwachs zu ertragen, denn es ist schwer die Grenzen der Kräfte einer großen Nation zu bezeichnen; aber es gibt sicher Grenzen für die Geldopfer, welchen, in der Gestalt fortwährender Auflagen, die Individuen für das bloße Recht, in ihrem Geburtslande zu leben, sich unterziehen<sup>56</sup>.

[338] Wenn eine Ware einen Monopol-Preis hat, so hat sie den höchsten Preis erreicht, um den der Konsument noch geneigt ist, sie zu kaufen. Waren erhalten aber einen Monopol-Preis, wenn ihre Quantität möglicherweise nicht vermehrt werden kann und wenn deshalb nur auf einer Seite, nämlich auf Seite der Käufer Konkurrenz stattfindet. Der Monopol-Preis kann zu einer Periode höher oder niedriger, als zu einer andern stehen, weil die Konkurrenz der Käufer von dem Reichtum, dem Geschmack und der Laune derselben abhängt. Solche vortreffliche Weine, die nur in sehr kleiner Quantität erzeugt werden, und solche Kunstwerke, die durch ihre Trefflichkeit oder durch ihre Seltenheit einen ideellen Wert erlangt haben, werden gegen sehr verschiedene Quantitäten der Produkte gewöhnlicher Arbeit vertauscht werden, je nachdem die Gesellschaft reich oder arm sein, Überfluss oder Mangel an jenen Produkten haben und in einem Zustande der Roh- [339] heit oder der Zivilisation leben wird. Der Tauschwert einer Sache, die einen Monopol-Preis hat, wird deshalb durchaus nicht durch die Produktionskosten bestimmt.

Die Ackererzeugnisse haben keinen Monopol-Preis, denn der Marktpreis des Getreides bestimmt sich nach den Produktionskosten desselben auf gleiche Weise, wie der des Tuchs und der Leinwand. Der einzige Unterschied ist der, dass ein Teil des im Ackerbau angelegten Kapitals, nämlich der Teil, welcher keine Rente zahlt, den Preis des Getreides bestimmt, während bei der Produktion der Manufakturartikel jeder Teil des Kapitals gleiches Resultat gibt; und da kein Teil davon eine Rente zu zahlen hat, so tragen alle Teile gleich zur Bestimmung des Preises bei. Getreide und alle andern Bodenerzeugnisse können der Quantität nach vermehrt werden, dadurch, dass mehr Kapital auf die Länderei verwendet wird; und deshalb haben sie keinen Monopol-Preis. Was sie anbelangt, findet sowohl unter den Verkäufern als unter den Käufern Konkurrenz Statt. Dies ist aber nicht bei der Produktion jener seltenen Weinsorten und jener kostbaren Kunstwerke der Fall, von denen wir gesprochen haben. Ihre Quantität kann nicht vermehrt werden und ihr Preis ist nur durch die pekuniären Kräfte und den Willen ihrer Käufer beschränkt. Die Bodenrente dieser Weinberge kann unmäßig hochsteigen, weil kein anderer Boden im Stande ist, solchen Wein hervorzubringen; keiner kann also in Konkurrenz treten. -

340 Das Getreide und die Bodenerzeugnisse eines Landes können allerdings eine Zeit lang einen Monopol-Preis erlangen, für die Dauer aber nur, wenn nicht mehr Kapital mit Vorteil auf Länderei angelegt und das Produkt derselben vermehrt werden kann. Dann ist der Zeitpunkt, wo alle in Kultur genommene Länderei und alle auf Länderei angelegte Kapitale eine Rente tragen, die nach der Verschiedenheit des Ertrags verschieden sein wird. Dann

---

<sup>56</sup> Robert Hamilton ist meines Wissens der erste gewesen, der es den Engländern dargetan hat, dass man nicht den mindesten Teil seiner Schuld tilgt, wenn man auf der einen Seite mehr borgt, als man auf der andern abbezahlt; dass es besser ist, nichts abzubezahlen und lieber weniger zu borgen, weil man wenigstens dann die Kosten der Operation erspart. Es ist übrigens beachtungswert, dass ein Mann, wie *Ricardo*, über die Möglichkeit eines Nationalbankerotts ganz mit der Ansicht des berühmten Edinburgher Akademikers übereinstimmt.

*Smith* hatte gesagt, dass der sinking-fund mehr zum Zweck zu haben schien, die Nationalschuld zu vergrößern, als sie abzutragen. Aber-Hamilton und *Ricardo* sind der Sache auf den Grund gekommen und haben ein Licht bis dahin verbreitet, dem keine täuschende Lehre jetzt noch zu widerstehen vermag.

wird auch jede Auflage, die auf den Pächter gelegt wird, auf die Bodenrente und nicht auf den Konsumenten fallen. Der Pächter kann den Preis des Getreides nicht erhöhen; denn nach unserer Annahme hat er schon den höchsten Punkt erreicht, wo es die Käufer noch können und wollen kaufen. Er wird sich aber nicht mit einem geringern Gewinnbetrag als dem anderer Kapitale begnügen und deshalb die Alternative haben, entweder Verminderung seiner zu zahlenden Rente zu erlangen, oder diesen Industriezweig ganz zu verlassen.

Hr. Buchanan betrachtet das Getreide und die Ackererzeugnisse als auf einen Monopol-Preis stehend, weil sie eine Rente zahlen. Seiner Annahme zufolge müssen alle Dinge, die eine Rente zahlen, einen Monopol-Preis haben; und daraus zieht er den Schluss, dass alle Auflagen auf die Ackererzeugnisse auf den Grundeigentümer und nicht auf den Konsumenten fallen. Da auf den Preis des Getreides, sagt er, welcher stets eine Rente abwirft, die Produktionskosten in keiner Hinsicht Einfluss haben; so müssen diese Produktionskosten von der Rente bezahlt werden und folglich entsteht aus der Zu- oder Abnahme dieser Kosten kein höherer oder niedriger Preis, sondern eine höhere oder niedrigere Rente. In dieser Hinsicht sind alle Taxen auf die Dienstboten eines Pachthofes, auf Pferde oder Ackerbauinstrumente in der Tat Landtaxen, deren Last auf den Pächter während der Dauer seiner Pachtung fällt, und auf den Grundeigentümer, sobald die Pachtung erneuert wird. Auf gleiche Weise verringern alle vervollkommenen Ackerbauinstrumente, die zur Ersparung des Aufwandes des Pächters beitragen, wie z. B. Tresch- und Mähmaschinen, ferner Alles, was ihm den Zutritt zu den Märkten erleichtert, wie gute Wege, Kanäle und Brücken, nicht den Marktpreis des Getreides, ob sie gleich die ersten damit verknüpften Kosten vermindern. Was auf diese Weise und durch diese Verbesserungen erspart wird, kommt deshalb dem Grundeigentümer zugute und macht einen Teil seiner Bodenrente aus.“

Es ist klar, wenn wir Hrn. Buchanan die Basis zugestehen, auf welche sein Argument gegründet ist, nämlich, dass der Preis des Getreides stets eine Rente abwirft; so müssen wir ihm alle Folgerungen, die er daraus zieht und die daraus hervorgehen, gleichfalls einräumen. Auflagen auf den Pächter würden dann nicht auf den Konsumenten, sondern auf die Rente fallen, und alle Vervollkommnungen des Ackerbaus würden die Rente erhöhen. Ich schmeichle mir indessen, hinlänglich klar dargetan zu haben, dass bevor alle Ländereien eines Staates in Kultur genommen sind, und zwar im höchst möglichsten Grade, immer noch ein Teil des National-Kapitals auf Länderei angelegt sei, die keine Rente zahlt, und dass es gerade dieser Teil des Kapitals sei, dessen Ertrag ebenso wie bei den Manufakturen, in Gewinn und Arbeitslohn sich zerteilt, und welcher den Preis des Getreides bestimmt. Da nun auf den Preis des Getreides, welches keine Rente abwirft, die Produktionskosten Einfluss haben; so können diese Kosten nicht von der Rente bezahlt werden. Nehmen diese Kosten zu; so ist die Folge davon, ein höherer Preis, nicht aber eine niedrigere Rente<sup>57</sup>.

---

<sup>57</sup> „Die Manufaktur-Industrie vermehrt ihre Produkte im Verhältnis zur Nachfrage, und die Preise sinken alsdann; auf diese Weise können aber die Ackererzeugnisse nicht vermehrt werden; und ein hoher Preis ist immer notwendig, um zu verhüten, dass die Konsumtion nicht in Missverhältnis zum Vorrat gerate.“ *Buchanan* Vol. IV. P. 40. Ist es möglich, dass Hr. *Buchanan* im Ernste behaupten kann, dass die Ackererzeugnisse nicht vermehrt werden können, wenn die Nachfrage zunimmt?

(Anmerkung des Verfassers.)

Hr. *Buchanan* nimmt an, wie ich glaube, dass die Tendenz der Population, sich über die Mittel der Subsistenz hinaus zu vermehren (man lese dafür die unwiderlegbaren Gründe, welche Malthus in diesem Betreff anführt), eine solche Nachfrage herbeiführen, dass der Preis der Subsistenzmittel immer noch über das hinaus, was durchaus zur Bezahlung des Kapital-Gewinns und des Gewinns, der auf die Kultur der Länderei gewendeteten

[343] Es ist merkwürdig, dass beide, *Adam Smith* und Buchanan, welche darin gleicher Meinung sind, dass Besteuerung der Bodenerzeugnisse, Grundsteuer und [344] Zehnten auf den Gewinn des Grundeigentümers fallen und nicht auf die Konsumenten der Bodenerzeugnisse, dessen ungeachtet annehmen, dass eine Malztaxe auf die Konsumenten des Biers falle und nicht auf die Rente des Eigentümers. Der Argumentation *Adam Smiths* liegt so ganz und gar die Ansicht zum Grunde, die ich von der Malztaxe, so wie von jeder andern Besteuerung der Bodenerzeugnisse habe, dass ich mich nicht enthalten kann, sie der Beurteilung des Lesers mitzuteilen.

„Die Rente und der Gewinn von Gersten-Land muss der von anderm gleich fruchtbaren und gleich gut in Kultur befindlichen Land ziemlich gleich sein. Wäre dies nicht der Fall, so würde bald ein Teil des Gersten-Landes zu einer andern Kultur benutzt werden; wäre der Gewinn und die Rente dagegen größer, so würde mehr Land der Erbauung der Gerste gewidmet werden. Wenn der gewöhnliche Preis eines gewissen Boden-Produkts bis dahin gestiegen ist, was man Monopol-Preis nennt, so muss eine Auflage darauf notwendig die Rente und den Gewinn<sup>58</sup> des Landes, auf welchem dasselbe wächst, vermindern.

[345] Wenn man das Erzeugnis jener edlen Weinberge besteuerte, deren Ertrag weit davon noch entfernt ist die wirkliche Nachfrage zu befriedigen, so dass der Preis dieses Weins stets über dem natürlichen Verhältnis des Preises der Erzeugnisse anderer gleich fruchtbarer und gleich gut in Kultur befindlicher Länderei steht; so würde diese Besteuerung notwendig die

---

Industrie notwendig ist, einen Überschuss gewähre. Dieser Überschuss macht nun den Gewinn des Grundeigentümers aus, die Bodenrente, die der Pächter zu bezahlen geneigt ist, selbst wenn auch kein Kapital auf die von ihm gepachtete Länderei verwendet ist.

Der Preis der Ackererzeugnisse, wie aller andern, richtet sich immer nach dem doppelten Umstand des Vorrats und der Nachfrage; nun ist es klar, dass in vorliegendem Falle, wo die Nachfrage keine Grenzen hat, stets aber der Vorrat (weil die Quantität kulturfähiger Länderei Grenzen hat), die Ackererzeugnisse einen Monopol-Preis haben müssen, der um desto höher steigt, je mehr die pekuniären Kräfte der Konsumenten zunehmen.

Man darf nicht sagen, dass die Quantität kulturfähiger Länderei ohne Grenzen sei, solange es noch Länderei gebe, die noch nicht in Kultur genommen ist. Wenn die Ackererzeugnisse, welche von der bis jetzt noch nicht in Kultur genommenen Länderei erhalten werden könnten, der Schwierigkeiten halber, die aus der Entfernung oder aus den Douanen entspringen, dem Konsumenten teurer zu stehen kommen müssen als diejenigen, welche er um den Monopol-Preis seines Kantons kauft: so springt es in die Augen, dass jene Länderei durch ihre Konkurrenz nicht den Getreidepreis des Kantons zum Sinken bringen kann.

Ich gestehe übrigens, dass ich keinen hinreichenden Grund sehe, die Ansicht *Adam Smiths* zu verwerfen, der den Boden als ein großes Werkzeug, als eine Getreide-Erzeugungs-Maschine, wenn sie zweckmäßig gehandhabt wird, betrachtet, und der es daher ganz in der Ordnung findet, dass der Eigentümer dieser Maschine (unter welchem Titel er sie auch besitzen mag) sie denen verpachte, die ihrer bedürfen. Das Bedürfnis der Ackererzeugnisse ist die erste Quelle des Werts, den man daraufsetzt. Wenn die Konkurrenz der Produzenten diesen Wert soweit zum Sinken bringt, dass er nur noch die Produktionskosten deckt; so liegt darin noch kein Grund, dass die Eigentümer der Länderei ihre Forderung bis auf Nichts reduzieren; denn obgleich die Länderei uranfänglich nichts gekostet hat, so hat doch ihr dargebotener Vorrat notwendig seine Grenzen, und die Grenzen der vorrätigen Quantität sind auch eins der Elemente des Werts.

J. B. S.

<sup>58</sup> Ich wünschte, dass hier das Wort „Gewinn“ ganz weggelassen worden wäre. Dr. *Smith* muss glauben, dass der Gewinn der Pächter der edlen Weinberge *unter* dem gewöhnlichen Gewinnbetrag sei. Wäre dies der Fall, so könnten sie die Taxen nicht bezahlen, sie müssten sie denn können auf den Grundeigentümer oder den Konsumenten zurückfallen lassen.

(Anmerkung des Verfassers.)

Wirkung haben, die Rente und den Gewinn<sup>59</sup> dieser Weinberge zu vermindern. Da der Preis dieses Weins schon der höchste ist, den man, im Verhältnis der Quantität, die gewöhnlich auf den Markt kommt, erhalten kann; so kann er nicht höher steigen, es müsste denn seine Quantität vermindert werden. Diese Quantität würde nun aber nicht ohne größern Schaden vermindert werden können. Die ganze Last der Taxe würde deshalb auf die Rente und den Gewinn fallen, eigentlich auf die Rente des Weinbergs. Aber der gewöhnliche Preis der Gerste ist nie ein Monopol-Preis gewesen, und die Rente und der Gewinn des Gerstenlandes hat nie unter dem gewöhnlichen Verhältnis zu dem Gewinn und der Rente anderer gleich fruchtbarer und gleich gut kultivierter Länderei gestanden. Die verschiedenen Auflagen auf Malz, Bier und Ale *haben nie den Preis der Gerste sinken gemacht*, sie haben nie die Rente und den Gewinn des Gerstenlandes vermindert. Der Preis des Malzes [346] ist für den Brauer beständig, im Verhältnis zu den auf diesen Artikel gelegten Taxen gestiegen, und diese Auflagen, nebst den verschiedenen Abgaben auf Bier und Ale, haben beständig den Preis dieser Gegenstände gesteigert, oder, was auf Eins hinauskommt, die Qualität derselben für den Konsumenten vermindert. Die endliche Bezahlung dieser Auflagen ist stets auf den Konsumenten gefallen und nicht auf den Produzenten.“

Hr. Buchanan macht über diese Stelle folgende Bemerkungen: „Eine Auflage auf Malz kann nie den Preis der Gerste sinken machen; denn sobald man nicht die in Malz verwandelte Gerste ebenso teuer wenigstens verkaufen könnte als in ihrem natürlichen Zustande, so würde nicht mehr die erforderliche Quantität davon auf den Markt kommen. Es ist deshalb klar, dass der Preis des Malzes, im Verhältnis der darauf gelegten Auflage, steigen muss; da widrigenfalls die Nachfrage nicht befriedigt werden könnte. Der Preis der Gerste ist indessen ebenso gut ein Monopol-Preis wie der des Zuckers; beide werfen eine Rente ab, und der Marktpreis beider hat auf gleiche Weise alle Beziehung mit dem verloren, was sie ursprünglich gekostet haben können.“

Es scheint demnach Hrn. Buchanans Meinung zu sein, dass eine Auflage aufs Malz den Preis desselben steigern müsse, dagegen eine Auflage auf die Gerste, aus welcher das Malz gemacht ist, den Preis derselben nicht steigern, und dass demzufolge eine Malztaxe vom [347] Konsumenten, eine Gerstentaxe vom Landeigentümer, durch Verkürzung seiner Rente, bezahlt werde. Hrn. Buchanan zufolge, hat also Gerste einen Monopolpreis, den höchsten Preis, um den sie der Käufer noch kauft; aber Malz, das aus Gerste gemacht ist, hat keinen Monopolpreis, und kann folglich nicht im Verhältnis der darauf gelegten Abgaben steigen. Diese Meinung des Hrn. Buchanan über die Wirkungen der Auflage auf das Malz scheint mir in direktem Widerspruch mit der Meinung zu stehen, die derselbe in Betreff einer andern Auflage, nämlich aufs Brot, ausgesprochen hat. „Eine Auflage aufs Brot, sagt er, muss endlich nicht durch ein Steigen des Preises, sondern durch eine Verminderung der Rente bezahlt werden. (Vol. III p 355.) Wenn eine Malztaxe den Preis des Biers steigen macht, so muss eine Auflage aufs Brot den Preis des Brods auch steigen machen.

Folgende Argumentation des Hrn. Say ist auf die nämlichen Ansichten Buchanans gegründet: „Die Quantität Wein oder Getreide, welche eine Länderei hervorbringt, bleibt ungefähr immer dieselbe, welches auch die Auflage sei, mit welcher die Länderei belastet ist. Die Auflage mag die Hälfte, oder selbst drei Viertel des reinen Ertrags oder auch der Rente desselben wegnehmen; so wird die Länderei dessen ungeachtet für die Hälfte oder den Viertel, welchen die Taxe übriglässt, kultiviert werden. Die Rente, d. h. das, was der Grundeigentümer bekommt, würde hinsichtlich ihres Betrages um etwas vermindert werden. Man wird den [348] Grund davon einsehen, wenn man bedenkt, dass in dem

---

<sup>59</sup> S. die vorige Anmerkung.

angenommenen Fall die Quantität der von der Länderei erhaltenen und auf den Markt gebrachten Produkte noch immer die nämliche bleibt. Von der andern Seite bleiben auch die Motive, auf welche sich die Nachfrage gründet, fortwährend die nämlichen.

„Wenn nun die Quantität der vorrätigen Produkte und die Quantität der Nachfrage, ungeachtet der Einführung oder der Erhöhung der Taxe, notwendig immer die nämliche bleibt; so können die Preise dieser Produkte keine Veränderung erleiden; und tritt im Preis keine Veränderung ein, so kann der Konsument auch nicht den kleinsten Teil dieser Taxe bezahlen.

„Wird man sagen, dass der Pächter, derjenige, der Arbeit und Kapital bestellt, mit dem Grundeigentümer die Last der Auflage gemeinschaftlich trage? Sicher nicht; denn der Umstand der Einführung der Auflage hat nicht die Zahl der zu verpachtenden Güter vermindert, noch die Zahl der Pächter vermehrt. Da nun auf diese Weise die Quantitäten des Vorrats und der Nachfrage noch immer die nämlichen bleiben, so muss auch der Betrag des Pachtgeldes der nämliche bleiben.

„Das Beispiel des Salzsieders, der auf seine Konsumenten nur einen Teil der Auflage werfen kann, und das Beispiel des Grundeigentümers, der sich nicht den kleinsten Teil davon wieder bezahlen lassen kann, beweisen den Irrtum derer, die da, in Widerspruch [349] mit den Staatsökonomern, behaupten, dass alle Taxen zuletzt auf die Konsumenten fallen.“ Liv. III. Chap. 3.

Wenn die Taxe „die Hälfte oder selbst drei Viertel des reinen Ertrags der Länderei hinwegnähme“ und der Preis der Bodenerzeugnisse stiege nicht, wie könnten da Pächter, die selbst mäßiges Pachtgeld zahlten, den gewöhnlichen Kapitalgewinn erhalten, wenn sie Land von solcher Qualität hätten, das ein größeres Maß Arbeit als Land fruchtbarer Qualität erforderte, um ein gewisses festgesetztes Resultat zu erhalten? Und wenn ihnen die ganze Rente erlassen würde, so würden sie doch immer geringern Gewinn erhalten, als andere Industriezweige abwerfen, und würden deshalb nicht fortfahren ihr Land zu bebauen, bis sie den Preis der Erzeugnisse desselben erhöhen könnten<sup>60</sup>. Fiele die Auflage

---

<sup>60</sup> Ich habe in meiner *Economie politique* den Gewinn, den das Grundeigentum abwirft, von dem Gewinn unterschieden, den das zu seiner Kultur angelegte Kapital bringt; ich habe selbst bei diesem Kapital unterschieden zwischen dem, was der Grundeigentümer für Gebäude und Umfriedigung usw. und zwischen dem, welches der Pächter in Vieh und in vorgeschossenen Kulturkosten aufgewendet hat. Das erste Kapital ist so mit der Länderei, auf die es verwendet worden, vereinigt, dass man es nicht mehr davon trennen kann. Es hat den Wert des Bodens erhöht und ist allen, sowohl guten als bösen Chancen desselben mit unterworfen. Wird man genötigt, die Kultur einer Länderei aufzugeben, so muss man auch zugleich die Bewässerungsanstalten, die Umfriedigungen und selbst den größten Teil der Gebäude mit aufgeben, die zum Zweck der Bewirtschaftung der Länderei erbaut waren. Dieser Teil des Kapitals ist also mit *Grundeigentum* geworden. So verhält es sich aber nicht mit dem Vieh und den Kostenvorschüssen; diese Werte kann man wegziehen und sie anderweit anlegen, wenn man die Bewirtschaftung einer Länderei aufgibt. Dieser Teil des Kapitals gehört nun gewöhnlich dem Pächter, und wird hinweggezogen, wenn er nicht mehr den gewöhnlichen Gewinn abwirft.

Nun sage ich, dass wenn eine Länderei direkt oder indirekt mit Auflagen belastet ist, so fällt die Last derselben nicht auf den Gewinn der Industrie oder des Kapitals des Pächters, weil er in solchem Falle seine Fähigkeiten, seine Arbeitstätigkeit und sein Kapital einem Industriezweige entziehen würde, der ihm nicht mehr den gewöhnlichen Gewinnbetrag abwürfe, sobald er neue Lasten davon zu bestreiten hätte. Bei erster Erneuerung des Pachtkontraktes müsste deshalb der Grundeigentümer das Pachtgeld erniedrigen, oder er fände keine Pächter mehr.

Angenommen nun die Auflagen stiegen so hoch, dass sie dem Grundeigentümer die ganze Bodenrente hinwegnähmen; so sehe ich nicht ein, wie der Pächter von seinem Netto-Ertrag, wie schlecht auch die Qualität der Länderei und wie kostbar die Bewirtschaftung derselben sein mag, etwas verlieren könnte, weil er seine Berechnung gemacht haben muss, durch den Länderei-Ertrag dafür entschädigt zu werden, und nur das, was über seinen gewöhnlichen Gewinn übrig, als Bodenrente bezahlt.

auf [350] die Pächter, so würde es weniger Personen geben, die geneigt wären, Pachtungen zu übernehmen; fiel sie auf den Grundeigentümer, so würde es viele Länderei ge- [351] ben, die gar nicht verpachtet würde, denn sie brächte keine Rente. Aber wovon sollten diejenigen die Tare bezahlen, die Getreide erzeugen, ohne eine Rente zu bezahlen? Es ist ganz klar, dass die Taxe auf den Konsumenten fallen muss. Wie kann Länderei, wie sie Hr. Say in nachfolgendem bezeichnet, eine Taxe bezahlen, welche die Hälfte oder drei Viertel des Ertrags der Länderei hinwegnimmt? „Man findet in Schottland dürftige Länderei, die der Eigentümer bebaut, und die durch keinen andern [352] bebaut werden kann. Ebenso findet man in den innern Provinzen der vereinigten Staaten ungeheure Strecken fruchtbarer Länderei, deren Rente allein nicht ausreichen würde, die Eigentümer zu ernähren. Dessen ungeachtet werden sie bebaut, aber dies muss durch den Eigentümer selbst geschehen, oder mit andern Worten, er muss zu seiner Rente, die wenig oder gar nichts beträgt, den Gewinn seines Kapitals und seiner Industrie hinzufügen, um auskommen zu können.

„Man erkennt daran, dass die Länderei, obgleich angebaut, keinen Gewinn bringt, wenn kein Pächter Bodenrente dafür zahlen will. Dies ist ein sicheres Zeichen, dass die Bewirtschaftung solcher Länderei nichts weiter abwirft als den gewöhnlichen Gewinn der zu ihrer Kultur nötigen Kapitale und Industrie.“ Liv. II. Chap. 9. 3e edit.

---

Hr. *Ricardo* scheint zu fragen, wovon er den Betrag der Auflage, die er ausgelegt hat, wieder nehmen soll, wenn er keine Bodenrente zu zahlen hat? Aber ich nenne nur das Bodenrente oder Netto-Ertrag einer Länderei, was dem Grundeigentümer, nach Bezahlung der Auflagen oder nach den Abzügen des Pächters, übrigbleibt. Kann die Auflage nicht bezahlt werden, selbst mit Aufopferung des ganzen Netto=Ertrags; will der Fiskus sogar noch einen Teil des Kapitalgewinns und des industriellen Gewinns des Pächters haben: so ist es klar, dass Letzterer das Ganze aufgibt. Und will kein anderer seine Stelle einnehmen und mit zu geringem oder gar keinem Gewinn vorliebnehmen, so bleibt die Länderei unbebaut liegen.

Hr. *Ricardo* kann sagen, dass mehrere Klassen von Länderei, von der schlechtesten an, sich stets in diesem Fall befinden müssen, sobald die Auflagen erhöht werden, dass folglich die zum Markt gebrachte Quantität Getreide sich vermindern müsse, wodurch ein Steigen des Preises bewirkt wird; und von dem Augenblicke an, wo der Preis steigt, müsse der Konsument die Auflage bezahlen.

Ich antworte darauf mit Adam *Smith*, dass ein dauerndes System unerschwinglicher Abgaben auf gleiche Weise, wie ein ungesundes, unwirtliches Klima wirkt: es hemmt die Produktion; treten aber Hindernisse bei der Produktion der Lebensbedürfnisse ein, so hat dies unmittelbare Folgen auf die Population, und Entvölkerung greift Platz. Die Abnahme der Bevölkerung geht zuweilen selbst, aus Ursachen, welche die Nationalökonomie entwickelt, die aber hier nicht auseinandergesetzt werden können, rascheren Schrittes als die Abnahme der Lebensmittel. Dies ist namentlich der Fall gewesen mit Ägypten. Man darf deshalb nicht erstaunen, wenn die Länderei, welche unbebaut liegen gelassen wird, nichts zum Steigen des Getreidepreises beiträgt.

J. B. S.

[353]

## Sechszehntes Kapitel.

### Armen-Steuern.

Wir haben vorhin gesehen, dass Abgaben auf Ackererzeugnisse und auf den Gewinn des Pächters den Konsumenten zur Last fallen müssen, weil, wenn es ihm nicht freistünde, sich dafür durch einen höhern Preis zu erholen, die Abgabe seinen Gewinn bis unter das gewöhnliche Maß schmälern und ihn nötigen würde, sein Kapital zu einem andern Geschäfte anzulegen. Auch haben wir gesehen, dass er, durch Abziehung der bezahlten Abgabe von der Bodenrente, selbige nicht auf seinen Verpächter übertragen dürfe, weil der Pächter, welcher gar keine Bodenrente zu zahlen hat, eben so wie der Bebauer von besserem Boden, der Abgabe unterworfen ist, diese mag nun auf die Ackererzeugnisse oder auf den Gewinn des Pächters gelegt sein. Gleichfalls habe ich zu beweisen gesucht, dass, wenn eine Abgabe allgemein wäre und ohne Unterschied alle Arten Gewinn, sowohl den des Manufakturisten, als den des Landmanns träge, sie keinesweges weder auf den Preis [351] der Waren, noch auf den der Bodenerzeugnisse Einfluss haben, sondern sowohl gleich als nachher von den Produzenten entrichtet werden würde. Eine Abgabe auf die Bodenrente darf, wie eben bemerkt, nur allein dem Verpächter zur Last fallen, und kann auf keine Weise auf den Pächter übertragen werden.

Die Armen-Steuer ist eine Abgabe, welche die Natur aller dieser Abgaben teilt, und, nach Verschiedenheit der Umstände, auf den Konsumenten von Waren und Bodenerzeugnissen, auf dem Gewinn von Kapitalen und auf der Bodenrente lastet. Besonders schwer liegt sie auf dem Gewinn des Pächters, und man darf daher annehmen, dass sie auf den Preis der Bodenerzeugnisse einwirkt. Je nachdem sie auf mehr oder weniger gleiche Weise den Gewinn des Manufakturisten und des Landbauers trifft, muss sie eine allgemeine Abgabe auf den Gewinn von Kapitalen sein, und keine Veränderung in den Preisen der Boden- und Manufakturerezeugnisse bewirken. Insoweit des Pächters Unvermögen geht, sich für den Teil der Abgabe, welcher ihn besonders drückt, durch einen höhern Preis seiner Bodenerzeugnisse bezahlt zu machen, muss sie als eine Abgabe auf die Bodenrente gelten und von dem Grundeigentümer getragen werden. Um daher die Wirkung der Armensteuer zu irgendeiner besondern Zeit kennen zu lernen, muss man sich vorher darüber Gewissheit verschaffen, ob sie zu dieser Zeit den Gewinn des Landbauers und des Manufakturisten auf gleiche oder ungleiche Weise in Anspruch nimmt, und ob auch [355] die Umstände von der Art sind, dass sie dem Pächter gestatten, die Preise seiner Bodenerzeugnisse zu erhöhen.

Es wird behauptet, dass die Armen-Steuern auf dem Pächter nach dem Verhältnisse seiner Bodenrente lasten sollen, so dass also der Pächter, der nur eine sehr mäßige oder gar keine Rente bezahlte, wenig oder nichts von dieser Abgabe zu entrichten hätte. Wäre diese Behauptung wahr, so würden die Armen-Steuern, insoweit sie von der landbautreibenden Klasse zu tragen sind, gänzlich dem Grundeigentümer zur Last fallen, und könnten daher auch nicht pro rata auf die Konsumenten der Bodenerzeugnisse übertragen werden. Meines Erachtens ist es indes nicht; die Armen-Steuer wird nicht nach dem Maßstabe der Bodenrente, welche der Pächter seinem Verpächter zahlt, erhoben, sondern sie richtet sich nach dem jährlichen Werte seines Landes, dieser mag demselben nun mittelst des Kapitals des Verpächters oder des Pächters verliehen sein.

Wenn zwei Personen sich Ackerland von verschiedener Beschaffenheit in einem und demselben Kirchspiele so pachten, dass der Eine 100 Pfd. jährliche Bodenrente für 50 Acker

des fruchtbarsten Landes, und der Andere eben so viel für 1,000. Acker des ärmlichsten Bodens zu geben hat, so würden sie gleichen Betrag von Armen-Steuern bezahlen, falls Keiner von Beiden das von ihm gepachtete Stück Land zu verbessern suchte; wenn aber der Pächter des unfruchtbaren Bodens sich, auf eine sehr lange Pachtzeit gestützt, zu einem bedeutenden Kostenaufwande bewogen fände, um mit Hülfe des Düngens, Wasserableitens, Einhegens usw. die Produktionskräfte seines Ackerlandes zu vermehren, so würde er zu den Armen-Steuern nicht nach dem Maßstabe des an den Grundeigentümer zu zahlenden Pachts, sondern nach dem des jedesmaligen jährlichen Werts seines Bodens beizutragen haben. Die Abgabe kann der Bodenrente gleichkommen oder selbige sogar übersteigen; dem sei aber wie ihm wolle, kein Teil von dieser Abgabe würde dem Grundeigentümer zur Last fallen. Der Pächter hat selbige bei seiner vorgängigen Kalkulation mit in Anschlag zu bringen; derselbe würde, wenn die Preise der Erzeugnisse seines Bodens ihn für alle darauf verwendete Kosten, so wie für die außerordentliche Auslage der Armen Steuern nicht hinlänglich schadlos hielten, jene Verbesserungen nicht unternommen haben. Es ist also augenscheinlich, dass in diesem Falle der Konsument die Abgabe trägt; denn wenn auch keine solche Abgabe existierte, würden die gedachten Verbesserungen doch unternommen worden sein, und man würde dann aus dem angewandten Kapital, auch bei einem niedrigeren Getreidepreise, den gewöhnlichen und allgemeinen Gewinnbetrag erhalten haben.

Auch würde es hierbei nicht den mindesten Unterschied ausmachen, wenn der Grundeigentümer diese Verbesserungen selbst veranlasst, und demzufolge die Bodenrente von 100 Pfd. bis auf 500 Pfd. erhöht hätte; die Abgabe würde auch hier auf den Konsumenten fallen; denn wenn der Grundeigentümer eine bedeutende

357 Summe Geldes auf sein Land verwendet, so würde es natürlich auf die Bodenrente oder (was man gemeinlich so nennt, d. h.) auf die dafür zu erhaltende Vergütung Einfluss haben, und dieses dann auch wieder auf die Preise dieses Getreides oder anderer Ackererzeugnisse einwirken, indem diese hoch genug sein müssten, um nicht allein diese außerordentliche Rente, sondern auch die Abgabe, welcher das Stück Land dann unterworfen sein würde, zu decken. Wenn aber alles zum Manufakturbetriebe angewandte Kapital zu den Armen Steuern in demselben Verhältnisse beitrüge, als dasjenige, welches der Pächter oder der Grundeigentümer zur Verbesserung seines Bodens verwendet; dann würde die Abgabe nicht länger partiell auf dem Kapitalgewinn des Pächters oder Verpächters, sondern auf dem Kapital aller Produzenten lasten, und könnte dann nicht länger weder auf den Konsumenten der Ackererzeugnisse noch auf den Grundeigentümer zurück geworfen werden. Der Gewinn des Pächters würde die Wirkung der Abgabe nicht in höherem Grade empfinden, als der des Manufakturisten, und der erstere könnte um nichts mehr als der letztere einen Vorwand darin finden, seine Ware höher anzuschlagen. Nicht die absolute, sondern die relative Abnahme des Gewinns ist es, welche den Menschen abhält, sein Geld zu einem gewissen Geschäft anzulegen; der Unterschied des Gewinns ist es, welcher die Kapitale aus einem Geschäft in ein anderes übergehen lässt.

Man darf indes nicht außer Acht lassen, dass, so wie es jetzt mit den Armen-Steuern beschaffen ist, im [358] Verhältnisse des respektiven Gewinn eine bei weitem größere Quote auf dem Pächter, als auf dem Manufakturisten lastet, indem jener dabei nach den Erzeugnissen, welche er aus seinem Boden zieht, dieser aber nur nach den Gebäuden, in welchen er arbeitet, ohne Rücksicht auf den Wert der Werkzeuge, der Arbeit oder des Kapitals, welches er dazu braucht, in Anschlag genommen worden ist. Hieraus folgt, dass der Pächter genötigt wird, den Preis seiner Erzeugnisse um so viel, als dieser Unterschied beträgt, zu erhöhen; denn da die Abgabe ungleich und besonders seinen Gewinn drückt, so würde er in der Tat weniger Antrieb haben, sein Kapital auf den Anbau des Bodens, als auf

irgendein anderes Geschäft zu verwenden, wenn nicht die Preise der Bodenerzeugnisse steigen würden. Wenn, umgekehrt, die Abgabe mit größerem Gewicht auf den Manufakturisten als auf den Pächter gefallen wäre, so würde Ersterer dadurch veranlasst werden, den Preis seiner Ware um den Betrag des Unterschieds aus der nämlichen Ursache aufzuschlagen, welche, unter gleichen Umständen, den Pächter zur Erhöhung des Preises seiner Bodenerzeugnisse bewog. In einem Staate daher, in welchem der Ackerbau mehr und mehr Fortschritte macht, werden, wenn Armen-Steuern mit besonderer Schwere das Land drücken, diese teils von denen, welche Kapitale zum Gewerbsbetrieb anlegen, durch eine Verminderung des Kapitalgewinns, teils wegen des höhern Preises der Bodenerzeugnisse, von den Konsumenten derselben getragen. In einem solchen Zustande der Dinge mag die Abgabe, unter gewissen Umstän- [359] den, für die Grundeigentümer sogar eher vorteilhaft als nachteilig sein; denn wenn die Abgabe, welche der Bebauung von unfruchtbarem Boden bezahlen muss, im Verhältnis zu der Quantität der gewonnenen Erzeugnisse höher ist; als die den Pächtern fruchtbarer Ländereien obliegende, so wird das Steigen der Getreidepreise, welches sich über alles Getreide erstreckt, die Letzteren für die Abgabe reichlich entschädigen. Dieser Vorteil wird denselben, so lange die Pachtzeit dauert, bleiben, späterhin aber auf ihre Verpächter übergehen. Von der Art würde die Wirkung der Armen-Steuern in einem immer vorwärtsschreitenden Lande sein; in einem sich in seinem Zustande gleich bleibenden oder darin rückwärts schreitenden Lande dagegen würde, so weit als die Kapitale nicht dem Boden entzogen werden konnten, wenn eine fernere Abgabe zur Unterstützung der Armut ausgeschrieben würde, derjenige Teil, welcher davon auf den Ackerbau gefallen wäre, während der laufenden Pachtzeit von den Pächtern getragen werden, nach Ablauf dieser Zeit aber fast ausschließlich auf den Verpächtern lasten. Der Pächter, welcher während seiner abgelaufenen Pachtzeit sein Kapital zur Verbesserung des Bodens angewandt hat, würde, wenn er ferner im Besitz des Pachts bliebe, hinsichtlich der neuen Abgabe nach dem neuen Werte, welchen das Ackerstück durch seine Verbesserungen erlangt hat, besteuert werden, und sich genötigt sehen, diese Steuerquote während der Dauer seines neuen Pachts zu entrichten, obgleich sein Gewinn dadurch vielleicht bis unter den gewöhnlichen Gewinnbetrag reduziert werden [360] würde; denn sein angewandtes Kapital würde so der Länderei inkorporiert sein, dass es nicht davon getrennt werden könnte. Zwar würde, wenn er oder sein Verpächter (falls nämlich dieser die Kosten zur Verbesserung des Bodens getragen hätte) das Kapital wieder herausziehen und so den jährlichen Wert des Landes verringern könnte, die darauf haftende Abgabe verhältnismäßig kleiner werden, und da der Ertrag des Bodens sich zu gleicher Zeit vermindern würde, so dürften auch die Preise der Erzeugnisse steigen; er würde sich für die Abgabe dadurch schadlos halten, dass er sie dem Konsumenten aufbürdete, und nicht das Mindeste davon würde auf die Bodenrente fallen. Diese Voraussetzung ist indes unausführbar, wenigstens hinsichtlich eines gewissen Teils des Kapitals, und es wird diese Abgabe, soweit sie sich auf diesen Teil bezieht, während der Pachtzeit den Pächtern, und nach deren Ablauf den Grundeigentümern zur Last fallen. Diese außerordentliche Abgabe würde, insoweit sie den Manufakturisten auf eine ungleichmäßige Weise drückt, unter solchen Umständen zu den Preisen seiner Arbeiten geschlagen werden; denn es ist kein Grund vorhanden, warum er seinen Gewinn bis unter das gewöhnliche Maß geschmälert sehen sollte, da er ja sonst sein Kapital leicht auf den Ackerbau übertragen könnte<sup>61</sup>.

<sup>61</sup> In einem früheren Teile dieses Werke habe ich bereits auf den Unterschied zwischen der eigentlich sogenannten Bodenrente und der auch unter diesem Namen an den Grundeigentümer zu leistenden Vergütung für die Vorteile, welche die Ver- [361] wendung seines Kapitals zu Gunsten des verpachteten Landes seinem Pächter gebracht hat, aufmerksam gemacht; indes dürfte ich dabei doch vielleicht den Unterschied, welcher aus den verschiedenen Arten, in welchen dieses Kapital angewandt worden, entspringt, nicht deutlich genug auseinandergesetzt haben. Da ein Teil dieses Kapitals, wenn es einmal zur Verbesserung eines Stücks Landes

---

verwendet worden, mit diesem Lande unzertrennlich amalgamiert ist, und so zur Vermehrung seiner Produktionskräfte mit beiträgt; „so ist auch die dem Grundeigentümer dafür zu leistende Vergütung durchaus von der Beschaffenheit der Bodenrente selbst, und allen Gesetzen, die hinsichtlich der Bodenrente obwalten, unterworfen. Mögen nun die Verbesserungen auf Kosten des Grundeigentümers, oder des Pächters gemacht worden sein; sie werden nicht eher vorgenommen werden, bevor eine große Wahrscheinlichkeit da ist, dass der daraus zu erwartende Gewinn wenigstens so viel austragen werde, als man von jeder andern Anlegung des Kapitals zu erwarten hat. Sind sie aber einmal gemacht, so nimmt der daraus hervorgehende Gewinn ganz die Natur der Bodenrente an und unterliegt allen Veränderungen, die dieselbe erleidet. Manche zu gedachtem Zwecke gemachte Ausgaben nützen indes dem Stück Land nur bis zu einer gewissen Zeit, und tragen nicht bleibend zu den Produktionskräften desselben bei; wenn sie nämlich an Gebäude und andere, dem Untergange unterworfen, Verbesserungen verwandt wurden, so müssen sie fortwährend erneuert werden, und geben daher dem Grundeigentümer kein Recht auf einen bleibenden Zuschuss zu der wirklichen Bodenrente. (Anmerkung des Verfassers.)

[362]

## Siebenzehntes Kapitel.

### Von den plötzlichen Veränderungen in den Kanälen des Handels.

Ein großer Manufakturstaat ist besonders temporären Wechseln und Zufällen ausgesetzt, die durch das Roulieren der Kapitale aus einem Geschäfte in das andere herbeigeführt werden. Der Begehrt nach den Erzeugnissen des Ackerbaus bleibt sich fortwährend gleich, und steht nicht unter dem Einflusse der Mode, des Vorurteils oder der Laune. Nahrung ist zum Lebensunterhalt unentbehrlich; daher muss der Begehrt nach Lebensmitteln zu allen Zeiten und in allen Ländern fortdauern. Anders ist es mit Manufaktur-Artikeln; die Nachfrage nach irgendeinem einzelnen Artikel dieser Art ist nicht nur dem Geldmangel, sondern auch dem Geschmacke und der Laune der Käufer unterworfen. Auch kann eine neue Auflage den Vorteilen, welche ein Land zuvor aus der Verfertigung eines einzelnen Artikels zog, ein Ende machen, oder die Folgen eines Krieges können die Fracht und Assekuranz so hoch steigern, dass man nicht mehr im Stande ist, mit den einheimischen Manufakturen desjenigen Landes, nach welchem man frü- [363] her Fabrikwaren ausführte, zu konkurrieren. In allen diesen Fällen leiden diejenigen, welche mit der Verfertigung solcher Artikel beschäftigt sind, große Noth und gewiss auch manchen Verlust; auch empfinden sie ihn nicht nur zurzeit einer solchen Veränderung, sondern während der ganzen Zeit, da sie ihre Kapitale und Arbeit, über welche sie zu gebieten haben, aus einem Geschäfte in das andere übertragen.

Aber nicht allein das Land, wo dergleichen Hindernisse entstehen, leidet darunter, sondern auch die Länder, welchen es vorher seine Manufaktur-Artikel zugeführt hat. Kein Land kann lange einführen; wenn es nicht auch ausführt, oder kann lange ausführen, wenn es nicht auch einführt. Wenn also irgendein Umstand eintreten sollte, welcher ein Land auf die Dauer an der Einführung des gewöhnlichen Betrags fremder Artikel hindern würde, so wird eine notwendige Folge davon die sein, dass es die Verfertigung einiger seiner zur Ausfuhr dienenden Artikel einschränkt; und obgleich sich in dem Gesamtwert der Erzeugnisse des Landes wohl nur wenig ändern wird, da noch dasselbe Kapital dazu angelegt ist, so werden sie doch nicht mehr ebenso reichlich und ebenso wohlfeil sein; auch wird bedeutend durch den Wechsel der Geschäfte verloren. Wenn, durch die Anlegung von 10,000 Pfd. Sterl. zur Verfertigung von baumwollenen Waren zur Ausfuhr, wir jährlich 3,000 Paar seidene Strümpfe, 2,000 Pfd. Sterl. an Wert, einführen, und wir durch die Unterbrechung unsers Handels mit dem Auslande genötigt [364] werden würden, gedachtes Kapital der Verfertigung baumwollener Waren zu entziehen, und zur eigenen Fabrizierung von Strümpfen anzuwenden, so würden wir zwar, vorausgesetzt nämlich, dass nichts dabei von dem Kapital verloren gegangen wäre, noch immer Strümpfe für den Wert von 2,000 Pfd. Sterl. erhalten, dürften aber anstatt 3,000 Paar mit 2,500 vorliebnehmen müssen. Bei der Übertragung des Kapitals von der Verfertigung der baumwollenen Waren zur Verfertigung der Strümpfe dürfte es nicht ohne großen Verlust abgehen; indes würde der Wert des Nationaleigentums dadurch nicht bedeutend geschmälert werden, obgleich die Quantität unserer jährlichen Erzeugnisse sich darnach wohl vermindern dürfte.

Das Beginnen eines Krieges nach langem Frieden, oder die Rückkehr des Friedens nach einem langwierigen Kriege, hat in der Regel viel Nachteiliges für den Handel zur Folge. Beide Ursachen verändern in hohem Grade die Arten des Gebrauchs, welchen die Länder bisher von ihren respektiven Kapitalen machten, und während der Zwischenzeit, da sie sich mit den Lagen gehörig vertraut machen, welche neue Umstände zu den wohlthätigsten für sie gemacht haben, bleibt vielfestes Kapital unbenutzt liegen, oder geht vielleicht ganz verloren, und Arbeiter leben ohne volle Beschäftigung. Die Dauer einer solchen Unglücksperiode ist länger oder kürzer, nach der Größe jener Abneigung, welche die meisten Menschen hegen, die Art der Anwendung ihres Vermögens, woran sie lange Zeit gewohnt gewesen [365] sind, mit einer andern zu vertauschen. Oft werden sie daran auch lange durch allerhand Einschränkungen und Verbote gehindert, zu welchen die törichte Eifersucht, die zwischen den verschiedenen Staaten der handelnden Welt herrscht, Veranlassung geben.

Die Noth, welche aus einer Veränderung der Richtung des Handels entspringt, wird oft irrig für die angenommen, welche einer Verminderung des Nationalreichtums und einem rückwärts schreitenden Zustande des Landes zu folgen pflegt; und es dürfte auch in der That schwer halten, einige Zeichen auszumitteln, woran beide Arten genau zu unterscheiden wären.

Wenn indes eine solche Noth unmittelbar auf einen Wechsel vom Krieg zum Frieden folgt, so fordert, uns unsere Kenntnis von dem Dasein einer solchen Ursache vernünftigerweise zu dem Glauben auf, dass die Fonds zur Unterhaltung des Gewerbfließes vielmehr von ihrem gewöhnlichen Kanal abgezogen gewesen, als einen wesentlichen Verlust erlitten haben, und dass nach temporärem Leiden der Staat wieder zu neuem Flor gelangen werde. Auch darf man nicht vergessen, dass der Krebsgang eines Staats stets ein unnatürlicher Zustand ist. Der Mensch reift vom Kinde allmählich zum Manne, nimmt dann wieder an Kräften ab und stirbt; nicht so ist es aber mit dem Fortschreiten der Staaten. Zu einem Punkte des höchsten Flors gelangt, kann das fernere Fortschreiten derselben zwar aufgehalten werden; ihr natürliches Streben geht indes dahin, Jahrhunderte- [366] lang so fortzudauern, und ihren Wohlstand und ihre Bevölkerung unverringert zu erhalten.

In reichen und mächtigen Ländern, wo bedeutende Kapitale in Maschinen stecken, wird die aus der Veränderung der Richtung des Handels erwachsende Noth noch unweit härter empfunden, als in ärmeren Ländern, wo sich verhältnismäßig ein bei weitem kleinerer Betrag an festliegenden, und ein weit größerer an zirkulierenden Kapitalen befindet, und wo folglich mehr Arbeit durch Menschenhände verrichtet wird. Es ist nicht so schwer, ein zirkulierendes Kapital als ein festliegendes aus einem Geschäfte zurückzuziehen. Oft ist es unmöglich, die Maschinen, welche zu einem gewissen Zwecke verfertigt worden sind, einem andern nützlich anzupassen; dagegen die Kleidung, die Nahrung und die Behausung des Arbeiters in einem Geschäfte leicht auch zum Lebensunterhalt des Arbeiters in einem andern Geschäfte dienlich sein, oder derselbe Arbeiter forthin dieselbe Nahrung, Kleidung und Behausung erhalten kann, wenn gleich seine Arbeit nicht mehr die nämliche ist. Dieses ist indes ein Übel, welchem eine reiche Nation sich geduldig unterwerfen muss; sich darüber zu beklagen, würde ebenso unvernünftig sein, als die Klage eines reichen Kaufmanns über die Seegefahr, welcher sein Schiff ausgesetzt war, während seines armen Nachbars Wohnung vor aller Gefahr dieser Art gesichert lag.

Von Zufällen dieser Art ist, obgleich in einem geringeren Grade, selbst der Ackerbau nicht frei. Der [367] Krieg, welcher in einem Handel treibenden Lande dem Handel der verschiedenen Staaten einen Damm entgegengesetzt, verhindert häufig die Ausfuhr von Getreide aus Ländern, wo es mit geringen Kosten erzeugt wird, nach andern, die weniger

günstig zu dessen Anbau gelegen sind. Unter solchen Umständen wird dann ein ungewöhnliches Kapital-Quantum auf den Ackerbau verwandt, und das Land, welches bisher der Einfuhr bedurfte, wird nun unabhängig von fremder Hülfe. So wie aber der Krieg ein Ende nimmt, fallen auch die Hindernisse zur Einfuhr wieder weg, und es beginnt nun eine für den einheimischen Ackerbauer verderbliche Konkurrenz, aus welcher er sich nicht ohne Aufopferung eines großen Teils seines Kapitals zu ziehen vermag. Die beste Politik eines Staats würde die sein, wenn man für eine bestimmte Anzahl von Jahren eine von Zeit zu Zeit im Betrag abnehmende Abgabe auf die Einfuhr von fremdem Getreide legte, um so dem einheimischen Landbauer Gelegenheit zu geben, sein Kapital allmählich wieder aus dem Ackerbau zu ziehen. Zwar dürfte das Land auf diese Weise mit seinem Kapitale nicht die vorteilhafteste Verteilung anstellen; indes würde doch die temporäre Abgabe, welcher es unterworfen wäre, zum Vorteil einer gewissen Klasse seiner Bewohner gereichen, deren Vermögen durch Erzeugung von Lebensmitteln zu einer Zeit, als die Einfuhr gesperrt war, dem Lande so sehr genützt hatte. Wenn solche Anstrengungen in Zeiten der Noth späterhin, wenn die Ursache derselben hinweggeräumt ist, die Gefahr des Ruins für den Unternehmer nach sich ziehen [368] könnten, so würde jeder Kapitalist sich vor einem Geschäftes dieser Art hübsch in Acht nehmen. Außer dem gewöhnlichen Gewinn von seinem Kapitale würde der Pächter auch für das Risiko, welches er bei dem plötzlichen Zufluss von fremdem Getreide laufen würde, auf eine Vergütung Anspruch machen, und auf diese Weise würden die Preise für den Konsumenten nicht allein durch den größern Kostenaufwand, den der einheimische Getreidebau erfordert, sondern auch durch die Assekuranzprämie, welche er für die besondere Gefahr, welcher diese Art Anlegung von Kapitalen ausgesetzt ist, in dem Preise mit entrichten muss, höher anschwellen. Sollte man es also auch für den Wohlstand eines Landes zuträglicher halten, wenn man ohne Rücksicht auf die durch eine solche Maßregel zu Grunde gehenden Kapitale, die Einfuhr von wohlfeilem Getreide gestattet; so dürfte es doch wohl ratsam sein, dieses auf einige Jahre mit einem Zoll zu belegen.

Bei der Untersuchung der Frage über die Bodenrente ergab sich, dass in dem Grade, wie die Getreidevorräte sich vermehren und dem gemäß die Preise sinken, auch die Kapitale von dürftigen Ländereien abgezogen werden, und Ländereien von besserer Qualität, worauf dann keine Bodenrente mehr haften würde, den Maßstab abgeben würden, nach welchem der natürliche Preis des Getreides geregelt werden müsste. Angenommen, es könnte Länderei von geringer Qualität, die wir mit Nro. 6 bezeichnen wollen, zu 4 Pfd. Sterl. das Maß, ein anderes Nro. 5 zu 3 Pf. 10 Schill., [369] Nro. 4 zu 3 Pfd. usw. bebauet werden. Wenn nun das Getreide, in Folge eines anhaltenden Überflusses, bis auf 3 Pfd. 10 Schill. im Preise fiele, so würde das auf Nro. 6 gewendete Kapital nicht mehr angelegt werden; denn nur dann, wenn der Getreidepreis auf 4 Pfd. stände, konnte es, selbst wenn keine Bodenrente bezahlt wurde, den gewöhnlichen Gewinnbetrag abwerfen; es würde daher dem Ackerbau wieder entzogen, und zur Verfertigung solcher Artikel, womit all das auf Nro. 6 gewachsene Getreide angekauft und eingeführt werden könnte, verwandt werden. Dabei würde sich der Eigentümer des Kapitals notwendig besser stehen; denn wenn er auch dadurch, dass er ein Stück Land, wofür er keine Bodenrente entrichtete, bebaute, zu einem größeren Vorrat von Getreide gelangt wäre, als er durch die, mittelst des dem Ackerbau entzogenen Kapitals verfertigten, Warenartikel kaufen konnte, so durfte doch der Preis desselben nicht unter 4 Pfd. Sterl. stehen.

Es ist übrigens gesagt worden, dass Kapitale nicht wieder aus Ländereien gezogen werden könnten, dass sie die Gestalt von Auslagen angenommen hätten, welche nicht wieder ungeschehen gemacht werden könnten, als z. B. für Düngen, Einhägen, Wasserableiten u. s. w., was vom Lande notwendig unzertrennbar ist. In gewisser Hinsicht hat es mit obiger Behauptung seine Richtigkeit; das Kapital aber, welches in Hornvieh, Schafen, Heu- und

Getreideschobern, Wagen usw. steckt, kann zurück genommen werden, und es wird stets [370] ein Gegenstand ökonomischer Berechnung, sein, ob es vorteilhafter sei, dieses Inventarium, ungeachtet des niedrigen Getreidepreises, zur ferneren Bestellung des Landes an Ort und Stelle zu lassen, oder es zu verkaufen, und das daraus gelösete Geld in ein anderes Geschäft zu übertragen.

Gesetzt aber auch, die Behauptung wäre wahr, dass kein Teil des Kapitals zurückgenommen werden könnte; so würde der Pächter fortwährend sein Korn bauen, und zwar genau dieselbe Quantität wie bisher, zu welchem Preise er es auch verkaufen müsste; denn es würde ihm nichts nützen, wenn er weniger produzierte, und er würde aus seinem Kapital gar keinen Vorteil ziehen, wenn er es nicht so zu benutzen trachtete. Getreide könnte nicht eingeführt werden, weil er es lieber noch unter 3 Pfd. 10 Schill., als gar nicht verkaufen würde, der Einführer es aber nicht unter jenem Preise würde lassen können. Obgleich also die Pächter, welche Länderei von dieser Qualität bebauten, unzweifelnd durch das Sinken ihrer Erzeugnisse im Tauschwerthe Schaden leiden würden, so frage ich nun: wie würde das Land sich dabei befinden? Wir würden genau dieselbe Quantität von allen Lebensbedürfnissen produziert erhalten, rohe Erzeugnisse und Getreide aber würden einen bei weitem geringeren Preis haben. Das Vermögen eines Landes besteht aus seinen Erzeugnissen, und da nun diese noch dieselben wie zuvor sein würden, so würde auch die Reproduktion ihren alten Gang fortschreiten. Dieser niedrige Stand des Getreidepreises [371] würde indes nur für das Stück Land Nro. 5, von welchem dann keine Bodenrente mehr zu entrichten wäre, so wie überhaupt die Rente von allem besseren Lande sinken würde, den gewöhnlichen Kapitalgewinn abwerfen; der Arbeitslohn würde dann ebenfalls wohlfeiler werden, der Kapitalgewinn aber steigen.

Wie niedrig sich auch die Getreidepreise stellen mögen, wenn Kapitale nicht aus Ländereien zurückgezogen werden können, und die Nachfrage sich nicht vermehrt, wird keine Einfuhr stattfinden; denn dieselbe Quantität Getreide, wie das Bedürfnis sie bisher erforderte, würde im Lande erzeugt werden. Obgleich sich dabei eine verschiedene Einteilung des Ertrags zeigen und einige Klassen sich wohl, andere schlecht dabeistehen würden, das Gesamte der Produktion würde ganz dasselbe bleiben und die Nation zusammen genommen weder reicher noch ärmer geworden sein.

Allemaal erwächst aber aus einem verhältnismäßig niedrigen Stand der Getreidepreise der Vorteil, dass die oben erwähnte verschiedene Einteilung der jedesmaligen Produktion mehr den Anschein hat, die Fonds zur Unterhaltung der Arbeit zu vermehren, insoweit nämlich der produzierenden Klasse unter dem Namen von Gewinn mehr, und der nicht produzierenden Klasse, unter dem Namen Bodenrente, weniger zugeteilt werden wird.

Dieses ist selbst dann wahr, wenn das Kapital nicht aus der Länderei zurückgezogen werden könnte, und entweder darin angelegt oder ganz unbenutzt liegen blei- [372] ben müsste. Wenn nun aber ein großer Teil des Kapitals wieder zurückgenommen werden könnte, wie es unwidersprechlich geschehen kann; so wird dies doch nur dann geschehen, wenn der Eigentümer auf diese Weise mehr Nutzen dabei hat, als wenn er ihn da, wo er war, liegen ließe; er wird nur dann zurück genommen werden, wenn er auf eine andere Art einträglicher für den Eigentümer und für den Staat angewandt werden kann. Der Eigentümer gibt den Teil seines Kapitals, welcher nicht vom Lande getrennt werden kann, freiwillig auf, weil er mit dem zurück zu nehmenden Teil sich einen größeren Wert und eine größere Quantität Bodenerzeugnisse verschaffen kann, als wenn er jenen Teil nicht aufgäbe.

Es ist dies ganz der nämliche Fall, als wenn Jemand in seiner Manufaktur mit großem Kostenaufwande ein Maschinenwerk errichtet hat, ein Werk, welches späterhin durch neuere Erfindungen so sehr verbessert wird, dass die von unserm Manufakturisten

verfertigten Artikel sehr bedeutend im Werte fallen. Es würde nun für ihn eine Rechnungsaufgabe sein, ob er das alte Maschinenwerk *mit Verlust des ganzen Werts desselben* aufgeben und an dessen Stelle das vollkommnere errichten, oder ob er sich fernerhin mit den verhältnismäßig schwachen Produktionskräften des alten behelfen sollte. Wer würde ihm, unter solchen Umständen, wohl anraten, den Nutzen des bessern Maschinenwerks außer Augen zu setzen, weil es den Wert seines alten verringern oder vernichten würde? Und doch ist dies der Beweggrund derjenigen, welche [373] uns so gerne überreden möchten, die Einfuhr von Getreide zu verbieten, weil sie jenen vom Lande unzertrennbaren Teil des Kapitals der Pächter im Wert verringere oder vernichte. Sie sehen nicht ein, dass der Zweck alles Handels dahin geht, die Produktion zu vermehren, und dass man durch die Vermehrung der Produktion, wenn sie gleich mit partiellem Verluste bewirkt wird, zugleich die allgemeine Wohlfahrt erhöht. Um konsequent zu sein, müssten sie allen Verbesserungen im Ackerbau und im Manufakturwesen, so wie allen Erfindungen im Maschinenwesen Einhalt zu tun suchen; denn wenn gleich diese zum allgemeinen Überflusse und also zur allgemeinen Wohlfahrt des Staats beitragen, so verfehlen sie doch im Augenblicke ihrer Einführung nie, einen Teil des liegenden Kapitals der Ökonomen und Manufakturisten im Werte herabzusetzen oder gar zu vernichten.

Der Ackerbau ist, wie jedes andere Gewerbe, besonders in einem Handelsstaate, einer Reaktion unterworfen, welche stets, in entgegengesetzter Richtung, auf die Wirkung eines starken Antriebs folgt. So zieht, wenn Krieg die Getreideeinfuhr hemmt, der dadurch steigende Getreidepreis Kapitale in Ländereien, wegen des bedeutenden Gewinn, welchen eine solche Anwendung derselben verspricht; dies hat dann zur natürlichen Folge, dass mehr Kapitale auf diese Weise angelegt und mehr Bodenerzeugnisse zu Markt gebracht werden, als es das Bedürfnis des Landes erfordert. In einem solchen Falle hat nun der Preis des Getreides von den [374] Wirkungen des Überflusses eine bedeutende Erniedrigung zu erwarten, und es beginnt, für den Ackerbau eine Zeit der Noth, die so lange anhält, bis die Mittelstraße wieder gefunden ist, wo der Vorrat mit dem Bedarf in ein gehöriges Verhältnis gebracht ist.

[375]

## Achtzehntes Kapitel.

### Von den Unterschieds-Eigentümlichkeiten des Werts und des Reichtums.

„Der Mensch, sagt *Adam Smith*, ist reich oder arm, in dem Grade, als er sich den Genuss der Notwendigkeiten, Bequemlichkeiten und Annehmlichkeiten des menschlichen Lebens verschaffen kann.“

Der Wert unterscheidet sich also wesentlich vom Reichtume, denn der Wert beruht nicht auf dem Überfluss, sondern auf der Schwierigkeit oder Leichtigkeit der Produktion. Die Arbeit einer Million Menschen in Manufakturen wird jederzeit denselben Wert hervorbringen, aber nicht immer denselben Reichtum. Durch die Erfindung von Maschinenwerken, durch größere Handfertigkeit, durch eine bessere Einteilung der Arbeit oder durch die Auffindung neuer Absatzplätze, wo ein vorteilhafterer Austausch zu bewerkstelligen ist, kann eine Million Menschen in einem Lande doppelt oder dreimal so viel an Reichtümern, an „Notwendigkeiten, Bequemlichkeiten und Annehmlichkeiten des [376] menschlichen Lebens“ produzieren, als es durch dieselbe Anzahl Hände in einem andern Lande geschehen kann; sie wird aber dadurch nicht das Geringste mehr an Wert hervorgebracht haben, denn jedes Ding steigt oder fällt im Werte, je nachdem es schwer oder leicht zu produzieren ist, oder mit andern Worten, je nachdem viel oder wenig Arbeit zu dessen Produktion gehört. Angenommen, dass mit einem bestimmten Kapital die Arbeit einer gewissen Anzahl Menschen 1,000 Paar Strümpfe produzierte, dass aber durch die Erfindung von Maschinen dieselbe Anzahl Menschen in den Stand gesetzt würde, 2,000 Paar, oder auch nur 1,000 Paar Strümpfe, aber außerdem noch 500 Hüte zu verfertigen, so würden die 2,000 Paar Strümpfe, oder die 1,000 Paar Strümpfe und 500 Hüte weder einen größeren, noch einen geringeren Wert haben, als die vor Einführung der Maschinen verfertigten 1,000 Paar Strümpfe; denn beide Quantitäten Waren würden das Erzeugnis von einer und derselben Quantität Arbeit sein. Aber der Wert der Gesamtmasse dieser Artikel würde dadurch vermindert werden; denn wenn gleich der Wert der in Folge der Verbesserungen produzierten größeren Quantität aufs Haar derselbe ist, als der Wert der geringeren Quantität, welche vor den eingeführten Verbesserungen produziert wurde, so wird es doch auf den noch nicht konsumierten Teil der letztgedachten Quantität Waren von Wirkung sein; der Wert dieser Waren wird nämlich in so weit reduziert werden, als sie mit den bei allen Vorteilen der Maschinenwerke verfertigten Waren zu gleichem Preise herabsinken würden, so dass das Land [377] trotz der größeren Quantität seiner Manufaktur-Artikel, trotz seines zugenommenen Reichtums und seiner vermehrten Mittel zum Lebensgenuss, einen geringeren Wertbetrag aufzuweisen haben wird. Je mehr wir allmählich die Art der Produktion erleichtern, desto mehr vermindern wir auch den Wert einiger der früher produzierten Artikel, obgleich wir auf dieselbe Weise nicht allein zur Erhöhung des Nationalreichtums, sondern auch zu den Kräften künftiger Produktion beitragen. Viele Irrtümer in der politischen Ökonomie sind aus Irrtümern über obigen Gegenstand hervorgegangen, indem man nämlich eine Zunahme an Reichtum und eine Zunahme an Wert für gleichbedeutend hielt, und ungegründete Meinungen über einen, den Wert bestimmenden Maßstab hegte; der eine betrachtete das Geld als den Maßstab des Werts, und glaubte, dass eine Nation reicher oder ärmer werde, nach Maßgabe, als sie ihre

Erzeugnisse für mehr oder weniger Geld absetzen könne; Andere stellten das Geld als ein sehr passendes Mittel zum Austausch, nicht aber als einen Maßstab dar, nach welchem der Wert anderer Gegenstände zu bestimmen sei; nach ihnen ist der eigentliche Maßstab des Werts Getreide<sup>62</sup>, und ein Land reich oder arm, [378 ] je nachdem es seine Produkte für mehr oder weniger Getreide austauschen kann. Noch Andere halten ein Land für reich oder arm nach der Quantität von Arbeit, welche es bezahlen kann<sup>63</sup>. Warum soll denn aber Gold, oder Getreide, oder Arbeit sich besser zum Maßstabe des Werts eignen, als Steinkohlen oder Eisen? Warum besser als Tuch, Seife, Lichter und andere Bedürfnisse des Arbeiters? Kurz, warum sollte irgendein Artikel, oder alle Artikel zusammen, der Maßstab sein, da ein solcher Maßstab doch selbst Veränderungen im Wert unterworfen ist? Getreide sowohl, als Gold können, in Betreff der Schwierigkeit oder Leichtigkeit der Produktion, um 10, 20 oder 30 Prozent von andern Gegenständen variieren; warum sollten wir nun [379] gerade immer sagen, dass diese anderen Gegenstände sich verändert haben, und nicht das Getreide? Nur das Erzeugnis allein kann als unveränderlich gelten, dessen Produktion zu allen Zeiten gleiche Mühe und Arbeit kosten wird. Wir kennen bis jetzt noch kein solches Erzeugnis, können aber doch hypothetisch darüber streiten und reden, als ob es ein solches gäbe, und zugleich die Theorie der Wissenschaft verbessern, indem wir die absolute Unanwendbarkeit aller bisher angenommenen Wert-Maßstabe deutlich vor Augen legen<sup>64</sup>. Wenn [380] wir

---

<sup>62</sup> Adam Smith sagt, „dass der Unterschied zwischen dem Real- und dem Nominal-Wert von Erzeugnissen und von Arbeit nicht bloß ein Gegenstand reiner Spekulation sei, sondern auch oft von großem praktischen Nutzen sein könne.“ Ich stimme darin völlig mit ihm überein; der wirkliche Wert der Arbeit und der Erzeugnisse ist jedoch um nichts besser durch ihren Preis in Waren, Adam Smiths Real-Maßstab, als durch ihren Preis in Gold und Silber, seinen Nominal-Maßstab, zu bestimmen. Der Arbeiter erhält bloß dann einen wirklich hohen Preis für seine Arbeit, wenn er mit seinem Arbeitslohn das Erzeugnis eines großen Teils von Arbeit kaufen kann.

(Anmerkung des Verfassers.)

<sup>63</sup> Herr Say folgert im 1. Bde. Chap. II. seines Werks, dass Silber jetzt denselben Wert habe, als zur Zeit der Negierung Ludwig XIV, „weil man jetzt mit derselben Quantität Silber dieselbe Quantität Getreide, wie damals, kaufen könne.“

(Anmerkung des Verfassers.)

An einer andern Stelle meiner *Economie politique* habe ich die Gründe angeführt, aus denen ich glaube, dass der Preis des Getreides, obgleich der Wert keiner Art von Dingen unveränderlich ist, eine große Anzahl gemeiner Jahre hindurch der unter allen am wenigsten veränderliche ist.

J. B. S.

<sup>64</sup> Wert ist eine, gewissen Dingen inhärierende Eigenschaft, die, gleich der Wärme, wesentlichen Veränderungen unterworfen ist. Es gibt keinen *absoluten Wert*, so wie es auch keine *absolute Wärme* gibt; aber man kann den Wert einer Sache mit dem einer andern vergleichen, ebenso, wie man mit Hülfe des Thermometers die Wärme zweier verschiedenen Flüssigkeiten vergleichen kann. Der Wert ist um deswillen *veränderlich*, weil er von dem Bedürfnis einer Sache abhängt, welches nach Zeit, Ort und Mitteln der Käufer sich gleichfalls verändert; er hängt auch von der möglicherweise zu liefernden Quantität dieser Sache ab, die wiederum ihrerseits von einer Menge Umstände der Natur und Menschen abhängig ist. Der Wert kann nur durch Wert gemessen werden; wollte man ihn mit einer andern Eigenschaft der Dinge messen, so käme das so heraus, als wollte man z. B. das Gewicht der Dinge durch ihre Gestalt oder durch ihre Farbe messen. Aller Wert ist aber seinem Wesen nach veränderlich, keiner hat deshalb die notwendige Eigenschaft eines Maßstabes, *die Unveränderlichkeit*; keiner kann also dazu dienen, einen genauen Begriff eines andern Werts zu geben, der einer andern Zeit und einem andern Orte gehört. Nichts ist also chimärischer, als einen Wertmaßstab vorzuschlagen, um die Differenz zweier Werte auszumitteln, wenn diese beiden Werte nicht *gegenwärtig* sind. Ist letzteres freilich der Fall, so kann man sie miteinander vergleichen und zwar nach ihrem laufenden (Markt-) Preis.

J. B. S.

aber auch einen Augenblick annehmen wollen, dass einer von denselben ein richtiger Maßstab des Werts sei, so würde dieser doch noch immer kein Maßstab vom Reichtum sein, da Reichtum keinesweges auf Wert beruht. Der Mensch ist reich oder arm, nach Maßgabe des Überflusses an den Notwendigkeiten und Annehmlichkeiten des Lebens, über welche er zu gebieten hat, und möge nun der Austauschwert derselben gegen Geld, Getreide oder Arbeit hoch oder niedrig sein, sie werden auf gleiche Weise zum Lebensgenusse des Besitzers beitragen. Dadurch, dass man die Begriffe von Wert und Reichtum verwechselt hat, ist man auch zu der Behauptung veranlasst worden, dass durch Verminderung der Quantität von Lebensbedürfnissen, d. h. von Notwendigkeiten, Bequemlichkeiten und Annehmlichkeiten des menschlichen Lebens, der Reichtum vermehrt werden könne. Diente der Wert zum Maßstabe des Reichtums, so ließe sich nichts dawider sagen, weil Mangel den Wert der Bedürfnisse steigert; hat aber *Adam Smith* Recht, dass Reichtum in Bedürfnissen und Annehmlichkeiten des Lebens besteht, so kann derselbe unmöglich durch eine Verminderung der Quantität vermehrt werden.

Es hat seine Richtigkeit, dass derjenige, welcher sich im Besitz eines geringen Vermögens befindet, reicher [381] ist, wenn er mittelst desselben sich mehrere Notwendigkeiten und Annehmlichkeiten des Lebens verschaffen kann; da aber der allgemeine Vorrat, aus welchem jedermann seinen Reichtum schöpft, durch alles das, was irgendein Einzelner davon nimmt, in der Quantität vermindert wird, so müssen die Anteile anderer Menschen davon notwendig in dem Verhältnisse geringer werden, als jenes begünstigte Individuum im Stande ist, sich selbst eine größere Quantität davon anzueignen.

Wenn das Wasser, sagt Lord Lauderdale, selten und ausschließliches Eigentum eines Einzelnen wäre; so könnte derselbe dadurch seinen Reichtum vermehren, weil Wasser alsdann Wert haben würde; und wenn Nationalreichtum den Zusammenfluss des Reichtums vieler Einzelnen bedeutet, würde er dadurch zugleich auch zur Vermehrung des Nationalreichtums beitragen. Es ist keinem Zweifel unterworfen, dass auf solche Weise der Reichtum jenes Individuums vermehrt wird; aber in eben dem Grade, als der Landmann einen Teil seines Getreides, der Schuhmacher einen Teil seiner Schuhe und alle andere Menschen einen Teil ihres Eigentums zu dem einzigen Zwecke verkaufen müssen, um sich für das daraus gelöste Geld mit Wasser, welches ihnen bisher nichts gekostet hätte, zu versehen, in eben diesem Grade werden sie um die ganze Quantität Artikel, welche sie dem gedachten Zwecke aufopfern müssen, ärmer werden, so wie dagegen der Eigentümer des Wassers gerade um den Betrag ihres Verlustes bereichert werden wird. Dieselbe Quantität Wasser, so wie dieselbe, [382] Quantität Waren werden auch fernerhin im Besitz des ganzen Landes bleiben, aber ganz verschieden verteilt werden. Man kann diesen Fall indes eher ein Wassermonopol, als einen Mangel an diesem Bedürfnisse nennen. Wenn es daran mangelte, so würden die Reichtümer des Landes und der einzelnen Bewohner sich wirklich vermindern, und zwar insoweit, als letztere eines Teils von einem ihrer Bedürfnisse beraubt sein würden. Der Landmann würde nicht nur nun weniger Getreide zum Austausch gegen andere, ihm notwendige oder wünschenswerte Erzeugnisse haben, sondern er würde sich auch mit allen andern Bewohnern des Landes um den Genuss eines der wesentlichsten aller Lebensbedürfnisse verkürzt sehen. Hier würde nicht bloß eine verschiedene Verteilung der einzelnen Reichtümer, sondern ein wirklicher Verlust am Nationalreichtum stattfinden.

Man darf also von zwei Ländern, die sich genau im Besitz derselben Quantität aller Notwendigkeiten und Bequemlichkeiten des Lebens befinden, wohl sagen, dass sie gleich reich sind; der Wert ihres respektiven Reichtums würde indes von der verhältnismäßigen Leichtigkeit oder Schwierigkeit, womit er erzeugt wurde, abhängen; denn wenn ein vervollkommnetes Maschinenwerk uns in den Stand setzen würde, mit der nämlichen

Arbeit zwei Paar Strümpfe, statt eines Paares, zu verfertigen, so würde davon auch doppelt so viel, als früherhin, für eine Elle Tuch in Tausch gegeben werden. Hätte eine ähnliche Verbesserung auch in einer [383] Tuchfabrik stattgefunden, so würde beim Tausch zwischen Tuch und Strümpfen wieder dasselbe Verhältnis von voriger Zeit eintreten, beide Artikel aber würden im Werte gefallen sein, weil im Austausch derselben gegen Hüte, Gold oder andere Dinge davon zweimal so viel als bisher gegeben werden müsste. Wird die Verbesserung auch auf die Produktion des Goldes oder aller anderen Erzeugnisse ausgedehnt, so nehmen sie alle ebenfalls wieder das frühere Verhältnis zueinander an. Die Quantität der jährlich in einem Lande produzierten Artikel und mit ihr auch der Reichtum des Landes würden sich auf diese Weise verdoppeln, der Reichtum aber dadurch keinesweges im Werte zugenommen haben<sup>65</sup>.

---

<sup>65</sup> Diese ganze Lehre ist aus meinem *Traité d'Economie politique* geschöpft (Liv. II. Chap. 4.), aber der Verfasser zieht daraus eine ganz entgegengesetzte Folgerung, nämlich, *dass Reichtum und Wert nicht einerlei sei*; während ich behauptet habe, *dass der Reichtum nichts anders als der Wert der Dinge sei*. Sonderbar in diesem Punkte ist es, dass *Adam Smith* in einem Punkte mit *Ricardo* übereinstimmt, in vielen andern aber mit mir. So bedeutende Schriftsteller, die gewohnt sind, nach ihren Beobachtungen zu urteilen, können aber unmöglich über einen so wesentlichen Punkt anders als durch ein Missverständnis verschiedener Meinung sein. Dieses will ich aufzuklären versuchen.

*Dass der Reichtum nichts anders als der laufende Preis der Dinge, die man besitzt, sei*, ist eine ausgemachte Sache. Die nämlichen Eigenschaften, die der Wert besitzt, sind auch dem Reichtum angehörig, der mit dem Wert eins ist.

a) Er ist *veränderlich*, s. die vorige Anmerkung.

b) Er ist *relativ*, d. h. wenn jetzt meine sämtlichen Effekten 100,000 Fr. in Gelde wert sind, und erstere sinken im Wert, oder das Geld steigt im Wert, so ist das Verhältnis nicht mehr dasselbe, und es geht daraus hervor, dass ich als Besitzer der Effekten im Verhältnis zum Besitzer der 100,000 Fr. nicht mehr so reich bin, oder dass jener im Verhältnis zu mir reicher ist.

Nachdem ich Obiges vorausgeschickt habe, will ich die große Schwierigkeit zu heben suchen. Wie kommt es, dass wenn ein Gegenstand zu häufig wird, wenn z. B. die Strümpfe auf die Hälfte des Preises herabsinken, ich auf einmal weniger reich dem Werte nach und doch reicher den Genüssen nach geworden sein soll? Meine Strümpfe geben, in Geld veranschlagt, eine kleinere Summe, und doch sollen meine Genüsse gewachsen sein, weil ich eine größere Anzahl Strümpfe habe.

Hier tut man ohne Zweifel eine vielfache Frage, nämlich mehrere Fragen in einer; deshalb gibt es auch mehrere Antworten darauf, und diese Antworten sind alle richtig, wenigstens aus dem Gesichtspunkt, aus welchem man die Fragen genommen hat.

Bin ich Besitzer einer gewissen Quantität Strümpfe, und fallen die Strümpfe auf die Hälfte ihres Preises herab, nicht allein im Verhältnis zum Geld, sondern auch im Verhältnis zu jeder andern Ware; so hat sich dieser Teil meines Reichtums um die Hälfte im *Verhältnis zu allem andern* vermindert, oder, was auf Eins hinausläuft, aller andere Reichtum hat sich im Verhältnis zu diesem verdoppelt. Erhielt ich vorher, wenn ich ein Paar Strümpfe verkaufte, 6 Pfund Zucker dafür, so werde ich jetzt nur 3 Pfund dafür erhalten; mein Genuss an Strümpfen wird noch der nämliche sein, aber wenn ich ihn gegen den Genuss an Zucker vertauschen will; so werde ich von diesem letztern nur die Hälfte dessen erhalten, was ich vorher würde erhalten haben. Die Summe der Genussmittel, die vorher im Staate existierten, hat weder zu- noch abgenommen, die Summe der Reichtümer eben so wenig. Der Wert aller Waren, in Beziehung zu den Strümpfen (das Geld mit inbegriffen), ist gerade um so viel gestiegen, als der Wert der Strümpfe gesunken ist; denn, ich wiederhole es nochmals, es gehört zum Wesen des Werts, dass er relativ sei. Betrachtet man an den Gegenständen eine absolute Eigenschaft, wie z. B. den Genuss, der aus ihrem Gebrauch hervorgeht, dann betrachtet man nicht mehr den Tauschwert. Man betrachtet einen Genuss, aber nicht einen Reichtum.

Betrachten wir die Strümpfe nicht sowohl als eine schon produzierte Ware, sondern als eine solche, die noch produziert werden kann, und die, indem sie um die Hälfte ihres vorigen Preises sinkt, uns gestattet, die doppelte Quantität davon zu konsumieren, oder, was auf Eins hinauskommt, von doppelter Qualität, ohne ein größeres Opfer dafür zu bringen: dann betrachten wir den Wert der Strümpfe *in seinem Verhältnis zum Wert unsers Einkommens*, und wir werden finden, dass wir im Verhältnis zu diesem besondern Produkt, doppelt so reich sind,

[384] Obgleich *Adam Smith*, wie ich bereits mehr als einmal bemerkt habe; eine richtige Erklärung über das, was eigentlich Reichtum ist, erteilt hat, so spricht er [385] sich doch an einem andern Orte verschieden darüber aus, indem er sagt, „dass ein Mensch reich oder arm sei, in dem Verhältnis der Quantität von

386 Arbeit, welche er bezahlen könne.“ Diese Erklärung weicht von der andern wesentlich ab, und ist in der That unrichtig; denn, gesetzt den Fall, die Bergwerke würden ergiebiger, so dass Gold und Silber wegen der größeren Leichtigkeit ihrer Produktion im Werte fielen, oder dass Sammt mit so viel weniger Arbeit als bisher verfertigt würde, dass er auf die Hälfte des früheren Werts herabsänke; so würden sich zwar die Reichtümer aller derjenigen, welche dergleichen Erzeugnisse kaufen, dadurch, dass der Eine die Quantität seines Silbergeschirrs vergrößern, der Andere sich doppelt so viel Sammt anschaffen könnte, mehren, aber mit allem diesen Mehr an Silbergeschirr und Sammt, wären sie doch nicht im Stande, mehr Arbeit als vorhin zu bezahlen, weil sie, da der Austauschwert von Samt und Silbergeschirr gesunken sein würde, auch verhältnismäßig mehr von diesen Bestandteilen von Reichtum hergeben müssten, um die Kosten eines Tages Arbeitslohn zu bestreiten. Reichtum kann also nicht nach der Quantität Arbeit geschätzt werden, welche man damit zu bezahlen vermag.

Aus dem Gesagten ergibt sich, dass der Reichtum eines Landes auf zweierlei Weise befördert werden kann, nämlich entweder dadurch, dass zur Unterhaltung der [387] produktiven Arbeit ein größerer Teil des Einkommens verwendet wird, auf welche Weise nicht nur die Quantität, sondern auch der Wert der sämtlichen Erzeugnisse gewinnen muss, oder dadurch, dass man, ohne eine additionelle Quantität von obgedachter Arbeit, dieselbe Quantität nur ergiebiger macht; dadurch würde indes nur die Quantität der Erzeugnisse, nicht aber auch der Wert derselben erhöht werden.

In dem ersten Falle würde ein Land nicht nur reich werden, sondern auch der Wert seiner Reichtümer sich vermehren. Es würde durch Sparsamkeit reich werden, indem es seine Ausgaben für Gegenstände des Luxus und des feineren Lebensgenusses einschränkte und diese Ersparnisse zur Reproduktion anwendete.

Im zweiten Falle würde es weder einer Verminderung der Ausgabe für Gegenstände des Luxus und des feineren Lebensgenusses, noch einer größeren Quantität produktiver Arbeit bedürfen, sondern mit demselben Arbeitsquantum würde ein Plus produziert werden; der Reichtum würde zunehmen, nicht aber der Wert<sup>66</sup>.

---

als wir vorher waren, weil wir, mittelst des nämlichen Opfers, in diesem Punkte einen doppelten Genuss erhalten.

In diesem Sinne ist, obgleich der Wert der einzige Maßstab des Reichtums ist, ein Sinken des Preises eine Vermehrung des Reichtums; weil dann unser Einkommen, im Verhältnis zu den Strümpfen, aufs Doppelte gestiegen ist. Und wären die Vervollkommnungen in allen andern Zweigen der Produktion sich durchgehends gleich; so würde unser Reichtum sich in der Tat verdoppelt haben, eben so, als ob sich der Fonds verdoppelt hätte, aus dem unser Einkommen fließt, mag es nun Grundeigentum, Kapital oder industrielles Talent sein.

Diese Lehre ist sehr wichtig und genau der Natur der Dinge gemäß, deshalb auch unerschütterlich. Sie erklärt zugleich die Schwierigkeiten, in die man sich bis jetzt verwickelt hat.

J. B. S.

<sup>66</sup> Hr. *Say* erinnert hier wieder an die in seiner vorigen Anmerkung auseinandergesetzte Eigenschaft des Werts, dass er nämlich *relativ* sei, und führt in diesem Bezug für die zweite Art, wie der Reichtum, nach Hrn. *Ricardo*, zunehmen könne, folgendes Beispiel zur Erläuterung an. Wenn z. B. bei der Baumwollenspinnerei und Weberei durch verbesserte Maschinen, die 30,000 Fr. kosten, doppelt so viel an Produkten erhalten wird, als vorher mit dem nämlichen Kapital und mit der nämlichen Arbeit bei unvollkommenen Maschinen; so werden durch die

[388] Indes dürfte doch von diesen beiden Arten zur Vermehrung des Nationalreichtums der letzteren Art wohl der Vorzug eingeräumt werden müssen, weil sie zu demselben Ziele führt, ohne dass man sich der feineren Lebensgenüsse ganz oder zum Teil zu entschlagen braucht, welches die erstere unumgänglich erfordert. Ein Kapital ist ein Teil des Reichtums eines Landes, welches zum Zwecke künftiger Produktion benutzt wird, und auf dieselbe Weise, wie der Nationalreichtum, vermehrt werden kann. Ein Zuschuss-Kapital wird sich in der Erzeugung künftigen Reichtums ebenfalls wirksam zeigen, dieser möge nun durch Vervollkommnung in der Handarbeit und im Maschinenwesen oder durch die reproduzierende Benutzung eines größeren Einkommens erzielt werden; denn Reichtum beruht immer nur auf der Quantität der produzierten Artikel, ohne Rücksicht auf die Leichtigkeit, womit die zur Produktion dienenden Werkzeuge angeschafft sein mögen. Eine bestimmte Quantität Kleidungsstücke und Lebensmittel wird zum Unterhalt derselben Anzahl von Menschen und zum Zweck der Verfertigung derselben Quantität Arbeit dienen, sie mögen durch die Bemühung von 100 oder von 200 Menschen entstanden sein; sie werden in- [389] des den doppelten Wert haben, wenn die letztere Anzahl zu ihrer Produktion Hand angelegt hat.

Herr Say scheint mir mit seiner im ersten Kapitel seines vortrefflichen Werks enthaltenen Definition der Ausdrücke „Reichtum“ und „Wert“ besonderes Unglück gehabt zu haben. Folgendes ist die Quintessenz seines desfallsigen Rasonnements: „Reichtum, sagt er, besteht lediglich in Dingen, welche einen innern Wert haben; der Reichtum ist groß, wenn die Summe solcher Dinge vom Werte groß, und ist klein, wenn die Summe derselben klein ist. Zwei Dinge von gleichem Wert sind Reichtümer von gleichem Betrage. Sie sind von gleichem Wert, wenn mit gegenseitiger Einwilligung der Besitzer sie gegeneinander ausgetauscht werden. Wenn man jetzt einem Dinge einen Wert beilegt, so geschieht es wegen der *Anwendungen*, deren es fähig ist. Diese Fähigkeit, welche gewisse Dinge besitzen, die verschiedenen Bedürfnisse des Menschen zu befriedigen, nenne ich Nützlichkeit. Gegenstände hervorzubringen, welche irgendeinen Wert an sich haben, heißt so viel, als Reichtum produzieren, weil die Nützlichkeit der Sachen zuerst ihren Wert begründet, und der Wert der Gegenstände es ist, der den Reichtum bestimmt. Indes können wir keine Sache selbst erschaffen; Alles, was wir tun können, besteht darin, etwas unter einer andern Form zu reproduzieren, d. h. wir können ihm die Eigenschaft der Nützlichkeit erteilen. Produktion ist also eine Schöpfung, nicht der materiellen Sache, sondern der Nützlichkeit, und [390] wird nach dem Werte geschätzt, der aus der Nützlichkeit der produzierten Sache entspringt. Die Nützlichkeit eines Objects wird, nach dem gewöhnlichen Maßstabe, durch die Quantität von andern Erzeugnissen, wofür es ausgetauscht wird, bestimmt. Diese Wertbestimmung, welche sich auf die im gesellschaftlichen Leben bestehende allgemeine Schätzung gründet, ist das, was *Adam Smith Tauschwert*, was Turgot *valeur appréciative* nennt, und was sich kürzer durch den Ausdruck ‚Wert‘ bezeichnen lässt.“

Soweit Herr Say, der in seiner Erklärung über „Wert“ und „Reichtum“ zwei Dinge miteinander verschmilzt, die doch immer separat gehalten sein sollten, und welche *Adam Smith* auch durch die Namen Nutzwert und Tauschwert voneinander unterscheidet. Kann ich mittelst einer vollkommneten Maschine mit derselben Quantität Arbeit zwei Paar Strümpfe, statt einem Paar, fabrizieren, so schadet dies, obgleich der Wert beider Paare sich vermindert hat, dem Nutzen des einen Paar Strümpfe doch keinesweges. Wenn ich nun eine

---

Konkurrenz diese Produkte zur Hälfte ihres vorigen Preises sinken; da man aber für das nämliche Kapital-Einkommen jetzt das Doppelte an Baumwollenwaren erhält, so ist das Publicum im *Verhältnis zu den Baumwollenwaren* noch einmal so reich geworden. (Anmerkung des Übersetzers.)

ganz gleiche Anzahl Röcke, Schuhe, Strümpfe und anderer Dinge, wie vorher, hätte, so würde ich zwar genau eine gleiche Quantität nützlicher Gegenstände besitzen, und demnach auch noch ebenso reich wie bisher sein, wenn Nützlichkeit den Maßstab von Reichtum abgäbe; ich würde indes doch nur einen geringeren Betrag an Wert haben, da meine Strümpfe nur noch halb so viel als vorher wert sein würden. Nützlichkeit ist also nicht der Maßstab des Tauscherts.

[391] Wenn wir Herrn Say fragen, worin Reichtum besteht, so antwortet er, „in dem Besitz von Gegenständen, welche Wert haben.“ Fragen wir ihn dann, was er unter Wert verstehe, so heißt es, „Dinge haben Wert in dem Grade, als sie Nützlichkeit besitzen.“ Auf unsere weitere Frage um Aufklärung in Betreff der Kennzeichen, wornach wir die Nützlichkeit der Dinge beurteilen können, erhalten wir zur Antwort: „nach ihrem Werte.“ So wäre demnach Nützlichkeit der Maßstab des Werts, und Wert der Maßstab der Nützlichkeit<sup>67</sup>. Indem Herr Say von den Vortrefflichkeiten und Mängeln des großen Werks von *Adam Smith* redet, rechnet er es ihm unter andern auch zum Fehler an, dass „er der menschlichen Arbeit allein die Kraft beimisst, Wert zu produzieren. Eine richtigere Analyse zeigt uns, dass Wert durch Arbeit oder vielmehr Industrie des Menschen, welche mit jenen Produktions- [392] kräften, womit die Natur aushilft, und mit denen der Kapitale gemeinschaftlich wirkt, erzeugt wird. Seine Unkenntnis dieses Prinzips hinderte ihn an der Aufstellung einer richtigen Theorie des Einflusses der Maschinen auf die Produktion des Reichtums.“

Im Widerspruche mit der Meinung *Adam Smith's* spricht Herr Say im vierten Kapitel des ersten Buches seines *Traité d'Economie politique* über den Wert, welcher den Erzeugnissen durch natürliche Produktionskräfte, als Sonne, Luft, Druck der Atmosphäre u. s. w., welche oft an die Stelle menschlicher Arbeit treten, und zuweilen auch mit derselben in der Erzeugung konkurrieren, erteilt wird<sup>68</sup>. Diese natürlichen Produktions- [393] hebel fügen

---

<sup>67</sup> Wenn Hr. *Say* gesagt hat: der Wert, den man in die Gegenstände setze, sei der Maßstab ihrer Nützlichkeit, so will er doch nicht, dass man daraus den Schluss ziehe: wenn der Preis eines Gegenstandes sinke, müsse auch ihre Nützlichkeit abnehmen; sondern er meint, mit der Nützlichkeit eines Gegenstandes, dessen Preis sinke, verhalte es sich wie mit der Luft, die uns gar nichts zu stehen komme und doch sehr nützlich sei. – Übrigens sei es nicht ein fehlerhafter Zirkelschluss, zu sagen, der Wert sei der Maßstab der Nützlichkeit, und die Nützlichkeit sei der Maßstab des Werts, wenn diese Eigenschaften bei ihren Veränderungen einen ganz gleichen Gang nähmen, was aber nicht der Fall ist.

(Anmerkung des Übersetzers.)

<sup>68</sup> „Der erste Mensch, welcher es erfand, die Metalle durch Feuer zu erweichen, ist keinesweges als der Schöpfer des größeren Wertes zu betrachten, den dieser Prozess dem geschmolzenen Erze gibt. Dieser Wert ist vielmehr das Resultat der physischen Wirkung des Feuers, verbunden mit der Industrie und den Kapitalen derjenigen, welche diese Kenntnis zu ihrem Vorteile benutzten.“

„Dieser Irrtum hat *Smith* zu der falschen Folgerung veranlasst, dass der Wert aller Erzeugnisse die neuere oder frühere Arbeit des Menschen vorstelle, oder mit andern Worten, dass Reichtum nichts anders sei, als *akkumulierte Arbeit*. Diesem nach sei – ein zweiter ebenso irriger Schluss – c (S. Chap. 4. pag. 31.). Die Folgerungen, womit Hr. *Say* hier schließt, sind seine eigenen, nicht die des Dr. *Smith*; sie sind richtig, in dem Falle, dass kein Unterschied zwischen Wert und Reichtum gemacht wird; aber obgleich *Adam Smith*, welcher den Ausdrück Reichtum dahin erklärte, dass er in dem Überflusse an den Notwendigkeiten, Bequemlichkeiten und Annehmlichkeiten des menschlichen Lebens bestehe, wohl zugestanden haben dürfte, dass Maschinen und natürliche Produktionskräfte sehr viel zu dem Reichtume eines Landes beitragen können, so würde er es doch schwerlich eingeräumt haben, dass sie den Tauschwert um irgendetwas erhöhten.

(Anmerkung des Verfassers.)

Das unentgeltliche Wirken der Naturkräfte, wenn sie die entgeltliche Arbeit der Menschen und der Kapitale ersetzen, macht, dass der Wert der Produkte sinkt. Da aller Wert relativ ist, so kann der Wert der Produkte nicht sinken, ohne dass der Wert der Einkommen (oder der produktiven Fonds, aus denen diese Einkommen fließen) sich vermehre. Die Konsumenten sind umso reicher, je wohlfeiler die Produkte sind. Ich habe anderwärts

indes, obgleich bedeutend zum Nutzwert, nie etwas zum Tauschwert einer Sache, von welchem Hr. Say hier spricht, bei; denn sobald mittelst Maschinenwerken oder, in Folge physikalischer Kenntnisse, durch Naturkräfte eine Arbeit verrichtet wird, welche sonst Menschenhänden oblag, fällt auch aus leicht zu erachtenden Gründen der Tauschwert einer solchen Arbeit. Wenn z. B. zehn Menschen eine Getreidemühle drehten, man aber späterhin die Entdeckung machte, dass, mit Hülfe des Windes oder des Wassers, die Arbeit dieser zehn Leute erspart werden könne, so würde das Erzeugnis der durch die Mühle verrichteten [394] Arbeit, nämlich das Mehl, augenblicklich, nach Maßgabe der Quantität ersparter Arbeit, im Werte sinken, und der Staat durch den Betrag der Erzeugnisse, welche die Arbeit der zehn Menschen (da der zu ihrem Unterhalt bestimmte Fonds noch ganz derselbe sein würde), außerdem produzieren könnte, bereichert werden.

Herr Say beschuldigt den Dr. Smith, dass er den Wert, welcher den Erzeugnissen durch natürliche Produktionskräfte und Maschinen erteilt wird, unbeachtet gelassen habe, indem er der Meinung gewesen sei, dass der Wert aller Dinge von der unmittelbar durch Menschenhände verrichteten Arbeit abhängt. Es scheint mir indes nicht, dass diese Beschuldigung gegründet sei, da *Adam Smith* ja keinesweges die Dienste, welche natürliche Produktionskräfte und Maschinen uns leisten, außer Augen setzt, sondern nur mit vollem Rechte die Art des Werts unterscheidet, welchen sie den Erzeugnissen geben; sie sind uns nämlich nützlich, indem sie die Fülle der Erzeugnisse mehren helfen, den Menschen reicher machen und den Nutzwert erhöhen; da sie aber ihre Arbeit gratis verrichten, da für den Gebrauch der Luft, der Sonnenhitze und des Wassers nichts bezahlt wird, so kann ihre Mitwirkung auch nichts zum Tauschwert hinzufügen. Im ersten Kapitel des zweiten Buchs gibt Hr. Say selbst eine ähnliche Definition vom Werte, indem er sagt, dass „Nützlichkeit die Begründerin des Werts sei, dass Erzeugnisse nur darum begehrt seien, weil sie auf irgendeine Weise Nutzen gewähren, dass übrigens aber ihr Wert keinesweges von ihrer [395] Nützlichkeit, nicht von dem Grade abhängt, in welchem sie begehrt seien, sondern von der Quantität von Arbeit, welche ihre Produktion gekostet habe.“ „Die Nützlichkeit eines Erzeugnisses, in diesem Sinne genommen, macht es zum Gegenstande menschliches Begehrens, und begründet so eine desfallsige Nachfrage. Wenn, um etwas zu erhalten, der Wunsch darnach hinreicht, so ist es als ein Bestandteil des natürlichen Reichtums zu betrachten, der dem Menschen in einer unbegrenzten Quantität zugeteilt ist, und wovon er, ohne dass er etwas dafür zu bezahlen hat, Gebrauch macht; der Art sind Luft, Wasser, Sonnenlicht usw. Erhielte er auf diese Weise Alles, was er braucht und wünscht, so würde er unendlich reich sein; er würde nichts entbehren. Leider ist dies aber der Fall nicht; der größere Teil desjenigen, was ihm Bedürfnis, was ihm angenehm ist, so wie desjenigen, was ihm im geselligen Zustande, wofür er eigentlich geschaffen zu sein scheint, durchaus unentbehrlich ist, wird ihm nicht gratis gereicht; es kann nur durch gewisse Arbeiten, durch Anwendung eines gewissen Kapitals, und in vielen Fällen durch Bebauung von Ländereien herbeigeschafft werden; dies sind Hindernisse des unentgeltlichen Genusses, Hindernisse, aus welchen eine wirkliche Produktionsausgabe entspringt, indem wir genötigt sind, für diese anderweitigen Produktionshebel etwas zu geben.“ – „Nur dann, wenn auf solche

---

bewiesen, dass das Wohlfeilerwerden der Produkte, welches von einer Ersparnis an den Produktionskosten herrührt, das Einkommen der Produzenten nicht im Mindesten angreife. Ein Manufakturist, der täglich 2 Paar Strümpfe à 3 Fr. verfertigt, gewinnt eben so viel, als wenn er 1 Paar à 6 Fr. verfertigte.

J. B. S.

Weise (nämlich durch Industrie, Kapital und Ländereien) einer Sache Nützlichkeit mitgeteilt worden ist, ist sie ein Produkt, *und hat sie Wert*. Ihre Nützlichkeit ist es, welche das Begehren [396] darnach begründet; *die zu deren Anschaffung erforderlichen Opfer und Ausgaben, oder mit andern Worten, ihr Wert*, beschränken indes die Ausdehnung dieses Begehrens.“

Die Verwirrung, welche aus der Verwechslung der Ausdrücke „Wert“ und „Reichtum“ entsteht, ergibt sich am deutlichsten aus folgenden Stellen<sup>69</sup>. Sein Zögling bemerkt: „Sie haben übrigens geäußert, dass der Reichtum eines Staates in dem Gesamtbetrage dessen bestehe, was er an Wert besitzt; es scheint mir nun daraus zu folgen, dass die Preiserniedrigung eines Erzeugnisses, z. B. von Strümpfen, indem sie den Gesamtbetrag des dem Staate gehörigen Werts vermindert, ebenso auch auf die Masse seines Reichtums wirken muss;“ worauf nun folgende Antwort erteilt wird: „Der *Gesamtbetrag* des Staatsreichtums wird dadurch nicht verringert werden. Zwei Paar Strümpfe werden statt einem Paare produziert, und zwei Paar, jedes zu drei Franken, haben eben so viel Wert als ein Paar zu sechs Franken. Das Einkommen des Staats bleibt dasselbe, weil der Manufakturist eben so viel an zwei Paaren, jedes zu drei Franken, gewinnt, als an einem Paare zu sechs Franken.“ So weit ist Hr. Say, wenn gleich im Irrtum, doch wenigstens konsequent. Wenn der Wert als Maßstab des Reichtums angenommen wird, so bleibt der Staat [397] in gedachtem Falle allerdings ebenso reich, als er vorher war, weil der Wert aller seiner Erzeugnisse noch der nämliche ist. Wir kommen nun aber zu des Hrn. Says Schlussfolgerung. „Wenn das Einkommen dasselbe bleibt, und dabei die Erzeugnisse im Preise fallen, so wird der Staat dadurch wirklich reicher. Fände dasselbe mit allen Erzeugnissen zu gleicher Zeit statt, welcher Fall nicht absolut unmöglich ist, so würde der Staat, da er sich alle Konsumtions-Artikel für die Hälfte ihres früheren Preises verschaffen könnte, ohne übrigens dabei an seinem Einkommen das Geringste verloren zu haben, noch einmal so reich geworden sein, und könnte noch einmal so viel Waren bezahlen als zuvor.“

In der ersten Stelle heißt es, dass, wenn alle Artikel des Überflusses wegen, auf ihren halben Preiswert herabfielen, der Staat dabei an seinem Reichtume nichts einbüßte<sup>70</sup>, weil die doppelte Quantität Erzeugnisse zu ihrem halben Werte, oder mit andern Worten, derselbe Wert da sein würde. Dagegen werden wir in der letztern Stelle belehrt, dass durch das Verdoppeln der Quantität der Erzeugnisse, wenn auch der Wert jedes einzelnen um die Hälfte vermindert [398] werden, und demnach der Wert aller Produkte zusammengenommen genau derselbe bleiben würde, doch der Staat doppelt so reich als vorhin geworden sei. In dem ersten Falle wird Reichtum nach dem Wertbelaufe, im zweiten nach dem Überflusse der zum menschlichen Lebensgenusse dienenden Erzeugnisse geschätzt. Hr. Say sagt ferner, „dass ein Mensch auch ohne Dinge von Wert unendlich reich sei, wenn er sich Alles, was er wünscht, umsonst verschaffen könne;“ und doch meint er an einer andern Stelle, „dass Reichtum nicht in den Erzeugnissen selbst, denn diese seien nicht Reichtum, wenn sie keinen Wert hätten, sondern in ihrem Wert bestehe.“ Liv. II. Chap. 1.<sup>71</sup>

---

<sup>69</sup> S. Hrn. Say in dessen „Catechisme d'Economie politique“ Seite 99.

<sup>70</sup> In der angezogenen Stelle ist gesagt, *dass das Einkommen des Staates das nämliche geblieben ist*; denn was den Reichtum anbelangt, so ist er um Alles das vermehrt worden, was man mit demselben Einkommen nun *Mehr* kaufen kann.

<sup>71</sup> Wenn man das Wort Reichtum in seiner weitesten Bedeutung nimmt, so sind es alle Besitztümer des Menschen, die, indem sie zu seiner Verfügung stehen, im Stande sind, auf was für Art es auch sei, seine Bedürfnisse oder auch nur seinen Geschmack zu befriedigen. In diesem Sinne gehört die Luft, die wir einatmen, das Sonnenlicht und selbst die Liebe unserer Familie und unserer Freunde mit zum Reichtum. Diesen Reichtum könnte man *natürlichen* nennen.

In einem engeren Sinne und wenn es bloß die Güter gilt, die ein reicher Mann, eine reiche Nation besitzen, ergibt sich, dass Reichtum etwas ist, das indem es fähig ist, die Bedürfnisse und den Geschmack der Menschen im Allgemeinen zu befriedigen, es doch nur mittelst einiger zu besiegenden Schwierigkeiten in ihr Eigentum erst gelangen kann. Daraus entsteht für diese Gegenstände *ein Wert*, d. h. die Eigenschaft, nicht anders erlangt werden zu können, als indem man so viel dafür gibt, als sie gekostet haben. Wenn ich einwillige, einen Scheffel Getreide für 2 Pfund Kaffee zu geben, so geschieht dies deswegen, weil ich den Genuss, den ich mir von 2 Pfund Kaffee verspreche, als Entschädigung für die [399] Schwierigkeiten achte, die mir bei der Erzeugung eines Scheffels Getreide zu besiegen waren. Hat der Eigentümer der 2 Pfund Kaffee die nämliche Ansicht hinsichtlich des Scheffels Getreide, so sage ich, dass der *Tauschwert* des Scheffels Getreide und der 2 Pfund Kaffee sich gegenseitig gleich ist. Und wenn Eins oder das Andere gegen ein 5 Franken-Stück ausgetauscht wird, so sage ich, dass Eins oder das Andere einen Teil des Reichtums ausmache, der gleich sei 5 Fr., dass sie dies wegen ihres Tauschwertes sind und im Verhältnis zu diesem Tauschwert. *Tauschwert* und *Reichtum* sind also Synonyme.

Reichtum nun in dieser Bedeutung des Worts, den man *Sozialreichtum* nennen könnte, da er nur in der Staatsgesellschaft existieren kann, macht den Gegenstand der Untersuchungen der *National-Ökonomie* aus, weil dieser allein fähig ist, zu wachsen, sich zu verteilen und sich wieder zu zerstören. –

Jetzt ist nun die große Schwierigkeit, die Gesetze des *Sozialreichtums* oder der National-Ökonomie mit denen des *natürlichen Reichtums* in Einklang zu bringen. Wenn ein Ackererzeugnis durch die bessere Anwendung, die wir von unserm Boden, von unsern Kapitalen und unserer Industrie machen, sich vervielfacht, so ist mehr Nützlichkeit erzeugt (natürlicher Reichtum) und zu gleicher Zeit scheint doch die Erzeugung des Sozialreichtums dadurch abgenommen zu haben, weil der Tauschwert des Produkts sich verringert. Der Sozialreichtum nimmt also nicht denselben Gang, wie der natürliche Reichtum; daher die Schwierigkeiten, in welche sich Lauderdale und Viele andere verwickelt haben, und die scheinbaren Widersprüche, welche *Ricardo* mir zum Vorwurf macht.

Wenn ein Fonds an Kapital, Land oder Industrie 50 Scheffel Getreide erzeugt, so würde er, im Verhältnis zu dieser Art der Erzeugnisse 10mal mehr wert sein, wenn man durch irgendeine Erfindung dahin gelangte, in der nämlichen Zeit 500 Scheffel zu erzeugen.

Wenn nun durch Ursachen, deren Entwicklung nicht hierher gehört, der Tauschwert jedes Scheffels Getreide, ungeachtet der vermehrten Quantität, sich auf seinem Preise

[400] hielte; dann würde die Vermehrung des erzeugten Reichtums gänzlich zum Vorteil der Produzenten sein, d. h. der Eigentümer des Land-, Kapital- und Industrie-Fonds, durch welchen die 500 Scheffel Getreide statt der 50 Scheffel erzeugt worden sind. Das Einkommen aus diesen Fonds würde sich also *verzehnfacht* haben.

Ist aber der Tauschwert jedes Scheffels Getreide im Verhältnis zur größern Quantität gesunken, so ist das Verhältnis des Gewinns noch immer wie 500 : 50, aber bloß für die Klasse der Konsumenten, die in diesem Fall um so vielmal reicher geworden sind, als sie weniger bezahlen.

J. B. S.

[401]

## Neunzehntes Kapitel.

### Von den Wirkungen der Akkumulation (Kapitalanhäufung) auf Gewinn und Interessen.

Aus dem, was über den Gewinn von Kapitalen gesagt worden ist, wird man ersehen, dass keine Akkumulation von Kapitalen den Gewinn dauernd verringern wird, es sei denn irgendeine bleibende Ursache zur Erhöhung des Arbeitslohns vorhanden. Würden die Fonds zur Unterhaltung der Arbeit verdoppelt, verdreifacht oder vervierfacht werden, so dürfte es nicht lange schwer halten, die zur Anwendung dieser Fonds erforderliche Anzahl von Händen herbeizuschaffen; wegen der zunehmenden Schwierigkeit, die Quantität der Nahrungsmittel fortwährend zu vermehren, würden jedoch Fonds von demselben Werte wahrscheinlich nicht mehr für dieselbe Quantität Arbeit ausreichen. Könnte man die Lebensmittel des Arbeiters fortwährend mit gleicher Leichtigkeit vermehren, so würde keine bleibende Veränderung in dem Standpunkt des Gewinns und des Arbeitslohns stattfinden, zu welchem Betrage sich die Kapitale auch häufen [402] möchten. *Adam Smith* schreibt indes die Erniedrigung des Gewinns ausschließlich der Akkumulation der Kapitale und der daraus entspringenden Konkurrenz zu, ohne dabei auf die zunehmende Schwierigkeit der Anschaffung von Nahrungsmitteln für die größere Anzahl von Arbeitern, welche das Kapitalvermögen notwendig macht, sein Augenmerk zu richten. „Die Vermehrung der Kapitale, sagt er, zieht mit einer Erhöhung des Arbeitslohns eine Verminderung des Gewinns nach sich. Wenn die Kapitale vieler reichen Kaufleute sich in einer und derselben Spekulation begegnen, so hat diese gegenseitige Konkurrenz eine Verringerung ihres Gewinn bei diesem Geschäfte zur Folge; und wenn sich eine gleiche Kapitalhäufung in all den verschiedenen Handelsgeschäften zeigt, die in einem und demselben Lande geführt werden, so muss dieselbe Ursache auch dieselbe Wirkung überhaupt hervorbringen.“ *Adam Smith* spricht hier von einem Steigen des Arbeitslohns; es ist aber nur ein temporäres Steigen, welches sich durch die, schon vor der Zunahme der Bevölkerung vermehrten, Fonds erklärt: auch scheint er nicht daran gedacht zu haben, dass zu eben derselben Zeit, als das Kapital sich vermehrt, auch die Arbeit, welche mittelst Kapital verrichtet werden soll, in gleichem Verhältnisse zunimmt. Hr. Say hat übrigens sehr genügend bewiesen, dass es keinen, noch so hohen, Kapitalbetrag gebe, der nicht in einem Lande angelegt werden könnte, da die Nachfrage einzig und allein in der Produktion ihre Grenzen finde. Niemand produziert anders, als in der Absicht, zu konsumieren oder zu verkaufen, und verkauft nie anders, [403] als um für das gelöste Geld irgendein anderes Erzeugnis einzuhandeln, welches ihm entweder sofortigen Nutzen gewähren oder zur künftigen Produktion beitragen kann. Indem er also produziert, wird er notwendig entweder der Konsument seines eigenen Erzeugnisses, oder der Käufer und Konsument der Erzeugnisse irgendeines Andern. Nicht wohl denken lässt es sich, dass er wegen der Erzeugnisse, welche er am vorteilhaftesten produzieren kann, um seinen in Augen habenden Zweck, nämlich den Besitz anderer Gegenstände, zu erreichen, irgend lange übel

beraten sein sollte; und es ist daher auch nicht wahrscheinlich, dass er fortwährend einen Artikel produzieren werde, nach welchem keine Nachfrage herrscht<sup>72</sup>.

Es können sich daher in einem Lande Kapitale nie so sehr anhäufen, dass sie nicht produktiv angewendet werden könnten, es sei denn, dass der Arbeitslohn sich [404] in Folge des Steigens der Preise der Lebensbedürfnisse so hoch setzte, und folglich so wenig als Kapitalgewinn übrigbliebe, dass der Grund zur Akkumulation aufhörte<sup>73</sup>. Solange die Kapitalzinsen hochstehen, werden die Menschen stets Grund zur Akkumulation haben. Solange Jemandes Wünsche noch nicht alle erfüllt sind, wird er nach mehreren Gegenständen Nachfrage halten, und diese wird effektiv werden, sobald er dafür noch irgendeinen anderweitigen Wert anzubieten hat. Man gebe einem Menschen, der schon 100,000 Pfund Sterl. jährliches Einkommen hat, noch 10,000 Pfd., und er wird diese gewiss nicht in seinen Kasten verschließen, sondern entweder seine Ausgabe um 10.000 Pfd. vermehren, oder sie produzierend anlegen, oder auch sie einem Andern zu diesem Zwecke leihen; in jedem dieser drei Fälle würde die Nachfrage, obgleich nach verschiedenen Gegenständen, vermehrt werden. Hätte er sich entschlossen, einen größeren Aufwand zu machen, so würde seine effektive Nachfrage wahrscheinlich auf Gebäude, Hausgerät oder sonst ein ähnliches Bedürfnis gehen. Möchte er seine 10,000 Pfd. auf produktive [405] Weise anlegen, so würde sie vornehmlich auf Lebensmittel, Kleidung und rohes Material gerichtet sein, um neue Arbeiter damit anzulegen; aber immer würde Nachfrage da sein<sup>74</sup>.

---

<sup>72</sup> \*) *Adam Smith* stellt Holland als Beispiel auf, dass die Verringerung der Gewinnquote aus der Anhäufung der Kapitalfonds und aus dem daraus folgenden Umstande, dass jedes Geschäft überladen sei, hergeleitet werden müsse. „Die Regierung macht dort Anleihen zu 2 Prozent, und Privatleute von gutem Kredit zu 3 Prozent.“ Es hätte aber doch auch nicht vergessen werden sollen, dass Holland genötigt war, fast seinen ganzen Kornbedarf zu importieren, und dass es dadurch, dass es die Lebensbedürfnisse des Arbeiters mit hohen Abgaben belegte, den Arbeitslohn noch mehr in die Höhe trieb. Diese Tatsachen werden hinlänglich für den niedrigen Maßstab des Gewinns und der Interessen in Holland sprechen.

(Anmerkung des Verfassers.)

<sup>73</sup> Passt das Folgende wohl ganz zu des Hrn. *Says* vorhin ausgesprochenem Grundsatz? „Je größer der Überfluss disponibler Kapitale im Verhältnisse der Möglichkeit zu deren Benutzung ist, desto mehr wird die Interessen-Quote von Kapitalanleihen fallen.“ — Liv. II. Chap. 8. Wenn Kapitale, so groß auch der Gesamtbetrag derselben sein möge, im Lande ihre Anlegung finden können, wie kann da noch von einem Überflusse derselben, im Verhältnisse zu der Möglichkeit ihrer Benutzung, die Rede sein?

(Anmerkung des Verfassers.)

<sup>74</sup> *Adam Smith* sagt: „Wenn das Erzeugnis irgendeines einzelnen Erwerbzweiges den Bedarf des Landes übersteigt, so muss das Überflüssige ins Ausland gesandt und gegen etwas Anderes, was im Mutterlande Abnehmer findet, umgetauscht werden. Ohne eine solche Ausfuhr müsste ein Teil der produzierenden Arbeit des Landes aufhören und der Wert ihres jährlichen Erzeugnisses sich notwendig vermindern. Land und Arbeit bringen in Großbritannien in der Regel mehr Getreide, Wollenzeuge und Stahlwaren hervor, als das Bedürfnis des Landes es erfordert; der überflüssige Teil dieser Artikel muss daher ins Ausland gesandt, und gegen andere im Mutterlande begehrte fremde Erzeugnisse umgesetzt werden. Nur mittelst solcher Exportation kann der Überschuss an Erzeugnissen einen zur Vergütung der Kosten und Arbeit ihrer Produktion hinreichenden Wert gewinnen.“ Man dürfte nach Lesung der obigen Stelle leicht auf den Gedanken geraten, dass *Adam Smith* geglaubt habe, wir wären gewissermaßen genötigt gewesen, ein Plus an Getreide, Wollenzeugen und Stahlwaren zu produzieren, und dass das Kapital, welches dasselbe produzierte, nicht anders hätte angelegt werden können. Es hängt indeß stets von der Wahl ab, auf welche Weise ein Kapital angewendet werden soll, weshalb nie auf eine lange Zeit eine Plusproduktion bei irgendeinem Erzeugnisse Statt finden kann; denn wenn dies wäre, würde die Ware bald unter ihren natürlichen Preis sinken und das Kapital zu einem vorteilhafteren Geschäft benutzt werden. Kein Schriftsteller hat genügender und geschickter, als Dr. *Smith*, die Nothwendigkeit dargetan, Kapitale aus solchen Geschäften zu ziehen, bei welchen die produzierten Waren nicht durch ihren Preis, außer dem gewöhnlichen Kapitalgewinn, auch alle Kosten erstatten, welche die Produktion und der Transport derselben verursacht. Chap. X b. I.

[406] Erzeugnisse werden stets durch Erzeugnisse gekauft; das Geld dient bloß als Medium, wodurch der Tausch bewirkt wird. Von einem einzelnen Artikel, wovon der Markt so überschwemmt werden kann, dass das darauf verwendete Kapital aus dem Ertrage nicht wieder herauskommt, mag wohl einmal zu viel produziert werden; dieser Fall kann aber nicht in Hinsicht aller Erzeugnisse eintreten; die Nachfrage nach Getreide wird durch die Anzahl Mäuler, welche es zu verzehren haben, die Nachfrage nach Schuhen und Röcken durch die Anzahl Personen, welche sie tragen sollen, beschränkt; wenn aber auch eine Gemeinde, oder ein Teil einer Gemeinde, so viel Getreide und so viel Hüte und Schuhe haben mag, als sie zu konsumieren im Stande ist oder wünscht, so kann doch dasselbe nicht auch von jedem durch Natur oder Kunst produzierten Erzeugnisse gesagt werden. Manche möchten gern mehr Wein trinken, wenn sie im Stande wären, sich denselben verschaffen zu können; andere dagegen, mit Wein hinlänglich versehen, wünschen, die Quantität ihres Hausrats vermehren, oder die Qualität desselben verbessern zu können; wieder Andere möchten gerne ihre Gärten mit Zierraten versehen, oder ihre Wohnungen erweitern. Der Wunsch, Alles, oder doch Viel, zu haben, ist in jede menschliche Brust eingepflanzt; es bedarf zur Erlangung des Gewünschten nichts, als der Mittel, und nichts anders kann diese Mittel verleihen, als eine Vermehrung der Produktion. Ständen mir nur die nötigen Lebensmittel und sonstigen Bedürfnisse zu Gebot, so würde ich nicht lange um Arbeiter verlegen [407] sein, die mich in den Besitz einiger der mir besonders nützlichen oder wünschenswerten Gegenstände setzen sollten.

Ob diese vermehrte Produktion und die dadurch veranlasste größere Nachfrage den Kapitalgewinn schwächen wird oder nicht, hängt lediglich von dem Steigen des Arbeitslohns, und dieses, ausgenommen während eines beschränkten Zeitraums, von der Leichtigkeit ab, mit welcher die Nahrungsmittel und übrigen Lebensbedürfnisse der arbeitenden Klasse produziert werden, ich sage, ausgenommen während eines beschränkten Zeitraums, indem wohl kein Punkt fester steht, als dass der Vorrat von Arbeitern stets am Ende im gehörigen Verhältnis mit den Mitteln zu ihrem Unterhalte stehe.

Nur einen einzigen Fall gibt es, der aber auch bloß temporär sein würde, in welchem die Akkumulation der Kapitale bei einem niedrigen Preisstande der Lebensmittel ein Fallen des Gewinns zu gewärtigen hat, und zwar dann, wenn die Fonds zur Unterhaltung der Arbeit sich um vieles schneller vermehren als die Bevölkerung; der Arbeitslohn wird in diesem Falle hoch und der Kapitalgewinn niedrig stehen. Wenn jedermann sich des fernern Gebrauchs von Luxusartikeln enthalten, und nur auf Anhäufung seines Vermögens erpicht sein würde, so dürfte eine Quantität von Bedürfnissen produziert werden, für welche es augenblicklich an Abnehmern fehlen würde. Von diesen in der Anzahl so beschränkten Erzeugnissen würde sich ohnzweifelnd bald eine allgemeine Überschwemmung ein- [408] stellen, und folglich weder Begehren nach einem anderweitig davon zu produzierenden Quantum noch Gewinn bei der fernern derartigen Anwendung von Kapitalen zu hoffen sein. Wird nicht mehr konsumiert, so hört auch das Produzieren auf. Obiges zugestanden schadet doch dem allgemeinen Grundsatz keinesweges; in einem Lande, z. B. wie *England*, lässt es sich nicht wohl annehmen, dass man dort irgend Neigung bekäme, das ganze Kapital und die ganze Arbeit des Landes allein zur Produktion von Lebensnotwendigkeiten anzuwenden.

---

(Anmerkung des Verfassers.)

Wenn Kaufleute ihre Kapitale in den ausländischen oder in den Seehandel legen, so geschieht dies stets aus Wahl, nie aus Notwendigkeit; es geschieht darum, weil bei jenem Handel ihr Gewinn etwas bedeutender ausfallen dürfte als bei dem Binnenhandel.

*Adam Smith* hat sehr richtig bemerkt, dass das Verlangen nach Nahrung in jedem Menschen durch den engen Raum des menschlichen Magens begrenzt sei, dass dagegen das Verlangen nach den Bequemlichkeiten und Verschönerungen in Wohnung, Kleidung, Equipage und Hausgerät keine Grenzen zu haben scheine.“ Die Natur hat demnach zwar bestimmt, wie viel Kapital zu einer und derselben Zeit vorteilhaft auf den Ackerbau angewendet werden kann, aber dem Betrage des Kapitals, welcher zur Anschaffung von Bequemlichkeiten und Annehmlichkeiten des menschlichen Lebens dient, keine Schranken gesetzt. Um diese Lebensgenüsse in der [409] größten Fülle zu erhalten, und weil dieser Zweck durch den ausländischen oder Seehandel besser herbeizuführen ist, geben sich Kaufleute lieber damit ab, als dass sie die nötigen Artikel, oder Surrogate dafür, im Lande verfertigen lassen. Wenn indes besondere Umstände uns hindern sollten, unsere Kapitale in den ausländischen Handel zu geben, so würden wir sie, obgleich mit geringerem Vorteile, im Lande anlegen; und da die Nachfrage nach Lebensbequemlichkeiten, Verschönerungen in Wohnung, Kleidung, Equipage und Hausgerät, keine Grenzen hat, so ist derselbe Fall auch hinsichtlich des zu deren Anschaffung zu verwendenden Kapitals, (die Grenze ausgenommen, welche unsere Mittel, in Betreff des Unterhalts der produzierenden Arbeits-Klasse, beschränkt,) mit Grund anzunehmen.

*Adam Smith* spricht indes von dem Seehandel, als beruhe er nicht auf Wahl, sondern auf Notwendigkeit, gleichsam als bliebe das darauf verwendete Kapital, wenn es nicht so angelegt würde, müßig liegen, und als könnte das in dem einheimischen Landhandel benutzte Kapital überfließen, wenn es nicht auf einen bestimmten Betrag beschränkt würde. Er drückt sich darüber nämlich folgendermaßen aus: „Wenn das Kapitalvermögen eines Landes zu einem solchen Grade angewachsen ist, dass es nicht in der Sorge für die heimische: Konsumption und zum Unterhalt der im Lande befindlichen produzierenden Arbeits-Klasse ganz und gar benutzt werden kann, so ergießt sich der Überschuss, dem natürlichen [410] Laufe der Dinge gemäß, in den Seehandel, um auf diese Weise andern Ländern dieselben Dienste zu leisten.“

„Mit einem Teile des überflüssigen Ertrags der Britischen Industrie werden jährlich ungefähr sechs und neunzig Tausend Fässer Tabak gekauft; der Bedarf Großbritanniens erfordert jedoch nicht mehr als etwa vierzehn Tausend Fässer von diesem Artikel. Wenn nun die übrigbleibenden zwei und achtzig Tausend Fässer nicht ins Ausland versandt, und gegen etwas Anderes, was im Inlande in größerem Begehr steht, umgesetzt werden könnten, so würde die Einfuhr dieses Quantum augenblicklich aufhören, und mit ihr auch die produzierende Arbeit aller der Einwohner Großbritanniens, welche gegenwärtig mit der Verfertigung derjenigen Waren, wofür die zwei und achtzig Tausend Fässer Tabak jährlich eingekauft werden, beschäftigt sind.“ Könnte denn aber dieser Teil der produzierenden Arbeit Großbritanniens nicht auch auf die Verfertigung irgendeines andern Artikels, womit etwas Anderes, was im Inlande in größerem Begehr steht, eingetauscht werden könnte, angewendet werden? Und wenn dies auch nicht, könnten wir nicht diese produzierende Arbeit, wenn auch mit geringerem Vorteile, dahin benutzen, dass jene im Lande begehrteren Artikel, oder wenigstens ein Surrogat dafür, in Großbritannien selbst verfertigt würden? Wenn wir Samt brauchten, könnten wir nicht versuchen, selbst Samt zu bereiten; und wenn wir darin nicht nach [411] Wunsch reüssierten, könnten wir statt dessen nicht mehr Tuch oder sonst einen andern begehrten Artikel fabrizieren?

Wir verfertigen Waren, und kaufen damit ausländische Erzeugnisse, weil wir uns auf diese Weise eine größere Quantität davon zueignen können; als wenn wir sie im eigenen Lande produzieren würden. Man nehme uns diesen Tauschhandel, und wir werden augenblicklich wieder für uns selbst arbeiten. Diese Meinung *Adam Smiths* weicht jedoch von allen seinen über diesen Gegenstand bereits ausgesprochenen Grundsätzen sehr ab. „Kann ein anderes Land uns mit einer Ware wohlfeiler versehen, als wir sie selbst produzieren können, so ist es besser, dass wir sie mit einem Teile des Ertrags unserer eigenen Industrie, wenn dieser nämlich an sich einigen Vorteil für uns abwirft, von demselben kaufen. Die allgemeine Industrie des Landes wird, *da sie stets im Verhältnisse zu dem, sie belebenden, Kapitale bleibt*, dadurch keinesweges verlieren, sondern nur in die Notwendigkeit kommen, sich einen Weg auszumitteln, auf welchem das Kapital mit dem größten Vorteile angelegt werden kann.“

An einem andern Orte heißt es: „Diejenigen, welche über mehr Nahrungsmittel zu gebieten haben, als sie selbst verzehren können, sind daher stets bereitwillig, ihren Überfluss daran, oder was dasselbe ist, den dafür zu erhaltenden Preis gegen Bedürfnisse anderer Art [412] umzutauschen. Was nach Befriedigung des begrenzten Verlangens übrig bleibt, wird der Befriedigung derjenigen Wünsche geopfert, welche nie völlig zu befriedigen sind, und sämtlich unbegrenzt zu sein scheinen. Der Arme bemüht sich um sein tägliches Brot, die Wünsche des Reichern ins Leben zu bringen, und wetteifert, zur gewisseren Erreichung seines Zwecks, mit Andern in der Wohlfeilheit und Güte der Arbeiten. Mit der mehr und mehr sich häufenden Quantität von Nahrungsmitteln, oder vielmehr mit der zunehmenden Verbesserung und Bebauung von Ländereien, mehrt sich auch die Anzahl von Arbeitern; und da die Art ihres Gewerbes die möglichste Verteilung der Arbeiten zulässt, so nimmt auch der Bedarf an den Materialien, welche sie zu ihren Arbeiten brauchen, in einem größeren Maße, als die Zahl der Arbeiter zu. Dies gibt nun Veranlassung zu einer starken Nachfrage nach allen Arten Material, welche der menschliche Erfindungsgeist zum Nutzen oder zur Verzierung an Gebäuden, Kleidung, Equipage oder Hausgerät anzuwenden weiß, so wie auch nach den in den Eingeweiden der Erde verborgenen Fossilien und Mineralien, kostbaren Metallen und Edelsteinen.“

*Adam Smith* hat die ganz richtige Bemerkung gemacht, dass es äußerst schwer halte, das gehörige Verhältnis des Kapitalgewinns zu bestimmen. „Der Gewinn ist so abwechselnd, dass selbst in einem einzelnen Geschäfte, um so mehr aber in dem allgemeinen Verkehr, sich nicht leicht ein Durchschnittsverhältnis ange- [413] ben lässt. Wie selbiges früher oder in weit zurückgehenden Zeiträumen gewesen sein mag, darüber kann man mit einiger Bestimmtheit unmöglich urteilen.“ – Weil es aber doch natürlich sei, dass für die Benutzung des Geldes viel bezahlt werden müsse, wenn viel damit ausgerichtet werden kann, so meint er, dass „der Marktpreis der Interessen uns zu einiger Kenntnis des Gewinnverhältnisses führen und die Geschichte des Fortschreitens der Interessen uns auf die des Fortschreitens der Gewinnquoten schließen lassen könnte.“ In der Tat würden wir auch, wenn der Marktpreis der Interessen während eines einigermaßen bedeutenden Zeitraums der Vergangenheit genau angegeben werden könnte, einen ziemlich richtigen Maßstab haben, nach welchem sich das Fortschreiten der Gewinnquoten bestimmen ließe.

Indes hat sich in allen Ländern, aus irrigen staatswirtschaftlichen Begriffen, die Obrigkeit stets ins Mittel geschlagen, und durch Anordnung von schweren, ruinierenden Geldstrafen für alle die, welche mehr als die gesetzlichen Interessen nehmen würden, zugleich verhindert, dass ein billiger und freiwilliger Marktpreis der Interessen sich bilde. Obgleich nun gewiss in allen Ländern jene gesetzliche Bestimmung trotz Allem zuweilen umgangen ist, so geben uns die Archive doch nur wenig Auskunft über dergleichen Fälle, und begnügen sich vielmehr, uns immer über den gesetzlichen, nicht aber über den Marktpreis

der Zinsen zu unterrichten. Während des gegenwärtigen Krieges standen die Schatz- [414] kammer- und Admiralitätsscheine zuweilen auf einem so hohen Diskonto, dass die Käufer derselben 7, 8 Prozent und noch mehr für ihr bares Geld erhielten. Anleihen wurden von der Regierung zu mehr als 6 Prozent Zinsen eröffnet, und einzelne Individuen mussten oft auf indirektem Wege über 10 Prozent geben; und doch war während derselben Zeit die gesetzliche Interessenquote immer nur auf 5 Prozent bestimmt. Es lässt sich also, wenn das frühere gesetzliche Maß von Interessen eben so bedeutend von dem Marktpreis derselben abgewichen sein sollte, in Betreff des Letztern wenig Genaueres daraus schließen. *Adam Smith* berichtet uns, dass, von dem 37sten Regierungsjahre Heinrich VIII bis zum 21sten des Königs Jacob I, fortwährend 10 Prozent das gesetzliche Zinsmaß gewesen sei. Bald nach der Restauration ward es auf 6 Prozent, und im 12ten Regierungsjahre der Königin Anna auf 5 Prozent herabgesetzt. Er glaubt, dass das gesetzliche Maß stets dem Marktpreise der Interessen gefolgt sei, nie denselben überschritten habe. Vor dem Amerikanischen Kriege ließ die Regierung zu 3 Prozent, und Leute von Kredit in der Hauptstadt, wie in mehreren anderen Teilen des Königreichs, zu 3 ½, 4 und 4 ½ Prozent.

Die Zinsquote, obgleich zuletzt und bleibend von dem Gewinnverhältnisse beherrscht, ist indes noch anderer Ursachen wegen temporären Veränderungen unterworfen. Mit jedem Wechsel in der Quantität und in dem Werte des Geldes, verändern sich natürlich auch [415] die Preise der Erzeugnisse. Auch verändern sie sich, wie wir bereits oben gesehen haben, bei einem eintretenden Missverhältnisse des Vorrats zur Nachfrage, wenn auch bei der Produktion der Erzeugnisse weder größere Leichtigkeit noch größere Schwierigkeit im Spiele gewesen ist. Werden die Marktpreise von Waren durch übergroßen Vorrat, durch abnehmende Nachfrage oder durch Steigen des Geldwertes gedrückt, so häuft sich aus natürlichen Gründen bei dem Manufakturisten, der zu den gesunkenen Preisen nicht gerne verkaufen möchte, ein ungewöhnlicher Vorrat von fertigen Erzeugnissen. Um nicht in seinen gewöhnlichen Zahlungsleistungen, wegen welcher er bisher stets von dem Absatze seiner Waren abzuhängen pflegte, zurückzubleiben, nimmt er nun seine Zuflucht zum Geldleiher, und ist oft genötigt, sich zu sehr hohen Interessen zu bequemen. Dergleichen Fälle sind aber nur temporär; denn entweder bewähren sich die Hoffnungen des Manufakturisten als wohl begründet, und der Marktpreis seiner Erzeugnisse bessert sich wieder, oder er merkt, dass es sich sobald damit nicht ändern werde, und schwimmt mit dem Strome fort; die Preise fallen nun, und Geld und Interessen gewinnen wieder ihren wirklichen Wert. Wird durch die Entdeckung eines neuen Bergwerks, durch Missbräuche in der Fabrizierung von Papiergeld oder durch irgendeine andere Ursache, die Quantität des Geldes bedeutend vermehrt, so hat auch dies gewöhnlich zuletzt die Wirkung, dass die Preise der Erzeugnisse im Verhältnisse zu dem größeren Geldvorrat steigen; doch findet sich auch dann immer eine Zwischenzeit, wäh- [416] rend welcher sich wirkende Ursachen auf den Stand der Interessen bemerklich machen.

Der Wert der fundierten Staatspapiere ist kein feststehender Maßstab, nach welchem das Verhältnis der Interessen beurteilt werden kann. In Kriegszeiten ist der Papiermarkt entweder so sehr mit fortwährenden Anleihen der Regierung überhäuft, dass der Preis der Papiere keine Zeit hat, vor dem Eintritte einer neuen Finanz-Operation, auf seinen richtigen Standpunkt zu gelangen, oder er wird auch durch das Voraussehen politischer Ereignisse gedrückt. In Friedenszeiten dagegen wird der Wert des Papiers durch den Einfluss des Tilgungsfonds, durch die Abneigung, welche eine gewisse Klasse von Menschen hegt, ihre Kapitale anders zu benutzen, als wie sie es bisher gewohnt gewesen, wie sie sie für am sichersten angelegt halten, und wobei ihnen ihre Dividenden stets mit der größten Regelmäßigkeit ausgezahlt wurden, gehoben, und dem gemäß die Zinsquote dieser Papiere herabgedrückt. Es ist übrigens noch bemerkenswert, dass für verschiedene Staatspapiere

von der Regierung ganz verschiedene Interessen gezahlt werden. Indes 100 Pfd. Sterl. Kapital in 5 Prozent Stocks zu 95 Pfd. verkauft wird, bezahlt man einen Schatzkammerschein von 100 Pfd., welcher jährlich nicht mehr als 4 Pfd. 114 Schill. Interessen trägt, zuweilen mit 100 Pfd. 5 Schill.; während der eine von dieser Art Scheine einem Käufer zu den bemerkten Preisen ein Interesse von mehr als 5½ Prozent abwirft, erhält der andere kaum über 41 Prozent. Da man in diesen [417] Schatzkammerscheinen sein Geld auf eine sichere und höchst bewegliche Weise anlegen kann, so sind es hauptsächlich die Banquiers, die immer mit einem gewissen Vorrat davon versehen sein müssen; würden sie sich weit über diesen Bedarf vermehren, so dürften sie wahrscheinlich eben so sehr im Werte fallen, als die 5 Prozent-Stocks. Die 3 Prozent-Stocks finden stets zu einem verhältnismäßig größeren Preise Käufer als die 5 Prozent-Stocks, weil die Kapitalschuld von beiden Papierarten nur – pari, d. h. 100 Pfd. Geld für 100 Pfd. Papier, eingelöst werden kann. Der Marktpreis der Interessen kann auf 4 Prozent heruntergehen, und die Regierung würde dann dem Inhaber von 5 Prozent-Stocks den Wert derselben pari bezahlen, es wäre denn, dass dieser aus eigenem Antriebe mit 4 Prozent oder einer geringeren Zinsquote als 5 Prozent vorlieb nehmen wollte. Die Regierung würde aber keinen Vorteil dabei haben, auf gleiche Weise den Inhaber der 3 Prozent-Stocks zu bezahlen, solange der Marktpreis der Interessen nicht unter 3 Prozent gesunken wäre. Um die Interessen der Nationalschuld zu bezahlen, werden zu vier verschiedenen Malen im Jahre beträchtliche Summen Geldes auf einige Tage der Zirkulation entzogen. Da diese Nachfrage nach Geld nur temporär ist, so hat sie selten auf die Preise Einfluss; durch die Zahlung einer bedeutenden Zinsquote wird sie gewöhnlich befriedigt<sup>75</sup>.

---

<sup>75</sup> „Alle Arten öffentlicher Anleihen, bemerkt Hr. *Say*, haben das Unangenehme, dass sie Kapitale oder Teile davon ein- [418] träglichen Geschäften entziehen und sie der Konsumption Preis geben. Finden sie in einem Lande statt, dessen Regierung kein großes Zutrauen einflößt, so haben sie noch ein anderes Übel in ihrem Gefolge, indem sie nämlich die Kapitalzinsen steigern. Wer würde wohl zu 5 Prozent jährlicher Zinsen dem Landmanne, Manufakturisten und Kaufmanne mit Geld an die Hand gehen, wenn sich ein Geldbenötigter bereitfände, 7 oder 8 Prozent zu zahlen? Die Art des Einkommens, welche man Kapitalzinsen nennt, würde also auf Kosten des Konsumenten steigen. Die Konsumtion würde, wegen des Steigens der Preise aller Erzeugnisse, abnehmen, und so auch die anderen produzierenden Arbeiten weniger begehrt, weniger gut bezahlt werden. Die ganze Nation, mit Ausnahme der Kapitalisten, würde bei einem solchen Zustand der Dinge leiden.“ Auf die Frage: „Wer würde wohl den Pächtern, Manufakturisten und Kaufleuten zu 5 Prozent jährlicher Zinsen Geld leihen, wenn ein anderer Geldbenötigter, wegen seines geringen Kredits, sich zu 7 oder 8 Prozent anheischig machte?“ erwidere ich, dass jeder vorsichtige, verständige Mann dies tun würde. Weil die Zinsquote da, wo der Leiher ein außerordentliches Risiko läuft, 7 oder 8 Prozent beträgt, kann dies einen vernünftigen Grund abgeben, dass sie da, wo das Geliehene solcher Gefahr nicht ausgesetzt ist, ebenso hoch sein soll? Hr. *Say* gibt zu, dass die Zinsquote von der Gewinnquote abhängt; daraus folgt aber nicht, dass die Gewinnquote auch von der Zinsquote abhängt. Die eine ist die Ursache, die andere die Wirkung, und unmöglich kann man, um einiger besonderen Umstände halber, beide die Plätze wechseln lassen.

(Anmerkung des Verfassers.)

[419]

## Zwanzigstes Kapitel.

### Von Ausfuhrprämien und Einfuhrverboten.

Der Zweck einer Prämie auf die Ausfuhr von Getreide geht dahin, dem ausländischen Konsumenten dieses Bedürfnis zu verwohlfeilern, ohne dass übrigens dadurch auf den inländischen Marktpreis eine bleibende Wirkung erregt werde.

Wenn man annimmt, dass, um den gewöhnlichen Kapitalgewinn abzuwerfen, das Getreide in *England* 4 Pfd. Sterl. das Maß kosten müsste, so könnte es alsdann nach fremden Ländern, wo das Maß nur mit 3 Pfd. 15 Schill. bezahlt würde, nicht ausgeführt werden. Wird indes eine Prämie von 10 Schill. für das Maß auf die Ausfuhr gesetzt, so kann es im Auslande zu 3 Pfd. 10 Schill. abgelassen werden, und es dem Getreidebauer auf diese Weise hinsichtlich seines Gewinns ganz gleich sein, ob er seinen Vorrat zu 3 Pfd. 10 Schill. auf dem fremden, oder zu 4 Pfd. auf dem inländischen Markt absetzt.

[420] Eine Prämie müsste daher, indem sie dem Auslande Britisches Getreide wohlfeiler liefern würde, als es dieses Bedürfnis selbst produzieren könnte, die Nachfrage nach Britischem Getreide notwendig auf Kosten der Nachfrage nach inländischem Getreide vermehren. Diese zunehmende Nachfrage nach Britischem Getreide würde zur natürlichen Folge haben, dass der Preis auf dem inländischen Markt für eine Zeitlang in die Höhe ginge; zugleich aber auch verhindern, dass derselbe während dieser Zeit sich im Auslande so niedrig setzte, als es durch die Prämie geschehen könnte. Indes würden die Ursachen, welche die gedachte Wirkung auf den Marktpreis von Getreide in *England* hervorbrächten, durchaus keinen Einfluss auf den natürlichen Preis dieses Bedürfnisses, auf dessen wirkliche Produktionskosten, äußern. Der Getreidebau würde weder mehr Mühe noch mehr Kapital erfordern, und demnach der Kapitalgewinn des Pächters, wenn er mit dem anderer Gewerbsleute bisher nur gleichen Schritt gehalten hätte, denselben nun, nach dem Steigen des Getreidepreises, bedeutend übertreffen. Durch die Erhöhung der Gewinnquote des Pächters würde die Prämie aufmunternd für den Ackerbau wirken, und deshalb Kapitale dem Manufakturisten entzogen werden, um so lange im Ackerbau zu wuchern, bis der vermehrte Begehrt für das Ausland gestillt worden wäre, da dann der Getreidepreis auf dem inländischen Markte wieder in sein altes Gleis, und so auch der Kapitalgewinn auf seinen gewöhnlichen Standpunkt zurücktreten würde. Da die starke Getreidezufuhr im Auslande ebenfalls eine Preis- [421] erniedrigung nach sich ziehen dürfte, so würden fernere Spekulanten dahin mit dem niedrigsten Gewinn vorliebnehmen müssen, bei welchem sie nur irgend in ihrem Handel bestehen könnten.

Die schließliche Wirkung einer Prämie auf die Ausfuhr von Getreide würde also keinesweges auf ein Steigen oder Fallen der Getreidepreise im eigenen Lande, sondern nur darauf hinauslaufen, dass dieselben dem ausländischen Konsumenten um den ganzen Betrag der Prämie, wenn der Stand der Getreidepreise sich vorher im In- und Auslande gleich gewesen wäre, und in einem geringeren Grade, falls der inländische Marktpreis über dem ausländischen gestanden hätte, ermäßigt worden wären.

Der Verfasser eines im fünften Bande des *Edinburgh Review* enthaltenen Aufsatzes, über eine auf die Getreideausfuhr zu legende Prämie, hat die Wirkungen, welche dieselbe auf die ausländische, wie auf die einheimische Nachfrage machen würde, sehr klar auseinandergesetzt. Auch hat derselbe mit Grund bemerkt, dass eine solche Maßregel dem

Ackerbau in dem ausführenden Lande einen erhöhten Schwung geben würde; übrigens ist er aber von derselben irrigen Meinung angesteckt, welcher auch der Dr. Smith, und, wie ich glaube, noch viele andere Schriftsteller gehuldigt haben. Er meint nämlich, dass, weil der Getreidepreis doch am Ende dem Arbeitslohn zum Maßstabe diene, sich nach ihm auch die Preise aller andern Bedürfnisse regeln [422] würden. Er sagt, dass „die Prämie aus dem Grunde, weil sie den Gewinn des Pächters erhöhe, als ein Aufmunterungsmittel der Landwirtschaft dienen werde. Zwar wird der gestiegene Preis den inländischen Konsumenten die Mittel zur Anschaffung dieses notwendigen Lebensbedürfnisses eine Zeitlang schwächen, und so ihren Wohlstand vermindern; indes ist es augenscheinlich, dass dies Letztere nur von temporärer Dauer sein kann; denn so wie der Arbeitslohn der gewerbsamen Konsumenten früher durch die Konkurrenz bestimmt wurde, so wird dieselbe Ursache auch hier wieder dieselbe Wirkung erzeugen, indem sie nämlich den Geldpreis der Arbeit, und durch diesen, den der andern Bedürfnisse zu dem Geldpreise des Getreides *hinaufhebt*. Die Ausfuhrprämie wird demnach endlich den Geldpreis des Getreides auf dem inländischen Markt, nicht auf direktem Wege, sondern durch das Medium einer vermehrten Nachfrage aus dem Auslande und einer demgemäßen Erhöhung des wirklichen Preises dieses Bedürfnisses im Mutterlande, zum Steigen bringen, und dieses Steigen des Geldpreises wird, wenn es sich einmal auch den andern Bedürfnissen mitgeteilt hat, dann natürlich einen festen Standpunkt gewinnen.

Wenn es mir gelungen sein sollte, genügend bewiesen zu haben, dass das Steigen des Geldpreises des Arbeitslohns die Preise der Dinge nicht in die Höhe treibt, sondern dass dieses Steigen immer nur [423] den Gewinn trifft, so folgt daraus von selbst, dass die Preise der Dinge nicht in Folge einer Ausfuhrprämie steigen werden.

Indes würde ein durch vermehrte Nachfrage vom Auslande bewirktes temporäres Steigen der Getreidepreise auch auf den Geldpreis des Arbeitslohns ohne alle Wirkung sein. Das Steigen der Getreidepreise wird durch die Konkurrenz der Nachfrage nach diesem Artikel, dessen Vorrat bisher ausschließlich dem einheimischen Markte gehörte, herbeigeführt. Des erhöhten Gewinn wegen wird, ein größeres Kapital auf den Ackerbau verwendet, und man erhält nun einen überflüssigen Vorrat; bis man ihn aber erhalten hat, ist ein hoher Getreidepreis durchaus notwendig, um die Konsumtion mit dem Vorrat ins Gleichgewicht zu bringen, was durch ein Steigen des Arbeitslohns verhindert werden würde. Das Steigen der Getreidepreise ist eine Folge des Mangels an diesem Erzeugnisse, und das Mittel, wodurch die Nachfrage der inländischen Käufer vermindert wird. Mit einer Erhöhung des Arbeitslohns würde auch die Konkurrenz der Getreidekäufer zunehmen, und ein ferneres Steigen der Getreidepreise die notwendige Folge davon sein. In dieser Auseinandersetzung der Wirkungen einer Ausfuhrprämie ist mit keinem Worte eines Umstandes erwähnt worden, der den natürlichen Preis des Getreides, welcher am Ende doch immer den Marktpreis leitet, in die Höhe zu treiben vermag; denn wir haben noch nicht daran gedacht, dass, um einen bestimmten Ertrag zu [424] sichern, mehr Hände für den Ackerbau erfordert werden, welches allein den natürlichen Preis von Getreide heben kann. Wäre der natürliche Preis von Tuch auch nur 20 Schill. pro Yard, so könnte eine bedeutende Zunahme der ausländischen Nachfrage doch leicht den Preis auf 25 Schill. oder höher steigern; der Gewinn, welchen der Tuchmacher dabei machen würde, würde nun aber unfehlbar neue Kapitale zur „Konkurrenz herbeiziehen, und wenn dann auch die Nachfrage sich verdoppelt, verdreifacht oder vervierfacht haben sollte, so würde doch der benötigte Vorrat am Ende erhalten werden, und somit das Tuch wieder auf seinen natürlichen Preis von 20 Schill. herabsinken. Ebenso würde auch bei Getreide, wir möchten davon jährlich 2, 3 oder 800,000 Maß ins Ausland führen, dasselbe endlich immer doch wieder zu seinem natürlichen Preise, der sich nie verändert, es sei denn, dass eine verschiedene Quantität Arbeit zur Produktion erforderlich wird, produziert werden.

Wohl dürften in keinem Teile von *Adam Smiths* mit Recht gefeiertem Werke die Ansichten desselben mehr zum Widerspruch aufreizen, als in dem Kapitel von den Ausfuhrprämien. Zuerst spricht er von Getreide, als von einem Erzeugnisse, dessen Produktion mittelst einer Ausfuhrprämie nicht vermehrt werden könne; er glaubt vielmehr steif und fest, dass selbige nur auf die gegenwärtig produzierte Quantität einwirke, und kein Sporn für die künftige Produktion werden könne. In Jahren des Überflusses, sagt er, wird eine außeror- [425] dentliche Ausfuhr den Getreidepreis notwendigerweise über dem Standpunkt erhalten, zu welchem er sonst natürlich herabsinken würde. In Jahren des Misswachses dagegen muss, obgleich die Prämie oft aufgehoben wird, doch die starke Ausfuhr, welche sie in guten Jahren veranlasst, oft mehr oder weniger als Hindernis angesehen werden, weshalb der Überfluss eines Jahres die Lücken eines andern nicht auszufüllen vermag. Eine Prämie läuft also, sowohl in guten als in Missjahren, immer nur dahin aus, dass sie den Geldpreis des Getreides etwas höher treibt, als er sonst wohl auf dem einheimischen Markte gewesen sein würde<sup>76</sup>.

[426] *Adam Smith* scheint völlig überzeugt gewesen zu sein, dass die Richtigkeit seines Arguments ganz auf der Beantwortung der Frage beruhe: „ob nicht die Erhöhung des Geldpreises von Getreide, indem sie dem Pächter den Anbau dieses Bedürfnisses vorteilhafter macht, zur Aufmunterung der Produktion desselben gereichen würde?“

„Ich halte dafür, sagt er, dass dies der Fall sein dürfte, wenn die Prämie dahin wirkte, dass der wirkliche Preis des Getreides stiege, oder der Pächter in den Stand gesetzt würde, mit der nämlichen Quantität Getreide einer größeren Anzahl von Arbeitern, es sei reichlich, mittelmäßig oder knapp, aber nur auf dieselbe Weise Unterhalt zu geben, als derselbe andern Arbeitern in der Nachbarschaft gewöhnlich zu Teil wird.“

Wenn nichts anders von dem Arbeiter konsumiert würde, als Getreide, und wenn der Teil davon, welchen er bisher empfing, das Allermindeste wäre, womit er sein Leben fristen könnte, so möchte wohl einiger Grund zu der Meinung vorhanden sein, dass das dem Arbeiter zugemessene Quantum auf keine Weise [427] mehr reduziert werden dürfe; indes steigt der Arbeitslohn in Geld oft gar nicht, und nie in dem Verhältnisse, wie der Geldpreis des Getreides, weil dieses, wenn gleich einen wesentlichen Teil, doch immer nur einen Teil des Lebensunterhalts des Arbeiters ausmacht. Wenn sein halber Arbeitslohn für Getreide, die andere Hälfte aber für Seife, Licht, Feuerung, Tee, Zucker, Kleidung u. s. w., bei welchen

---

<sup>76</sup> An einem andern Orte sagt er, dass, „wie sehr auch der Begehrt des Auslandes durch die Ausfuhrprämie vermehrt werden möchte, dies doch in jedem einzelnen Jahre ganz auf Kosten des inländischen Märkts geschehen würde, da jedes Maß Getreide, welches mit Hülfe der Prämie ausgeführt wird, ohnedem nicht ausgeführt worden sein dürfte und im Lande geblieben wäre, wo es zur Vermehrung der Konsumtion und zur Erniedrigung der Preise dieses Bedürfnisses beigetragen haben würde. Die Getreide-, so wie jede andere Ausfuhrprämie, bürdet, wohl zu merken, zwei verschiedene Abgaben auf das Volk; erstlich die Abgabe, welche es erlegen muss, um die Kosten der Prämie zu decken, und zweitens die, welche sich aus dem gestiegenen Preise des Bedürfnisses auf dem einheimischen Markte erzeugt, und welche, da das ganze Volk Getreide kauft, hinsichtlich dieses einzelnen Bedürfnisses, von dem ganzen Volke getragen wird. Bei diesem einzelnen Bedürfnisse ist daher diese zweite Abgabe bei weitem die drückendste von beiden.“ – Demnach hat es für jede fünf Schillinge, welche es zur ersten Abgabe beiträgt, sechs Pfund vier Schillinge zur Bezahlung der zweiten beizutragen.“ „Die durch die Prämie veranlasste außerordentliche Getreideausfuhr entzieht daher nicht nur dem inländischen Markte und Consumo das, was sie dem ausländischen bringt, sondern hat auch, indem sie dem Anwachse der Bevölkerung und des Gewerbfließes des Landes Schranken setzt, zur schließlichen Folge, dass der allmählichen Zunahme des einheimischen Bedarfs dadurch Fesseln angelegt, und so nach einem langen Zeitraum, der ganze Markt und Consumo sich eher vermindert als vermehrt haben werden.“

(Anmerkung des Verfassers.)

Artikeln, wie ich voraussetze, keine Preiserhöhung statt gehabt haben darf, ausgegeben würde; so ist es klar, dass er mit anderthalb Maß Getreide, wenn der Preis auf 16 Schill. das Maß stände, völlig ebenso gut, als mit zwei Maß, wenn das Getreide nur 8 Schill. gälte, oder mit 24 Schill. an barem Gelde, ebenso gut, als vorher mit 16 Schill. gelohnt sein würde. Sein Arbeitslohn würde nur um 50 Prozent steigen, während das Getreide um 100 Prozent stieg, und es würde demnach hinlänglicher Grund vorhanden sein, um, falls es mit dem Gewinn bei andern Geschäften auf altem Fuße bliebe, mehr Kapital auf Länderei zu verwenden. Ein solches Steigen des Arbeitslohns würde aber auch Manufakturisten bewegen, ihre Kapitale vom Manufakturwesen auf den Ackerbau zu übertragen, denn während der Ökonom seine Erzeugnisse um 100 Procente teurer versilberte und nur 50 Prozent mehr Arbeitslohn bezahlte, würde der Manufakturist sich genötigt sehen, ebenfalls den Arbeitslohn um 50 Prozent zu erhöhen, obgleich er während dieser Zeit in dem Steigen seiner Fabrikate für diese Vermehrung seiner Produktionskosten nicht den mindesten Ersatz zu erwarten hätte. Kapitale würden daher aus dem Manufakturwesen so lange dem Ackerbau zufließen, bis das Dasein des erforderlichen Bedarfs den Getreidepreis wieder auf 8 Schill. das Maß, und den Arbeitslohn wieder auf 16 Schill. herabdrückte, da dann der Manufakturist wieder gleichen Gewinn mit dem Ökonomen genießen, und der Kapitalstrom seinen alten Lauf in beiden Richtungen von Neuem beginnen würde. Dies ist in der That die Weise, auf welche dem Anbau des Getreides eine weitere Richtung gegeben, und dem gestiegenen Mangel auf den Getreidemärkten abgeholfen zu werden pflegt. Die Fonds zum Unterhalt der arbeitenden Klasse vermehren sich, und der Arbeitslohn steigt. Die bessere Lage des Arbeiters reizt ihn zu heiraten; – die Bevölkerung nimmt zu, und die größere Nachfrage nach Getreide erhebt den Preis desselben im Verhältnisse zu andern Erzeugnissen; – diesem zufolge wird mehr Kapital vorteilhaft auf den Ackerbau verwendet, und fließt demselben so lange zu, bis der Vorrat mit der Nachfrage im Gleichgewicht steht, da dann der Getreidepreis wieder fällt, und der Gewinn des Ackerbauers mit dem des Manufakturisten wieder ins Gleichgewicht kommt.

Ob übrigens der Arbeitslohn nach dem Steigen der Getreidepreise unverändert bleibt, oder einen mäßigen oder stärkeren Zuwachs erhält, darauf kommt es hier eigentlich gar nicht an; denn Arbeitslohn muss sowohl der Manufakturist als der Ökonom bezahlen, und sie haben daher in dieser Hinsicht bei einem Steigen der [429] Getreidepreise gleiche Last zu tragen. Ungleich leiden sie aber dabei in Hinsicht ihres Gewinn, insoweit nämlich der Ökonom seine Erzeugnisse zu einem höhern Preise, der Manufakturist dagegen die seinigen nicht teurer als zuvor verkaufen kann. Indes gibt die Ungleichheit des Gewinns stets Veranlassung zur Übertragung der Kapitale aus einem Geschäfte in das andere; daher würde im obigen Falle die Produktion von Getreide zu- und dagegen die von Manufakturern abnehmen. Letztere dürften darum, weil weniger gefertigt würden, nicht im Preise steigen, da der fehlende Bedarf leicht für das ausgeführte Getreide vom Auslande eingetauscht werden könnte.

Wenn eine Prämie den Preis des Getreides erhöht, so geschieht dies entweder im Vergleiche mit den Preisen anderer Erzeugnisse, oder nicht; im ersteren Falle ist der größere Gewinn des Pächters, so wie der dadurch entstehende Reiz zur ackerbaulichen Benutzung von Kapitalen, bis der Preis durch einen überflüssigen Vorrat wieder herabgedrückt worden ist, in die Augen springend; im letztern Falle, wenn nämlich der Getreidepreis nicht im Verhältnisse zu andern Erzeugnissen in die Höhe ginge, würde für den inländischen Konsumenten, außer der Entrichtung der oberwähnten Abgabe, nirgends ein Nachteil dabei vorhanden sein. Muss dann der Manufakturist auch mehr für das benötigte Getreide bezahlen, so wird er dafür doch wieder durch den höhern Preis, um welchen er seine Waren absetzt, entschädigt.

[430] Der Irrtum *Adam Smiths* entspringt gerade aus der nämlichen Quelle, aus welcher auch der Verfasser des Aufsatzes im *Edinburgh Review* den seinigen geschöpft hat, indem Beide der Meinung sind, „dass der Geldpreis des Getreides allen andern im Lande verfertigten Artikeln zur Richtschnur diene“<sup>77</sup>. – Derselbe bestimmt, sagt *Adam Smith*, den Geldpreis des Arbeitslohns, weil dieser stets so stehen muss, dass der Arbeiter sich im Stande befinde, eine hinreichende Quantität Getreide zu seinem und seiner Familie Unterhalt zu kaufen, der übrigens jedoch den Zeitumständen nach, entweder reichlich, mittelmäßig oder knapp eingerichtet sein würde. Indem er weiter den Geldpreis aller andern rohen Erzeugnisse des Feldes bestimmt, regelt er zugleich den der Materialien von fast allen Gewerben. Durch die Bestimmung des Geldpreises des Arbeitslohns schreibt er den feineren Erzeugnissen der Kunst und der Industrie, und dadurch allen Manufakturwaren ihren Preis vor. *Der Geldpreis des Arbeitslohns, so wie aller Erzeugnisse des Ackerbaus und sonstigen Gewerbfließes, muss notwendig im Verhältnisse zu dem Geldpreise des Getreides steigen oder fallen.*“

Ich habe diese Meinung *Adam Smiths* bereits vorher zu widerlegen gesucht. Indem er ein Steigen [431] der Preise aller Erzeugnisse als eine notwendige Folge einer Erhöhung des Getreidepreises betrachtet, urteilt er ganz, als ob es gar kein anderes Mittel gäbe, wodurch die vermehrte Ausgabe für Getreide gedeckt werden könnte. Er hat es ganz vergessen, die Gewinnquoten in Erwägung zu ziehen, da doch deren Verminderung jenes Mittel abgibt, ohne dass übrigens die Preise aller Erzeugnisse im Geringsten zu steigen brauchen. Beruhte jene Behauptung des Dr. Smith auf festem Grund, so könnten die Gewinnquoten nie wirklich fallen, wie groß auch immer die Akkumulation der Kapitale sein möchte. Wenn beim Steigen des Arbeitslohns der Landmann den Preis seines Getreides, und der Tuchfabrikant, der Hutmacher, der Schuhmacher und jeder andere Handwerker den Preis ihrer Waren ebenfalls nach Verhältnis des teuren Getreidepreises erhöhen könnten, so würden selbige zwar, nach Geld geschätzt, mehr wie vorher gelten, hinsichtlich ihres gegenseitigen Werts zueinander sich aber keinesweges verändert haben. Jeder dieser Gewerbsleute könnte noch immer über dieselbe Quantität Waren des Andern gebieten, und sich, da nicht Geld, sondern Gut den Reichtum macht, das Übrige immerhin gefallen lassen. Auch würde das allgemeine Steigen der Preise aller rohen und verarbeiteten Erzeugnisse für Niemand anders nachteilig sein als für den, dessen Vermögen in Gold und Silber bestände, oder dessen jährliches Einkommen in diesen Metallen, sei es in Form von Barren oder in Geld, ausgezahlt würde. Lasst uns den Gebrauch des Geldes auf einen Augenblick bei- [432] seite setzen, und annehmen, dass noch aller Handel durch Tausch bewerkstelligt würde. Könnte, unter diesen Umständen, Getreide im Tauschwert gegen andere Artikel steigen? Ist diese Frage zu bejahen, dann ist es auch nicht wahr, dass der Wert des Getreides den Wert aller andern Erzeugnisse bestimme, denn um dies zu können, dürfte es sich nicht im relativen Werte zu denselben verändern. Wird sie dagegen vereint, so würde die Behauptung allerdings feststehen, dass, es möge nun das Getreide auf fettem oder magerem Lande, mit vieler oder mit geringer Mühe, mit oder ohne Hülfe von Maschinen produziert sein, dasselbe immer für eine und dieselbe Quantität von allen andern Erzeugnissen ausgetauscht werden müsse.

Ich kann indes nicht umhin, hierbei zu bemerken, dass, wenn gleich *Adam Smiths* allgemeine Ansichten mit dem, was ich so eben angeführt habe, übereinstimmen, er doch in einem Teile seines Werkes eine richtige Erklärung von der Natur des Werts gegeben hat. Das Verhältnis zwischen dem Werte des Goldes und Silbers, und dem von Waren aller Art, *beruht*, sagt er, *in allen Fällen auf dem Verhältnisse zwischen der Quantität von Arbeit, welche nötig ist, um eine*

---

<sup>77</sup> Derselben Meinung ist auch Hr. *Say*. Siehe dessen *Economie politique* Liv. III. Chap. 8.

(Anmerkung des Verfassers.)

*gewisse Quantität Gold und Silber, und derjenigen, welche erforderlich ist, um eine gewisse Quantität Waren irgendeiner Art zu Markt zu bringen.*“ Erkennt er hier nicht mit bestimmten Worten an, dass, wenn ein Plus von Arbeit erfordert wird, um [433] eine Art von Erzeugnissen in verkäuflichen Zustand zu bringen, während hinsichtlich einer andern Ware das Arbeitsquantum dasselbe bleibt, jene dadurch in relativem Werte steigen wird. Wenn nicht mehr und nicht minder Arbeit erforderlich ist, um Tuch oder Gold zu Markt zu bringen, so werden beide Artikel sich nicht im relativen Werte zu einander verändern; wenn dagegen ein größeres Arbeitsquantum nötig ist, um Getreide oder Schuhe zu Markt zu bringen, werden dann nicht Getreide und Schuhe im Verhältnis zu Tuch und aus Gold gemünztem Gelde einen höhern Wert gewinnen?

*Adam Smith* behauptet weiterhin, dass Ausfuhrprämien auf eine teilweise Herabsetzung des Geldwertes hinwirken. „Jene Herabsetzung des Silberwerts, sagt er, welche aus der Ergiebigkeit der Bergwerke entspringt, und sich in gleichem oder ziemlich gleichem Grade über den größeren Teil der handelnden Welt erstreckt, hat für die einzelnen Länder sehr wenig auf sich. Das dadurch bewirkte Steigen aller Geldpreise macht die, welche dergleichen einzunehmen haben, so wenig wirklich reicher als wirklich ärmer. Ein Silberservice wird zwar wirklich wohlfeiler; jeder andere Artikel aber behält durchaus denselben Wert, wie zuvor.“ Diese Bemerkung ist vollkommen richtig.

„Das Sinken des Silberwerts hingegen, welches, als eine Frucht der besondern Lage oder politischen Maßregeln eines einzeln Landes, sich nur in diesem [434] Lande bemerklich macht, ist von sehr wesentlichen Folgen, und dient, weit entfernt, die Untertanen zu bereichern, nur dazu, sie wirklich ärmer zu machen. Die Erhöhung der Geldpreise aller Bedürfnisse, welche, in unserm gegenwärtigen Falle, allein in jenem einzelnen Lande stattfindet, lähmt mehr oder weniger jeden Zweig des Gewerbfließes, welcher innerhalb dessen Grenzen blüht, und setzt andere Nationen, indem diese fast alle Arten von Waren für eine kleinere Quantität Silber liefern können, als die Arbeiter im eigenen Lande es vermögen, in den Stand, Letzteren nicht allein im Auslande, sondern auch auf dem heimischen Markt als Verkäufer den Rang abzulaufen.“

Ich habe mich bereits bei einer andern Gelegenheit bemüht, die Unmöglichkeit darzustellen, dass eine partielle Herabsetzung des Geldwertes, welche sowohl ackerbauliche als Manufakturzeugnisse trifft, irgend von Dauer sein könne. Zu sagen, dass das Geld partiell im Werte herabgesetzt sei, heißt, in obigem Verstande genommen, nichts anders, als dass alle Warenartikel hoch im Preise stehen. Da es nun aber den Besitzern von Gold und Silber freisteht, mit demselben auf dem wohlfeilsten Markte Waren zu kaufen, so werden sie es natürlich zu diesem Zwecke nach andern Ländern ausführen, und mittelst der auf diese Weise bewirkten Reduktion des Gold- und Silberquantums dem gesunkenen Wert dieser Metalle in ihrem Lande wieder aufhelfen; inländische Erzeugnisse werden wieder ihre alten verhältnismäßigen Preise annehmen, und die für das [435] Ausland passenden wieder, wie zuvor, dahin ausgeführt werden.

Aus einem solchen Grunde darf demnach, meines Erachtens, den Ausfuhrprämien nichts in den Weg gelegt werden.

Wenn also eine Ausfuhrprämie den Getreidepreis im Vergleich mit allen andern Bedürfnissen, in die Höhe triebe, so würde sich der Pächter wohl dabei stehen, und mehr Land würde in Kultur genommen werden; wenn hingegen die Prämie den Getreidepreis nicht im Verhältnis zu andern Erzeugnissen erhöhte, so würde in der Tat kein anderer Nachteil daraus entstehen, als welcher in der Bezahlung der Prämie liegt, ein Nachteil, den ich übrigens weder verschweigen, noch niedriger, als er es verdient, anschlagen mag.

Dr. Smith meint, dass „die ackerbautreibenden Herren, indem sie hohe Zölle auf die Einfuhr, und Prämien auf die Ausfuhr von Getreide ausgewirkt hätten, sich die Manufakturisten zum Vorbilde genommen zu haben schienen.“ Beide Gewerbs-Klassen hätten auf dieselbe Weise es sich angelegen sein lassen, ihren Erzeugnissen einen höhern Wert zu verschaffen. „Wahrscheinlich-hatten sie bei ihrer Berechnung den großen, wesentlichen Unterschied außer Acht gelassen, den die Natur zwischen Getreide und fast allen andern Bedürfnissen aufgestellt hat Wenn unsere Manufakturisten durch eine der beiden obigen Maßregeln in den Stand gesetzt werden, ihre Waren für einen etwas höhern [436] Preis abzusetzen, als sie sonst dafür würden erhalten haben, so wird dadurch nicht nur der Nominal-, sondern auch der Realwert dieser Waren gehoben. Nicht nur der Nominal, sondern auch der Realgewinn, der wirkliche Reichtum dieser Manufakturisten nimmt zu, und somit auch ihr Muth. Wenn dagegen durch dieselben Anstalten nur der Nominal- oder Geldwert des Getreides, nicht aber der Realwert desselben gewinnt, so wird dadurch der wirkliche Reichtum unserer Pächter oder Grundeigentümer keinesweges gefördert, und keinesweges zum weitem Anbau des Landes Aufmunterung gegeben. Die Natur drückte dem Getreide einen Realwert auf, der nicht durch das bloße Erhöhen des Geldwertes ebenfalls erhöht werden kann. Jener Wert misst sich in der ganzen Welt nach der Quantität von Arbeit ab, welche seine Hervorbringung in Anspruch nimmt.

Ich habe bereits oben zu zeigen gesucht, dass der Marktpreis des Getreides, bei einer durch Ausfuhrprämien erweiterten Nachfrage, seinen natürlichen Preis so lange überschreiten würde, bis das erforderliche Zuwachsquantum von Getreide angeschafft wäre, und dass er sodann wieder auf seinen natürlichen Preis herabsinken würde. Indes ist der natürliche Preis des Getreides nicht so fest bestimmt, als der anderer Bedürfnisse, weil, wenn die vermehrte Nachfrage nach Getreide nur einigermaßen von Bedeutung ist, auch Ländereien von schlechterer Beschaffenheit in Kultur genommen werden müssen, welche zur Hervorbringung eines gewissen Ertrags mehr Arbeit erfordern, und daher [437] auch den natürlichen Preis des Getreides heben würden. Es würde demnach durch fortgesetzte Prämien auf die Getreideausfuhr Anlass zu einem fortwährenden Steigen der Getreidepreise gegeben werden, welches, wie ich an einem andern Orte gezeigt habe<sup>78</sup>, eine Erhöhung der Bodenrente zur unausbleiblichen Folge hat. Landeigentümer haben also, bei den Verboten auf die Einfuhr und den Prämien auf die Ausfuhr von Getreide, nicht nur ein temporäres, sondern ein bleibendes Interesse; Manufakturisten hingegen haben kein bleibendes Interesse bei den Prämien auf die Ausfuhr ihrer Erzeugnisse; das ihrige ist bloß temporär.

Es ist wohl keinem Zweifel unterworfen, dass, wie Dr. Smith jedoch bestreitet, Prämien auf die Ausfuhr von Manufakturwaren den Marktpreis, nicht aber den natürlichen Preis derselben erhöhen. Die Arbeit von 200 Menschen wird doppelt so viel von diesen Waren produzieren, als 100 Arbeiter vorher produziert hatten; und werden folglich, wenn das erforderliche Kapitalquantum zur Verfertigung der nötigen Quantität Waren angewendet worden ist, diese wieder auf ihren natürlichen Preis zurück gehen. Die Manufakturisten werden daher nur während der Zwischenzeit von dem Steigen des Marktpreises der Waren bis zu dem Augenblicke, da dem Plusbedarf abgeholfen sein wird, bedeutenden Gewinn genießen; denn so wie die Preise [438] sich setzen, wird auch ihr Gewinn wieder in das allgemeine Verhältnis zurück treten.

Anstatt also *Adam Smith* darin beizustimmen, dass die Landeigentümer kein so großes Interesse bei den Verboten zur Getreide-Einfuhr haben, als sich dessen die Manufakturisten bei den Verboten zur Einfuhr von Manufakturwaren erfreuen, behaupte ich vielmehr, dass

---

<sup>78</sup> S. das Kapitel über die Bodenrente.

sie ein noch weit größeres Interesse dabei haben; denn ihr Vorteil ist bleibend, indes der des Manufakturisten bloß temporäre Dauer hat. Dr. Smith macht die Bemerkung, dass die Natur zwischen Getreide und andern Waren einen großen, wesentlichen Unterschied begründet habe, zieht aber daraus gerade den gegenteiligen Schluss von dem, was eigentlich daraus zu folgern ist; denn dieses Unterschieds wegen ist ja eben die Bodenrente entstanden, und haben Landeigentümer ein Interesse bei dem Steigen der natürlichen Preise des Getreides. Anstatt das Interesse des Manufakturisten mit dem Interesse des Landeigentümers zu vergleichen, hätte Dr. Smith dasselbe lieber mit dem Interesse des Pächters, welches sich von dem eines Grundeigentümers wesentlich unterscheidet, zusammenstellen sollen. Manufakturisten haben kein Interesse bei dem Steigen der natürlichen Preise ihrer Erzeugnisse, eben so wenig als der Pächter ein solches bei dem Steigen der natürlichen Preise des Getreides oder anderer rohen Produkte haben kann, obgleich es beiden Teilen sehr frommen muss, wenn der Marktpreis ihrer Erzeugnisse deren natürlichen Preis überschreitet. Dahingegen haben Grund- [439] eigentümer ein entschiedenes Interesse bei dem Steigen der natürlichen Preise des Getreides; denn die Erhöhung der Bodenrente ist ebenfalls eine unausbleibliche Folge der größeren Schwierigkeit zur Produzierung der Bodenerzeugnisse, ohne welche ein Steigen der natürlichen Preise derselben gar nicht gedacht werden kann. Da nun Prämien auf die Ausfuhr und Verbote auf die Einfuhr von Getreide die Nachfrage nach diesem Erzeugnisse vermehren, und uns so zum Anbau der mageren Ländereien nötigen, so muss dies notwendig auch eine Zunahme der Produktionsschwierigkeit nach sich ziehen.

Die einzige Art, wie Prämien, sie mögen auf die Ausfuhr von Manufakturwaren oder von Getreide gerichtet sein, sich wirksam zeigen, besteht darin, dass sie einen Teil der Kapitale einem Geschäfte zuführen, welches jene auf natürlichem Wege nicht gesucht haben würde. So veranlassen sie eine nachteilige Verteilung des Gesamtvermögens des Landes, so verleiten sie den Manufakturisten, mit seinem Kapitale ein verhältnismäßig weniger vorteilhaftes Geschäft anzufangen oder fortzusetzen. Überdies sind sie die übelberechnete Art von Besteuerung, denn sie geben dem Auslande nicht einmal Alles, was sie dem eigenen Lande entziehen, welcher Verlust sich aus der weniger vorteilhaften Verteilung des Landesvermögens ergibt. Wenn z. B. der Getreidepreis in *England* auf 4 Pfd., und in *Frankreich* auf 3 Pfd. 15 Schill. stände, so würde eine Prämie von 10 Schill. ihn in *Frankreich* auf 3 Pfd. 10 Schill. [440] reduzieren, es in *England* dagegen bei dem alten Preise von 4 Pfd. bewenden lassen. Auf diese Weise zählt *England* für jedes ausgeführte Maß Getreide eine Abgabe von 10 Schill., indes *Frankreich* auf jedes Maß nur 5 Schill. gewinnt, so dass durch eine solche Verteilung des Landesvermögens, welche über kurz oder lang wohl eine verminderte Produktion, wenn auch nicht von Getreide, doch von irgendeinem andern zum Bedürfnisse oder Lebensgenusse dienenden Artikel nach sich ziehen dürfte, der Wert von 5 Schill. pro Maß für die Welt durchaus verloren gehen würde.

Herr Buchanan hat ebenfalls das Irrige in des Dr. Smiths Argumenten über Prämien eingesehen, indem er über die letzte, von mir angeführte Stelle dieses Schriftstellers folgende, sehr richtige Bemerkung macht: Dr. Smith hat, indem er behauptet, dass die Natur dem Getreide einen wirklichen Wert aufgeprägt habe, welcher nicht durch die bloße Erhöhung seines Geldwertes, auch verändert werden könnte, die Begriffe „Nutzwert“ und „Tauschwert“ mit einander verwechselt. Ein Scheffel Weizen wird in Missjahren nicht mehr Menschen ernähren, als in guten Jahren; ein Scheffel Weizen wird aber gegen eine größere Quantität von zum Luxus, und zur Lebensbequemlichkeit gehörigen Artikeln ausgetauscht werden, wenn es an diesem Erzeugnisse mangelt, als wenn es vollauf ist; und auch die Landeigentümer, welche, zur Zeit der Noth, über einen mehr als eigenen Bedarf zu disponieren haben, werden dadurch reicher werden, indem sie [441] nun ihr überflüssiges Getreide für einen höheren Wert an andern Waren absetzen können; als wenn das Getreide

überhaupt in größerer Fülle vorhanden wäre. Es liegt daher wohl außer allem Streite, dass, wenn Prämien zu einer forcierten Getreideausfuhr Veranlassung geben, sie auch ein wirkliches Steigen der Preise nach sich ziehen müssen.“ Des Hrn. Buchanans Argumente über diesen Teil der Abhandlung von Prämien scheinen mir durchgängig höchst lichtvoll und genügend zu sein.

Dagegen hat Hr. Buchanan, was den Einfluss der Erhöhung des Arbeitslohns auf Manufakturzeugnisse betrifft, meines Erachtens in seiner desfallsigen Meinung eben so fehlgeschossen, als der Dr. Smith und der Verfasser des Aufsatzes im Edinburgh Review. Zufolge seiner besonderen Ansichten, deren bereits an andern Orte Erwähnung geschehen, glaubt er, dass der Arbeitslohn in keiner Verbindung mit dem Getreidepreise stehe, und dass daher der wirkliche Wert des Getreides steigen könnte und würde, ohne auf den Arbeitslohn einzuwirken; wenn indes der Arbeitslohn doch auch eine Erhöhung erleiden sollte, so wollte er in Übereinstimmung mit *Adam Smith* und dem Verfasser des Aufsatzes im Edinburgh Review behaupten, dass die Preise von Manufakturzeugnissen ebenfalls in die Höhe gehen würden. Nun sehe ich aber nicht ein, wie er ein solches Steigen der Getreidepreise von einem Fallen des Geldwertes unterscheiden wollte, oder wie er auf diese Weise zu einem andern Schlusse, als [442] dem des Dr. Smith, gelangen könnte. In einer Note zu S. 276 im ersten Bande des „Reichtums der Völker“ (*Wealth of Nations*), bemerkt Hr. Buchanan: „Aber der Getreidepreis regelt keinesweges den Geldpreis aller anderen Gegenstände des rohen Landertrags; er regelt weder den Preis von Metallen, noch von verschiedenen anderen nützlichen Produkten, als Steinkohlen, Holz, Steinen u. s. w., und da er dem Arbeitslohn nicht zur Richtschnur dient, so regelt er auch nicht die Preise von Manufakturzeugnissen; so dass Ausfuhrprämien, in so weit sie den Getreidepreis steigern, für den Pächter in der Tat eine wahre Wohltat sind. Nicht aus diesem Grunde darf daher ihre Nützlichkeit angegriffen werden, so wenig als ihre Aufmunterung zum Ackerbau dadurch, dass sie den Getreidepreis auf einen höhern Standpunkt heben, in Zweifel gestellt werden kann. Die ganze Sache dreht sich also nur um die Frage: ob es ratsam sei, dass der Ackerbau auf diese Weise aufgemuntert werde.“

Nach Hrn. Buchanan wären sie demnach als eine wahre Wohltat für den Pächter zu betrachten, weil sie den Arbeitslohn nicht verteuern; wenn dies nun aber doch geschähe, so würden sie zugleich die Preise aller Artikel verhältnismäßig in die Höhe treiben, und so eben keine besondere Aufmunterung zum Ackerbau gewähren. Es muss übrigens eingeräumt werden, dass Prämien auf die Ausfuhr von Landeserzeugnissen darauf [443] hinauslaufen, den Wert des Geldes in etwas zu erniedrigen. Alles, was zur Erleichterung der Ausfuhr beiträgt, hilft zugleich das Geldkapital des Landes vermehren, und umgekehrt jede Erschwerung der Ausfuhr dasselbe vermindern. So wie die allgemeine Wirkung von Auflagen darin besteht, die Preise der besteuerten Waren zu erhöhen, die Ausfuhr zu vermindern, und so dem Einfließen des Geldes einen Damm entgegen zu setzen, so eben, nach dem nämlichen Prinzip, Prämien dem Geldstrome die Bahn ins Land. In den allgemeinen Bemerkungen über Besteuerung ist dieser Punkt bereits ausführlicher abgehandelt worden.

Die nachteiligen Wirkungen des merkantilischen Systems sind von dem Dr. Smith erschöpfend auseinandergesetzt worden. Das ganze Streben dieses Systems ging dahin, durch Verhinderung ausländischer Konkurrenz die Preise aller Landeserzeugnisse auf den einheimischen Märkten in die Höhe zu treiben; indes zeigte sich dieses System den vom Ackerbau lebenden Klassen um nichts verderblicher, als jedem andern Teile der Landesbewohner. Indem es Kapitale in Kanäle trieb, in welche sie sonst nicht geflossen sein würden, verminderte es den Gesamtbelauf der produzierten Erzeugnisse. Die Preise, obgleich von Tage zu Tage mehr in die Höhe gehend, gründeten sich nicht auf Mangel,

sondern auf die größere Schwierigkeit der Produktion; daher gewannen auch, nachdem das erforderliche Kapitalquantum zur Produzierung der nötigen Erzeugnisse verwendet war, die Verkäufer, wenn sie gleich [444] ihre Waren teurer absetzten, nicht einen Pfennig mehr daran als zuvor<sup>79</sup>. Die Manufakturisten selbst hätten, als Konsumenten, einen höhern Preis für solche Bedürfnisse zu bezahlen, daher man nicht eigentlich sagen kann, dass „die durch die beiden fraglichen Mittel (nämlich Zunftgesetze und hohe Abgaben auf die Einfuhr ausländischer Erzeugnisse) bewirkte Preiserhöhung überall am Ende nur von den Landeigentümern, Pächtern und Landleuten getragen, werde.

[445] Diese Bemerkung ist umso notwendiger, als heutiges Tages von den Landeigentümern stets die Autorität von *Adam Smith* angerufen wird, um wieder ähnliche hohe Abgaben auf die Einfuhr ausländischen Getreides herbeizuführen. Weil die Kosten der Produktion, und somit auch die Preise der verschiedenen Manufakturzeugnisse, dem Konsumenten durch einen Fehler der gesetzgebenden Gewalt verteuert worden sind, wird das Land, aus Gründen der Billigkeit, aufgefordert, sich neuen Erpressungen ruhig zu unterwerfen. Weil wir alle schon für Leinwand, Musseline und Baumwollenzeuge mehr als sonst bezahlen müssen, hält man es für billig, uns eine gleiche Last auch hinsichtlich unsers Bedarfs an Getreide aufzuerlegen. Weil wir, bei der allgemeinen Verteilung des Gewerbfließes in der übrigen Welt, es bei uns verhindert haben, dass die Arbeit die größtmögliche Quantität Manufakturwaren produzieren kann, sollen wir noch dafür dadurch bestraft werden, dass man uns die produktive, auf Erzeugung von Getreide gewendete, Fähigkeit der Arbeit vermindert. Weit weiser würde es sein, wenn man die Fehler, welche eine falsche Berechnung veranlasst hat, einsähe, und alsogleich anfinde, sich allmählich wieder den vernünftigen Grundsätzen einer allgemeinen Handelsfreiheit zu nähern.

Ich habe, sagt Hr. Say, als von der unpassend sogenannten Handelsbilanz die Rede war, zu bemerken Gelegenheit gehabt, dass, wenn der Kaufmann besser seinen Vorteil dabei findet, Metalle als irgendeinen anderen Artikel ins Ausland zu führen, auch das In- [446] teresse des Staats am besten dadurch gefördert würde, indem der Staat lediglich durch die Kanäle seiner Bürger gewinnt oder verliert, und dass, was den Handel mit dem Auslande betrifft, das, was dem einzelnen Individuum zum Vorteil gereicht, auch des Staats Vorteil ist; wenn man daher der Ausfuhr, welche Individuen von kostbaren Metallen zu machen geneigt wären, Hindernisse in den Weg legte, so würde dies nichts anders heißen, als sie nötigen, irgendein anderes Erzeugnis, welches ihnen und dem Staate weniger Vorteil gewährte, ins Ausland zu führen. Man darf indes hierbei nicht außer Acht lassen, dass ich das Gesagte

---

<sup>79</sup> Herr Say hält den Vorteil der inländischen Manufakturisten für mehr als temporär. „Eine Regierung, welche auf die Einfuhr gewisser ausländischer Artikel ein unbedingtes Verbot setzt, begründet dadurch ein Monopol zu Gunsten derjenigen, welche dergleichen Waren im eigenen Lande produzieren, gegen diejenigen, welche sie konsumieren, oder mit andern Worten; die einheimischen Produzenten können, da sie ein ausschließliches Privilegium zum Verkauf ihrer Erzeugnisse haben, sie über ihre natürlichen Preise verteuern, und die inländischen Konsumenten müssen, weil sie sich nirgends anders damit versehen können, sich geduldig diese höhern Preise gefallen lassen. Liv. I. Chap. 17.

Wie können denn aber jene Produzenten den Marktpreis ihrer Erzeugnisse über den natürlichen Preisstand dauernd aufrechterhalten, da es ja jedem ihrer Mitbürger freisteht, sich zum Teilnehmer ihres Handels aufzuwerfen? Sind sie auch gegen ausländische Konkurrenz geschützt, so sind sie es doch nicht gegen einheimische. Das eigentliche Übel, welches aus dergleichen Monopolen, wenn sie wirklich diesen Namen verdienen, für das Land entspringt, liegt nicht in dem Steigen der Marktpreise solcher Erzeugnisse, sondern in der Erhöhung ihres wirklichen natürlichen Werts; denn, indem sie die Produktionskosten vermehren, wird ein Teil des Gewerbfließes im Lande auf eine weniger ergiebige Weise verwendet.

(Anmerkung des Verfassers.)

lediglich auf das, *was den Handel mit dem Auslande betrifft*, bezogen haben will; weil der Gewinn, welchen Kaufleute aus den Geschäften mit ihren Landsleuten ziehen, so wie der, welcher seine Quelle in dem ausschließlichen Handel mit den Kolonien findet, nicht auch völlig Gewinn für den Staat ist. Aus dem Handel zwischen Einwohnern desselben Landes gibt es keinen andern Gewinn, als den Wert eines hervorgebrachten Nutzens (*que la valeur d'une utilité produite*)<sup>80</sup>. Liv. I. Chap. 22. §. 1.

[447] Ich, für meinen Teil, sehe nicht ein, worin der Unterschied zwischen dem Gewinn beim einheimischen und beim ausländischen Handel hier liegt. Der Zweck alles Handels ist Vermehrung von Erzeugnissen. Wenn ich zum Ankauf einer Pipe Wein einen Klumpen Silber, welchen ich mir mit dem Ertragswerte von 100 Tagen Arbeit gekauft hätte, ausführen wollte, ich aber durch ein Verbot auf die Ausfuhr ungemünzten Silbers genötigt würde, mir den Wein gegen einen mit dem Ertragswerte von 105 Tagen Arbeit gekauften Artikel einzutauschen, so würde für mich, und durch mich, für den Staat, der Ertrag von fünf Tagen Arbeit völlig verloren sein. Aber auch wenn ein gleiches Geschäft zwischen Individuen in verschiedenen Provinzen desselben Landes Statt fände, so würde ein gleicher Vorteil, sowohl für den Käufer, als auch durch ihn, für das Land erwachsen, wenn er in seiner Wahl derjenigen Artikel, womit er seinen Kauf schließen wollte, freie Hand behielte, aber auch ein gleicher Nachteil, wenn die Regierung ihn nötigte, mit der am wenigsten vorteilhaften Ware einzukaufen. Kann Jemand mit einem gleichen Kapitalquantum da, wo Steinkohlen im Überflusse sind, mehr Eisen verarbeiten, als [448] da, wo Steinkohlen mangeln, so würde das Land um den Wert des Unterschieds reicher werden. Wenn nun aber Steinkohlen überall mangelten, und er ließe sich Eisen aus dem Auslande kommen, und könnte sich jenes Plusquantum an Eisen, mittelst der Verfertigung einer Ware mit demselben Kapital und derselben Arbeit verschaffen, so würde er auf gleiche Weise sein Land durch dieses Plusquantum bereichern. In dem 6ten Kapitel dieses Werks habe ich zu beweisen gesucht, dass aller Handel, er sei ausländisch oder einheimisch, durch Vermehrung der Quantität, und keinesweges durch Erhöhung des Werts der Erzeugnisse, dem Lande Vorteil bringe. Wir werden keinen größeren Wert besitzen, wir mögen den ersprißlichsten einheimischen und ausländischen Handel treiben, oder uns, in Folge der durch Verbotsgesetze uns angelegten Fesseln, mit dem unvorteilhaftesten begnügen müssen. Die Gewinnquote, so wie der produzierte Wert, würden sich unter allen Umständen gleich sein. Der Vorteil lös't sich jederzeit in das auf, was Hr. Say bloß auf den einheimischen Handel zu beschränken scheint; in beiden Fällen besteht der reine Gewinn in nichts anderm, als in dem Werte einer *utilité produite*<sup>81</sup>.

---

<sup>80</sup> Stehen nicht die folgenden Stellen geradezu mit der obigen im Widerspruch? „Nicht allein, dass der einheimische Handel, obgleich wenig bemerkt (weil er sich in vielen Händen befindet), der beträchtlichste ist, ist er auch der vorteilhafteste. Die in diesem Handel umgesetzten Waren sind notwendig die Erzeugnisse eines und desselben Landes.“ Liv. I. Chap. 9.

„Die Englische Negierung hat noch immer nicht einsehen gelernt, dass die vorteilhaftesten Verkäufe die sind, welche ein Land mit sich selbst schließt, weil sie nicht stattfinden können, ohne zwei in demselben Lande produzierte Werte: den, welchen man verkauft, und den, womit man kauft.“ Liv. I. Chap. 7.

Im 24sten Kapitel werde ich die Richtigkeit dieser Meinung einer genauen Prüfung unterwerfen.

(Anmerkung des Verfassers.)c

<sup>81</sup> Außer dem Gewinn, der durch einen Nutzen und in Folge eines erzeugten Wertes erwächst, kann man auch durch den Verlust eines Andern gewinnen. Ist dieser Andere ein Landsmann, so gewinnt und verliert die Nation nichts dadurch, dass das Vermögen des Einen in die Tasche des Andern gelangt. Ist dieser Andere aber ein Ausländer, so gewinnt die Nation des Einen, was die des Andern verliert. Ich will diese Art des Gewinns keinesweges rechtfertigen, sondern beschränke mich bloß auf das Factum.

[449]

## Einundzwanzigstes Kapitel.

### Von den Prämien auf die Produktion.

Nicht unbelehrend dürfte es sein, wenn wir die Wirkungen einer Prämie auf die Produktion roher und anderer Erzeugnisse in Betracht ziehen, um zu sehen, ob die Grundsätze, welche ich in Betreff des Kapitalgewinns, des jährlichen Ertrags der Länderei und der Arbeit, so wie der relativen Preise von Manufaktur- und rohen Erzeugnissen, aufgestellt habe, auch auf sie anzuwenden sind. Fürs erste wollen wir annehmen, dass auf alle Warenartikel eine Abgabe gelegt wäre, um der Regierung dadurch die Mittel an die Hand zu geben, für die Produktion von Getreide Prämien zu erteilen. Da kein Teil dieser Abgabe von der Regierung konsumiert werden, und Alles, was eine Klasse der Untertanen leistete, einer andern zugutekommen würde, so dürfte die Nation, im Ganzen genommen, durch eine solche Abgabe und Prämie weder reicher noch ärmer werden. Es versteht sich von selbst, dass die Abgabe, durch welche der Prämienfonds errichtet wurde, die Preise der so besteuerten Waren erhö- [450] hen würde, sämtliche Konsumenten dieser Artikel würden daher zu dem Fonds beitragen; mit andern Worten, mit der Erhöhung der natürlichen oder notwendigen Preise dieser Waren würden auch ihre Marktpreise steigen. Aus demselben Grunde aber, aus welchem die natürlichen Preise dieser Erzeugnisse sich gehoben hätten, würden die natürlichen Preise des Getreides eine Erniedrigung erleiden. Bevor eine Prämie auf die Produktion gelegt war, erhielten die Pächter für ihr Getreide so viel, als nötig, um ihnen ihre Bodenrente und übrigen Produktionskosten zu erstatten, und die gewöhnliche Gewinnquote zu gewähren; nach erhaltener Prämie würde ihnen aber mehr als dieser Gewinn bleiben, wenn nicht die Getreidepreise wenigstens um eine der Prämie gleiche Summe heruntergingen. Die Abgabe und die Prämie würden also dahin wirken, die Preise aller Waren in einem der auf sie gelegten Auflage gleichen Grade zu erhöhen, und die Getreidepreise um eine der bezahlten Prämie gleiche Summe zu erniedrigen. Auch muss noch bemerkt werden, dass keine bleibende Veränderung in der Verteilung der Kapitale zwischen Ackerbau und Manufakturwesen Platz greifen könnte, weil, insofern es nämlich mit dem Kapitalvermögen und der Bevölkerung des Landes beim Alten geblieben wäre, auch der Bedarf an Brot und Manufakturwaren noch ganz derselbe sein würde. Der Gewinn des Pächters würde, nach dem Fallen der Getreidepreise, weder niedriger, noch der des Manufakturisten, nach dem Steigen seiner Erzeugnisse, höher als das gewöhnliche Maß sein; die Prämie [451] würde weder mehr Kapitale zur Produktion von Getreide auf das Land hin-, noch deren vom Manufakturwesen abziehen. Wie aber würde das Interesse des Grundeigentümers sich dabei stehen? Nach denselben Prinzipien, nach welchen eine Abgabe auf Bodenerzeugnisse, ohne übrigens die Geldbodenrente zu verändern, die Getreidebodenrente erniedrigen würde, würde eine Prämie auf die Produktion, da sie gerade das Gegenteil von einer Abgabe ist, die Getreidebodenrente erhöhen und die Geldbodenrente unverändert lassen<sup>82</sup>. Mit derselben Geldbodenrente hätte der Grundeigentümer nun für seinen Bedarf an Manufakturwaren einen höhern, für den an Getreide aber einen niedrigeren Preis zu bezahlen, und würde also wahrscheinlich weder reicher noch ärmer geworden sein. Ob nun eine solche Maßregel auf den Arbeitslohn einwirken würde, hängt allein von der Frage ab, ob der Arbeiter beim Ankauf seines Bedarfs an Manufakturerezeugnissen, der darauf

---

<sup>82</sup> Siehe S. 196.

gelegten Taxe wegen, so viel mehr dafür zu bezahlen hätte, als er andererseits, bei dem niedrigen Preise seiner Nahrungsmittel, durch die Prämie gewänne. Ginge jenes Plus und dieses Minus gegeneinander auf, so würde es mit dem Arbeitslohn auf gleichem Fuße bleiben, gehörten aber die besteuerten Artikel nicht zum Bedarf des Arbeiters, so würde sein Arbeitslohn fallen, und demjenigen, der ihn angestellt hätte, der Betrag dieser Differenz zu-[452] gute kommen. Indes wäre dies doch kein wirklicher Vorteil für den Industrieunternehmer; zwar würde es seine Gewinnquote erhöhen, wie dies stets beim Fallen des Arbeitslohns der Fall ist; aber in dem Verhältnisse, als der Arbeiter zu dem Prämienfonds, der, wohl zu merken, durch Auflagen erhoben werden muss, bewandten Umständen nach weniger beitragen würde, müsste der Industrieunternehmer mehr dazu zahlen; mit andern Worten, er würde in Folge seiner Konsumption so viel zu der Abgabe beitragen, als er sich, durch die Prämie und die höhere Gewinnquote zusammengenommen, im Vorteil befinden würde. Seine höhere Gewinnquote würde ihn sowohl für seinen eigenen, als auch für den von ihm zu zahlenden Anteil seines Arbeiters an der Taxe entschädigen; die Vergütung, welche ihm für seines Arbeiters Anteil zukäme, ergäbe sich ihm in dem geringeren Arbeitslohn, oder, was dasselbe ist, in seinem erhöhten Gewinne; die für seinen eigenen Anteil in der durch die Prämie veranlassten Erniedrigung der Preise für das von ihm konsumierte Getreide.

Wohl dürfte es hier am rechten Orte sein, auf den Unterschied der Wirkungen auf den Gewinn aufmerksam zu machen, welche durch eine Veränderung in dem wirklichen Arbeitswerte des Getreides, und eine Veränderung in dem durch Abgaben und Prämien herbeigeführten relativen Werte desselben erzeugt werden. Wird der Preis des Getreides durch eine Veränderung seines Arbeitswertes erniedrigt, so verändert sich nicht [453] nur die Gewinnquote vom Kapitale, sondern auch der Gewinn überhaupt, welches jedoch nicht geschieht, wie wir so eben gesehen haben, wenn das Fallen des Preises künstlich durch eine Prämie verursacht wird. Die Erniedrigung des wirklichen Getreidewertes, welcher der Umstand zum Grunde liegt, dass zur Produzierung eines der wichtigsten Nahrungsmittel des Menschen weniger Arbeit erforderlich wird, bedingt den bedeutenden Vorteil, dass die Arbeit dadurch produktiver geworden ist. Dasselbe Kapitalquantum bezahlt fortwährend dasselbe Arbeitsquantum, wenn gleich dessen Produktionskraft sich vermehrt hat; dies zieht nicht nur eine Erhöhung der Gewinnquote, sondern des Kapitalgewinns überhaupt nach sich; der Kapitalist wird nicht nur von einem gleichen Kapitalquantum stärkere Revenuen ziehen, sondern er wird für dasselbe Geld auch noch eine größere Quantität Bedürfnisse kaufen können. Bei der durch eine Prämie bewirkten Erniedrigung des Getreidepreises hingegen, hat er für den Vorteil, den er auf der einen Seite aus dem gefallenem Preise eines Bedürfnisses zieht, den Nachteil, für ein anderes wieder einen unverhältnismäßig höhern Preis zu zahlen; zwar verliert er, indem er diesen höhern Preis zahlt, wegen seiner höhern Gewinnquote nichts, indes ist seine Lage auch keinesweges dadurch gebessert, weil er, mit all seinem größern Gewinn weder über mehr Lebensbedürfnisse, noch über mehr Arbeit zu gebieten hat. Liegen dem Fallen des Getreidewerts natürliche Ursachen zum Grunde, so wird demselben keinesweges durch das Steigen anderer Bedürfnisse entgegenwirkt, viel-[454] mehr fallen auch diese im Preise, da das rohe Material, aus welchem sie produziert werden, nun ebenfalls wohlfeiler zu werden pflegt; ist hingegen die Erniedrigung der Getreidepreise durch künstliche Mittel herbeigeführt, so wirken erhöhte Preise von einigen andern Bedürfnissen derselben stets entgegen, so dass, wenn auch das Getreide wohlfeiler ist, andere Artikel dafür desto teurer sind.

Dies kann nun als ein fernerer Beweis dienen, dass aus den Abgaben auf Lebensbedürfnisse, da sie den Arbeitslohn erhöhen und dagegen die Gewinnquote schmälern, eben kein besonderer Nachteil entspringt. Der Gewinn wird zwar dabei verkürzt, aber nur um so viel, als der Anteil des Arbeiters an der Abgabe beträgt, indem dieser auf jeden Fall entweder

von dem, der ihn angestellt hat, oder von dem Konsumenten des von ihm Produzierten getragen werden muss. Ob dem Einkommen des Industrieunternehmers jährlich 50 Pfd. Sterl. abgezogen, oder 50 Pfd. zu den Preisen der von ihm konsumierten Bedürfnisse hinzugefügt werden, kann ihm, wie dem Lande, gleich sein, falls nämlich alle Klassen gleiche Last tragen. Nun könnte aber, wenn die Abgabe zu dem Preise eines Bedürfnisses hinzugeschlagen würde, ein Geizhals selbige leicht umgehen, indem er nichts davon konsumierte; dagegen derselbe, wenn sie direkt von Jedermanns Einkommen abgezogen würde, alles Sträubens ungeachtet, nicht umhin könnte, seinen gehörigen Teil an der öffentlichen Last mitzutragen.

[455] Eine Prämie auf die Getreideproduktion würde also keine reelle Wirkung auf den jährlichen Ertrag der Länderei und der Arbeit eines Landes äußern, wenn gleich Getreide dadurch verhältnismäßig wohlfeiler, und Manufakturzeugnisse verhältnismäßig teuer werden würden. Lasst uns nun aber einmal eine entgegengesetzte Maßregel annehmen, dass nämlich eine Abgabe auf Getreide gelegt worden wäre, um mittelst der auf diese Weise eingehenden Gelder einen Fonds zur Erteilung von Prämien für die Produktion von Manufakturzeugnissen zu sammeln. In einem solchen Falle liegt es klar zu Tage, dass das Getreide teuer, Manufakturwaren aber wohlfeil sein würden; der Arbeitslohn würde unverändert bleiben, falls der Arbeiter eben so viel bei der Wohlfeilheit der Manufakturwaren gewänne, als er bei dem teuren Getreidepreis verlöre; wäre dies aber nicht, so würde der Arbeitslohn steigen, und weil die in Geld zu entrichtende Bodenrente dieselbe bliebe, der Gewinn sich schmälern; er würde sich schmälern, weil, wie wir eben gesehen haben, dies der Fall wäre, in welchem der auf den Arbeiter fallende Anteil an der Abgabe von demjenigen, der ihn angestellt hat, getragen werden muss. Durch die Erhöhung des Arbeitslohns würde der Arbeiter für die Abgabe, welche er in dem höhern Getreidepreise mittrüge, entschädigt werden; verwendete er von seinem Arbeitslohne nichts auf Manufakturzeugnisse, würde er auch nichts von der Prämie profitieren; dieselbe würde ganz den Arbeitsunternehmern zugute kommen, und die Abgabe, so zum Teil mit von dem Arbeiter getra- [456] gen werden; den Arbeitern würde für diese erschwerte Last in ihrem höhern Arbeitslohne eine Vergütung zugeteilt, und dadurch also die Gewinnquote reduziert werden. Also auch in diesem Falle würde es eine komplizierte Maßregel sein, die durchaus kein zum Wohl des ganzen Landes dienendes Resultat liefern würde.

Wir haben in unserer obigen Betrachtung vorsätzlich die Wirkungen aus den Augen gelassen, welche die obgedachte Maßregel auf den Handel mit dem Auslande äußern dürfte; wir haben uns dabei vielmehr ein abgesondert liegendes Land gedacht, welches mit andern Ländern in gar keinem Handelsverkehr stände. Wir haben gesehen, dass, welche Richtung die Prämie auch nehmen möge, die Nachfrage des Landes nach Getreide und Manufakturzeugnissen sich gleich bleiben, und sich daher nirgends ein Antrieb zeigen würde, um Kapitale aus einem Geschäfte in das andere überzutragen. Ganz anders würde es aber sein, wenn jenes Land in einem freien unbeschränkten Handelsverkehr mit dem Auslande stände. Nun würde die Veränderung des relativen Werts der Manufakturzeugnisse und des Getreides, die stattgehabe bedeutende Einwirkung auf die natürlichen Preise derselben, eine unwiderstehliche Lust zur Ausführung solcher Erzeugnisse, deren natürliche Preise im Lande herabgedrückt, sowie zur Einführung solcher Bedürfnisse, deren natürliche Preise gehoben wären, rege machen, [457] und auf diese Weise durch eine solche finanzielle Maßregel der natürlichen Verteilung des Kapitalvermögens eine totale Revolution bereitet werden, und zwar ebenso gewiss zum Vorteile des Auslandes, als zum Ruin desjenigen Landes, in welchem eine so törichte Maßregel Platz gegriffen hätte.

[458]

## Zweiundzwanzigstes Kapitel.

### Adam Smiths Ansichten in Betreff der Bodenrente.

„Nur solche Erzeugnisse des Bodens, sagt *Adam Smith*, können in der Regel zu Markte gebracht werden, deren gewöhnliche Preise hinreichen, das Kapital, welches dazu erforderlich ist, um sie dahin zu bringen, mit Einschluss der gewöhnlichen Gewinnquote, zu ersetzen. Ergeben diese Preise mehr, so muss dieses Plus natürlich als Bodenrente betrachtet werden; ergeben sie aber, wenn gleich die Erzeugnisse zu Markte gebracht werden können, nicht mehr, so können sie dem Grundbesitzer auch keine Bodenrente abwerfen. Ob die Preise mehr oder nicht mehr ergeben, hängt von der Nachfrage ab.“

Diese Stelle muss natürlich den Leser auf den Gedanken bringen, dass der Schreiber derselben über die Natur der Bodenrente keine irrige Begriffe hege, und dass er eingesehen haben müsse, dass die Qualität der Länderei; deren Anbau die Bedürfnisse des Landes erheischt hätten, von der Frage abhängen, ob der gewöhnliche Preis ihres Ertrags hinreichen werde, um das darauf zu verwendende Kapital mit der gewöhnlichen Gewinnquote zurück zu zahlen?

Indes hat er die Meinung gefasst, „dass es einige Erzeugnisse des Bodens gäbe, für welche die Nachfrage immer von der Art sein müsse, dass sie einen höhern Preis annehmen, als erforderlich ist, um sie zu Markt bringen zu können;“ hierher rechnet er besonders die zur Nahrung dienenden Bodenerzeugnisse.

Er behauptet, dass jeder Boden, unter welchem Himmelsstriche er auch liegen möge, eine größere Quantität Nahrungsmittel produziere, als nötig, um alle zu dessen Verkäuflichmachung erforderliche Arbeit so reichlich zu bezahlen, wie dergleichen Arbeit nur immer bezahlt werden kann. Auch ist der Überschuss dieser Nahrungsmittel noch immer mehr als hinreichend zum Ersatz für das zu jener Arbeit verwendete Kapital, mit Einschluss der gewöhnlichen Gewinnquote, so dass allemal noch etwas als Bodenrente für den Grundherrn übrigbleibt.

Worauf gründet er nun diese Behauptung? – auf nicht Anderes, als die Versicherung, dass „selbst die ärmlichsten Moorgegenden in Norwegen und Schottland eine Art von Waide für das Vieh darbieten, dessen Milch und Junge immer mehr als hinreichend sei, nicht nur um alle zu seiner Wartung nötige Arbeit und die dem Ökonomen oder dem Eigentümer der Heerde gebührende Gewinnquote zu bezahlen, sondern auch für [460] den Grundeigentümer etwas als Bodenrente abzuwerfen.“ Hierüber wird man mir nun schon einigen Zweifel erlauben müssen. Ich glaube, dass es bis jetzt noch in jedem Lande, von dem rauesten bis zum mildesten, Ländereien gibt, welche keinen mehr als hinreichenden Ertrag liefern würden, um das auf sie verwendete Kapital mit den gewöhnlichen und daselbst üblichen Interessen zu ersetzen. Es ist allgemein bekannt, dass dies in Amerika der Fall ist, und wohl Niemand wird behaupten, dass die Grundsätze, welche in *Europa* hinsichtlich der Bodenrente gelten, nicht auch auf jenen Weltteil Anwendung verdienen. Wäre es aber auch wirklich wahr, dass *England* so weit in der Kultur seines Bodens fortgeschritten wäre, dass in diesem Augenblicke darin nirgends Ländereien mehr angetroffen würden, welche nicht eine Bodenrente gewährten, so würde es doch auch ebenso wahr sein, dass es früher dergleichen Ländereien aufzuweisen hatte, und dass, ob es dergleichen gebe oder nicht, hier nicht in Frage kommen kann, weil es, wenn in Großbritannien auf Ländereien, welche nur

das Kapital nebst gewöhnlichen Zinsen zurück geben, Gelder angelegt sind, einerlei ist, ob sie auf alten oder neuen Ländereien wuchern.

Wenn ein Pächter mit dem Eigentümer eines Stück Landes für dasselbe einen Pachtvertrag auf sieben oder vierzehn Jahre schließt, so kann er immerhin versprechen, ein Kapital von 10,000 Pfund darauf zu verwenden, indem er wohl weiß, dass bei dem bestehenden Preise von Getreide und andern rohen Erzeugnissen es ihm [461] nicht schwer werden kann, für den Teil seines Kapitals, welchen ihm der Anbau des Stück Landes kostet, Ersatz zu erhalten, seine Bodenrente zu bezahlen und außerdem die gewöhnliche Gewinnquote zu erlangen. Er wird keine 11,000 Pfund anlegen, es sei denn, dass die letzten 1,000 Pfund ihm auf diese Weise die gewöhnlichen Kapitalzinsen werden abwerfen können. In seiner Berechnung, ob er sie anlegen soll oder nicht, wird er bloß darauf sehen, ob der Preis der rohen Erzeugnisse hoch genug steht, um ihn für seine Auslage und Gewinnquote zu decken, weil er weiß, dass er dabei keine größere Bodenrente zu bezahlen haben wird. Selbst nach Ablauf seiner Pachtzeit darf seine Bodenrente nicht erhöht werden, weil in dem Falle, dass sein Verpächter für die mehr verwendeten 1,000 Pfund ebenfalls Bodenrente fordern sollte, er selbige von dem Boden wieder abziehen würde; denn, da er, bei deren Anlegung nur den gewöhnlichen, üblichen Kapitalgewinn, welchen er bei jeder andern Benutzung auch davon ziehen könnte, zu gewärtigen hat; so kann er auch nicht mehr Bodenrente bezahlen wollen, so lange nicht die Preise der rohen Erzeugnisse steigen, oder, was dasselbe ist, die gewöhnliche landübliche Zinsenquote fallen würde.

Hätte *Adam Smiths* umfassender Geist dieses Alles berücksichtigt, so würde er nicht zu der Behauptung verleitet worden sein, dass die Bodenrente einen der Bestandteile des Preises der rohen Erzeugnisse ausmache; denn der Preis richtet sich überall stets nach [462] der Art, wie sich jene letzte Kapitalportion, wofür keine Bodenrente bezahlt wird, verzinset. Wäre er diesem Grundsatz gefolgt, so würde er keinen Unterschied zwischen der Bodenrente von Bergwerken und der Bodenrente von Ländereien gemacht haben.

„Ob z. B. ein Steinkohlenbergwerk, sagt er, eine Bodenrente geben kann, hängt teils von seiner Ergiebigkeit, teils von seiner Lage ab. Ein Bergwerk von irgendeiner Art ist entweder ergiebig oder unergiebig zu nennen, je nachdem das Mineralquantum, welches mittelst einer gewissen Quantität Arbeit aus demselben zu Tage gefördert werden kann, größer oder geringer ist, als das, was mittelst eines gleichen Arbeitsquantums aus dem größern Teil von Bergwerken derselben Art hervorgeschafft wird. Einige Steinkohlenbergwerke können, so vorteilhaft sie auch gelegen sind, wegen ihrer geringen Ausbeute nicht bearbeitet werden; der Ertrag derselben ersetzt die Kosten nicht; sie können daher weder Gewinn noch Bodenrente gewähren. Andere Bergwerke gibt es, deren Ausbeute eben hinreicht, um die Arbeit zu bezahlen und das zu ihrer Bearbeitung verwendete Kapital mit Einschluss der gewöhnlichen Zinsenquote zu erstatten; sie werfen dem Unternehmer einigen Gewinn, aber keine Bodenrente für den Eigentümer des Grundes und Bodens ab, und können daher auch nur von dem Letztern, indem derselbe, als eigener Unternehmer, von dem dazu verwendeten Kapital die gewöhnlichen Früchte zieht, mit Vorteil bearbeitet werden. So ist es der Fall mit mehreren [463] Steinkohlenbergwerken in Schottland, weil die Grundbesitzer die Bearbeitung eines solchen Bergwerks einem Andern nur unter der Bedingung einer zu zahlenden Bodenrente überlassen wollen, Niemand sich aber zur Eingehung dieser Klausel verstehen kann.“

„Andere Kohlenbergwerke in demselben Lande, obgleich hinreichend ergiebig, können wieder wegen ihrer Lage nicht bearbeitet werden. Ein zur Bestreitung der Arbeitskosten völlig ausreichendes Mineralquantum könnte durch die gewöhnliche oder selbst durch eine noch geringere Quantität Arbeit zu Tage gefördert werden; da aber die Bergwerke in Gegenden des innern Landes liegen, welche nur dünne bewohnt sind und weder Land-

noch Wassergelegenheit zum Transport darbieten, so würde es der gedachten Quantität an Absatz mangeln. Das ganze Prinzip der Bodenrente ist hier mit vieler Kunst und Klarheit auseinandergesetzt; obgleich aber jedes Wort eben so anwendbar auf Ländereien, als auf Bergwerke ist, so meint er doch, dass „es ein Anderes mit Grundbesitzungen über der Erde sei. Das Verhältnis zwischen dem Ertrage und der Bodenrente derselben richtet sich nach ihrer absoluten, nicht nach ihrer relativen Ergiebigkeit“<sup>83</sup>.

[464] Gesetzt nun aber auch den Fall, dass es keine Ländereien gäbe, welche nicht eine Bodenrente abwürfen, der Betrag der Rente von dem schlechtesten Boden würde dann also im Verhältnis zu dem Pluswert des Ertrags über den Kapitalaufwand und die gewöhnliche Gewinnquote sein; derselbe Maßstab würde auch die Rente von einem etwas besseren. oder günstiger gelegenen Boden bestimmen, und sonach die Rente dieses Bodens die des geringeren um so viel übersteigen, als die Vorteile, die dieser Boden gewährt, die des andern überwiegen; dasselbe würde vom Boden der dritten Qualität, und so auch von den besten Ländereien gelten. Wäre es hiernach nun nicht eben so ausgemacht, dass die relative Fruchtbarkeit des Bodens es ist, welche den als Bodenrente dienenden Teil des Ertrags bestimmt, als dass die relative Ergiebigkeit der Bergwerke den Teil ihres Ertrags bestimmt, welcher als Bodenrente für die Bearbeitung derselben zu entrichten ist?

Nachdem *Adam Smith* erklärt hat, dass einige Bergwerke nur von ihren Eigentümern bearbeitet werden können, weil ihre Ausbeute bloß hinreiche, um die Bearbeitungskosten und die gewöhnliche Gewinnquote des dazu verwendeten Kapitals zu erstatten, sollte man [965] doch denken, dass er diese Art Bergwerke ebenfalls für diejenigen halten würde, welche den Preis der Steinkohlen bestimmen. Wenn die alten Bergwerke nicht mehr die erforderliche Quantität Steinkohlen liefern, so wird der Preis dieses Brennmaterials steigen, und so lange steigen, bis der Eigentümer eines andern weniger ergiebigen Bergwerks sich im Stande sieht, durch Bearbeitung des seinigen den gewöhnlichen Kapitalgewinn sich zu verschaffen. Ist sein Bergwerk ziemlich ergiebig, so bedarf es keiner bedeutenden Preiserhöhung, um ihn zu vermögen, sein Kapital auf diese Weise zu benutzen; ist es aber von geringerer Ergiebigkeit, so wird natürlich der Eigener mit der Bearbeitung so lange anstehen, bis der höher gestiegene Preis ihm die Erstattung seiner Kosten und den gewöhnlichen Kapitalgewinn vergewissert. Hieraus erhellt, dass es stets das am wenigsten ergiebige Bergwerk ist, welches den Kohlenpreis bestimmt. *Adam Smith* aber ist ganz entgegengesetzter Meinung; er behauptet, dass „das ergiebigste Bergwerk auch den Preis der Steinkohlen für alle andere Bergwerke in der Gegend fixire. Sowohl der Eigentümer, als der Unternehmer eines solchen Bergwerks finden, der eine, um eine größere Bodenrente, der andere, um einen größeren Gewinn zu erlangen, ihre Rechnung dabei, wenn sie ihre Kohlen zu etwas geringeren Preisen, als ihre Nachbarn losschlagen; diese sehen sich nun bald genötigt, eben so wohlfeil zu verkaufen, obgleich ihnen dies unweit schwerer wird, und es stets ihre Bodenrente und ihren Gewinn schmälert, und oft ganz hinwegnimmt. Einige Bergwerke werden nun ganz [466] verlassen; andere können keine Bodenrente mehr abwerfen, und nur noch von ihren Eigentümern ferner bearbeitet werden.“ Würde der Begehre nach Steinkohlen abnehmen, oder durch neue Vorrichtungen der Ertrag sich

---

<sup>83</sup> Der Grund, den *Smith* dafür anführt, enthält nichts meiner Vernunft Widerstrebendes. Überall, wo Lebensmittel wachsen können, können auch Menschen geboren werden, um sie zu konsumieren. Nach Erzeugnissen dieser Art wird sicher Nachfrage sein, während nach Steinkohlen, oder Bauholz keine Nachfrage sein wird, wenn die Kosten, um diese Artikel an den Ort ihrer Konsumption zu schaffen, den Wert derselben übersteigen. Die Beweise, welche *Malthus* dafür geliefert hat, dass die Population sich stets über die Subsistenzmittel hinaus zu vermehren strebe, scheinen mir *Smiths* Ansicht zu bestätigen.

mehren, so würde auch der Preis heruntergehen und einige Bergwerke würden aufgegeben werden; auf jeden Fall aber müsste der Preis noch hoch genug stehen, um die Kosten und den Gewinn für die Bearbeitung eines mit keiner Bodenrente beschwerten Bergwerks herzugeben. Daher richtet sich nach dem am wenigsten ergiebigen Bergwerk stets der Preis.

In der Tat räumt *Adam Smith* dies auch selbst an einer andern Stelle ein, indem er sagt: „der niedrigste Preis, zu welchem Steinkohlen allenfalls eine geraume Zeit lang abgelassen werden können, ist, wie bei allen andern Bedürfnissen, der, welcher eben hinreicht, um das Kapital, mittelst welchem sie zu Markte gebracht worden sind, nebst dem gewöhnlichen Gewinn zu erstatten. Bei einem Steinkohlenbergwerke, welches dem Eigentümer keine Bodenrente einträgt, und welches er entweder selbst bearbeiten, oder ganz aufgeben muss, wird der dem Kostenaufwande angemessene Preis in der Regel ungefähr mit dem gedachten niedrigsten Preise übereinstimmen.“

So wie nun aber der Überfluss und die daraus folgende Wohlfeilheit der Steinkohlen die Notwendigkeit mit sich führen, dass diejenigen Bergwerke, welche keine, oder nur eine mäßige Bodenrente tragen können, nicht weiter bearbeitet werden, so würden auch dieselben Ursachen bei den rohen Ackerprodukten die notwendige Folge haben, dass der fernere Anbau derjenigen Ländereien, für welche entweder gar keine oder nur eine mäßige Bodenrente bezahlt würde, unterbleiben müsste. Wenn z. B. Kartoffeln, so wie in einigen Ländern Reis, das gewöhnliche allgemeine Nahrungsmittel des Volks würden, so würde ein Viertel oder die Hälfte des jetzt bebauten Landes wahrscheinlich im Augenblick aufgegeben werden, denn wenn, wie *Adam Smith* sagt, „ein mit Kartoffeln bestellter Acker sechs Tausend Pfund solider Nahrung, also dreimal so viel als ein mit Weizen bestellter Acker, hervorbringt,“ so würde eine lange Zeit verstreichen, ehe die Bevölkerung des Landes so sehr angewachsen wäre, um die Quantität Kartoffeln, welche dann aus den vorher mit Weizen bestellten Ländereien gewonnen würde, zu konsumieren; es würde daher vieles Land unbestellt gelassen werden und sonach die Bodenrente fallen; erst dann, wenn die Bevölkerung des Landes sich verdoppelt oder verdreifacht hätte, könnte dieselbe Quantität Länderei wieder zum Anbau genommen werden, und die Bodenrente sich wieder auf ihren frühern Standpunkt erheben.

Übrigens würde dem Grundeigentümer kein größerer Anteil von dem Brutto-Ertrage, dieser möchte nun aus Kartoffeln bestehen, welche dreihundert Menschen, oder aus Weizen, welcher nur einhundert Menschen sättigen könnten, zugutekommen, weil, wenn- [468] gleich die Produktionskosten sich dadurch, dass der Arbeitslohn nun größtenteils nach dem Preise der Kartoffeln, und nicht mehr nach dem Weizens abzumessen sein würde, bedeutend verringert hätten, und folglich der, nach Bezahlung des Arbeitslohns übrig bleibende Teil des Brutto-Ertrags um ein Ansehnliches zugenommen haben würde, doch nichts von diesem Plus der Bodenrente, sondern das Ganze ungeteilt der Gewinnquote zufallen würde, indem diese sich unter allen Umständen durch das Fallen des Arbeitslohns erhöht, so wie durch das Steigen desselben vermindert. Ob Weizen oder Kartoffeln gebaut werden, ist hinsichtlich des die Bodenrente bestimmenden Maßstabes einerlei; immer würde sie durch den Unterschied zwischen den Ertragsquantitäten, welche mit gleichen Kapitalsummen entweder von demselben Lande oder von Ländereien verschiedener Qualität gewonnen würden, fixiert werden, und daher, so lang Ländereien von derselben Qualität bebaut würden, und keine Veränderung in ihrer relativen Fruchtbarkeit stattfände, stets in gleichem Verhältnisse zu dem Brutto-Ertrage des Bodens sein.

*Adam Smith* behauptet dagegen, dass der dem Grundeigentümer zukommende Ertragsteil wegen der verminderten Produktionskosten vergrößert werden, und er daher von einem überflüssigen Ertrage einen stärkeren Anteil und eine größere Quantität, als von einem kargen Ertrage erhalten müsse. „Ein Reisfeld, sagt er, bringt eine bei weitem größere

Quantität Nahrung hervor, als das fruchtbarste Getreidefeld. [469] Zwei Ernten im Jahre, jede von dreißig bis sechzig Scheffel, sollen der gewöhnliche Ertrag eines Ackers sein. Obgleich sein Anbau mehr Arbeit erfordert, so bleibt doch, nach Bezahlung aller dieser Arbeit, ein bei weitem größerer Überschuss übrig. In solchen Ländern, wo Reis das gewöhnliche und beliebteste Nahrungsmittel des Volks ist, und wo die Feldarbeiten größtenteils damit gelohnt werden, *gebührt daher dem Grundeigentümer von diesem größeren Überschusse ein bedeutenderer Anteil, als in Getreidegegenden.*“

Herr Buchanan bemerkt ebenfalls, dass „es sich ganz von selbst verstehe, dass, wenn ein anderes Erzeugnis, welches der Boden in größerer Fülle, als Getreide, hervorbrächte, das gewöhnliche Nahrungsmittel des Volks würde, die Bodenrente des Grundeigentümers nach dem Verhältnisse des größern Ländereiertrags erhöht werden müsse.“

Würden Kartoffeln das gewöhnliche Nahrungsmittel des Volks, so würden die Grundeigentümer sich eine lange Zeit hindurch mit einer bedeutend niedrigeren Bodenrente begnügen müssen; sie würden dann wahrscheinlich einen weit geringern Anteil an Lebensmitteln bekommen als jetzt, und diese Lebensmittel würden dann noch überdies nur den dritten Teil ihres jetzigen Wertes besitzen. Dahingegen würden alle Manufakturzeugnisse, auf welche ein Teil der Bodenrente des Grundeigentümers verwendet wird, keinen tieferen Fall [479] erleiden, als den, welcher aus den niedrigeren Preisen des zu ihrer Verfertigung dienenden rohen Materials sich ergeben würde, und der nur durch die größere Fruchtbarkeit der Ländereien bewirkt werden könnte, die nun der Erzeugung dieses Materials gewidmet werden würden.

Wenn bei der fortschreitenden Zunahme der Bevölkerung allmählich wieder Ländereien von derselben Qualität, wie zuvor, zum Anbau der erforderlichen Quantität Nahrungsmittel genommen, und wieder dieselbe Menschenzahl zu deren Produzierung in Tätigkeit gesetzt werden würde, so hätte der Grundeigentümer nicht nur wieder einen gleichen Teil, wie zuvor, von dem Ertrage zu erwarten, sondern dieser Teil würde auch wieder den frühern Wert erhalten. Die Bodenrente würde wieder auf derselben Höhe, wie zuvor, stehen, die Gewinnquote aber unweit höher, weil der Preis der Nahrungsmittel, und folglich auch der Arbeitslohn bei weitem niedriger sein würde. Bedeutende Gewinnquoten tragen jederzeit viel zur Akkumulation von Kapitalen bei. Die Nachfrage nach Arbeitern würde mehr und mehr zunehmen, und der Grundeigentümer bei der wachsenden Nachfrage nach Ländereien sich in bleibendem Vorteile befinden.

Das Interesse des Grundeigentümers steht allemal mit dem des Konsumenten und des Manufakturisten im Widerspruch. Getreide kann nur dann auf die Dauer einen hohen Preis behaupten, wenn seine Produktion [471] ein größeres Quantum Arbeit nötig macht, wenn also die Produktionskosten sich vermehren. Dieselbe Ursache treibt auch die Bodenrente in die Höhe, daher es stets in des Grundeigentümers Interesse liegt, dass der zur Produktion erforderliche Kostenaufwand sich erhöhe. Dies stimmt indes keinesweges mit dem Vorteil des Konsumenten; diesem kann es nur lieb sein, wenn das Getreide in einem verhältnismäßig niedrigen Preise zu Geld und Waren steht, weil Getreide immer nur mittelst Geld und Waren angeschafft werden kann. Eben so wenig kann der Manufakturist sich wohl dabei befinden, wenn das Getreide teuer bezahlt werden muss, weil der hohe Preis dieses Bedürfnisses einen erhöhten Arbeitslohn zur Folge hat, ohne dass der Preis seines eigenen Manufakturzeugnisses dadurch im mindesten gehoben wird. Nicht nur muss er im Tausch gegen das von ihm konsumierte Getreide mehr von seinen Fabrikaten, oder, was dasselbe ist, den Wert von mehr derselben, sondern auch mehr davon für Arbeitslohn an seine Leute geben, ohne die geringste Entschädigung dafür zu erhalten. Mit Ausnahme der Grundeigentümer werden daher alle andere Gewerbs-Klassen im Lande bei einer Erhöhung des Getreidepreises verlieren. Zwischen dem Grundeigentümer und dem

Publicum herrscht kein solches Geschäftsverhältnis, wie im Handelsverkehr, wo man sagen kann, dass sowohl Verkäufer als Käufer gewinnen, sondern der Verlust ist ganz auf der einen, der Gewinn ganz auf der andern Seite; auch muss, wenn das Getreide bei gestatteter Einfuhr vom Auslande wohlfeiler angeschafft werden könnte, der Ver- [472] lust, in Folge veränderter Einfuhr, natürlich auf der einen Seite größer sein, als es der Gewinn auf der andern ist.

*Adam Smith* macht nie den geringsten Unterschied zwischen einem niedrigen Geld- und einem hohen Getreidewert, und ist daher auch keinesweges der Meinung, dass das Interesse des Grundeigentümers mit dem der übrigen bürgerlichen Gesellschaft disharmoniere. Im ersten Falle steht das Geld im Verhältnis zu allen Bedürfnissen niedrig, im andern, das Getreide zu Allem hoch; im ersten Falle bleiben Getreide und alle andere Bedürfnisse in demselben Verhältnisse zu einander, im andern steht das Getreide höher sowohl im Verhältnisse zu allen andern Bedürfnissen, als auch zum Gelde.

Folgende Bemerkung *Adam Smiths* passt sehr wohl auf einen niedrigen Wert des Geldes, aber durchaus nicht auf einen hohen Getreidewert. „Wäre die Einfuhr (nämlich von Getreide) zu allen Zeiten frei, so dürften unsere Pächter und Landeigentümer zwar, ein Jahr ins andere gerechnet, weniger Geld für ihr Getreide einnehmen, als jetzt, da die Einfuhr die meiste Zeit hindurch gesperrt ist; aber das Geld, was sie einnehmen, würde größeren Wert haben, würde mehr Waren aller Art, und auch mehr Arbeit bezahlen können. Ihr wirklicher Reichtum, ihr wirkliches Einkommen würde sich demnach, wenn gleich durch eine geringere Quantität Silber ausgedrückt, mit dem jetzigen völlig gleich bleiben; auch würde ihnen dadurch [473] weder die Möglichkeit, noch die Lust genommen werden, eben so viel Getreide, wie jetzt, zu bauen; im Gegenteil würde, da das Steigen des Silberwerts, in Folge des gesunkenen Geldwertes des Getreides, auch den Geldpreis aller andern Bedürfnisse etwas drückt, die in Rede stehende Maßregel der Industrie des Landes, in welchem sie angenommen würde, manche Vorteile auf den ausländischen Märkten gewähren, und auf diese Weise jene Industrie aufgemuntert und gehoben werden. indes muss der Umfang und die Ausdehnung des einheimischen Getreidemarkts, stets mit der allgemeinen Landesindustrie, oder der Anzahl derer, welche etwas Anderes zum Austausch im Lande produzieren, gleichen Schritt halten; denn in jedem Lande ist der einheimische Markt, als der nächste und bequemste, auch stets der größte und wichtigste für den Absatz des Getreides. Jene Erhöhung des Silberwerts, welche durch eine Erniedrigung des Mittelpreises von Getreide herbeigeführt wird, zielt also dahin, den für jedes Land bedeutendsten und wichtigsten Getreidemarkt zu erweitern, und, statt vom Getreidebau abzuschrecken, demselben vielmehr einen höhern Schwung zu geben.“

Es kann, wie auch *Adam Smith* sehr richtig bemerkt hat, dem Landeigentümer völlig gleichgültig sein, ob der Geldpreis des Getreides durch Überfluss an Gold und Silber in die Höhe getrieben, oder durch Mangel daran herabgedrückt wird, weil in beiden Fällen die Preise aller andern Erzeugnisse gleiche Verän- [474] derung erleiden; dagegen bietet ein unverhältnismäßig hoher Getreidepreis demselben stets bedeutenden Gewinn, indem er dann mit einer gleichen Quantität Getreide nicht nur über eine größere Summe Geld, sondern auch über ein größeres Quantum von allen mit Geld zu kaufenden Bedürfnissen zu gebieten hat.

[475]

## Dreiundzwanzigstes Kapitel.

### Über den Kolonialhandel.

*Adam Smith* hat in seinen Bemerkungen über den Kolonialhandel auf eine sehr befriedigende Weise die Vorteile eines freien Handelsverkehrs, so wie das Unrecht dargestellt, welches man den Kolonien tut, indem man sie hindert, ihre Erzeugnisse auf den teuersten Märkten abzusetzen, und ihre Bedürfnisse vom Auslande auf den wohlfeilsten einzukaufen. Er hat dargetan, dass die Arbeit in der Welt nicht besser verteilt, und kein größerer Überfluss an Notwendigkeiten und Genüssen des menschlichen Lebens erzielt werden kann, als wenn jedem Lande völlige Freiheit gelassen wird, das Erzeugnis seiner Industrie, wann und wo es ihm gefällt, umzusetzen.

Auch hat er zu beweisen gesucht, dass diese Handelsfreiheit, indem sie unzweifelnd das allgemeine Interesse befördere, zugleich auch dem eines jeden einzelnen Landes frommen müsse; und dass die kleinliche Po- [476] litik, welche die Staaten *Europas* in Betreff ihrer Kolonien angenommen haben, den Mutterländern ebenso nachteilig sei, als den Kolonien, deren Interesse so völlig hintangesetzt werde.

„Das Monopol des Kolonialhandels, sagt er, drückt, gleich allen andern unnützen und verderblichen Maßregeln des merkantilischen Systems, schwer auf die Industrie aller anderen Länder, besonders aber auf die der Kolonien, ohne dass übrigens dadurch das Interesse des Landes, zu dessen Gunsten es errichtet worden ist, im mindesten gefördert, ja vielmehr noch dadurch benachteiligt wird.“

Dieser Punkt des vorliegenden Gegenstandes ist indes keinesweges so klar und überzeugend von ihm abgehandelt worden, als er die Ungerechtigkeit dieses Systems gegen die Kolonien auseinandergesetzt hat.

Ohne mich übrigens in Betreff der Frage, ob die gegenwärtige europäische Staatspraxis, welche gegen die Kolonien in Anwendung gebracht wird, den Mutterländern schade, auf ein bestimmtes Ja oder Nein einzulassen, kann ich doch nicht umhin, einigen Zweifel darüber zu hegen, dass ein Mutterland nicht zu Zeiten durch die Einschränkungen, welche es seinen Kolonialbesitzungen auferlegt, gewinnen sollte. Wer möchte z. B. zweifeln, dass, wenn *England* eine Kolonie von *Frankreich* wäre, dieses letztere Land dabei gewinnen würde, wenn es *England* eine starke Prämie für die Ausfuhr von Getreide, Tuch oder jedes anderen Er- [477] zeugnisses bezahlen ließe? Als an einem früheren Orte das Für und Wider hinsichtlich der Ausfuhrprämien abgewogen, und der Preis des Maß Getreides in *England* zu 4 Pfd. Sterl. angenommen wurde, ergab sich, dass eine Ausfuhrprämie von 10 Schill. aufs Maß in *England*, den Getreidepreis in *Frankreich* auf 3 Pfd. 10 Schill. herabsetzen würde. Demnach würden nun, wenn das Maß Getreide in *Frankreich* vorher 3 Pfd. 15 Schill. gekostet hätte, den Französischen Konsumenten auf jedes Maß eingeführtes Getreide 5 Schillinge, und wenn der natürliche Getreidepreis in *Frankreich* bisher ebenfalls 4 Pfund gewesen wäre, der ganze Prämienbetrag von 10 Schilling zu gute gekommen sein. *Frankreich* würde solchermaßen auf *Englands* Kosten gewinnen; es würde nicht nur einen Teil von dem, was *England* verlöre, sondern in vielen Fällen selbst den ganzen Wert seines Verlustes gewinnen.

Hiergegen dürfte indes vielleicht eingewandt werden, dass eine Ausfuhrprämie von der Politik der Kolonien geboten sein müsse, und nicht wohl von dem Mutterlande darin eingeführt werden könne.

Wäre es für Jamaica und Holland vorteilhafter, ihre gegenseitigen Erzeugnisse ohne die Dazwischenkunft *Englands* gegeneinander auszutauschen, so ist es natürlich, dass die Interessen Jamaicas und Hollands leiden würden, wenn sie sich in diesem unmittelbaren Verkehr gehindert sähen; indes würde, wenn Jamaica genötigt wäre, seine Erzeugnisse nach *England* zu senden, um sie dort gegen Holländische Produkte umzu- [478] setzen, Englischen Kapitalen oder Englischer Vermittlung dadurch eine Quelle des Gewinns eröffnet werden, welche ihnen sonst verschlossen geblieben sein würde. Sie würden zu diesem neuen Geschäfte zwar auch durch eine Prämie angezogen werden, die aber nicht von *England*, sondern von Holland und Jamaica bezahlt werden würde.

Dass der aus einer unvorteilhaften Verteilung der Arbeit in zwei Ländern entspringende Verlust für das eine derselben gewinnvoll sein kann, während das andere mehr darunter leidet, als der einer solchen Verteilung eigentlich nachfolgende Verlust beträgt, ist von *Adam Smith* selbst eingestanden worden. Ist nun aber dies wahr, so muss es zugleich als Beweis dienen, dass eine Maßregel, welche einer Kolonie nachteilig ist, dem Mutterlande teilweise Vorteil bringen kann.

Indem er über Handelstraktaten spricht, sagt er: „Wenn eine Nation sich durch einen Traktat verbindlich macht, entweder die Einfuhr gewisser Artikel aus einem fremden Lande zu gestatten, welche sie allen andern verbietet, oder die Erzeugnisse eines Landes von Zollabgaben zu befreien, indes alle andere denselben unterworfen bleiben; so muss dieser Traktat für das so begünstigte Land, oder wenigstens für die Kauf- und Gewerbsleute dieses Landes natürlich sehr vorteilbringend sein. Jene Kauf- und Gewerbsleute erfreuen sich auf diese Weise in dem Lande, welches so wohlwollend gegen sie gesinnt ist, gewissermaßen eines Monopols. Dieses Land wird dadurch sowohl ein ausgebrei- [479] teterer, als auch ein vorteilhafterer Markt für ihre Waren; ausgebreiteter, weil es, da die Erzeugnisse anderer Nationen entweder ganz von diesem Markte ausgeschlossen, oder schweren Zollabgaben unterworfen sind, ihnen ein größeres Quantum Waren abnimmt; vorteilhafter, weil die Kaufleute des begünstigten Landes das ihnen zugestandene Monopol oft dahin benutzen werden, ihre Waren zu besseren Preisen abzusetzen, als wenn sie mit der Konkurrenz aller anderen Nationen zu kämpfen haben würden.“

Man nehme nun an, dass die beiden Nationen, zwischen welchen ein solcher Handelstraktat stattfände, das Mutterland und seine Kolonie wären, so ist *Adam Smiths* Eingeständnis, dass ein Mutterstaat dadurch gewinne, dass er seine Kolonie drückt, erwiesen. Es dürfte hingegen zwar wieder der Einwand sich erheben, dass von ausländischen Käufern nicht mehr für die eingeführten Waren bezahlt werden würde, als von einheimischen, es sei denn, dass das Monopol des fremden Marks sich ausschließlich in den Händen einer Gesellschaft von Kaufleuten befinde; der Preis, welcher von beiden Seiten bezahlt werden würde, würde nicht in bedeutendem Grade von dem natürlichen Preise der Waren in dem Lande, wo sie produziert werden, abweichen. So würde z. B. *England*, unter den gewöhnlichen Umständen, stets im Stande sein, Französische Erzeugnisse zu deren natürlichem Preise in *Frankreich* zu kaufen, und *Frankreich* seinerseits würde ein gleiches Privilegium genießen, sich Englische Produkte [480] zu ihrem in *England* herrschenden natürlichen Preise zu verschaffen. Um zu diesen Preisen zu kaufen, würde es ja aber keines Traktats bedürfen. Welcher Gewinn oder welcher Nachteil entspringt daher für eine der beiden Parteien aus einem solchen Traktate?

Der aus diesem Traktate für das einführende Land sich ergebende Nachteil würde darin bestehen, dass es dadurch verbunden sein würde, eine Ware, wir wollen annehmen von *England*, zu dem in diesem Lande bestehenden natürlichen Preise einzukaufen, wenn es auch diesen Einkauf vielleicht zu einem weit niedrigeren Preise in einem anderen Lande bewerkstelligen könnte. Dies würde alsdann eine unvorteilhafte Verteilung des allgemeinen

Weltkapitals zur Folge haben, welche hauptsächlich für das Land, das durch den Traktat genötigt wäre, auf dem am wenigsten vorteilhaften Markte einzukaufen, ihre nachteiligen Wirkungen äußern müsste, ohne dass übrigens dem Verkäufer aus diesem vermeintlichen Monopol Vorteil erwachsen könnte, indem derselbe durch die Konkurrenz seiner eigenen Landsleute verhindert sein würde, seine Waren über ihren natürlichen Preis, zu welchem er sie überall weggeben müsste, er möge sie nun nach *Frankreich*, Spanien oder Westindien verschiffen oder sie im Lande verkaufen, zu versilbern.

Worin besteht denn nun aber der Vorteil, der aus den Bestimmungen eines solchen Traktats ersprießt? Er besteht darin, dass einzelne Waren in *England* nicht anders zur Ausfuhr hätten fabriziert werden kön- [481] nen, wenn es nicht das ausschließliche Privilegium gehabt hätte, jenen ausländischen Markt allein damit zu versehen, indem die Konkurrenz eines anderen Landes, wo der natürliche Preis jener Erzeugnisse niedriger steht, ihm die Gelegenheit zum Absatz seines Vorrats davon genommen haben würde. Letzteres würde indes nicht viel auf sich haben, wenn *England* nur völlig sicher wäre, dass es von seinen andern Fabrikaten bis zu demselben Wertbetrage, entweder auf dem Französischen, oder auch, wenn nur mit gleichem Vorteile, auf einem anderen Markte absetzen könnte. Man nehme z. B. den Fall an, *England* wolle zum Wertbetrage von 5,000 Pfund eine Quantität Französischer Weine kaufen, und es wünsche zu diesem Zwecke irgendwo für 5,000 Pfd. von seinen Landeserzeugnissen an den Mann zu bringen. Verleihe nun *Frankreich* ihm ein Monopol zur Einfuhr von Tuch, so würde es sofort Tuch dahin ausführen; fände hingegen ein durchgängig freier Handel statt, so dürfte die Konkurrenz anderer Länder leicht ein Stein des Anstoßes für *England* werden, um die erforderlichen 5.000 Pfund nebst dem gewöhnlichen Gewinn bei der derartigen Anwendung seines Kapitals durch den Verkauf von Tuch zu erlangen, indem alsdann der natürliche Preis dieses Fabrikats vielleicht zu diesem Zwecke nicht niedrig genug sein dürfte. Die Industrie *England* müsste sich in diesem Falle mit der Produzierung irgendeines andern Artikels befassen. Nun könnte es aber auch der Fall sein, dass es bei dem bestehenden Werte des Geldes nicht im Stande wäre, irgendeines seiner Erzeugnisse zu dem natürlichen Preise [482] anderer Länder zu liefern. Was würde die Folge davon sein? Die Weintrinker in *England* würden noch immer geneigt sein, 5,000 Pfund für ihren Wein zu geben, und es würden demnach 5,000 Pfd. bares Geld dafür nach *Frankreich* außer Landes gehen. Diese Ausfuhr an Geld würde nun den Wert desselben in *England* steigern und in andern Ländern erniedrigen; zugleich würde sich damit auch der natürliche Preis aller Erzeugnisse der Britischen Industrie auf einen niedrigeren Standpunkt stellen; denn eine Erhöhung des Geldpreises ist das Nämliche, was ein Sinken des Preises der Dinge ist. — So würde es nun zur Herbeischaffung der 5,000 Pfund, mit der Ausfuhr Britischer Erzeugnisse weiter keine Schwierigkeiten haben, da sie bei ihrem herabgesetzten natürlichen Preise jetzt mit den gleichartigen Erzeugnissen anderer Länder in Konkurrenz würden treten können. Indes würde doch immer zu den niedrigen Preisen eine größere Quantität Waren abgesetzt werden müssen, um die erforderlichen 5,000 Pfund zu erhalten, und wenn diese Summe endlich da wäre, würde man doch nicht mehr dieselbe Quantität Wein dafür anschaffen können, denn indes die Verminderung des Geldkapitals in *England* den natürlichen Preis der dortigen Erzeugnisse herabgedrückt hätte, wäre durch die Vermehrung des Kapitalvermögens in *Frankreich* der natürliche Preisstand der Erzeugnisse dieses Landes, also auch des Weins, gehoben worden. Es ergibt sich nun hieraus, dass bei vollkommen freiem Handelsverkehre weniger Wein im Austausch gegen andere Artikel in *England* eingeführt werden würde, als wenn [483] dieses Land durch Handelsverträge besonders begünstigt wäre. Das Gewinnverhältnis würde dadurch übrigens keine Veränderung erleiden; der relative Geldwert würde sich in beiden Ländern anders gestellt, und *Frankreichs* Gewinn darin, dass es im Tausch für eine bestimmte Quantität Französischer Erzeugnisse ein größeres Quantum Englischer erhalten

hätte, *Englands* Verlust hingegen darin bestanden haben, dass es für eine bestimmte Quantität Englischer Waren nur ein geringeres Quantum Französischer Artikel hätte eintauschen können.

Der ausländische Handel, er sei erschwert, aufgemuntert oder frei, wird demnach stets seinen gehörigen Fortgang haben, wie es auch immer hinsichtlich der größeren oder geringeren Schwierigkeit der Produktion in den verschiedenen Ländern beschaffen sein mag; derselbe richtet sich einzig und allein nach dem Steigen oder Fallen, welches durch eine veränderte Verteilung der edlen Metalle in den natürlichen Warenpreisen, nicht in dem natürlichen Werte, zu welchem die Erzeugnisse in den verschiedenen Ländern produziert werden, bewirkt wird. Diese Auseinandersetzung bestätigt zugleich die Meinung, welche ich bereits an einem andern Orte geäußert habe, dass es nämlich keine Abgabe, keine Prämie, kein Ein- oder Ausfuhrverbot gibt, welches nicht eine veränderte Verteilung der edlen Metalle, und damit auch eine allgemeine Veränderung, sowohl des natürlichen, als des Marktpreises von Erzeugnissen zur Folge hätte.

[484] Es ist also augenscheinlich, dass der Handel mit einer Kolonie so eingerichtet werden kann, dass er sich zugleich weniger vorteilhaft für die Kolonie, und gewinnreicher für das Mutterland zeigen würde, als ein vollkommen freier Handelsverkehr. So wie es dem einzelnen Konsumenten nachteilig sein würde, wenn er sich mit seinen Bedürfnissen bloß an einen einzigen Verkäufer halten könnte, ebenso nachteilig muss es für eine ganze Nation von Konsumenten sein, sich mit ihren Einkäufen ausschließlich an ein einziges bestimmtes Land gewiesen zu sehen. Würde der einzelne Kaufmann oder ein ganzes Land die geforderten Bedürfnisse zu den wohlfeilsten Preisen ablassen, so würden sie sicher darauf rechnen können, auch ohne ein solches ausschließendes Privilegium Absatz für ihre Waren zu finden; möchten sie aber nicht so wohlfeil verkaufen, so würde das allgemeine Interesse es erfordern, dass sie nicht weiter zur Fortsetzung eines Handels aufgemuntert würden, welchen sie unmöglich zu gleichen Vorteilen mit andern Nationen treiben können. Der einzelne Kaufmann oder das Land, welche bisher ausschließlich verkauften, dürften zwar, wenn hierin eine Veränderung einträte, verlieren, das allgemeine Interesse aber könnte nicht besser befördert werden, als durch die ergiebigste Verteilung des allgemeinen Weltkapitals, oder mit andern Worten, durch eine allgemeine Handelsfreiheit.

Die Vermehrung der Produktionskosten eines Erzeugnisses hat, wenn selbiges ein Artikel des dringend- [485] sten Lebensbedürfnisses ist, keinesweges eine verminderte Konsumtion zur notwendigen Folge; denn wenn auch gleich die allgemeine Konsumtionskraft der Käufer durch das Steigen des Preises eines solchen Erzeugnisses jedenfalls vermindert wird, wird man statt dessen doch lieber die Konsumtion irgendeines andern Erzeugnisses, dessen Produktionskosten sich nicht vermehrt haben, aufgeben. In diesem Falle würden also Vorrat und Nachfrage in demselben Verhältnisse zu einander wie vorhin bleiben; die Produktionskosten allein werden sich vermehrt haben, und der Preis wird und muss in die Höhe gehen, um den Gewinn des Produzenten der im Preis gestiegenen Ware mit dem Gewinn, den andere Geschäfte abwerfen, ins Gleichgewicht zu bringen.

Hr. Say gibt zu, dass die Produktionskosten den Preis begründen, und doch behauptet er wieder an verschiedenen Stellen seines Werks, dass der Preis durch das Verhältnis der Nachfrage zum Vorrat fixiert werde. Der wirkliche Maßstab, nach welchem der relative Wert zweier Erzeugnisse irgendeiner Art zu bestimmen ist, besteht in nichts anderem, als in dem Kostenaufwande, welchen ihre Produktion erforderlich macht, und weder in den beiderseitigen Quantitäten, welche davon produziert werden, noch in der zwischen den Käufern stattfindenden Konkurrenz.

Nach der Meinung *Adam Smiths* hat der Kolonialhandel, als ein Geschäft, in welchem bloß Britisches Kapital angelegt werden kann, die Gewinnquoten aller [486] anderen Gewerbsarten erhöht; und da er nun zugleich hohe Gewinnquoten und hohen Arbeitslohn für die Triebfeder des Steigens der Warenpreise hält, so ist, seines Dafürhaltens, der Kolonialhandel für das Mutterland nachteilig gewesen, indem er dasselbe mehr oder weniger außer Stand gesetzt habe, seine Manufakturwaren so wohlfeil als andere Länder ablassen zu können. Er sagt, dass „die Zunahme des Kolonialhandels, in Folge des Monopols, nicht so sehr dem Handel, welchen Großbritannien früherhin trieb, einen Zuwachs, als vielmehr eine andere Richtung verliehen habe. Zweitens hat dieses Monopol notwendig dazu beigetragen, die Gewinnquoten in allen verschiedenen Zweigen des Britischen Handels höher zu stellen, als es natürlicherweise geschehen sein würde, wenn allen Nationen freier Handel mit den Britischen Kolonien gestattet worden wäre.“ – „Was übrigens auch immer die gewöhnliche Gewinnquote in einem Lande höher steigern mag, als sie ohnedem sein würde, so wird das Land dadurch notwendig sowohl einem *absoluten*, als einem *relativen* Nachteil in jedem Zweige des Handels, wovon es nicht das Monopol hat, ausgesetzt werden, weil seine Kaufleute in den Handelszweigen dieser Art, den höhern Gewinn auf keine andere Weise zu erzielen vermögen, als indem sie sowohl die Waren des Auslandes, welche sie bei sich einführen, als auch ihre eigenen Landesprodukte, welche sie ins Ausland führen, höher im Preise halten, als es sonst geschehen sein würde. Die Folge davon ist, dass das eigene Land teurer und daher weniger kaufen und verkaufen, we- [487] niger Genussmittel haben und weniger produzieren wird, als es sonst der Fall gewesen sein würde.“

„Unsere Kaufleute klagen oft über den hohen Britischen Arbeitslohn, als die Ursache, weshalb sie ihre Fabrikate auf den ausländischen Märkten nicht zu den gangbaren Preisen, zu welchen Andere die ihrigen verkaufen, losschlagen können; sie erwähnen dabei aber nichts von ihrem hohen Kapitalgewinne. Sie seufzen über den außerordentlichen Gewinn anderer Nationen, sagen aber nichts von ihrem eigenen. Und doch dürfte der hohe Kapitalgewinn in diesem Lande in vielen Fällen um nichts weniger, und in einigen vielleicht noch mehr, zur Erhöhung der Preise Britischer Fabrikate beitragen, als der hohe Arbeitslohn.“

Ich räume gern ein, dass das Monopol des Kolonialhandels die Richtung der Kapitalbenutzung, und oft auf eine nachteilige Weise, verändern dürfte; indes wird man aus dem, was ich früher über den Gewinn gesagt habe, ersehen, dass eine Übertragung der Kapitale aus einem fremden Handelsgeschäfte zu einem andern, oder aus dem einheimischen Handel zum ausländischen, meines Erachtens, keinen Einfluss auf die Gewinnquote haben kann. Der einzige daraus hervorgehende Übelstand wird derjenige sein, wovon eben die Rede gewesen ist, dass nämlich eine unvorteilhafte Verteilung des allgemeinen Weltkapitals und der allgemeinen Industrie dadurch herbeigeführt, und aus dieser Ursache weniger produziert werden wird. Der natürliche [488] Preis der Waren wird erhöht werden, und daher der Konsument, obgleich er noch immer für denselben Geldwert wird kaufen können, dafür nur eine geringere Quantität Bedürfnisse erhalten. Auch wird man gesehen haben, dass wenn selbst die Gewinnquoten dadurch gesteigert würden, dies doch nicht die mindeste Wirkung auf die Preise äußern könnte, weil diese weder durch den Arbeitslohn, noch durch den Gewinn bestimmt werden.

Und stimmt nicht auch *Adam Smith* selbst mit dieser Meinung überein, wenn er sagt, dass „die Preise der Waren, oder der Wert des Goldes und Silbers, im Verhältnis zu Waren, von dem Verhältnisse zwischen der *Quantität Arbeit*, welche nötig, um ein bestimmtes Quantum Gold- und Silber in tauschbaren Stand zu setzen, und derjenigen, welche erforderlich ist, um eine bestimmte Quantität von irgendeiner andern Ware eben so weit zu bringen, abhängen?“

Dieses Arbeitsquantum wird sich stets gleich bleiben, der Gewinn oder der Arbeitslohn mag hoch oder niedrig sein. Wie ist es also möglich, dass die Preise durch größere Gewinnquoten erhöht werden können?

[489]

## Vierundzwanzigstes Kapitel.

### Über Brutto- und Netto-Einkommen.

*Adam Smith* spricht stets in hohen Lobpreisungen von den Vorteilen, welche ein Land vorzugsweise aus einer starken Brutto-<sup>84</sup>, im Vergleich zu einer starken Netto-Einnahme zieht. „Je nachdem, sagt er, ein größerer Teil des Gesamt-Kapitals eines Landes auf den Ackerbau verwendet wird, um desto größer [490] muss auch die Quantität der produzierenden Hände, welche dadurch in Tätigkeit gesetzt wird, so wie der Wert sein, welchen die Benutzung derselben zu dem jährlichen Ertrage des Bodens und der Arbeit des Landes hinzufügt. Nach dem Ackerbau, setzt das in Fabriken angelegte Kapital die größte Quantität produzierender Arbeit in Bewegung, und wirft den größten Wertbetrag in die Waagschale des jährlichen Landesertrags. Das zum Ausfuhrhandel benutzte Kapital bringt von den drei Portionen des Landeskapitals am wenigsten ein<sup>85</sup>.

Einen Augenblick zugestanden, dass es mit dem Obigen seine Richtigkeit habe, welcher Vorteil würde wohl für das Land aus der Benutzung einer größeren Menge produzierender Hände ersprießen, wenn die Netto-Bodenrente und der Netto-Gewinn in demselben, ob nun eine größere oder kleinere Menge von Arbeitern in Tätigkeit gesetzt wäre, sich stets gleich bleiben würde. [491] Der Gesamtbetrag des Bodens und der Arbeit eines jeden Landes teilt sich in drei Dividenden, wovon die eine dem Arbeiter als Lohn, eine andere dem Kapitalisten als Gewinn, und die dritte dem Grundeigentümer als Bodenrente zufällt. Nur von den beiden letzten Dividenden kann man Abgaben erheben oder Ersparnisse machen, indem die erstere, wenn mäßig, stets als ein zur Produktion unumgänglich notwendiger Aufwand anzusehen ist. Einem Kapitalisten mit einem Vermögen von 20,000 Pfund, welches demselben jährlich 2,000 Pfd. Gewinn abwirft, kann es völlig gleich sein, ob sein Kapital hundert oder tausend Menschen in Tätigkeit setzt, ob die produzierte Ware zu 10,000 Pfd. oder für das Doppelte verkauft wird, wenn ihm nur in jedem dieser Fälle nicht weniger als 2,000 Pfd. Gewinn übrig bleibt. Ist es nun nicht eben so auch mit dem wahren Interesse eines Landes? Wenn nur sein wirkliches Netto-Einkommen, seine Bodenrente und sein Gewinn

---

<sup>84</sup> Wie Hr. *Say* meint, sollte man gar nicht eher von Netto-Einkommen sprechen, als wenn von Interessen der Privaten untereinander die Rede ist. Das Netto-Einkommen eines Privatmanns bestehe, nach Abzug seiner Auslagen, aus dem Werte des Produkts, zu dessen Produzierung er, sei es durch seine Industrie, durch seine Kapitale oder durch seine Ländereien, beigetragen hat. Aber, da alle Auslagen, die er gemacht hat, Teile des Einkommens sind, das er Andern gezahlt hat, so habe der ganze Wert des Produkts dazu gedient, diese Einkommen zu bezahlen. Das Total-Einkommen einer Nation bestehe im Brutto-Ertrage, d. h. im Brutto Werte aller ihrer Erzeugnisse, der sich unter die Produzenten verteilt.

(Anmerkung des Übersetzers.)

<sup>85</sup> Herr *Say* ist mit *Adam Smith* einerlei Meinung: „Die ergiebigste Anwendung der Kapitale für ein Land überhaupt, besteht nach der auf den Ackerbau, in derjenigen auf Fabriken und den einheimischen Landhandel, weil dadurch eine Industrie belebt wird, deren Früchte allein das Inland genießt, während diejenigen Kapitale, welche im Handel mit dem Auslande angelegt werden, die Industrie und den Boden aller Länder, ohne Unterschied, produktiv machen. „Die am wenigsten vorteilhafte Benutzung von Kapitalen für ein Land ist wohl die, das Erzeugnis eines fremden Landes nach einem andern zu verführen.“ Liv. II. Chap. 8. §. 8.

(Anmerkung des Verfassers.)

sich nicht verändern, kann es ihm übrigens einerlei sein, ob es zehn oder zwölf Millionen Einwohner zählt. Seine Mittel zur Unterhaltung von Flotten und stehenden Heeren und anderen Arten unproduktiver Tätigkeit, müssen sich nach seinem Netto-, nicht nach seinem Brutto-Einkommen richten. Könnten fünf Millionen Menschen so viel zur Nahrung und zur Kleidung dienende Erzeugnisse produzieren, als zehn Millionen Menschen nötig hätten, so würde die Nahrung und Kleidung von fünf Millionen reines Einkommen sein. Würde es nun wohl dem Lande irgend Vorteil bringen, wenn zur Gewinnung dieses nämlichen Netto-Ein- [492] kommens sieben Millionen Menschen erforderlich wären, oder mit andern Worten, dass sieben Millionen Menschen in Tätigkeit gesetzt werden müssten, um hinreichende Nahrungsmittel und Kleidung für zwölf Millionen zu produzieren? Das reine Einkommen würde ebenfalls nur in der Nahrung und Kleidung für fünf Millionen Menschen bestehen. Die Beschäftigung einer größeren Anzahl Arbeiter würde daher weder unsere Land- und Seemacht auch nur um einen Mann verstärken, noch eine einzige Guinee mehr zu den Abgaben beitragen<sup>86</sup>.

---

<sup>86</sup> Wenn ich mir eine allgemeine Kritik der Doktrin des Hrn. *Ricardo* und seiner Manier, wie er mehrere Fragen der Nationalökonomie behandelt, erlauben wollte, so würde ich sagen, dass er den, von ihm für richtig gehaltenen, Grundsätzen eine solche Allgemeinheit gibt, dass er die daraus hervorgehenden Resultate als untrüglich betrachtet. Aus dem Satz, dass die Klasse, welche vom Arbeitslohn lebt, nur so viel erwirbt, als zu ihrer Erhaltung und Fortpflanzung streng notwendig ist, zieht er die Folgerung, dass eine Industrie, die 7 Millionen Arbeiter beschäftigt, eben nicht mehr Vorteil gewähre, als diejenige, welche 5 Millionen Arbeit gibt. Indem er sich darauf stützt, dass in dem einen, wie in dem andern Fall, die Arbeiter Alles, was sie erwerben, wieder verzehren, so bleibt freilich von der Arbeit der 7 Mill. eben nicht mehr übrig, als von der Arbeit der 5 Mill. Dieses klingt ganz gleichlautend mit der Doktrin der Staatswirtschafts-Lehrer des 18ten Jahrhunderts, welche behaupteten, dass Manufakturen Nichts zum Reichtum der Nation beitragen, weil die für Arbeitslohn arbeitende Klasse, indem sie einen ebenso großen Wert konsumiere, als sie erzeuge, nichts zu ihrem famosen *Netto-Ertrag* hinzutue.

In universalibus latet dolus hat Baco, mit Recht der Vater der gesunden Philosophie genannt, gesagt. Wird man von dieser Höhe der *Allgemeinheiten* herabsteigen und sich an das *Besondere* halten, was hier stets sicher leitet, so wird man zu der Einsicht gelangen, dass 7 Mill. Arbeiter, die alle beschäftigt sind, mehr Ersparnisse machen als 5 Mill. Nur in der ganz untersten Klasse der bloßen Handarbeiter beschränkt sich der Gewinn ganz eigentlich auf das zur Fortpflanzung dieser Klasse streng Notwendige. Tritt irgendein Talent zu der mechanischen Geschicklichkeit des Arbeiters hinzu, so geht daraus eine Fähigkeit hervor, die nicht bei Jedem gefunden und nicht überall dargeboten wird; ein Umstand, der den Wert der Arbeit eines solchen Individuums erhöht. *Smith* bemerkt, dass ein besonderer Grad der Einsicht, eine unbestechliche Redlichkeit in dieser Klasse höher bezahlt werde, als zur Fortpflanzung einer solchen Familie, streng genommen, notwendig ist. Auch findet man eine große Anzahl Familien in der Klasse der Arbeiter, die nur den gewöhnlichen Arbeitslohn erhalten, dennoch aber sich aufs Ersparen legen, ihren Wohlstand und ihr Mobiliare verbessern, wodurch natürlich die Totalsumme der Nationalersparnisse vermehrt wird.

Wäre es aber auch wahr, dass 7 Mill. beschäftigte Arbeiter nicht mehr ersparten als 5 Mill., — würde es selbst in diesem Falle so ganz einerlei und gleichgültig sein, ob die eine, oder die andere Zahl ernährt würde? Ist nicht, wenn wir auf die Nationalmacht Rücksicht nehmen, auch die Bevölkerung, zumal wenn sie tätig und betriebsam ist, eine Macht zu nennen? Und wenn irgendein barbarischer Attila oder auch ein zivilisierter, ein volkreiches Land angriffe, würde er nicht weit leichter zurück geschlagen werden, als wenn er seinen Armeen bloß Kapitalisten gegenüber fände, die weiter nichts verstehen, als in ihren Comtoirs zu spekulieren und den Marktpreis der Hauptplätze *Europas* und *Amerikas* gegeneinander abzuwägen?

Aus dem Gesichtspunkte menschlichen Glücks betrachtet, kann man auch sagen, dass die Summe desselben unter einer Bevölkerung von 7 Mill., die erwirbt, das Erworbene konsumiert, ihre Familien erzieht und sich der Entwicklung ihrer Fähigkeiten erfreut, größer sei, als bei einer Bevölkerung von 5 Mill. Menschen. Es scheint fast, als sei der Mensch nur auf der Welt, um zu ersparen und aufzuhäufen. Er ist daselbst hauptsächlich, um das, was die Natur ihm umsonst gibt, und was er durch seine Industrie gewinnt, zu konsumieren. Hervorbringen und Konsumieren ist das Eigentümliche des menschlichen Lebens, der Hauptzweck desselben. Das tun die Nationen, die weder vor, noch rückwärts schreiten. Können sie noch überdies Ersparnisse machen, wodurch ihre Kapitale vergrößert und ihre Industrie erweitert wird, so ist dies ohne Zweifel ein sehr günstiger Umstand, nach welchem sie so viel wie möglich streben müssen; aber es ist keine wesentliche Bestimmung ihres Daseins.

[493] *Adam Smith* legt der größeren Vorzüglichkeit derjenigen Kapitalanwendung, welche die meisten Hände in Bewegung setzt, nicht etwa einen, aus einer starken Bevölkerung erwachsen könnenden, Vorteil, oder den [494] Umstand, dass das zeitliche Glück einer größeren Anzahl menschlicher Wesen dadurch befördert werden würde, sondern ausdrücklich nur die dadurch bewirkte Vermehrung der Macht des Landes zum Grunde, indem er sagt, dass „der Reichtum, und, soweit Macht auf Reichtum sich gründe, die Macht eines jeden Landes stets im Verhältnis zu dem Werte seines jährlichen Ertrags, als des Fonds, aus welchem am Ende doch alle Abgaben bezahlt würden, stehen muss.“ Nun ist es aber einleuchtend, dass die Fähigkeit eines Landes, Abgaben zu tragen, sich nach seinem Netto-, nicht nach seinem Brutto-Einkommen richtet.

Was die Verteilung der verschiedenen Industriezweige unter die sämtlichen Länder betrifft, so wird [495] das Kapital ärmerer Nationen sich natürlich solchen Erwerbsarten zuneigen, wobei eine große Quantität Arbeit im eigenen Lande erforderlich ist, weil Nahrungsmittel und sonstige Bedürfnisse für eine zunehmende Bevölkerung in solchen Ländern am leichtesten anzuschaffen sind; in reichen Ländern dagegen, wo das Leben teuer ist, werden Kapitale, wenn nämlich ein freier Handelsverkehr stattfindet, auf solche Weise angelegt werden, wobei die wenigste Arbeit im eigenen Lande nötig ist, als z. B. beim Speditionsgeschäfte, beim auswärtigen Handel, wo der Gewinn sich nach dem Kapitale, nicht nach der Quantität der bezahlten Arbeit richtet<sup>87</sup>.

496 Obgleich ich zugebe, dass, nach der Natur der Bodenrente, ein bestimmtes Kapital, welches zum Ackerbau auf Ländereien irgendeiner, nur nicht auf das von letzter Qualität, angewendet wird, eine größere Quantität Arbeit ins Leben ruft, als ein, in Fabriken oder im Handel angelegtes, Kapital; so sehe ich doch nicht ein, dass zwischen der Quantität Arbeit, welche durch ein, zum einheimischen Verkehr bestimmtes, Kapital, und derjenigen, welche durch ein gleiches Kapitalquantum im Handel mit dem Auslande erforderlich gemacht wird, irgendein Unterschied stattfindet. „Das Kapital, bemerkt *Adam Smith*, welches Schottische Fabrikate nach London bringt, und dafür Englisches Getreide und Manufakturgut nach Edinburgh holt, ersetzt natürlicherweise, bei einem jeden Geschäfte dieser Art, zwei Britische Kapitale, welche im Ackerbau und im Manufakturwesen Großbritanniens angelegt waren.“

---

J. B. S.

<sup>87</sup> Es ist als ein wahres Glück zu betrachten, sagt Hr. *Say*, dass der natürliche Lauf der Dinge Kapitale nicht zu solchen Geschäften hinzieht, wobei der größte Gewinn zu ernten, sondern zu denen, in welchen ihre Benutzung dem Gemeinwesen am ersprießlichsten ist. Liv. II. Chap. 8. §. 3., Herr *Say* hat uns nicht belehrt, was es für Geschäfte sein mögen, welche, indem sie sich für das einzelne Individuum am vorteilhaftesten zeigen, nicht auch zugleich die vorteilhaftesten für den Staat sind. Wenn Länder mit beschränkten Kapitalen, aber mit vielen fruchtbaren Ländereien sich nicht gern mit dem ausländischen Handel abgeben, so liegt der Grund davon in nichts anderm, als weil er für die einzelnen Individuen, und daher auch für den Staat, weniger vorteilhaft ist.

(Anmerkung des Verfassers.)

Was Hr. *Ricardo* in meinem Werke nicht gefunden haben will, ist in einer Stelle enthalten, die er selbst, vier Blätter zurück, angezogen hat. Diejenigen Kapitalanlagen, welche, während sie dem Eigentümer des Kapitals Gewinn bringen, zugleich auch die industriellen Fähigkeiten der Landeseinwohner, oder die produktiven Kräfte des Bodens, in Wert verwandeln, vermehren die Einkünfte des Landes in höherm Grad, als Anlagen, die, außer dem Gewinne des Kapitalisten, keine Einkünfte anderer Art gewähren. Es gibt Kapitalanlagen, die, ungeachtet des Gewinns, den sie dem Kapitalisten bringen, dem Lande keine Einkünfte gewähren. Der aus der Stock-Jobberei hervorgehende Gewinn, so wie jeder Gewinn, der mit dem Verluste des Andern verbunden ist, ist nur ein Gewinn für das ihn erhaltende Individuum, ohne ein solcher auch für das Land zu sein.

J. B. S.

Das Kapital, mittelst welchem ausländische Waren für die einheimische Konsumption eingekauft werden, [497] ersetzt auch, wenn dieser Einkauf gegen die Erzeugnisse inländischer Industrie bewerkstelligt wird, bei einem jeden solchen Geschäfte, zwei verschiedene Kapitale; aber nur eines davon hat der einheimischen Industrie gedient. Das Kapital, durch welches Britische Waren nach Portugal gehen, und Portugiesische Erzeugnisse dafür nach Großbritannien kommen, ersetzt bei jeder solchen Operation, nur ein einziges Britisches, denn das andere ist ein Portugiesisches. Wenn daher auch die Ergebnisse des ausländischen Handels für die inländische Konsumption ebenso ersprießlich sein sollten, als die des einheimischen, so würde doch das in ersterem angelegte Kapital sich immer nur halb so aufmunternd für die Industrie oder produktive Arbeit des Landes bewähren.“

Dieses Argument scheint mir nicht richtig zu sein; denn wenn gleich in dem von Dr. Smith angenommenen Falle zwei Kapitale, ein Portugiesisches und ein Englisches angelegt sind, so würde doch immer in dem ausländischen Handel ein doppelt so großes Kapital, als in dem inländischen, angelegt sein. Gesetzt den Fall, Schottland benutze ein Kapital von tausend Pfund zur Fabrizierung von Leinen, welche es für den Ertrag eines gleichen Kapitals, wofür in *England* Seidenzeuge verfertigt worden, austauscht. Es würden also zweitausend Pfund und ein verhältnismäßiges Arbeitsquantum in den beiden Ländern angewandt sein. Nun nehme man ferner an, *England* brächte nachher in Erfahrung, dass es aus Teutschland für die bisher nach Schottland exportierten Seidenzeuge mehr Leinwand zie- [498] hen könnte, und Schottland seinerseits hätte ebenfalls berechnet, dass es aus *Frankreich* mehr Seidenzeuge für seine Leinwand erhalten würde, als aus *England*, würden nicht *England* und Schottland sofort aufhören, mit einander zu handeln, und würde nicht der einheimische Konsumtionshandel sich alsobald in einen ausländischen verwandeln? Obgleich nun auch auf diese Weise zwei ausländische Kapitale, nämlich eines aus Teutschland und eines aus *Frankreich*, an diesem Handel partizipieren würden, würde nicht demungeachtet derselbe Betrag an Schottischem und Englischem Kapitale fortwährend in Anwendung kommen, und würde er nicht derselben Quantität von Gewerbtätigkeit Leben geben, als wenn er in dem inländischen Handel angelegt wäre?

[499]

## Fünfundzwanzigstes Kapitel.

### Über Geld- und Banken.

Ich bin weit entfernt, die Geduld der Leser durch eine lange Abhandlung über das Geldwesen ermüden zu wollen, da schon so viel über diesen Gegenstand geschrieben worden ist, dass von denen, welche demselben ihre Aufmerksamkeit widmen, nur der Befangene über die wahren Grundsätze, nach welchen derselbe zu beurteilen ist, in Ungewissheit sein kann. Ich werde mich demnach bloß darauf beschränken, eine kurze Übersicht von einigen der allgemeinen Grundregeln, welche den Wert und die Menge des Geldes bestimmen, zu geben.

Gold und Silber erhalten, wie alle andere Erzeugnisse, ihren Wert in dem Verhältnisse der zu ihrer Produzierung und Tauschbarmachung erforderlichen Arbeit. Gold hat ungefähr einen fünfzehnmal höhern Wert, als Silber, nicht weil etwa eine größere Nachfrage darnach herrschte, noch weil der Vorrat von Silber fünfzehnmal größer wäre, sondern einzig und allein darum, weil fünfzehnmal so viel Arbeit erforderlich ist, um eine bestimmte Quantität davon zu produzieren.

[500] Das Quantum Geld, welches in einem Lande kursieren darf, hängt von seinem Werte ab; befände sich bloß Gold in Zirkulation, so wäre nur ein fünfzehnter Teil von dem Quantum nötig, welches erforderlich sein würde, wenn Silber allein das Zirkulationsmittel wäre.

Die Zirkulation des Geldes kann nie zu sehr anschwellen, weil ebenso wie der Wert desselben sich in dem Maße mehrt, als dessen Quantität sich mindert, in eben dem Maße auch durch die Vermehrung der Quantität der Wert abnehmen wird<sup>88</sup>. So lange ein Staat Geld prägt, ohne einen Schlagschatz davon zu ziehen, wird das gemünzte Geld stets denselben Wert haben, als ein rohes Stück desselben Metalls von gleichem Schrot und Korn; bezieht aber der Staat einen Schlagschatz, so wird ein Geldstück den Wert eines ungemünzten Stücks von demselben Metall um den ganzen Betrag des daran haftenden [501] Schlagschatzes übersteigen, weil nun eine größere Quantität Arbeit oder, was dasselbe ist, der Wertbetrag eines größeren Arbeitsquantums zu dessen Produzierung erfordert wird. Hat der Staat allein das Recht, Geld zu prägen, so hat auch der Betrag des Schlagschatzes keine Grenzen, indem dadurch, dass weniger Geld gemünzt wird, selbiges bis zu einer unabsehbaren Höhe im Werte gehoben werden kann. Dasselbe Prinzip liegt nun auch dem zirkulierenden Papiergelde zum Grunde; der ganze dem Papiergelde gegebene Wert kann als Schlagschatz betrachtet werden. Ob es gleich keinen innern Wert hat, ist doch, indem

---

<sup>88</sup> Der Gebrauch des Goldes und Silbers begründet daher überall einen gewissen Bedarf von diesen Gegenständen; besitzt nun ein Land davon so viel, als es braucht, so wird Alles, was davon mehr ins Land kommt, da keine Nachfrage nach diesem Plus herrscht, im Werte tot, und für den Besitzer von keinem Nutzen sein. *Say* Liv. 1. Chap. 17.

Seite 196 sagt Herr *Say*, dass, wenn z. B. ein Land 1,000 Wagen bedürfte, aber 1,500 besäße, der Überschuss über 1,000 für das Land unnütz wäre, und zieht nun daraus den Schluss, dass, wenn es mehr Geld, als nötig, hätte, auch dieses Mehr nicht benutzt werden würde.

(Anmerkung des Verfassers.)

man Selbiges auf ein gewisses Quantum beschränkt, sein Tauschwert eben so groß, als ein gleicher Wert von gemünztem oder ungemünztem Metall<sup>89</sup>. Auf gleiche Weise, nämlich durch Beschränkung des Quantums; würde auch eine im Gehalt verringerte Münze zu dem nämlichen Werte zirkulieren können, als [502] wenn sie gesetzliches Schrot und Korn hätte, und nicht nach ihrem gegenwärtigen Metallgehalte. In der Geschichte des Britischen Münzwesens finden wir es vielfach bestätigt, dass das Geld nie in demselben Verhältnis im Werte verloren hat, als es im Gehalt geschmälert ward; der Grund hiervon lag darin, dass man das Quantum desselben nie im Verhältnisse zu seinem verminderten innern Werte vermehrt hatte<sup>90</sup>.

Nach Errichtung von Banken, hat der Staat nicht mehr allein die Macht, Geld zu prägen oder von sich ausgehen zu lassen. Da das Geldquantum ebenso wirksam durch Papier als durch Metall vergrößert werden kann, so kann der Staat, wenn er, auch bei Beschränkung der Quantität, seinem Gelde einen geringeren Gehalt gibt, den Wert desselben dann nicht mehr aufrechterhalten, weil die Banken dann ebenfalls die Macht haben würden, die Zirkulationsmasse zu vermehren.

Hieraus ergibt sich nun, dass es nicht gerade notwendig ist, dass Papiergeld, zur Garantierung seines Wertes, gegen klingende Münze eingelöst werden muss, sondern nur, dass die Quantität desselben nach dem Werte des Metalls, welches zum Maßstab des Geldwerts erklärt worden ist, geregelt werde<sup>91</sup>. Wäre [503] z. B. Gold von bestimmtem Schrot und Korn dieser Maßstab, so würde das Papiergeld nur mit jedem Sinken des Goldwerts oder, was in seinen Wirkungen dasselbe ist, mit jedem Steigen der Warenpreise vermehrt werden dürfen.

---

<sup>89</sup> Dieses Beispiel wäre, wie es mich bedünkt, hinreichend, um Hrn. *Ricardo* zu überzeugen, dass nicht die zur Produzierung einer Sache erforderliche Quantität Arbeit, sondern das Bedürfnis darnach, zusammengehalten mit ihrer Seltenheit, die Basis alles Werts sei. Die Arbeit, oder im Allgemeinen die Produktionskosten, sind eine zu überwindende Schwierigkeit, welche die Quantität einer Ware, die man auf den Markt bringen kann, beschränkt, und in dieser Hinsicht sind sie eines der Elemente des Werts der Dinge. Ist aber diese Seltenheit willkürlich, so ist die Wirkung dieselbe.

J. B. S.

<sup>90</sup> Was ich in diesem Kapitel von Goldmünzen sage, findet dieselbe Anwendung auch auf Silbergeld; ich hielt es daher nicht für nötig, bei jeder Gelegenheit beide zu erwähnen. (Anmerkung des Verfassers.)

<sup>91</sup> Diese Wahrheit hätte von zehn einsichtsvollen Schriftstellern ausgesprochen sein können, und dürfte demungeachtet von eben so viel Kurzsichtigen bezweifelt worden sein, wenn sie nicht durch das, was sich in den neuesten Zeiten mit den Englischen Banknoten ereignet hat, auf eine merkwürdige Weise bestätigt worden wäre. Als die Englische Regierung im Jahre 1797 der Bank die von ihr erhaltenen Darlehen nicht zurück zahlen konnte, ermächtigte sie letztere, einen förmlichen Bankerott zu machen, nämlich ihre Noten nicht einzulösen, was noch jetzt fort dauert. Ungeachtet dieses Nichtworthaltens, und ungeachtet die Bank nicht den reellen Wert besitzt, der Sicherheit für ihre Noten gewähren könnte (denn die Schatzkammer hat der Bank bloß Versprechungen zum Unterpfande gegeben); so haben wir doch neulich gesehen, dass die Banknoten mit dem gemünzten Geld auf Pari gestiegen sind, nicht aber, wie man vielleicht glauben mag, wegen des Kredits der Regierung und des Nationalgeistes der Engländer, der beharrlich darauf hinstrebe, den Wert der Banknoten aufrecht zu erhalten (all ihr Nationalgeist würde das Sinken derselben nicht verhindern, sobald die Summe derselben zunähme), sondern aus dem ganz einfachen Grunde, weil die Bedürfnisse der Zirkulation ein Zirkulationsmittel vom Betrag einer gewissen Summe erheischen, nämlich einer Summe, die dem Marktpreis einer gewissen Quantität Gold oder Silber gleich ist. Diese Summe scheint nun durch die Noten, welche die Englische Bank und die Provinzialbanken ausgegeben haben, wenig überschritten worden zu sein.

Dies ist eine der schönen Erfahrungen, die seit Anfang dieses Jahrhunderts im Fache der Nationalökonomie gemacht worden sind, und es bereiten sich noch andere, nicht minder wichtige, vor.

J. B. S.

Durch die Emission einer zu großen Quantität Papiergeldes, bemerkt Dr. Smith, deren Übermaß stets [504] zurückkehrte, um gegen Gold oder Silber ausgewechselt zu werden, ward die Bank von *England* mehrere Jahre lang genötigt, jährlich zwischen 800,000 und 1,000,000 Pfund, oder im Durchschnitt jährlich 850,000 Pfund Sterl. an Goldmünzen zu schlagen. Bei diesem bedeutenden Geldprägen sah sich die Bank, wegen des abgenutzten und herabgewürdigten Zustandes, in welchem die Goldmünzen seit einigen Jahren sich befanden, öfters in der unangenehmen Notwendigkeit, ungemünztes Gold für den hohen Preis von vier Pfund die Unze zu kaufen, welche sie nachher nur zu 3 Pfund 17 Schill. 10½ P. ausprägte, so dass sie auf diese Weise 2½ bis 3 Prozent auf das Gepräge einer so sehr bedeutenden Summe verlieren musste. Obgleich die Bank keinen Schlagschatz dafür entrichtete, und obgleich die Regierung die Münzkosten trug, so konnte diese Großmut der Regierung, dem Nachteil der Bank doch nicht ganz abhelfen.

Nach dem oben angeführten Grundsatz scheint es mir in die Augen springend zu sein, dass, wenn man das so zur Bank zurückkehrende Papiergeld der Zirkulation entzogen hätte, der Wert sämtlicher in Zirkulation befindlicher Münzen, sowohl der beschnittenen, als der neugeprägten Goldstücke, sich wieder gehoben haben würde, nachdem nämlich alle Forderungen an die Bank befriedigt worden wären.

Herr Buchanan ist indes dieser Meinung nicht, denn er behauptet, dass „der bedeutende Verlust, welchen die Bank zu der Zeit erlitt, nicht, wie der Dr. Smith zu glauben schiene, durch eine unvorsichtige Emission von neuem Papiergeld, sondern durch den verringerten Gehalt der Münzen, und den folglich hohen Preis des ungemünzten Metalls verursacht worden sei. Da die Bank sich auf keinem andern Wege Guineen verschaffen konnte<sup>92</sup>, als indem sie Goldbarren in die Münze schickte, so war sie stets genötigt, für die zum Einlösen gebrachten Banknoten neugeprägte Guineen zu geben; – und da nun die alten Münzen durchgängig von mangelhaftem Gehalte waren, und der Preis des ungemünzten Goldes verhältnismäßig hoch stand, so benutzte man es zu einer vorteilhaften Spekulation, jene vollhaltigen Guineen gegen Papiergeld aus der Bank zu ziehen, sie dann in Barren einzuschmelzen, und diese wieder mit Vorteil gegen Papier umzusetzen, [506] welches nachher der Bank abermals für eine neue Quantität Guineen zurück gegeben wurde, die dann ebenfalls wieder eingeschmolzen und auf die vorige Weise verkauft wurden. Diesem Abflusse des baren Geldes muss die Bank stets ausgesetzt bleiben, solange die Geldmünzen von mangelhaftem Gehalte sind, weil dann ein leichter und gewisser Vorteil aus dem fortwährenden Wechseln von Papiergeld gegen klingende Münze zu ziehen ist. Es muss übrigens hierbei noch bemerkt werden, dass, wie unangenehm und nachteilig auch der Bank der damalige Abfluss ihres baren Geldes war, sie es doch nie für notwendig erachtete, von der Verpflichtung, ihre Noten mit Baar einzulösen, abzugehen.“

---

<sup>92</sup> In den Geschäften einer Regierung mit Individuen, so wie in denen der Individuen unter sich, wird ein Stück Geld, welchen Zirkulationswert man ihm auch erteilt haben mag, nie anders als nach seinem innern Gehaltswerte, mit Zurechnung des ihm durch das Gepräge erteilten Nutzwertes, angenommen. *Say* Liv. I. Chap. 21. §. 4.

„Geld ist ein so wenig fester Maßstab des Wertes, dass, wenn Geldstücke durch den langen Gebrauch, oder durch das schändliche Gewerbe der Geldwipper einen Teil ihres bisherigen Werts verlieren, gleich alle Warenpreise im Verhältnisse der damit vorgegangenen Veränderung steigen; diese werden indes, falls nämlich keine andern Ursachen ihrer Erhöhung zum Grunde lagen, wieder ihren vorigen Preisstand einnehmen, sobald die Regierung eine Ummünzung veranstaltet, und jedem Geldstücke wieder sein gesetzliches Schrot und Korn zuteilt.“ *Say* Liv. I. Chap. 21. §. 6.

(Anmerkung des Verfassers.)

Herr Buchanan ist augenscheinlich der Meinung, dass sämtliches, in Zirkulation sich befindende, Geld notwendig auf den Standpunkt des Wertes der geringhaltiger gewordenen Sorten herabsinken müsse; sicher würde aber durch eine Verminderung des Geldquantums, der in der Zirkulation zurückbleibende Teil zu dem Werte der vollhaltigsten Sorten erhoben werden können.

Dr. Smith scheint in seinem Urteile über das Colonial-Geldwesen sein eigenes Prinzip vergessen zu haben. Anstatt nämlich das Herabsinken dieses Papiers im Werte dem zu großen Überflusse desselben zuzuschreiben, fragt er (indem er übrigens einräumt, dass die Colonialgarantie eine vollkommen sichere sei), ob hundert Pfund, in fünfzehn Jahren zahlbar, gleichen Wert mit hundert Pfund augenblicklicher Zahlung haben würden? Ich antworte, ja, wenn dieses Papier nicht zu überhäuft wäre.

Die Erfahrung hat übrigens gelehrt, dass weder ein Staat, noch eine Bank je die unbeschränkte Gewalt zur Emission von Papiergeld in Händen gehabt haben, ohne selbige zu missbrauchen; es ist daher nötig, dass die Emission von Papiergeld durch irgendetwas beschränkt und kontrolliert werde, wozu mir nun nichts geeigneter zu sein scheint, als dass die Emittenten von Papiergeld der Verbindlichkeit unterworfen werden, ihre Noten entweder mit gemünztem oder ungemünztem Golde einzulösen.

Das Zirkulationsmedium ist dann am besten bestellt, wenn es ausschließlich in Papiergeld besteht, d. h. nämlich in Papiergeld von gleichem Nominalwert mit dem Golde, welches es vorstellen soll. Der Gebrauch von Papier, statt Gold, setzt das wohlfeilste Medium an die Stelle des kostbarsten, und das Land in den Stand, ohne dass irgendjemand etwas dabei verliert, alles Gold, welches es bisher zu dem fraglichen Zwecke anwandte, gegen rohe Materialien, Gerät und Nahrungsmittel umzutauschen, deren Benutzung sowohl seinen Wohlstand als seine Lebensgenüsse vermehrt.

Von einem nationalen Gesichtspunkte aus betrachtet, ist es völlig einerlei, ob ein solches wohlbestelltes Papiergeld von einer Regierung oder einer Bank ausgegeben wird; es wird, im Ganzen genommen, sich gleich einträglich für das Land bewähren, es möge von der einen oder von der andern ausgegangen sein; nicht [508] ebenso ist es aber hinsichtlich der einzelnen Interessen. In einem Lande, wo die gesetzlich bestimmte Interessen-Quote 7 Prozent ist, und wo die Regierung zu einer besondern Ausgabe jährlich 70,000 Pfund bedarf, kann es den einzelnen Individuen im Lande keinesweges gleich sein, ob diese jährlichen 70,000 Pfund durch ihnen auferlegte Abgaben herbeigeschafft werden, oder ob derselbe Zweck ohne eine solche Aufopferung von ihrer Seite erreicht werden kann. Man nehme z. B. an, es sollte eine Million Pfund zur Ausrüstung einer Flotte angeschafft werden. Liefse nun der Staat ein Million Pfund neues Papiergeld ausfertigen, und entzöge dafür eine Million Pfund klingender Münze der Zirkulation, so würde die Ausrüstung ohne irgendeine dem Volke neu aufgebürdete Last vor sich gehen; stellte aber eine Bank die Million Papiergeld aus, entzöge damit eine Million Pfund Sterl. der Zirkulation, und liehe sie der Regierung zu 7 Prozent, so würde das Land auf diese Weise mit einer fortwährenden Abgabe von jährlich 70 000 Pfund belegt werden; das Volk würde die Abgabe bezahlen, die Bank sie empfangen, und der Staat in jedem der beiden Fälle so reich bleiben, wie zuvor; die Flotte würde durch die Befolgung unsers Systems, nämlich dadurch, dass Kapitale von dem Betrage einer Million in der Form von Waren produktiv gemacht würden, anstatt sie in der Form von Geld tot liegen zu lassen, ausgerüstet werden; der Vorteil bei der Sache würde aber stets auf Seiten der Emittenten des Papiergeldes sein; und da die Regierung das Volk repräsentiert, so würde das Volk die Abgabe gespart haben, wenn [509] der Staat, und nicht die Bank, jene Million emittiert hätte.

Ich habe bereits oben bemerkt, dass, wenn eine vollkommen sichere Garantie vorhanden wäre, dass die Macht zur Emission von neuem Papiergelde nicht gemissbraucht würde, es, hinsichtlich des gesamten Landesvermögens, ganz gleichgültig sein würde, von wem das Papier ausginge; auch habe ich so eben dargetan, dass das Publicum ein direktes Interesse dabei hat, wenn der Staat, und nicht eine Gesellschaft von Kaufleuten oder Bankiers, das Papiergeld emittiert. Nun ist es aber ein Unglück, dass jene Macht in den Händen einer Regierung eher Missbräuche befürchten lässt als in den Händen einer Bankdirektion.“ Eine Bankdirektion, heißt es, würde mehr unter der Kontrolle des Gesetzes stehen, und, wenn es gleich in ihrem Interesse läge, ihre Ausstellungen über die gehörigen Grenzen auszudehnen, durch die den einzelnen Individuen zustehende Freiheit, für ihr Papier ungemünztes oder gemünztes Metall zu verlangen, in Zaum gehalten werden. Dagegen dürfte, wie weiter geäußert wird, diese Schranke nicht lange respektiert werden, wenn die Regierung das ausschließliche Privilegium der Ausstellung von Papiergeld in Händen hätte; es dürfte ihr nur zu leicht in den Sinn kommen, mehr auf gegenwärtiges Bedürfnis, als auf künftige Sicherheit zu sehen, und sie daher, die Notwendigkeit zum Vorwand nehmend, nur zu geneigt sein, die Hindernisse, welche den Betrag ihrer Ausstellungen kontrollierten, durch ein Machtgebot aus dem Wege zu räumen.

[510] Unter einer willkürlichen Regierung würde dieser Einwand in der Tat großes Gewicht haben; in einem freien, unter dem Schirme einer aufgeklärten Gesetzgebung stehenden Lande aber darf die Macht zur Emission von Papiergeld, bei der den Inhabern desselben zustehenden Freiheit zur Einlösung, zuversichtlich in die Hände der speziell dazu beauftragten Beamten gegeben werden, ohne sie von irgendeiner Kontrolle der Minister abhängig zu machen. Der Schuldentilgungs-Fonds (sinking-fund) steht unter der Obsorge von Beamten, die bloß dem Parlament verantwortlich sind, und das ihrer Verwaltung anvertraute Geld wird mit der größten Regelmäßigkeit zu dem beabsichtigten Zwecke angewandt; welcher Grund wäre nun wohl vorhanden, zu zweifeln, dass die Ausstellungen von Papiergeld nicht mit gleicher Redlichkeit besorgt würden, wenn man sie unter eine ähnliche Verwaltung stellte?<sup>93</sup>.

Hiergegen möchte vielleicht der Einwurf gemacht werden, dass, wenn gleich der Vorteil, der dem Staate, und also auch dem Publicum, aus den Ausstellungen von Papiergeld erwachsen würde, offenbar vor Augen läge, indem dadurch ein Teil der Nationalschuld, für [511] welche das Publicum Zinsen bezahlen muss, in eine unverzinsliche Schuld umgewandelt werden würde, dies doch für den Handel nachteilige Folgen haben dürfte, weil den Kaufleuten dadurch die Mittel abgeschnitten würden, Geld zu borgen, und ihre Wechsel zu, eskomptieren, auf welche Weise doch einem Teile des Bankpapiers der Ausgang geöffnet wird.

Hierbei scheint man indes vorauszusetzen, dass Geld nicht geborgt werden könnte, wenn die Bank es nicht herliehe, und dass die Marktquote der Interessen und des Gewinns von dem Betrage des emittierten Papiergeldes, und dem Canale, wodurch es ausgeht, abhinge. So wenig aber ein Land Mangel an Tuch, Wein oder anderen Bedürfnissen leiden wird, wenn es die Mittel zu deren Bezahlung hat, eben so wenig wird es auch an Geldleihern fehlen, wenn die Borger gute Sicherheit anzubieten haben, und geneigt sind, die gewöhnliche Zinsquote zu zahlen.

---

<sup>93</sup> Hr. *Say* gibt diesem Vorschlage seinen ungetheilten Beifall, und bemerkt unter andern, dass durch eine solche Operation *England* mit einem mal 1½ Milliarden Franks von seiner Schuld getilgt haben und jährlich ungefähr 75 Mill. Fr. Interessen weniger zu bezahlen haben würde. (Anmerkung des Übersetzers.)

An einem andern Orte in diesem Werke habe ich den Beweis zu führen gesucht, dass der wirkliche Wert eines Bedürfnisses nicht durch die accidentellen Vorteile, welche einige Produzenten desselben genießen, sondern durch die wirklichen Schwierigkeiten, welche der am wenigsten begünstigte Produzent zu überwinden hat; bestimmt wird. Ebenso ist es nun auch mit den Geldzinsen; diese richten sich keinesweges nach der Quote, zu welcher die Bank leihen will, diese mag nun fünf, vier oder drei Prozent betragen, sondern nach dem Ver- [512] hältnisse des Gewinns, welcher durch die anderweitige Benutzung des Kapitals geerntet werden kann, und welcher von der Quantität, oder dem Werte des Geldes durchaus unabhängig ist. Ob eine Bank eine Million, zehn oder hundert Millionen leiht, dies wird die gewöhnliche Zinsquote keinesweges auf die Dauer ändern; nur auf den Wert des so in Zirkulation kommenden Geldes wird es einwirken. In einem Falle kann zehn oder zwanzigmal so viel Geld zur Betreibung eines und desselben Geschäfts erfordert werden, als in dem andern. Die Geldanleihen, die man bei der Bank macht, hängen daher von dem Unterschiede zwischen dem Gewinnbetrage, welchen die Benutzung des anzuleihenden Kapitals gewähren kann, und der Zinsquote ab, zu welcher es die Bank herzugeben geneigt ist. Forderte die Bank weniger, als die gewöhnliche Zinsquote, so kann kein Betrag zu groß sein, welcher nicht an den Mann zu bringen wäre; im gegenteiligen Falle aber würden nur leichtsinnige Verschwender ihre Zuflucht zu ihr nehmen. Wir finden daher auch, dass, wenn die gewöhnliche Zinsquote, zu welcher die Bank leiht, fünf Prozent übersteigt, das Diskonto-Comptoir stets von Geldsuchenden belagert ist, und dass dagegen, wenn die gewöhnliche Zinsquote selbst nur momentan unter fünf Prozent steht, die Schreiber des Comptoirs müßig sitzen.

Der Grund daher, warum seit den letzten zwanzig Jahren die Bank, wie es heißt, dem Handel so hülfeich an die Hand gegangen ist, liegt einzig und allein [513] darin, weil sie während dieser ganzen Zeit Geld unter der gewöhnlichen Zinsquote abgegeben hat, unter derjenigen Zinsquote nämlich, zu welcher die Kaufleute anderswo nur borgen konnten. Ich muss indes gestehen, dass ich dies eher als einen Grund betrachte, der *gegen*, als der *für* diese Anstalt spricht.

Was würden wir wohl von einer Anstalt sagen, welche regelmäßig die Hälfte der Tuchfabrikanten unter dem Marktpreise mit der benötigten Wolle versähe? Welcher Vorteil würde daraus für das Gemeinwesen ersprießen? Sie würde weder unserm Handel einen höhern Schwung geben, weil die Wolle, auch wenn der Marktpreis dafür hätte bezahlt werden müssen, ebenfalls gekauft worden wäre, noch auch das Tuch dem Konsumenten wohlfeiler machen, weil der Preis, wie schon früher bemerkt worden, doch stets durch den Kostenaufwand, welchen die Produktion eines Erzeugnisses für den am wenigsten begünstigten Produzenten erfordert, bestimmt werden würde. Ihre Wirkung würde sich lediglich darauf beschränken, den Gewinn eines Teils der Tuchfabrikanten über den gewöhnlichen und allgemeinen Betrag desselben in die Höhe zu treiben. Die Anstalt würde sich etwas von ihrem billigen Gewinn entziehen, und ein anderer Teil des Gemeinwesens würde in demselben Grade sich im Vorteil befinden. Ganz dieselbe Wirkung haben nun auch die Bankanstalten; das Gesetz setzt einen Zinsfuß fest, niedriger als den, zu welchem man gewöhnlich geborgt erhält, und schreibt der Bank vor, zu diesem geringeren, oder [514] gar nicht zu leihen. Die Natur dieser Anstalten erfordert, dass sie bedeutende Fonds zu ihrer Disposition besitzen, über welche sie nur auf diese Weise verfügen können; und so wird denn ein Teil der Kaufleute im Lande unverdientermaßen, und mit Nachteil für das Gemeinwesen, begünstigt, indem man sie in den Stand setzt, sich die Materialien zu ihrem Handel wohlfeileren Kaufs zu verschaffen, als die, welche sich dabei den Marktpreis gefallen lassen müssen.

Der Gesamthandel, welchen eine Nation führen kann, beruht auf der Quantität ihres Kapitals, d. h. ihrer rohen Materialien, Maschinen, Nahrungsmittel, Schiffe u. s. w., die sie zur Produktion benutzen kann. Nachdem ein gutgeordnetes Papiergeld in Cours gesetzt ist, kann dieses Kapital durch Bankoperationen weder vermehrt, noch vermindert werden. Ginge daher in einem Lande das Papiergeld vom Staate aus, und diskontierte derselbe dabei weder Wechsel, noch liehe er dem Publicum einen Schilling; so würde dadurch im Betrage des Handels keine Änderung bewirkt werden; denn wir würden fortwährend dasselbe Quantum an rohen Materialien, an Maschinen, Nahrungsmitteln und Schiffen besitzen; auch dürften wir wahrscheinlich dieselbe Geldsumme, zwar nicht zu fünf Prozent, dem gesetzlich bestimmten Zinsfuße, aber doch zu sechs, sieben oder acht Prozent, je nachdem die freie Konkurrenz zwischen den Leihern und Borgern es mit sich brächte, geliehen erhalten.

*Adam Smith* spricht von den Vorteilen, welche den Kaufleuten aus der größeren Vorzüglichkeit der [515] Schottischen Methode, nach welcher dem Handel durch Cassa-Rechnungen Erleichterung verschafft wird, vor der Englischen erwachse. Diese Cassa-Rechnungen bestehen in Vorschüssen, welche die Schottischen Bankiers ihren Kunden, als Zugabe zu den für sie diskontierten Wechseln, machen; da indes der Bankier in dem Verhältnisse, als er Geld vorschießt, und es auf dem einen Wege in Zirkulation bringt, verhindert wird, so viel auf dem andern ausgehen zu lassen, so ist es schwer einzusehen, worin eigentlich der gepriesene Vorteil bestehe. Wenn die ganze Zirkulationssumme nur eine Million Papier erfordert, so kann auch nicht mehr als eine Million zirkulieren, und es kann weder für den Bankier, noch für den Kaufmann ein wirklicher Unterschied darin stattfinden, ob das Ganze in Diskontopapieren, oder nur ein Teil so, und das Übrige mittelst jener Cassarechnungen in Umlauf gesetzt wird.

Vielleicht dürfte es nötig sein, einige Worte über die beiden Metalle, Gold und Silber, als Münzmaterialien, zu sagen, umso mehr, da dieser Gegenstand in vieler Leute Köpfen die klaren, einfachen Grundsätze, die hinsichtlich des Geldes obwalten, zu verwirren scheint. „In *England*, sagt Dr. Smith, ward Gold noch lange Zeit, nachdem man sich dessen schon als Münzmaterial zu bedienen angefangen hatte, als kein gesetzliches Zirkulationsmedium betrachtet. Das Verhältnis zwischen Gold und Silber war noch durch kein Gesetz festgesetzt worden und noch ganz der Übereinkunft der interessierten Parteien anheimgestellt. Bot [516] ein Schuldner Zahlung in Gold, so konnte der Gläubiger eine solche Zahlung entweder ganz von sich weisen, oder brauchte sie nur nach einer solchen Schätzung des Goldes, als worin er und sein Schuldner übereinkamen, anzunehmen.“

Bei so bewandten Umständen ist es augenscheinlich, dass eine Guinee oft für 22 Schillinge und mehr, oft aber auch nur für 18 Schillinge und darunter passieren konnte, indem dies ganz von den Veränderungen in dem relativen Marktwerte von Gold und Silber abhing. Alle Veränderungen in dem Werte des Goldes, wie des Silbers, wurden auf die Goldmünze zurückgeführt, und es gewann den Anschein, als ob Silber unveränderlich, und bloß Gold dem Steigen und Fallen unterworfen sei. Wenn aber auch eine Guinee für 22, statt für 18 Schillinge passierte, so braucht das Gold darum noch keine Wertveränderung erlitten zu haben; letztere kann sich gänzlich aufs Silber beschränkt und deswegen 22 Schill. keinen größern Wert, als vorher 18 Schill. gehabt haben. So kann auch dagegen die ganze Wertveränderung beim Golde stattgefunden haben, und eine Guinee, die 18 Schill. galt, bis zum Werte von 22 Schill. gestiegen sein.

Nehmen wir nun noch an, dass das Silbergeld beschnitten worden wäre, und zugleich in der Quantität sich vermehrt hätte, so könnte eine Guinee wohl für 80 Schillinge passiert haben; denn das Silber in 30 Schillingen solches, durch Wipperhände gegangenen, [517] Geldes dürfte nicht mehr, als das Gold in einer Guinee wert sein. Durch die Wiederherstellung des Silbergeldes zu seinem vollen Münzwerte, würde dasselbe wieder gestiegen sein; allein es

würde scheinen, als wenn das Gold gefallen wäre; denn eine Guinee würde dann wahrscheinlich nicht mehr Wert haben, als 21 solcher guten Schillinge.

Wäre nun Gold auch zu einem gesetzlichen Medium erklärt, und es jedem Schuldner freigestellt, seine Verbindlichkeit für jede schuldigen 21 Pfund durch Zahlung von 420 Schilling oder zwanzig Guineen zu lösen, so würde er entweder auf die eine, oder die andere Weise zahlen, je nachdem er sich am wohlfeilsten seiner Schuld entledigen könnte. Kann er für fünf Maß Weizen eben so viel ungemünztes Gold erhalten, als in zwanzig Guineen hineingemünzt wird, und für dieselbe Quantität Waizen eben so viel ungeprägtes Silber, als woraus er sich in der Münze 430 Schillinge schlagen lassen kann, so wird er es natürlich vorziehen, seine Schuld in Silbergeld zu entrichten, weil er auf diese Weise, bei der Zahlung jeder 21 Pfund, zehn Schillinge erspart. Kann er hingegen diesen Weizen für so viel Gold umtauschen, als zur Prägung von zwanzig und einer halben Guinee erforderlich ist, und nur für so viel Silber, als in 420 Schillinge hineingemünzt wird, so ist es ebenso natürlich, dass er seine Schuld lieber in Gold abtragen wird. Völlig einerlei würde es ihm dagegen sein, ob er in Gold oder Silber bezahlte, wenn die Quantität Gold, welche er sich auf [518] die obige Weise verschaffte, in der Münze nur zwanzig Guineen, und ebenso die Quantität Silber nur 420 Schillinge ergäbe. Es ist daher keinesweges ein Werk des Zufalls, dass dem Golde, bei Zahlung von Schulden, der Vorzug gegeben wird, auch nicht, weil es sich etwa besser dazu eignete, als Zirkulationsmittel in einem reichen Lande zu dienen, sondern einzig und allein, weil es in dem Interesse des Schuldners liegt, so und nicht anders zu bezahlen.

Während einer langen Zeit vor dem Jahre 1797, in welchem die Bankzahlungen in klingender Münze eingeschränkt wurden, war Gold, im Verhältnis zu Silber, so wohlfeil, dass die Bank von *England*, so wie alle andere Schuldner, es vorteilhaft fanden, Gold, und nicht Silber, zu kaufen, um es in die Münze zu senden, weil sie in diesem geprägten Metalle ihre Verbindlichkeiten wohlfeileren Kaufs zu lösen vermochten. Das Silbergeld hatte während eines großen Theils dieser Zeit sehr an Gehalt verloren, war aber nur knapp vorhanden, und fiel daher, in Gemäßheit des vorher ausgesprochenen Grundsatzes, nie auf seinen eigentlichen Gehaltswert herab. Ungeachtet des mangelhaften Gehaltes des Silbergeldes, war es dennoch vorteilhafter für Schuldner, in Gold zu zahlen. Zwar würden, wenn die Quantität dieses mangelhaften Silbergeldes sehr groß gewesen wäre, oder die Münze ferner solches Geld hätte von sich ausgehen lassen, die Schuldner sich besser dabeigestanden haben, in diesem Gelde zu bezahlen; indes war, wie gesagt, der Vorrat davon gering, [519] so dass es seinen Münzwert behauptete, und daher Gold im Umlauf den wahren Maßstab des Wertes abgab.

Dass es wirklich so war, ist nirgends bestritten worden; man hat jedoch dagegen eingewandt, dass dieser Zustand der Dinge durch das Gesetz, welches bestimmte, dass Silber nicht als gesetzliches Medium bei Zahlungen über 25 Pfund gelten sollte, es sei denn, dass sie nach Gewicht und zufolge des Münzwertes, geschähen, herbeigeführt worden sei.

Dieses Gesetz hätte indes keinen Schuldner abgehalten, seine Verbindlichkeit, so groß sie auch immer sein mochte, in frisch aus der Münze gekommenem Silbergelde zu lösen; dass er nun aber doch nicht in diesem Metalle zahlte, war nicht etwa ein Werk des Zufalls, oder des Zwanges, sondern geschah lediglich aus freier Willkür; er stand sich besser dabei, in Gold, als in Silber zu zahlen. Wahrscheinlich würde, wenn die Quantität jenes in Zirkulation befindlichen mangelhaften Silbergeldes sehr groß und zugleich gesetzliches Medium gewesen wäre, eine Guinee wieder dreißig Schillinge gegolten haben; die Guinee würde indeß unter diesen Umständen keinesweges im Werte gestiegen, sondern der mangelhafte Schilling im Werte gesunken sein.

Es scheint also, dass, solange jedes der beiden Metalle gleichgemäß ein gesetzliches Medium bei Zahlungen von irgendeinem Betrage abgab, wir einem immerwährenden Wechsel in dem hauptsächlichlichen Maßstabe des Werts unterworfen waren; derselbe musste, da er [520] ganz von den Veränderungen in dem relativen Werte der beiden Metalle abhängig war, bald Gold, bald Silber sein, und es musste in einer solchen Periode dasjenige Geld, welches nicht als Maßstab an der Tagesordnung war, eingeschmolzen, und der Zirkulation entzogen werden, weil es in ungemünztem Zustande mehr Wert, als in gemünztem, hatte. Es war dies ein Übelstand, welchem abgeholfen zu sehen, höchst wünschenswert sein musste; aber so langsam ist der Übergang zum Bessern, dass, obgleich die Notwendigkeit dazu durch Herrn Locke unwidersprechlich bewiesen, und auch von allen Gelehrten, die über diesen Gegenstand bis jetzt geschrieben haben, angeführt worden ist, erst in der letzten Parlementsitzung im Jahr 1816 ein besseres System zur Sprache kam und der Beschluss gefasst ward, dass bei Summen über ein und zwanzig Schillinge, Gold allein ein gesetzliches Medium abgeben sollte.

Dr. Smith scheint in seinem Nachdenken über die Wirkungen, welche die Anwendung zweier Metalle als gesetzliches Medium für Summen jeden Betrags äußern kann, nicht völlig aufs Reine gewesen zu sein; denn er sagt, dass „in der Wirklichkeit, solange irgendein geregeltes Verhältnis zwischen den beiderseitigen Werten der verschiedenen Münzmetalle bestehe, der Wert des kostbarsten Metalls stets den Wert der sämtlichen Münzsorten bestimme.“ Weil Gold zu seiner Zeit das Medium war, durch welches sich Schuldner am vorteilhaftesten ihrer Verbindlichkeiten entledigen konnten, so [521] glaubte er, dass irgendeine Eigenschaft in ihm läge, wodurch es, wie damals, zu allen Zeiten den Wert des Silbergeldes regeln würde.

Nach der Änderung des Goldgepräges im Jahre 1774 galt eine neue Guinee, frisch aus der Münze, nicht mehr als ein und zwanzig geringhaltige Schillinge; dagegen konnte man während der Regierung des Königs Wilhelm, wo das Silbergeld ganz in dem nämlichen mangelhaften Zustande war, für eine ebenfalls neue Guinee dreißig Schillinge einwechseln. Hierüber macht nun Herr Buchanan folgende Bemerkung: „Es ergibt sich hier also ein besonderer Umstand, von welchem die gemeinen Theorien über das Geldwesen keine Rechenschaft geben; eine Guinee gilt zu einer Zeit dreißig Schillinge, als ihren innern Wert in einer geringhaltigen Silbermünze, und späterhin dieselbe Guinee nicht mehr als ein und zwanzig von diesen geringhaltigen Schillingen. Es ist augenscheinlich, dass in dem Zustande des Geldwesens zwischen diesen beiden Perioden irgendeine große Veränderung vorgegangen sein muss, worüber jedoch Dr. Smiths Hypothese keinen Aufschluss gibt.“

Mir scheint diese Aufgabe höchst einfach gelöst, wenn man diesen verschiedenen Zustand des Guineenwerts zu den beiden bemerkten Perioden den verschiedenen *Quantitäten* des in Zirkulation befindlichen Silbergeldes zuschreibt. Zu König Wilhelms Zeiten war das Gold noch kein gesetzliches Medium, es hatte [522] nur konventionellen Wert. Sämtliche bedeutende Zahlungen geschahen daher wahrscheinlich in Silbergeld, besonders, da man von Papiergeld und Bankoperationen damals noch nicht viel wusste. Die Quantität dieses geringhaltigen Silbergeldes war größer als das Bedürfnis der Zirkulation, selbst wenn nichts als vollhaltige Schillinge in Umlauf gewesen wären, erheischte; es war also nicht allein mangelhaft an Gehalt, sondern hatte auch an Preiswert verloren. Zu der späteren Zeit aber, da Gold als gesetzliches Medium galt, da auch Banknoten bei Zahlungen in Anwendung kamen, überstieg die Quantität des geringhaltigen Silbergeldes nicht mehr die Quantität des neugeprägten Silbergeldes, welche zirkuliert haben würde, wenn kein geringhaltiges Silbergeld im Cours gewesen wäre; daher verlor es, obgleich mangelhaft an Gehalt, doch nicht an Nominalwert. Die Erklärung, welche Herr Buchanan darüber gibt, weicht von der Meinigen etwas ab; er ist nämlich der Meinung, dass das herrschende Zirkulationsmedium

wohl, nicht aber ein subsidiarisches, einem Sinken des Nominalwertes (depreciation) unterworfen sei. Während König Wilhelms Regierung wäre Silber das Hauptmedium, und daher der Wertverringern ausgesetzt gewesen; im Jahre 1774 aber hätte es nur als subsidiarisches Medium gegolten, und daher auch seinen Wert behauptet. Das Fällen des Werts einer Münze beruht indes keinesweges darauf, dass sie das subsidiarische, oder das Hauptmedium war, sondern, wie gesagt, lediglich darauf, dass ihre Quantität das Bedürfnis der Zirkulation überschritt.

[523] Gegen ein mäßiges Regal für das Prägen des Geldes kann nichts Erhebliches eingewandt werden, besonders bei derjenigen Münze, welche zur Bezahlung kleiner Summen dient. Das Geld wird in der Regel um den vollen Betrag des Regals im Werte erhöht; dieses ist daher eine Abgabe, welche keinesweges dem, welcher sie bezahlt, zur Last fällt, so lange nämlich das Geldquantum sich nicht zu sehr überhäuft.

Es ist übrigens noch zu bemerken, dass in einem Lande, wo Papiergeld zirkuliert, obgleich die Emittenten solchen Geldes verbunden sind, es auf Anfordern der Inhaber gegen klingende Münze einzulösen, doch sowohl die Banknoten, als die Münzen um den vollen Betrag des Regals bei derjenigen Münze, welche allein das gesetzliche Medium ist, im Werte sinken können, bevor Verfügungen, welche der Zirkulation des Papiergeldes Grenzen setzen, in Wirksamkeit treten. Wenn z. B. das Regal bei Goldmünzen fünf Prozent betrüge, so könnte das zirkulierende Geld bereits durch eine zu reichliche Emission neuer Banknoten wirklich fünf Prozent an Wert verloren haben, bevor es in dem Interesse der Inhaber liegen würde, ihr Papier in Gold zu verwandeln, um solches wieder in Barren einzuschmelzen; ein Verlust, welchem man nicht ausgesetzt sein würde, wenn entweder gar kein Regal bei Goldmünzen stattfände, oder wenn in dem Falle, dass ein Regal durchaus berechnet werden sollte, die Inhaber für ihre Banknoten, statt des Geldes, ungemünztes Metall zum Münzpreise von Pfd. 17 Schill. 10½ Pf. [?] zu [524] fordern berechtigt würden. Wenn also die Bank nicht verpflichtet werden sollte, ihre Noten, nach der Wahl der Inhaber, entweder gegen gemünztes oder ungemünztes Metall einzulösen, so ist wohl das kürzlich erschienene Gesetz, welches ein Regal von sechs Prozent oder 4 Pence pro Unze bei Silbermünzen gestattet, übrigens aber verordnet, dass Gold von der Münze ohne irgendeine Gebühr geprägt werden solle, wohl das geeignetste, um jeder unnötigen Veränderung des Geldwertes wirksamer entgegenzuarbeiten<sup>94</sup>.

---

<sup>94</sup> Herr *Say* wünscht, dass das Regal im Verhältnisse zu der Quantität von Arbeit stehen möchte, zu deren Leistung die Münze aufgefordert wird.

„Die Regierung sollte die Metallbarren der einzelnen Individuen nicht anders als gegen Zahlung, nicht bloß der Kosten, sondern auch des Münzgewinns, ausprägen. Dieser Gewinn dürfte, wegen des ausschließlichen Münzrechts, zu einer bedeutenden Höhe gesteigert werden, müsste sich indes nach den Umständen der Münze und dem zur Zirkulation erforderlichen Geldquantum verändern.“ *Say*, Liv. I. Chap. 21.

Eine Anordnung dieser Art würde sich höchst verderblich zeigen, und zu beträchtlichen und unnötigen Veränderungen des innern Wertes des Geldes Veranlassung geben.

(Anmerkung des Verfassers.)

[525]

## Sechszwanzigstes Kapitel.

### Über das Verhältnis des Werts von Gold, Getreide und Arbeit „in reichen und in armen Ländern.

„Gold und Silber, bemerkt *Adam Smith*, sucht, wie alle andere Waren, natürlicherweise den Markt, wo der höchste Preis dafür gegeben wird; und den höchsten Preis für jede Sache gibt gewöhnlich das Land, welches am meisten im Stande ist, ihn zu geben. Arbeit ist, wie man sich erinnern wird, die Begründerin des Preises, welcher für eine Sache bezahlt wird; in Ländern, wo man Arbeit gleich gut lohnt, wird der bare Arbeitslohn im Verhältnis zu den Unterhaltskosten des Arbeiters stehen. Gold und Silber kann aber natürlich in einem reichen Lande, wo Überfluss an Lebensmitteln herrscht, gegen eine größere Quantität derselben umgetauscht werden, als in einem armen Lande, welches nur spärlich damit versehen ist.“

Nun ist aber Getreide so gut eine Ware, als Gold und Silber und andere Erzeugnisse, und darf daher, wenn alle Waren in einem reichen Lande einen höhern [526] Tauschwert besitzen, von dieser Regel nicht ausgeschlossen werden. Hiernach ließe sich also mit vollem Rechte sagen, dass Getreide sich gegen ein großes Geldquantum austauscht, weil es teuer, und dass Geld sich ebenfalls gegen eine bedeutende Quantität Getreide austauscht, weil es auch teuer hieße, welches so viel ist, als dass Getreide zugleich teuer und wohlfeil sei. Kein Punkt in der Staatswirtschaft ist wohl fester begründet, als dass ein reiches Land, in demselben Verhältnisse als ein armes, durch die zunehmende Schwierigkeit zur Anschaffung von Nahrungsmitteln in der Vermehrung seiner Volksmenge beschränkt wird. Diese Schwierigkeit muss natürlicherweise den relativen Preis der Lebensmittel erhöhen, und so zur Einfuhr derselben aufmuntern. Wie kann daher Geld, oder Gold und Silber, mehr Getreide in reichen, als in armen Ländern eintauschen? Nur in reichen Ländern, wo Getreide teuer ist, bewegen die Landeigentümer die Regierung zu Verboten gegen die Getreide-Einfuhr. Wer hat je von einem Gesetze gehört, welches die Einfuhr roher Boden-Erzeugnisse in Amerika und Polen untersagte? – Die Natur selbst hat schon durch die verhältnismäßige Leichtigkeit der Produktion in diesen Ländern der Einfuhr von Getreide den Weg dahin abgeschnitten.

Wie kann es also wohl mit der folgenden Äußerung seine Richtigkeit haben, dass nämlich, mit Ausnahme von Getreide und andern Vegetabilien dieser Art, die sämtlich der menschlichen Industrie ihr Dasein verdanken, alle andere Arten roher Erzeugnisse, als Vieh, Ge- [527] flügel, Wildbret, die nützlichen Fossilien und Mineralien usw. in dem Grade, als die Bevölkerung im Lande wächst, notwendig teurer werden. Warum sollten Getreide und Vegetabilien allein auszunehmen sein? Der durch das ganze Werk, sich verzweigende Irrtum des Dr. Smith gründet sich auf die Voraussetzung, dass der Wert von Getreide unveränderlich sei, dass, wenn auch alle andere Erzeugnisse sich im Werte erhöhen, der Wert von Getreide sich nie höher stellen könne. Getreide behält, seines Erachtens, stets gleichen Wert, weil es stets eine gleiche Anzahl Menschen ernähre. Mit eben dem Rechte könnte man dann aber auch behaupten, dass Tuch stets gleichen Wert habe, weil aus ihm

stets gleich viel Kleidung gefertigt werden kann. Was kann aber der Wert wohl mit der Fähigkeit, zu nähren und zu kleiden, zu schaffen haben<sup>95</sup>?

[528] Getreide hat, wie jedes andere Erzeugnis, überall seinen natürlichen Preis, nämlich den Preis, welcher zu seiner Produktion erforderlich ist, und ohne welchen es nicht gebaut werden könnte; es ist der Preis, welcher den Marktpreis leitet, und bestimmt, ob es nach fremden Ländern ausgeführt werden kann, oder nicht. Wäre die Einfuhr von Getreide in *England* verboten, so könnte der natürliche Preis dieses Erzeugnisses leicht auf 6, Pfund pro Maas steigen, während es in *Frankreich* vielleicht nur halb so viel zu stehen käme. Würde nun unter dieser Konjunktur das Einfuhrverbot aufgehoben, so würde der Getreidepreis auf dem Englischen Markt nicht etwa sich auf einen Mittelpreis zwischen 6 Pf. und 3 Pf. stellen, sondern allmählig und für die Dauer bis auf den natürlichen Preis, wie er in *Frankreich* bestände, herabsinken, als auf den Preis, zu welchem es den Englischen Konsumenten geliefert, und in *Frankreich* den gewöhnlichen Kapitalgewinn abwerfen könnte; auch würde zu diesem Preise fortwährend dem Bedarfe *Englands* abgeholfen werden können, derselbe möchte nun in hundert Tausend oder in einer Million Maß Getreide bestehen. Wäre der Begehr auf die letztere Quantität gerichtet, so würde wahrscheinlich wegen der Notwendigkeit, worin *Frankreich* sich alsdann befinden dürfte, zu Ländereien von minderm Ertrage seine Zuflucht zu nehmen, der natürliche Preis in *Frankreich* sich erhöhen, und dies notwendig auch auf den Getreidepreis in *England* Einfluss haben. Alles Obengesagte konzentriert sich nun in meiner Behauptung, dass der natürliche Preis der Erzeugnisse in dem ausführenden Lande am Ende immer [529] die Preise bestimmt, zu welchen sie in dem einführenden Lande werden verkauft werden, wenn sie nicht daselbst Gegenstände eines Monopols sind.

Indes hat der Dr. Smith, der mit so geschickter Feder den Grundsatz von der endlichen Festsetzung des Marktpreises durch den natürlichen Preis der Erzeugnisse verfochten hat, sich einen Fall gedacht, in welchem, seiner Meinung nach, der Marktpreis weder durch den natürlichen Preis des ausführenden noch des einführenden Landes fixiert würde. „Man vermindere, sagt er, den wirklichen Wohlstand Hollands oder Genuas, während die Anzahl der Einwohner in diesen beiden Staaten dieselbe bleibe; man vermindere so ihre Mittel, sich aus fernen Ländern mit dem Nötigen zu versehen, und der Getreidepreis wird, statt mit der Verminderung ihres Silbervorrats (welche einem solchen Verfall natürlich entweder als Ursache vorangehen, oder als Wirkung nachfolgen müsste) ebenfalls sich zu erniedrigen, so hoch steigen, als wie er in Zeiten einer Hungersnot zu stehen pflegt.“

---

<sup>95</sup> ) Hr. *Ricardo* lässt den Grund aus den Augen, den *Smith* dafür angibt. Die Neigung, welche die Population hat, so lange zu steigen, bis sie mit den Subsistenzmitteln im Gleichgewichte steht, ist Ursache, dass sich das menschliche Geschlecht überall vermehrt, wo die Erzeugung des Getreides zunimmt; die menschliche Arbeit vermehrt sich zu gleicher Zeit und verschafft die Mittel, das Getreide zu bezahlen. So verhält es sich aber nicht hinsichtlich des Tuches. Wollte man auch die Quantität der Kleidungsstücke vermehren, deshalb würde kein einziger Mensch mehr geboren werden, um sie zu tragen, während das Getreide Konsumenten entstehen lässt. Deshalb steht die Nachfrage nach diesem Artikel ungefähr immer im Verhältnis zum Vorrat. Ich sage: *ungefähr*, weil nichts in der Staatswirtschaft zu streng genommen werden darf, indem die Bedürfnisse, der Geschmack, die Leidenschaften, die Zweifel und die Vorurteile der Menschen auf alle Wertbestimmungen einen Einfluss ausüben, ohne doch selbst Quantitäten zu sein, die, streng genommen, als Werte in Anschlag gebracht werden könnten.

Mir scheint sich jedoch aus einem solchen Falle gerade das Gegenteil zu ergeben; die verminderte Fähigkeit der Holländer oder Genueser zu kaufen, dürfte den Getreidepreis für eine Zeitlang, sowohl in dem ausführenden, als in dem einführenden Lande, selbst *unter seinen natürlichen Standpunkt* herabdrücken; aber ein durchaus unmöglicher Fall ist es, dass er je sich *über* diesen Punkt erheben könnte. Nur bei wachsendem [530] Wohlstande der Holländer oder Genueser könnte sich die Nachfrage nach Getreide mehren, und somit auch der Preis dieses Erzeugnisses steigen; aber auch dies würde, wenn nicht neue Schwierigkeiten der Anschaffung des nötigen Bedarfs in den Weg treten, nur von kurzer Dauer sein.

Dr. Smith bemerkt hierüber ferner: Wenn wir an notwendigen Bedürfnissen Mangel leiden, müssen wir alles Überflüssige, dessen Wert, ebenso wie er in Zeiten des Reichtums und des Glückes steigt, in Zeiten der Armut und des Elends sinkt, aufgeben.“ Damit hat es allerdings seine Richtigkeit; nun fährt er aber folgendermaßen fort: „Anders ist es mit notwendigen Bedürfnissen des Lebens; denn ihr wirklicher Preiswert, oder die Quantität Arbeit, welche man damit bezahlen, oder worüber man mittelst ihrer disponieren kann, nimmt in Zeiten der Armut und des Elends zu, und dagegen ab in Zeiten des Reichtums und des Glücks, welche notwendigerweise auch Zeiten des Überflusses sein müssen, weil ohnedem kein Reichtum und kein Glück denkbar ist. Getreide ist ein notwendiges Bedürfnis des Lebens, Silber dagegen etwas ganz Überflüssiges.“

Es sind hier zwei Sätze aufgestellt, welche keine Verbindung miteinander haben; der eine unbestreitbare, dass unter den gedachten Umständen mit Getreide ein größeres Quantum Arbeit bezahlt werden könnte; der andere aber, dass Getreide sich auf einen höhern Preis stellen, dass es gegen mehr Silber ausgetauscht [531] werden würde, – was ich indes als irrig bestreite. Letzteres würde richtig sein, wenn zu derselben Zeit auch Mangel an Getreide herrschte, wenn der nötige Vorrat nicht herbeigeschafft worden wäre. In dem angenommenen Falle aber ist Überfluss da; denn es ist keinesweges dabei gesagt worden, dass ein geringeres Quantum, wie gewöhnlich, eingeführt, oder ein größeres erforderlich sein sollte. Zur Anschaffung von Getreide bedürfen die Genueser oder Holländer Geld, und um dies zu erlangen, sind sie genötigt, ihre überflüssigen Waren zu verkaufen. Der Marktpreis dieser Waren wird nun fallen, und Geld im Verhältnis zu denselben einen höhern Wert gewinnen; dadurch wird aber keinesweges der Begehrt nach Getreide sich mehren, noch der Wert des Geldes sinken, – die beiden einzigen Ursachen, welche den Getreidepreis in die Höhe treiben können. Wohl kann wegen Mangel an Kredit, oder aus andern Ursachen eine starke Frage nach Geld entstehen, und dies daher im Verhältnisse zu Getreide im Werte steigen; aber nach keinem vernünftigen Grundsatz kann behauptet werden, dass unter den fraglichen Umständen Geld in niedrigem Preise stehen, und dass daher Getreide einen höhern Wert erhalten würde.

Es muss allemal, wenn von dem hohen oder niedrigen Wert des Goldes, des Silbers oder irgendeines andern Erzeugnisses verschiedener Länder die Rede ist, ein Medium genannt werden, nach welchem diese Erzeugnisse zu schätzen sind, weil ohne dieses in der Sache kein Sinn liegen würde. Würde z. B. ein klarer Sinn darin liegen, wenn man den Satz aufstellen wollte, – [532] Gold sei in *England* teurer als in *Spanien*, – ohne dass man zugleich ein solches Medium angäbe? Wären Getreide, Oliven, Öl, Wein und Wolle in *Spanien* wohlfeiler zu haben als in *England*, so würde Gold, gegen diese Erzeugnisse geschätzt, in *Spanien* teurer sein, und eben so würde es wiederum in *England* höher im Preise stehen, wenn die Schätzung desselben mittelst Stahlwaren, Zucker, Tuch usw. geschähe, und diese Artikel in *England* wohlfeileren Kaufs, als in *Spanien* zu erhalten wären.

Gold erscheint demnach in Spanien entweder teurer, oder wohlfeiler, je nachdem man zur Schätzung seines Werts entweder diesen oder jenen Artikel als Medium annimmt. Da *Adam Smith* Getreide und Arbeit zu einem allgemeinen Maßstab des Werts erhoben hat, so dürfte er natürlich auch das Wertverhältnis des Goldes nach der Quantität von jenen beiden Gegenständen, gegen welche es ausgetauscht werden könnte, berechnen; und ich denke mir daher, wenn er von dem Wertverhältnisse des Geldes in zwei Ländern spricht, dass er diesen Wert nach Getreide oder Arbeit geschätzt meint.

Nun haben wir aber gesehen, dass, nach Getreide geschätzt, Gold in zwei Ländern von gar verschiedenem Werte sein kann. Ich habe zu zeigen gesucht, dass es in reichen Ländern niedrig, und in armen hoch im Werte stehen kann; *Adam Smith* ist aber dieser Meinung nicht; er hält dafür, dass der nach Getreide geschätzte Wert des Goldes in den reichsten Ländern am höchsten stehe. Ich enthalte mich indes jeder weiteren Untersuchung darüber, welche von beiden Meinungen die rich- [533] tige sei, da die eine wie die andere zu dem Beweise führt, dass Gold in denjenigen Ländern, welche sich im Besitze der Bergwerke desselben befinden, nicht, wie von *Adam Smith* behauptet wird, durchaus einen niedrigeren Wert haben muss. Man nehme z. B. an, *England* sei im Besitze der Bergwerke, und *Adam Smiths* Meinung, dass Gold in den reichsten Ländern den höchsten Wert habe, richtig; obgleich dann Gold aus *England* nach allen andern Ländern, zum Tausch für ihre *Erzeugnisse*, ausfließen würde, könnte doch daraus keinesweges gefolgert werden, dass Gold, im Verhältnis zu Getreide und Arbeit, in *England* notwendig niedriger im Werte stehen müsse, als in jenen andern Ländern. *Adam Smith* meint indes doch, dass die edlen Metalle in Spanien und Portugal durchaus einen geringeren Wert haben müssten als in anderen Gegenden *Europas*, weil diese beiden Länder fast die ausschließlichen Besitzer der sie produzierenden Bergwerke seien. „Polen, sagt er, wo das Feudalsystem noch fortwährend herrschend ist, ist bis zu diesem Augenblick noch eben dasselbe arme Land, was es vor der Entdeckung Amerikas war. Der Geldpreis von Getreide ist indes gestiegen, der wirkliche Wert der edlen Metalle hat in Polen, wie in den andern Ländern *Europas*, einen Fall erlitten. Das Quantum derselben müsste sich daher dort, wie überall, und zwar fast in demselben Verhältnisse zu dem jährlichen Ertrage des Bodens und der Arbeit, vermehrt haben: Diese Zunahme der edlen Metalle hat jedoch, wie es scheint, [534] keine Vermehrung des jährlichen Landesertrags zur Folge gehabt, hat weder den Manufaktur- und ackerbaulichen Zustand des Landes, noch die Umstände seiner Bewohner verbessert. Spanien und Portugal, diese Länder, welche sich im Besitze der Bergwerke befinden, sind, nach Polen, vielleicht die ärmsten Länder *Europas*. Der Wert der edlen Metalle muss indes in Spanien und Portugal geringer als in allen andern Teilen von *Europa* sein, weil diese nicht nur Fracht und Assekuranz, sondern auch die Kosten des Ausschwärens, da die Ausfuhr der Metalle entweder ganz und gar verboten, oder einer Abgabe unterworfen ist, zu tragen haben. Im Verhältnis zu dem jährlichen Ertrage des Bodens und der Arbeit, muss daher das Quantum von edlen Metallen in den beiden genannten Ländern größer sein als in irgendeinem andern Teile von *Europa*, und doch sind diese Länder ärmer, als der größere Teil der Europäischen Staaten. Obgleich das Feudalsystem in Spanien und Portugal aufgehoben worden ist, so ist doch kein viel Besseres an seine Stelle gesetzt worden.“ Dr. Smiths Argument scheint mir darauf hinauszulaufen, dass Gold, nach Getreide geschätzt, in Spanien wohlfeiler sei als in andern Ländern, und dass der Beweis dafür darin liege, nicht, dass von andern Ländern Getreide zum Tausch nach Spanien gesandt, sondern dass Tuch, Zucker, Stahlwaren usw. von diesen Ländern dahin, als Tauschartikel gegen Gold, geliefert würden.

[535]

## Siebenundzwanzigstes Kapitel.

### Auflagen, welche vom Produzenten bezahlt werden.

Hr. Say übertreibt sehr die Nachteile, welche aus einer Besteuerung der Manufakturzeugnisse entstehen, hauptsächlich, wenn die Auflage früher bezahlt werden muss, als letztere noch ganz vollendet sind. Die Fabrikanten, bemerkt er, durch deren Hände ein solches Erzeugnis nach und nach zu gehen habe, würden dadurch, dass sie die Abgabe gleichsam pränumerando entrichten müssten, genötigt, größere Kapitale auf ihre Fabriken zu verwenden, welches für Leute von beschränktem Vermögen und Kredit oft mit bedeutenden Schwierigkeiten verknüpft sei. Gegen diese Bemerkung lässt sich nichts einwenden.

Ein anderer Nachteil, den er anführt, soll darin bestehen, dass in Folge des Vorherbezahls der Abgabe, der, von diesem vorherbezahlten Gelde sonst zu ziehende Gewinn ebenfalls dem Konsumenten zur Last fallen müsse, und dass doch diese Nebenabgabe dem öffentlichen Schatze nicht den mindesten Vorteil bringe.

[536] In dieser letztern Meinung kann ich jedoch dem Herrn Say nicht beistimmen. Man setze z. B. den Fall, der Staat bedürfe im Augenblick eine Summe von 1,000 Pfund, und erhebe solche von einem Fabrikanten, welcher zwölf Monate lang warten müsste, bevor er solche auf den Konsumenten des erst dann fertig gewordenen Fabrikats übertragen könnte. Dieser Geduldstermin würde ihn nun nötigen, sein Erzeugnis nicht nur um den Betrag der Abgabe von 1,000 Pfund, sondern wahrscheinlich- um 1,100 Pfund, wovon 100 Pfund als Kapitalinteressen der 1,000 gälten, im Preise zu erhöhen. Als eine Vergütung für die 100 Pfund, welche der Konsument nun noch obendrein zu bezahlen hätte, genösse derselbe übrigens einen wirklichen Vorteil in so weit, als seine Entrichtung der Abgabe, welche die Regierung augenblicklich verlangte, und welche er doch zuletzt bezahlen muss, auf ein Jahr lang hinausgeschoben worden wäre; dies hätte ihm nun auch Gelegenheit gegeben, dem Fabrikanten, der vielleicht eines solchen Beistandes bedurfte, mit den 1,000 Pfund gegen 10 Prozent oder gegen eine sonstige Interessenquote, worin sie beiderseits übereinkämen, auszuhelfen. Elf hundert Pfund, nach einem Jahre zahlbar, haben, wenn die Interessenquote 10 Prozent beträgt, nicht mehr Wert als 1,000 Pfund in augenblicklicher Zahlung. Würde die Regierung mit der Erhebung der Abgabe ein Jahr lang, bis an das zu fertigende Erzeugnis die letzte Hand gelegt worden wäre, angestanden haben, so würde sie vielleicht genötigt gewesen sein, einen Schatzkammerschein mit darauf haf- [537] tenden Zinsen auszustellen, und würde dann eben so viel an Interessen bezahlen, als der Konsument, mit Ausnahme desjenigen Betrags, wodurch der Fabrikant, in Folge der Abgabe, seinen eigenen wirklichen Gewinn vergrößert haben dürfte, im Preise erspart hätte. Hätte die Regierung für den Schatzkammerschein fünf Prozent bezahlt, so würde bei der Nichtausstellung des Scheins eine Abgabe von fünfzig Pfund erspart worden sein. Borgte der Fabrikant das Zuschusskapital zu 5 Prozent, und berechnete dem Konsumenten 10 Prozent, so würde er ebenfalls auf die pränumerierte Abgabe fünf Prozent über seine gewöhnliche Gewinnquote davontragen, so dass der Fabrikant und die Regierung gerade die Summe, welche der Konsument mehr bezahlte, gewinnen oder ersparen würden.

Herr Simonde bat in seinem trefflichen Werke: „*De la Richesse commerciale*“, indem er denselben Grundsätzen, wie Herr Say, huldigt, berechnet, dass eine Abgabe von 4,000 Franken, welche ursprünglich von dem Fabrikanten, der sich mit einem mäßigen Gewinne

von 10 Prozent begnügte, bezahlt worden wäre, in dem Falle, dass das zu fertigende Erzeugnis nur durch fünf verschiedene Hände ginge, dem Konsumenten auf 6,734<sup>96</sup> Franken zu stehen kommen würde. Dieses Fazit ergab sich ihm, indem er annahm, dass derjenige, welcher zuerst die Abgabe bezahlte, sich von dem näch- [538] sten Fabrikanten 4,400 Franken, und dieser von seinem Nachfolger wieder 4,840 Franken erstatten lassen würde, so dass bei dem jedesmaligen Fortschreiten 10 Prozent als Interessenquote hinzugefügt werden würden. Dies heißt nun aber voraussetzen, dass der Wert der Abgabe durch Berechnung von Zinsen auf Zinsen, nicht zu jährlichen 10 Prozent, sondern zu einer absoluten Quote von 10 Prozent bei der jedesmaligen fortschreitenden Zahlung derselben in die Höhe getrieben werden müsste. Gegen diese Meinung des Herrn Simonde würde sich nichts einwenden lassen, wenn in der Zwischenzeit von der ersten Zahlung der Abgabe bis zum Verkauf der so besteuerten Ware an den Konsumenten, fünf Jahre verstrichen; besteht dieser Zeitraum aber nur in einem Jahre, so ist eine Vergütung von 400 Franken, statt 2,734 (2,442,04 Fr. Siehe die vorige Anmerkung des Übersetzers), hinreichend, um allen denen, welche zu der Abgabe beigesteuert haben, die Ware mag nun durch fünf oder fünfzig Fabrikantenhände gegangen sein, eine jährliche Interessenquote von 10 Prozent zu gewähren.

---

<sup>96</sup> Man dürfte auf diese Weise nur 6442,04 Franken herausbringen.

(Anmerkung des Übersetzers.)

[539]

## Achtundzwanzigstes Kapitel.

### Über den Einfluss der Nachfrage und des Vorrats auf die Preise.

Der Maßstab, nach welchem sich der Preis der Erzeugnisse am Ende stets richtet, ist der zu ihrer Produktion erforderliche Aufwand, und nicht, wie häufig behauptet worden ist, des Verhältnis zwischen der Nachfrage und dem Vorrat; zwar mag dieses letztere Verhältnis auf den Marktwert einer Ware eine Zeitlang einwirken, so lange nämlich, bis nach der mehreren oder minderen herrschenden Nachfrage, entweder ein größeres, oder ein geringeres Quantum produziert worden ist; diese Wirkung kann aber nur von momentaner Dauer sein.

Man vermindere den Produktionsaufwand der Hüte, und der Preis derselben wird, mag die Frage darnach sich immerhin verdoppeln, verdrei- oder vervierfachen, doch am Ende auf seinen neuen natürlichen Standpunkt fallen; man vermindere die Kosten des menschlichen Lebensunterhalts durch Herabsetzung des natürlichen Preises der Lebensbedürfnisse, und der Arbeitslohn wird, [540] mag die Nachfrage nach arbeitenden Händen sich noch so bedeutend vermehren, doch zuletzt fallen.

Die Meinung, dass der Preis von Erzeugnissen lediglich auf dem Verhältnisse des Vorrats zum Begehre, und so umgekehrt, beruhe, ist beinahe zu einem Axiom in der Staatswirtschaft geworden, und hat zu vielen Irrtümern in dieser Wissenschaft Anlass gegeben. Es ist auch dieselbe Meinung, welche den Herrn Buchanan zu der Behauptung führte, dass keinesweges ein Steigen oder Fallen in den Preisen der Lebensbedürfnisse, sondern einzig und allein die Nachfrage und der Vorrat arbeitender Hände auf den Arbeitslohn einwirke, und dass daher eine Abgabe, welche auf den Arbeitslohn gelegt würde, diesen nicht in die Höhe treiben könne, indem das Verhältnis der Nachfrage zum Vorrat von Arbeitern dadurch nicht verändert werden würde.

Man kann nicht sagen, dass die Nachfrage nach einem Erzeugnisse sich vermehre, wenn kein größeres Quantum davon gekauft oder konsumiert wird; und doch kann unter Umständen dieser Art der Geldwert dieses Erzeugnisses sich erhöhen. So würde, wenn der Wert des Geldes fiele, der Preis eines jeden Artikels steigen, weil Jedermann dann gern bereit sein würde, mehr Geld, als vorher, zum Einkauf desselben herzugeben; obgleich nun der Preis desselben vielleicht um 10 bis 20 Prozent gestiegen wäre, so dürfte es doch, wenn nicht mehr als bisher, davon gekauft würde, meines Dafürhaltens, keinesweges die Behauptung rechtfertigen; dass [541] die Veränderung in dem Preise des Artikels durch die zugenommene Nachfrage nach demselben herbeigeführt worden sei. Der natürliche Preis, der Produktionsaufwand desselben, würden durch den veränderten Wert des Geldes eine wirkliche Veränderung erlitten, und der Preis des fraglichen Artikels sich, ohne dass eine Vermehrung in der Nachfrage nach demselben stattgefunden hätte, diesem neuen Wertstande natürlicherweise angepasst haben.

„Wir haben, äußert sich Herr Say, gesehen, dass der Produktionsaufwand den geringsten Preis bestimmt, bis zu welchem eine Sache herabfallen kann; unter diesem Preise kann sie sich auf die Dauer nicht halten, weil dann ihre Produzierung entweder gänzlich eingestellt, oder doch vermindert werden würde.“ Liv. II. Chap. 4.

An einer folgenden Stelle sagt er, dass, „da der Begehrt nach Gold seit der Entdeckung der Bergwerke, in einem noch höhern Grade, als der Vorrat davon, zugenommen habe, der Tauschwert desselben gegen Waren, statt in dem Verhältnisse von 10 zu 1 zu fallen, nur in dem von 4 zu 1 gesunken sei“; dies hieße mit andern Worten, statt in gleichem Verhältnisse mit seinem natürlichen Preise zu fallen, sei es in dem Grade gesunken, als der Vorrat die Nachfrage überstiegen habe<sup>97</sup>. „Der Wert einer jeden Ware hebt [542] sich stets in einem direkten Verhältnisse zur Nachfrage, und in einem umgekehrten Verhältnisse zum Vorrat.“

Dieselbe Meinung hegt auch der Graf Lauderdale, indem er in seinem Werke, betitelt: „c,“ S. 13. sich folgendermaßen darüber auslässt.

„Wenn wir, in Betreff der Veränderungen im Werte, welchen jede Sache von Wert unterworfen ist, für einen Augenblick annehmen wollen, dass irgendein substantieller Gegenstand einen innern, feststehenden Wert in der Art hätte, dass ein bestimmtes Quantum davon, unter allen Umständen, stets gleichen Wert behielte; so würde sich in diesem Falle der Grad des Wertes aller Dinge, nach einem solchen fixen Maßstabe abgemessen, in dem Verhältnisse zwischen der davon vorhandenen Quantität und der darnach herrschenden Nachfrage verändern, und es würde demnach jede Ware einer Veränderung im Werte aus vier verschiedenen Umständen unterworfen sein: 1) einer Erhöhung

[543] ihres Wertes, in Folge einer Verminderung des davon bestehenden Vorrats; 2) einer Erniedrigung ihres Wertes, in Folge einer Vermehrung dieses Vorrats. Sie dürfte 3) aus dem Umstande einer vermehrten Nachfrage im Werte gewinnen, und dagegen 4) bei mangelnder Nachfrage im Werte verlieren.“

„Da es indes deutlich erhellt, dass keine Ware einen festen, innern Wert besitzen kann, um sich zum Maßstab des Werts anderer Waren zu eignen, so hat man sich genötigt gesehen, diejenige Ware zum praktischen Wertmesser zu wählen, welche den obigen vier Ursachen, die allein die Veränderungen im Werte herbeiführen, am mindesten unterworfen zu sein scheint.“

„Wie wir uns daher im gemeinen Leben den Wert einer Ware denken, mag derselbe sich aus acht verschiedenen Ursachen zu einer Zeit anders stellen als zu einer andern, und zwar 1) in Folge der oberwähnten vier verschiedenen Fälle, in Bezug auf die Ware, deren Wert bestimmt werden soll; 2) in Folge derselben vier Fälle, in Bezug auf die Ware, welche man zum Maßstab des Werts angenommen hat.“

Hiermit hat es allerdings seine Richtigkeit bei monopolisierten Waren, so wie auf kurze Zeit, hinsichtlich des Marktpreises aller anderen Artikel. Würde sich die Nachfrage nach Hüten verdoppeln, so würde der Preis derselben sofort in die Höhe geben; dieses Steigen würde aber nur von momentaner Dauer sein, wenn [541] nicht etwa auch der Produktionsaufwand der Hüte, oder deren natürlicher Preis, ebenfalls gestiegen wäre. Würde der natürliche Preis von Brod, in Folge irgendeiner im Ackerbau-Wesen gemachten Entdeckung, um 50 Prozent

---

<sup>97</sup> „Würden bei dem gegenwärtig bestehenden Quantum Gold und Silber, diese Metalle nur zur Verfertigung von Gerät und Zierraten angewendet, so würden sie im Überflusse vorhanden und bei weitem wohlfeiler als jetzt sein, oder mit andern Worten, man würde, indem man sie gegen eine andere Art von Waren austauschen wollte, genötigt sein, ein verhältnismäßig größeres Quantum davon herzugeben. Da indes ein bedeutendes Quantum von diesen Metallen zu Geld geschlagen und dieser Teil zu keinem andern Zwecke angewendet wird, so bleibt nur wenig davon übrig, um zu Gerät und Kostbarkeiten benutzt zu werden; dieser Mangel nun hilft den Wert derselben heben.“ – Say. Liv. I. Chap. 21. §. 3.

(Anmerkung des Verfassers.)

im Preise fallen, so würde der Begeh nach diesem Bedürfnisse sich doch eben nicht sehr vermehren, denn Niemand würde auch dann mehr davon kaufen wollen, als er zur Stillung seines Hungers nötig hätte, und eben so wenig, wie demnach der Begeh sich mehr würde, würde es auch der Vorrat, weil ein Erzeugnis nicht bloß darum in Fülle angeschafft wird, weil es leicht produziert werden kann, sondern weil Begeh darnach herrscht. Wir haben hier also einen Fall, wo der Vorrat und die Nachfrage sich nur unbedeutend verändert haben, oder wenn sie sich auch vermehrten, dies doch stets in gleich geringem Verhältnisse stattgefunden hat; und doch würde der Preis des Brotes um 50 Prozent gefallen sein, und zwar zu einer Zeit, wo der Wert des Geldes unverändert geblieben wäre.

Waren, welche dem Monopole entweder eines einzelnen Individuums, oder einer Corporation angehören, verändern ihren Preiswert, in Gemäßheit der von Lord Lauderdale angeführten Grundsätze; sie fallen in dem Verhältnisse, als die Verkäufer das Vorratsquantum derselben erhöhen, und steigen, je nachdem die Käufer sich mehr oder weniger zum Ankauf derselben drängen; ihr Tauschpreis steht nicht mit ihrem natürlichen Preise in einer notwendigen Verbindung; dagegen stellen sich die Preise aller derjenigen Waren, wobei eine Konkur- [545] renz der Verkäufer stattfindet, und deren Quantität in einem mäßigen Grade vermehrt werden würde am Ende keinesweges nach Maßgabe des Vorrats und der Nachfrage, sondern nach dem zu ihrer Produktion nötigen größeren oder geringeren Aufwand<sup>98</sup>.

---

<sup>98</sup> Wenn verschiedene Autoren, welche den nämlichen Pfad der Forschung wandeln, und die schon in vielen Fällen Beweise ihres Scharfsinns gegeben haben, hinsichtlich eines einzigen Grundsatzes gänzlich verschiedener Meinung sind, so kann dieser Umstand nur daraus erklärt werden, dass sie sich missverstehen. Ich will den Versuch machen, in diesem Fall hier den streitigen Gegenstand aus einem neuen Gesichtspunkte darzustellen, um, wenn es möglich ist, alle Meinungen zu vereinigen.

Der größte Teil der Staatswirtschaftslehrer stellt den Satz auf, dass der Wert oder der Preis einer Sache im direkten Verhältnis zur Nachfrage steige und im umgekehrten zum Vorrat falle. Hr. *Ricardo* versichert, dass Vorrat und Nachfrage hierbei nichts wirken, dass der Preis durch die Konkurrenz der Produzenten bis auf einen, den Produktionskosten gleichen, Standpunkt herabsinke, und sich da halte.

Was tut man denn aber eigentlich, wenn man eine Ware gegen eine andere auszutauschen verlangt; – wenn z. B. Jemand 18 Pfund Weizen, die 3 Fr. wert sind, zum Verkauf ausbietet, um mit diesem Gelde 1 Pfund Kaffee, das gleichfalls 3 Fr. gilt, zu kaufen? Er bietet seine *produktiven Dienste* (Unter *produktiven Diensten* verstehe ich das Zusammenwirken der Arbeit, der Kapitale, der Länderei, dessen Resultat ein *Produkt* ist. Diejenigen, welche die Arbeit tun, welche ihre Kapitale herleihen, oder ihre Länderei hergeben, empfangen den Preis dieses Zusammenwirkens; und dieser Preis bildet die *Produktionskosten*.) (oder den Preis derselben, d. h. die Produktionskosten), durch welche die 18 Pfund Getreide erzeugt wurden, für ein Pfund Kaffee, oder für das, was dasselbe gekostet hat, nämlich die Produktionskosten, welche dazu ge- [546] dient haben, die produktiven Dienste zu bezahlen, deren Resultat das Pfund Kaffee war.

Die produktiven Dienste des Pfundes Kaffee, oder ihr Preis, und das Pfund Kaffee sind nicht die beiden Glieder der Gleichung: sie sind *ein und dieselbe Sache*. Und wenn Hr. *Ricardo* sagt, dass ein Erzeugnis immer so viel gelte, als was seine Produktionskosten betragen, so hat er Recht; aber es bleibt noch die Frage zu beantworten übrig: *wie viel betragen seine Produktionskosten? wie hoch veranschlagt man die Dienste, welche im Stande sind, ein Erzeugnis zu liefern, das man ein Pfund Kaffee nennt?*

Ich antworte, dass man sie umso höher anschlägt, und mit einer umso größern Quantität irgend anderer produktiven Dienste zu bezahlen geneigt ist, je nachdem die Dienste, welche geeignet sind, Kaffee zu erzeugen, selten und begehrt sind. Aus diesem Gesichtspunkte muss man Nachfrage und Darbieten, Mangel und Vorrat, das bekannte want and supply der Engländer, auffassen.

In der Quantität Arbeit, Kapital und Länderei, welche nötig ist, um ein Produkt zu erzielen, besteht die Schwierigkeit seiner Produktion, seine Seltenheit. Ein Erzeugnis, welches nur die Frucht vieler produktiven Dienste sein kann, ist weit seltener, als ein solches, das die Frucht weniger produktiven Dienste ist; mit andern Worten: ein Erzeugnis ist umso reichlicher vorhanden, als die nämliche Quantität produktiver Dienste mehr davon zu verschaffen im Stande ist. Hieraus folgt, dass eine größere Quantität davon dargeboten, und dass der Preis nun niedriger wird. Bedarf es dagegen einer größern Quantität produktiver Dienste, so steigt der Preis.

---

Statt für ein Pfund Kaffee 18 Pfund Getreide zu verlangen (oder die produktiven Dienste, die dazu wirkten, 18 Pfund Getreide zu erzeugen), wird man vielleicht 20, 25, 30 Pfund verlangen, bis dass kein einziger Käufer sich zeigt, der geneigt wäre, den Kaffee zu bezahlen, und alsdann wird er nicht mehr erzeugt. Dies ist der Fall mit tausend Erzeugnissen, die ihre Produzenten ruiniert haben, weil sie die Produktionskosten nicht mehr abwarfen.

Eine größere Produktionskraft ist gleichsam eine größere Quantität in Zirkulation gesetzter produktiver Dienste. Wenn [547] irgendeine große Vervollkommnung im Ackerbau mir es möglich macht, 36 Pfund Getreide da zu erhalten, wo ich früher keine 18 erntete, so ist dies eben so viel, als wenn ich das Darbieten meiner, zur Erzeugung des Getreides geeigneten, Dienste verdoppelte. Sie werden um die Hälfte im Werte sinken, und man wird nun 18 Pfund Getreide für  $\frac{1}{2}$  Pfund Kaffee erhalten. Die produktiven Dienste, welche geeignet sind, 18 Pfund Getreide zu erzeugen, werden eben so viel gelten, als diejenigen, welche geeignet sind, 4 Pfund Kaffee zu erzeugen (Allemaal in dem Fall, wo dieses Sinken des Preises keinen Einfluss auf die Nachfrage äußern würde. Es ist aber wahrscheinlich, dass ein solches Sinken des Getreides alle Verhältnisse des Wertes verändern würde.).

Nach dem System des Hrn. *Ricardo*, der durch sein ganzes Buch hindurch den Satz verfolgt, dass die Quantität Arbeit, welche zur Hervorbringung eines Erzeugnisses erfordert wird, die einzige Grundlage seines Preises sei, und der gar nicht in Anschlag bringt, was die Mitwirkung des Kapitals und der Länderei gekostet haben kann, würde ich das nämliche Prinzip etwa so ausdrücken: man legt der, zur Hervorbringung einer Sache nötigen, Arbeit umso viel mehr Wert bei, d. h. man ist geneigt, sie mit einer um so viel größern Quantität Arbeit zu bezahlen, die geeignet ist, irgendeine andere Sache hervorzubringen, je weniger erstere dargeboten wird, und je mehr Nachfrage darnach herrscht, und so umgekehrt.

J. B. S.

[548]

## Neunundzwanzigstes Kapitel.

### Herrn *Malthus* Meinung über die Bodenrente.

Ob ich gleich über die Natur der Bodenrente zu Anfange dieses Werks ziemlich ausführlich gehandelt habe, so halte ich es doch für nötig, einige Meinungen in diesem Betreff hier mitzuteilen, die mir irrig scheinen, aber umso gefährlicher sind, als sie sich in den Schriften eines Mannes ausgesprochen befinden, dem manche Zweige der Staatswirtschaft mehr verdanken, als irgendeinem lebenden Sterblichen. Ich schätze mich glücklich, hier eine Gelegenheit zu finden, meine Bewunderung über Hr. *Malthus* Schrift, *Essay on Population*, ausdrücken zu können. Die Angriffe der Gegner dieses großen Werks haben zu nichts gedient, als die Haltbarkeit der darin vorgetragenen Lehren darzutun, und ich habe die Überzeugung, dass sein gerechter Ruhm mit der Ausbildung der Wissenschaft, deren ausgezeichnete Zierde es ist, immer höher wachsen werde. Auch Hr. *Malthus* hat die Grundsätze der Bodenrente genügend entwickelt, und dargetan, dass sie, im Verhältnis zu den relativen Vorzügen der [549] verschiedenen Sorten in Kultur befindlicher Länderei, d. i. Fruchtbarkeit oder gute Lage, steige und falle. Dadurch hat er viel Licht über manche, mit der Bodenrente in Verbindung stehende, dunkle und schwierige Lehren, die vorher ganz unbekannt oder falsch verstanden waren, verbreitet. Inzwischen scheint er mir in einige Irrtümer verfallen zu sein, die wegen seiner Autorität notwendig aufgeklärt werden müssen, was, bei der Rechtlichkeit seines Charakters, kein unangenehmes Geschäft ist. Einige dieser Irrtümer entspringen daher, dass er annimmt, die Bodenrente sei ein reiner Gewinn und eine neue Erzeugung des Reichtums.

Ich stimme nicht allen Meinungen des Hr. Buchanan über die Bodenrente bei, aber ich bin vollkommen mit folgender, aus seinem Werke von Hr. *Malthus* ausgezogenen, Stelle einverstanden. Und deshalb kann ich der Erklärung, die letzterer davon gibt, nicht beipflichten.

„Aus diesem Gesichtspunkte kann die Bodenrente im Allgemeinen nichts zu dem Kapital des Staats hinzufügen, da das fragliche reine Überschussquantum weiter nichts ist, als ein Einkommen, das aus den Händen der einen Klasse in die der andern übergeht; und es liegt vor Augen, dass dieser einzige Umstand keinen Fonds schaffen kann, aus dem sich Abgaben bezahlen lassen. Das Einkommen, welches die Erzeugnisse der Länderei bezahlt, existiert schon in den Händen derer, welche diese Erzeugnisse kaufen; und wäre der Preis der Lebensmittel niedriger, so würde es in ihren [550] Händen bleiben, und eben so leicht mit einer Auflage belegt werden können, als wenn es, in Folge eines höhern Preises, in die Hände des Grundeigentümers übergegangen ist.“

Nach mancherlei Bemerkungen über den, zwischen rohen Bodenerzeugnissen und Manufakturwaren herrschenden Unterschied, fragt Hr. *Malthus*: „Ist es demnach möglich, mit Hr. Sismondi die Bodenrente, als den bloßen Ertrag der Arbeit, die einen rein nominalen Wert hat, und als das reine Resultat des erhöhten Preises zu betrachten, den ein Verkäufer in Folge eines besondern Privilegiums erhält; oder soll man sie mit Hr. Buchanan, als nichts zum Nationalreichtum hinzufügend, sondern bloß als eine Wertübertragung aus einer Hand in die andere betrachten, die nur den Grundeigentümern

in dem Verhältnis, wie sie den Konsumenten nachteilig ist; Vorteil gewährt?“<sup>99</sup> Ich habe bereits im Kapitel über die Bodenrente meine Meinung über diesen Punkt ausgesprochen, und füge nur noch hinzu, dass die Bodenrente eine *Werterzeugung* ist, in dem Sinne, wie ich dieses Wort nehme, aber *keine Erzeugung des Reichtums*.

Wenn wegen der Schwierigkeit, eine gewisse Quantität Getreide zu erzeugen, der Preis des Maßes desselben von 4 Pfund Sterl. auf 5 Pfund Sterl. stiege, so würde eine Million Maß Getreide 5 Mill. Pfund [551] statt 4 Mill. Pfund wert sein; und da dieses Getreide nicht nur für mehr Geld, sondern für mehr Waren jeder Art wird ausgetauscht werden können, so werden die Eigentümer desselben einen größern Wertbetrag besitzen. Da aber der Wert bei einem derselbe, wie beim andern sein wird, so wird die ganze Nation einen größern Wert besitzen, und in diesem Sinne ist die Bodenrente eine *Werterzeugung*. Dieser Wert ist aber insofern *nominal*, als er nichts zum Nationalreichtum hinzufügt, d. h. zu den Bedürfnissen, Bequemlichkeiten und Genüssen der Nation. Wir würden ganz die nämliche Quantität Dinge und noch die nämliche Million Maß Getreide haben, wie zuvor; da aber das Maß Getreide statt 4 Pfd. Sterl. jetzt 5 Pfd. kostet, so würde die Folge davon sein, dass ein Teil des Wertes des Getreides, so wie aller andern Dinge aus den Händen ihrer gegenwärtigen Besitzer in die der Grundeigentümer überginge. Die Bodenrente ist also eine Wert-, aber nicht eine Reichtumserzeugung; sie fügt nichts zu den Hilfsquellen eines Landes hinzu, und vermag dasselbe nicht in den Stand zu versetzen, Flotten und Armeen zu halten; denn das Land würde einen größern Fonds zu seiner Verfügung haben, wenn seine Länderei von besserer Qualität wäre und es das nämliche Kapital anlegen könnte, ohne eine Rente entstehen zu machen.

In einem andern Teile seines eben angezogenen Werks bemerkt Hr. *Malthus*, „dass die unmittelbare Ursache der Bodenrente augenscheinlich der Überschuss [552] des Marktpreises der Acker-Erzeugnisse über die Produktionskosten derselben sei,“ und wieder an einer andern Stelle sagt er, „dass die Ursachen des hohen Preises der Acker-Erzeugnisse auf drei zurückgeführt werden können:

„Die erste und wichtigste, diejenige Qualität der Länderei, in Folge welcher eine größere Quantität Lebensbedürfnisse gewonnen werden kann, als zum Unterhalt der zur Landbebauung erforderlichen Arbeiter nötig sind.

Die zweite, diejenige besondere Eigenschaft der Lebensbedürfnisse, durch sich selbst sich Nachfrage erzeugen, und die Zahl der Konsumenten, im Verhältnis zum erzeugten Vorrat der Lebensmittel vermehren zu können.

Die dritte, die verhältnismäßige Seltenheit der fruchtbarsten Länderei.

Wenn Hr. *Malthus* vom hohen Preis des Getreides spricht, so ist es klar, dass er darunter nicht den Preis eines quarter oder bushel Getreide versteht, sondern den hohen Preis, um welchen das sämtliche Getreide weit über die Produktionskosten verkauft wird, indem „die Produktionskosten“ sowohl den Gewinn als den Arbeitslohn, stets mit einschließen. Hundert und fünfzig Maß Getreide zu 3 Pfd. 10 Schill. werden dem Grundeigentümer eine größere Bodenrente, als 100 Maß zu 4 Pfd. eintragen, vorausgesetzt, dass die Produktionskosten in beiden Fällen sich gleich sind.

[553] Ein hoher Preis kann aber, wenn man den Ausdruck in diesem Sinne nimmt, nicht eine *Ursache* der Bodenrente genannt werden; man kann nicht sagen, „dass die unmittelbare Ursache der Bodenrente augenscheinlich der Überschuss des Marktpreises der Acker-Erzeugnisse über die Produktionskosten derselben sei; denn dieser Überschuss ist ja eben

---

<sup>99</sup> An Inquiry into the Nature and Progress of Rent, p.15.

die Bodenrente selbst. Nach Hr. *Malthus* eigener Definition wäre die Bodenrente „derjenige Teil des Werts des ganzen Ertrags, der dem Landeigentümer übrig bleibt, nachdem alle und jede Kulturkosten, eingeschlossen den Gewinn vom angelegten Kapital, der nach dem gewöhnlichen und zur Zeit gebräuchlichen Gewinnertrag im Ackerbau angelegter Kapitale zu berechnen ist bezahlt sind.“ Die Summe, um welche dieser Überschuss verkauft wird, ist die Geldbodenrente, die Hr. *Malthus* „den Überschuss des Marktpreises der Acker-Erzeugnisse über die Produktionskosten derselben“ nennt. Wenn wir deshalb eine Untersuchung der Ursachen anstellen, die den Preis der Acker-Erzeugnisse, im Vergleich zu ihren Produktionskosten, erhöhen, so forschen wir zugleich nach den Ursachen, welche die Bodenrente erhöhen können.

In Bezug auf die erste Ursache des Steigens der Bodenrente, macht Hr. *Malthus* folgende Bemerkungen: „Wir wissen noch immer nicht, wie die Konsumtion und der Vorrat im Stande sind, den Preis des Getreides so sehr über die Produktionskosten hinaus in die Höhe zu treiben, und die wahre Ursache ist [554] offenbar die *Fruchtbarkeit* der Erde in Hervorbringung der Lebensbedürfnisse. Man verringere diese Fülle, man verringere die Fruchtbarkeit des Bodens, und der *Überschuss* wird abnehmen; fährt man mit dieser Operation weiter fort, so wird er ganz verschwinden.“ Ganz richtig, der Überschuss der Lebensbedürfnisse wird abnehmen und verschwinden, aber davon ist gar nicht die Rede. Es handelt sich nur darum, ob der Überschuss ihres Preises über ihre Produktionskosten abnehmen und verschwinden wird; denn davon hängt die Geld-Bodenrente ab.

Ist Hr. *Malthus* um deswillen, weil der Überschuss der Quantität abnehmen und verschwinden soll, zu der Folgerung berechtigt, „dass die Ursache *des hohen Preises* der Lebensbedürfnisse, noch über die Produktionskosten hinaus, eher in ihrem Überflusse, als in dem Mangel derselben begründet sei, und dass derselbe nicht allein wesentlich von dem, durch künstliche Monopole verursachten, hohen Preise verschieden sei, sondern auch von dem hohen Preise solcher Produkte des Bodens, welche nicht mit den Nahrungsmitteln in Verbindung stehen, die natürliche und notwendige Monopole genannt werden können?“

Sollte es nicht Umstände geben, unter welchen die Fruchtbarkeit der Länderei und die Fülle der Erzeugnisse derselben verringert werden können, ohne dass der Überschuss ihres Preises über die Produktionskosten, oder [555] die Bodenrente, vermindert werde? Gibt es dergleichen, so ist des Hr. *Malthus* Behauptung viel zu allgemein; denn er scheint es als einen Hauptgrundsatz aufzustellen, den er unter allen Umständen für richtig hält, dass die Bodenrente mit der zunehmenden Fruchtbarkeit der Länderei steigen und mit der abnehmenden fallen müsse.

Hr. *Malthus* würde ohne allen Zweifel Recht haben, wenn dem Grundeigentümer, im Verhältnis zum reicheren Bodenertrag, ein größerer Anteil vom ganzen Ertrag zufiele; aber gerade das Gegenteil findet statt. Wenn kein anderes, als Land fruchtbarster Qualität in Kultur genommen wird, so erhält der Grundeigentümer nicht nur den kleinsten Anteil vom ganzen Ertrage, sondern auch den kleinsten Wert, und nur, wenn Länderei geringerer Qualität, um für eine gestiegene Bevölkerung Nahrungsmittel zu erzeugen, in Kultur genommen werden muss, nimmt beides, sowohl der Anteil des Grundeigentümers vom ganzen Ertrage als auch der Wert, den er erhält, immer mehr zu.

Wir wollen annehmen, der Getreide-Bedarf betrage eine Million Maß, die den Ertrag sämtlicher, gegenwärtig in Kultur befindlicher Länderei ausmachen. Nun soll die Fruchtbarkeit aller Länderei so sehr abnehmen, dass ganz die nämliche Länderei nur noch 900,000 Maß erträgt. Da der Bedarf eine Million Maß erheischt, so wird der Preis des Getreides steigen, und [556] man wird notwendig zu Länderei geringerer Qualität seine Zuflucht nehmen müssen, was keineswegs geschehen sein würde, sobald die bessere

Länderei fortdauernd eine Million Maß ertragen hätte. Aber gerade diese Notwendigkeit, Länderei geringerer Qualität in Kultur nehmen zu müssen, ist die Ursache des Steigens der Bodenrente. Man muss hier ins Gedächtnis zurückrufen, dass die Bodenrente nicht im Verhältnis zur absoluten Fruchtbarkeit der in Kultur befindlichen Länderei, sondern im Verhältnis zur relativen Fruchtbarkeit derselben steht. Jede Ursache, welche dem Anbau geringerer Länderei Kapitale zuwendet, muss die Bodenrente erhöhen, da der Entstehungsgrund der Bodenrente, wie Hr. *Malthus* in seinem 3ten Satze annimmt, „auf dem verhältnismäßigen Mangel an Länderei fruchtbarster Qualität beruht. Der Preis des Getreides wird natürlich steigen, je nachdem die Schwierigkeit, die letzten Teile der bedürftigen Quantität zu erzeugen, zunimmt. Da indessen die Produktionskosten sich nicht vermehren werden, weil Arbeitslohn und Gewinn, zusammengenommen, den nämlichen Wert behalten werden<sup>100</sup>; so ist es klar, dass der Überschuss des Preises über die Produktionskosten, oder mit andern Worten, die [557] Bodenrente, im Verhältnis zur Abnahme der Fruchtbarkeit der Länderei, so lange steigen muss, bis die Abnahme des Kapitals, der Bevölkerung und der Nachfrage eine Gegenwirkung hervorbringt. Es scheint demnach nicht, dass die Behauptung des Hrn. *Malthus* richtig sei. Die Bodenrente steigt oder fällt nicht unmittelbar und notwendig, je nachdem die Fruchtbarkeit der Länderei zu- oder abnimmt; nimmt ihre Fruchtbarkeit aber zu, so wird der Pächter dadurch in den Stand gesetzt, für die Zukunft eine höhere Bodenrente bezahlen zu können. Länderei von ganz geringer Fruchtbarkeit kann nie eine Rente abwerfen; Länderei von mittelmäßiger Fruchtbarkeit kann, wenn die Bevölkerung zunimmt, dahin gelangen, eine mäßige Rente zu ertragen, während Länderei von großer Fruchtbarkeit eine große Bodenrente einbringt; aber es ist etwas ganz Anderes, dahin gelangen zu können, eine hohe Bodenrente abzuwerfen, und sie schon wirklich einbringen. Die Bodenrente kann in einem Lande, wo die Länderei außerordentliche Fruchtbarkeit besitzt, niedriger sein als in einem Lande, wo ihr Ertrag mäßig ist, da sie nicht im Verhältnisse zur absoluten, sondern zur relativen Fruchtbarkeit, nicht im Verhältnis zur Fülle der Erzeugnisse, sondern zum Werte derselben steht. Hr. *Malthus* sagt, dass, die Ursache des Überschusses des Preises der Lebensbedürfnisse über die Produktionskosten, mehr in der Fülle, als in, dem Mangel derselben begründet, und wesentlich vom hohen Preise *solcher besondern Boden-Erzeugnisse* verschieden sei, *die nicht zu den Nahrungs-* [558] *mitteln gehören*, die natürliche und notwendige Monopole genannt werden könnten.“

Worin sind aber die Boden-Erzeugnisse *wesentlich* verschieden? Würde nicht eine reiche Ernte solcher besondern Boden-Erzeugnisse, wenn die Nachfrage nach ihnen zu gleicher Zeit steigt, eine Erhöhung der Bodenrente zur Folge haben? – und kann die Bodenrente, welche Erzeugnisse auch die Länderei hergeben mag, je wegen reichen Ertrags allein und ohne zunehmende Nachfrage, steigen?

Die zweite Ursache der Bodenrente, die *Malthus* aufführt, nämlich „diejenige besondere Eigentümlichkeit der Lebensbedürfnisse, sich selbst Nachfrage erwecken, und, im Verhältnis zur produzierten Quantität, Konsumenten erzeugen zu können,“ scheint mir durchaus nicht *wesentlich* zu sein. Nicht die Fülle der Lebensbedürfnisse erzeugt die Konsumenten, sondern die Menge der Konsumenten bewirkt Vermehrung der Lebensbedürfnisse.

---

<sup>100</sup> Siehe S. 127, wo ich darzutun gesucht habe, dass, ungeachtet aller Leichtigkeit oder Schwierigkeit der Produktion des Getreides, Arbeitslohn und Gewinn zusammen immer den nämlichen Wert behalten werden. „Steigt der Arbeitslohn, so geschieht es immer auf Kosten des Gewinns, und fällt er, so nimmt der Gewinn stets zu.“

(Anmerkung des Verfassers.)

Es gibt keine Notwendigkeit, die uns vermögen kann, fortwährend eine größere Quantität Waren zu produzieren, als der Bedarf erheischt. Wäre zufällig eine größere Quantität produziert worden, so würden sie unter ihren natürlichen Preis fallen, und deshalb die Produktionskosten, benebst den gebräuchlichen und gewöhnlichen Kapitalgewinn, nicht abwerfen. Der Vorrat würde nun verringert werden, bis er mit dem Bedarf im Gleichgewicht stände, und der Marktpreis wieder dem natürlichen Preis gleichkäme.

[559] Herr *Malthus* scheint mir sehr geneigt zu sein, zu glauben, dass die Bevölkerung nur in Folge eines Überflusses an Lebensmitteln zunehme – „dass die Lebensmittel es sind, die sich ihre eigene Nachfrage erwecken,“ – dass man dem Volke erst Lebensmittel verschaffen müsse, wenn man die Heiraten befördern will, statt zu bedenken, dass das allgemeine Fortschreiten der Bevölkerung durch Vergrößerung des Kapitals, durch die daraus folgende Nachfrage nach Arbeitern und durch das Steigen des Arbeitslohns bewirkt werde, und dass die Produzierung der Lebensmittel nur die Wirkung der Nachfrage ist.

Dadurch, dass man dem Arbeiter mehr Geld, oder mehr von irgendeiner andern Ware gibt, in welcher der Arbeitslohn gezahlt wird, und die nicht im Werte gesunken ist, verbessert man seine Lage. Die Zunahme der Bevölkerung und die Zunahme der Lebensmittel rührt gemeiniglich von hohem Arbeitslohne her, ist aber nicht, die notwendige Wirkung desselben. Die, in Folge des vermehrten Wertes, der ihm gezahlt wird, verbesserte Lage des Arbeiters, treibt ihn nicht notwendig an, sich zu verheiraten und die Ernährung einer Familie über sich zu nehmen. Er kann vielmehr, wenn es ihm also beliebt, seinen vermehrten Arbeitslohn für andere, zu seinen Genüssen beitragende, Gegenstände vertauschen, wie z. B. für Tische, Stühle und Stahlwaren, für bessere Kleider, für Zucker und für Tabak. Die Zunahme seines Arbeitslohns wird demnach keine andere Wirkung zur Folge haben als Vermehrung der [560] Nachfrage nach einigen dieser Gegenstände. „Da nun die Klasse der Arbeiter nicht *materiell* zunimmt, so wird der Arbeitslohn fortwährend hoch bleiben. Ob sich nun gleich die Folgen hohen Arbeitslohnes also darstellen könnten, so ist doch der Reiz häuslicher Gesellschaft so groß, dass in der Wirklichkeit sich die Erscheinung als unveränderlich erweist, dass Zunahme der Bevölkerung stets eine Folge der verbesserten Lage des Arbeiters ist; und weil sich dies nun so verhält, so ist es erklärlich, dass eine neue und größere Nachfrage nach Nahrungsmitteln entsteht. Diese Nachfrage ist also die Wirkung einer Zunahme der Bevölkerung aber nicht die Ursache derselben. Nur weil der Aufwand des Volkes diese Richtung genommen hat, übersteigt der Marktpreis der Lebensmittel den natürlichen Preis derselben, und nur deswegen wird die bedürftige Quantität Nahrungsmittel produziert. Weil die Zahl der Arbeiter nun zugenommen hat, fällt auch der Arbeitslohn wieder.

Welchen Beweggrund könnte ein Pächter haben, mehr Getreide zu bauen, als der gegenwärtige Bedarf erheischt, wenn die Folge davon ein Sinken des Marktpreises unter den Standpunkt des natürlichen Preises, und somit eine Verkürzung seines Gewinnbetrags wäre, indem derselbe unter den allgemeinen Standpunkt herabsänke? „Wenn, sagt Herr *Malthus*, die Lebensbedürfnisse, das wichtigste Erzeugnis des Bodens, nicht die Eigentümlichkeit besäßen, eine Zunahme der Nachfrage, im Verhältnis zur Zunahme ihrer Quantität, zu bewirken, so würde ihre vermehrte Quantität ein Sin- [561] ken ihres Tauschwertes verursachen<sup>101</sup>. So reichlichen Ertrag auch der Boden in einem Lande gewährte, die Bevölkerung desselben würde doch nicht zunehmen. Diese Getreidefülle

---

<sup>101</sup> \*Von welcher Vermehrung der Quantität spricht Herr Malthus? Wer soll sie produzieren? Wer kann sich bewegen finden, sie zu produzieren, bevor für ein Additionalquantum Nachfrage herrscht?

(Anmerk. d. Verf.)

würde bei einem hohen Getreide-Arbeitspreise, der unter diesen Umständen natürlich Platz greifen müsste, und ohne verhältnismäßige Nachfrage, den Preis der Bodenerzeugnisse, gleich dem der Manufakturwaren, bis auf den bloßen Betrag der Produktionskosten herabdrücken.

„Er würde den Preis der Bodenerzeugnisse bis zum Betrag der Produktionskosten herabdrücken!“ Kann denn der Preis der Bodenerzeugnisse *lange Zeit hindurch* über oder unter diesem Betrag sich stellen? Hat nicht Herr *Malthus* selbst behauptet, dass dies nicht der Fall sein könne? „Ich hoffe, sagt er, dass mich der Leser entschuldigen wird, wenn ich etwas weitläufig geworden bin, und ihm in verschiedenen Formen den Satz dargestellt habe, dass das Getreide, im Verhältnis zu *der gegenwärtig erzeugten Quantität*, um seinen notwendigen Preis, gleich den Manufakturwaren, verkauft wird; denn ich halte dies für eine Wahrheit von der höchsten Wichtigkeit, welche die Staatswirtschaftslehrer, *Adam Smith* und alle [562] andere Schriftsteller, die behauptet haben, die Bodenerzeugnisse würden stets zu einem Monopolpreis verkauft, ganz übersehen haben.“

„Jedes Land von größerer Ausdehnung kann betrachtet werden, als besäße es eine Stufenreihe von Maschinen zur Erzeugung des Getreides und der rohen Produkte. Unter dieser Stufenreihe von Maschinen sind nicht allein alle die verschiedenen Sorten dürrtiger Länderei mitbegriffen, von welcher im Durchschnitt jedes Land einen Überfluss besitzt, sondern auch das geringere Maschinenwesen, von dem man sagen kann, dass es angewendet wird, sobald man guter Länderei einen immer höhern Ertrag abzwängen will. Wenn der Preis der rohen Produkte fortwährend steigt, so werden diese geringeren Maschinen eine nach der andern in Tätigkeit gesetzt, und fällt er fortwährend, so werden sie nach und nach alle außer Tätigkeit gesetzt werden.“ Diese Erklärung tut zugleich *das notwendige Verhältnis dar, welches zwischen dem gegenwärtigen Preis des Getreides und seiner gegenwärtigen Produktion herrscht*, so wie die verschiedene Wirkung, welche eine große Verringerung des Preises der Manufakturzeugnisse, so wie eine große Verringerung des Preises der Bodenerzeugnisse zur Folge haben würde.“<sup>102</sup>

[563] Wie vertragen sich diese Stellen mit der, wo er behauptet, dass wenn die Lebensbedürfnisse nicht die Eigentümlichkeit hätten, eine Zunahme der Nachfrage zu bewirken, die mit der Zunahme ihrer Quantität im Verhältnis steht, so würde die überflüssig produzierte Quantität derselben dann, und nur dann, den Preis der rohen Bodenerzeugnisse, bis zum Betrag der Produktionskosten zurückführen? – Wenn das Getreide nie unter seinem natürlichen Preise steht, so ist es auch nie reichlicher vorhanden, als es das Konsumtionsbe- [564] dürfnis der gegenwärtigen Bevölkerung erfordert. Man kann es nicht für die Konsumtion Anderer aufspeichern; es kann also nie durch seine

---

<sup>102</sup> Siehe Inquiry etc. „In allen vorwärtsschreitenden Ländern ist der mittlere Durchschnittspreis des Getreides niemals höher als zu einer mittelmäßigen Vermehrung der Produktion erforderlich ist.“ Observations p. 21. „Bei der Anlegung neuer Kapitale auf den Anbau von Länderei, um für die Bedürfnisse einer gestiegenen Bevölkerung zu sorgen, – mag man nun diese neuen Kapitale dazu anwenden, mehr Land unter den Pflug zu bringen, oder das bereits in Kultur befindliche zu verbessern – hängt die Hauptsache immer von dem Ertrage ab, den man aus diesen Kapitalen zu ziehen hofft, und kein Teil darf vom Brutto-Gewinn hinweggenommen werden, ohne zugleich den Beweggrund zu dieser Art der Kapitalanlage zu schwächen. Jede Verminderung des Preises, mit der nicht unmittelbar und durchgängig ein verhältnismäßiges Sinken aller notwendigen Ausgaben eines Pachtgutes verbunden ist, jede Auflage auf das Kapital des Pächters, jede Auflage auf die Lebensbedürfnisse des Pächters, müssen hier in Anschlag kommen. Und wenn nach Abzug aller dieser Ausgaben der Preis des Produkts nicht eine hinlängliche, dem allgemeinen Gewinnbetrage entsprechende, Belohnung für das angelegte Kapital und eine Bodenrente abzuwerfen im Stande ist, wenigstens der gleich, welche die Länderei vorher bezahlte; so kann kein hinreichender Beweggrund da sein, um die projektierten Verbesserungen zu unternehmen.“ Observations P. 22.

(Anmerk. d. Verf.)

Wohlfelheit und durch seinen Überfluss, zur Vermehrung der Bevölkerung ein Sporn sein. In dem Grade, als das Getreide wohlfeiler erzeugt werden kann, wird das Steigen des Arbeitslohns dem Arbeiter auch mehr Kräfte zur Erhaltung seiner Familie geben. In den vereinigten Nordamerikanischen Staaten nimmt die Bevölkerung rasch zu, weil die Lebensmittel zu einem wohlfeilen Preise erzeugt werden können, und nicht, weil für einen überflüssigen Vorrat im Voraus gesorgt worden ist. In *Europa* dagegen nimmt die Bevölkerung verhältnismäßig langsam zu, weil die Nahrungsmittel nicht zu wohlfeilen Werten erzeugt werden können. Dem gewöhnlichen Gange der Dinge nach, geht die Nachfrage nach allen Dingen immer dem Vorrat derselben voraus. Wenn Herr *Malthus* sagt, dass das Getreide, gleich allen andern Manufakturwaren, bis zum Produktionspreis herabsinken würde, wenn es keine Konsumenten sich erwecken könnte, kann er doch nicht meinen, dass die ganze Bodenrente auch hinwegfallen würde; denn er selbst hat sehr richtig bemerkt, dass das Getreide, wenn auch die ganze Bodenrente von den Grundeigentümern aufgegeben werden sollte, doch nicht im Preise fallen würde. Die Bodenrente ist nicht die Wirkung, sondern die Ursache des hohen Preises, weil immer Länderei sich in Kultur befindet, die keine Rente zahlt, und deren Getreideertrag nur so viel abwirft, um Arbeitslohn und Gewinn damit zu bestreiten.

[565] In folgender Stelle hat Herr *Malthus* die Ursachen des Steigens der Preise der rohen Boden-Erzeugnisse in reichen und vorwärtsschreitenden Ländern sehr geschickt entwickelt, worin ich ihm ganz beistimme; inzwischen scheint er mir in Widerspruch mit einigen seiner Behauptungen zu stehen, die er an verschiedenen Stellen seines *Essay on Rent* aufgestellt hat. „Ich stehe nicht im mindesten an, zu behaupten, dass, abgesehen von den Irregularitäten des Geldes in einem Lande und von den andern temporären und zufälligen Umständen, die Ursache des hohen verhältnismäßigen Geldpreises des Getreides in seinem hohen verhältnismäßigen *Real-Preise*, oder der größern Quantität Kapital und Arbeit liegt, die zur Produktion desselben angewendet werden muss, und dass die Gründe, warum der Realpreis des Getreides in Ländern, die reich sind und an Wohlstand und Bevölkerung immer mehr zunehmen, höher ist und fortwährend steigt, in der Notwendigkeit liegen, fortwährend zu dürftigerer Länderei und zu Maschinen seine Zuflucht nehmen zu müssen, deren Herstellung und Unterhaltung viele Kosten verursachen, und die bewirken, dass jedes neue Zuschussquantum der rohen Bodenerzeugnisse, was man auf diesem Wege erhält, immer teurer zu stehen kommt. Kurz, jene Gründe sind in der wichtigen Wahrheit enthalten, dass das Getreide in einem vorwärtsschreitenden Lande um den Preis verkauft wird, der hinreichend ist, um den jedes Mal bedürftigen Vorrat erzeugen zu können, und je nachdem die Schwierigkeiten, diesen [566] Vorrat anzuschaffen, immer mehr zunehmen, steigt verhältnismäßig der Preis des Getreides.“

Herr *Malthus* hat hier ganz richtig angenommen, dass der Realpreis jeder Sache von der größern oder geringern Quantität Arbeit und Kapital abhängt (d. i. Akkumulation der Arbeit), die zu ihrer Produktion angewendet werden muss. Der Realpreis hängt nicht, wie Einige behauptet haben, vom Geldwerte ab, noch, wie Andere gesagt haben, vom Wert im Verhältnisse zum Getreide, zur Arbeit, zu irgendeiner Sache einzeln, oder zu allen, zusammen genommen, sondern, wie Hr. *Malthus* ganz richtig sagt „von der größern oder geringern Quantität des Kapitals und der Arbeit, die zur Produzierung des fraglichen Gegenstandes angewendet werden muss.“

Unter die Ursachen des Steigens der Bodenrente zählt Herr *Malthus* „solch eine Zunahme der Bevölkerung, dass dadurch der Arbeitslohn niedriger wird.“ Aber wenn der Kapitalgewinn steigt, während der Arbeitslohn fällt, und sie beide, zusammengenommen,

stets einerlei Wert haben<sup>103</sup>, so kann ein Sinken des Arbeitslohns die Bodenrente nicht steigern; denn durch ersteres wird weder der Anteil vom Ertrage, der dem Pächter und dem Arbeiter zukommt, noch der Wert desselben verringert, und deshalb fällt dem Grundeigentümer weder ein größerer Anteil noch ein größerer Wert zu. Je nachdem der Arbeitslohn weniger hinwegnimmt, kommt dem Gewinn mehr zu gut, und [567] so umgekehrt. Diese Teilung kommt zwischen dem Pächter und seinen Arbeitern, ohne Einmischung des Grundeigentümers, zu Stande. Er könnte auch höchstens nur insofern dabei interessiert sein, als die eine oder die andere Art der Teilung einer neuen Kapitalanhäufung günstiger wäre und die Nachfrage nach Länderei vermehrte. Wenn der Arbeitslohn fällt, so wird der Gewinn, und nicht die Bodenrente, steigen, steigt dagegen der Arbeitslohn, so wird der Gewinn, und nicht die Bodenrente, fallen. Das Steigen der Bodenrente und des Arbeitslohnes, und das Sinken des Gewinns, sind im Allgemeinen die unvermeidlichen Wirkungen der nämlichen Ursachen: die vermehrte Nachfrage nach Nahrungsmitteln, die vermehrte, zu ihrer Produktion erforderliche, Quantität Arbeit und der daraus entstehende hohe Preis derselben. Wollte der Grundeigentümer auch seine ganze Bodenrente aufgeben, so würden sich doch die Arbeiter um nichts besser stehen. Auf gleiche Weise würde der Grundeigentümer keinen Vorteil davon haben, wenn die Arbeiter auf den Arbeitslohn Verzicht leisteten. In beiden Fällen aber würde der Pächter erhalten und behalten, was jene aufgegeben hätten. Es ist in diesem Werke stets mein Bestreben gewesen, darzutun, dass ein Sinken des Arbeitslohnes keine andere Wirkung, als ein Steigen des Gewinns hervorbringe.

Eine andere Ursache des Steigens der Bodenrente ist, nach Hr. *Malthus* „solche Verbesserung des Ackerbaus, oder eine solche Zunahme der Produktivkräfte [568] dass die Zahl der Arbeiter verringert wird, die, um eine gewisse Quantität Getreide zu produzieren, erforderlich war.“ Dadurch würde der Wert des ganzen Ertrags nicht erhöht, und folglich die Bodenrente nicht gesteigert werden. Eine ganz entgegengesetzte Wirkung würde vielmehr daraus hervorgehen, nämlich die Rente würde sinken. Denn sobald, in Folge dieser Verbesserungen, die gegenwärtig erforderliche Quantität Nahrungsmittel entweder mit weniger Händen, oder mit einer geringern Quantität Länderei erhalten werden könnte, so würde der Preis der rohen Bodenerzeugnisse sinken und Kapitale dem Ackerbau entzogen werden<sup>104</sup>. Außer der Nachfrage nach neuer Länderei geringerer Qualität, oder einigen andern Ursachen, die eine Veränderung in der relativen Fruchtbarkeit der gegenwärtig in Kultur befindlichen Länderei hervorbringen, kann Nichts die Bodenrente steigen machen<sup>105</sup>. Verbesserungen im Ackerbau und in der Verteilung der Arbeit erstrecken sich über alle Länderei; sie vermehren die absolute Quantität der rohen Bodenerzeugnisse, ver- [569] rücken aber wahrscheinlich nicht bedeutend die relativen, vorher zwischen den verschiedenen Qualitäten der Länderei bestehenden Verhältnisse.

Hr. *Malthus* fasst mit Recht einen Irrtum *Adam Smiths* auf, und sagt in diesem Betreff, „das Wesentliche seines (des Dr. Smiths) Arguments beruht darin, dass das Getreide die besondere Eigentümlichkeit habe, dass sein Realpreis durch ein Steigen seines Geldpreises

---

<sup>103</sup> Siehe S. 127.

<sup>104</sup> Siehe S. 74.

<sup>105</sup> Es ist nicht nötig, bei jeder Gelegenheit daran zu erinnern, sondern es muss als bekannt angenommen werden, dass die nämliche Wirkung hervorgebracht wird, indem man unterschiedene, aber gleiche Kapitalteile auf die gegenwärtig in Kultur befindliche Länderei mit verschiedenen Resultaten verwendet. Bodenrente ist die Differenz des, mit gleichen Kapitalen und gleicher Arbeit, auf Länderei der nämlichen oder verschiedener Qualität, erhaltenen Ertrags.

(Anmerk. d. Verf.)

nicht erhöht werden könne, und dass, da die Produktion des Getreides ganz offenbar nur durch ein Steigen seines Realpreises Aufmunterung erhalten könne, das, durch eine Prämie verursachte Steigen seines Geldpreises eine solche Wirkung nicht haben könne.“

Er fügt noch hinzu: „Man kann durchaus nicht den mächtigen Einfluss des Getreidepreises auf den Preis der Arbeit, für den Durchschnitt einer beträchtlichen Reihe von Jahren, leugnen; aber dass dieser Einfluss nicht von solcher Beschaffenheit sei, dass er das Zu- und Abströmen der Kapitale zum Ackerbau hindere, was gerade hier der fragliche Punkt ist, wird sich aus einer kurzen Untersuchung der Art, wie die Arbeit bezahlt und zu Markte gebracht wird, so wie aus einer Würdigung der Folgen, zu welchen die Annahme von Dr. Smiths Behauptung unvermeidlich führen müsste, genügend ergeben.“<sup>106</sup>

Hr. *Malthus* fährt nun fort, darzutun, dass Nachfrage und hoher Preis ebenso wirksam die Pro- [570] duktion der rohen Bodenerzeugnisse aufmuntern, als die Produktion anderer Dinge Aus dem, was ich bereits über die Wirkungen der Prämien gesagt habe, wird man ersehen, dass ich ihm gänzlich beistimme. Ich habe die Stelle aus seinem Werke „*Observations on the Corn Laws*“ deshalb angeführt, um zu zeigen, in welchem ganz verschiedenen Sinne er hier und in seiner andern Schrift „*Grounds of an Opinion etc.*“ den Ausdruck *Realpreis* gebraucht hat. In dieser Stelle sagt Hr. *Malthus*, „dass die Produktion des Getreides ganz offenbar nur durch ein Steigen seines Realpreises Aufmunterung erhalten könne,“ und unter Realpreis versteht er augenscheinlich die Zunahme seines Wertes in Bezug auf alle andere Dinge, oder mit andern Worten, das Steigen seines Marktpreises über den natürlichen Preis, oder die Produktionskosten. Hat er unter Realpreis dies verstanden, so ist seine Behauptung ohne Zweifel richtig. Das Steigen des Marktpreises des Getreides gibt allein der Produktion desselben Aufmunterung, und es kann als durchgehends richtiger Grundsatz gelten, dass der Sporn, die Produktion einer Sache zu vermehren, einzig und allein in dem Marktpreise derselben liege, in wie weit er ihren natürlichen oder notwendigen Wert übersteigt.

Dies ist aber nicht der Sinn, den Hr. *Malthus* bei andern Gelegenheiten mit dem Ausdruck „*Realpreis*“ verbindet. In seinem Essay on Rent sagt er: „Unter Realpreis (real growing price) des Getreides, verstehe ich die wirkliche *Quantität* Arbeit und Kapi- [571] tal, die angewendet wurde, um die letzten Zuschussquantitäten von Getreide zum Nationalertrag zu erzeugen.“ An einer andern Stelle sagt er: „Die Ursache des verhältnismäßig hohen Realpreises des Getreides sei die größere *Quantität* Kapital und Arbeit, die zu seiner Produktion angewendet werden musste“<sup>107</sup>. Wenn man in der vorhergehenden Stelle dem Ausdruck „*Realpreis*“ die Definition des Hrn. *Malthus* substituierte, würde sie dann nicht so lauten? „Es ist offenbar einzig und allein die Zunahme der *Quantität* Arbeit und Kapital, die zur Produktion des Getreides angewendet werden muss, welche der Produktion desselben Aufmunterung gewähren kann.“ Dies würde aber nichts anderes sagen, als es ist offenbar das Steigen des natürlichen oder notwendigen Preises des Getreides, welches die Produktion desselben aufmuntert – eine Behauptung, die nicht aufrecht erhalten werden kann. Nicht der Preis, zu welchem das Getreide produziert werden kann, hat den mindesten Einfluss auf die produzierte *Quantität*, sondern der Preis, um den es verkauft werden kann. In dem Verhält- [572] nis, in welchem der Marktpreis desselben ein Übermaß über die

---

<sup>106</sup> *Observations on the Corn Laws*, p. 4.

<sup>107</sup> Als ich diese Stelle Hrn. *Malthus* zu der Zeit zeigte, als sie gerade dem Druck übergeben werden sollte, bemerkte er mir, dass er in diesen beiden Stellen, aus Versehen, statt des Ausdrucks „*Produktionskosten*“, „*Realpreis*“ gebraucht habe. Aus dem bereits Gesagten wird man ersehen, dass ich der Meinung bin, er habe in diesen beiden Stellen den Ausdruck „*Realpreis*“ in seiner wahren und richtigen Bedeutung, und nur in der weiter oben angeführten Stelle in einer unrichtigen gebraucht. (Anmerkung des Verfassers.)

Produktionskosten abwirft, werden die Kapitale dem Landbau zugewendet, oder daraus zurückgezogen. Ist dieses Übermaß von der Art, dass es für das im Landbau angelegte Kapital einen größern, als den gewöhnlichen Kapital-Gewinnbetrag, abwirft, so strömen die Kapitale dem Landbau zu; ist jener Gewinnbetrag kleiner, so werden sie daraus hinweggezogen.

Nicht also durch eine Veränderung im Realpreis des Getreides erhält die Produktion desselben Aufmunterung, wohl aber durch eine Veränderung in seinem Marktpreis. Nicht, „weil eine größere Quantität Kapital und Arbeit zur Produktion desselben angewendet werden muss“ – die richtige Definition des Hrn. *Malthus* vom Realpreis – wird mehr Kapital und Arbeit zum Landbau hingezogen; sondern weil der Marktpreis über den Realpreis desselben gestiegen ist und, ungeachtet der vermehrten Schwierigkeit, doch die Bodenkultur für die Kapitalanlage gewinnreicher macht.

Nichts kann richtiger sein als folgende Bemerkungen des Hrn. *Malthus* über *Adam Smiths* Wertmaßstab. „*Adam Smith* ist augenscheinlich dadurch verleitet worden, über diesen Gegenstand so zu rasonieren, weil er sich gewöhnt hat, die Arbeit als *stetigen Maßstab des Werts*, und Getreide, als den Maßstab der Arbeit zu betrachten. Dass aber Getreide ein sehr unrichtiger Maßstab der Arbeit ist, geht aus- [573] der Geschichte unsers eigenen Landes mehr denn genügend hervor. Man wird da leichtlich finden, dass das Verhältnis der Arbeit zum Getreide große und merkwürdige Veränderungen erlitten hat, und dies nicht etwa von Jahr zu Jahr, sondern von Jahrhundert zu Jahrhundert, und während 10, 20 und 30 aufeinander folgender Jahre. *Dass weder Arbeit noch irgendein anderer Gegenstand ein genauer Real Wertmaßstab für den Austausch sein kann*, gilt jetzt für einen der unumstößlichsten Sätze der Staatswirtschaft, und folgt in der Tat von selbst aus der richtigen Definition des Tauschwertes.“

Wenn weder Getreide noch Arbeit einen richtigen Maßstab des Realwertes für den Austausch abgeben können, was klar vor Augen liegt, welche andere Sache Sicher kann einen solchen Maßstab darbieten? – keine einzige. Hat also der Ausdruck, „Realpreis der Dinge“ einen Sinn, so muss er den haben, welchen Hr. *Malthus* in seinem Essay on Rent ihm untergelegt hat; dieser Wert muss mit der verhältnismäßigen Quantität Kapital und Arbeit, die zur Produktion erforderlich war, gemessen worden.

Hr. *Malthus* sagt in seinem Inquiry into the Nature of Rent: „dass, abgesehen von den Irregularitäten des Geldes in einem Lande und von andern temporären und zufälligen Umständen, die Ursache des hohen verhältnismäßigen Geldpreises des Getreides, in seinem hohen verhältnismäßigen Realpreis liege, oder [574] *in der größern Quantität Kapital und Arbeit, die zu seiner Produktion angewendet werden muss*“<sup>108</sup>.

Dies ist, meines Dafürhaltens, eine sehr richtige Auseinandersetzung aller permanenten Veränderungen im Preise, sowohl des Getreides, als jeder andern Sache. Eine Ware kann nur permanent im Preise steigen, entweder weil eine größere Quantität von Kapital und Arbeit zu ihrer Produktion verwendet werden musste, oder weil das Geld im Werte gefallen ist; dagegen kann der Preis derselben nur um deswillen fallen, weil entweder eine geringere Quantität von Kapital und Arbeit zu ihrer Produktion erforderlich wird, oder weil das Geld im Werte gestiegen ist.

Eine Veränderung, die durch den veränderten Geldwert herbeigeführt wird, hat zugleich Einfluss auf alle Gegenstände, wogegen sich eine, aus ersterer Ursache entstehende Veränderung, auf den besonderen Gegenstand beschränkt, der mehr oder weniger Arbeit zu

---

<sup>108</sup> Pag. 40.

seiner Produktion erfordert. Würde die freie Getreide-Einfuhr erlaubt, oder würden Verbesserungen im Ackerbau gemacht, so würden die rohen Bodenerzeugnisse fallen; dies würde jedoch nicht den mindesten Einfluss auf den Preis irgendeines andern Gegenstandes äußern, ausgenommen im Verhältnis zum Sinken des Realwertes, oder der Produktionskosten der rohen Erzeugnisse, die zu ihrer Fabrikation mit gedient hätten.

[575] Da Hr. *Malthus* diesen Grundsatz anerkannt hat, so kann er, wie mich bedünkt, nicht mit Konsequenz behaupten, dass der ganze Geldwert aller Dinge eines Landes genau im Verhältnis zum Sinken des Getreidepreises herabgehen müsse. Betrüge die Getreidekonsumtion einen Wert von 10. Millionen jährlich, und die Konsumtion der Manufaktur- und ausländischen Waren 20 Millionen, beides zusammen also 30 Millionen, so würde man einen höchst falschen Schluss machen, wenn man annehmen wollte, dass der jährliche Aufwand um 15 Millionen verringert worden sei, weil das Getreide um 50 pCt. oder von 10 auf 5 Mill. gefallen sei.

Der Wert der rohen Erzeugnisse, die zur Fabrikation dieser Manufakturwaren mit gedient haben, soll z. B. nicht 20 pCt. ihres ganzen Wertes übersteigen; aus diesem Grunde wird der Wert der Manufakturwaren nicht von 20 auf 10 Millionen, sondern nur von 20 auf 18 Mill. fallen, und nachdem der Getreidepreis um 50 pCt. gefallen ist, wird der ganze Betrag des jährlichen Aufwandes nicht von 30 auf 25, sondern von 30 auf 23 Millionen fallen<sup>109</sup>.

[576] Statt die Wirkung des sinkenden Werts der rohen Bodenerzeugnisse so zu betrachten, wie Hr. *Malthus* nach seinem vorher aufgestellten Satz es hätte tun müssen, hält er sie für gleich mit einem Steigen des Geldwertes um 100 pCt. und folgert daraus, als wenn alle Dinge um die Hälfte ihres vorigen Preises sinken müssen.

„Während 20 Jahren, sagt er, von 1794–1813, war der Getreide-Mittelpreis in *England* ungefähr 83 Schill. per Quarter; während der letzten 10 Jahre dieser Periode betrug er 92 Schill., und während der letzten 5 Jahre derselben Periode, stand er auf 108 Schill. Im Laufe dieser zwanzig Jahre borgte die Regierung fast 500 Mill. bares Kapital, für welche sie sich, abgesehen vom Tilgungsfonds, verbindlich machte, ungefähr 5 pCt. Interessen zu bezahlen. Sollte aber das Getreide auf 50 Schill. per Quarter fallen, und alle andere Dinge in diesem Verhältnis, so würde die Regierung statt 5 pCt. Zinsen in der Wirklichkeit 7, 8, 9, und für die letzten 200 Mill. 10 pCt. Zinsen bezahlen. „Über diese außerordentliche Freigebigkeit gegen die Kapitalisten hätte ich vielleicht nichts zu erinnern, wenn es sich nicht notwendig machte, darauf zu sehen, wer das Geld dazu hergibt; aber eine augenblickliche Überlegung wird uns sagen, dass dies einzig und allein die industriösen Klassen des Staats und die Grundeigentümer sind, d. i. alle diejenigen, deren Nominal-Einkommen mit den Veränderungen im Maßstabe des Werts gleichfalls Veränderung erleidet. Das Nominal-Einkommen dieses Teils der Staatsgesellschaft [577] wird, im Verhältnis zum Mittelpreis der letzten fünf Jahre (v. 1808–1813) um die Hälfte verringert worden sein, und außer dieser Nominal-Verkürzung ihres Einkommens, haben sie noch den nämlichen Nominal-Betrag von Steuern zu bezahlen“<sup>110</sup>.

---

<sup>109</sup> Manufakturwaren können allerdings nicht in solchem Verhältnisse fallen, weil unter den angenommenen Umständen eine neue Verteilung der edlen Metalle unter die verschiedenen Länder stattfinden würde. Unsere wohlfeilen Waren würden im Austausch gegen Getreide und Gold ausgeführt werden, und zwar so lange, bis die Anhäufung von Gold seinen Wert herabgedrückt, und den Geldpreis der Dinge wieder gesteigert haben wird.

(Anmerkung des Verfassers,)

<sup>110</sup> The Grounds of an Opinion etc. pag. 36.

Für's Erste glaube ich bereits gezeigt zu haben, dass das Nominal-Einkommen eines ganzen Landes nicht in dem Verhältnis abnimmt, wie Hr. *Malthus* hier behauptet; daraus, dass das Getreide um 50 pCt. fällt, folgt nicht, dass Jedermannes Einkommen um 50 pCt. im Werte reduziert werde<sup>111</sup>.

Für's Zweite bin ich der Meinung, und der Leser wird mir gewiß mit beistimmen, dass die vermehrte Last, wenn sie wirklich existiert, nicht ausschließlich auf „die Grundeigentümer und die industriösen Klassen des Staats“ falle. Der Kapitalist trägt durch seinen Aufwand auf dem nämlichen Wege seinen Anteil zu den öffentlichen Lasten mit bei, als die übrigen Klassen des Staats. In dem Fall also, wo der Realwert des Geldes steigt, muss er, ob er gleich einen größern Wert erhält, auch einen größern Wert in Auflagen zahlen, und deshalb kann es nicht wahr sein, dass der ganze Zunahmebetrag der Interessen an Realwert von „den Grundeigentümern und den industriösen Klassen des Staats“ getragen werden müsse.

[578] Aber das ganze Argument des Hrn. *Malthus* beruht auf keiner soliden Grundlage. Er setzt voraus, dass, weil das Brutto-Einkommen des Landes abgenommen habe, auch das Netto-Einkommen in gleichem Verhältnisse geringer geworden sein müsse. Eine der Hauptabsichten dieses meines Werks ist es, darzutun, dass mit jedem Sinken des Realwertes der Lebensbedürfnisse auch der Arbeitslohn herabgehen und der Gewinn steigen müsse, mit andern Worten, dass von einem gegebenen jährlichen Wert ein geringerer Anteil der arbeitenden Klasse, ein größerer dagegen denen zufalle, durch deren Kapital diese Klasse in Tätigkeit gesetzt wurde. Wir wollen annehmen, der Wert der, in einer besondern Manufaktur produzierten Waren betrage 1000 Pfund Sterling und werde zwischen den Unternehmer und seine Arbeiter so verteilt, dass letztere 800 Pfd. und ersterer 200 Pfd. erhalten. Fiele der Wert dieser Waren auf 900 Pfd., und würden, in Folge des Sinkens der Lebensbedürfnisse, 100 Pfd. am Arbeitslohn erspart, so wäre das Netto-Einkommen des Unternehmers in keiner Hinsicht geringer geworden, und er könnte jetzt noch eben so leicht den nämlichen Betrag von Taxen bezahlen, wie vorher<sup>112</sup>. Es ist [579] höchst wahrscheinlich, dass der Arbeitslohn so gut wie alle andere Dinge fallen würde, oder dass das Netto-Einkommen, welches dem Grundeigentümer, dem Pächter, dem Manufakturisten, dem Kaufmann, dem Kapitalisten, denen, welche eigentlich die Taxen bezahlen, übrig bleibt, noch eben so groß wie vorher sein wird; denn der Staat würde durch die freie Einfuhr des Getreides, außer demjenigen Teil der Bodenrente, dessen die Grundeigentümer durch das Fallen der rohen Bodenerzeugnisse beraubt werden, auch nicht einmal nominell etwas verlieren.

Die Differenz zwischen dem Werte des Getreides und dem, aller andern im Lande verkauften Dinge vor und nach der Einfuhr des wohlfeilen Getreides würde nur dem Sinken der Bodenrente gleich sein; weil, abgesehen von der Bodenrente, die nämliche Quantität Arbeit stets den nämlichen Wert erzeugt.

Der ganze Betrag, um welchen der Arbeitslohn verkürzt wird, ist ein Wert, der nun zu dem Werte des Netto-Einkommens, welches der Staat vorher besaß, noch hinzukömmt, während der einzige Wert, welcher von diesem Netto-Einkommen wieder abgeht, der Wert desjenigen Teils der Bodenrente ist, den die Grundeigentümer, in Folge des Sinkens des

---

<sup>111</sup> An einer andern Stelle seines Werks nimmt Hr. *Malthus* an, dass die Dinge eine Veränderung von 25 oder 20 pCt. erleiden, wenn das Getreide eine Veränderung von  $33\frac{1}{3}$  pCt. erfährt. (Anmerkung des Verfassers.)

<sup>112</sup> Im 24sten Kapitel habe ich bewiesen, dass die wahren Hilfsquellen eines Landes und seine Fähigkeit, Taxen zu bezahlen, von seinem Netto- und nicht von seinem Brutto-Einkommen abhängen. (Anmerkung des Verfassers.) Hr. J. B. *Say* ist entgegengesetzter Meinung, siehe Anmerkung p. 489.

(Anmerkung des Übersetzers.)

Getreidepreises, einbüßen müssen. Wenn man bedenkt, dass das Sinken des Getreidepreises nur eine kleine Zahl Grundeigentümer trifft, während dadurch nicht allein der Arbeitslohn der beim Landbau beschäftigten, sondern auch aller der, in Manufakturen und beim Handel angestellten, Arbeiter verringert wird, so möchte man wohl zweifeln, dass das Netto-Einkommen des Staats im mindesten verkürzt werde<sup>113</sup>.

Ist dies aber der Fall, so kann man nicht annehmen, dass die Fähigkeit, Taxen zu bezahlen, in dem nämlichen Grade abnehme, als der Geldwert, selbst des Netto-Einkommens. Ich will annehmen, mein Netto-Einkommen habe von 1,000 bis zu 900 Pfund abgenommen, mein zu bezahlender Abgabebetrag bliebe aber der nämliche, d. h. 100 Pfund, ist es nicht wahrscheinlich, dass, bei dem verkürzten Einkommen, meine Fähigkeit, diese 100 Pfund zu zahlen, größer als bei meinem früheren reichlicheren Einkommen sei? Die Gegenstände können nicht so allgemein und durchgängig im Preise sinken, wie Hr. *Malthus* annimmt, ohne dass den Konsumenten daraus nicht ein großer Vorteil zuwüchse, und ohne dass sie nicht sogleich in den Stand gesetzt würden, mit einem weit kleineren Geldeinkommen über mehr Gegenstände zu verfügen, die zur Bequemlichkeit, Annehmlichkeit und Nothdurft des Lebens gehören. Die ganze Frage lässt sich also auf Folgendes zurückführen: ob nämlich diejenigen, welche im Besitz des reinen Einkommens des Landes sind, durch den Vorteil, den ihnen der wohlfeilere Preis der Dinge gewährt, für die höhere Real-Besteuerung Entschädigung finden? Von dem Verhältnis, in welchem die Taxen das jährliche Einkommen treffen, wird es abhängen, auf welche Seite die Waagschale sich neigt. Sind die Auflagen sehr groß, so wiegen sie ohne Zweifel den, aus der Wohlfeilheit der Dinge hervorgehenden Gewinn mehr als überflüssig auf. Ich glaube somit hinlänglich dargetan zu haben, dass Hr. *Malthus* den, aus einem Sinken des Preises eines der wichtigsten Lebensbedürfnisses hervorgehenden Verlust der Steuerzahlenden in der That außerordentlich übertrieben habe, und dass Letztere, wenn sie auch für die wirkliche Zunahme der Steuerlast nicht völlige Entschädigung durch das Sinken des Arbeitslohnes und die Vermehrung des Gewinns erhalten, sie doch in dem wohlfeilern Preis aller Dinge, für welche sie ihr Einkommen ausgeben, einen reichlichen Ersatz finden.

Dass der Kapitalist bei einem großen Sinken des Getreidewertes im Vorteil sei, kann nicht bezweifelt werden. Wenn aber Niemand bei einem solchen Sinken verliert, so ist kein Grund da, warum Maßregeln ergriffen werden müssten, um das Getreide im Preise zu heben; denn der Gewinn des Kapitalisten ist Nationalgewinn, und vermehrt, wie aller andere Gewinn, den wirklichen Reichtum und die Kräfte des Landes. Gewinnt er zu sehr auf Unkosten Anderer dabei, so muss dies genau untersucht werden, und dann ist es Sache der Gesetzgebung, dem Übel abzuhelpen. Keine Maßregel kann aber unweiser sein, als uns selbst von den großen Vorteilen auszuschließen, die wohlfeilerer Getreidepreis und reiche Produktion gewähren, und das bloß aus dem Grunde, weil der Kapitalist einen ungebührenden Vorteil habe.

Bis jetzt hat man es noch nicht versucht, die Kapital-Dividenden nach dem Geldwert des Getreides zu regulieren. Wenn Gerechtigkeit und Treuglaube diese Maßregel ins Leben führten, so hätten die Besitzer der alten Renten eine große Schuld zu fordern; denn sie haben

---

<sup>113</sup> Hierbei ist angenommen, dass das Geld seinen nämlichen Wert behalte. In den vorhergehenden Anmerkungen habe ich darzutun gesucht, dass das Geld nicht fortwährend den nämlichen Wert hat, und dass es, z. B. wenn die Einfuhr desselben zu sehr zunimmt, im Werte sinkt, – ein Umstand, der meinem Argument noch günstiger ist.

(Anmerkung des Verfassers.)

mehr als 100 Jahre hindurch die nämliche Geld-Dividende erhalten, obgleich während dieser Zeit der Getreidepreis sich vielleicht verdoppelt oder verdreifacht hat<sup>114</sup>.

Hr. *Malthus* sagt: „Es ist wahr, dass die letzten Zuschuss-Quantitäten von Getreide, die in einem vorwärtsschreitenden Lande auf Länderei letzter Qualität gebaut werden, nicht eine bedeutende Vermehrung der Bodenrente bewirken. Dieser Umstand ist es daher hauptsächlich, der ein reiches Land bewegen kann, einen Teil seines Getreide-Bedarfs einzuführen, zumal wenn es auf diesem Wege einen ganz gleichen Vorrat erhalten kann. Aber in allen Fällen, wo das ausländische Getreide nicht um so viel wohlfeiler, als das inländische ist, dass es den Gewinn und die Bodenrente, [583] die das inländische einbrachte, ersetzt, ist die Einfuhr desselben für das Land nicht rätlich. „Grounds,“ etc. p. 36.

Da die Bodenrente die Wirkung eines hohen Getreidepreises ist, so ist das gänzliche Erlöschen derselben die Wirkung eines niedrigen Preises. Ausländisches Getreide kann nie mit solchem inländischen, welches keine Rente abwirft, in Konkurrenz treten. Das Sinken des Preises trifft so lange unabänderlich den Grundeigentümer, bis seine ganze Bodenrente erloschen ist. Sinkt er noch tiefer, so kann er selbst nicht einmal den gewöhnlichen Kapitalgewinn abwerfen. Das Kapital wird dann dem Ackerbau entzogen, und anderweit angelegt, und das Getreide, welches auf der aufgegebenen Länderei erbaut wurde, wird *dann erst* durch eingeführtes ersetzt werden. Das Erlöschen der Bodenrente wird einen Wertverlust, in Geld angeschlagen, zur Folge haben, aber auch zugleich einen Gewinn für den Nationalreichtum. Der Betrag der Acker-Erzeugnisse und aller andern zusammengenommen, wird wegen der größern Leichtigkeit ihrer Produktion zugenommen haben; sie werden aber, obgleich der Quantität nach vermehrt, dem Werte nach verringert sein.

Zwei Personen legen gleiches Kapital an, der eine im Ackerbau, der andere im Manufakturwesen. Das im Ackerbau angelegte erträgt jährlich einen Netto-Wert von 1,200 Pfd., wovon 1.000 als Gewinn bleiben und 200 als Bodenrente gegeben werden. Das andere, im Manufakturwesen angelegte, erzeugt nur jährlich einen Wert von 1,000 Pfd. Angenommen nun, dass [584] durch Einfuhr die nämliche Quantität Getreide, für Waren, welche 950 Pfd. kosten, erhalten werden könne, und dass folglich das im Ackerbau angelegte Kapital auf Manufakturwesen verwendet würde, wo es einen Wert von 1,000 Pfund erzeugen kann; so wird das Netto-Einkommen des Landes an Wert abgenommen haben, und von 2,200 Pfd. bis auf 2,000 verkürzt sein; dennoch wird es nicht nur die nämliche Quantität Waren und Getreide zu seiner Konsumption haben, sondern auch noch einen Überschuss zu dieser Quantität, so viel nämlich für die 50 Pfd. – die Differenz zwischen dem Werte, um welchen seine Manufakturwaren im Auslande verkauft werden, und dem Werte des Getreides, welches im Auslande gekauft wird – noch gekauft werden kann.

Hr. *Malthus* sagt: „*Adam Smith* hat sehr richtig bemerkt, dass eine gleiche Quantität produktiver Arbeit im Manufakturwesen nicht eine so große Reproduktion bewirkt, als im Ackerbau.“ Wenn *Adam Smit* vom Werte spricht, hat er ganz Recht, spricht er aber vom Reichtum, welches der wichtige Punkt ist, so hat er sich geirrt; denn er hat selbst die Definition aufgestellt, dass Reichtum in den Notwendigkeiten, Bequemlichkeiten und Genüssen des menschlichen Lebens bestehe. Eine Klasse von Notwendigkeiten und Bequemlichkeiten des Lebens lässt keine Vergleichung mit einer andern Klasse zu; für den

---

<sup>114</sup> Hr. *M'Eulloch* [?] hat in einer sehr verdienstvollen Schrift sehr tapfer den Satz verfochten, dass es gerecht sei, die Dividenden der Nationalschuld mit dem wohlfeilern Getreidepreis in Übereinstimmung zu bringen. Er erklärt sich für freien Getreidehandel, ist aber dabei der Meinung, dass er mit einer Reduktion der, dem Staatsgläubiger zu zahlenden Interessen verbunden sein müsse. (Anmerkung des Verfassers.)

Gebrauchswert gibt es keinen bekannten festen Maßstab; er wird immer von verschiedenen Personen verschieden geschätzt.